

Dokumente

1171

Bericht Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten über die Sitzung des Hauptausschusses des Nationalrates am 22. September 1931¹

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 25261/13

Wien, 24. September 1931

Bundeskanzler Buresch erstattet an der Hand der in der Tagespresse vom 23. d. M. veröffentlichten Erklärung, die er im Finanzkomitee des Völkerbundes abgegeben hat, Bericht über seine Tätigkeit in Genf.² Der Bundeskanzler hebt zum Schluss hervor, dass nunmehr das Finanzkomitee dem Völkerbundrat, der am 23. d. M. in dieser Session zum letzten Male zusammentreten wird, einen Bericht über die österreichische Anleihefrage unterbreiten werde. Der Bericht wird im wesentlichen hervorheben, dass Oesterreich im Falle der Durchführung der in der Erklärung des Bundeskanzlers enthaltenen Ersparungsmassnahmen als kreditwürdig anzusehen ist. Dies wird sich auch für die am 16. Oktober d. J. eintretenden Fälligkeiten bereits auswirken müssen. Der Bundeskanzler benötigt daher noch heute die Zustimmung des Hauptausschusses zu den in Aussicht genommenen Massnahmen. Die Bundesregierung hat diesen einstimmig zugestimmt und dies bereits dem Völkerbund zur Kenntnis gebracht. Die Stellungnahme des Hauptausschusses werde gleichfalls noch heute an den Gesandten Pflügl weitergeleitet und derselbe ermächtigt werden, in der Mittwoch-Sitzung des Völkerbundrates die Erklärung abzugeben, dass der Hauptausschuss den geplanten Massnahmen seine Zustimmung erteilt. Der Bundeskanzler schliesst seinen Bericht mit dem Hinweis, dass dies gewiss eine prekäre Situation sei, zumal noch immer die Möglichkeit besteht, dass uns ein

¹ Vgl. dazu den Hauptausschussbericht der Staatskorrespondenz vom 22. 9. 1931 – PA Wien, Nationalrat der Republik Österreich, Hauptausschussprotokolle, IV GP sowie den Bericht des sozialdemokratischen Parlamentsklubs – AdR, Parteiarchiv SDAP.

² Siehe WZ Nr. 217, 19. 9. 1931, 1, Nr. 218, 20. 9. 1931, 1 f. und Nr. 220, 23. 9. 1931, 1.

Generalkommissär aufgedrängt würde, wenn das Finanzkomitee nicht durch die Zustimmung des Hauptausschusses beruhigt würde. Es sei allerdings im Finanzkomitee niemals direkt von der Bestellung eines Generalkommissärs gesprochen worden. Desgleichen sei nie ein Wort über die politischen Bedingungen weder im Finanzkomitee noch sonst wo in Genf gefallen.

Debatte

Dr. Bauer ersucht zunächst um Aufklärung, wer der Schuldner der in der Erklärung des Bundeskanzlers wiederholt erwähnten 100 Millionen kurzfristigen Schulden sei, d. h. ob der Bund oder die Nationalbank, worauf ihm der Bundeskanzler die Antwort erteilt, dass die Verpflichtung sich nur auf die Schulden des Bundes beziehe, worunter in diesem Falle speziell der Kredit der Bank of England gemeint sei, bei welcher der Bund Schuldner sei; er habe der Nationalbank lediglich dafür Devisen zur Verfügung gestellt. *Dr. Bauer* erhebt Bedenken hinsichtlich der Mitwirkung ausländischer Stellen und erklärt, dass wenn dies auch nicht direkt die Erneuerung der Funktionen des Generalkommissärs bedeute, es doch einen sehr empfindlichen Eingriff des Auslandes in unsere Angelegenheiten darstelle. Auch die Mitwirkung bei Aufstellung des Budgets sei nicht unbedenklich. Ferner kritisierte er den Passus in der Erklärung des Bundeskanzlers über die „Starrheit der Produktionskosten“. Er erblickt darin die „üble Terminologie“ der kapitalistischen Weltanschauung, die alles Uebel in der Höhe der Löhne erblicke. Die Senkung der Löhne sei bereits in grossem Ausmasse erfolgt und er verstehe nicht, welches der Anlass gewesen wäre, diese Phrase in der Erklärung von Amts wegen auszusprechen. *Dr. Bauer* fügt bei, dass die Sozialdemokraten zu den übrigen Punkten insbesondere Bankengesetz u. s. w. derzeit noch nicht Stellung nehmen können und verliest die in den Zeitungen veröffentlichte Erklärung des Sozialdemokratischen Verbandes. *Dr. Bauer* schliesst hieran die Bemerkung, dass es notwendig sein werde, den Bezirkskommissionen speziell in ihren industriellen Bezirken noch grössere Geldzuweisungen zu machen, da es nicht genüge, dass nur das Gesetz nicht weiter verschlechtert werde, sondern die Kommissionen müssen tatsächlich über Mittel verfügen, um die Not der Arbeitslosen fortlaufend zu lindern, da andernfalls ohne Zweifel Unruhen und Inzidenzfälle zu befürchten wären. Hinsichtlich der Bundesangestellten gibt er der Meinung Ausdruck, dass diese nur dann zum Notopfer herangezogen werden sollten, wenn wirklich überall dort wo in den letzten Jahren die Ausgaben am meisten erhöht worden sind, ganz energisch Ersparungen wirklich durchgeführt worden sind. Die Sozialdemokraten sind der Meinung, dass es nicht angängig sei, in diktatorischer Weise die Bundesangestellten zu Opfern heranzuziehen, es muss vielmehr auf dem Verhandlungswege versucht werden, sie von der Notwendigkeit einer Opferwilligkeit ihrerseits zu überzeugen.

Bundeskanzler Buresch erwidert auf die Bemerkung *Dr. Bauers* und erklärt, daß eine Kontrolle immer eine unangenehme Sache sei. Er erblicke darin allerdings keine Schmälerei der Souveränität des österreichischen Staates, diese Kontrolle wird auch nicht böswillig durchgeführt und seitens des VB ausgenützt werden. Wir haben bei allen Mitgliedern des Finanzkomitees das größte Wohlwollen festgestellt. Es herrscht der feste Wille, Oesterreich zu helfen, wenn sich Oesterreich im weitesten Maße selbst zu helfen entschließen kann. Der Bundeskanzler konstatiert, daß auch die Sozialdemokraten der Ansicht beipflichten, daß das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden muß, wenn auch die Wege, die dahin führen, vielleicht andere sind als die, welche die Regierung ins Auge faßt. Der Bundeskanzler kündigt an, daß die christlichsoziale Partei (*Dr. Streeruwitz*) den Antrag stellen werde, den Bericht des Bundeskanzlers zur Kenntnis zu nehmen und ergänzt seinen Bericht durch den in beiliegender Zeitung enthaltenen Zusatz.

Seitz: Der Bundeskanzler behauptet, man könne nicht von Eingriffen in die Souveränität Oesterreichs sprechen; die Sozialdemokraten seien anderer Ansicht, wenn sie auch das Genfer Diktat hinnehmen zu müssen überzeugt sind, weil Oesterreich ein armer Staat ist und wir andernfalls total zugrunde gehen würden. Das Akzeptieren des Diktates muß jedoch in voller Erkenntnis dessen erfolgen, daß Oesterreich seine Souveränität in erheblichem Maße preisgibt.

Die Sozialdemokraten können die Erklärung des Bundeskanzlers nicht zur Kenntnis nehmen und zwar deshalb, weil die Methode, die zu Ersparungen angewandt wird, genau die umgekehrte derer sei, die die Sozialdemokraten befolgt wissen möchten. Nach Auffassung der Sozialdemokraten müßte zunächst Punkt für Punkt das Budget sorgsam durchgeprüft und jede erdenkliche Ersparnis am Sachaufwand durchgeführt werden; insbesondere wäre die Zusammenlegung aller Ministerien in ein Gebäude wünschenswert.

Nach einem Exkurs auf die Ereignisse des 13. 9. und Beschuldigung einzelner mit den Heimwehrlern sympathisierender Gendarmerie-Funktionäre, die nach Auffassung *Seitz*' abzubauen wären, gibt *Seitz* der Meinung Ausdruck, daß Heer, Gendarmerie und Polizei sehr wohl auf das Niveau von 1927 zurückgeschraubt werden könnten, was eine erhebliche Ersparnis bedeuten würde.

Dr. Streeruwitz stellt den in der Zeitung enthaltenen Antrag.

Dr. Straffner stimmt dem Antrage im Prinzip zu. Die Großdeutschen könnten jedoch den Zusatz des Bundeskanzlers nicht akzeptieren.

Tauschitz nimmt beide Erklärungen namens der Landbündler zur Kenntnis und knüpft daran die Anrregung, die Arbeitslosenunterstützung mit Naturalleistungen der Landwirtschaft in Verbindung zu bringen, wodurch beiden Teilen geholfen werden könnte.

Neustädter Stürmer stimmt namens des Heimatblocks der Erklärung des Bundeskanzlers zu, lehnt den Zusatzantrag ab.

Es erfolgt hierauf bei aufgehobener Sitzung die Redaktion des in der Zeitung erschienenen Communiqués.

1172

Gesandter Marek an Vizekanzler Schober

Bericht Nr. 180/Pol.

AdR, NPA
Österreich/Geheim
Z. 25342/13

Prag, 1. Oktober 1931

Herr Dr. Beneš ist mit argem Pessimismus erfüllt aus Genf zurückgekehrt. Er schilderte mir die Lage heute in den düstersten Farben, man habe in den letzten Tagen in Genf das Gefühl gehabt, auf einem Vulkan zu tanzen und die Einsichtigen verhehlen sich nicht mehr, dass wir „mit beiden Füßen in der europäischen Revolution stehen“. Die Politik sei so ziemlich in den Hintergrund getreten, es sei ja recht schön und gewiss sehr erfreulich, dass es zwischen Frankreich und Deutschland zu einer Annäherung komme, doch werde das alles nicht helfen, die Wirtschaftskrise und die sozialen Umwälzungen nehmen unaufhaltsam ihren Fortgang. Auch in konservativen Ländern, wie *England*, werde es zu grossen Umwälzungen kommen, die dort vielleicht in ruhigeren, vielleicht sogar parlamentarischen Formen vor sich gehen werden als anderswo, aber trotzdem nicht aufzuhalten sind. Sollte es in England zu Neuwahlen kommen, so werden diese vorerst vielleicht mit einem Sieg der konservativen Elemente enden, dann aber werde die Labour Party wieder Kräfte sammeln und rapid anwachsen, so dass sie schliesslich ihren Willen dem Lande diktieren werde. Es sei nicht unbedenklich, wenn es in einem Lande, wie England, zu Arbeitslosendemonstrationen und Arbeiterunruhen kommen könne und es werde gewiss neuerlich zum Generalstreik kommen, wenn nicht rechtzeitig ein entsprechender Ausgleich geschaffen wird.

In *Deutschland* sei die Situation noch viel kritischer. Wenn schon in England die von den Unternehmern angestrebte Senkung der Arbeitslöhne nicht durchzuführen ist, so sei dies noch weniger in Deutschland möglich. Die Arbeiterschaft werde sich dort noch weniger als in England freiwillig hiezuh bereit finden und die sozialdemokratische Partei werde sich schliesslich gegen die Regierung wenden müssen, wenn sie nicht vollständig an Boden verlieren wolle. Es werde eben in Deutschland zu einem harten Kampfe zwischen Rechts und Links kommen, der vielleicht nicht unblutig verlaufen wird. Ähnlich, wenn auch im kleineren Masstabe, scheinen die Verhältnisse in *Oesterreich* zu sein. Die *Tschechoslowakei* sei in dieser Hinsicht in einer besseren Situation, denn hier seien die Klassengegensätze nicht so krass. Es sei sicherlich ein Verdienst der durch 13 Jahre konsequent durchgeführten Politik des Präsidenten und des Aussenministers, die, obzwar links orientiert, sich im konservativen Sinn betätigt haben, was ihre Gegner nie begreifen wollten. Das Heranziehen der Sozialdemokraten zur Verantwortung war ein Gebot der Klug-

heit, das jetzt seine Früchte trägt. Im Uebrigen seien in der Tschechoslowakei die Verhältnisse auch insoferne anders, als hier nahezu Jedermann durch den Umsturz eigentlich nur profitierte und Jedermann, ob klein oder gross, bestrebt sei, sich diesen Profit zu erhalten.

Die relativ günstige wirtschaftliche, aber auch politische Lage, in der sich die Tschechoslowakei unleugbar befinde, sei diesmal speziell auch in Genf erkannt und anerkannt worden und die Tschechoslowakei habe wiederum an Gewicht und Ansehen gewonnen. Trotzdem habe der Minister schon aus Genf darauf gedrungen, dass das Budget des tschechoslowakischen Staates wesentlich herabgesetzt werden müsse und dies sei auch geschehen. Die unmittelbare Zukunft, namentlich was die Wirtschaft anbelangt, werde sicherlich auch für die Tschechoslowakei nicht rosig sein, aber es werde nichts Ernstlicheres geschehen. Ausgesprochen schlecht stünden die Verhältnisse in *Ungarn* welches noch viel ärger daran sei, als Oesterreich, das sich jetzt durch energische Sparmassnahmen ins finanzielle Gleichgewicht zu bringen trachtet.

Ich brachte dann die Sprache auf den bekannten „mitteleuropäischen Plan“ Dr. Beneš's. Dieser Plan, meinte der Minister, bestehe nach wie vor und er halte seine Durchführung für die beste, wenn nicht für die einzig mögliche Lösung der mitteleuropäischen Schwierigkeiten. Man müsste sich doch endlich einmal zusammensetzen und alle die Fragen durchberaten. Hiebei werde Dr. Beneš nicht die Initiative ergreifen, da er jetzt gern hören möchte, was Oesterreich will. Er würde es sehr begrüßen, wenn Oesterreich selbständig als Subjekt mit eigenem Willen und Willen auftreten würde und nicht als Objekt bald einer deutschen, bald einer römischen oder einer anderen Politik. Jetzt wäre seines Erachtens der Moment gekommen. Es habe sich gerade in den letzten Monaten ganz deutlich gezeigt, dass der Anschluss Oesterreichs an Deutschland auf lange Dauer undurchführbar und nicht vielleicht eine tschechoslowakische, sondern eine *europäische* Angelegenheit sei. Vielleicht werde es den österreichischen Faktoren nunmehr zum Bewusstsein gekommen sein, dass noch mehr als die Tschechoslowakei und Frankreich *Italien* der entschlossenste Gegner eines Zusammenschlusses von Deutschland und Oesterreich ist und dass diese beiden Staaten somit einem europäischen Widerstande begegnen würden, wann immer sie den Weg des Anschlusses beschreiten sollten. Aus diesem Grunde sei diese Lösungsmöglichkeit, nach Ansicht des Ministers, aus dem Programm der europäischen Konzeption zu eliminieren und man müsse sich daher in Oesterreich besinnen, was sonst an Stelle dieser undurchführbaren Konstellation zu setzen wäre. Nicht aus altruistischem Interesse, sondern auch wegen der Interessen seines eigenen Landes arbeite der Minister seit Jahren auf ein wirtschaftliches Zusammengehen mit Oesterreich hin und in Oesterreich müsse man doch schliesslich auch erkennen, dass das wirtschaftliche Interesse des Landes zu einer wirtschaftlichen Verständigung mit der Tschechoslowakei dränge. Natürlich liesse sich ein wie immer geartetes Zusammenarbeiten der beiden Staaten nicht gegen den Widerstand der Grossmächte durchführen und diese müssten nach und nach dafür

gewonnen werden. *Deutschland* müsste einsehen, dass schon die Tatsache allein, dass sich die Tschechoslowakei mit ihren 3½ Millionen Deutschen, mit denen zu rechnen ist, mit einem deutschen Staat verbinde, die Tschechoslowakei nie mehr zu einem Feinde Deutschlands machen könnte und Berlin müsste, möchte man glauben, im eigenen wohlverstandenen Interesse das Zusammengehen Oesterreichs mit der Tschechoslowakei fördern. *Herr Dr. Beneš wäre bereit in dieser Richtung alle gewünschten Zusicherungen zu geben.* Wenn Paris und Berlin darin einig gehen würden, so würde sich sicherlich auch Rom nicht ausschliessen, welches ja bloss das eine Bedenken habe, dass sich eine tschechoslowakisch-österreichische Zusammenarbeit gegen Italien wenden könnte. Auch da liessen sich eben mit Hilfe von Berlin und Paris die entsprechenden Zusicherungen geben.

Der Minister wisse sehr gut, dass man ihn in Wien verdächtige, er verfolge irgendwelche imperialistischen Zwecke und wolle eine tschechische Hegemonie in Oesterreich aufrichten. Diese Absichten bestehen nicht und können gar nicht bestehen. Die Tschechoslowakei sei zwar besonders im jetzigen Moment, auch infolge ihrer wirtschaftlich günstigen Lage, relativ stark; aber nur so stark, dass sie Dinge abwehren könne, die ihr nicht passen, nicht aber so mächtig, dass sie anderen ihren Willen aufzwingen könnte. Es sei, so wolle der Minister ausdrücklich betonen, seine ehrliche und von keinerlei Nebenansichten getragene Ueberzeugung, dass nur die Selbsthilfe der kleinen mitteleuropäischen Staaten und ein Zusammenfassen der innewohnenden Kräfte einen Ausweg aus dem gegenwärtigem Chaos zeige. Die Stimmung in der Tschechoslowakei sei Oesterreich günstig. Die Zollunion sei liquidiert und vergessen und es gebe Niemanden, der Oesterreich irgendwie feindlich gesinnt wäre. Die nächsten zwei Jahre werden eine Lösung in der oder jener Richtung bringen müssen und deswegen wäre es an der Zeit, jetzt schon daran zu denken, wie man die beste Lösung in die Wege leiten sollte. In Oesterreich handle es sich, seines Erachtens, nicht mehr um das Sein oder Nichtsein irgendeiner Partei, sondern um die Oesterreicher selbst.

Da es Herr Dr. Beneš selbst erwähne, sagte ich ihm hierauf, wolle ich es nicht verschweigen, dass tatsächlich in manchen Kreisen in Oesterreich ein gewisses Misstrauen bestehe und man nicht überall davon überzeugt sei, dass die Tschechoslowakei nicht besondere Nebenabsichten habe, wenn sie mit Oesterreich eine engere Kooperation suche. Es gäbe Stimmen, die von der Gefahr einer wirtschaftlichen Penetration durch das tschechische Kapital und von einer daraus zu befürchtenden Hegemonie sprechen, andererseits glaube man wiederum in anderen Kreisen annehmen zu müssen, dass der tschechoslowakische Aussenminister auch hier nur die Geschäfte Frankreichs zu besorgen habe, dessen vorwiegender Wunsch es sei, die beiden deutschen Staaten Oesterreich und Deutschland auseinander zu halten.

Herr Dr. Beneš erwiderte hierauf, ich möchte doch selbst auf die lange Reihe der Jahre zurückblicken, die wir miteinander über diese Sachen reden und ich möge ihm, wenn ich könne, auch nur einen einzigen Fall nachweisen, wo er mich hätte zu täuschen gesucht oder mich direkt angelogen hätte. Gewiss habe der, und das

sei manchmal seine Pflicht gewesen, manches nicht gesagt und verschwiegen, aber die Unwahrheit habe er nie gesagt und seine Einstellung uns gegenüber sei von Anbeginn an konsequent und dieselbe geblieben. Richtig sei, dass Frankreich Oesterreich lieber zum Freunde hätte, als zum Feinde und die Gegnerschaft Frankreichs gegen den Anschluss sei ursprünglich sicher der Befürchtung entsprungen, Frankreich könnte Oesterreich in einer möglichen Konflagration mit Deutschland mit diesem zusammen gegen sich aufstehen sehen. Diese Bedenken seien heute gewiss nicht mehr in einem so starken Masse vorhanden und übrigens möchte Dr. Beneš wiederholen, dass gerade die jüngste Vergangenheit bewiesen habe, dass Frankreich nicht einmal der stärkste Gegner des Anschlusses ist, sondern Italien. Die Behauptung, er, Dr. Beneš, besorge ausschliesslich Frankreichs Geschäfte, sei lächerlich; die Tschechoslowakei sei gewiss Frankreich zu grösstem Danke verbunden und könne und werde nicht gegen Frankreich auftreten. In diesem, aber auch in jedem anderen Belange verfolge die tschechoslowakische Aussenpolitik in erster Linie doch nur immer eine Politik der eigenen Interessen und wenn sich diese mit den Interessen Frankreichs irgendwie decken, so sei es oft nur ein Zufall. Dr. Beneš könne immer wieder nur betonen, dass die mitteleuropäische Zusammenarbeit, die er im Auge habe, insbesondere aber auch ein Zusammengehen Oesterreichs mit der Tschechoslowakei gegen Niemanden gerichtet sein soll und dass ein solches Zusammengehen im Besonderen nicht gegen Deutschland gerichtet wäre, ergebe schon der gesunde Menschenverstand. Dr. Beneš wiederhole nochmals, er denke an keine Hegemonie und an keine Penetration und er besorge auch nicht die Geschäfte Frankreichs, wenn er auf eine möglichst enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Oesterreich hinwirke. Er tue es aus rein egoistischen Interessen für sein Land, dem aus seiner solchen Zusammenarbeit die gleichen Vorteile erwachsen würden, wie dem österreichischen Vertragspartner. Auf meine dahin abzielende Bemerkung meinte der Minister noch, es müsse eine solche Zusammenarbeit gewiss auch psychologisch vorbereitet werden und die österreichische Öffentlichkeit müsse den Eindruck gewinnen, dass es die Tschechoslowakei ehrlich meine. Ich verwies hier auf eine gewisse Presse, von der man wisse, dass sie unter tschechoslowakischem Einfluss stehe und die sich bisher wenig bemüht habe, diesen Eindruck in Oesterreich zu erwecken.

In Parenthese möchte ich hier bemerken, dass die Artikel Herrn Erdölyis in den „Lidové Noviny“, die sich in der Regel in einem sehr gehässigen Tone uns gegenüber gefielen, seit einer eingehenden Aussprache, die ich mit dem aussenpolitischen Redakteur dieses Blattes, vor ungefähr drei Wochen, hatte, vollkommen aufgehört haben. Ich sagte dies Herrn Dr. Beneš offen und fügte hinzu, dass dies wohl auch bei anderen Blättern, die Herrn Dr. Beneš nahe stehen, leicht zu erzielen wäre. Zum Schlusse unserer heutigen Unterredung kam Herr Dr. Beneš nochmals auf Deutschland zurück und meinte, man müsste doch in Deutschland erkennen, welchen Wert es für diesen Staat selbst haben müsse, wenn sich die Tschechoslowakei bereit erkläre, mit einem deutschen Staat enge Bindungen einzugehen.

Herr Dr. Beneš verabschiedete sich mit den Worten, er hoffe, die heutige Konversation mit mir bald fortsetzen zu können.

Aufgefallen ist mir, dass Herr Dr. Beneš es diesmal, wie mir schien, geflissentlich vermied, Jugoslawien und Rumänien auch nur zu erwähnen oder von anderen Vertragspartnern zu sprechen und ausschliesslich nur von einer tschechoslowakisch-österreichischen Zusammenarbeit sprach.

Genehmigen, Herr Vizekanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1173

Gesandter Pflügl an Vizekanzler Schober

Bericht Nr. 715 (vertraulich)

AdR, NPA
Österreich/Geheim
Z. 25342/13

Genf, 3. Oktober 1931

Die Anwesenheit in Genf des Herrn Dr. Benesch hat sich bis in die letzten Tage der Völkerbund-Versammlung ausgedehnt. Er ist äusserlich wenig hervorgetreten. An diesen Unterschied gegen sein Verhalten in den ersten Jahren des Völkerbundes, welches seinem eigentlichen Wesen mehr entsprach, hat man sich allmählich gewöhnt. Würde man aber heuer die Erklärung für diese Zurückhaltung in umso eifrigerer Thätigkeit im Hintergrunde suchen, so würde auch für diese Annahme kaum ausreichender Grund gefunden werden.

Die politisch in Betracht kommenden Mitglieder des Rates und der Versammlung waren diesmal im Allgemeinen für eine solche Thätigkeit wenig disponiert, teilweise sogar abwesend. An der Spitze der französ. Delegation folgte auf M. Briand bald M. Flandin, der seinerseits durch die £-Krise abberufen wurde. Dann blieb nur mehr der soussecrétaire d'état pour les beaux arts. – Die britische Delegation umfasste bekanntlich keinen massgebenden aktiven Politiker. – Für Herrn Curtius stand vermutlich die bevorstehende Begegnung in Berlin im Vordergrund des Interesses. – Alle diese ausserhalb Genfs sich vollziehenden, schwerwiegenden Ereignisse liessen in gewissem Masse gleichzeitige Conversationen in Genf als verfrüht erscheinen. Dies schien auch auf Herrn Grandi zuzutreffen, der seine Aufmerksamkeit sichtlich seiner Thätigkeit als Delegierter (italien. Vorschlag für einen einjährigen Rüstungs-Waffenstillstand) zuwandte und in der letzten Woche, wie seine Kollegen, durch die Rats-Sitzungen über den japan.-chines. Zwischenfall fortlaufend in Anspruch genommen war. Besondere Vorgänge innerhalb der Kl.

Entente sind mir nicht bekannt geworden. Jedenfalls hat sie es heuer vermieden, sich, wie voriges Jahr nach dem Regierungswechsel in Oesterreich, unliebsam bemerkbar zu machen.

Dazu kam, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse der Donaustaaten, die gewiss in den Gedanken des Herrn Dr. Benesch einen ebenso grossen Platz einnehmen, als er ihn sich selbst bei deren Neuordnung zuweist, nach einer ziemlich allgemeinen Ansicht, mit Nutzen erst werden besprochen werden können, wenn die finanzielle Krise in Oesterreich und Ungarn wenigstens eine vorläufige Lösung gefunden haben wird.

In dieser Hinsicht hörte ich wiederholt massgebende französ. Stimmen sich dahin äussern, dass der Winter vergangen sein werde, bevor das wirtschaftliche Donau-Problem verhandlungsfähig würde. Auf dieser Seite ist man aber offensichtlich bestrebt, die Fäden dieser Verhandlungen in der Hand zu behalten und legt daher mehr Gewicht auf die erfolgte und auszubauende Annäherung Ungarns und jene, die von Oesterreich erhofft wird, an Frankreich als auf die Annäherungs-Tendenzen der Tschechoslovakei an diese Staaten, aus welchen sich Herr Benesch die Titel zu einer seinerzeitigen Initiative erhofft, die doch gerade von ihnen vermutlich abgelehnt würde.

Ich glaube daher nicht, dass Herr Benesch die zu Euer Hochwohlgeboren geäusserte Hoffnung, mit seinen Ideen hier einen grossen Fortschritt zu erzielen, verwirklicht gesehen hat. In einem langen Gespräche, das ich während eines Besuches bei ihm gegen Ende der Versammlung mit ihm hatte, sprach er sich vielmehr dahin aus, dass er zwar jederzeit zu jeder Verhandlung bereit sei, sich aber der Initiative enthalte und die Ereignisse herankommen lasse. Im Uebrigen wich er nicht von jenen Ausführungen ab, die in dem mir geneigtest mit Erlass Z. 24.920/13 v. 11./IX¹. zugestellten Amtsvermerk verzeichnet sind.

Herr Minister Walko, den ich auf seiner Rückreise von Paris, sprach, schien keinen abweichenden Eindruck zu haben. Auch ihm schienen zur Zeit alle wirtschaftlichen Pläne Herrn Benesch weit hinter den drängenden finanziellen Sorgen Ungarns zurückzustehen. Gerüchte über polit. Annäherungsversuche der Tschechoslovakei erklärte er aus seinen wiederholten Aufenthalten in der Slovakei in der Nähe von Kaschau, wo er einen Besitz habe.

Unklar blieb mir, ob die Rolle, welche in der Presse stellenweise dem bekannten von Herrn Hantos dem Europa-Comité überreichten Memorandum zugeschrieben wurde, auf Richtigkeit beruht. Die ungar. Delegation hat jeden Zusammenhang damit abgeleugnet, was, glaube ich, zutrifft. Bei der französ. Delegation und am Quai d'Orsay hat es aber eine gute Aufnahme gefunden, ohne dass ich es dabei auf die Lilafüeder Verhandlungen hätte zurückführen hören.

¹ Siehe dazu Vizekanzler Schober an Gesandten Pflügl. Erlass, Wien, 11. 9. 1931 – AdR, NPA Österreich/Geheim, Z. 24920/13.

Ob die Pläne des Herrn Benesch („nichts mit und nichts gegen die angrenzenden Grossmächte“) überhaupt mit jenen, die in Paris verfolgt werden, übereinstimmen, darüber liess mich M. Flandin in einem sehr langen und eingehenden Gespräch mit deutlich merkbarer Absicht im Unklaren. Er machte es sich aber zur Aufgabe, mir jeden Zweifel darüber zu nehmen, dass eine Lösung der Donaustaaten-Frage bevorstehe. Die Wiederherstellung der österr. Finanzen sei nur die Vorstufe für die Zuweisung der historischen Rolle, zu der Oesterreich bei dieser Lösung berufen sei und von der es seine wirtschaftliche Zukunft zu erwarten habe. Dennoch musste der Eindruck bei mir zurückbleiben, dass die Intensität des französ. Interesses für Zeitpunkt und Art dieser Lösung stark mitbestimmt werden würde, von der Entwicklung, welche die deutsch-französ. Beziehungen nach der Berliner Zusammenkunft nehmen würden.

Mit einigen während der Versammlung in tschech. Blättern (Lidové Noviny) erschienenen Artikeln zur Vorbereitung neuer wirtschaftlicher Beziehungen der Tschechoslowakei zu den Donaustaaten erklärte sich M. Flandin sehr einverstanden, „wenn damit auch noch nicht viel gethan sei“.

Ich resümiere: selbst, wenn die „Ideen des Herrn Dr. Benesch“ konkreter sein sollten als sie scheinen und selbst wenn die massgebenden französ. Kreise dafür gewonnen sein sollten, so sind diese etwa aus politischen Gründen durchaus nicht geneigt, bei einer eventuellen Lösung des Wirtschaftsproblems der Donaustaaten ein einem neuen Sinne, Ihre als „Unterstützung“ allen Kompaziszenten angetragene direkte Einflussnahme hinter jene eines dieser zurückzustellen.

Genehmigen Herr Vizekanzler den Ausdruck meiner Verehrung.

Pflügl

1174

Besprechung Vizekanzler Schober mit Gesandten Marek und Junkar, Generalsekretär Peter, Sektionschef Schüller und Legationsrat Hornbostel am 19. Oktober 1931 in Wien

Aufzeichnung (geheim)

AdR, NPA

Mitteuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 20625/13

[Wien, 19. Oktober 1931]

Gesandter Marek skizziert kurz seine in letzter Zeit stattgefundenen Gespräche mit Dr. Benes (siehe u. a. Ber. ddo. Prag Zl.193/pol.)¹ und stellt die Frage, ob er

¹ Gesandter Marek an Vizekanzler Schober. Bericht Nr. 193/Pol., Prag, 15. 10. 1931 – AdR, NPA Österreich/Geheim, Z. 25590/13.

sich angesichts der Insistenz Dr. Benes' „taub zu stellen“ hätte oder sich direkt ablehnend oder schliesslich zustimmend verhalten solle.

Unter den Einzelheiten, die Ges. Marek anführt, sind hervorzuheben: Dr. Benes schwebt ein Wirtschaftsbündnis mit Oesterr., Ungarn, allenfalls Jugoslavien vor (von Letzterem spricht er in letzter Zeit nichtmehr, aus unbekannten Gründen; wegen italienischen Widerspruchs?); am liebsten wäre ihm vielleicht eine Konstruktion auf Grund Art. 222 St. Germain. Benes erklärte erst kürzlich Ges. Marek, dass die Tsch.Slow. anlässlich der am 10. November fortzusetzenden Verhandlungen mit Ungarn als die Stärkere sehr grosse Opfer zu bringen entschlossen sei, um Ungarn, das nach Benes' Informationen unmittelbar vor der Katastrophe stehe, für seine mitteleurop. Kombination zu gewinnen. Ges. Masirevich, der aus Budapest zurückkehrte, schilderte den ungar. Standpunkt derart, dass die Initiative zu einer rettenden Kombination von der Großen Entente ausgehen müsse, die schließlich das heutige Ungarn geschaffen habe. Benes selbst erklärt, nicht den Ehrgeiz zu haben, als Autor der Kombination hervorzutreten, der Tsch.Slow. gehe es noch relativ am besten, freilich sei sie sich darüber klar, dass mit zunehmenden Niedergang ihrer Nachbarn sie selbst mit der Zeit ruiniert werden müsste – jedoch könne sie warten, denn früher würden die Nachbarn gezwungen sein, die Initiative zu einer Sanierung Mitteleuropas zu ergreifen. Benes habe kürzlich angeführt, dass heute die tsch.slow. Industriellen, die am meisten über den vertragslosen Zustand mit Ungarn geklagt hatten, darüber froh seien, da sie wenigstens keine uneinbringlichen bzw. unbezahlten Forderungen an Ungarn hätten. H. Krofta prophezeie immer wieder, dass Oesterr. aus einem Wirtschaftsbündnis mit der Tsch.Slow. nur profitieren würde, insbesondere Wien. Hiezu kommen die bekannten Imponderabilien der gemeinsamen Vergangenheit, der Sympathien u. Verbindungen.

Ges. Marek meint schliesslich, das selbst Deutschland sich angesichts der Zusammenfassung der Deutschen d. Tsch.Slow. mit den österr. und der hiedurch gewährleisteten eher deutschfreundlichen Politik der Tsch.Slow. mit einem solchen Wirtschaftsbündnis in Mitteleuropa abfinden müsste.

Der Herr *Vizekanzler*: verweist auf seine bereits im Jahre 1921 anlässlich des Lanaer Vertrages den Deutschen hier u. in der Tsch.Slow. gegenüber verwendeten Argumente, gibt aber der Ansicht Ausdruck, dass sich *politische* Hindernisse, neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Realisierung des Benes'schen Planes bei uns in den Weg stellen würden. Man müsse bei uns auf Grund der heutigen parlamentarischen Verhältnisse mit einer starken Opposition gegen diesen Plan rechnen (zumindest 40 Agrarier unter den Chr.Soz., die Landbändler, der Wirtschaftsblock, zusammen cca. 60 Stimmen).

Sektionschef *Schüller* weist drauf hin, dass wir die Initiative nicht ergreifen können, nachdem wir heuer bereits das Zollunionsprojekt mit Deutschland versucht haben. Ungarn wolle die Sache, es wäre leicht, Ungarn dazu zu bewegen, selbst die von Benes erwartete Anregung zu machen. Unsere Politik sei immer die gewesen, dass wir stets gerne mit *allen* an der Verbesserung der wirtschaftlichen Konfiguration mit-

arbeiten wollen, wir könnten daher ohne weiters auch Ungarns Initiative aufgreifen, falls es sich an uns oder an uns u. die Tsch.Slow. wendet. Falls es sich nur an uns wendet, so könnten wir damit antworten, dass wir nach obigem Grundsatz unserer Politik fragen, wer noch mittun will; da könnte sich dann H. Benes einschalten, dem wir gleichfalls sagen würden, dass wir mit allen unseren Nachbarn, großen wie kleinen, ein solches Bündnis (Zollunion od. dgl.) eingehen wollen. Benes wird gewiss seinen alten Standpunkt hervorkehren: zuerst nur die Kleinen. *Seine Sache* wird es dann sein müssen, die Zustimmung der Grossen dazu einzuholen, sodass ihm die Last der Bearbeitung Roms und Berlins zufiele. Auf eine starke Unterstützung von Paris dürfe man nicht rechnen, da Paris gewiss vermeiden möchte, dass diese Konstruktion offen als der Plan Frankreichs hingestellt werde. Bekäme Benes tatsächlich die Zustimmung der Gossen. Dann liesse sich wirtschaftlich die Sache mit den agrarischen Zwischenzöllen zu unseren Gunsten gegenüber Ungarn, industriellen gleichfalls für uns gegenüber der Tsch.Slow. machen. Jedenfalls müsste man aber, bevor H. Benes durch Ges. Marek irgendeine *meritorische* Antwort über unsere Geneigtheit gemacht oder Ungarn zur Ergreifung der Initiative veranlasst würde, alle Ressortminister u. den H. BK. Befassen.

Der Herr *Vizekanzler* ermächtigt Ges. Marek, H. Benes bei Gelegenheit zu sagen, dass wir uns mit den Mitteilungen, die wir im Gegenstande durch Ges. Marek erhalten haben, beschäftigen. Es müsste aber unbedingt vermieden werden, dass Benes daraufhin verkünde, die Sache „sei im Werden“, sonst riskieren wir, dass wir von Berlin und Rom angeschossen werden, selbst wenn wir uns letzten Endes gegen das Benes'sche Projekt entscheiden sollten.

Der H. Vizekanzler wird den Zusammentritt einer Ministerbesprechung (BK, BM f. Handel, BM f. Landwirtsch.) behufs Erörterung dieser Fragen veranlassen.

Schliesslich beauftragt der H. Vizekanzler Ges. Marek, H. Benes im Zusammenhang damit auf die unfreundliche Sprache der Wiener tschech. Presse (Stunde u. insbesondere „Die Börse“) aufmerksam zu machen; deren Sprache verderbe jede der Tsch.Slow. freundliche Stimmung. Es liege also im Interesse von Benes' Plänen, dies abzustellen.

Auch die Tätigkeit H. Vavreckas sei eine recht unfreundliche, da er allzusehr mit unserer Innenpolitik verbandelt sei und überall taktlos herumschimpfe. Dies könne Ges. Marek H. Benes ruhig sagen und darauf hinweisen, dass wir alles täten, um die österr. Presse vor Angriffen auf die lästige Wiener tschechische Presse zurückzuhalten (Steyrermühl-Blätter-Sache u. s. w.).

1175

Gesandter Marek an Vizekanzler Schober

Bericht Nr. 208/Pol. (vertraulich)

AdR, NPA
Österreich/Geheim
Z. 25943/13

Prag, 5. November 1931

Herr Dr. Beneš, den ich gestern besuchte, äusserte sich sehr ungehalten über die „Deutsche Zeitung Bohemia“, die den bekannten Bericht der Berliner Tel.-Union über den angeblichen Vorschlag des tschechoslowakischen Aussenministers an Oesterreich zu einer engen Zusammenarbeit in besonderer Aufmachung gebracht habe, wohl nur zu dem Zwecke, um die tschechische Oeffentlichkeit aufzuhetzen und dem Aussenminister Unannehmlichkeiten zu bereiten. Dieser Störungsversuch der Tel.-Union und der Bohemia sei umso mehr zu verurteilen, als die Nachricht, die schon vier Tage früher ziemlich unbeachtet durch die italienischen Zeitungen gegangen ist, eben weil sie unbeachtet geblieben, frisch ausgegraben und in besonders auffallender Weise der deutschen und tschechischen Oeffentlichkeit versetzt wurde. Nur um die Diskussion darüber abzuschneiden, sensationellen Kommentaren den Boden zu entziehen und unerwünschten innerpolitischen Erörterungen auszuweichen, habe der Minister ein so scharfes Dementi losgelassen, von dem er hoffe, dass man es in Wien richtig verstanden habe und in dem man bei uns keineswegs eine Absage oder irgend eine gegen Oesterreich gerichtete Spitze erblicken möge.

Dass ich vor kurzem in Wien gewesen bin, war Herrn Beneš aus einem Berichte seines Wiener Gesandten bekannt. Er fragte mich daher auch sogleich, was man in Wien zu seinem Exposé gesagt und wie man über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei denke. Ich antwortete Herrn Dr. Beneš, dass ich Gelegenheit hatte, Eurer Exzellenz über unsere Unterhaltung auch mündlich ausführlich zu berichten und dass der Leiter der österreichischen Aussenpolitik die Prager Anregungen sehr interessant finde. Jedenfalls hätten die durch mich vermittelten Ideen Herrn Dr. Beneš's in Wien zum Nachdenken angeregt, doch könne man mangels eines konkreten Antrages auch keine konkrete Antwort erteilen. Eine Initiative in der von Herrn Dr. Beneš angedeuteten Richtung dürfe man auch aus Wien nicht erwarten, doch sei man in Oesterreich stets verhandlungsbereit, wenn es sich um Vorschläge von welcher Seite immer handeln sollte, die geeignet wären, die gegenwärtigen Probleme einer günstigen Lösung näher zu bringen. Ich glaube überzeugt sein zu dürfen, dass, wenn z. B. bei den für den 9. November in Prag anberaumten tschechoslowakisch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen von einem Verhandlungspartner an Oesterreich ein konkreter Antrag zur Mitarbeit gestellt werden sollte, Oesterreich unter Wahrung seines traditionellen

Standpunktes, mit *jedem* Staate zu verhandeln, der mit uns zusammenarbeiten will, auch diesem Antrag nähertreten würde. Auf die Frage Herrn Beneš's, wie man sein jüngstes Exposé in Wien aufgenommen habe, glaubte ich antworten zu dürfen, dass man die freundliche Gesinnung, die aus dem Exposé herauszufühlen war, sehr zu schätzen wisse.

Er sei, so antwortete mir Herr Beneš, in seiner Rede diesmal viel weiter gegangen, als sonst, wenn er auch weniger positiv, als *negativ* gesprochen habe. Es sei seine wohldurchdachte Absicht gewesen, negativ zu sprechen d. h. alles zu sagen, was *nicht* sein kann, ohne zu sagen was sein könnte. Durch das Ausschalten gewisser Kombinationen wollte er so manches Missverständnis beseitigen und Klarheit schaffen. Man sollte in Berlin und Rom keine überflüssigen Befürchtungen hegen und sich über die Absichten der tschechoslowakischen Aussenpolitik keine unrichtigen Gedanken machen. Ferner sollte man aus dem Exposé entnehmen, dass die Tschechoslowakei keine Vorschläge machen und auch keine Anträge stellen werde, andererseits aber, dass sich die Tschechoslowakei keinen vernünftigen Vorschlägen verschliessen würde. Die Tschechoslowakei wolle von Niemandem etwas und sie könne warten, das sei in kurzen Worten der Sinn der Reden gewesen.

Eines würde Herrn Beneš besonders interessieren: ob man eigentlich in Wien annehme, der tschechoslowakische Aussenminister habe bei seinen Anregungen und in seinen Gesprächen mit mir irgendwelche Hintergedanken, oder ob man bereit sei, ihm zu glauben, dass er keine Nebenabsichten verfolge. Wenn das Erstere der Fall wäre, so würde man wohl zu keinem Resultate kommen.

Ich antwortete dem Minister, dass, soweit ich die Situation überblicke, man an offizieller Stelle in Wien bisher keinen Grund gehabt habe, an irgendwelche versteckte Nebenabsichten und undurchsichtigen Ziele der tschechoslowakischen Aussenpolitik zu glauben. Allerdings gebe es Stimmen – und auf die hätte ich schon einmal hingewiesen – die von der stillen Absicht der Tschechoslowakei sprächen, in Mitteleuropa und insbesondere über Oesterreich eine tschechoslowakische Vorherrschaft im politischen und wirtschaftlichen Sinne aufzurichten, und diese Ansicht könne man nicht nur in Oesterreich, sondern auch ausserhalb unserer Grenzen vielfach vernehmen.

Eine solche Ansicht sei, antwortete mir Herr Dr. Beneš, vollkommen falsch und sie wäre auch undurchführbar. Wie wäre eine Hegemonie der Tschechoslowakei über einen deutschen Staat möglich, wenn man selbst dreieinhalb Millionen Deutscher innerhalb der Grenzen habe? Und dann: aus der Geschichte wisse man sehr genau, dass die Tschechen, wann immer sie die Vorherrschaft über die Deutschen erlangt, sie diese bald mit dem Verlust ihrer Selbstständigkeit bezahlen mussten. Soweit politisch. Oekonomisch liege der Fall ähnlich; gerade die Deutschen seien in der Tschechoslowakei die wirtschaftlich Stärkeren und es würde daher doch nur die deutsche Industrie in der Tschechoslowakei sein, die zusammen mit der deutschösterreichischen Industrie, *neben* der tschechischen, tonangebend wäre. Natürlich sei es ein nicht wegzuleugnendes Faktum, dass der tschechoslowakische Staat mit

mehr als 14 Millionen Einwohnern und mit seiner Flächenausdehnung grösser ist, als Oesterreich oder Ungarn. Das sei aber eben schon jetzt der Fall, wo man noch in keiner engeren Verbindung stehe, das sei nicht zu umgehen, das sei eben der tatsächliche Zustand. Diese Stärke, dieses, wenn man so sagen will, Uebergewicht, sei aber gerade jetzt mehr zu spüren, als es zu spüren wäre, wenn man in ein gutes Verhältnis zu einander treten würde, wo sich die Tschechoslowakei dem Vertragspartner gegenüber in so mancher Beziehung Mässigung auferlegen müsste, die sie sich in der Vergangenheit des öfteren nicht auferlegt habe. So z. B. wenn die Tschechoslowakei scharf gegen Ungarn los gegangen ist, allerdings getreu dem Sprichwort „Wie du in den Wald hineinrufst ...“. Es sei dies leider auch jetzt oft nicht anders möglich, denn sobald der Minister versöhnliche Worte an die ungarische Adresse richte, so heisse es in Ungarn gleich, dem Beneš laufe das Wasser in die Schuhe etc.

Solange man nicht, fuhr der Minister fort, seine Absichten, Ziele und Zwecke richtig auffassen und werten werde, so lang werde in Mitteleuropa nichts zu machen sein. Vielleicht sei die jetzige schwere Zeit in einer gewissen Beziehung gerade für die Tschechoslowakei ein Gewinn, da man insbesondere in *Ungarn* doch schon darüber nachzudenken beginne, ob nicht Dr. Beneš recht habe. Ungarn werde wohl überhaupt nur mit grossen innerpolitischen Veränderungen aus der Situation herauskommen. Bethlen, Apponyi, Gömbös, sie alle wollen sich lieber heute als morgen mit der Tschechoslowakei verständigen, sie verweisen jedoch immer auf die innerpolitischen Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen. Wenn man dem Volke durch 13 Jahre die Tschechen als die schwarzen Teufel hingestellt habe, so sei es allerdings leicht zu verstehen, dass man jetzt nicht plötzlich dicke Freundschaft mit ihnen predigen könne. Aehnliche innerpolitische Schwierigkeiten gebe es aber in der Tschechoslowakei auch, die Agrarier würden von einem Zusammengehen mit den Ungarn nicht sonderlich begeistert sein, doch glaube Dr. Beneš, diese Schwierigkeiten mit Ruhe überwinden zu können. Die Lösung des bisher so unerfreulichen Verhältnisses zu Ungarn würde aber gewiss nicht auf eine Weise möglich sein, die Herr Bethlen und Herr Gömbös scheinbar im Auge haben, wonach es der Tschechoslowakei erlaubt werden würde, wirtschaftliche Konzessionen an Ungarn zu machen, unter der politischen Bedingung, dass die Grenzen rektifiziert würden. Also: dem Anderen wirtschaftlich zu helfen und noch dafür zu zahlen, – da könne man nur sagen: „Wie sich das der kleine Moritz vorstellt ...“. – So naiv dürfe man sich nicht stellen.

Man spreche in letzter Zeit auch davon, dass Ungarn mit Oesterreich in ein engeres Verhältnis treten wolle; der Minister glaubt, dass solche Versuche schon im Anfang einem grossen Misstrauen begegnen würden, besonders in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien, es würde sich Aehnliches wiederholen, wie bei der deutsch-österreichischen Zollunion. Andererseits gehe es auch nicht, dass Prag um Aufnahme in dieses Bündnis vielleicht bitte. Der richtige Weg führe wohl nur über das *europäische Forum*, also über *Genf*. Wien oder Budapest müssten, wenn sie die

Absicht haben, etwas zu machen, einen Dritten finden, der die Sache in Genf anregen würde. Auf diese oder auf irgend eine andere geeignete Weise könnte man leicht die Diskussion über das mitteleuropäische Problem in Genf provozieren. Da sei z. B. der Sekretär der Europakommission, *Herr Avenol*, der ein sehr geeignetes Organ dafür wäre und den man ersuchen könnte, diese und jene Staaten zu *unverbindlichen Besprechungen* über das Problem einzuberufen. Er mache das sehr geschickt im Rahmen eines Diners. So etwas würde zur Beruhigung der Atmosphäre beitragen und Niemand könnte sagen, dass man ihn überrumpeln wollte. Auch auf der *Abrüstungskonferenz* werde Gelegenheit sein, über alle diese Dinge zu sprechen.

Dass Dr. Beneš selbst kein Angebot stellen könne und werde, müsse man schon aus der vergangenen Situation verstehen. Sollte er aber *gefragt* werden, von Italien oder von einer anderen Seite, so werde er sich günstig über die Möglichkeiten einer mitteleuropäischen Zusammenarbeit in dem von ihm wiederholt angedeuteten Sinne äussern, selbst anfangen könne er aber nicht. Der Minister sei nach wie vor überzeugt, dass eine mitteleuropäische Kooperation notwendig und durchführbar sei, in welcher Form sie vor sich zu gehen hätte, das wäre allerdings noch zu besprechen. Eine mehrere Staaten umfassende *Zollunion* liesse sich natürlich nicht mit einem Schlag aufrichten, alles müsste konstruktiv, schrittweise und positiv entstehen. Insbesondere mit *Ungarn* dürfte die Sache aus den schon früher angeführten Gründen doch noch einige Zeit dauern, es können ein, zwei, auch drei Jahre vergehen, bis gewisse Aenderungen im Innern des Königreiches so weit gediehen sein werden, um Ungarn für eine entsprechende Lösung geneigt und reif zu machen. Aber eben deshalb, weil Ungarn mit Rücksicht auf seine Schwierigkeiten immer mehr zur Ueberzeugung gelange, dass es den Weg aus seinen Fährlichkeiten nur in seiner nächsten Umgebung suchen müsse, daher für die mitteleuropäische Lösung immer reifer werde, gewinne es für das Problem immer mehr an Bedeutung.

Im Allgemeinen sei es gar nicht so schlecht, dass die öffentliche Diskussion über alle diese Fragen eingeleitet wurde, dadurch werden sich die Meinungen langsam klären und auch die innerpolitischen Widerstände schwinden, wenn man im Inlande sieht, wie und in welcher Weise die ausländische Oeffentlichkeit zu den Problemen Stellung nimmt. In der Tschechoslowakei lehne man jetzt schon den Gedanken einer engeren Zusammenarbeit mit Oesterreich und Ungarn – bis auf kleine, nicht in Betracht kommende Ausnahmen – keineswegs ab und auch die Agrarier werden so lange Nein sagen, bis sie plötzlich Ja sagen werden.

Zum Schlusse wollte Herr Dr. Beneš das Gesagte nochmals rekapitulieren:

Im Prinzipie glaube er mit allen mitteleuropäischen Staaten einig zu gehen, dass man Wege für eine gedeihliche Zusammenarbeit suchen sollte. Die Zeit sei zwar noch nicht ganz reif, sie reife aber heran.

Innenpolitische Bedenken und Schwierigkeiten gebe es überall, in der Tschechoslowakei genau so wie in Ungarn und in Oesterreich. In Oesterreich wirke der deutsche Zollunionsplan psychologisch noch nach, in Ungarn seien revisionistische Wünsche noch nicht verstummt, in der Tschechoslowakei hegen die Agrarier grosse

Befürchtungen. All diese Schwierigkeiten müsse man sehen und erkennen und man müsse gegen sie ruhig und bedachtsam arbeiten.

Die *internationalen* Schwierigkeiten werden um so kleiner sein, je mehr die Festigkeit der Orientierung in den einzelnen Staaten kenntlich sein wird. In Berlin, Paris und Rom müsse man wissen, was die einzelnen Staaten in Mitteleuropa wollen; wenn man in Berlin, Paris oder Rom aber bloss mit dem Fusse aufzustampfen brauche, um den oder jenen Staat ins Bockshorn zu jagen, werde es nicht gehen. Die österreichische Konzeption, dass ein mitteleuropäisches Bündnis *offen für alle* sein müsste, könnte Dr. Beneš nicht mitmachen, weil diese Konstruktion einfach nicht möglich sei. Und zuerst zu sagen, es könne ein Jeder mittun und dann doch den oder jenen ausschliessen, das wäre ein schwacher Standpunkt. Es sei daher klüger, sich gleich von Anfang an zu beschränken und es sei weitaus besser, die Grossmächte ärgern sich gleich, als später. Schliesslich werde es Niemand auf sich nehmen, Oesterreich oder Ungarn ernstlich etwas zu verbieten, was diesen Staaten in Wirklichkeit wirtschaftlich nützen und ihre Lage gründlich verbessern könnte. Dr. Beneš sei überzeugt, dass, wenn er heute z. B. mit Polen eine Zollunion schliessen würde, ein grosses Geschrei seitens der Grossmächte einsetzen würde, dann würden sie sich aber beruhigen und ruhig mit dem neuen Wirtschaftsgebiet Handel treiben.

(Die letztere Behauptung widerspricht dem, was mir Herr Dr. Beneš s. Z. im Hinblick auf das österreichisch-deutsche Zollunionsprojekt gesagt: Gegen den ernstlichen Widerstand des Nachbarn könne man selbst eine Zollunion nicht machen.) Herr Dr. Beneš schloss unsere Unterredung mit der Aufforderung, es möge Jeder in seiner Sphäre alles vorbereiten, was zur Verwirklichung einer alle Teile befriedigenden Zusammenarbeit führen könnte und er wiederholte die schon öfters ausgesprochene Versicherung, er wolle besonders Oesterreich in keine Kombination bringen, die uns mit Deutschland in einen Gegensatz führen würde. Und deshalb wisse er für die Diskussion über das Problem kein besseres Forum, als Genf. Genehmigen Sie, Herr Vizekanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1176**Generalsekretär Peter an Gesandten Marek (Prag)**

Privatschreiben (geheim)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 25963/13

Wien, 9. November 1931

Seit Ihrem letzten Besuche in Wien sind in der Frage der mitteleuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit hier folgende neue Fakten eingetreten:

Zunächst hat sich herausgestellt, daß auch Ungarn die Initiative zu einer solchen Zusammenarbeit, weder mit der Tschechoslowakei noch auch uns gegenüber, ergreifen will. Die Gründe liegen auf der Hand. Dagegen dürfen wir nach allem was wir gehört haben, annehmen, daß auch Ungarn nichts dagegen einwenden würde, wenn die Initiative dem Völkerbund überlassen würde und zwar derart, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten vom VB aus ihnen empfohlen wird.

Sektionschef Dr. Schüller hat in diesem Sinne bei der letzten Tagung des ökonomischen Komitees in Genf seinen fremden Kollegen gegenüber als seine persönliche Anregung den aus beiliegender Aufzeichnung ersichtlichen Vorschlag der Bildung von wirtschaftlichen Kommissionen nach deutsch-französischem Muster gemacht. Dieser Vorschlag S.Chef Schüllers, der den großen Vorzug hat, die Sache rein wirtschaftlich aufzuzäumen, wurde freundlich aufgenommen und dürfte von den Delegierten ihren Regierungen bereits mitgeteilt worden sein. Es ist anzunehmen, daß auch Herr Perutka Herrn Dr. Beneš inzwischen darüber Meldung erstattet haben wird.

Aehnlich wie zwischen Deutschland und Frankreich eine Wirtschaftskommission besteht, die über die wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden Staaten beraten soll, möchte ich Folgendes vorschlagen:

Alle europäischen Staaten sollen eingeladen werden, mit denjenigen Staaten, mit denen eine wirtschaftliche Annäherung für sie von Interesse wäre, ähnliche Kommissionen einzusetzen. Es würde also z. B. eine Kommission zwischen Oesterreich und Ungarn, eine zweite Kommission zwischen Oesterreich und Italien, eine dritte Kommission zwischen Ungarn und Italien eingesetzt werden, usw. Diese Kommissionen können sich zu einer einheitlichen Kommission vereinigen, wenn zweiseitige Kommissionen zwischen allen beteiligten Staaten bestehen. Also z. B. im oben angeführten Falle. Wenn dagegen ein vierter Staat nur eine Kommission mit Oesterreich hat, nicht aber auch mit Ungarn und Italien, so findet mit dem vierten Staate nur eine bilaterale Verhandlung statt. Das Vorgehen könnte naturgemäß nur

schrittweise sein, weil die Verhandlungen sonst zu kompliziert würden. Ueber alle Verhandlungen würde dem Europäischen Komitee Bericht erstattet werden. Dieser Vorschlag S.Ch. Schüllers bedeutet indes nicht das, was in Ihrem Berichte Z. 208/pol vom 5. d. M.¹ in der Schlußrekapitulation in die Worte gefaßt ist, daß „ein mitteleuropäisches Bündnis offen für alle sein müßte“. Es ist überhaupt im Vorschlage Schüllers keine bestimmte Konstruktion ins Auge gefaßt, sondern nur Besprechungen, aus denen sich erst ergeben kann und soll, welche wirtschaftliche Annäherungsmöglichkeiten vorhanden sind und zwischen welchen Staaten dies möglich wäre, ohne unüberwindlichen politischen Schwierigkeiten zu begegnen. Ich teile Ihnen dies zu Ihrer rein persönlichen Information und allfälligen Verwertung nur in dem Falles mit, daß Sie von Herrn Beneš auf die erwähnte Anregung S.Chef Schüllers angesprochen würden: Das BKA, AA, wird Sie natürlich über die Entwicklung dieser Fragen auf dem Laufenden erhalten.

1177

Nationalrat der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 58. Sitzung (Budgetdebatte)

Sten. Prot.

NR – IV. GP

Wien, 3. Dezember 1931

Tauschitz: [...] Was unsere außenpolitische Situation anlangt, möchte ich erwähnen, daß nach einem harten Kampfe die Zollunion, die für uns, speziell für das Landvolk, eine brauchbare Lösung gewesen wäre, weil wir damit an ein großes Wirtschaftsgebiet unseren Anschluß gefunden hätten, weil speziell die Alpenländer eine Belebung ihres Nutz- und Zuchtviehabsatzes von ihr erwarten konnten, durch die Weltpolitik verhindert wurde und daß man uns nun als Ersatz für die Zollunion das Donauföderationsprogramm teils mit, teils ohne Legitimus angeboten hat. Heute ist es wohl eine Erkenntnis der Weltpolitik, daß der Friede von Saint-Germain Österreich Arme und Beine abgeschlagen und aus ihm einen Torso gemacht hat. Aber eines hat man uns gelassen, den Weg zur Einheit der gesamten deutschen Nation, und diesen historischen Weg wollen wir weiter verfolgen. Niemals kann die europäische Frage gelöst werden, ohne die gesamten Deutschen Mitteleuropas zusammenzufassen. Wir müssen aus unserem engen Wirtschaftsgebiet heraus. Wir lassen mit uns auch über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Donauvölker reden, aber nie kann Österreich einer Kombination zustimmen oder einem Zusammenschluß von Staaten beitreten, bei dem nicht Deutschland führend beteiligt wäre.

¹ ADÖ 8/1175.

Aus dieser Hoffnung auf die unbesiegbare Kraft des deutschen Volkes schöpfen wir unseren Willen zum Leben, und wir werden alle Zweifel besiegen, die gerade die gegenwärtige Epoche mit sich bringt. Wir müssen mit der Vorstellung brechen, daß wir alles von der Gunst oder Protektion des Auslandes erwarten können. Ich stimme mit dem Herrn Finanzminister vollkommen darin überein, daß der österreichische Defätismus vielfach an unserer derzeitigen Lage schuld ist. Mehr Selbstbewußtsein und mehr Selbstvertrauen müssen wir der österreichischen Bevölkerung empfehlen. Auch hier können uns unsere deutschen Brüder als Vorbild gelten, die in jeder Notzeit sich nicht der Verzweiflung ergeben, sondern sich auf den Standpunkt stellen: Wir werden es schaffen. Erwarten wir nichts von dem uns nicht stammverwandten Ausland! Erwarten wir alles von uns selbst! Wir glauben an die große Sendung der deutschen Nation in Europa. Aber sie wird sich erst dann voll und ganz auswirken können, wenn die Vereinigung aller Deutschen in einem Wirtschaftsgebiet vollzogen ist. Und dieser Zusammenschluß ist unser politisches Endziel.

Meine Fraktion wird für den Bundesvoranschlag des Jahres 1932 stimmen. (*Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.*)

Dr. Hueber: [...] An diesem Betrag ist ja ein großes Projekt, eine sogenannte nationale Tat, die Zollunion mit dem Deutschen Reiche, deren Anhänger auch wir waren und noch heute sind, gescheitert. Aus der nationalen Tat ist deshalb, weil sie mit gänzlich unzureichenden Kräften von zwei Staaten unternommen wurde, die weder finanziell frei sind noch auch über die nötige Militärmacht verfügen, um sich im Ausland den entsprechenden Respekt zu verschaffen, eine ungeheuerliche nationale Demütigung geworden. Wenn wir in dieser Beziehung die Maßnahmen unserer Regierung und unseres Außenministers bekritteln, so geschieht dies in erster Linie nicht deshalb, weil diese Aktion wegen Mangels an geeigneten kräftigen Mitteln scheitern mußte, sondern aus dem Grunde, weil man uns nicht die Demütigung erspart hat, freiwillig vor Ergehen des Haager Schiedsgerichtsspruches zu verzichten. Eine solche Behandlung hat sich vor dem Kriege vielleicht einmal ein Negerstaat in Zentralafrika gefallen lassen. Wir und auch das große Deutsche Reich der Nachkriegszeit haben diese Behandlung glatt eingesteckt und gemeint: wenn wir recht brav sind, dann werden wir schon eine weitere Anleihe bekommen. Mit dieser Anleihewirtschaft scheint es nun ein Ende zu haben, leider nicht aus der Einsicht unserer Regierung, aus der Einsicht der herrschenden Männer des heutigen Systems heraus, sondern leider aus der Einsicht der ausländischen Geldgeber heraus, die offenbar etwas knickerig und gegenüber Österreich und zweifellos auch gegenüber dem heute in Österreich herrschenden System mißtrauisch geworden sind. Wenn man nun die ganze Credit-Anstalts-Geschichte an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt und sich an die Angelegenheit Ehrenfest erinnert und an das jetzige Gemurkse, wer Generaldirektor der Credit-Anstalt werden soll, muß man leider sagen, besonders vertrauenerweckend ist dieser ganze Zustand wirklich nicht. Es fehlte nur gerade, daß Herr Ehrenfest als Kandidat für den Generaldirektorposten in den Kalkül gezogen wird. (*Sehr richtig! auf der äußersten Rechten.*)

Es hat in diesem Staate weite Kreise gegeben, die dieser Entwicklung schon seit vielen Monaten mit steigender Besorgnis zugesehen haben, die sich darüber klar waren, daß dieser Weg in den Abgrund führen muß und daß jeder Schritt, der die Fortsetzung dieses Weges verhindert, in den Augen der Bevölkerung, vor dem höheren Interesse unserer Bevölkerung gerechtfertigt erscheinen muß. Nicht um Formalitäten handelt es sich hier, und es handelt sich bei Beurteilung irgendwelcher Maßnahmen gegen das heutige System auch längst nicht mehr um Paragraphen, um die bestehenden Gesetze, die ja darauf zugeschnitten waren, daß sie von Staatsbürgern eines anständig geleiteten Staatswesens eingehalten werden sollen, das wir heute nicht haben, denn das heutige Österreich ist kein anständig geleiteter Staat. Wenn wir nun diese Maßnahmen nach dem Buchstaben des Gesetzes betrachten, dann schreit man natürlich: Um Gottes willen, das sind Revolutionäre, das sind Hochverräter, sie brechen die Gesetze! Es ist aber doch auch nach jedem juristischen Denken, wenn man auch theoretisch auf noch so verschiedener Grundlage steht, selbstverständlich, daß das Motiv zu einer Tat eine sehr ausschlaggebende Rolle spielt. Und das Motiv der Tat jener Leute, die am 13. September zu den Waffen gegriffen haben, um eine Wendung herbeizuführen, war nicht die Lust am Umsturz, nicht die Lust am Sengen und Morden so wie im Juli 1927, sondern war etwas ganz anderes: war die klare Erkenntnis, daß unsere gesamte Bevölkerung, in welchem Parteilager sie auch immer stehen mag, bei Fortsetzung des heutigen Systems dem Untergang entgegengeht, entweder dadurch, daß wir letzten Endes in eine Staatsförderung hineingezwungen werden, die das Deutschtum bei uns unterdrückt, oder dadurch daß man vielleicht noch einmal auf den Gedanken kommt, diesen Staat überhaupt nicht mehr als selbständiges Gebilde weiterbestehen zu lassen, sondern unter seinen Nachbarn aufzuteilen. Von diesem bedrohenden Verhängnis wollten die Männer des 13. September unser deutsches Volk in Österreich bewahren. Sie wollten mit Einsatz des Letzten, was ein Mann zu geben hat, nicht nur mit Einsatz ihres Gutes, sondern auch mit Einsatz ihres Blutes dieses Verhängnis abwenden. Gerade die Entwicklung in diesem Staate seit dem 13. September hat diesen Männern recht gegeben, denn der Weg führt weiter in den Abgrund. Davon, daß unser Österreich heute lebensfähiger ist als früher, ist wohl keine Rede.

Im August dieses Jahres hat es meines Wissens eine nationale Partei in Österreich als nationalen Verrat erklärt, Österreich als lebensfähig zu erklären. Ich möchte mich kurz mit diesem Gedankengang auseinandersetzen. Wir sind der gegenteiligen Meinung. Es ist eine Frage, ob Deutschösterreich für alle Zukunft lebensfähig ist, aber wir sagen das eine: Wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das Deutschtum in diesem Lande und die Lebensfähigkeit dieses Staates zu erhalten, bis das deutsche Volk wieder stark und mächtig genug ist, um in seiner Gesamtheit einen deutschen Weg zu gehen, und wir sind verpflichtet, diesen Staat so lange über Wasser zu halten, bis wieder eine deutsche Entwicklung möglich ist, ohne daß wir fürchten müssen, daß ein derartiger Versuch ebenso scheitert wie die letzte Zollunion. [...]

1178**Vizekanzler Schober an alle österreichischen Gesandten und
Geschäftsträger im Ausland**

Zirkularerlaß

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 26597/13

Wien, 16. Dezember 1931

Seit mehreren Wochen steht in der europäischen Öffentlichkeit und Presse das Thema der wirtschaftlichen Annäherung der Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zur Diskussion. Ursprünglich von Prager und von Budapester Kreisen (Staatssekretär a. D. Hantos) ausgehend, beschäftigte sich diese nun insbesondere von der tschechoslowakischen, ungarischen, französischen, italienischen und reichsdeutschen Presse sowie einzelnen Wirtschaftsführern dieser Länder bestrittene Diskussion mit dem mitteleuropäischen Problem, nicht bloss von wirtschaftspolitischen, sondern zum grossen Teile auch von rein politischen Gesichtspunkten aus.

Es liegt im Wesen solcher, ohne eine ausgesprochene Ingerenz der interessierten Regierungen erfolgender Erörterungen in der Öffentlichkeit, dass sie, auf einzelnen realen Gegebenheiten und Möglichkeiten politischer und wirtschaftlicher Natur fussend, sich in mehr oder minder phantasievollen Kombinationen verlieren. Auch in dem in Rede stehenden Falle haben *politische* Kombinationen, Wünsche und Bestrebungen, die in immer wiederkehrenden Schlagworten – wie „Zollunionen“ grösseren und kleineren Umfanges, „Donauföderation“, „Restaurations“-Pläne, usw. – ihren Ausdruck finden, einen breiten Raum in der Diskussion eingenommen, obgleich diese doch ihren Ausgang von der in weiten Kreisen der kleinen mitteleuropäischen Staaten empfundenen gebieterischen Notwendigkeit einer entsprechenderen Regelung ihres *Wirtschaftsverkehrs* untereinander genommen hat.

Da ich annehmen muss, dass die Leiter und Funktionäre der österreichischen diplomatischen Missionen im Auslande bisweilen auf die Haltung ihrer Regierung zu den erörterten Problemen angesprochen werden dürften, lege ich Wert darauf, Sie im Nachstehenden in Kürze über die gegenständliche Auffassung der österreichischen Bundesregierung zwecks Regelung Ihrer Sprache sowie derer der Ihrer Mission zugeteilten diplomatischen Funktionäre zu informieren.

Ich muss zunächst feststellen, dass die österreichische Bundesregierung in keiner Weise die *Initiative* zu irgendeiner mit der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion zusammenhängenden Aktion ergriffen hat, ob diese nun auf die Schaffung einer „Zollunion“ oder „Föderation“ oder dgl. Konstellation zwischen den Donaustaaten abzielen soll. Die Bundesregierung beabsichtigt auch nicht, in Hinkunft eine solche

Initiative zu ergreifen, sie würde vielmehr derartige Ansinnen, die etwa an sie gestellt würden und Bindungen zur Folge haben könnten, die die politische Selbständigkeit Oesterreichs beeinträchtigen würden, ablehnen. Ich füge bei, dass auch bisher von keiner Seite im Sinne einer der vorstehend angedeuteten Projekte offiziell oder inoffiziell mit irgend einem konkreten Vorschlage an die österreichische Bundesregierung herangetreten worden ist.

Das Festhalten an dem leitenden Grundsatz der österreichischen Aussenpolitik – Wahrung der politischen Selbständigkeit gegenüber den sich in Europa abzeichnenden Staatengruppen – hindert die österreichische Bundesregierung jedoch keineswegs daran, jede ihr gegenüber etwa gemachte konkret gehaltene Anregung, die bei gewissenhafter Prüfung den wirtschaftlichen Nöten Oesterreichs – ohne uns dabei in unerträgliche politische Abhängigkeit von anderen Staaten oder Staatengruppen zu führen – einigermassen abzuwenden verspräche, woher immer sie komme, bereitwillig aufzugreifen und zum Gegenstande eines unvoreingenommenen Studiums zu machen. Die vagen und allgemein gehaltenen Andeutungen allerdings, die z. B. der Herr tschechoslowakische Aussenminister in letzter Zeit vor der tschechoslovakischen Volksvertretung über die Notwendigkeit einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Tschechoslowakei mit Oesterreich und Ungarn gemacht hat, lassen vorerst – wie ich zur Verwertung in Ihren einschlägigen Gesprächen erwähnen will – nach unserer Auffassung ein greifbares und unter den gegebenen innen- wie aussenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnissen realisierbares Projekt, das einer sachlichen Prüfung unterzogen werden könnte, nicht erkennen. Insolange dies nicht der Fall ist, muss sich die österreichische Bundesregierung einerseits gegenüber der eingangs erwähnten öffentlichen Diskussion in der Presse naturgemäss die grösste Zurückhaltung auferlegen und zunächst die allfällige Ausreifung eines brauchbaren Vorschlages abwarten; andererseits hat die österreichische Bundesregierung in Befolgung ihrer wirtschaftlichen Politik, die unbeirrbar die Besserung und den Ausbau der ökonomischen Beziehungen Oesterreichs zu allen Ländern, in erster Linie zu seinen Nachbarn im Auge hat, auch kürzlich wieder die Gelegenheit, die sich für sie bei Bekanntgabe ihrer Stellungnahme zu dem Berichte des Wirtschaftsexperten-Komitees der Studienkommission für die europäischen Union betreffend die wirtschaftlichen Annäherungsmöglichkeiten in Europa an den Völkerbund geboten hat, dazu benützt, einen praktischen Vorschlag zu machen – nämlich die Errichtung von Wirtschaftskommissionen nach deutsch-französischen Muster zwischen den Staaten, die eine wirtschaftliche Annäherung aneinander anstreben. Sie beabsichtigt auch, diesen Vorschlag gelegentlich der im Jänner 1932 in der europäischen Studienkommission abzuführenden Debatte über den oberwähnten Bericht des Wirtschaftsexpertenkomitee's und die einschlägigen Stellungnahmen der europäischen Regierungen nachdrücklich zu vertreten. Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung.

Schober

1179**Gesandter Marek an Vizekanzler Schober**

Bericht Nr. 234/Pol.

AdR, NPA

Tschechoslowakei 5/1

Z. 26695/13

Prag, 17. Dezember 1931

Ueber den *Besuch Herrn Marinkovic's in Warschau* habe ich mir erlaubt, unter Zl. 225/Pol. am 4. d. Mts.¹ und unter Zl. 227/Pol. am 10. d. Mts.² zu berichten. Gestern ist mir auch der Bericht des Herrn Ploennies aus Belgrad dedato 3. XII. l. Js., Zl. 124/Pol.³ im Einsichtswege zur Kenntnis gelangt.

Am Freitag, den 11. d. Mts. hatte ich Gelegenheit auch darüber mit Herrn Dr. Beneš zu sprechen. Herr Dr. Beneš bezeichnet den Besuch des Herrn jugoslawischen Aussenministers in Warschau als eine Sache der Courtoisie, diktiert „von dem Bestreben, zwei Staaten, die sich bisher mehr oder weniger indifferent gegenüberstanden, einander näher zu bringen“. Polen sei bisher in seinen Beziehungen zu Belgrad, mit Rücksicht auf italienische Empfindlichkeiten, sehr vorsichtig gewesen, mit der fortschreitenden Entspannung zwischen Jugoslawien und Italien sei diese Vorsicht nicht mehr notwendig. Um dies zu dokumentieren, sei die Zusammenkunft in Warschau veranstaltet worden. Der Besuch müsse als ein gutes Zeichen für die erstrebenswerte Annäherung der europäischen Staaten gewertet werden, ein besonderer Zweck und eine spezielle Bedeutung dürfe ihm aber nicht gegeben werden. Dass es bei der Zusammenkunft zweier Aussenminister zur Besprechung der verschiedenen pendenten internationalen Fragen kommt, sei nur natürlich.

Die Audienz Herrn Bethlens beim rumänischen König bezeichnete Herr Dr. Beneš als eine „Extratour“ des ungarischen Staatsmannes; sicherlich sei Herr Bethlen die gegenwärtig stärkste ungarische Individualität und er könne es nicht verschmerzen, dass seine zehnjährige Minister-Präsidentschaft eigentlich so unrühmlich geendet und dass er nach einem Dezennium Regierens den Staat so zurückgelassen hat, wie er eben ist. Herr Bethlen habe das Bestreben „wieder etwas zu machen“ und wieder zur Herrschaft zu kommen und er habe die Gelegenheit des Königsbesuches auf ehemals ungarischem Boden ergriffen, um wieder von sich reden zu machen und in Ungarn den Eindruck zu erwecken, dass er aktiv tätig sei und mit ihm gerechnet

¹ Gesandter Marek an Vizekanzler Schober. Bericht Nr. 225/Pol., Prag, 4. 12. 1931 – AdR, NPA Tschechoslowakei 5/1, Z. 26529/13.

² Gesandter Marek an Vizekanzler Schober. Bericht Nr. 227/Pol., Prag, 10. 12. 1931 – AdR, NPA Tschechoslowakei 5/1, Z. 26531/13.

³ Gesandter Ploennies an Vizekanzler Schober. Bericht Nr. 124/Pol., Belgrad, 3. 12. 1931 – AdR, NPA Jugoslawien 5/1, Z. 26412/13.

werden müsse. Es sei dies ein altes und bekanntes Spiel, das Herr Bethlen immer wiederhole. Auch früher schon habe er stets abwechselnd und nacheinander bei einem der drei Staaten der Kleinen Entente angeklopft und jedem betreffenden Aussenminister gesagt: „Mit Ihnen könnte ich was machen, mit den anderen geht es nicht“. So habe Herr Bethlen zum Beispiel im Haag eine Annäherung an Dr. Beneš gesucht, nachdem er vorher das Gleiche mit Jugoslawien versucht und abwechselnd auch mit Rumänien gesprochen habe. Natürlich haben sich die Aussenminister der Kleinen Ententestaaten diese Annäherungsversuche des ungarischen Staatsmannes brühwarm erzählt und es sei ihm niemand auf seine Lockungen hereingefallen. Bei aller seiner Geriebenheit sei Herr Bethlen doch nur naiv. Diese Art von Diplomatie sei *vieux jeu*, dem niemand mehr aufsitze. Jetzt sei für Herrn Bethlen anscheinend wieder Rumänien an der Reihe, doch was könne Ungarn heute Rumänien bieten. Da mir von verschiedener, auch sehr beachtenswerter Seite immer wieder von den *Restaurationsbestrebungen* gesprochen wurde und man mir von einem ganz detailliert ausgearbeiteten und fixen Plan Frankreichs gesprochen hatte, die Reinhthronisation der Habsburger in Budapest und in Wien auch gegen einen allfälligen Widerstand der Kleinen Entente durchzuführen, (mein Bericht vom 10. XII. I. Js., Zl. 227/Pol.)⁴ brachte ich auch diese Gerüchte zur Sprache und fragte Herrn Dr. Beneš, ob diese, namentlich in tschechischen parlamentarischen Kreisen verbreiteten Kombinationen irgendeinen Hintergrund haben und ob mit ihm darüber von französischer Seite gesprochen wurde. Herr Dr. Beneš antwortete ziemlich erregt, dass es doch Frankreich gar nicht wagen könnte, etwas derartiges der Tschechoslowakei anzutun. Eine Restauration der Habsburger würde den Krieg bedeuten. Solange Dr. Masaryk und Dr. Beneš leben und was zu sagen haben, werde dies nicht geschehen. Man müsste vorerst ihn und den Präsidenten beseitigen. Wenn solche Gerüchte verbreitet werden, so seien es nur Kombinationen dummer Leute, die nicht wissen, wie die Situation in der Tschechoslowakei tatsächlich liege. Eine Restauration wäre doch die volle Katastrophe der Masaryk'schen und Beneš'schen Politik. Dazu komme, dass in Jugoslawien an den massgebenden Stellen der Kurs noch viel entschiedener und viel schärfer antihabsburgisch eingestellt sei, als in der Tschechoslowakei, während er, Dr. Beneš, überzeugt sei, dass in dem unwahrscheinlichen Falle einer Restauration diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen genügen würden, um die Sache in 8 Tagen „über den Haufen zu werfen“, würde Jugoslawien sicherlich sofort mit den schärfsten Mitteln eingreifen. Es gebe in Frankreich gewisse habsburgfreundliche Strömungen, so sei es z. B. vom Marschall Liautey bekannt, dass er monarchistisch gesinnt sei und Herr Bethlen habe vor Jahren mit Marschall Liautey in dieser Richtung gesprochen. Bei Franchet d'Esperay, dem man ebenfalls Restaurationsgedanken zulege, treffe dies nicht zu und am Quai d'Orsay wisse man nur zu gut, wie entschieden der Standpunkt der Tschechoslowakei und Jugoslawiens in dieser Hinsicht sei.

⁴ Siehe Anm. 2.

Was Oesterreich anlange, so würden, so paradox es klinge, gerade die Grossdeutschen in Dr. Beneš, in Bezug auf die Restaurationsbestrebungen, ihren natürlichen Verbündeten finden. Das wisse man in Paris und man wisse auch, dass man in diesem Falle die Tschechoslowakei direkt in die Arme Berlins treiben würde, das ja ebenfalls, allerdings aus anderen Gründen, ein Gegner der Restauration in Oesterreich sei, und für so dumm dürfe man doch die Herren am Quai d'Orsay nicht halten, dass sie so etwas täten.

Genehmigen, Herr Vizekanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1180

Gesandter Marek an Vizekanzler Schober

Bericht Nr. 235/Pol.

AdR, NPA
Österreich/Geheim
Z. 26696/13

Prag, 17. Dezember 1931

Ich habe mir erlaubt unter Zl. 222/Pol. vom 3. XII. l. Js.¹ über den Besuch des Staatssekretärs a. D. Prof. Dr. Hantos in Prag und über die Aufnahme zu berichten, die seine Vorträge hier gefunden haben. Ich wollte auch die Meinung Herrn Dr. Beneš's darüber hören und fragte ihn, wie er sich zu den, von Prof. Hantos propagierten Ideen, die sich ja zum grossen Teil mit den Anschauungen des tschechoslowakischen Aussenministers decken, stelle.

Herr Dr. Beneš antwortete mir, es sei ganz gut, wenn man sich mit diesen Problemen nunmehr öffentlich befasse. Bisher habe man jeden als Hochverräter gebrandmarkt, der etwas Aehnliches öffentlich zur Diskussion gestellt habe. Es sei ein Fortschritt, dass man nunmehr in aller Ruhe und sachlich diese Probleme diskutiere. Vielleicht werde sich doch langsam die gesunde Ueberzeugung Bahn brechen, dass nur durch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten unseren Ländern zu helfen sei. Solange man aber ihm, den tschechoslowakischen Aussenminister, imperialistische Tendenzen unterschiebe, vom tschechischen Grössenwahn spreche, von einer beabsichtigten Hegemonie der Tschechoslowakei in Oesterreich

¹ Gesandter Marek an Vizekanzler Schober. Bericht Nr. 222/Pol., Prag, 3. 12. 1931 – AdR, NPA Tschechoslowakei 5/1, Z. 26391/13.

und in Ungarn rede, Beneš als einen französischen Vasallen bezeichne etc. etc., werde er nicht aus seiner Reserve hervortreten, er werde warten bis alle diese Herrschaften, die so sprechen, ernüchtert werden. Er und die Tschechoslowakei seien, wie schon oft betont, noch immer in der glücklichen Lage warten zu können. Einstweilen lasse er die öffentliche Meinung arbeiten und er freue sich, dass auch schon die politischen Kreise anfangen ruhig und sachlich über diese Frage zu sprechen. *Er, Dr. Beneš, sei immer bereit über diese Dinge zu diskutieren, seinen Standpunkt zu sagen und sich darüber zu einigen, was man machen könnte.* Da Deutschland noch immer zu glauben scheine, dass eine mitteleuropäische Kombination im Sinne der tschechoslowakischen Gedankengänge eine Spitze gegen das Reich hätte, so müsse man sich eben auch mit Deutschland aussprechen und einigen.

Europa werde nur gesunden, wenn Berlin und Paris endlich einig gehen werden. Diese Einigung beinhalte minimal zwei Komponenten, die Reparationen und Zentraleuropa. Umgekehrt heiße das auch, dass eine Einigung zwischen zentral-europäischen Staaten auch eine Verständigung zwischen Paris und Berlin bedeute und daraus folge auch eine Einigung zwischen Prag und Berlin.

Genehmigen, Herr Vizekanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1181

Gesandter Marek an Vizekanzler Schober

Bericht Nr. 244/Pol.

AdR, NPA

Österreich/Geheim

Z. 26801/13

Prag, 23. Dezember 1931

Die mir mit Erlass vom 16. Dezember l. Js., Zl. 26.597-13¹ gütigst zur Verfügung gestellten Argumente, warum Oesterreich keine Initiative zu einer Aktion im Sinne der momentan die öffentliche Diskussion beherrschenden Pläne auf Schaffung eines mitteleuropäischen Staatensystems ergreifen wolle, habe ich heute in einem fast zwei Stunden währenden Gespräche Herrn Dr. Beneš auseinandergesetzt.

Herr Dr. Beneš nahm meine Ausführungen mit grossem Interesse zur Kenntnis, stimmte unserem Wunsche, keinerlei Bindungen einzugehen, die in irgend einer

¹ ADÖ 8/1178.

Weise unsere politische Selbstständigkeit berühren könnten, lebhaft zu, äusserte aber einige Reserven und Bedenken zum Vorschlage auf Einsetzung von Kommissionen und setzte mir wiederum, wie schon so oft, seine Gedanken über die zukünftige Gestaltung Mitteleuropas auseinander. Ich muss gleich vorweg bemerken, dass sich die heutigen Ausführungen des Herrn Aussenministers in manchen Punkten von seinen früher geäusserten Ideen und Plänen – mitunter in *wesentlichen* Punkten – unterscheiden, was wohl zum Teil auf das Kräftespiel der inneren Politik, zum Teil sicherlich auch auf auswärtige Einflüsse zurückzuführen sein dürfte. *Dr. Beneš's Mitteleuropa sieht darnach heute etwas anders aus, als gestern.*

Der Minister begann seine Ausführungen mit der Konstatierung, dass sich seine und seines Landes Position in der letzten Zeit günstiger gestaltet und vereinfacht habe: „Wir wollen nichts und wir können so bleiben, wie wir sind!“ – Das soll wohl heissen: Wenn es auch zu keiner der von Dr. Beneš angeregten Kombination kommen sollte, so mache es nichts, die Tschechoslowakei ist allein für sich stark genug; gewiss eine Anspielung auf die wirtschaftlichen Nöte der umliegenden Staaten. Dass er es ehrlich gemeint, dass er schon seit 1920 die Zweckmässigkeit einer ökonomischen Zusammenarbeit in Mitteleuropa betone, dafür sei gerade ich der berufenste Zeuge und es müsse dies aus meinen Berichten nach Wien deutlich hervorgehen. Da man aber nur Verdächtigungen für ihn übrig zu haben scheine, indem man ihm beispielsweise in Ungarn Angst, in Oesterreich Imperialismus, in Berlin Intriguen gegen den Anschluss, am meisten aber Unterwerfung unter ein Pariser Diktat vorwerfe und ihn als einen unbedingten Vasallen Frankreichs bezeichne, ihm noch dazu überall Megalomanie imputiere, so müsse und wolle er jetzt schweigen und das jüngst geprägte Wort einer grossdeutschen Zeitung in Wien, vom „schweigenden Mann aus Prag“ wahr machen. Erst bis man zur Einsicht gelangen werde, dass kein einziges der gegen ihn geltend gemachten Argumente wahr sei, werde der Minister wieder reden.

Es seien in der letzten Zeit mehrere Besuche bei ihm gewesen, *Dr. Gratz* aus Budapest, der bevollmächtigte Minister *Sola* aus Rom, die ihn nach seiner Auffassung über die mögliche oder wünschenswerte Entwicklung in Europa befragten. Hier habe Dr. Beneš natürlich nicht mit seinen Ansichten zurückgehalten und offen seine Absichten dargelegt. Herr Dr. Gratz sei als Privatmann, als Nationalökonom zu Dr. Beneš gekommen und er habe eingesehen, was wohl jetzt schon in Ungarn langsam allgemein eingesehen wird, dass ein wirtschaftliches Einvernehmen mit der Tschechoslowakei für Ungarn von vitaler Bedeutung sei. Man habe früher, nicht nur in Ungarn, geglaubt, Dr. Beneš verfolge mit seinen Projekten nur ein rein tschechoslowakisches Interesse; gewiss wolle Dr. Beneš nicht leugnen, dass die wirtschaftliche Verständigung mit den Nachbarn auch ein tschechoslowakisches Interesse sei, doch würden auch die anderen dabei auf ihre Rechnung kommen, und das sei doch für die Anderen auch wichtig.

Mit *Ungarn* spreche der Minister jetzt ganz offen und sage gerade heraus, wie er sich das Verhältnis zu Ungarn vorstelle: *trêve politique*, Schluss mit jeder feindlichen

Propaganda, fair play, das sei die Basis für eine Verständigung. Dr. Beneš verlange von Ungarn keine Deklaration, keine neuerliche Anerkennung der Verträge, wohl aber die Bekanntgabe der ungarischen Ansicht, was *wirtschaftlich* zu machen sei. Wenn das gesagt sein werde, können sich die Experten in das Studium dieser Fragen vertiefen und ihr Gutachten abgeben.

Oesterreich müsse alles, was es machen wolle, mit Berlin besprechen. *Berlin* möge sich aber vor Augen halten, dass eine Einigung mit Paris ohne eine Einigung über Zentraleuropa nicht zustande kommen werde. Die Wilhelmstrasse müsse sich dessen bewusst werden, was in Europa unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Früher konnte Berlin *Oesterreich* als ein Instrument seiner Politik benützen und mit dem Endziel des Anschlusses operieren. Jetzt gehe das nicht mehr, die Situation sei, speziell nach dem Haager Urteil, eine andere. Deutschland könne das alte Spiel nicht mehr fortsetzen. Sollte dies dennoch geschehen, so würde dieses Spiel wohl nur auf Kosten *Oesterreichs* gehen. Deutschland werde dies einsehen und *Oesterreich* werde handeln können. Sollte dann *Oesterreich* mit der Tschechoslowakei reden wollen, so müsste es wohl auch sagen, was es wolle.

Ich warf hier ein, dass ich dies ja schon mehrmals deutlich gesagt habe: *Oesterreich* wolle seine politische Unabhängigkeit und Selbstständigkeit gegenüber den sich in Europa abzeichnenden Staatengruppen wahren, verschliesse sich aber keinen Vorschlägen, die bei Aufrechterhaltung dieses Prinzips geeignet wären, der wirtschaftlichen Not des Landes abzuhelpen.

Herr Dr. Beneš stimmte lebhaft zu; er habe es ja immer betont, dass *Oesterreich* frei und selbstständig bleiben soll. Nur, wenn wir uns gegenseitig offen sagen, was wir wollen, werde es zu einer Aufklärung zwischen den europäischen Staaten kommen. Auch Budapest und Rom müssen es sagen.

Hier glaubte ich Herrn Dr. Beneš daran erinnern zu sollen, dass wir eigentlich auch von ihm eine Konkretisierung seiner Ideen erwarten und gerne präzise wissen möchten, was die Tschechoslowakei wolle.

Seine Absichten könne er, antwortete Herr Dr. Beneš, eigentlich derzeit erst nur *negativ* präzisieren, d. h. er könne nur sagen, was er *ausschliesse*. Und dies sei:

1.) *Jedwede staatsrechtliche Organisation und Bindung*, wie z. B. Donauföderation etc. Dies habe neben praktischen auch psychologische und innerpolitische Gründe. Wenn Schweden und Norwegen es getroffen haben, trotzdem sie einander rassenmässig und kulturell wohl doch näher stehen, als wir, so müsste uns eine solche Konstruktion wohl auch gelingen.

2.) Ausgeschlossen sei ferner *jede Zollunion*, denn diese sei immer ein, wenn auch beschränktes, politisches Gebilde, oder sie führe zu einem solchen. (Darin weicht der Minister somit in einem wesentlichen Punkte von seinem ursprünglichen Programm ab; im Jahre 1922 sagte mit Dr. Beneš, er würde selbst bis zur Zollunion und Münzunion mit uns, Ungarn und Jugoslawien gehen und von der Möglichkeit einer Zollunion, zuletzt allerdings nur von einer „Zollunion sui generis“, sprach der Minister noch in der letzten Zeit.)

3.) Sei festzuhalten, dass die Tschechoslowakei nichts wolle und nichts verlange. „Wir können entweder zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit kommen, oder aber wir können auch bleiben, wie wir sind. Uns ist es bei der guten Konjunktur gut gegangen und wir halten uns ganz gut während der schlechten Konjunktur. Kurz und gut, wir wollen nichts.“

4.) „Für eine positive wirtschaftliche Kollaboration mit anderen Staaten halte ich an der Vorbedingung fest, dass ich das Niveau unserer Landwirtschaft schützen will und werde.“ (Die in Anführungszeichen auch oben, wiedergegebenen Äusserungen sind wörtlich, ich habe sie mitstenographiert). Es müsse eine Organisation geschaffen werden, die das ermöglicht. Für die Tschechoslowakei sei es die *Planwirtschaft*. Auf meine dahin abzielende Frage, sagte der Minister, die Planwirtschaft, im Wesen ein *Einfuhrmonopol*, sei nur für *landwirtschaftliche Produkte* gedacht, für Industrieerzeugnisse sei sie unmöglich. (Das ist also eine neuerliche Einschränkung der mir bei meiner letzten Vorsprache gemachten Mitteilungen – mein Bericht vom 15. d. Mts. Zl. 229 Pol.,² wonach der Minister an ein allgemeines Einfuhrmonopol zu denken schien. Es ist mir bekannt, dass diese Frage vor wenigen Tagen von einer unter Führung des Gesandten Dr. Friedman bei Dr. Beneš erschienenen Abordnung Brünner Industrieller besprochen wurde, die die Undurchführbarkeit eines Einfuhrmonopoles in Bezug auf Industrieprodukte betonte. Herr Dr. Beneš ist also seither zu einer anderen Ansicht gelangt.) Die Planbewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte, betonte der Minister, sei jedoch nur eine speziell tschechoslowakische Angelegenheit und sie müsste natürlich keineswegs auch von den anderen Vertragsstaaten durchgeführt werden; hier hätte jeder Staat vollkommen freie Hand.

5.) Es sei nicht möglich, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der kleinen mitteleuropäischen Staaten gegen Berlin, Paris und Rom zu *erkämpfen*. Sie werde nur dann zustande kommen, wenn die Grossmächte selbst werden in Mitteleuropa Ordnung haben wollen. Es wäre die Aufgabe Oesterreichs in Berlin, Ungarns in Rom und der Tschechoslowakei in Paris dahin zu wirken, dass ein solches Einvernehmen verwirklicht werde.

6.) Die Zusammenarbeit *dürfe in keiner Form die Kleine Entente tangieren*. Praktisch soll das heissen, dass alle Begünstigungen, die etwa Ungarn von der Tschechoslowakei erhält, auch den Jugoslawen und Rumänen zufallen werden. (In den letzten Gesprächen mit mir hatte Herr Dr. Beneš die Kleine Entente nicht erwähnt und es schien – auch anderwärts hatte man den Eindruck – als ob sich die Tschechoslowakei unter Umständen auch mit einer Kombination Oesterreich – Ungarn – Tschechoslowakei begnügen würde; insbesondere war von Rumänien nie die Rede. Hat hier vielleicht Frankreich korrigierend eingegriffen?)

² Gesandter Marek an Vizekanzler Schober. Bericht Nr. 229/Pol., Prag, 15. 12. 1931 – AdR, NPA Österreich/Geheim, Z. 26891/13.

7.) Schliesslich sei damit zu rechnen, dass sich die Tschechoslowakei und auch Jugoslawien energisch gegen jede Vereinbarung der besprochenen Art zur Wehr setzen würden, die speziell nur zwischen *Oesterreich und Ungarn* versucht werden würde. (Also nicht nur die österreichisch-deutsche Zollunion war verpönt!) Der Grund liege darin, dass die Tschechoslowakei durch Oesterreich in Ungarn, Jugoslawien durch Ungarn in Oesterreich geschädigt werden würde. Dieses Argument habe Herr Dr. Beneš ausdrücklich Herrn *Sola* zur Kenntnis gebracht.

Nachdem mir Herr Dr. Beneš diese sieben Punkte, die er selbst ziffernmässig so bezeichnete, in einer Weise erläutert hatte, wie ich sie eben wiedergegeben habe, fragte ich den Minister nochmals, wie er sich also doch irgendwie *positiv* die mitteleuropäische Kollaboration denke, worauf er antwortete: Er glaube, dass es zu einem *europäisch tolerierten System von Präferenzen, zu einer Art von niedrigen Zwischenzöllen*, kommen könnte, *die aber zu keiner Zollunion führen dürfen*.

Herr Dr. Beneš will seine Gedanken in grossen Zügen auch Herrn *Sola* entwickelt und, da sich Italien namentlich für Ungarn interessiere, diesem die spezifisch tschechoslowakisch-ungarischen Verhältnisse dargelegt haben. Er habe Herrn *Sola* seine Ueberzeugung nicht verschwiegen, dass Ungarn aus der gegenwärtigen Kalamität ohne ein Einvernehmen mit der Tschechoslowakei nicht werde herauskommen können. Oesterreich sei zwar in einer anderen Lage, aber auch dieser Staat werde sich entscheiden müssen, was er machen wolle. Herr *Sola* habe Herrn Dr. Beneš erwidert, dass er für Oesterreich keinen Vorteil in einem Zusammengehen mit der Tschechoslowakei erblicken könne. Hierauf will Herr Dr. Beneš gesagt haben, dass man bei einer Kombination *ohne Oesterreich*, also nur mit Ungarn, Jugoslawien und Rumänien wohl mit Recht von einem *tschechoslowakischen Industrieimperialismus* sprechen könnte und daher wolle die Tschechoslowakei Oesterreich nicht ausschalten, dessen Industrie, gleichwie die tschechoslowakische, bei einem Zusammengehen mit den drei Agrarstaaten nur profitieren könnte. Italien, so sagte Herr Dr. Beneš zu mir, fürchte sich eben – und nicht ganz mit Unrecht – davor, dass seine Industrie bei einem Präferenzsystem durch die österreichische und tschechoslowakische Industrie stark konkurrenziert werden würde. Wenn Italien aber aus diesen Gründen das System, welches Ungarn Nutzen bringen würde, zerschlagen wolle, so möge es dies ruhig tun; der Tschechoslowakei werde es nicht schaden. Ich fragte dann Herrn Dr. Beneš, was er zu unserem Vorschlag sage, besondere Wirtschaftskommissionen nach deutsch-französischem Muster für jene Staaten zu errichten, die eine wirtschaftliche Annäherung anstreben.

Er wolle sich, antwortete der Minister, gewiss nicht dagegen stellen, habe aber kein grosses Vertrauen zu diesen Kommissionen. Er fange nicht gerne etwas an, wovon er nicht wisse, dass es Aussicht auf Erfolg hat. Erstens werden diese Kommissionen die einzelnen Staaten vielleicht zu etwas verleiten wollen, was von vornherein ausgeschlossen sein wird. Jeder Echec im Einzelnen, könne das Ganze verderben. Zweitens fürchte der Minister, dass eine grosse Reihe von Experten zusammenkommen werde, die lange Reden halten und Resolutionen fassen werden, sowie es

bei den Konferenzen der Agrarstaaten der Fall war. Resolutionen aber, die, wenn sie auch in der besten Absicht gefasst wurden, sich nicht verwirklichen lassen, sollen lieber unterbleiben.

Drittens bestehe die grosse Gefahr, dass hiedurch bei manchen Mächten überflüssige politische Verdähte erregt werden könnten, namentlich in Berlin, Paris, Rom, die besser zu vermeiden wären.

Viertens möchte Dr. Beneš gerne vorher die Präzisierung unseres Antrages wissen; wie sollen die Kommissionen sein? Zwischen wem? Soll das eine europäische Sache werden oder nur eine zentraleuropäische. Die erstere würde er nicht mitmachen, da er ja bekanntlich auf dem Standpunkt stehe, dass sich nur die kleinen Staaten in Mitteleuropa wirtschaftlich zusammenschliessen sollen. Natürlich können Oesterreich und Italien eine gemeinsame Kommission einsetzen, das gehe aber die Tschechoslowakei nur insoferne an, als sie dann aufpassen würde, ob durch etwaige Vereinbarungen nicht ihre Rechte verletzt würden.

Dr. Beneš habe auch darüber mit Herrn *Sola* gesprochen; auf welche Art und Weise eine zentraleuropäische Zusammenarbeit einzuleiten wäre. Er habe Herrn Sola gesagt, dass dies ohne eine Mitwirkung der Grossen und ohne Genf wohl nicht möglich sei. Eine einfache Einberufung zentraleuropäischer Kommissionen nach Genf ohne vorherige entsprechende Vorbereitung habe keinen Zweck. Dr. Beneš wisse auf Grund jahrelanger Genfer Erfahrungen, wie das ausgehen werde. Sofort werden die Schweiz, Belgien, Holland, aber auch Griechenland etc. verlangen, mit dabei zu sein und der gleichen Begünstigungen teilhaftig zu werden, und die Grossmächte werden nicht zurückbleiben wollen. Mit anderen Worten, es werde sich zeigen, dass nichts zu machen ist. Es gebe seiner Ueberzeugung nach daher nur einen Weg: Die interessierten Grossmächte sollen den kleinen Staaten in Zentraleuropa sagen, wir haben nichts dagegen, dass ihr miteinander verhandelt, das Resultat eurer Verhandlungen müsst ihr uns vorlegen, wir werden es dann in der Europakommission in Genf vertreten. Handelt bilateral, legal und bis ihr zu einem gedeihlichen Ende kommt, so wendet Euch an uns!

„Ceterum censeo“, schloss Dr. Beneš, „wir müssen mit offenen Karten spielen und den Mut haben, zu sagen, was wir wollen. Ich habe meine Karten auf den Tisch gelegt.“ Ich antwortete Herrn Dr. Beneš, dass ich diese Idee gewiss sehr schön finde, dass sie aber die Einigkeit der Grossmächte zur Vorbedingung habe. Dem sei allerdings so, meinte Herr Dr. Beneš; leider glaube heute eine jede der drei Grossmächte, je einen Staat als Schachfigur benützen zu können. Frankreich habe die Tschechoslowakei, Italien Ungarn und Deutschland uns. Dabei fahre die Tschechoslowakei gut, weil Frankreich dasselbe wolle, was die Tschechoslowakei will und was dieser nütze. Für Oesterreich und Ungarn sei aber die Schutzherrschaft Deutschlands oder Italiens derzeit nur dann ein Vorteil, wenn die beiden kleinen Staaten überzeugt seien, dass für sie eine Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei und mit anderen zentraleuropäischen Staaten von Nachteil wäre und sie eben davor von ihren großen Freunden bewahrt werden. Wenn Oesterreich und Ungarn aber zur Ueberzeugung kommen

sollten, dass ihr wirklicher Vorteil nur in Zentraleuropa liegt, dann sei es für sie nicht gut, sich quasi als Pfand in den Händen der Grossen zu sehen. Dr. Beneš sage dies ganz offen und er habe es auch Herrn Sola erklärt. Italien wisse nun, wohin die Tschechoslowakei wolle. Deutschland habe es aber leider bisher immer noch vermieden, mit Dr. Beneš offen zu sprechen und ihn direkt nach seinen Absichten zu befragen. Er würde sich nicht scheuen, auch Deutschland seine Ideen zu entwickeln und zu erläutern. Bedauerlicherweise scheine in der Wilhelmstrasse bei jenen Herren, die an dem österr.-deutschen Zollunionsprojekte mitgearbeitet haben, zu Unrecht auch eine vielleicht etwas persönliche Rankune gegen ihn zurückgeblieben zu sein und das möge zu der Situation beitragen, wie sie jetzt eben ist. Italien werde, nach der Unterredung Dr. Beneš's mit Herrn Sola, wohl am Scheideweg stehen und erwägen müssen, was es mit Ungarn anfangen soll; ohne ein Einvernehmen mit der Tschechoslowakei werde Ungarn nicht durchhalten.

Resumierend schloss Dr. Beneš: Die Tschechoslowakei werde in ihrer bisherigen Politik fortfahren und nichts ändern. Sie werde stets im Einvernehmen mit Jugoslawien und Rumänien vorgehen und auch in der Politik mit der Kleinen Entente werde keine Aenderung eintreten. Es gebe gewisse geographische Kräfte, die nicht beseitigt werden können. Man könne die natürliche Entwicklung zwar verzögern, und gewisse Staaten werden darunter leiden, wer aber die europäische Frage wirklich werde lösen wollen, werde nur zu einer *zentraleuropäischen Lösung* kommen müssen. In diesem Sinne werden sich auch Italien und Deutschland zu entscheiden haben, jetzt oder später.

In italienischen Blättern sei in den letzten Tagen zu lesen gewesen, Dr. Beneš wolle die Kleine Entente zerschlagen. Das sei ein Unsinn. Man wolle nur Misstrauen in Bukarest und Belgrad säen, das werde aber nicht gelingen. (Daher wohl die wiederholte Betonung der Einigkeit der Kleinen Entente!)

Dr. Beneš verstehe, dass es für manche Staaten politisch nicht leicht sei, so ohneweiters in die zentraleuropäische Kombination zu gehen. In Ungarn habe man durch 12 Jahre die öffentliche Meinung auf das Gegenteil dressiert, in Oesterreich seien in der letzten Zeit politische Schwierigkeiten aufgetaucht, Jugoslawien und Rumänien seien allzu indifferent. Nur er, Dr. Beneš, habe seine Oeffentlichkeit seit 12 Jahren entsprechend vorbereitet und er würde daher eine leichtere Situation haben. Allerdings würde auch in der Tschechoslowakei niemand Beneš dazu drängen oder mit besonderer Freude – ausser vielleicht die Deutschen – mitgehen. Daher sei die Kalkulation falsch „Beneš wird müssen!“ Dies sei nicht der Fall, die Tschechoslowakei könne und werde warten. Falsch sei daher auch die in Ungarn verbreitete Meibnung, „Beneš will unbedingt, also soll er dafür zahlen“. So werde es nicht gehen. Die Frage sei nur ohne Prestigerücksichten, durch ein objektives und vernünftiges Einvernehmen zu lösen.

Genehmigen, Herr Vizekanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1182**Vizekanzler Schober an die österreichischen Gesandtschaften
Berlin, London, Rom und Paris**

Zirkularerlaß

AdR, BKA/AA

VR

Z. 20059/15

Wien, 7. Januar 1932

Auf der Tagesordnung der Jänner-Session des Völkerbundesrates steht unter Pkt. 24 die Einsetzung eines Komités zum Studium der Methoden der Wahl in den Völkerbundrat. Der Rat wird nicht die Mitglieder der Kommission selbst ernennen, sondern die Staaten bestimmen, die je einen Vertreter in die Kommission zu entsenden haben werden.

Die Einsetzung dieses Komités ist bekanntlich darauf zurückzuführen, dass der gegenwärtige Wahlmodus, der eine Reihe von Staaten praktisch jeder Möglichkeit beraubt, in den Rat gewählt zu werden, begreiflicherweise viel Unzufriedenheit wachgerufen hat. Da sich aber Oesterreich unter diesen Staaten befindet, hat die Bundesregierung ein besonderes Interesse an der Frage und legt wert darauf, in dem Komité vertreten zu sein, um ihren Ansichten und Vorschlägen Ausdruck geben zu können.

Nach den Berichten der österreichischen Delegation zur letzten Völkerbundversammlung haben die ad 1) deutschen, ad 2) englischen, ad 3) italienischen, ad 4) französischen Vertreter die Unterstützung ihrer Regierung für die Kandidatur Oesterreichs in das Komité in Aussicht gestellt.

Die [Gesandtschaft] wird daher gebeten, diese Angelegenheit beim dortigen Ausenamte zur Sprache zu bringen, auf die eben erwähnte Zusage zu verweisen und offiziell um die ad 1) deutsche, ad 2) englische, ad 3) italienische, ad 4) französische Stimme im Rate zugunsten der Wahl Oesterreichs in das Komité zu ersuchen.

Der Berichterstattung über die erhaltene Antwort wird mit Interesse entgegengesehen.

1183

**Bericht Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
über die Sitzung des Hauptausschusses des Nationalrates
am 8. Januar 1932¹**

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 20182/13

[Wien, 8. Januar 1932]

Der *Herr Vizekanzler* berichtet an der Hand des beiliegenden Exposé's² über die Entwicklung der Frage der wirtschaftlichen Annäherung an die Sukzessionsstaaten. Daran fügt der Vizekanzler einen Ausblick auf die in der nächsten Zeit bevorstehenden Beratungen in Genf (Kohlenkommission, Finanz-Komitee, Gläubigerverhandlungen und Abrüstungskonferenz).

Hieran knüpfte sich eine Debatte.

Dr. Bauer bemerkt, Herr Vizekanzler Schober hätte nichts über die Absichten mitgeteilt, die die Regierung bei den bevorstehenden Beratungen im Finanzkomitee verfolge.

Bundeskanzler Dr. Buresch, dem der Herr Vizekanzler die Beantwortung überlassen hatte, führt aus, dass am 11. Jänner die Verwaltungsrats-Sitzung der BIZ sich unter anderem mit der Frage des 60 Millionen Kredites befassen werde. Er habe keine grossen Hoffnungen, dass dieser Kredit jetzt auch wirklich gegeben wird, da die BIZ selbst sich in keiner sehr guten finanziellen Lage befinde, weiters weil die Frage der Kreditanstalt noch immer nicht soweit gelöst sei, dass die seitens der BIZ zur Bedingung gemachte Klärung dieser Frage als erfolgt bezeichnet werden könnte. Der Bundeskanzler streift sonach die Frage der Besetzung des Postens des Generaldirektors der C.A. Ferner werde es sich um die Verlängerung der Kredite von 190 Millionen (BIZ und Bank of England) über den nächsten Termin des 15. Jänner hinaus handeln.

Das Problem der C.A. steht ganz im Vordergrund. Die Auslandsschulden der C.A. betragen bekanntlich ungefähr 500 Millionen Schilling, infolge der verschiedenen Kursstürze der ausländischen Währungen cca. 450 Mill. S. Die Rückzahlung wurde bekanntlich bis Juni 1933 im Einvernehmen mit den Gläubigern hinausgeschoben. Eine grosse Last für die C.A. bedeutet der Zinsendienst der Auslandsschulden. Es müsse daher unbedingt versucht werden, den Gläubigern ins Gewissen zu reden und eine wesentliche Senkung des Zinsfusses zu erreichen. Schliesslich müsste auch

¹ Vgl. dazu den Hauptausschussbericht des sozialdemokratischen Parlamentsklubs – AdR, Parteiarchiv SDAP.

² Anhang I.

versucht werden, dass die Aktiva der Creditanstalt in irgend einer Weise derart aus der Bankmasse getrennt werden, dass sie lebensfähig gestaltet werden könne.

Nationalrat Hampel (grd.) dankt dem Herrn Vizekanzler für seinen Bericht und betont die unbedingte Notwendigkeit in Allem und Jedem gemeinsam mit Deutschland vorzugehen.

Dr. Bauer bittet den Bundeskanzler noch um Auskunft in folgenden Fragen:

1.) Stehen die Verhandlungen vor dem Finanzkomitee in irgend einem Zusammenhange mit den Verhandlungen mit den Gläubigern der Creditanstalt sowie mit der BIZ? 2.) Finden Verhandlungen mit den Gläubigern der C.A. unabhängig vom Finanzkomitee statt? 3.) Die Verteidigung der Währung erscheine kaum denkbar ohne Lockerung der Bindungen, die aus den Handelsverträgen hervorgehen; die Massnahmen der Devisenbewirtschaftung erschienen in diesem Belange unwirksam, nur der Weg der Kontingentierung könne als aussichtsvoll bezeichnet werden. *Dr. Bauer* fragt, ob der Herr Bundeskanzler in Genf einen solchen Vorstoss zu machen gewillt sei. Er sieht zwar einen beträchtlichen Widerstand seitens der anderen Staaten voraus, glaubt aber, dass es unbedingt notwendig wäre, auf den Ernst unserer Lage mit allem Nachdruck aufmerksam zu machen. 4.) Man müsste auch in Genf sagen, dass wir nicht nur nicht imstande seien, die 190 Millionen an Krediten zurückzuzahlen, sondern auch die grössten Schwierigkeiten hinsichtlich der Verzinsung unserer Auslandsschulden haben. *Dr. Bauer* fragt, ob die Regierung gewillt ist, auch in dieser Hinsicht d. h. durch Andeutung, dass wir gleich Ungarn an die Erlassung eines Transfer Moratoriums schreiten müssten, einen Vorstoss zu machen. *Dr. Bauer* hält die Angelegenheit der 60 Millionen für wenig bedeutungsvoll und glaubt auch nicht an einen Kredit von 250 Millionen. Eine wirksame Aktion zur Verteidigung unserer Währung erblicke er nur in einem mutigen Aufgreifen obiger Fragen, natürlich ohne mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, da wir ja vom Ausland zu stark abhängen, aber es erscheine ihm unbedingt notwendig, dass in den angedeuteten Richtungen Vorstösse in entsprechender Form riskiert werden. In diesem Zusammenhange müsse auch als Ziel der Regierung die Beschränkung der Haftung in der Kreditanstaltsache vorschweben. Da angenommen werden muss, dass die deutsch-französischen Streitfragen in absehbarer Zeit keine definitive Lösung erfahren werden, besteht die Gefahr, dass die allgemeine Beunruhigung in den nächsten Monaten noch zunimmt und es erscheine ihm daher dringend geboten, dass Oesterreich sich bereits jetzt intern darüber ins Klare komme, wie es in nächster Zeit unter den zu erwartenden Umständen seine Angelegenheiten führen wolle.

Bundeskanzler a. D. Streeruwitz konstatiert, dass das Ausland uns bald als säumigen Geschäftspartner bald direkt als Konkursmasse auffasst. Der Schwerpunkt der Lage liege in der Passivität der Handelsbilanz mit cca. 1000 Millionen; man müsse sich klar werden, wie wir uns in Zukunft werden verhalten können, der Zeitpunkt stehe unmittelbar bevor, da wir die Handelsverträge überhaupt nicht einhalten könnten, sowie es auch andere Länder uns gegenüber nicht zu tun vermögen; wir täuschen

unsere Handelspartner, wenn wir Bindungen einzugehen versprechen, die wir in drei Monaten unmöglich halten können. Wir sind handelspolitisch nicht mehr vertragsfähig. Die Regierung müsse sich intern auf eine grundlegende Aenderung der Handelspolitik vorbereiten.

Dr. Kienböck tritt dafür ein, dass nicht nur eine Zinsenermässigung sondern auch ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen der Gläubiger hinsichtlich der Schuldensumme angestrebt werden müsse. Desgleichen eine Reduktion der Haftungsziffer des Staates für die Kreditanstalt. Zu den Aeusserungen *Dr. Bauer's* bemerkt er, dass ein Auslandmoratorium ihm nicht als geeignetes Mittel erscheine, um Abhilfe zu schaffen. Ein solches Moratorium wäre eine viel einschneidendere Massnahme als was wir eigentlich auf handelspolitischem Gebiete erzielen wollen. Er warnt davor, das Wort Moratorium in den Mund zu nehmen; man könnte höchstens darauf hinweisen, dass, wenn das Ausland nicht einsieht, dass wir unbedingt gewisse handelspolitische Duldungen benötigen, wir zu dem anderen Hilfsmittel, dem Moratorium, greifen müssten. Unser wirtschaftlicher Notstand muss in Genf wirksam geltend gemacht werden. Mit unseren Devisen und Clearing-Massnahmen sind wir gewiss in der Lage, uns von überflüssigen Importen einigermaßen frei zu halten. Hinsichtlich der Clearing-Abkommen müsse er jedoch zur Vorsicht mahnen: diese sind, solange wir aktiv sind, gewiss günstig. Wenn wir aber passiv sind, erscheint die grösste Vorsicht notwendig. Es erscheint daher wichtig, dass wir daran denken, Importe auch durch andere Massnahmen zu verringern.

Bundeskanzler Dr. Buresch reflektiert auf die Bemerkungen *Dr. Bauers*: Wir haben das Gläubigerkomitee ersucht, nach Genf gleichfalls einen Vertreter zu entsenden. Zur Frage der Handelspolitik ist zu sagen, dass die Importe nach Oesterreich trotz der schlechten Lage des Landes insbesondere im November und Dezember stark zugenommen haben. Hier klafft ohne Zweifel ein grosses Loch. Die Nationalbank gibt Devisen wirklich nur für sehr wichtige Importe und andere Artikel kommen nur auf Grund von Verkäufen gegen Schillinge ins Land. Wir sind uns im klaren, dass das Clearingwesen für unsere Wirtschaft kein Heilmittel ist und den Weg zur Verminderung unserer Handelspassivität teilweise verschüttet. Eine Aenderung der Handelspolitik in Oesterreich ist gewiss das Allerwichtigste, und eine solche muss bald in Fluss gebracht werden; vielleicht ist die Duldung des Präferenzsystems das am zweckmässigsten anzustrebende Ziel. Was die Verzinsung unserer Auslandsschulden betrifft, so ist dies eine ganz heikle Geschichte. Bisher haben wir unsere Verpflichtung voll und ganz eingelöst, was im Auslande ohne Zweifel einen guten Eindruck gemacht hat, wie aus unseren Informationen hervorgeht. Das Transfer-Moratorium Ungarns hat in London hingegen sehr verstimmt. Uns wurde in letzter Zeit wiederholt zu verstehen gegeben, dass wir dieses Beispiel nicht nachahmen sollen. Ungarn hat sich auf viele Jahre hinaus den Weg der Auslandskredite dadurch verschüttet. Die Sistierung der Zinsenzahlung würde unsere Auslandsanleihen im Auslande jämmerlich stürzen. Der Bundeskanzler wird die ganze Materie in Genf mit allem Nachdruck zu verwerten in der Lage sein.

Nationalrat Hainzl (Hbl.) beantragt, endlich das System Kredite im Ausland anzusprechen aufzugeben und selbst alle erforderlichen Massnahmen im eigenen Wirkungskreis zu ergreifen, da die Auslandskredite uns nur die Hände binden und uns in unserer Handlungsfreiheit ausserordentlich behindern, ohne uns einen wirklichen Nutzen zu bringen. Der Heimatblock spricht sich unbedingt für ein Moratorium aus.

Anhang I:

Exposé Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung 13

In den letzten Monaten hat die Idee der wirtschaftlichen Annäherung der im Donauraume liegenden kleinen Staaten einen breiten Raum in der allgemeinen Diskussion eingenommen. Diese Diskussion wird seit Wochen sowohl von der Presse verschiedener Staaten als auch von wirtschaftlichen Fachleuten ja sogar von verantwortlichen politischen Persönlichkeiten bestritten. Ich erachte es unter diesen Umständen als meine Pflicht, die sich heute mir bietende erste Gelegenheit zu ergreifen, um den Hohen Ausschuss mit der gegenständlichen Haltung der Bundesregierung bekanntzumachen und hoffe damit, gewissen Kombinationen und Gerüchten, die ohne Zweifel in unserer heutigen Lage Oesterreich nur abträglich sein können, die Spitze abzubrechen.

Ich muß zunächst auf die Ansätze der gegenwärtigen Diskussion über das Thema der wirtschaftlichen Annäherung der Donaustaaten zurückgreifen. Es ist dem Hohen Ausschusse gewiß erinnerlich, daß der Gedanke der wirtschaftlichen Konfiguration der aus dem Zerfalle der österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgegangenen kleinen Staaten, insbesondere Oesterreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei bereits anlässlich der Verhandlungen über die Diktatfrieden von Versailles, St. Germain und Trianon das Tageslicht erblickt hat. Dieser Gedanke ist auch in den folgenden Jahren niemals ganz beiseite gelegt worden, sondern ist bisweilen vorübergehend wieder in die allgemeine Diskussion der mitteleuropäischen Frage eingeschaltet worden. Hier besteht zweifellos ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Gedanken der wirtschaftlichen Annäherung zwischen den Donaustaaten und dem Problem der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Annäherung Oesterreichs an das Deutsche Reich, in einem Worte der sogenannten Anschlußfrage. So hat gewiß auch die Entwicklung, die die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion im Laufe des vergangenen Sommers bis zur Septembertagung der europäischen Studienkommission in Genf genommen hat, das neuerliche Hervortreten des wirtschaftlichen Donaubundprojektes zur Folge gehabt.

Während der Septembertagung der europäischen Studienkommission und der darauffolgenden Tagung der Vollversammlung des Völkerbundes war einer der Hauptpropagatoren dieses Gedankens, der ehemalige ungarische Staatssekretär Hantos, in Genf anwesend und entwickelte dort eine rührige Tätigkeit, indem er ein umfangreiches Memorandum über sein Projekt den dort versammelten Staatsmännern und Delegationen überreichte. Die Tätigkeit des Herrn Hantos fiel

zeitlich mit der Zurückstellung des deutsch-österreichischen Zollunionsprojektes seitens Oesterreichs und Deutschlands zusammen und fand daher eine günstigere Aufnahme in weiteren Kreisen, als sie sie vielleicht unter anderen Umständen gefunden hätte.

Ein Wiederaufgreifen des Gedankens konnte ich im September vor allem beim Außenminister der tschechoslowakischen Republik, Herrn Beneš, feststellen, der mir ausführlich, wenn auch nicht sehr klar, in einer zweistündigen Unterredung auseinandersetzte, daß er eine wirtschaftliche Vereinigung – Name und Form Nebensache – zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich mit Ungarn und Jugoslawien im Auge habe. Dr. Beneš betonte hiebei, daß Hand in Hand mit dem Aufbau dieser Vereinigung die „Schließung der Türen nach Oesterreich“, insbesondere gegenüber Italien und Deutschland gehen werde. Dr. Beneš erklärte weiters, er werde darüber mit den Außenministern Italiens und Deutschlands noch zu sprechen Gelegenheit nehmen; er wisse, daß es da Schwierigkeiten gäbe, er habe aber Grund zur Annahme, daß er diese mit der Zeit werde überwinden können. Dr. Beneš hat in dieser Unterredung mit mir schließlich erklärt, daß auch für ihn der Grundsatz „nichts gegen Deutschland“ gelte und daß er bereit sei, für die ihm vorschwebende wirtschaftliche Vereinigung große Opfer, insbesondere auch Ungarn gegenüber zu bringen; es sei ihm dies dadurch erleichtert, daß es ihm gelungen sei, den Chauvinismus in der Tschechoslowakei wesentlich zurückzudrängen.

Dr. Beneš hat tatsächlich während seiner längeren Anwesenheit in Genf die verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik einer Reihe von Staaten über dieses Thema unterhalten. Hierüber hat uns unser Vertreter beim Völkerbund eingehend berichtet. Es ließ sich jedoch nicht feststellen, daß das Projekt Dr. Beneš's bei den Vertretern der Großmächte, jedoch auch nicht, bei denen der in Betracht kommenden Donaustaaten auf besonderen Anklang gestossen wäre.

Der Herr tschechoslowakische Aussenminister hat nach seiner Rückkehr aus Genf ausführliche Konversationen im Gegenstande mit unserem Prager Gesandten, Dr. Marek, angeknüpft, über die Dr. Marek uns zunächst schriftlich und sodann mündlich genau Bericht erstattet hat. Gesandter Marek hat unter anderem ausgeführt, daß Dr. Beneš ein Wirtschaftsbündnis mit Oesterreich und Ungarn, allenfalls auch mit Jugoslawien vorschwebe und ihm am liebsten vielleicht eine Konstruktion auf Grund des Art. 222 des St. Germainer Friedens wäre, der bekanntlich ein Präferenzregime zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei für die Dauer von 5 Jahren vorsieht, das jedoch infolge des Widerstandes dritter Staaten, wie bekannt, niemals in die Praxis umgesetzt wurde. Dr. Beneš hat auch Gesandten Marek wiederholt versichert, daß er Ungarn gegenüber zu sehr bedeutenden Opfern entschlossen sei, um dieses Land für seine mitteleuropäische Kombination zu gewinnen. Dr. Beneš hat Gesandten Marek wiederholt erklärt, daß er nicht den Ehrgeiz habe, als Autor der Kombination hervortreten, daß die Tschechoslowakei Zeit habe, zu warten, da es ihr relativ am besten gehe und daß er daher die Initiative zu einer Sanierung der mitteleuropäischen Staaten des Donauraumes von

einem dieser Staaten erwarten müsse. Dr. Beneš liess Gesandten Marek gegenüber unzweideutig erkennen, dass er von *Oesterreich* die Initiative erwarte; er wolle hören, was Oesterreich will. Er würde es sehr begrüßen, wenn Oesterreich selbständig als Subjekt mit eigenem Wollen und Willen auftreten würde und nicht als Objekt der Deutschen oder einer andren Politik. Auf die Frage unseres Gesandten, wie er sich in Hinkunft bei der Fortsetzung dieser Unterhaltung mit Dr. Beneš zu verhalten habe, wurde ihm die mündliche Weisung erteilt, Dr. Beneš gelegentlich zu sagen, daß die österreichische Bundesregierung sich mit den Mitteilungen, die ihr durch ihren Gesandten in Prag zugekommen seien, beschäftigen werde, daß Oesterreich jedoch keinesfalls in der Lage sei, die Initiative zu einer damit zusammenhängenden Aktion zu ergreifen. Dr. Marek wurde weiters ermächtigt, Dr. Beneš neuerlich unseren bekannten Standpunkt zu entwickeln, daß wir stets bereit sind, jede konkret gehaltene Anregung, die unseren wirtschaftlichen Nöten einigermaßen abzuhelpen geeignet wäre, gerne aufzugreifen und zum Gegenstande eines unvoreingenommenen Studiums zu machen, wie wir ja auch unbeirrbar an dem Grundsatz der Besserung und des Ausbaues unserer ökonomischen Beziehungen zu allen Ländern und in erster Linie zu unseren Nachbarn festhalten. Der erwähnte mündliche Bericht unseres Gesandten in Prag erfolgte am 19. Oktober v. J.

Die allgemeine Diskussion über dieses Thema hat in den darauffolgenden Wochen noch wesentlich zugenommen. Ich erinnere hier an die verschiedenen Vorträge des bereits erwähnten Dr. Hantos, an die durch die Zeitungen bekannten Besuche des ehemaligen ungarischen Aussenministers Dr. Gratz in Prag in Prag und Belgrad u. dgl. mehr. Bald nach dem mündlichen Berichte Dr. Mareks erschien in der deutschen und italienischen Presse die unrichtige Nachricht, daß Dr. Beneš in offizieller Form Oesterreich zum Abschlusse einer „Zollunion“ mit der Tschechoslowakei eingeladen habe. Diese Nachricht wurde denn auch von Prag aus in entschiedener Form dementiert; Dr. Beneš erklärte jedoch unserem Gesandten anlässlich seiner nächsten gegenständlichen Unterhaltung, daß er hoffe, man habe in Wien dieses Dementi richtig verstanden, und darin keineswegs eine Absage oder irgend eine gegen Oesterreich gerichtete Spitze erblickt. Gesandter Marek hat bei diesem Anlaße Dr. Beneš gegenüber sich des oberwähnten mündlichen Auftrages entledigt und ihm mitgeteilt, daß seine Ideen in Wien wohl zum Nachdenken angeregt hätten, doch könne man mangels eines konkreten Antrages keine konkrete Antwort erteilen. Eine Initiative könne Dr. Beneš von Wien nicht erwarten, doch wäre Oesterreich stets verhandlungsbereit, wenn es sich um praktische Vorschläge, von welcher Seite auch immer, handeln sollte, die geeignet wären, die gegenwärtigen Probleme einer günstigen Lösung näher zu bringen.

Begreiflicherweise wurde sowohl ich vonseiten der hiesigen fremden diplomatischen Vertreter als auch unsere diplomatischen Vertreter im Auslande vonseiten ihrer Kollegen und der Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, daraufhin angesprochen, welche Haltung Oesterreich gegenüber den gegenwärtig zur Diskussion stehenden Plänen einnehme. Ich habe daher im Einvernehmen mit dem Ministerrat

an unsere Vertretungen im Auslande eine Zirkularweisung ergehen lassen, deren Inhalt ungefähr folgender ist: (Zirkularerlaß Z.26597-13 vom 16. 12. 1931)³

Im gleichen Sinne habe ich mich gegenüber den hiesigen fremden Diplomaten, die im Gegenstande an mich Fragen stellten, vernehmen lassen. Auch der ausländischen Presse gegenüber, die mehrfach an mich das Ersuchen stellte, mich darüber zu äußern, habe ich den im soeben mitgeteilten Zirkularerlasse enthaltenen Gedankengang entwickelt. Ich verweise hier z. B. auf den kürzlich in der Lidove Noviny erschienen Aufsatz (siehe beiliegenden deutschen Text des Aufsatzes).

Kürzlich hat nun der Herr tschechoslowakische Minister des Aeußern auch vor dem offiziellen Forum des tschechoslowakischen Parlamentes diese Frage berührt und hiebei besonders betont, daß deren Lösung von einem vorherigen Einvernehmen zwischen Berlin, Paris und Rom anhängig sei. Auch bei diesem Anlasse ließ der Herr tschechoslowakische Aussenminister jedoch jede konkrete Andeutung über die Gestaltung, die ihm vorschwebt, vermissen.

Neben der Tschechoslowakei ist es hauptsächlich Ungarn, das sich in rühriger Weise mit der Propagierung der Aktion mit dem Ziele einer wirtschaftlichen Annäherung befaßt. Ich habe bereits auf die Tätigkeit Herrn Hantos' und Herrn Gratz' hingewiesen und will hier noch erwähnen, daß der ehemalige Ministerpräsident Graf Bethlen in einem Weihnachtsartikel seine wohl auch noch heute in Ungarn maßgebende Ansicht dahin zum Ausdrucke bringt, daß einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Budapest und Prag die Lösung einer Reihe politischer Fragen zwischen den beiden Ländern vorangehen müsse. Die ungarische Regierung selbst hat zu diesem Thema jedoch bisher nicht offiziell Stellung genommen und beabsichtigt, soweit uns bekannt, auch nicht ihrerseits die Initiative zu der in Rede stehenden Aktion zu ergreifen.

Wie der Hohe Ausschuß aus meinen Ausführungen entnehmen wolle, ist es bisher nicht klargestellt, welche positiven Absichten die Prager Regierung bzw. deren Aussenminister Dr. Beneš in dem in Rede stehenden Belange verfolgen. Auch die letzte Aussprache, die unser Gesandter in Prag mit Dr. Beneš im Gegenstande hatte, konnte darüber keinen hinreichenden Aufschluß geben. Dr. Beneš hat lediglich auf die wiederholten Anfragen Dr. Mareks kürzlich seinen Standpunkt in negativer Form ziemlich deutlich präzisiert. Ich erlaube mir dem Hohen Ausschusse die diesbezüglichen Ausführungen Dr. Beneš' gegenüber unserem Gesandten im Nachstehenden zur Kenntnis zu bringen.

Der Vollständigkeit halber muß ich noch anführen, daß in verschiedenen Zentren Mitteleuropas wie auch in Italien Gerüchte darüber kursieren, daß die Aktivität Dr. Beneš' im Belange der wirtschaftlichen Annäherung der Nachfolgestaaten im Donauraume auf einen Auftrag seitens der französischen Regierung zurückzuführen sei; diese Gerüchte behaupten nun, daß Dr. Beneš infolge der Tatsache, daß ihm dies bisher nicht gelungen ist, in Paris einigermaßen in Ungnade gefallen wäre. Die

³ ADÖ 8/1178.

französische Regierung hätte sohin die Führung in dieser Angelegenheit dem jugoslawischen Aussenminister Herrn Marinkovic und dem polnischen Aussenminister Herrn Zaleski übertragen und es bestehe gegenwärtig der Plan, eine wirtschaftliche Konfiguration zwischen Jugoslawien, Rumänien und Polen ins Leben treten zu lassen, der sich zwangsläufig Ungarn und die Tschechoslowakei im weiteren Verlaufe anschließen müßten. Ohne Zweifel sind diese Gerüchte, die bis heute nicht kontrollierbar sind, und wohl auch kaum werden kontrolliert werden können, auf die Tatsache des kürzlich erfolgten Besuches des jugoslawischen Aussenministers in Warschau zurückzuführen und ich glaube nicht, daß denselben eine größere Bedeutung zukommt. Ich erwähne dieselben nur, um das Bild, das ich mich von dieser Frage zu entwerfen bemüht habe, zu vervollständigen.

Hiemit glaube ich dem Hohen Ausschusse die chronologische Entwicklung, die diese Frage in den letzten Wochen genommen hat, sowie den Standpunkt der österreichischen Bundesregierung in Kürze skizziert zu haben.

Anhang II:

Zusammenstellung Sektionschef Schüller

Eine Zollunion zwischen mehreren selbständigen Staaten, die nicht politisch miteinander verbunden sind, ist noch niemals zustandegekommen. Die Hindernisse sind die folgenden:

1.) technische Hindernisse.

Die Regierungen mehrerer Staaten müssten einen gemeinsamen Zollltarif vereinbaren. Dieser Zollltarif müsste von den Parlamenten aller beteiligten Staaten angenommen werden. Er müsste in allen Staaten in gleicher Weise gehandhabt werden und die Handhabung müsste gegenseitig durch Zollorgane kontrolliert werden. Eine Aenderung des Zollltarifs wäre nur möglich, wenn alle beteiligten Staaten ihr zustimmen. Bei der Verhandlung über Handelsverträge müssten alle beteiligten Regierungen die gleiche Instruktion geben und die Unterhändler müssten diese Instruktion in gleicher Weise durchführen. Die Verträge müssten in allen Parlamenten angenommen werden um in Kraft treten zu können, jede Abänderung und jede Auslegung bei der Bestimmung der Verträge müsste gemeinsam erfolgen. Eine Kündigung wäre nur gemeinsam möglich.

Ein solches Vorgehen ist praktisch absolut undurchführbar. Es ist zwischen zwei Staaten im österreichisch-ungarischen Ausgleich 50 Jahre lang gehandhabt worden. Die war aber nur möglich, weil Oesterreich und Ungarn in der Monarchie vereinigt waren, ein gemeinsames Staatsoberhaupt und eine gemeinsame Vertretung nach aussen besaßen. Trotzdem führte dieses Verhältnis bekanntlich immer wieder zu schweren Krisen.

2.) wirtschaftliche Hindernisse.

Ungarn, Rumänien und Jugoslawien haben einen Ausfuhrüberschuss von zus. jährlich 8 Mill.mq Weizen, 13 Mill.mq Mais und 8 Mill.mq Gerste. Oesterreich und

die Tschechoslowakei haben ein Einfuhrbedürfnis zus. von 5½ Mill.mq Weizen, 2½ Mill.mq Mais und 700.000 mq Gerste.

Daraus geht hervor, dass ein gemeinsames Zollgebiet dieser Staaten einen starken Exportüberschuss hätte und dass deshalb in diesem Gebiet der Zollschatz wirkungslos wäre. Die Landwirtschaft in Oesterreich und der Tschechoslowakei wird für Getreide nur die Weltmarktpreise erhalten und auch Ungarn, Rumänien und Jugoslawien hätten keinen Vorteil von dem Zollgebiet, weil sie zu den Weltmarktpreisen verkaufen müssen. Ähnlich wäre die Lage für Vieh und andere landwirtschaftliche Produkte.

Die österreichische Industrie hätte von einer solchen Zollunion Vorteile, die sie aber mit der billiger produzierenden tschechoslowakischen Industrie teilen müsste.

3.) *politische Hindernisse.*

Deutschland und Italien würden einer solchen Zollunion den stärksten Widerstand entgegensetzen.

1184

Vizekanzler Schober an Gesandten Marek (Prag)

Erlass (dringend)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 26801/13

Wien, 11. Januar 1932

Ich habe Ihren Bericht Zl. 244/Pol. v. 23. v. M.¹ mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen.

Aus ihrer einberichteten Konversation mit Dr. Beneš geht nach unserer Auffassung deutlich hervor, dass – wie wir dies von allem Anfange an vermuteten – auch ihm kein fest umrissener Plan zur Herbeiführung einer wirtschaftlichen Annäherung und damit zur Erleichterung der grossen Wirtschaftsnot im Donauraume vorschwebt. Der von Dr. Beneš vertretenen Devise: handelt bilateral und legal! scheint uns aber gerade unser Vorschlag bezüglich Einsetzung von einzelnen Wirtschaftskommissionen am besten Rechnung zu tragen.

Auf die Frage Dr. Beneš' wie sollen die Kommissionen sein, ist zu antworten, dass diese, dem franz.- deutschen Muster entsprechend, aus Regierungsvertretern, denen Wirtschafts-Fachleute beigegeben würden, bestehen und die Kompetenz haben sollen, alle wirtschaftlichen Beziehungen im weitesten Sinne zwischen den betreffenden beiden Staaten zu besprechen.

¹ ADÖ 8/1181.

Die Frage, zwischen wem, wäre dahin zu beantworten, dass solche Wirtschaftskommissionen zwischen denjenigen Ländern geschaffen werden könnten, die die wirtschaftliche Annäherung an einander anstreben. Diese Kommissionen sollen, wie bereits erwähnt, bilateral sein. Sie können naturgemäss auch zwischen Ländern gebildet werden, die nicht Nachbarn sind, wie z. B. zwischen Oesterreich und Frankreich, das ja bekanntlich selbst im Verlaufe der Genfer Verhandlungen über die deutsch-österreichische Zollunion im Mai v. J. eine ähnliche Anregung Oesterreich gegenüber gemacht hat; so könnte auch die Tsch.Slow. mit Italien, wenn es die Interessen dieser Länder erfordern, eine Wirtschaftskommission im gedachten Sinne bilden. Die Ihnen mit Erl. Zl. 25963-13 v. 9. XI. v. J.² angedeutete Möglichkeit der späteren Zusammenfassung einzelner solcher bilateraler Kommissionen zu gemeinsamen Verhandlungen ändert nichts daran, dass die Kommissionen zunächst nur als bilateral gedacht sind und in keiner Weise nach einem im Voraus festgelegten System, das sich etwa auf Grund der Verhandlungen in einzelnen Kommissionen späterhin als wünschenswert herausstellen könnte, entstehen sollen. Der Frage, ob damit eine „europäische Sache“ oder nur eine „zentraleuropäische“ gemeint sei, kommt daher nach dem Vorgesagten vorerst keine Bedeutung bzw. Aktualität zu, da, wie gesagt, dem österr. Vorschlag weder das eine noch das andere ausschliessliche Ziel, sondern lediglich dasjenige zu Grunde liegt, auf diesem Wege die Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Annäherung zwischen im Voraus nicht bestimmten, jedoch eine solche zunächst im eigenen u. weiters im allgemeinen Interesse anstrebenden Ländern herbeizuführen. Vorstehender Argumente wollen sie sich, falls Dr. Beneš gelegentlich auf dieses Thema – das wohl durch die Verschiebung der ursprünglich für den 21. d. M. in Aussicht genommenen Tagung der Europ. Studienkommission gegenwärtig an Aktualität verloren hat – zurückkommen sollte, bedienen.

1185

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter

Telegramm Nr. 5 (Chiffre, geheim)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft
Z. 20268/13

Rom, 16. Januar 1932
(15.25 → 17.45)

Im Laufe gestrigen privaten Zusammenseins mit Graf Bethlen betonte dieser mehrmals, dass er „wegen baldigen Abschlusses handelspolitischer régimes zwischen

² ADÖ 8/1176.

Italien und Ungarn, respektive Österreich gesprochen und günstige Dispositionen konstatiert habe“. Auf allgemeine politische Themen vermied Bethlen einzugehen und bemerkte nur, dass seiner Ansicht nach allgemeine Lage durch letzte Erklärungen deutschen Reichskanzlers, die vielleicht durch innerpolitische Gründe veranlasst worden seien, nicht erleichtert worden sei. Bezüglich Einstellung Frankreichs zur Frage der Restauration in Ungarn glaube er, dass diese nicht Gegenstand aktueller Erwägungen in Paris bilde, umsomehr als Dr. Beneš gewiss stets dagegen Einspruch erheben würde.

1186

Gesandter Ploennies an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten

Bericht Nr. 23/Res.¹

AdR, NPA

Mitteuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 20366/13

Belgrad, 21. Januar 1932

Ich hatte unlängst Gelegenheit mit dem Herrn interimistischen Minister des Aeussern Dr. Kramer mich zu unterhalten.

Dr. Kramer gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Jugoslawien sich stark vermindert hätten und sich wahrscheinlich noch weiter vermindern würden.

Ich weiss nicht, ob Dr. Kramer mit dieser Aeusserung vielleicht auf besondere Absichten der Kgl. Regierung hinzielte, etwa auf den künftigen österreichisch-jugoslawischen Handelsvertrag oder auf Verhandlungen mit dritten Staaten, jedenfalls glaubte ich aber die Gelegenheit ergreifen zu sollen, um Herrn Dr. Kramer auf die österreichische Anregung hinzuweisen, Wirtschaftskommissionen nach deutsch-französischem Muster zwischen den Staaten zu errichten, die eine wirtschaftliche Annäherung anstreben.

Ich betonte insbesondere, dass eine solche Kommission ohne Eile, wie sie bei Handelsvertragsverhandlungen gewöhnlich herrscht, alle einschlägigen Verhältnisse genau zu untersuchen und dadurch die Erzielung einer Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen Staaten erleichtern könnte.

Dr. Kramer meinte, er finde, dass diese Idee viele Reize habe und er werde nicht ermangeln, sich mit ihr zu befassen.

Ploennies

¹ Siehe dazu Gesandter Ploennies an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Bericht Nr. 5/Res., Belgrad, 7. 1. 1932 – AdR, NPA Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft, Z. 20112/13.

1187

**Besprechung Legationsrat Hornbostel mit ungarischem
Außenminister a. D. Gratz am 21. Januar 1932 in Wien**

Amtserinnerung (geheim)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 20352/13

Wien, 22. Januar 1932

Exzellenz Dr. Gustav Gratz, der mir bereits unlängst einen Besuch in Aussicht gestellt hatte, suchte mich heute auf und entwickelte in einer eineinhalbstündigen Unterredung seine Ansichten und Wahrnehmungen in der Frage der mitteleuropäischen Annäherung.

Bezüglich der *Historie* seiner persönlichen Rolle in dieser Frage, führte Dr. Gratz Folgendes an:

Dr. Gratz bekannte sich seit dem Zusammenbruche zu der Auffassung, dass nur eine wirtschaftliche Zusammenfassung der durch die Friedensverträge zerrissenen Gebiete des Donaauraumes einer rapiden Balkanisierung dieser Länder Einhalt zu gebieten vermag. Unter seiner Ministerschaft, noch vor den Kaiser Karl-Putschen in Ungarn, hat er sich bemüht, eine offene Aussprache mit Dr. Beneš herbeizuführen. Es erfolgte tatsächlich die Entrevue von Bruck a. d. Leitha, im Laufe welcher Dr. Beneš ganz unverhohlen eine ganz beträchtliche Grenzkorrektur zugunsten Ungarns d. h. die Rückerstattung der limitrophen, von Magyaren besiedelten Grenzstreifen der Slowakei (Schütt-Insel, Gebiet um Kaschau usw.) sowie die Schaffung eines wirtschaftlichen Präferenzsystems zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei anbot. Bei diesem Anlasse beteuerte Dr. Beneš, dass er von allem Anfange an mit der Trianoner Grenzziehung nicht einverstanden gewesen, diese vielmehr auf das Konto Herrn Kramář zu setzen sei. Die späteren Ereignisse (Königsputsche und Burgenlandkämpfe, Francs-Fälscher-Affaire, St. Gotthardter-Affaire etc.) haben nicht nur die Ansätze einer Aussöhnungspolitik mit der Tschechoslowakei nicht zur Entwicklung bringen, diese Politik vielmehr auf längere Zeit vollkommen in den Hintergrund treten lassen. Erst im Laufe des vergangenen Sommers, im Zusammenhang mit der deutsch-österreichischen Zollunions-Angelegenheit, seien neuerliche Lockrufe aus Prag auf privatem Wege an Dr. Gratz als einstigen Verfechter der Annäherungsidee an die Tschechoslowakei gelangt. Dr. Gratz hat sich denselben gegenüber vollkommen passiv verhalten und erst als sie im Spätherbst vergangenen Jahres sich immer wiederholten und eindringlicher wurden, die Frage mit Graf Bethlen besprochen. Bei diesem Anlasse teilte Graf Bethlen Dr. Gratz mit, dass Herr Avenol des Völkerbundes, während der Budapester Beratung des Finanzkomitees an die ungarische Regierung die soit disant persönliche Anregung richtete, den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ungarns durch Schaffung

einer engeren ökonomischen Kombination (Zollunion) mit der Tschechoslowakei und Oesterreich einigermassen abzuhelpen. Graf Bethlen habe Avenol erwidert, dass dieses Zollunionsprojekt für Ungarn ebenso ein Politikum darstelle wie das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt eines für Frankreich und die Tschechoslowakei bilde. Graf Bethlen – der nach Auffassung Dr. Gratz's einen ausgesprochenen parti pris gegen die Tschechoslowakei und Dr. Beneš im besonderen hat – hätte seine Ansicht dahin präzisiert, dass der Agrarüberschuss, dessen Placierung im Auslande gewiss das dringendste Gebot der Stunde sei, am zweckmässigsten in Deutschland und Italien untergebracht werden müsse. Er könne eine auch nur wirtschaftliche Annäherung an die Tschechoslowakei ohne vorherige Lösung der politischen Probleme mit diesem Staate nicht gutheissen, habe aber nichts dagegen, dass Dr. Gratz den ihm aus Prag zugekommenen Winken Folge leiste und sich mit Dr. Beneš ausspreche. So habe Dr. Gratz auf seiner Reise nach Paris seinen Weg über Prag genommen und sei mit Dr. Beneš zusammengetroffen.

Die Ausführungen Dr. Beneš' gegenüber Dr. Gratz entsprechen im grossen und ganzen dem letzten Stadium der Angelegenheit, wie Gesandter Dr. Marek dieses einberichtet hat. Dr. Beneš habe im besonderen offen erklärt, dass er wirtschaftspolitisch nicht genügend gebildet sei, um selbst in Details eines Projektes einzugehen, dass er aber für jede praktische Anregung dankbar wäre. Dr. Beneš halte die Annäherung der Donaustaaten, einschliesslich der beiden anderen Partner der Kleinen Entente, für eine unabwendbare und selbstverständliche Entwicklung, die, wenn sie auch vorläufig auf grosse Schwierigkeiten stosse, mit der Zeit ohne Zweifel eine Wirklichkeit werden müsse. Dr. Beneš glaube, dass diese Annäherung sich auf der Basis von Kontingenten und einer Planwirtschaft für die agrarische Produktion verwirklichen lassen könnte. In dem Agrarüberschuss, den diese Kombination aufweisen würde, sehe er keine Schwierigkeit, da ja schliesslich die Agrarstaaten noch im vorigen Jahre sehr weitgehende Vereinbarungen hinsichtlich des Absatzes ihrer Ueberschüsse getroffen hätten. Aehnliche Vereinbarungen liessen sich ohne Zweifel auch auf die Dr. Beneš' vorschwebende Konstellation der fünf Staaten übersetzen.

Auf eine Frage Dr. Gratz's habe Dr. Beneš ausdrücklich erklärt, dass die ihm vorschwebende Kombination absolut nicht auf Geheiss Frankreichs bzw. im Dienste Frankreichs entstehen sollte, er bezwecke vielmehr mit seinem Plan, die kleinen Staaten des Donaumaumes der allzu intensiven Ingerenz seitens der Grossmächte zu entziehen. Es bestehe auch keinerlei Bedenken dagegen, dass Ungarn z. B. seine guten intimen Beziehungen zu Italien im Falle des Zustandekommens der in Rede stehenden mitteleuropäischen Annäherung aufrechterhalte und weiterpflege.

Als schliesslich Dr. Gratz Beneš dessen seinerzeitiges Brucker Offert hinsichtlich der territorialen Korrektur in Erinnerung rief, erklärte Dr. Beneš, nachdem er mehrmals der Beantwortung dieser Frage auszuweichen versucht hatte, schliesslich, dass diese Frage heute allerdings ganz anders stehe als damals in Bruck. Prinzipiell habe er seine Ansicht zwar nicht geändert, jedoch habe sich seither die Tschechoslowakei

so wesentlich konsolidiert, dass ein derartiges Opfer der tschechoslowakischen öffentlichen Meinung nicht zugemutet werden kann. Hingegen halte er die ihm vorschwebende wirtschaftliche Annäherung ohneweiters für trennbar von allen politischen Problemen und berief sich hiebei darauf, dass ihm Graf Apponyi, dem er in Genf den Gedanken der Entpolitisierung des ganzen Problems entwickelt habe, seine restlose Zustimmung hiezu gegeben hätte. (Dr. Gratz erklärt, dass Graf Apponyi ihm dies tatsächlich später vollinhaltlich bestätigt hat)

Dr. Beneš hat Dr. Gratz gegenüber mehrmals und mit Betonung festgestellt, dass eine Kombination zwischen Ungarn und Oesterreich allein für die Tschechoslowakei sowie auch für Frankreich absolut indiskutabel wäre.

Bezüglich seines Besuches *in Belgrad* erzählte Dr. Gratz, dass er tatsächlich in privaten Angelegenheiten (Ueberreichung eines Gesuches) nach Belgrad gereist und von Freunden aufgefordert worden sei, auch im dortigen Aussenamte vorzusprechen. Er traf dortselbst Generalsekretär Fotić an. Die Unterhaltung mit diesem ergab laut Dr. Gratz nichts Neues, es stellte sich nur heraus, dass Fotić in allem den Ansichten Dr. Beneš' deferierte.

Was die Situation *in Ungarn* betrifft, so schildert Dr. Gratz die Lage dortselbst in überaus pessimistischen Ausdrücken. Ungarn könne nicht mehr lange warten, bis irgendein Modus gefunden wird, um seiner Agrarkrise wirksam abzuhelpen. Während Graf Bethlen, wie erwähnt, auf dem Standpunkte stehe, dass der ungarische Agrarüberschuss in Deutschland und Italien untergebracht werden könne, seien sehr massgebende Wirtschaftler in Ungarn und auch Angehörige der Regierungspartei der Ansicht, dass auf diesem Wege keine Remedur zu finden ist. Der Vertrag mit Deutschland ist bekanntlich nicht durchführbar gewesen, derjenige mit Italien noch nicht ratifiziert, daher unwirksam, übrigens sei die Lage beider genannten Grossmächte eine derartige, dass ein praktisch wertvolles Entgegenkommen kaum erwartet werden dürfe. Dr. Gratz, wie auch eine nach seinen Angaben stattliche Reihe von massgebenden Persönlichkeiten (u. a. H. Gömbös!) stehen auf dem Standpunkt, dass die wirtschaftliche Annäherung Ungarns an die Tschechoslowakei und Oesterreich, in weiterer Folge an Jugoslawien und Rumänien, unumgänglich notwendig sei. Freilich gebe es auch angesehene Leute, unter anderem auch Mitglieder der Regierung, wie z. B. Herr Walko, die die Ansicht vertreten, dass die Gelegenheit der augenfälligen Bereitwilligkeit der Tschechoslowakei zu einer weitgehenden Annäherung an Ungarn nicht versäumt, vielmehr dazu ausgenützt werden sollte, um territoriale Konzessionen zu erlangen. Diesbezügliche Versuche sind gegenwärtig nach Mitteilung Dr. Gratz, also nach dessen Besuch in Prag, und trotz der obenerwähnten ablehnenden Stellungnahme Dr. Beneš's weiter im Zuge. Eine weitere Gruppe von Politikern, unter diesen die bekannten scharfmacherischen Kreise, wie auch der ehemalige Minister des Aeussern, Graf Emmerich Csaky, gehen noch viel weiter und sind der Meinung, dass mit der Tschechoslowakei nicht einmal wegen territorialen Konzessionen verhandelt werden dürfe, da eine etwaige Geneigtheit der Tschechoslowakei hiezu ohne Zweifel mit einem ungarischen Ver-

zicht auf die ausserhalb Ungarns verbleibenden Teile des ehemaligen Königreiches erkaufte werden müsste; es sind dies die Leute, die an der Fiktion der Integrität der Länder der heiligen ungarischen Krone unter allen Umständen festhalten wollen; sie sind allerdings nach Dr. Gratz heute bereits in der Minorität.

Was die Einstellung der ungarischen Industrie zum Problem der Annäherung an die Donaustaaten betrifft, so wäre es irrig, zu glauben, dass sie sich im Gegensatz zu den agrarischen Kreisen gegen eine Annäherung wehren würden. Wenn auch die Spitzenverbände der ungarischen Industrie vielleicht heute noch ihres Prestiges wegen sich ablehnend vernehmen lassen, so konnte Dr. Gratz, der selbst mehreren Verwaltungsräten angehört, feststellen, dass sehr wichtige Faktoren der Industrie, so unter anderem Oberhausmitglied und Präsident der Ungarischen Kommerzialbank, Philipp Weisz, Präsident der Rimamuranyer-Werke Paul Biró, ganz eindeutig einer Annäherung an Oesterreich und die Kleine Entente das Wort reden. Ein Grossteil der ungarischen Industrie erhofft sich durch die in Rede stehende Konfiguration günstige Exportchancen nach Jugoslawien und Rumänien und befürchtet die tschechoslowakische Konkurrenz nicht übermässig, da diesmal in gewissen Branchen (wie z. B. Eisen- und Stahlproduktion) bereits direkte Abkommen mit den tschechoslowakischen Unternehmungen der gleichen Branchen bestehen.

Dr. Gratz erzählte schliesslich, dass der Zweck der Reise des Grafen Bethlen nach Rom der gewesen sei, in Rom festzustellen, ob die italienische Regierung in der Lage ist, Ungarn durch die Aufnahme eines Grossteils des Agrarüberschusses zu helfen und die Absicht hat, den Handelsvertrag nunmehr endlich zu ratifizieren. Dr. Gratz ist fest entschlossen, in der Richtung der Vorbereitung der Atmosphäre in Ungarn sowie allenfalls auch im Auslande für die Realisierung des mitteleuropäischen Annäherungsprojektes weiterzuarbeiten, erklärte aber, dass er zunächst neuerlich mit Graf Bethlen, nach dessen Rückkehr aus Rom, Rücksprache pflegen wolle, um zu ersehen, ob Bethlen dort etwas erreicht habe. Es handle sich ihm (Dr. Gratz) gewiss in erster Linie darum, seinem Lande rasche und praktische Hilfe zu bringen; sei dies gegenwärtig durch Italiens Entgegenkommen möglich, so stimme er gewiss restlos zu. Er bleibe aber fest davon überzeugt, dass nur die Konfiguration der mitteleuropäischen Donaustaaten zu einer mehr oder minder engen wirtschaftlichen Einheit den den kleinen Staaten angeborenen latenten Krisen und Schwierigkeiten wirklich Abhilfe schaffen könnte.

Auf meine Frage, wie Dr. Glatz die Person Dr. *Hantos* und dessen Aktionen beurteile, antwortete Dr. Glatz, dass Herr Hantos zweifellos das grosse Verdienst für sich habe, aus eigenen Mitteln und mit ganz beträchtlichen materiellen Opfern die Idee der mitteleuropäischen Wirtschaftsannäherung durch die ganzen letzten Jahre hindurch wach erhalten zu haben. Allerdings sei Dr. Hantos aus mehreren Gründen (das theoretische und professorenhafte seiner Aeusserungen und Vorträge, seine jüdische Abkunft, seine heute nicht sehr sympathisch wirkende politische Vergangenheit, etc.) in der ungarischen Oeffentlichkeit nicht sehr sympathisch und besitze nicht die für ein so grosses Projekt erforderliche Durchschlagskraft.

Was den unlängst erfolgten Besuch des Ministerpräsidenten a. D. Stefan *Friedrich* in Prag betrifft, so findet Dr. Glatz die Einmengung Friedrichs in die Angelegenheit der wirtschaftlichen Annäherung sehr bedauerlich, da die günstige Stimmung in der Regierungspartei durch eine parallele Betätigung Friedrich's zweifellos stark beeinträchtigt werden müsste.

1188

Nationalrat der Republik Österreich

Protokoll zur 26. Sitzung des Hauptausschusses¹

Parlamentsarchiv,
HA-NR-IV. GP

Wien, 22. Januar 1932

In der heute unter Vorsitz des Präsidenten Dr. *Renner* abgehaltenen Sitzung des Hauptausschusses erstattete zunächst Bundeskanzler Dr. *Buresch* einen Bericht über die Verhandlungen in Genf.² Der Bundeskanzler betonte einleitend, dass er vor dem Finanzkomitee vor allem auf die Tatsache hingewiesen habe, dass die österreichische Regierung das, wozu sie sich während der Septembertagung in Genf bereit erklärt hatte, durchgeführt habe. Dies gilt zunächst von dem Budget, das strenge in dem damals einvernehmlich festgesetzten Rahmen gehalten ist und dessen Gleichgewicht durch die von der Regierung bereits durchgeführten oder in Vorbereitung begriffenen Massnahmen auch in Zukunft auf das strengste gewahrt werden wird. Der Bundeskanzler habe in dieser Beziehung vor dem Finanzkomitee eine ausdrückliche Erklärung abgegeben, das Finanzkomitee, welches die Bemühungen der österreichischen Regierung in dieser Richtung mit Sympathie verfolgt, hat deren Effekt, sowohl was das Budget für 1931 als auch für 1932 betrifft, anerkannt.

In den Beratungen des Finanzkomitees wurden alle jene Fragen eingehend besprochen, welche für die österreichische Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind, so insbesondere die Fragen der Bundesbahnen, der Länder- und Gemeindefinanzen, der Notenbank und der Credit-Anstalt. In der Tat sind diese vier Fragen von der grössten Bedeutung für die österreichische Wirtschaft.

Der Bundeskanzler möchte in diesem Zusammenhange insbesondere darauf hinweisen, dass er in den Beratungen des Finanzkomitees in ausführlicher Weise die Verhältnisse dargelegt habe, die Oesterreich in die gegenwärtige Situation gebracht haben. Eine der wichtigsten Tatsachen ist, dass Oesterreich gegenwärtig unter der

¹ Vgl. dazu den Hauptausschussbericht des sozialdemokratischen Parlamentsklubs – AdR, Parteiarchiv SDAP.

² Siehe auch WZ Nr. 13, 17. 1. 1932, 1.

Passivität seiner Handelsbilanz aber auch seiner Zahlungsbilanz zu leiden hat. Seinerzeit wurde das Passivum in der Handelsbilanz durch die Eingänge aus dem Fremdenverkehr, aus dem Transitverkehr und Kommissionen (dem unsichtbaren Export) zum grössten Teil wettgemacht.

Durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise haben sich die Verhältnisse auch in Oesterreich in dieser Beziehung sehr ungünstig gestaltet und es wird daher notwendig sein, neue Wege zu finden, um aus der gegenwärtigen schwierigen Situation herauszukommen. Eine der grössten Schwierigkeiten liegt darin, dass Oesterreich gegenwärtig in seinem Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland unter dem Druck der allgemeinen Meistbegünstigung steht; in dieser Beziehung müsste Oesterreich grössere Bewegungsfreiheit gegeben und der Staat in die Lage versetzt werden [...]³, die der österreichischen Wirtschaft grössere Bewegungsfreiheit ermöglichen. Diesen Gedanken hat das Finanzkomitee aufgegriffen und wird ihn auch in dem Berichte an den Völkerbund zur Geltung bringen.

Einen wichtigen Gegenstand der Beratungen bildete die Frage der Devisenbewirtschaftung. In dieser Richtung wurde von österreichischer Seite darauf hingewiesen, dass erst vor kurzer Zeit die 4. Devisenordnung erlassen wurde, die für die österreichische Wirtschaft schwere und harte Belastungen mit sich bringt, die aber als ein Mittel zur Erhaltung der Devisenbestände als notwendig betrachtet werden muss. Es geht ja schliesslich nicht an, eine Devisenordnung einzuführen, die nur die Nachteile der Devisenbewirtschaftung mit sich bringt, ohne dass auch die Vorteile gezogen werden können, die für die Wirtschaft unbedingt notwendig sind. Vom Finanzkomitee wurde in dieser Beziehung darauf hingewiesen, dass eine Ueberprüfung der sogenannten Zertifikate notwendig sei, dass deren Zahl zu hoch sei und eine Abänderung in dieser Beziehung getroffen werden müsse, was auch von der Nationalbank zugesagt wurde.

Die österreichische Regierung hat betont, dass zwar die Nationalbank mit ihrem Devisenvorrat recht enge geworden sei, dass aber alle Zahlungen, die an das Ausland in fremder Währung zu leisten sind, aufrecht erhalten werden, dass aber schliesslich der Tag kommen könne, der Schwierigkeiten in dieser Beziehung bringen würde. Im Finanzkomitee wurde der Gedanke aufgeworfen, dass es notwendig sei, die Gläubiger gleichmässig zu behandeln, was von österreichischer Seite aufgegriffen wurde. Wir haben die Tatsache vorangestellt, dass Oesterreich in der Lage sein werde, die titrierten Schulden nach wie vor zu verzinsen und zu amortisieren; hinsichtlich der kurzfristigen Schulden wurde empfohlen, bei gleichmässiger Behandlung der Gläubiger nur den Zinsendienst aufrecht zu erhalten und hinsichtlich der Kapitalrückzahlung mit den Gläubigern zu einem Stillhalteabkommen zu gelangen, wie ein solches ja seinerzeit von den Gläubigern der Credit-Anstalt für zwei Jahre abgeschlossen wurde. Der Bericht des Finanzkomitees an den Völkerbund wird auch im Sinne der Empfehlung eines Stillhalteabkommens lauten. Der Betrag, der

³ Eine Zeile unleserlich.

auf diese Weise an ausländischen Zahlungsmitteln erspart werden kann, dürfte sich auf rund 150 Millionen Schilling jährlich belaufen, was der Gewährung einer Anleihe in der gleichen Höhe entsprechen würde.

Das Wort „Moratorium“ wurde überhaupt nicht ausgesprochen. Im Gegenteil, wir haben betont, dass wir nicht das Beispiel einiger ausländischer Staaten nachahmen wollen.

Einen breiten Raum in der Erörterung nahm die Frage der Credit-Anstalt ein. Es wurde anerkannt, dass die Organisation der Credit-Anstalt jetzt so gestaltet wurde, wie dies den Vereinbarungen mit den Vertretern des Gläubigerkomitees entspricht. In dieser Organisation wurde eine Gewähr dafür gesehen, dass die Credit-Anstalt nunmehr so verwaltet wird, wie es der Bedeutung dieses grossen Institutes entspricht. Die österreichische Regierung hat darauf hingewiesen, dass sie nunmehr die baldigste Bestellung der Leitung der Credit-Anstalt erwarte, insbesondere Vorschläge der Vertreter des Gläubigerkomitees bezüglich der Ernennung des Leiters der Credit-Anstalt gewärtige. Nach Erledigung dieser formellen Frage, die in aller kürzester Zeit zu gewärtigen ist, wird dann der Komplex der materiellen Fragen um die Credit-Anstalt zu lösen sein. Die österreichische Regierung hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass Opfer von allen gebracht werden müssen, die in Betracht kommen. Der österreichische Staat hat Opfer gebracht, die eigentlich weit über die Tragkraft der österreichischen Wirtschaft hinausgehen, er kann dies aber nur dann tun, wenn er mit Bestimmtheit damit rechnen kann, dass auch die Gläubiger Entgegenkommen beweisen und sich zu Opfern bereit erklären. Das Finanzkomitee hat dies zur Kenntnis genommen. Eine Entscheidung in dieser Beziehung steht ihm freilich nicht zu. In der Tat bildet die Frage der Credit-Anstalt die Schlüsselfrage für die österreichische Wirtschaft.

Der österreichischen Regierung ist es gelungen, durch die Massnahmen, die sie in den letzten Monaten getroffen hat, die Währung intakt zu erhalten. Zu diesen Massnahmen gehört die Erhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte, die Vermeidung aller Massnahmen inflationistischen Charakters, dazu wird aber auch die Bereinigung der Credit-Anstalts-Frage im wesentlichen Masse gehören. Wir haben das grösste Gewicht darauf gelegt, dass dies rasch erfolgt. Vom Gläubigerkomitee wurde uns die Mitteilung gemacht, dass unmittelbar nach der Bestellung der neuen Leitung Vertreter des Gläubigerkomitees nach Wien kommen werden, um über die materiellen Fragen zu verhandeln.

Wir hoffen, dass dies sehr bald geschehen wird. Wird dies der Fall sein, dann werden wir mit allem Ernste daranschreiten müssen, Mittel zu finden, um unserer österreichischen Wirtschaft, die durch die Ereignisse der letzten Monate so stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, zu einer neuen Bedeutung zu verhelfen, insbesondere in der Richtung, die Arbeitslosigkeit, die immer katastrophaler wird, zu bekämpfen. Wir werden in absehbarer Zeit insbesondere mit Investitionen hervortreten müssen, um die Wirtschaft neu zu beleben. Eines der Mittel auf diesem Gebiete wird eine innere Anleihe sein; *keine Zwangsanleihe*, sondern eine Anleihe,

die durch entsprechende Ausstattung der Obligationen und andere Massnahmen jenes Kapital anziehen soll, das in den letzten Monaten aus den Kassen in die Schubladen oder ins Ausland gewandert ist und nunmehr der österreichischen Wirtschaft wieder dienstbar gemacht werden soll. Wir können feststellen, dass in der letzten Zeit eine gewisse Beruhigung eingetreten ist. Die Anzeichen dafür sind der Rückgang des Wechselportefeuilles der Nationalbank und das Steigen der Spareinlagen der Sparkassen.

Selbstverständlich rechnet die österreichische Regierung auch auf die Bewilligung einer Auslandsanleihe. Allerdings sind die Aussichten für die Begebung einer langfristigen Anleihe auf dem Weltgeldmarkte derzeit nicht vorhanden. Wir haben aber ausdrücklich erklärt, dass die österreichische Regierung mit Rücksicht auf die seinerzeit gegebenen Zusagen und die Unmöglichkeit, die österreichische Wirtschaft aus eigener Kraft wieder in Gang zu bringen, zuversichtlich auf die Bewilligung einer Auslandsanleihe rechnet.

Das Finanzkomitee hat seinen Bericht fertiggestellt, der Herr Finanzminister hat in diesen Bericht Einsicht genommen und der Bericht wird nunmehr dem Völkerbundrat unterbreitet werden.

Finanzminister Dr. *Weidenhoffer* führt weiter aus, dass es zwar im Jahre 1931 dem Bund durch gesteigerte Ersparungen gelungen ist, den drohenden Abgang um 20 Millionen zu vermindern, dass hingegen bei den Bahnen, obzwar auch dort wesentliche Ersparnisse gemacht wurden, wegen des gesteigerten Einnahmenausfalls der Abgang um 1.5 Millionen Schilling grösser war, als er im September vorausgesehen wurde. Es konnte also der Gesamtabgang beim Bund und bei den Bahnen nur um 18.5 Millionen Schilling heruntergesetzt werden. Dazu kommt, dass die Investitionen bei den Bundesbahnen im Betrage von 38 Mill. Schill., von denen 17 Mill. bereits bezahlt wurden, während 21 Mill. in Teilbeträgen im Kassenvoranschlag der Bundesbahnen auf das nächste Jahr aufgeteilt sind, laut Artikel 3 des Budgets auf die Kassenbestände verwiesen sind. Der Generaldirektor der Bundesbahnen hat eindringlich dargestellt, dass es sich durchaus um Investitionen handelt, die im Betriebe Ersparnisse bringen sollen und dass es sich um notwendige Investitionen handelt. Trotz alledem hat das Finanzkomitee grosse Befürchtungen geäussert und den Wunsch ausgesprochen, die Bundesbahnen sollen sich einer noch eindringlicheren Kontrolle durch das Finanzministerium unterwerfen. Wir haben das in Aussicht genommen und es wurde schliesslich auf Grund von Besprechungen mit dem Generaldirektor der Bundesbahnen und im Einverständnis mit dem Bundeskanzler, in einem Briefe dem Präsidenten des Finanzkomitees, Herrn Suvich, mitgeteilt, dass die Regierung folgende Massnahmen bezüglich der weiteren Kreditpolitik und der Gebarung der Bundesbahnen in Aussicht nehme: eine strengere Kontrolle über die Kreditpolitik der Bundesbahnen, allmonatliche Ueberprüfung der Verpflichtungen der Bundesbahnen durch den Rechnungshof und Unterbreitung des Ergebnisses an das Finanzministerium, keine weitere Verpflichtung für Investitionen und schliesslich die Massnahme, dass die Regierung

Herrn Dr. Herold dahin instruieren werde, seine Untersuchungen zum Zwecke der Reduktion der gegenwärtigen Ausgaben bei den Bundesbahnen fortzusetzen, hiebei aber dem Bundesbudget keine weitere Last aufzuerlegen.

Bezüglich des Voranschlages für 1932 wurde nach Prüfung der Ziffern, die der Delegierte des Finanzkomitees Herr Dr. van Rost in sehr sorgfältig gearbeiteten Tabellen unterbreitete, anerkannt, dass die Einnahmeschätzungen sorgfältig aufgestellt sind und dass, ganz ausserordentliche Verhältnisse ausgenommen, die Einnahmen voraussichtlich im Grossen und Ganzen auch werden erzielt werden können, sodass sich die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1932 gemäss dem Vorschlage abwickeln werden.

Es wurde mit besonderer Genugtuung begrüsst, dass, wie die Regierung ja schon bei Einbringung des Budgets erklärte, die Entwicklung der Einnahmen auf das genaueste geprüft werde und dass ein eigener interministerieller Apparat zur Verfügung steht, um sofort weitere Ausgabendrosselungen vorbereiten und dem Nationalrat entsprechende Anträge unterbreiten zu können, wenn sich herausstellen sollte, dass die Einnahmen nicht in der Höhe einfliessen, die vorausgesetzt wurde. Das Finanzkomitee hat es bei dieser Gelegenheit für zweckmässig bezeichnet, ähnliche Einrichtungen auch bei den Ländern und Gemeinden ins Auge zu fassen, um eine Defizitwirtschaft unter allen Umständen zu verhindern.

Bei Besprechung der Verhältnisse der Credit-Anstalt wurde der Umstand hervorgehoben, dass dieses Institut in seiner laufenden Gebarung noch immer passiv ist. Das Finanzkomitee bezeichnete die Verwaltungskosten der Credit-Anstalt auch nach dem 8. Credit-Anstalts-Gesetz noch immer als exzessiv. Es wurde auch gesagt, diese Verhältnisse bestünden nicht nur bei der Credit-Anstalt – hier allerdings in besonders grossem Ausmasse infolge der unglücklichen Entwicklung – sondern in einem gewissen Umfang auch bei den anderen Banken. Die Kosten der Bankführungen müssten als ein sehr wesentlicher Bestandteil der Produktionskosten Oesterreichs überhaupt herabgesetzt werden. Es wurde kein Hehl daraus gemacht, dass das 8. Credit-Anstalts-Gesetz den Beifall des Finanzkomitees nicht finde, und darauf verwiesen, dass es nicht gelungen sei, gemäss der ursprünglichen Absicht die kollektivvertraglichen Verhältnisse bei der Credit-Anstalt einer einschneidenden Reform zu unterziehen. Der Finanzminister habe dem gegenüber auf die Situation verwiesen, in der wir uns befanden, und betont, dass schliesslich durch die getroffenen Abmachungen doch die Personalkosten der Credit-Anstalt bei den Aktiven und Pensionisten zusammen gegenüber dem Jahre 1931 um mehr als 33 % vermindert wurden, ein Erfolg, der nicht unbeachtet bleiben dürfe.

Es wurde hervorgehoben, dass der Notenumlauf sich in einem Missverhältnis zur eingeschrumpften Wirtschaft Oesterreichs befinde. Demgegenüber war ich bemüht, auseinanderzusetzen, dass das weitgehende Misstrauen, das in der Bevölkerung Oesterreichs nun einmal besteht, zur Folge hat, dass sehr viel umlaufende Mittel durch Thesaurierung in jeder nur denkbaren Art und Weise gebunden sind und dass das Portefeuille der Nationalbank doch zum grossen Teil nicht nur auf der

durch die Credit-Anstalt bedingten Entwicklung, sondern auch darauf beruht, dass – abgesehen von der Credit-Anstalt – auch bei den anderen Banken die Gelder der Sparkassen wegen der Abhebungen bei ihnen selbst in grossem Umfang gekündigt wurden. Welche Gefahr damit verbunden gewesen wäre, wenn eine oder die andere Sparkasse notleidend geworden wäre, ist klar.

Wir waren auch in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, dass seit Neujahr ein Ansteigen der Einlagen bei den Sparkassen und Banken wahrzunehmen und infolgedessen eine gewisse Entspannung in allen Kreditinstituten eingetreten ist. Es wurde der Notenbank auf das dringendste nahegelegt, eine restriktive Eskompte-Politik zu machen und die Inflation als das grösste Uebel zu betrachten, das überhaupt ein Land treffen kann, das insbesondere in Oesterreich schon einmal verheerend gewütet habe und nun für immer gebannt sein soll.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Devisenverordnungen einer Besprechung unterzogen. Ich habe auseinandergesetzt, dass gerade Oesterreich für eine Devisenbewirtschaftung das vielleicht wenigst geeignete Land Europas ist und dass wir erst als letzter Staat in die Reihen derjenigen getreten sind, die sich gleich gezwungen gesehen haben, eine Devisenbewirtschaftung zu organisieren. Das alles wurde anerkannt, aber man hat sich auf den Standpunkt gestellt, eine Devisenverordnung müsse, wenn man sie schon schaffe, lückenlos sein. Eine erste Bedingung sei, dass die Devisenkontrolle wirklich effektiv ist und keine Ausnahmen zulässt. An der dritten Devisenverordnung übte man scharfe Kritik. Es wurde betont, dass sich nach der 4. Devisenverordnung, die in der Oeffentlichkeit vielfach als Todesstoss für den Schilling hingestellt wurde, sofort eine Korrektur zum Besseren eingestellt und der Schilling sich allgemein gefestigt hat. Es wurde auch auf die 1700 „Zertifikatisten“ hingewiesen als einer österreichischen Spezialität und uns nahegelegt, die Ausgabe von Zertifikaten streng auf den Transithandel zu beschränken und das gesamte Aufkommen von Devisen in die Hand der Nationalbank zu legen.

Ueber die kurzfristigen Schulden und ihre Behandlung hat auch das neben dem Finanzkomitee unter dem Vorsitz des Sektionschefs Dr. Schüller tagende volkswirtschaftliche Komitee Beratungen gepflogen. Es wurde schon dort erklärt, Kapitalrückzahlungen auf kurzfristigen Schulden müssten unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der gesamten Weltwirtschaft unterbleiben. Es wurde das grösste Gewicht darauf gelegt, dass eine derartig ablehnende Haltung allen Gläubigern gegenüber ganz gleichmässig erfolge und dass die Gläubiger keines Staates günstiger behandelt werden als andere. Das Finanzkomitee hat mit dem volkswirtschaftlichen Komitee erklärt, dass alle Gläubiger mit Kapitalrückzahlungen stillzuhalten haben und sie nicht fordern könnten.

Auch die Wirkung der Devisenverordnung und aller damit zusammenhängenden Massnahmen auf den Warenverkehr wurde eingehend besprochen. Man sagte, wir sollten zu günstigeren handelspolitischen Beziehungen in unseren Nachbarländern kommen. Oesterreich solle mit allen Nachbarländern präferenzielle Verhältnisse anstreben. Worauf wir erwiderten, dass wir wiederholt alle möglichen Anstrengungen in dieser

Richtung gemacht haben, aber immer an der Verwirklichung gehindert werden. Der Finanzminister habe auch auf die Erklärungen des Weltwirtschaftskongresses vor drei Jahren aufmerksam gemacht, wonach keine Ausfuhr- und Einfuhrverbote mehr stattfinden dürfen und die Senkung sämtlicher Zollsätze in der Welt erfolgen solle. Das alles hatte aber nicht die geringste materielle Wirkung und es ist heute so, als ob die Weltwirtschaftskonferenz nie stattgefunden hätte. Es ist uns versichert worden, dass unsere Bemühungen, ohne Transfermoratorium durchzukommen und unsere Verpflichtungen nach allen Richtungen hin erfüllen zu wollen, dass unsere Bemühungen nach Sauberkeit und Korrektheit durchaus anerkannt und sympathisch aufgenommen werden. Nach Regelung der Reparationszahlungen werde die Lähmung von der Weltwirtschaft genommen sein und in weiterer Folge werde Oesterreich eines der kreditwürdigsten Länder sein, weil es sich in der Krise so anständig und in jeder Weise einwandfrei verhalten habe.

An diese Berichte schloss sich eine Debatte, in der die Abg. Dr. Bauer, Dr. Danneberg, Neustädter-Stürmer, Dr. Kienböck, Dr. Rintelen, Dr. Hampel, Seitz und Streeruwitz sprachen. Die Berichte der Bundesregierung wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. [...]

1189

Pro domo Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Ungarn I/1
Z. 24152/13

Wien, 23. Januar 1932

Zu der Anregung einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Oesterreich und Ungarn allein (Bethlen'scher Vorschlag) wäre zu bemerken, daß der tschechoslowakische Aussenminister Dr. Beneš nunmehr auf einem kategorisch ablehnenden Standpunkte diesem Projekte gegenübersteht. Im vergangenen Sommer noch während der Diskussion des österr.-deutschen Zollunionsprojektes in der Öffentlichkeit hatte Dr. Beneš Gesandten Marek gegenüber die Bemerkung gemacht, daß er gegen eine Zollunion zwischen Oesterreich und Ungarn, ja sogar mit dem Charakter einer Münz- und Währungsunion nichts einzuwenden hätte. Seit der Zurückstellung des österreichisch-deutschen Zollunionsprojektes hat Dr. Beneš seinen Standpunkt jedoch geändert und soweit aus den Berichten Dr. Mareks zu ersehen ist, bereits zweimal ausdrücklich ihm gegenüber ein derartiges Projekt à deux als untunlich bezeichnet und zwar 1.) in einem Bericht Z. 208/Pol vom 5. November aus Prag (h. o. Z. 25.943-13)¹, in welchem es heißt: „Man spreche in letzter Zeit auch davon, daß Ungarn mit Oesterreich in ein engeres Verhältnis treten wolle; der Minister

glaubt, daß solche Versuche schon im Anfang einem großen Mißtrauen begegnen würden, besonders in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien, es würde sich Aehnliches wiederholen, wie bei der deutsch-österreichischen Zollunion“. 2.) In Bericht Z. 244/Pol vom 23. Dezember 1931 aus Prag (unsere Z. 26801-13)², in welchem es unter Punkt 7 der negativen Ausführungen Dr. Beneš' heißt: „Schließlich sei damit zu rechnen, daß sich die Tschechoslowakei und auch Jugoslawien energisch gegen jede Vereinbarung der besprochenen Art zur Wehr setzen würden, die speziell nur zwischen Oesterreich und Ungarn versucht werden würde. (Also nicht nur die österreichisch-deutsche Zollunion war verpönt!) Der Grund liege darin, daß die Tschechoslowakei durch Oesterreich in Ungarn, Jugoslawien durch Ungarn in Oesterreich geschädigt werden würde. Dieses Argument habe Dr. Beneš ausdrücklich Herrn Sola zur Kenntnis gebracht.“

1190

Gesandter Pflügl an Ministerialrat Leitmaier

Schreiben

AdR, NPA
BKA/AA, VR
Z. 20593/15

Genf, 1. Februar 1932

Leider muss ich diese Gelegenheit benützen, um Ihnen mitzuteilen, dass der Rat am 29. in die Kommission für die Reform der Wahlen in den Rat Oesterreich nicht bestimmt hat. Sie wird bestehen aus: Deutschland, Argentinien, Belgien, England, Bulgarien, Canada, Columbia, Spanien, Frankreich, Italien, Japan, Polen, Portugal, Schweden und Tschechoslovakei.

Das deutsche und später das italienische Ratsmitglied suchten mich vorher auf, um mich darauf vorzubereiten, „dass alle ihre Bemühungen fruchtlos geblieben seien“. H. v. Kamphövener behauptet sogar besonders zu unserer Unterstützung einige Tage früher hergekommen zu sein. Der Franzose bedauerte lebhaft, „dass es ihm eben nicht möglich gewesen sei“. Es war ein Unglück, dass diese Entscheidung schon jetzt fallen musste. Besteht aber Aussicht in näherer Zukunft?

Man sagte mir noch, dass, bei der Bildung der Kommission, nach ihrer Lage zu den Wahlen Staatengruppen mit dem Anspruch auf Vertretung konstruiert worden seien, darunter eine der drei ehemaligen Feindstaaten an der Donau. Dass man aus dieser Bulgarien (wie seinerzeit bei der vorbereitenden Abrüstungskommission) den Vorzug gegeben hat, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

¹ ADÖ 8/1175.

² ADÖ 8/1181.

1191

Nationalrat der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 72. Sitzung (Regierungserklärung)

Sten. Prot.

NR – IV. GP

Wien, 4. Februar 1932

Bundeskanzler Buresch: Die früher erörterten schwerwiegenden Probleme auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiete greifen naturgemäß auch in das Gebiet der Außenpolitik über und müssen diese vielfach zwangsläufig bestimmen. Andererseits bringen es die unübersehbar verflochtenen Wechselwirkungen im Wirtschaftsleben der Völker mit sich, daß heute auch die Außenpolitik eines Staates mehr als je zuvor den sich in fieberhafter Überstürzung entwickelnden Ereignissen in der Welt in weitgehendem Maße Rechnung tragen muß.

Die Regierung ist fest entschlossen, die Außenpolitik der Republik Österreich, deren Elemente durch die natürlichen Verhältnisse in geographischer, ethnischer und kultureller Hinsicht eindeutig gegeben sind, in dem glücklicherweise traditionell gewordenen Sinne der Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten, Nachbarn wie räumlich getrennten, und hiebei in erster Linie selbstverständlich stammverwandten Deutschen Reiche, zu dem wir in brüderlicher Freundschaft stehen, fortzuführen und an den zwischenstaatlichen Bestrebungen, die auf die Befriedung der Welt und die Gestaltung einer glücklicheren Zukunft der Menschheit abzielen, im Maße ihrer Kräfte wirksamen Anteil zu nehmen.

Sämtliche Regierungen der österreichischen Republik haben stets erklärt, daß sie bereit sind, die Handelsbeziehungen zu allen Staaten, mit denen wir in wirtschaftlichem Verkehr stehen, auszubauen und zu vertiefen. Verschiedene Versuche sind seit dem Bestande des neuen Österreich unternommen worden und an politischen Schwierigkeiten gescheitert. Auch das konnten wir noch ertragen, solange sich unser Außenhandel, wenn auch langsam, doch allmählich entwickelte. Jetzt hat er einen schweren Rückschlag erlitten, durch den die Arbeitslosigkeit ins Unerträgliche gesteigert worden ist. Die Regierung betrachtet es deshalb als ihre wichtigste Aufgabe, unsere Ausfuhr, die doch noch immer mehr als 100 Millionen monatlich beträgt, zu erhalten und wieder zu erweitern. Die Regierung wird dabei an dem unverrückbaren Grundsatz der Wahrung der vollkommenen politischen Unabhängigkeit Österreichs festhalten und keine politischen Bindungen übernehmen, sondern auf realer geschäftlicher Grundlage mit jedem Staat verhandeln, der einsieht, daß man nur exportieren kann, wenn man auch importiert. Wir sind bereit, vom Ausland so viel zu kaufen, als es von uns kauft, und je größer der Umfang des gegenseitigen Handels wird, desto lieber soll es uns sein, weil es für beide Teile vorteilhaft ist. Wir sind jedoch nicht in der Lage, einseitige Geschäfte zu machen, bei denen wir nur kaufen sollen, ohne zugleich verkaufen zu können. [...]

1192

**Appell Bundeskanzler Buresch an alle ausländischen
diplomatischen Vertreter in Wien¹**

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 122936/14a

[Wien,] 16. Februar 1932

Die österreichische Regierung hat bei den Verhandlungen mit dem Völkerbund in Genf und in ihrer Erklärung vor dem Nationalrat betont, dass Oesterreich unbedingt einer Erweiterung seines wirtschaftlichen Arbeitsraumes bedarf. Tatsächlich aber wird dieser durch die Wirkung der Weltwirtschaftskrise und der beschränkenden Massnahmen, die die meisten Staaten unter dem Einfluss der Krise ergreifen, immer mehr eingeengt. Die österreichische Regierung erklärt deshalb gemäss ihren wiederholt ausgesprochenen Grundsätzen und den Empfehlungen des Finanzkomitees des Völkerbundes, dass sie mit allen Nachbarstaaten und mit allen Staaten, die dazu bereit sind, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten wünscht. Bisher sind alle Versuche, die in dieser Richtung unternommen wurden an politischen Schwierigkeiten gescheitert. Jetzt aber ist es eine Lebensnotwendigkeit für Oesterreich, dass solche Verhandlungen stattfinden und zu positiven Ergebnissen führen.

In dieser Erwartung ist die österreichische Regierung überzeugt, dass die Regelung der Einfuhr, zu der sie sich durch die gegenwärtigen Verhältnisse genötigt sieht, doch nicht dazu führen wird, den Handelsverkehr mit dem Auslande zu gefährden. Diese Massnahmen entsprechen weder den Absichten der Regierung, noch den Bedürfnissen Oesterreichs, dessen Wirtschaft sich nicht durch gegenseitige Beschränkungen entwickeln kann, sondern im Gegenteil zu ihrer Rekonstruktion dringend einer grösseren Bewegungsfreiheit bedarf.

Wir sind, wie unsere Handlungen auf finanziellem Gebiet und auf dem des Währungs- und Kreditwesens beweisen, fest entschlossen, aus eigener Kraft und mit grossen Opfern über die gegenwärtige schwere Krise hinwegzukommen. Aber wir bedürfen dazu des Mindestmasses an wirtschaftlichem und finanziellem Entgegenkommen der anderen Staaten.

¹ Siehe dazu auch NFP, 16. 2. 1932, Abendblatt, 1.

1193**Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Buresch**

Bericht Nr. 161 (geheim)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Abschrift

[Genf,] 18. Februar 1932

[...]

Am 15. hatte ich Besprechungen mit M. Avenol und der hiesigen französ. Delegation zur Abrüstungskonferenz, namentlich mit M. Massigli, aufgenommen, aus welchen ich erst erfuhr, dass sich die Herren Juch und Rost in Paris betreffs einer cca. 100 Millionen Schilling-Anleihe befänden. An diesem Tage waren auch noch M. Tardieu etc. hier. Aus diesen Besprechungen ergab sich der vorläufige Eindruck, dass die französ. Regierung für Herrn Bundeskanzlers Wünsche sehr entgegenkommend gestimmt sei, und aus diesem Grunde, trotz der bestehenden innerpolit. Schwierigkeiten das Mögliche thun wolle. Als solches erschien zunächst die Beteiligung an einer vom Völkerbund neuerdings empfohlenen Anleihe, für welche Italien eine kleine, und auch England womöglich eine Tranche zu übernehmen hätte. Nur unter dieser Voraussetzung glaube man vor die französ. Kammer treten zu können. Dieser mein Eindruck hält auch heute noch vor, vorausgesetzt, dass die neue französ. Regierung dieselbe Haltung einnimmt, wie die bisherige.

Was die beim Völkerbund behufs Wiederholung der seinerzeitigen Anleihe-Empfehlung durch das Finanz-Comité einzuleitende Prozedur betrifft, so ergab sich als schätzenswerte Erleichterung und Beschleunigung der schon beabsichtigt gewesene Zusammentritt des Finanz-Comités in Paris zur Entgegennahme der Berichte seiner noch in Wien, Pest, Sofia und Athen delegierten Organe. Zunächst wird für dessen Ermöglichung die finanzielle Vorsorge getroffen, indem in der heutigen oder nächsten Rats-Sitzung der angeschlossene Antrag angenommen werden wird. Damit ist die Voraussetzung für die Einberufung des Comités durch dessen Präsidenten geschaffen. Die Einberufung erfolgt natürlich auf Einvernehmen mit dem Generalsekretär Drummond. Sie war für 29. II., ist jetzt für 2. III. beabsichtigt.

Es muss also mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden, dass bei dieser Gelegenheit die Wiederholung der Anleihe-Empfehlung ausgesprochen wird, wozu die Anwesenheit M. Avenols sehr wünschenswert erscheint.

Dass er sich gegenwärtig zur Reise nach Paris nicht entschliessen wollte, hat auch den Grund in der dortigen vorläufig ungeklärten Lage, die auch die Verhandlungen Herrn Rost's zum Abschluss gebracht hat, aber auch darin, dass er, als alter ego Sir E. Drummonds das Sekretariat der Abrüstungskonferenz mit diesem zusammen führt und daher tatsächlich schwer abkommen kann. Da es ihm an gutem Willen nicht fehlt dürfte ihm der nächste Woche stattfindende Uebergang der Conferenz von

den Vollsitzungen zu den Beratungen im comité général erlauben, zum geeigneten Zeitpunkt in Paris anwesend zu sein.

In den täglichen Unterredungen, die ich seit 15. mit ihm habe, ist bisher leider eine Verkenntung der Lage in Wien, wie sie mir heute von dem herberufenen Herrn Rost geschildert wurde, festzustellen. M. Avenol scheint noch in den Gedankengängen zu stecken, welche die M. Flandins vorigen Herbst waren. Letzterer berechnete damals die Frist, die die Bundesregierung brauchen würde, um zu einer seiner Ansicht nach, konstruktiven Wirtschaftspolitik im Verhandlungswege mit den Nachbar-Staaten zu gelangen, bis nach Neujahr. Die Aufnahme einer solchen würde der französ. Regierung dann die erwünschte Gelegenheit geben, die österr. Interessen in jeder Weise zu unterstützen, worin die finanzielle Hülfe auf Grund klarerer Erkenntnis des genauen Bedürfnisses mit Rücksicht auf die angebahnte neue zwischenstaatliche Wirtschaftslage inbegriffen sei. M. Flandin wird es unterdess gewiss nicht entgangen sein, dass seither die wachsende Gefährdung der Währung Grund und die Umbildung der Regierung Anlass zu einem rascheren finanziellen Eingreifen gegeben haben. M. Avenol will aber in dem von Herrn Bundeskanzler am 16. bei den Gesandten der Grossmächte unternommenen Schritt den glücklichen Auftakt zu der von M. Flandin erwarteten, und im September und Jänner vom Finanz-Comité empfohlenen neuen Wirtschaftspolitik sehen, in deren Verlauf die internat. Anleihe sich als deren integrierender Teil von selbst einschieben würde. Er betonte, dass Herrn Bundeskanzlers Schritt günstig falle, *da sich zwischen Frankreich und Italien ein Einvernehmen betreffs der diesem gegenüber einzunehmenden Haltung anbahne*. Der für wenige Tage abwesende Herr Grandi habe u. a. seinen Wunsch ausgedrückt, diesbezüglich gleich nach seiner Rückkehr womöglich abschliessende Besprechungen mit der hiesigen französ. Delegation aufzunehmen. Es hätte ihn, Avenol, in dieser Beziehung auch sehr interessiert zu erfahren, ob Herr Bundeskanzler den von Paris empfohlenen Schritt bei Herrn Auriti betreffs Beteiligung an einer schon jetzt zu vergebenden Anleihe und mit welchem Erfolge unternommen haben. Hierüber bin ich nicht informiert.

Es wird meiner Unterstützung durch Herrn Rost hoffentlich gelingen, M. Avenol von der grösseren Dringlichkeit der Anleihe und von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass nach dem am 16. unternommenen wirtschaftspolitischen Schritt, eine solche von etwa 100 Millionen Schilling, die ja ohnehin nicht den ganzen Bedarf umfasst, ohne Verzug in die Wege geleitet werde. Diesbezüglich besteht M. Massigli's und seiner Avenols Ansicht nach in Paris die Schwierigkeit, dass ohne vorhergehende feste Zusage der Beteiligung Italiens und etwa Englands und daraufhin Frankreichs das Finanzcomité sich unter den heutigen Marktverhältnissen zu einer Wiederholung seiner Empfehlung, wie man schon zu wissen glaubt, nicht wird verstehen wollen, weil ohne diese Voraussetzungen die Empfehlung Gefahr laufen würde, wirkungslos zu bleiben und damit das Ansehen des Comités in Frage zu stellen.

Vorstehendes scheint mir durch die Eindrücke Herrn Rost's in Paris, soweit er sie mir mitgeteilt hat, bestätigt zu werden. Er schien auch den Gedanken zu erwägen,

ob mit Rücksicht auf die durch den Wechsel verursachte Unterbrechung der Verhandlungen mit der französ. Regierung nicht eine andere, sogleich ausführbare Massnahme gefunden werden könnte, welche einen ähnlichen Effekt auslösen würde, wie die Auflage der Anleihe, – wenigstens bis diese selbst erfolgen kann. Da sich Herr Rost morgen nach Wien begibt und sofort bei Herrn Bundeskanzler zur Berichterstattung erscheinen wird, – mein Telegramm No. 160 von heute – so darf ich ihm das Wort überlassen.

Der wirtschaftspolitische Schritt vom 16. hat naturgemäss bei den hier bis auf Deutschland und Ungarn versammelten Ministern des Auswärtigen unserer Nachbarstaaten die grösste Beachtung gefunden. Eben hat mich Herr Dr. Benesch diesbezüglich hier aufgesucht. Ich habe auftragsgemäss gesprochen und ihn darauf verwiesen, dass nun zunächst an ihm die Reihe sei, zu antworten.

Mit Rücksicht auf die Fülle der Fragen und Fragesteller werde ich für weitere möglichst eingehende Orientierung für meine Sprache sehr verpflichtet sein. Dasselbe gilt für die finanzielle Verhandlung, die naturgemäss in Paris geführt werden muss, aber mit Rücksicht auf den in Genf bestehenden stetigen Kontakt der anwesenden französ. Regierungsmitglieder mit dem Generalsekretariat und mit ihren italien. und anderen Kollegen und telefonisch mit Paris von hier aus gewiss fallweise zweckmässig unterstützt werden kann. Hiezu ist aber meine fortlaufende Orientierung über die jeweilige Lage Vorbedingung. Ich glaube dieselbe nachdrücklich empfehlen zu können, wenn natürlich auch meine persönliche Leistungsfähigkeit in der fortgesetzten Beschäftigung in der Abrüstungskonferenz ihre Grenze findet. Ich habe es daher auch Herrn Rost nahegelegt, sich in der nächsten Zeit wieder herzubeeilen.

Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1194

Gesandter Marek an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 23/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 20922/13

Prag, 20. Februar 1932

Herr Gesandte Dr. Krofta, mit dem ich heute wegen einiger Ressortangelegenheiten zu verhandeln hatte, bekundete ein reges Interesse für die jüngste diplomatische Aktion der Bundesregierung (Erlass Zl. 122.936-14 a vom 16. d. Mts.)¹ und fragte mich, wie dieser Schritt aufzufassen sei. Ich liess mich im Sinne des eben zitierten

Erlasses vernehmen und Herr Dr. Krofta unterstrich mit Befriedigung die Absicht der österreichischen Bundesregierung, politische Gesichtspunkte aus der Aktion ausschalten zu wollen. Dies entspreche vollkommen der Tendenz Dr. Beneš's, der auf dem Standpunkt stehe, „dépolitiser la question“.

Die mitteleuropäische Frage bilde, nach den telefonischen Mitteilungen Dr. Beneš's aus Genf, gegenwärtig den Gegenstand eifriger Besprechungen unter den Delegierten der europäischen Grossmächte, und es sei insbesondere *England*, welches dieses Thema eifrig verfolge. Während die Engländer früher gegen jedes Präferenzsystem in Europa Stellung genommen hätten, wären sie jetzt dafür zu haben, ja sie seien es geradezu, bei denen man das grösste Verständnis für die handelspolitischen Schwierigkeiten in Zentraleuropa finde.

Mir war diese Tatsache schon aus einer früheren Bemerkung meines deutschen Kollegen bekannt, der von dieser Aenderung in der Einstellung England's schon informiert war und auch wissen wollte, dass diese Schwenkung der englischen Politik ein Werk der französischen Diplomatie sei, die den Engländern als Kompensation gewisse Konzessionen im fernen Osten eingeräumt haben dürfte. Ich deutete dies Herrn Krofta an, der den Einfluss Frankreichs in dieser Hinsicht immerhin als möglich bezeichnete, obwohl ihm darüber nichts bekannt sei.

Ganz ungewiss und rätselhaft sei das Verhalten *Italiens*, das sich scheinbar noch immer nicht entschliessen könne seinen Widerstand gegen einen engeren, wenn auch nur wirtschaftlichen Zusammenschluss der mitteleuropäischen Staaten aufzugeben. Ich antwortete dem Herrn Gesandten, dass ich im Gegenteil gehört hätte, es habe Herr Dr. Beneš seinen Widerstand gegen die Einbeziehung Italiens in das „mitteleuropäische Konzept“ aufgegeben und erklärt, dass Italien als Sukzessionsstaat mit von der Partie sein könne. Diese Vermutung, erwiderte Herr Dr. Krofta, sei nicht richtig und werde vom polnischen Gesandten, Herrn Grzybowski verbreitet. (Vergleichen meinen Bericht 19/Pol. vom 16. D. Mts.)² Herr Grzybowski habe über diese Sache, anlässlich der Anwesenheit des rumänischen Aussenministers in Prag, mit Herrn Dr. Beneš auf der rumänischen oder jugoslawischen Gesandtschaft gesprochen und er habe selbst darauf hingewiesen, dass Italien ebenso wie Polen als Nachfolgestaaten in den Rahmen mitteleuropäischer Zusammenarbeit einbezogen werden müssten.

Den Versuchen Polens, als Nachfolgestaat in die engere Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten einbezogen zu werden, habe man tschechoslowakischerseits wiederholt mit dem Hinweis begegnet, dass dadurch die ganze Kombination unmöglich gemacht werden würde, schon mit Rücksicht auf das Verhältnis Polens zu Deutschland. Mitteleuropa soll in keinem Gegensatz zu Deutschland stehen, es würde aber sofort in einen Gegensatz zu Deutschland kommen, wenn Polen

¹ ADÖ 8/1192.

² Gesandter Marek an Bundeskanzler Buresch. Bericht Nr. 19/Pol., Prag, 16. 2. 1932 – AdR, NPA Tschechoslowakei 7/1, Z. 20830/13.

mit in der zentraleuropäischen Kombination wäre. Ein Mitteleuropa ohne Polen könne aber sowohl diesem als auch Deutschland nützen. Die Polen, fuhr Herr Dr. Krofta fort, argumentieren nun so: Deutschland sei gegen die Verwirklichung des Beneš'schen Planes in Mitteleuropa; daher werde dieses Gebilde, wenn es zustande käme, als eine unwillkommene Konstruktion immerhin in irgendeiner Beziehung gegen Deutschland gerichtet sein. Wenn es nun gelänge Italien in die mitteleuropäische Kombination hineinzubringen, so würde auch Italien in einen Gegensatz zu Deutschland kommen und dies zu erzielen, sei das Bestreben der polnischen Politik und deswegen habe Herr Grzybowski bei Herrn Dr. Beneš die Einbeziehung Italiens angeregt. Er habe die Antwort Dr. Beneš's, *dass man natürlich Mitteleuropa ohne Italien nicht machen könne*, falsch aufgefasst, nämlich dahin, dass Herr Dr. Beneš nunmehr der Einbeziehung Italiens als Nachfolgestaat in die mitteleuropäische Konzeption zustimme, während aber Herr Dr. Beneš damit nur sagen wollte, dass man *ohne Italiens Zustimmung* das Projekt nicht verwirklichen könne. Seine These, es dürfe in der mitteleuropäischen Konzeption keine Grossmacht mit dabei sein, bleibe nach wie vor aufrecht. Herr Dr. Krofta habe sich dessen durch einen telefonischen Anruf in Genf neuerdings versichert und Herr Dr. Beneš habe Dr. Krofta's Auffassung ausdrücklich bestätigt.

Ich warf ein, dass, nach dem was ich vernommen, auch Herr Pedrazzi scheinbar der Meinung sei, Herr Dr. Beneš habe seinen Widerstand gegen die Einbeziehung Italiens aufgegeben. Wenn dem so sei, meinte Herr Dr. Krofta, so liege wohl das gleiche Missverständnis vor, dem Herr Grzybowski sichtlich zum Opfer gefallen ist. Im Uebrigen werde, glaubt Herr Dr. Krofta, die veränderte Einstellung Englands zum mitteleuropäischen Problem nicht ohne Eindruck in Italien bleiben.

Genehmigen, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1195

Sektionschef Schüller an Gesandten Pflügl (Genf)

Schreiben

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

(ohne Zahl)

Wien, 22. Februar 1932

Zu Ihrem sehr interessanten Bericht vom 18. ds. Mts.¹ möchte ich Ihnen vorläufig Folgendes mitteilen.

¹ ADÖ 8/1193.

Die englische Regierung hat sich an die deutsche und italienische Regierung mit der Anfrage gewendet, ob sie nicht glauben, dass der Moment gekommen sei, um eine Zollunion zwischen den sechs Donaustaaten zu fördern. Gegen Vorzugszölle müsse sich die englische Regierung aus prinzipiellen Gründen ablehnend verhalten. Darauf hat die deutsche Regierung geantwortet, dass sie jeden solchen Plan zu prüfen bereit sei, unter der Bedingung, dass Deutschland mit dabei sei und von Anfang an an den Verhandlungen teilnehme. Italien soll noch keine formelle Antwort erteilt haben, es besteht aber kein Zweifel darüber, dass auch Italien einem Plan, an dem es nicht selbst beteiligt wäre, auf das schärfste entgegentreten würde. Sowohl in Deutschland als in Italien wird dieser Schritt der englischen Regierung auf die Herren Berthelot und Benesch zurückgeführt.

In diesem Zusammenhange ist die in Ihrem Bericht enthaltene Bemerkung, dass sich zwischen Frankreich und Italien Einvernehmen anbahne für uns von allergrösstem Interesse. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie alles was Sie erfahren können, so rasch als möglich melden würden.

Sachlich stehen die Dinge so. Benesch konnte bisher trotz lebhaften Bemühungen infolge des Widerstandes seiner Agrarier nicht einmal einen normalen Handelsverkehr mit Ungarn fertig bringen, über den schon jahrelang verhandelt wird. Auch Oesterreich hat die Agrar-Einfuhr aus den Oststaaten beschränken müssen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Tschechoslowakei und Oesterreich allein die östlichen Ueberschüsse nicht aufnehmen können. Auch den Oststaaten wäre damit nicht gedient, weil die Preise sowohl bei uns als in den Oststaaten auf das Weltmarkt-Niveau fallen müssten. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Minister Benesch dies ebenso klar sieht wie wir und es wäre deshalb schon möglich, dass er sich mit dem Gedanken befreundet, ein grosses Konsumgebiet wie Italien einzubeziehen. Andererseits wäre es nicht ausgeschlossen, dass dies nur scheinbar geschieht, um eine selbständige Aktion Italiens zu verhindern.

Wir werden jetzt das Kreditbegünstigungsübereinkommen unterzeichnen, das mit Italien zur Förderung der gegenseitigen Ein- und Ausfuhr im Juli vorigen Jahres fertiggestellt wurde. Es ist dies ein ähnliches Uebereinkommen, wie es mit Ungarn in Kraft steht. Den Jugoslaven haben wir Vorzugszölle für Getreide gewährt und die Inkraftsetzung durch geschicktes Vorgehen ermöglicht, ohne dass die meistbegünstigten Staaten protestiert hätten.

Welche positiven Aktionen sich aus dem Schritt des Herrn Bundeskanzlers bei den Gesandten ergeben werden, lässt sich jetzt noch nicht beurteilen. Sobald man etwas klarer sieht, wäre es vielleicht nicht ungünstig, wenn das Comité d'Etudes die österreichische Frage auf die Tagesordnung setzen würde. Aber auch über die Opportunität eines solchen Schrittes sind wir noch im unklaren. Man müsste darüber vorläufig nicht sprechen, nur wäre es von Interesse zu wissen, ob das Comité in absehbarer Zeit zusammentritt.

Eine Anregung mit den Italienern von der Beteiligung an einer Anleihe zu sprechen, haben wir noch nicht erhalten, vielleicht überbringt Rost eine solche.

Sie haben jetzt eine harte Zeit, hoffentlich überstehen Sie sie gesund.
Mit herzlichem Gruss

Ihr sehr ergebener
Schüller

1196

Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 191

AdR, NPA
Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft
Abschrift

[Genf,] 26. Februar 1932

Der Privatbrief des Herrn Sektionschefs Dr. Schüller vom 22. I. M.¹ gibt mir Anlaß, meinen letzten Bericht, wie folgt, zu ergänzen:

Der von Herrn Bundeskanzler am 16. I. M.² unternommene Schritt hat seither nicht aufgehört, die hier anwesenden, interessierten Minister des Auswärtigen, ihre Berater und das Generalsekretariat zu beschäftigen. Daß unterdessen kein fertiges Ergebnis erzielt wurde, darf u. a. dem Umstande zugeschrieben werden, daß Herr Grandi länger, als zuerst beabsichtigt, ausblieb und erst vorgestern abends zurückkehrte. Es hatte für sicher gegolten, daß die endgiltige Beschlußfassung in Rom bezüglich der Haltung der österreichischen Wirtschaftsfrage mit ein Hauptgrund zu seiner Reise gewesen war. Da gestern die Abrüstungskonferenz mit Rücksicht auf die Kürze der diesmaligen Anwesenheit M. Tardieus den ganzen Tag versammelt war, habe ich noch nichts Konkretes von ihm gehört. Die französische Delegation hat unterdessen die Sache weiter verfolgt, z. B. hatte M. Avenol vor drei Tagen Herrn Rosso, der Herrn Grandi jetzt beim Rate vertritt, zusammen mit M. Massigli und Herrn Stoppani zwecks Besprechung zum Abendessen eingeladen. Herr Grandi dürfte sich in den allernächsten Tagen äußern.

Herr Benesch, mit dem ich heute, auf dessen Einladung eine sehr lange Unterredung hatte, gab an, daß er während der ersten Anwesenheit des jetzt wieder für länger zurückgekehrten Sir John Simon, zu Anfang des Monats vor der Demarche vom 16., mit diesem die Wirtschaftslage der Donaustaaten eingehend besprochen hätte, obwohl er jede Initiative in diesem Gegenstande zurückweist.

Er habe bereits damals dem britischen Staatssekretär auseinandergesetzt, daß und warum ein Regime der Zoll-Union mit den Donaustaaten für die Tschecho-

¹ ADÖ 8/1195.

² ADÖ 8/1192.

slowakei unannehmbar sei. Es sei also ohne Einvernehmen mit ihm, daß Sir John Simon dann von London die bekannte Note an die drei kontinentalen Großmächte gerichtet habe.

Er sei aber zur Mitarbeit an einer neuen Wirtschaftsordnung seit Langem bereit und könne andererseits auch noch weiter zuwarten. Gegenüber ähnlichen Gesprächen in der Vergangenheit unterließ Herr Benesch diesmal alle Rekrimationen, schloß im Gegensatz zu früher geäußerten Wünschen jede politische Vereinbarung aus und bewegte sich ausschließlich in jenen wirtschaftlichen Gedankengängen, welche zur Zeit jene sowohl der französ. Delegation als des Generalsekretariates (Avenol und Stoppani) sind. Sie können also auch als solche hierher gesetzt werden.

Wie sei der Schritt des Herrn Bundeskanzlers zu beantworten? Besser als Einzelschritte der Großmächte oder eine Kundgebung des Völkerbundes, erscheine ein Kollektivschritt der drei kontinentalen Großmächte und Englands, der die Aufnahme wirtschaftlicher Verhandlungen zwischen den fünf Donaustaaten nachdrücklichst empfehle. Die ganze Aktion sei zunächst auf diplomatischem Wege zu führen. Sie habe eine – allerdings politische – Voraussetzung. Diese, das Einvernehmen zwischen den genannten vier Großmächten, bedeute, wenn einmal hergestellt, einen entscheidenden Schritt in der erwogenen Richtung. Nicht nur Herr Benesch hält dieses Einvernehmen und die ihm unumgänglich vorhergehende Einigung zwischen Italien und Frankreich für bereits in greifbarer Nähe. Ich kann nur wiederholen, daß die maßgebendsten Franzosen ähnlich urteilen. „Die Zeiten seien reif“.

Der Schritt der Großmächte hätte die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den fünf Regierungen auszulösen, für welche diesen jede Freiheit einzuräumen und von welchen die Politik auszuschalten sei. Dann erst werde man sehen, wie weit und wohin man komme. Von der Natur des Einvernehmens zwischen den Großmächten werde es abhängen, ob und wie Deutschland und Italien schon zu Beginn an den Verhandlungen beteiligt werden könnten. Wie es einerseits feststehe, daß deren Hinzutritt als Ergänzung des Abkommens zwischen den Donaustaaten absolutes Erfordernis sei, so könne diesem Hinzutritt niemals der Charakter gleicher Teilhaberschaft auf gemeinsamer Grundlage mit den fünf Donaustaaten, deren etwaige Abkommen auf sie allein beschränkt bleiben müssen, zukommen.

Herr Benesch ist sich der vielen Schwierigkeiten bewußt. Er scheint aber ein ähnliches Abkommen tatsächlich anzustreben, weil er nichts Unüberwindliches sehen will. Weder in der Haltung der tschech. Agrarier noch in der, wie er sich ausdrückte, Verhandlungshärte der Ungarn. Den innerösterreichischen Widerständen müsse seiner Meinung nach Rechnung getragen werden, durch Vermeidung alles dessen, was wie die Errichtung einer dauernden Schranke gegen besondere österr.-deutsche Annäherungen auf wirtschaftlichem Gebiete angesehen werden könnte. Um durch bald fühlbar werdende Vorteile auf weite Kreise zu wirken, würde es sich vielleicht empfehlen, mit der Bekämpfung aktueller Uebel wie der Beschränkungen im Devisenverkehre zu beginnen. Er neigt sogar der Ansicht jener zu, welche u. a. glauben, daß der blosse Kollektiv-Schritt der Grossmächte und die in einem solchen liegende

politische Neuorientierung sowie die dadurch ausgelöste Verhandlungstätigkeit bereits auf die Festigkeit unserer Währung günstig wirken werden.

So weit Herr Benesch, die Franzosen und das Generalsekretariat. Das Wort hat jetzt Italien.

Was speziell den vom Finanzkomitee gewünschten Schritt wegen Anleihe-Empfehlung anbelangt, so wurde auch hier kein Fortschritt erzielt, weil man an der schon gemeldeten Ansicht festzuhalten scheint, daß ein solcher eine vorausgegangene Einigung der Großmächte zur Voraussetzung hat. Auch dann, wenn diese Einigung auf dem hier besprochenen wirtschaftlichem Gebiete liegen sollte. Das Comité ist noch nicht einberufen, man hält aber daran fest, daß es am 3. März zusammentreten sollte u. zw. hier und nicht in Paris, weil um diese Zeit mit Rücksicht auf die außerordentliche Versammlung des Völkerbundes niemand, auch M. Avenol nicht, von hier abkömmlich wäre. Kommt die Einigung mit Italien und Deutschland, wie gehofft, in den nächsten Tagen hier zustande, dann könnte auch mit einem entsprechenden Vorgehen des Finanzkomitees gerechnet werden.

Der englische und italienische Minister des Auswärtigen bleiben vorläufig hier, der gestern abends abgereiste M. Tardieu wird am 29. hier zurückerwartet.

Genehmigen, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1197

Besprechung Sektionschef Schüller mit italienischem Gesandten Auriti am 27. Februar 1932 in Wien

Amtsvermerk

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

(ohne Zahl)

Wien, 27. Februar 1932

Der italienische Gesandte hat heute Herrn Sektionschef Dr. Schüller nachstehende Mitteilung gemacht.

1.) England hat Italien mitgeteilt, dass es auf der Weiterverfolgung der Idee der Schaffung einer Zollunion der sechs Donaustaaten *nicht* beharren werde.

2.) Die französische Delegation in Genf habe mit Minister Grandi unter anderem auch über Oesterreich gesprochen und hiebei gesagt, dass die Demarche des Herrn Bundeskanzlers bei den Gesandten, in Paris einige Bedenken erwecke, da hieraus etwa auch ein neuerliches Zusammenarbeiten Oesterreichs mit Deutschland hervorgehen könne. Frankreich sei ferner nicht dafür, dass man das österreichische Wirtschaftsproblem vor das Europäische Komitee bringe, Frankreich hält vielmehr

für das günstigste, dass sich Frankreich mit Italien und England (Deutschland fehlt in dieser Aufzählung!) darüber verständige. Ueber die Frage der Oesterreich zu gewährenden Anleihe, wurde zwischen der französischen Delegation und Herrn Grandi nicht gesprochen.

3.) Reichskanzler Brüning habe in Genf mit Herrn Grandi gesprochen. In dieser Unterredung wurde die Uebereinstimmung hinsichtlich des englischen Projektes, betreffs der Zollunion der sechs Donaustaaten festgestellt. Herr Grandi habe den Reichskanzler ferner über den Besuch des Grafen Bethlen in Rom informiert, wobei auch das Wort „Zollunion“ in dem Gespräche gefallen sei. Schliesslich habe Herr Grandi dem Reichskanzler zu verstehen gegeben, dass Italien vorerst nur die Fortsetzung der bereits vor einigen Monaten eingeleiteten Aktion zur Erleichterung des österreichischen Exportes nach Italien für möglich und zweckdienlich halte. Vermutlich hat, nach Annahme Herrn Auriti's, Herr Grandi auch der französischen Delegation eine ähnliche Mitteilung gemacht.

1198

Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 196 (geheim)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Abschrift

[Genf,] 29. Februar 1932

Seit Absendung meines Berichtes v. 26.¹ konnte ich während des Wochenendes keine neue Entwicklung wahrnehmen. Der Umstand, dass M. Tardieu heute Montag bloss über den Tag von Paris herkam und erst spät nachmittags eine Sitzung über den japan.-chines. Konflikt stattfinden sollte, schien – mindestens informative – Schritte nahe zu legen.

Ich liess mich daher vormittags bei Herrn Grandi anmelden, der mich sofort empfing. Ueber den Stand seiner Verhandlungen mit der französ. Delegation konnte ich nichts entnehmen, da er nur erwähnte, dass er seit seiner Rückkehr mit M. Tardieu noch nicht gesprochen habe. Für seinen Teil habe Italien eben wieder einen Beweis seiner aktiven Bereitwilligkeit gegeben, da er seit seiner Rückkehr hierher das von Rom nachgeschickte, – wie er sich ausdrückte – Brocchi-Abkommen (wohl gleichbedeutend mit dem Kreditbegünstigungsübereinkommen, wie es Herr Dr. Schüller nennt) unterzeichnet habe. Er meinte, es könne damit für Italien ein jährlicher

¹ ADÖ 8/1196.

Verlust von 80 Millionen Lire eintreten. Auf eine Zwischenfrage antwortete er, dass das genannte Abkommen sowohl allein gehandhabt eine Besserung der Lage zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn herzustellen geeignet sei als auch sich als ergänzender Bestandteil in ein umfangreicheres Abkommen zwischen mehr Staaten einschliessen zu lassen. Es werde wohl wegen der Meistbegünstigung Widerspruch finden.

In die über letztere Kombination augenblicklich hier im Schwunge befindlichen Verhandlungen habe er sich bisher nicht eingelassen. Wenn, wie er glaube, bald für ihn der Moment dazu gekommen sein werde, so könne darauf gezählt werden, dass er sich keiner konstruktiven Wirtschaftspolitik im Donaubecken entziehen werde. Das italien. Interesse daran, und auch hinsichtlich Jugoslawiens sei bekannt und er zähle auf die Mitwirkung Deutschlands, an dessen nicht zu ferne Wiedererstarkung er unbedingt glaube. In dem Rahmen der Wirtschaftsverhandlungen werde Oesterreich auch am leichtesten Befriedigung seiner unmittelbaren finanziellen Bedürfnisse finden. Er glaube *nicht*, dass England an dem Widerstand gegen Präferenzen festhalten wird!

Betreffs Details bezeichnet er sich als nicht orientiert und lud mich zu ständigem Kontakt ein. Er werde mich informieren lassen. Seine Aeusserungen stimmten mit dem, was bekannt und gemeldet war.

Unterdess erreichte mich eine telefonische Aufforderung M. Tardieus, ihn nachmittags zu besuchen. Er begann sogleich damit, die auf Herrn Bundeskanzlers Schritt vom 16. einzunehmende Haltung so auseinanderzusetzen, wie ich sie in Bericht No. 191 v. 26. I. M.² als von Dr. Benesch vernommen gemeldet habe. [...] Er habe sie heute mit den Staaten der Kl. Entente besprochen und volle Zustimmung gefunden. Der später berufene Graf Apponyi habe sich, als in Wirtschaftsfragen nicht kompetent erklärt und um Instruktionen telegraphiert. Er, Tardieu, zweifle aber nicht an der Zustimmung Ungarns. Er teile mir die geschaffene Uebereinstimmung mit, weil er für den späteren Nachmittag Herrn Grandi und Sir John Simon zu sich gebeten habe, um mit ihnen den von den Grossmächten zu unternehmenden Kollektivschritt, dem nichts mehr im Wege stehe, und der die Antwort auf die Demarche Herrn Bundeskanzlers bilden wird, zu vereinbaren. Es müsse rasch gehandelt werden. Denn die dringende finanzielle Hilfe, die Oesterreich brauche, werde, wie er leider glauben müsse, sich doch am besten als Teil einer wirtschaftl. Aktion erreichen lassen. Er reise abends wieder ab und weise mich, da Paul-Boncour mit der japan.-chines. Angelegenheit sehr in Anspruch genommen sei, in Allem Weiteren an M. Massigli.

Zu bemerken ist, dass die einzige Abweichung von allem bisher gehörten die Unterlassung ist, Deutschland bei dem Kollektiv-Schritt der Grossmächte zu erwähnen. Es kann wohl angenommen werden, dass diese Unterlassung mehr als ein lapsus wäre. Umsomehr als sich der französ. Ministerpräsident länger über die in

² ADÖ 8/1196.

Oesterreich bestehenden inneren polit. Widerstände ausgesprochen hat. Er hat heute früh länger Herrn Nadolny gesprochen und ich werde, da dies heute die Zeit nicht mehr erlaubt, morgen ihn und Massigli befragen. Es ist aber kein Zweifel möglich. Jedenfalls werde ich morgen noch telegrafieren.

Ich hoffe auch morgen schon berichten zu können, wie der Kollektiv-Schritt aussehen wird. Seine Rückwirkung auf das Finanzkomitee lässt sich auch deshalb nicht jetzt bestimmen, weil nachdem es sicher gewesen war, dass das Comité am 3. hier zusammentritt, dies jetzt in Frage gestellt ist infolge einer Verhinderung Sir Otto Niemaier's. Auch das wird sich vielleicht bis morgen geklärt haben.

Bei der Raschheit, mit der M. Tardieu vorgehen will und bei dem Umstand, dass Herr Grandi sich bisher nicht geäußert hat, muss wohl angenommen werden, dass die heutige Vereinbarung zwischen ihnen und Sir John Simon zwar auf Grund früherer Verhandlungen den Kollektivschritt herbeiführen aber keine oder wenige gegenseitige Bindungen betreffs des späteren sachlichen Vorgehens enthalten wird.

Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1199

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Pflügl (Genf)

Schreiben

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

(ohne Zahl)

Wien, 1. März 1932

Ihr bedeutungsvoller Bericht von 26. Februar¹ ist gestern abends eingelangt und wurde sofort dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt. Er läßt Ihnen für diese Mitteilungen, die für uns so wichtig sind, bestens danken. Ich möchte mir erlauben, vorläufig Folgendes dazu zu bemerken:

Herr Beneš bezeichnet selbst eine Zollunion als unannehmbar und spricht von Verhandlungen, für welche jede Freiheit einzuräumen wäre. Diese Freiheit kann doch nur darin bestehen, daß man uns von der Meistbegünstigung entbindet, d. h. uns gestattet, Vorzugszölle zu vereinbaren. Hiebei handelt es sich einerseits um die Agrarausfuhr der Oststaaten, andererseits um die Industrieausfuhr Oesterreichs

¹ ADÖ 8/1196.

und der Tschechoslowakei. Für die Agrarausfuhr der Oststaaten können Oesterreich und die Tschechoslowakei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur mit Mühe den status quo aufrechterhalten. Aber selbst wenn es gelänge, durch Vorzugszölle einzelne weitere Zugeständnisse zu machen, könnte dadurch das wirtschaftliche Problem der Oststaaten nicht gelöst werden. Diese verhandeln ja deshalb schon seit längerer Zeit mit Frankreich, Italien und Deutschland über Sonderbegünstigungen und haben solche zum Teil schon erhalten, zum Teil vereinbart, ohne daß sie bisher in Kraft getreten wären.

Für die Industrieausfuhr der Tschechoslowakei und Oesterreichs ist in den drei Oststaaten durch Vorzugszölle mancher Vorteil zu erlangen, doch wäre die Summe dieser Vorteile für unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse unzureichend, weil diese Staaten nur eine geringe Aufnahmefähigkeit haben, die auch jetzt schon in erster Linie von uns und der Tschechoslowakei befriedigt wird. Auch in dieser Richtung erscheint es notwendig, daß Frankreich, Italien und Deutschland sich durch Gewährung von Vorzugszöllen an der Aktion beteiligen, wie es Herr François Poncet voriges Jahr im Europäischen Komitee vorgeschlagen hat.

Nach beiden Richtungen haben die Verhandlungen also nur Aussicht auf Erfolg, wenn man von vornherein weiß, daß die Großmächte auch ihrerseits Zugeständnisse zu machen bereit sind. Wenn man verhandeln würde ohne diese Zugeständnisse zu kennen, würden die Verhandlungen zu keinem Erfolge führen.

Es ist ferner höchst unwahrscheinlich, daß Italien und Deutschland solchen Verhandlungen zustimmen werden, wenn sie nicht selbst und zwar von Anfang an daran teilnehmen.

Die Idee des Herrn Beneš über „nachträgliches Hinzutreten“ und den „Charakter gleicher Teilhaberschaft“ wäre verständlich, wenn es sich um eine Zollunion handeln würde. Da dies aber nicht der Fall ist, es vielmehr um Vorzugszölle geht, haben diese Ideen keinen Sinn, denn es kann in diesem Falle nicht eine Vereinbarung der kleinen Staaten geben, die als Einheit mit den großen Staaten verhandeln, sondern es müsste sich ein Komplex von Einzelverhandlungen ergeben, die alle untereinander zusammenhängen und allen beteiligten bekannt zu sein hätten. Wenn man dabei die Großmächte, die Opfer zu bringen hätten, ausscheidet, fehlt ein sehr großer Teil des Verhandlungsobjektes. Außerdem wird man die Zustimmung, wie erwähnt, nicht finden, und dies umso weniger, als auch England aus prinzipiellen Gründen gegen Vorzugszölle wäre.

1200**Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Buresch**

Bericht Nr. 214 (geheim, dringend)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 130.672/14a

[Genf,] 4. März 1932

Auf die Gefahr hin zu ermüden, bitte ich in Ergänzung des Telefonates von heute die Verhandlungslage resümieren zu dürfen, wie sie hier für Montag den 7. erwartet wird. Bis dahin und vielleicht noch länger nimmt die Völkerbundversammlung betreffs Japan-China die Aufmerksamkeit einzelner Verhandlungsteilnehmer wie Sir John Simon leider fast ausschliesslich in Anspruch, während andere wie Herr Grandi und auch Herr Nadolny es vorgezogen haben, abwesend zu sein.

Wenn es bei den bisherigen Verabredungen dieser Herren bleibt, so treffen M. Tardieu und Herr Grandi Montag früh hier ein. Herr Walko ist für das gleiche Datum angekündigt. Diese Gelegenheit ist vorläufig dazu ausersichen, zwischen den Grossmächten die Stellungnahme zu Herrn Bundeskanzlers Schritt vom 16. II.¹ in Gestalt eines, als gemeinsam beabsichtigten, Schrittes abschliessend zu vereinbaren.

Als gegebene Voraussetzung hiezu gilt, nach M. Tardieus Worten, die prinzipielle Bereitwilligkeit aller fünf Donaustaaten sogleich in wirtschaftl. Verhandlungen einzutreten, welche nur von Ungarn noch nicht formell ausgedrückt sei.

Die Verhandlung von Montag ist dazu bestimmt, die Art des beabsichtigten Schrittes der Grossmächte, welcher die wirtschaftl. Verhandlungen auslösen soll, wenn möglich zu fixieren. Da dies kaum denkbar ist, ohne dass bereits ein gewisses Einvernehmen darüber besteht, welche Rolle die einzelnen Grossmächte sich gegenseitig bei der einzuleitenden Aktion und dem damit angestrebten neuen Wirtschaftszustand Central-Europas zuzugestehen bereit sind, d. h. über Art und Mass der Beteiligung Deutschlands und Italiens sowie Umfang und Natur der von England (Präferenzen) und Frankreich (Finanz-Aktion und Handelspolitik) zu fordernden Concessionen, so erscheint die Schwierigkeit dieser Verhandlung, welche das Haupthindernis aller bisherigen Versuche zu einer Besserung der Lage der fünf Donaustaaten beseitigen soll, in hellem Lichte und lässt es gewiss möglich sein, dass man noch immer besonders „innerlich“ nicht zum Abschluss gelangen und vielleicht erst den formellen ersten Schritt der Antwortdemarche beschliessen wird.

Es stehen sich hier verschiedene Auffassungen auch insoweit gegenüber, als M. Tardieu, der volles Verständnis für unsere Lage zeigt, und auch den *Effekt*, den der nicht länger hinausgeschobene Schritt der Mächte zusammen mit der dadurch

¹ ADÖ 8/1192.

auszulösenden Kundgebung des Finanzcomités hervorbringen würde, berücksichtigt, im Sinne seiner Politik mit allen Mitteln zum Handeln drängt, während Sir John Simon, dem die Wirtschaft ferner liegt und der keinen Fachmann hier hat, zögert, und auch Italien und Ungarn keine Eile an den Tag legen. Letzteres wird auf französischer Seite mit dem Misstrauen beobachtet, dass Italien seine mit Ungarn bestehenden und mit Oesterreich auszugestaltenden wirtschaftl. Beziehungen ausnützend, diese Gruppenbildung als Pressionsmittel bei den Verhandlungen benützen könnte und werden dort alle für dahin gehörig gehaltenen Erscheinungen genau verfolgt. Jedenfalls wollte Herr Grandi nicht viel Verständnis bisher dafür zeigen, dass wir an dem *gemeinsamen* Schritt der Mächte ebenso interessiert sind, wie an Sonderabmachungen mit Italien, und dass uns die Finanzlage *Eile* auferlegt. Ohne auf alle Details dieser täglich wechselnden Lage und alle Schritte, welche jetzt, namentlich auch vom Gen.Sekretariat, bei Sir John Simon versucht wurden, einzugehen, – da ein so bedeutungsvoller Schritt wie das Einvernehmen der Grossmächte in der centraleuropäischen Frage bisher an vielen Orten für unmöglich gehalten wurde, – möchte ich kurz die Lage streifen, welche dieses Einvernehmen dennoch wahrscheinlich macht.

Politische Erwägungen sind es vielleicht in erster Linie, welche nach dem Zoll-Unions-Versuch im Auslande die Augen geöffnet haben, dass neben den Zuständen in Russland und Deutschland es auch jene im weiten Ländergebiete des Habsburgischen Kaiserreiches sind, dessen Nachfolgestaaten in einem Verelendungsprozess begriffen sind, welche die *allg.* Krise ausgelöst haben. Das letztere Problem kann am leichtesten und mit den wenigsten Opfern von fremder Seite gelöst werden. Hier ist also der Weg zum leichteren Erfolg. Versperrt war er bisher, durch das zwischen Frankreich und Italien bestehende Verhältnis. Hierüber gibt der beiliegende Artikel des Journal de Genève, der auf einigen guten und wenigen falschen Informationen beruht, ein ziemlich zutreffendes Bild.

Die französische Presse hat, (Leitartikel des „Temps“ vom 2. März) über die von M. Tardieu hier am 29. II. geführten Unterredungen sich auf Grund authentischer Informationen über diese selbst und die Einstellung M. Tardieus zur centraleuropäischen Frage, ebenso wie M. Tardieu selbst in der Kammer-Kommission für Finanzen anlässlich Beratung der Anleihe an die Tschechoslovakei hierüber so weitgehend sich geäußert, dass das hier einige Ueberraschung hervorgerufen hat. In seinem Gespräch mit mir, hat M. Tardieu keine Erwähnung gethan, dass er die Presse informieren werde. Vielleicht wollte er damit, auf Grund seiner gemeldeten späteren Gespräche mit Sir J. Simon und Herrn Grandi auf diese Pression ausüben.

Ueber diese Gespräche selbst, wie sie am 29. II. einzeln mit den verschiedenen Vertretern geführt wurden liegt keine Information vor. Ich rekapituliere aus dem Gespräch mit mir: volles Verständnis für unsere Lage, Dringlichkeit finanzieller Massnahmen, Auffassung, dass sich solche am besten auf Grund einer internat. Anleihe in den Rahmen der Wirtschaftsverhandlungen einfügen würden, daher Drängen, dass diese sofort aufgenommen werden und Erwägung der Möglichkeit,

dass Schritt der Grossmächte, mit entsprechendem Nachdruck unternommen, in Verbindung mit Kundgebung des Finanzkomités bereits finanziell (Währung) eine gewisse Entspannung bringen könnten, – gegebene Bereitwilligkeit der Donaustaaten sofort in Verhandlungen einzutreten und gewollte Unklarheit über deren Natur, um nicht zu früh Widerstände zu wecken.

Zoll-Union, Präferenzen, Kontingentierungen ganz bei Seite lassend hat er nur Nachdruck darauf gelegt, dass die verhandelnden Staaten volle Freiheit aber auch Schutz gegen Einmischung jeder Politik von Aussen haben müssten. Das Allem vorangehende Einvernehmen zwischen den Grossmächten, liess er, ohne spezieller Erwähnung Deutschlands, als unmittelbar bevorstehend annehmen.

Es hat sich auch M. Tardieu damals bloss darum gehandelt, dieses Einvernehmen herzustellen, wozu er sich auf die Zustimmung aller Donaustaaten berufen wollte. Ueber die Natur der Verhandlungen dieser und Italiens und Deutschlands zu sprechen, hielt er den Augenblick offenbar noch nicht für gekommen. Es wäre das hier, wo gar keine Delegation ihre Sachverständigen hier hat, derzeit auch noch nicht möglich.

Mr. Loveday, der in Begleitung M. de Bordes und Herrn Stoppanis zum Finanzkomité nach Paris gefahren ist, hat mir heute von dort telefoniert, dass es, wie vorausgesehen, unmöglich sei, jetzt schon eine Prognose über die Stellungnahme des Comités zu der von ihm gewünschten Kundgebung zu machen, dass aber die Befriedigung des Comités über die von Herrn Bundeskanzler am 16. II. unternommene Demarche eine rückhaltlose und tiefgehende sei.

Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

PS. Informativ wären die von M. Tardieu vor dem Kammerausschuss für Finanzen abgegebenen Erklärungen gewiss sehr interessant. Ich kann sie leider nicht vorlegen, da sie auch im Journal Officiel textuell nicht wiedergegeben werden.

1201

Sektionschef Schüller an Gesandten Frank (Berlin)

Schreiben

AdR, NPA

Mitteuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 130672/14a

Wien, 4. März 1932

Auf den am 16. v. M. erfolgten Appell des Herrn Bundeskanzlers an die hiesigen Vertreter der fremden Mächte¹, ist bisher mit Ausnahme Deutschlands keine offizielle Antwort erfolgt.

¹ ADÖ 8/1192.

Die Antwort des Deutschen Reiches, das Oesterreich die Gewährung von Zugeständnissen für seine Ausfuhr für den Fall einräumt, dass den Empfehlungen des Finanzkomitees des Völkerbundes entsprechend diese Zugeständnisse den Auswirkungen des Meistbegünstigungssystems entzogen werden könnten, ist Ihnen aus der Presse bekannt.

Nach unseren Informationen wird gegenwärtig in Genf von den dort versammelten leitenden Staatsmännern der Grossmächte im Einvernehmen mit den Vertretern unserer Nachbarstaaten eine Kollektivantwort der Grossmächte an Oesterreich vorbereitet, die voraussichtlich die Aufnahme konstruktiver wirtschaftlicher Verhandlungen empfehlen dürfte. Das Einvernehmen zwischen den vier Grossmächten ist anscheinend bisher nicht erzielt worden, so dass die in den letzten Tagen aus Paris verbreiteten Nachrichten von einer erfolgten Einigung der Mächte in dieser Frage den Ereignissen vauseilen dürften. Es liegen allerdings dahingehende Informationen vor, dass die gegenwärtig wegen Abwesenheit einzelner massgebender Staatsmänner von Genf für kurze Zeit unterbrochenen Verhandlungen zu Beginn kommender Woche wieder aufgenommen werden sollen.

Einzelheiten des Inhaltes der beabsichtigten Kollektivantwort der Grossmächte sind uns bisher nicht bekannt. Es scheint jedoch festzustehen, dass die Absicht herrscht, die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den in Betracht kommenden Regierungen auf Grund der Kollektivantwort auszulösen und für diese Verhandlungen jede Freiheit einzuräumen, wobei politische Fragen vollkommen ausgeschaltet würden. Allem Anscheine nach ist die überaus wichtige Frage noch ungeklärt, wie Deutschland und Italien, die in erster Linie für die Aufnahme des Agrarüberschusses der Oststaaten des Donaubeckens in Betracht kommen, an den Verhandlungen beteiligt werden. Weiters wird es jetzt darauf ankommen, ob Frankreich den im Mai v. J. von Herrn François-Poncet im Zusammenhange mit den Verhandlungen über die deutsch-österreichische Zollunion in Genf gestellten Antrag, Oesterreich auch französischerseits Vorzugszölle zu gewähren, wieder aufzunehmen und etwa auf die übrigen in Betracht kommenden Donaustaaten auszudehnen bereit ist. Die Bereitwilligkeit Frankreichs hiezu wäre umsomehr zu erwarten, als Frankreich bekanntlich Rumänien, Ungarn und Jugoslawien Vorzugszölle für Getreide bereits zugestanden hat.

Vorstehendes beehre ich mich Ihnen zu Ihrer Information mitzuteilen.

Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Für den Bundeskanzler:
Schüller

1202

Gesandter Calice an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 13/Pol.

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21156/13

Budapest, 7. März 1932

Ich hatte vor drei Tagen Gelegenheit den Herrn Aussenminister zu befragen, wie weit Ungarn offiziell von dem, durch die Presse bekanntgewordenen Vorschläge Herrn Tardieu¹ Kenntnis habe. Herr Walko sagte mir darauf, dass der französische Ministerpräsident am 29. v. M. Grafen Apponyi in Genf gegenüber sich in dem von „Temps“ gemeldeten Sinne ausgesprochen und dabei die Absicht geäußert habe, sich am gleichen Tage und in gleicher Weise zu den Vertretern Oesterreichs und der Kleinen Entente zu äussern.

Graf Apponyi habe sich darauf beschränkt, darauf hinzuweisen, dass er lediglich Delegierter bei der Abrüstungskonferenz sei und keine Kompetenz habe, in anderen Belangen im Namen der ungarischen Regierung zu sprechen, worauf Herr Tardieu gemeint habe, er würde gern über dieses Thema mit einer Persönlichkeit sprechen, die diese Kompetenz besitze.

Auf diese Äusserung des französischen Ministerpräsidenten hin werde sich Herr Walko entschliessen, selbst diese Woche nach Genf zu fahren, wobei er aber jedenfalls nicht nur Herrn Tardieu sondern auch Herrn Grandi im Gegenstande sprechen wolle.

Zur Sache – meinte Herr Walko – könne er noch kaum etwas sagen, da die Art und Tragweite der französischen Vorschläge noch ganz unklar seien. Ungarn stehe jedem zweckdienlichen Vorschläge wohlwollend gegenüber, müsse aber konkrete Propositionen abwarten, ehe es Stellung nehme. Nur eines könne er jetzt schon bemerken: Oesterreich und die Tschechoslowakei böten für sich allein kein genügendes Absatzgebiet für die Agrarproduktion der drei anderen Donaustaaten, also werden Pläne, welche den Agrarstaaten von Nutzen sein sollen, wohl über das Donaubecken hinausgreifen müssen. Uebrigens sei es eine Verdrehung der Tatsachen, wenn die französische Aktion als Hilfsaktion lediglich für Oesterreich und Ungarn dargestellt werde, da auch den Ländern der Kleinen Entente, deren wirtschaftliche Lage auch alles eher als glänzend sei, dadurch geholfen werden solle.

Der Herr Minister ist inzwischen, wie ich soeben erfahre, gestern abend und zwar zunächst nach Rom abgereist, offenbar um mit Herrn Grandi dort, anstatt in Genf, zusammen zu treffen.

¹ Aide-mémoire der französischen Gesandtschaft vom 5. 3. 1932 („Tardieu-Plan“) siehe Anhang.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Calice

Anhang:

Aide-mémoire der französischen Gesandtschaft vom 5. März 1932 („Tardieu-Plan“)

Der letzte Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes über die finanzielle Lage Oesterreichs und Ungarns hat die Notwendigkeit hervorgehoben in der sich diese beiden Länder befinden, sobald als möglich mit einzelnen ihrer Nachbarn engere wirtschaftliche Beziehungen herzustellen. Er hat betont, dass die Lösung dieses Problems die Wiederherstellung des Vertrauens der Finanzmärkte in die Zahlungsfähigkeit der beiden Länder untergeordnet ist.

Oesterreich und Ungarn sind nicht allein betroffen. Im ganzen Donau-Europa bemerkt man dasselbe Phänomen der Einengung der Kredite und dieselbe Verlangsamung des Austausches. Während die Agrarstaaten infolge der Unmöglichkeit ihre Agrarprodukte abzusetzen, ihre Kaufkraft sich vermindern sehen, befinden sich die Industriestaaten in der Unmöglichkeit ihre Produkte in den Ländern abzusetzen, die ihre natürlichen Absatzgebiete sind.

Die Weltkrise ist zum Teil die Ursache dieser Situation; sie ist aber nicht der einzige Grund. Es gibt deren andere, die den Donauländern eigen sind und denen unverzüglich abgeholfen werden muss und zwar nicht durch Teillösungen und Palliative, die sich als unwirksam erwiesen haben, sondern durch weitergehende Lösungen. Solange die Geldgeber das Gefühl haben werden, dass die Ursache des Uebels fortbesteht, wird auch die Vertrauenskrise, die das Finanzkomitee hervorgehoben hat, weiter bestehen und überdies mit der besonderen Gefahr eines Zusammenbruchs der Finanzen, der sich in ganz Zentral-Europa auswirken würde.

Die französische Regierung ist der Ansicht, dass die Zeit dafür gekommen ist, der Lage durch umfassende Heilmittel abzuhelfen, die mit Hinblick auf die festgestellte Wirkungslosigkeit der Einzellösungen allein gestatten können, die Lage zu sanieren.

Die französische Regierung war glücklich, feststellen zu können, als sie obige Anschauungen bekannt gab, dass die englische Regierung zur selben Zeit zu analogen Schlüssen gekommen ist, zumal diese kürzlich die Frage aufgeworfen hat, ob nicht die Bildung einer Zollunion zwischen den in Rede stehenden Staaten ins Auge gefasst werden sollte. Die französische Regierung glaubt, dass die Verwirklichung einer solchen Union auf unüberwindbare Hindernisse stossen würde und zwar ebenso solche politischer wie wirtschaftlicher Natur und es scheint ihr, dass hinsichtlich dieses speziellen Punktes die englische Regierung heute derselben Auffassung ist. Ueber diese einzelnen Punkte nämlich hinsichtlich des Engergestaltens und Weiterentwickelns der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten sind

die Regierungen von Paris und London erwiesenermaßen in Uebereinstimmung. Die französische Regierung ist der Ansicht, dass das angestrebte Ergebnis durch Kombination auf Grund von Präferenzen erzielt werden kann; über diese Kombinationen hat sie gegenwärtig keine bestimmte Auffassung, aber die Notwendigkeit derselben scheint ihr auf der Hand zu liegen.

Gründliche Verhandlungen sind notwendig, um die Modalitäten eines Regimes festzulegen, das den verschiedenen Interessen Rechnung trägt, die miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Den fünf betreffenden Staaten muss die Aufgabe, diese Verhandlungen durchzuführen, überlassen werden. Es ist selbstverständlich, dass das sich hieraus ergebende Regime, um lebensfähig zu sein, auch im Masse des Möglichen den legitimen Interessen der dritten Staaten Rechnung tragen müsste. Trotzdem würde die französische Regierung dagegen Bedenken tragen, dass Bedingungen und Grenzen im Voraus den angeregten Verhandlungen gesetzt würden. Erst wenn die fünf betreffenden Staaten sich verständigt haben werden, wird der Zeitpunkt gekommen sein, mit deren Beschlüssen die zuständigen Organismen des Völkerbundes zu dem Zwecke zu befassen, um die Ergebnisse endgiltig zu fixieren und zusätzliche Vereinbarungen, die vielleicht nötig sein werden, zu treffen.

Da die wirtschaftliche Reorganisation die Voraussetzung der finanziellen Restauration bildet, muss rasch vorgegangen werden und den direkt daran interessierten Regierungen geholfen werden, die verschiedenartigen Widerstände, denen sie begegnen können, zu überwinden.

Die französische Regierung, lediglich von der Sorge getrieben, dem allgemeinen europäischen Interesse zu dienen, würde es wünschen, ihre Aktion mit der derjenigen Regierungen koordinieren zu können, denen die Lage Donau-Europas nicht mindere Sorgen einflösst, als ihr selbst. Sie wäre daher glücklich, wenn sie sich mit der britischen und italienischen Regierung zu dem Behufe beraten könnte, um die Bedingungen festzusetzen, unter welchen die Aufmerksamkeit der Regierungen Österreichs, Ungarns, Rumäniens, der Tschechoslovakei und Jugoslawiens unverzüglich auf die Notwendigkeit gelenkt werden könnte, unter diesen Regierungen aufrichtige und vollständige Aussprachen über die Bedingungen für die Engergestaltung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen und über die Sanierung oder Besserung ihrer finanziellen, budgetären und Währungslage herbeizuführen.

1203**Besprechung Bundeskanzler Buresch mit französischem
Gesandten Clauzel am 8. März 1932 in Wien**

Amtsvermerk

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

(ohne Zahl)

Wien, 8. März 1932

Der französische Gesandte, Graf Clauzel, ersuchte heute nach seiner Demarche beim Herrn Bundeskanzler Legationsrat Hornbostel um ehemöglichste Bekanntgabe des wesentlichen Inhaltes des kürzlich in Rom unterzeichneten österreichisch-italienischen Accords. Graf Clauzel wies darauf hin, dass die französische Regierung Wert darauf lege, die bereits abgeschlossenen Uebereinkommen, die mit Präferenzen und Begünstigungen zu tun haben, sowie etwa in Verhandlung stehende einschlägige Projekte kennen zu lernen. Diese Kenntnis sei zweifellos erforderlich, um zweckentsprechende Vorschläge hinsichtlich der Ausarbeitung der Tardieu'schen mitteleuropäischen Annäherungsidee formulieren zu können.

Ich wies Graf Clauzel darauf hin, dass das österreichisch-italienische Abkommen noch nicht ratifiziert ist, es daher wohl kaum möglich sein werde, vor Befassung des Hauptausschusses mit demselben ihm irgendeinen Text zur Verfügung zu stellen. Er bat mich jedoch wiederholt, ihm zumindest Informationen darüber möglichst bald zugehen zu lassen.

1204**Gesandter Egger¹ an Gesandten Wildner**

Telegramm Nr. 28 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Abschrift

Rom, 10. März 1932

(11.55 → 16.20)

Unser Standpunkt kann nur sein, dass wir, wie Herr Bundeskanzler Gesandten erklärt hat, mit allen Staaten verhandeln werden, die dazu bereit sind. Gleichzeitigkeit der länger dauernden Vorverhandlungen auch mit den Grossmächten wird sich schon aus sachlichen Notwendigkeiten von selbst ergeben. Jetzt handelt es sich Tardieu

¹ Im Auftrage Sektionschef Schüllers.

und Doktor Benesch darum, dass eine Vorkonferenz der fünf Staaten stattfindet. Wir vorziehen neun Staaten, können aber nicht Verantwortung übernehmen, Anleihe dadurch zu verhindern, dass wir in dieser formellen Frage Schwierigkeiten machen, was auch der Standpunkt Deutschlands sein sollte. Uebrigens kann uns Niemand hindern, dass wir auch während der Vorkonferenz mit Grossmächten in Kontakt bleiben.

Doktor Grünberger und Herr Franckenstein können im Sinne Briefes an Herrn Pflügl sprechen, aber nicht jetzt schon auf allgemeine Einräumung von Vorzugszöllen an uns insistieren.

Schüller

1205

Gesandter Lukes an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 13/Pol. (vertraulich)

AdR, NPA

Mitteuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21233/13

Bukarest, 10. März 1932

Die Idee einer Donauföderation hat unter den Politikern und Wirtschaftlern Rumäniens hervorragende Anhänger. Wie ich seinerzeit berichtete (21. Juli 1930, Z.51/P¹; 31. August 1931, Z.65/P²), ist Herr Maniu, der frühere nationalzaranistische [sic!] Ministerpräsident, selbst der Protagonist für eine solche Konstruktion, der gewesene nationalzaranistische Ackerbauminister Madgearu warf zuerst den Gedanken einer Front der Agrarstaaten Südosteuropas, denen Vorzugszölle gewährt werden müssten, in die Genfer Diskussion, und die hervorragendste hiesige Handelszeitung „Argus“, deren Direktor der ehemalige nationalzaranistische Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeussern, ein künftiger Stern erster Grösse, Herr Gafenco, ist, verfielt den Gedanken einer wirtschaftlichen Verbindung der Donaustaaten seit Jahren. Um so merkwürdiger musste es anmuten, dass die jetzige Regierung dem Plane eines mittel- und osteuropäischen Wirtschaftssystems gegenüber bisher vollkommenes Schweigen bewahrte, wo doch Rumänien, so möchte man glauben, an einem solchen Projekte in hohem Masse interessiert sein sollte.

¹ Gesandter Lukes an Bundeskanzler Schober. Bericht Nr. 51/Pol., Bukarest, 21. 7. 1930 – AdR, Gesandtschaft Bukarest, Z. 28641/13.

² Gesandter Lukes an Vizekanzler Schober. Bericht Nr. 65/Pol., Bukarest, 31. 8. 1931 – AdR, Gesandtschaft Bukarest, Z. 24507/13.

Ich habe daher den Minister des Aeussern, der nach fast zweimonatiger Abwesenheit in Genf und Paris soeben zurückgekehrt ist, aufgesucht und mich mit ihm über die gegenwärtigen brennenden wirtschaftlichen Fragen unterhalten. Zunächst legte ich ihm, wie vor kurzem S. M. dem König (Bericht v. 11. v. M., Z.9)³, unsere wirtschaftliche Lage dar und übergab ihm eine Aufzeichnung, die den Gedankengang der Rede des Herrn Bundeskanzlers gemäss dem Erlasse vom 16. v. M. Z.122.936-14/A⁴ (Diplomatische Aktion der Bundesregierung im Sinne einer Besserung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande) wiedergibt. Dann befragte ich ihn, wie sich die rumänische Regierung zum Projekte Herrn Tardieus verhalte. Herr Ghika antwortete darauf, er habe erst am Vorabende – die Unterredung fand gestern statt – dessen Memorandum erhalten und noch keine Zeit gefunden, es durchzulesen, noch weniger habe die Regierung einen Beschluss darüber gefasst. Als ich darauf hinwies, dass er ja eben aus Paris komme und Herr Tardieu, sein Schulfreund, ihn gewiss auf seine eigenen Pläne hin angesprochen haben werde, er also wohl im Bilde sein dürfte, erwiderte der Minister mit einem Schwall von Phrasen, die auch nicht einen konkreten Satz enthielten: es handle sich um kein festes Projekt, es werde nur die Möglichkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Donaustaaten zur Diskussion gestellt, man müsse darüber reden, dann werde sich gewiss ein Terrain finden lassen, wo man einander begegne usw. Da stellte ich ihm die präzise Frage: Welche Länder werden von der Partie sein? Er nannte nun die Kleine Entente, uns und Ungarn; vielleicht auch Italien, fügte er zögernd hinzu (Herr Ghika war nämlich Gesandter am Quirinal und will dahin zurück). Wenn Italien, dann wohl auch Deutschland, meinte ich. Nein, erwiderte er, Deutschland auf keinen Fall, denn es würde sicherlich die Gelegenheit benützen wollen, um seine Anschlusspläne zu fördern. Vergeblich war es, diesem Französling – er erhielt jetzt das Grosskreuz der Ehrenlegion für seine treuen Dienste im Interesse Frankreichs – klarzumachen, dass dem nicht so sei und es sich lediglich um eine wirtschaftliche Hilfeleistung handle, die wir unbedingt bräuchten und die ohne Deutschland, den Hauptabnehmer, zum Scheitern bestimmt sei. Nach dieser Probe kann man sich beiläufig vorstellen, wie das Referat des Ministers im Ministerrate gehalten sein wird, und welche Stellung die jetzige rumänische Regierung zum mitteleuropäischen Wirtschaftsplane einnehmen dürfte.

Erwähnen möchte ich noch einige Bemerkungen, die Herr Argetoianu, der spiritus rector der Regierung, zu meinem italienischen Kollegen und mir gemeinsam bei einem Diner des letzteren machte. Er sagte, dass er es gewesen sei, der bei seinem jüngsten Aufenthalt in Paris Herrn Tardieu darauf aufmerksam machte, dass Kriegsschulden- und Reparationspolitik die Wirtschaftskrise, insbesondere der ost- und mitteleuropäischen Staaten nicht zu lösen vermöchten, worauf er ihm die Idee eines

³ Gesandter Lukes an Bundeskanzler Buresch. Bericht Nr. 9/Pol., Bukarest, 11. 2. 1932 – AdR, Gesandtschaft Bukarest, Z. 20741/13.

⁴ ADÖ 8/1192.

mitteleuropäischen Wirtschaftsplanes suggeriert habe (jeder will jetzt offenbar der Vater dieses Gedankens gewesen sein). Zu den Verhandlungen, wozu man zu gelangen hoffe, dürften ja keine „techniciens“ entsendet werden, das ergäbe wieder nur Berichte, sondern es müssten verantwortliche Regierungsvertreter bestellt werden, für Rumänien werde es der Finanzminister, d. h. er selbst, sein. Sollte die Besprechung, Konferenz oder was immer es sein werde, wieder zu nichts führen, dann wolle Herr Argetoianu selbst im Sommer sein Ränzelschnürchen und nach Belgrad, Budapest, Wien und Prag gehen, um seiner Idee zum Siege zu verhelfen. Ich bin nun weit entfernt, diese Selbstüberschätzung zu teilen, finde es aber für uns erfreulich, dass wenigstens *eine* massgebende Persönlichkeit hier zu sein scheint, der daran gelegen ist, dass der Plan einer wirtschaftlichen Konsolidierung Mittel- und Südosteuropas nicht auch diesmal wieder im Nichts zerrinnt. Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Lukes

1206

Gesandter Egger an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 27/Pol. (strengst geheim)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21276/13

Rom, 12. März 1932

Gestern um ½12 Uhr Mittag empfing Herr Grandi Herrn Sektionschef Schüller und mich, und beehre ich mich, über den Verlauf dieser Konferenz, im Einvernehmen mit Herrn Sektionschef Schüller, Nachstehendes zu berichten.

Sektionschef Schüller begann die Konversation damit, dass er Herrn Grandi auseinandersetze, Oesterreich befinde sich allerdings, wie bekannt, in einer äusserst bedrängten wirtschaftlichen Lage, die Bundesregierung sei aber entschlossen, trotz allem, zu trachten, aus eigener Kraft dieser Situation Herr zu werden. Die Kreditanstalt-Affaire, die eine der bedrohlichsten sei, werde in Ordnung gebracht werden und jedenfalls werde man den Schilling halten. Zu diesem Zwecke aber sei eine Hilfe des Auslandes, in Form einer Anleihe, erforderlich. Bisher habe die Bundesregierung die Zinsen-Zahlungen für die von den vier Grossmächten garantierte Völkerbundanleihe stets pünktlich geleistet. Um zu vermeiden, dass dies schliesslich nicht mehr möglich sein würde, wäre diese Anleihe erforderlich, die insofern ein für die Mächte günstiger Ausweg wäre, als im anderen Falle jede derselben ungefähr

20 Millionen Goldfranken jährlich aus dem Titel der Garantie beisteuern müsste. Unbedingt notwendig sei es ferner für Oesterreich, seine Ausfuhrmöglichkeiten zu erweitern. In Anbetracht dieser Umstände habe der Herr Bundeskanzler den bekannten Appell vom 16. Februar an die Vertreter der Mächte gerichtet.

Eventuelle Verhandlungen Oesterreichs mit irgend einem Staate über Handelspolitische Vorteile könnten in keiner Weise den italo-österreichischen Besprechungen Abbruch tun, da die Akkords schon ein Faktum seien und es sich nur um deren Erweiterung handeln könne. Vom Standpunkte der Meistbegünstigung aus, die jetzt ausserdem durchbrochen werden solle, könne man sie nicht anfechten, da sie ein Novum darstellten. Es läge in der Linie natürlichen Interesses, wenn SHS einmal den jetzt von Italien beschrittenen Weg auch beschreiten würde.

Ueber das Projekt Tardieu sei nicht einmal das französische Memorandum in Wien bekannt geworden, geschweige denn Details, wie man sich in Paris Präferenz-Verträge zwischen fünf oder sechs Mächten in der Praxis vorstelle. Jedenfalls scheine man in Frankreich der Ansicht zu sein, dass die fünf Staaten des Donau-Beckens unter sich einig werden sollten, ehe die Grossmächte überhaupt mit diesen Plänen zu befassen wären. Das sei schon aus dem, anscheinend Herrn Tardieu nicht gegenwärtig gewesenem, Grunde kaum denkbar, weil einige Staaten schon Präferenz-Verträge hätten, z. B. Deutschland mit Rumänien und mit Ungarn, Frankreich mit Jugoslawien, Rumänien und Ungarn. Das grösste Hindernis werde immer die Tschechoslowakei bilden, die einerseits immer alle Vorteile, die Deutschland eventuell einem Staate gewähre auch für sich verlangen werde und andererseits nicht in der Lage sei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien entsprechende Vorteile für ihren landwirtschaftlichen Exportüberschuss zu bieten. Es wäre deshalb anzustreben, dass von Anfang an alle vier Grossmächte an den Verhandlungen teilnehmen. Wenn aber Frankreich auf einem anderen Standpunkte beharre, dann wäre, nach Ansicht Sektionschefs Schüller nicht darauf zu insistieren, damit Frankreich nicht den Vorwand habe, deshalb gegen eine finanzielle Hilfe für Oesterreich und Ungarn Stellung zu nehmen. Niemand könne übrigens verhindern, dass man auch mit den Vertretern der Grossmächte spreche, auch wenn „man in getrennten Zimmern“ verhandeln sollte.

Herr Grandi gab wiederholt seiner Zustimmung kurzen Ausdruck und bemerkte u. a., dass Tardieu selbst nicht wisse, wie sein Plan, der hauptsächlich ein Wahlmanöver sei, ins Leben treten solle. Er habe ihn, Grandi, für Dienstag nach Genf zum Frühstück geladen, um diesen Plan zu besprechen, aber er glaube nicht, dass er dieser Einladung Folge leisten werde. Auch er sei der Ansicht, dass technisch der Abschluss so vieler Detailverträge schwierig sei.¹

Nach Schluss der Ausführungen Sektionschef Schüller's sagte Herr Grandi, die Akkords mit Oesterreich und Ungarn seien „so stark im Interesse der beiden anderen

¹ Siehe dazu die italienische Stellungnahme zum „Tardieu-Plan“ im Aide-mémoire, Rom, 7. 3. 1932 – AdR, NPA Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft.

Staaten, dass es eines Machwortes des Herrn Regierungschefs bedurft habe, um den Widerstand der Ressortministerien dagegen zu überwinden“. Dieser Widerstand sei auch der Grund der langen Verzögerung der Unterschrift gewesen. Auch seiner Ansicht nach werde Jugoslawien einmal Neigung haben, sich dem österreichisch-ungarisch-italienischen Plane anzuschliessen; dazu sei es aber vorderhand noch „zu früh“. Da man aber jetzt nicht stehen bleiben sollte auf diesem Wege, fragte er, wie sich Herr Schüller die weitere Entwicklung dieser Akkords vorstelle.

Sektionschef Schüller erklärte daraufhin, dass man eben in einem späteren Zeitpunkt, den zu bestimmen wegen seiner stark politischen Seite man Italien überlassen müsse, veröffentlichen werde, dass die drei Staaten beschlossen hätten, den Handel unter einander „frei zu geben“. Ein solches Vorgehen könne nicht als gegen die Meistbegünstigung verstossend angesehen werden und man würde dann einige Gruppen von Artikeln, an denen jeweils einer der Staaten ein vitales Interesse habe, durch Kontingentierung von der Freiheit ausnehmen, so dass im Prinzip die bisherige Ausnahme die Regel und die bisherige Regel die Ausnahme bilden würde, wofür durch die Akkords schon vorgearbeitet sei.

Herr Grandi schien dieser Plan sehr zu gefallen und er bemerkte, Italien verfolge Oesterreich und Ungarn gegenüber eine „negative Politik“, es wolle nichts von den beiden Staaten sondern es habe nur den Wunsch, ihre selbständige Existenz im Donau-Becken sicherzustellen. Am Schlusse fügte er, in eher ernstem Tone hinzu, er möchte sich einen Rat erlauben und der wäre, man möge österreichischerseits diesen Ausbau der Akkords mit Italien und Ungarn nicht aus den Augen verlieren, wenn derselbe momentan aus gewissen Rücksichten auch nicht aktuell sei. Er habe in gleicher Weise mit Herrn Walko gesprochen.

Die Verhandlungen in Genf, das „Theater der Abrüstung“, werde Anfang April wieder eröffnet werden, ob aber alle „Schauspieler“ wieder da sein werden, könne man noch nicht wissen. Vorderhand sehe man das Bestreben, die Mitglieder der Abrüstungskonferenz in Genf zurückzuhalten, ohne dass sie über die Abrüstung zu sprechen hätten. Bisher sei dies durch den chinesisch-japanischen Konflikt gelungen, im April werde das Projekt Tardieu diese Möglichkeit bieten.

Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit

Egger

1206 A**Sektionschef Schüller an Generalsekretär Peter**

Schreiben

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

(ohne Zahl)

[Rom,] 12. März 1932

Gestern war ich mit dem Gesandten Egger bei Minister Grandi. Seine Bemerkungen waren:

Italien wolle nichts von Oesterreich und Ungarn; es habe das Interesse und Bestreben, die beiden Staaten zu unterstützen, damit sie ihr selbständiges Leben erhalten können. Die italienische Regierung habe ganz offen mitgewirkt, die Zollunion mit Deutschland zu verhindern. Sie empfindet deshalb umsomehr die Verpflichtung, Oesterreich in seinen Schwierigkeiten zu helfen. Die neuen Verträge mit Oesterreich und Ungarn konnten gegen die widerstrebenden Ressortministerien nur durch den entscheidenden Einfluss des Ministerpräsidenten durchgesetzt werden. Jetzt sei es sehr wichtig, dass keine Enttäuschung folge, sondern günstige Resultate hervortreten und weiter entwickelt werden. Tardieu habe keinen Plan entwickelt, sondern nur vorgeschlagen, dass die Grossmächte sich vorläufig an den Verhandlungen der kleinen Staaten desinteressieren sollten. Ob solche Verhandlungen zu einem Resultate führen, sei fraglich. Statt über die Abrüstung zu verhandeln, habe man in Genf bisher über den chinesisch-jap. Konflikt gesprochen; jetzt werde man über Mitteleuropa reden. Die Abrüstungsk. werde am 4. April wieder anfangen; doch würden die Minister wohl erst später kommen.

Aus meinen Reden: Die Verhandlungen mit den anderen Staaten sind für unsere Verhandlungen mit Italien nicht schädlich, sondern nützlich. Wenn dagegen Italien die Verhandlungen stören würde, hätte dies ungünstige Rückwirkungen auf unser Verhältnis zu It., für dessen weiteren Ausbau ich Ideen entwickelte. Die garantierenden Staaten haben das Interesse, dass wir eine Anleihe bekommen, da sonst ihre Garantie aktuell werden könnte.

Mit herzlichem Gruss

Dein
Schüller

1207

**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Franckenstein (London)**

Telegramm Nr. 7 (in Ziffern)

Wien, 12. März 1932

(o. A. → 22.00)

AdR

Gesandtschaft London

Sie koennen im Sinne Verbalnote an Herrn Pfluegl an amtlicher Stelle sprechen aber nicht jetzt schon auf *allgemeine* Einraeumung von Vorzugszöllen an uns insistieren.

Wir wollen, wie ich den Gesandten erklart habe, mit allen Staaten verhandeln, die dazu bereit sind. Die Gleichzeitigkeit der laenger dauernden Vorverhandlungen auch mit Grossmaechten wird sich schon aus sachlichen Notwendigkeiten von selbst ergeben. Tardieu und Benesch haben jetzt Interesse, dass eine Vorkonferenz der fuenf Staaten stattfindet. Wir ziehen neun Staaten vor, koennen aber nicht Verantwortung uebernehmen, Anleihe dadurch zu verhindern, dass wir in dieser formellen Frage Schwierigkeiten machen. Unsere finanzielle und wirtschaftliche Situation beaengstigend ernst weswegen wir dringend daran interessiert, dass Aktion ueberhaupt in Gang kommt. Dr. Gruenberger wurde gestern am Quai d'Orsai gesagt, dass Schwierigkeiten durch ungeklaerte Haltung Grossbritanniens bestehen und mit Hinweis auf Verhandlungen Finanzkomitees bemerkt, dass Finanzhilfen solange gesperrt bleiben werden als der Gesamtplan nicht konkretere Formen angenommen haben werde.

Wollen Sie daher auf rascheren Fortgang der Aktion draengen.

Geheim.

Italiener wollen Neun [er-] Staatenkonferenz vorschlagen und haben versprochen nichts zu tun, was Anleihe verhindern oder verzoegern koennte.

Buresch

1208

**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/Auswärtige
Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 18 (Chiffre)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft
(ohne Zahl)London, 14. März 1932
(22.43 → 15. III.–8.00)

Hatte dreiviertelstündige Unterredung mit Simon, dem ich in Beantwortung seiner Fragen österreichischen Standpunkt bezüglich Undurchführbarkeit Zollunion und Unzulänglichkeit einer Fünfmächtepräferenz darlegte und als erstrebenswertes Ziel Neunmächteabkommen bezeichnete, wobei ich unseren dringenden Wunsch hervorhob, dass diese vitalen Fragen sofort in Angriff genommen werden, und unsere Zustimmung dazu aussprach, dass dies zuerst im kleinen Rahmen geschehe. Simon erklärte, er begreife unsere Auffassung bezüglich Zollunion und kleiner Staatenpräferenz. Hinsichtlich der grossen Kombination bestehe die Schwierigkeit, dass Grossbritannien vor der Ottawa-Konferenz anderen Staaten gegenüber unmöglich Bindung eingehen könne und dass die Dominien, in deren Namen Grossbritannien auch sprechen müsste, Schwierigkeiten machen könnten. Simon sprach wiederholt Bedauern über Verzögerung englischer Antwort aus, die unvermeidlich sei, weil Kabinett in seiner Abwesenheit keine Beschlüsse fassen konnte. Er habe heute mit Macdonald, Baldwin und Schatzkanzler bereits gesprochen, alle hätten wie er grösstes Verständnis für unsere Notlage und Notwendigkeit einer Abhilfe. Am Mittwoch würde zentraleuropäische Frage vom Kabinett behandelt werden. Seine eigene Ansicht mit der er durchzudringen hoffe, kennzeichnete er folgendermassen: Er habe mit dem jetzt beiseite gestellten [...] europäischen Zollunionsplan die Initiative ergriffen. Er halte es nun für zweckmässig, dass die Donaustaaten ehestens über die Möglichkeit eines Präferenzabkommens beraten und mit Vorschlägen hervortreten. Grossbritannien, das im Interesse unerlässlicher Hilfeleistung auf Meistbegünstigungsrechte verzichten dürfte, würde versprechen, diese Vorschläge in wohlwollendster Weise zu prüfen, natürlich ohne sich im voraus definitiv binden zu können. Simon bittet um unsere Ansicht, in welcher Stadt und in welchem Rahmen eventuell im Europakomitee Donaustaatenkonferenz stattfinden soll.

Er wird mich Ende der Woche wieder sehen und ich bitte bis dahin oder besser noch vor hiesigem Kabinettsrat um eventuelle eingehende Informationen und Instruktionen, da Simon rasche praktische Lösungen anstrebt und ihm konstruktive Vorschläge sehr willkommen sind.

1209**Bundeskanzler Buresch an Gesandten Franckenstein (London)**

Telegramm Nr. 8 (in Ziffern)

AdR

Gesandtschaft London

Wien, 15. März 1932

Zum d. a. Telegramm Nr. 18*

Bei gegenwärtiger Sachlage kann ich nur auf baldigste Stellungnahme der Grossmächte zu unserer Demarche und zwar noch vor den Osterferien Gewicht legen; ich meine nach wie vor dass zur Foerderung der Aktion es unbedingt notwendig sei dass eine Konferenz aller beteiligten Staaten (auch der Grossmächte) nach den Osterferien in Genf zusammentritt wo wir geeignete Vorschlaege erstatten wuerden.

Wegen Verschaerfung der Wirtschaftskrise und staatsfinanziellen Lage Entscheidung besonders dringlich.

*Buresch***1210****Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Buresch**Bericht Nr. 257 (geheim, dringend)¹

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Abschrift

[Genf,] 17. März 1932

Der neuerliche Versuch, den Antwort-Schritt der Grossmächte auf Herrn Bundeskanzlers Schritt vom 16. II.² herbeizuführen, welcher der fast ausschliessliche Anlass der Anwesenheit M. Tardieus in Genf ist, wird, wie bereits telegrafisch gemeldet, kaum einen unmittelbaren Erfolg haben können.³

* ADÖ 8/1208.

¹ Siehe dazu auch Gesandter Wildner an Gesandten Franckenstein. Schreiben, Wien, 22. 3. 1932 – AdR Gesandtschaft London, Z. 1542/93/Pol.

² ADÖ 8/1192.

³ Vgl. Gesandter Pflügl an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Telegramm Nr. 243 (Chiffre), Genf, 15. 3. 1932 – AdR, NPA Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft (ohne Zahl): „Französischer Ministerpräsident sagte mir heute, daß er mit dem eng-

Schon aus Paris für den ersten Vormittag nach seiner Ankunft am 15. zu ihm gebeten, orientierte er mich dahin, dass seine Unterredung mit Sir John Simon in Paris befriedigend verlaufen sei und dass England nunmehr sich dem von ihm beabsichtigten Kollektiv-Schritt der Mächte, sobald er erfolgen könne, anzuschliessen bereit sei, aber, wie er selbst, daran festhalte, dass die an die fünf Donaustaaten zu richtende Einladung, sich auf Verhandlungen unter diesen selbst zu beschränken habe.

„Da Herr Grandi seiner Bitte, nach Genf zu kommen, nicht habe entsprechen können, habe er M. Coulondre (Directeur des Affaires Commerciales) mitgebracht, damit er Herrn de Michelis zur Verfügung stehen könne. Die Unterredung mit letzterem habe ergeben, dass Italien auf der Einladung zu einer Conferenz der neun Staaten bestehe. Diese sei, wie bekannt, schon deshalb unmöglich, weil Herr Benesch nicht darauf eingehen werde. Herr de Michelis werde zur Berichterstattung nach Rom fahren und Montag den 21. in Paris wieder bei ihm erscheinen.“

Wie ich später aus einer langen Unterredung mit Herrn de Michelis bestätigt fand, stehen sich die Gegensätze schroff gegenüber. Während M. Tardieu noch immer wenigstens die formelle Beantwortung des Schrittes vom 16. von den Mächten gemeinsam und baldmöglichst herbeigeführt sehen möchte, haben sich Italien und Deutschland, dessen Antwortnote ihm am 15. zukam, auf die sachliche Seite des Problems versteift, und wollen principiell ihre mit dem Anfang beginnende und dauernde Beteiligung an den Verhandlungen der fünf Kleinstaaten gewährleistet sehen, bevor sie der Einladung an diese beitreten. Gegenüber den dafür angeführten sachlichen Argumenten, steht die Gefahr, dass sich nicht nur der Schritt der Mächte verzögert sondern die Verhandlung der fünf Staaten überhaupt nicht zustande kommt.

Deutschland hatte sich, bei Uebersendung seiner Antwortnote erboten, Herrn v. Bülow hierher zu entsenden. Unter diesen Umständen hat man lieber davon Abstand genommen und die gestern angekommenen Herrn Posse und von Heeren mit M. de Coulondre konferieren lassen. Hiebei hätte, nach französischer Version, umgekehrt zu den von ihnen geführten Referaten, letzterer die wirtschaftlichen Argumente vertreten, in welchen M. de Coulondre Widersprüche zu jenen gefunden haben will, die seinerzeit für die Zollunion mit Oesterreich geltend gemacht wurden, während er, sich befriedigt zeigte. Hingegen habe Herr Posse bei der Diskussion der deutschen Forderung nach Teilnahme an den Verhandlungen der fünf Staaten, expressis verbis gesagt: „Deutschland werde keiner Vereinbarung der Donaustaaten zustimmen, der es nicht angehöre.“

lischen Minister des Aeußern in Paris volles Einvernehmen über Kollektivschritt der vier Mächte betreffs Fünf-Staatenkonferenz hergestellt habe, daß aber Michelis hier auf Neun-Staatenkonferenz insistiere. Vorläufig soll Michelis zur Berichterstattung nach Rom zurück und von dort Montag nach Paris. Französischer Ministerpräsident hofft demnach, daß Kollektivschritt nächste Woche erfolgen kann.“ Siehe zudem Gesandter Pflügl an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Bericht Nr. 224, Genf, 9. 3. 1932 – AdR, NPA Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft (ohne Zahl).

Vorläufig wird das auf der französ. Seite als Negation des französ. Projektes und als von politischen Motiven inspiriert angesehen. „Frankreich und England seien bereit selbstlos mitzuwirken, während Italien und Deutschland schon vor Beginn die Sicherstellung ihrer Sonderinteressen in den Vordergrund stellen.“

Dem üblen Schein entgegen wird an so zu sagen neutraler Stelle z. B. im Generalsekretariat (Avenol und Stoppani) an dem weiteren Fortschritt der Aktion M. Tardieus nicht gezweifelt. Schon deshalb nicht weil dieser kein Mittel unversucht lassen wird und es vielleicht gar nicht so schwer hätte, wenn nicht, und das in Rom, das immerhin für ihn bestehende Fragezeichen der Kammerwahlen in Rechnung gestellt würde. Darüber hinaus wirkt sich die Lage in Centraleuropa als eine solche Pression aus, dass keiner der Verhandlungspartner intransigent auf seinem Standpunkt bestehen kann. So ist schon jetzt den Italienern hier bekannt, dass Herr de Michelis aus Rom mit einer entgegenkommenden Antwort in Paris eintreffen wird. Auch Herr Posse gilt als im Herzen für verhandlungsbereit. In den zwei Besprechungen, die ich mit ihm hatte, zeigte er sich gar nicht blind, für die Gefahr, durch Betonung der deutschen Forderung nach Beteiligung Deutschlands an dem Fünf-Staaten-Abkommen England definitiv abzuschrecken, und für die Möglichkeit mit der Tschechoslowakei sich über eine genügende Sicherung des deutschen Industrie-Absatzes in dem Gebiete der fünf Staaten zu verständigen. In Berlin scheint es darauf angekommen zu sein, dass man fürchtete, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden oder nicht gleichwertig zu den Verhandlungen der Grossmächte zugelassen zu werden. M. Tardieu hat heute Herrn Posse empfangen und scheint, nach des letzteren Darstellung, ihm die politischen Motive vorgehalten zu haben, die in dieser Frage die deutsche Haltung mit Bezug auf Oesterreich bestimmten. Herr Posse will darauf entgegnet haben, dass einem deutschen Politiker Gelegenheit gegeben werden sollte, zu diesen Anwürfen Stellung zu nehmen.

Auch hierin wird Deutschland befriedigt werden, denn das Ergebnis aller dieser sich kreuzender Verhandlungen, welche in den drei Tagen des Aufenthaltes M. Tardieus hier geführt wurden, ist das folgende. *Der Gedanke, den Kollektivschritt der Mächte noch in der Woche vor Ostern vorzunehmen, ist fallen gelassen worden und Frankreich akzeptiert dass vor dessen Effektivierung, im Interesse der Sicherung der künftigen Verhandlungen der fünf Staaten, eine Klarstellung der Lage zwischen den vier Grossmächten erfolge.* Hiezu soll eine ein- bis zweitägige Verhandlung dienen, die etwa am 11. April bei Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz in Genf stattfinden könnte. Herr Posse würde wünschen, dass hiezu der Herr Reichskanzler selbst herkäme. Das könnte auch deshalb interessant werden, weil bekanntlich für diesen Wiederzusammentritt die Abrüstungskonferenz die Debatte über die prinzipiellen politischen Fragen, Gleichberechtigung u. s. w. angesetzt hat. Es wird vielleicht in dem Falle, dass dieser Vorgang zur Ausführung gelangt, zu erwägen sein, ob diese Debatte nicht auch Herrn Bundeskanzler Anlass zur persönlichen Teilnahme geben würde.

Dieser Vorgang schiebt leider die Einladung an die fünf Donaustaaten selbst im Falle, dass Alles nach Wunsch verläuft, bis in die zweite Hälfte April hinaus. Es war daher noch kein Anlass, den Verhandlungsort zur Diskussion zu stellen. Allgemein wird aber doch an Genf gedacht, obwohl niemand die Aktion auf eines der Geleise des Völkerbundes schieben will. Dies hindert nicht, dass eben die Heranziehung der Dienste der betreffenden Sektionen des Generalsekretariates für wünschenswert erkannt ist. Das kann am leichtesten in Genf, in einer noch näher zu bestimmenden Form geschehen.

Bei der eingangs erwähnten Unterredung mit M. Tardieu habe ich Gelegenheit genommen, ihm auftragsgemäss die Würdigung, die Herr Bundeskanzler seinen Bemühungen zuteil werden lassen, zum Ausdruck zu bringen. M. Tardieu zeigte sich sehr erkenntlich, wies aber sogleich auf die vielen Schwierigkeiten hin, die ihm noch entgegenstehen. „Da die Abrüstungskonferenz anscheinend schlummere, werde es besser sein, sie vor der Osterpause nicht mehr aufzuwecken. Er werde daher seinen hiesigen Aufenthalt ganz der Donaufrage widmen können. Er wiederhole, was er schon Herrn de Michelis gesagt habe, als dieser auf der Wahrung italien. Sonderinteressen beharrte, dieser Zweck sei nicht zu erreichen, wenn unterdess Katastrophen in den Donauländern einträten, Frankreich habe dort zwei Milliarden investiert und werde daher ebenso unbeugsam Katastrophen im voraus entgegenwirken.“

Damit ging er in die Erörterung eines neuen Teiles seines Programmes über, der seinen Ursprung, so viel ich weiss in einvernehmlichen Auffassungen des Finanz-Komités und des Generalsekretariates hat.

„Das Einvernehmen der Grossmächte müsse nicht nur betreffs einer neuen Wirtschaftsordnung in den Donaustaaten sondern auch betreffs der damit zu verbindenden Finanz-Aktionen hergestellt werden. Diese müsse international und nicht im Interesse eines einzelnen dieser Staaten sondern der ganzen notleidenden Gruppe aufgebaut werden. Diese Gruppe sei nicht mit den Donaustaaten identisch, sondern umfasse zwar Oesterreich und Ungarn aber auch Bulgarien und Griechenland. Das Prinzip dieser Aktion müsse Devalorisation und Herabsetzung der Schulden sein.“

Aus dieser eiligen Zusammenfassung der eben hier abgeführten Verhandlungen, wollen Herr Bundeskanzler ersehen, dass M. Tardieu an seinen eigentlichen Plänen nichts geändert hat, wenn er die gewünschte sofortige Demarche der Mächte aufgab, um auf den italien. und deutschen Wunsch nach einer vorhergehenden Verhandlung einzugehen. Es gibt gewiss auch heute noch viele, die an der Möglichkeit eines Einvernehmens der Grossmächte hierin zweifeln. *Unter den eigentlichen Verhandlungsteilnehmern nimmt deren Zahl ab.* Niemand verkennet, dass M. Tardieu den Zeitpunkt richtig gewählt hat. Wie immer die wirtschaftlichen Fachleute die sogenannten unüberwindlichen Hindernisse weiter beurteilen mögen, so weit ich mir eine bescheidene Auffassung anmassen darf, liegt ein ganz ernster Versuch zu einer neuen Orientierung der Politik der Grossmächte vor. Er kann natürlich nur im Zusammenhang mit allen sonstigen internationalen Verhandlungen gelingen.

Er soll bewusst Deutschland und Frankreich in einer gemeinsamen Aktion zusammenführen, in Gemeinschaft mit Italien.

In dieser Verhandlungsphase werden die Kleinstaaten nicht zu Wort kommen. Desto beachtenswerter scheint mir das Bestreben M. Tardieus zu sein, Herrn Bundeskanzler über die hiesigen Entwicklungen durch u. a. mich am Laufenden zu erhalten. Wie er selbst sagte, lasse sich eine Aktion nicht scharf umreißen, die täglich neue Erscheinungen bringt. Unter diese zählte er u. a. das erwachsende Interesse Polens. Dieses scheint noch nicht Stellung genommen zu haben. Es sei aber mit cca. 12 % seines Exportes nach der Tschechoslowakei und ebenso viel nach Oesterreich durch den Wegfall dieser Märkte gewiss bedroht. Auch von Bulgarien lägen Nachrichten vor. (Von einer Absicht Bulgarien in die Donaustaaten-Aktion einzubeziehen, war hier bisher nie die Rede, – wohl aber in die internationale Finanz-Aktion.)

Trotz der vorübergehenden Anwesenheit der genannten Wirtschafts-Fachmänner, – der Grossmächte – war in dieser Phase noch kein Anlass für die persönliche Intervention des Herrn Sektionschef Dr. Schüller hier gegeben. Informativ wäre seine Anwesenheit allerdings gewiss von hohem Werte gewesen. In der zweiten Hälfte April ist seine Anwesenheit schon durch die Session des Wirtschaftskomités des Völkerbundes bedingt.

Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1211

Legationsrat Hornbostel an Gesandten Pflügl (Genf)

Schreiben (rein persönlich)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

(ohne Zahl)

Wien, 17. März 1932

Mit ergebenstem Dank beehre ich mich, den Empfang Ihres hochinteressanten Schreibens vom 12. d. M. zu bestätigen. Ich habe dasselbe, da ich leider nur in zweiter Linie mit der aktuellen Frage betraut bin, die die Wirtschaftsabteilung (Schüller bezw. Wildner) führt, Gesandten Wildner weitergegeben, der es dem H. Bundeskanzler zeigte; dem H. Generalsekretär habe ich eine Abschrift Ihres werten Schreibens zu seiner Sammlung der wichtigsten Piecen der Donauländer-Aktion übergeben.

In merito, erlaube ich mir heute nur à titre purement personnel – da ja amtlich die Sache von Ges. Wildner behandelt wird – einige Bemerkungen zu unterbreiten, die vielleicht Ihnen von einigem Nutzen sein können.

Gf. Clauzel betont hier immer wieder, dass seine Mitteilung des franz., in Berlin übergebenen Aide-Mémoire's „la première réponse de la France“ darstelle. Er hat tatsächlich dem H. Bundeskanzler in meiner Abwesenheit (als Dolmetsch) das für die deutsche Regierung bestimmte Aide-Mémoire vorgelesen und ich habe es dem Bundeskanzler übersetzt. Mir ist natürlich ganz klar, warum Cl. so darauf insistiert, dass diese seine mündliche Démarche als „Antwort“ aufgefasst werde: einfach deshalb, weil hier von der Presse und auch von amtlichen Personen immer wieder unterstrichen wird, dass „eigentlich nur Deutschland bisher geantwortet und etwas geboten hat“. Andererseits scheint mir aus dieser Haltung Gf. Clauzels doch deutlich auch die weitere Absicht hervorzugehen, uns von vornherein darauf vorzubereiten, dass die schon seit einiger Zeit von H. Tardieu geplante und auch von Ihnen wiederholt erwähnte „réponse collective“ noch längere Zeit auf sich warten lassen wird.

Darauf deutet auch hin, dass der Quai d'Orsay sich erst jetzt über die Daten des Handelsverkehrs zwischen den Donauländern zu informieren sucht (so auch ganz offen bei uns). Dieses Material dürfte aber unerlässlich sein, wenn Paris wirklich einen über Wünsche und Empfehlungen allgemeiner Natur hinausgehenden Plan oder Vorschlag auszuarbeiten die Absicht hat. Nur ein solcher kann aber die gut gestartete (trotz der von Ihnen so richtig bemerkten Regiefehler) Aktion überhaupt in ein positiveres Fahrwasser bringen; derzeit redet ja leider, infolge frühzeitiger Publizierung, alles, Regierungen wie Presse um die Sache herum bzw. zumeist an einander vorüber; erst ein konkreter Plan wird die Konversation auf ein solides Thema konzentrieren können.

Vielleicht wird Sie die in der Anlage mitfolgende Aufzeichnung interessieren, die ich über ein ausführliches Gespräch mit dem tsch.slow. Gesandten (einem alten Bekannten aus Budapest Zeiten) für den Bundeskanzler gemacht habe. Der Gedankengang H. Vavrecka's erscheint mir in mancher Hinsicht sehr zutreffend. Besonders wichtig aber seine Auffassung, dass die „finanzielle Stabilisierung der Verwirklichung der handelspolitischen (Zukunfts-)Aktion vorangehen müsse. Es ist dies eine späte, aber erfreuliche, wenn auch gewiss nicht ganz unegoistische Erkenntnis dieses tsch.slow. Diplomaten, der H. Benes sehr nahe steht bzw. stand. Dies führt mich auf ein überaus wichtiges Thema: es wäre das allerdringendste Erfordernis, dass Frankreich endlich einen „geste“ für Oesterreich tue. Ich persönlich verstehe ja die franz. Einstellung in politischer u. finanzieller Hinsicht uns gegenüber vollkommen, weiss auch, dass die Franzosen mit Recht erwarten, dass zunächst irgendeinmal wir kundtun, dass wir mit ihnen unsere Beziehungen verbessern wollen. Dies ändert aber nichts daran, dass die vom Anschlussbazillus systematisch infizierte Oeffentlichkeit bei uns (und diese *muss* für die Sache gewonnen werden!) die französische Haltung uns gegenüber nicht begreift und sie daher kurz als unfreundlich bezeichnet (Anleihen an Ungarn, Tsch.Slow. und vor allem Jugoslawien, also an alle unsere Nachbarn; konstante Forderungen gegenüber unserer Devisenbewirtschaftung; kürzlich erst erzwungene Aufgabe

des konsolidierten Holzzolles, der in unserem Handelsvertrag gebunden war u. s. w.). Auch Clauzel (dessen Einfluss in Paris ich allerdings für Null einschätze) scheint es endlich begriffen zu haben und sich für eine finanzielle avance auf eine spätere Anleihe, die im Zusammenhange mit der Wirtschaftsaktion stehen soll, zu bemühen. Ich sage auch täglich meinen französischen Freunden, dass die franz. Politik gegenüber Oesterreich leider den Eindruck einer „politique de liquidation“ und nicht einer „politique constructive“ erwecken muss. In einem Wort, au risque, dass es wieder nur wie eine Schnorrerei aussieht, wäre es unbedingt erforderlich, unsere ganze Bemühung auf eine Avance zur Stützung des Schillings, als „geste“ Frankreichs, zu richten. Damit würde heute bestimmt ein kolossaler Umschwung der öffentlichen Meinung hier eintreten.

Wie ich soeben höre, kann ich hoffen, Sie demnächst hier zu sehen – der Kanzler soll nicht nur damit einverstanden sein, dass Sie nach Wien kommen, sondern es sogar sehr wünschen. Da wird sich ja Gelegenheit ergeben, über dieses Problem ausführlicher zu sprechen, vor allem auch über einzelne Dinge, die ich einem Schreiben nicht anzuvertrauen vermag.

Indem ich Sie, hochverehrter Minister, wegen der Länge meiner Auslassungen um gütige Verzeihung bitte, bleibe ich mit der Versicherung meiner vollkommensten Ergebenheit und aufrichtigen Verehrung

Ihr stets ganz ergebener

[Hornbostel]

1212

Gesandter Ploennies an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 17 (Chiffre, geheim)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Abschrift

Belgrad, 23. März 1932

Letzten Montag abends sprach ich mit Generalsekretär. Er meinte, Ministerium des Aeussern teile nicht ablehnende Haltung mancher Wirtschaftskreise in Donaufrage. Er vertrat sodann französische Anschauung, dass die fünf Staaten zunächst untereinander verhandeln sollten, da sonst politische Ziele der Grossmächte Uebereinkommen vereiteln könnten; präzise französische Vorschläge lägen nicht vor. Da Grossmächte nicht einig, sei Eröffnung Konferenz ganz unsicher. Frankreich stosse sich an italienischen Sonderverhandlungen mit Ungarn, Oesterreich und auch, wie er betonte, Jugoslawien. Erfreulich sei, dass Grossbritannien zeitweilig

Meistbegünstigung verzichten wolle, denn von Einschränkung dieser Klausel hänge alles ab.

Mein Eindruck ist, dass königliche Regierung unbedingt französische Schritte unterstützen wird, schon mit Rücksicht auf Bündnis und Kredit. Wenn in Presse andere Meinungen geduldet, so erwartet man davon wahrscheinlich Druck auf Hilfsbereitschaft Frankreichs und will es sich mit dem deutschen Reich nicht ganz verderben, bei welchem Interesse Reparationen.

Agrééz, Monsieur le Chancelier Fédéral, l'assurance de ma plus haute considération.

Ploennies

1213

Gesandter Marek an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 39/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei 7/1

Z. 21469/13

Prag, 24. März 1932

Mit meinem Berichte vom 23. März l. Js., Zl. 38/Pol.¹ habe ich mir erlaubt, den Wortlaut des jüngsten Exposés des Herrn tschechoslowakischen Aussenministers vorzulegen und ich darf somit dessen Inhalt als bekannt voraussetzen.

Ich war der erste Gesandte, den Herr Dr. Beneš – und zwar gleich am Morgen nach Erstattung des Exposés in den Aussenausschüssen der beiden Häuser – empfing und ich benützte diese Gelegenheit, um den Aussenminister zu einigen ergänzenden Mitteilungen zu veranlassen.

Auf meine einleitenden Worte, mit denen ich den Minister zu seinem Entschlusse beglückwünschte, die so oft zwischen uns diskutierte Frage einer Neuorganisation Mitteleuropas endlich auch vor das öffentliche Forum zu bringen, antwortete Herr Dr. Beneš, dass im Hinblick auf die verschiedenen Einstellungen innerpolitischer Kreise zu diesem Problem es immerhin für den Aussenminister ein Wagnis war, diese Frage so konkret und positiv anzupacken, wie er es getan. Im Uebrigen dürfte sein Exposé, insoferne es sich mit dem mitteleuropäischen Problem befasse, gerade mir nichts Neues sagen, weil darin alle Gedanken festgelegt seien, die wir ja miteinander zur Genüge durchgesprochen haben. Da weder wir, noch die Tschecho-

¹ Gesandter Marek an Bundeskanzler Buresch. Bericht Nr. 38/Pol., Prag, 23. 3. 1932 – AdR, NPA Tschechoslowakei 7/1, Z. 21418/13.

slowakei, noch Ungarn oder ein anderer der beteiligten Staaten Mitteleuropas die Initiative zu dieser Diskussion haben übernehmen können oder wollen, habe er Herrn Tardieu hiezu veranlasst und es sei ein grosses Verdienst der französischen Politik, den ersten Schritt in dieser für uns Alle so wichtigen Frage getan zu haben. Jetzt könne man darüber öffentlich reden und er, Dr. Beneš, nehme für sich das Verdienst in Anspruch, als erster konkret vor einem parlamentarischen Forum gesprochen zu haben. *Er glaube, dass es nunmehr die Sache Oesterreichs, Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens wäre, in gleicher Weise zu der aufgeworfenen Frage Stellung zu nehmen* und zu sagen, was sie wünschen und wollen, damit die Welt erfährt, wie man die Dinge in diesen Staaten sieht und welche Situation sich daraus ergibt.

Wir besprachen hierauf einzelne Details des Exposés. Ich hielt Herrn Dr. Beneš vor, dass seine These von der *Ausschaltung jeder Grossmacht* aus der mitteleuropäischen Konzeption u. a. auch in italienischen Kreisen dahin gedeutet werde, dass Mitteleuropa dadurch in die alleinige Einflussssphäre Frankreichs käme, dessen Geschäfte dort von den Staaten der Kleinen Entente besorgt werden würden.

Dies sei, antwortete Herr Dr. Beneš, eine fixe Idee der Gegner des Projekts, die in keiner Weise den Tatsachen entspreche. Frankreich wolle in Mitteleuropa weder wirtschaftliche noch politische Separatvorteile für sich gewinnen. Dr. Beneš habe in Genf die Italiener gefragt, warum nicht auch *sie* mit Zentraleuropa gehen und nur immer gegen diese Kombination sind. Frankreich habe sich in der Absicht, den kleinen mitteleuropäischen Staaten zu helfen, für diese exponiert, warum wolle gerade Italien nicht für den mitteleuropäischen Gedanken arbeiten. Das Gleiche gelte für Deutschland. Die Tschechoslowakei habe mit Deutschland keinerlei Differenzen und trotzdem bemühe sich Deutschland nicht, sich der Tschechoslowakei zu nähern, sondern sei immer gegen diesen Staat, an Stelle, dass sich Deutschland dessen bewusst wäre, wie sehr eine freundschaftliche Haltung auch die Tschechoslowakei verpflichten würde. Deutschland dürfe übrigens nicht glauben, dass Italien es zulassen würde, wenn Deutschland in die mitteleuropäische Kombination einbezogen wäre. Dr. Beneš sehe keinen Ausweg, der diese Differenzen überbrücken würde. Das einzige Bestreben der mitteleuropäischen Kleinstaaten müsse es sein, dass Mitteleuropa, nicht wie vor dem Kriege der Balkan, zum *champ de bataille* für die Grossmächte werde und dies zu vermeiden, sei nur dadurch möglich, dass man *alle* Grossmächte aus dem Spiele lasse und nur unter sich bleibe. Dass die Tschechoslowakei Sympathien für Frankreich habe, dürfe ihr nicht zum Vorwurf gemacht werden, ebenso wenig wie man es Oesterreich vorwerfen dürfe, dass sich seine Sympathien auf deutscher Seite befinden.

Ich verwies dann auf ein weiteres Argument, das angeführt zu werden pflegt, wenn man schon von einem Präferenzsystem der fünf mitteleuropäischen Staaten ohne Deutschland und Italien spricht; dass nämlich die drei Agrarstaaten, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien, für ihre Getreideüberschüsse ein grosses Konsumgebiet brauchen, weil Oesterreich und die Tschechoslowakei allein nicht in der Lage

sind, die Getreideüberschüsse dieser Länder aufzunehmen. Dies sei, so antwortete Herr Dr. Beneš, ein närrisches Argument. Auch die alte österreichisch-ungarische Monarchie sei ein Einheitsgebiet gewesen, dessen einzelne Teile sogar eine Zollunion gebildet haben und trotzdem habe dieser Staat einen lebhaften Handel mit Deutschland und Italien gehabt. Genau so werde es auch der Fall sein mit dem neuen mitteleuropäischen Gebilde, d. h. es werden trotz der zwischenstaatlichen gegenseitigen Einigung Ungarn, Rumänien und Jugoslawien auch weiterhin ihre Agrarüberschüsse nach Deutschland und Italien verkaufen können und mit diesen Staaten Handel treiben. Ebenso werden Deutschland und Italien genau so wie früher nach Jugoslawien, Rumänien etc. exportieren, einfach deshalb, weil Oesterreich und die Tschechoslowakei nicht imstande sein werden, den wachsenden Bedarf dieser Länder auch bei Präferenzzöllen zu decken. Die Tschechoslowakei habe genug von der Industrialisierung und werde in der Industrie abbauen und auch Oesterreich sei wohl genügend industrialisiert. Es brauche nur ein kleines Beispiel angeführt zu werden, z. B. der Export nach Jugoslawien. Jugoslawien sei ein Land mit 14 Millionen Einwohnern, die Tschechoslowakei exportiere dorthin um etwas mehr als eine Milliarde Kč. Gesetzt den Fall, dass sich dieser Export durch Präferenzzölle auf zwei Milliarden Kč. heben lassen könne, so sei das doch immer noch nichts gegen den Bedarf dieses Landes, der auch weiterhin von seinen bisherigen Lieferanten, Deutschland, Italien und Oesterreich gedeckt werden wird. Wenn man in Betracht ziehe, dass nach der Konsolidierung in Mitteleuropa die Konsumkraft der einzelnen Staaten und ihrer Bevölkerung kräftig ansteigen werde, so könne man füglich behaupten, dass daraus die Industrieexportstaaten gegenüber dem jetzigen Zustande unbedingt nur profitieren können.

Der Minister ist vollständig davon überzeugt, dass die wirtschaftlichen Kreise Deutschlands genau so denken und genau so kalkulieren. Deutschlands Einstellung zum Tardieu-Plan sei einfach nur politisch, weil man in Deutschland fälschlich glaube, es wäre für das Reich eine politische Niederlage, wenn der Tardieu-Plan zustande käme. Der Minister wolle nicht die Hoffnung aufgeben, dass man in Deutschland im Verlaufe der zu gewärtigenden Diskussion zu einer anderen Ansicht komme.

Was Italien anlange, so sei der Minister davon überzeugt, dass das Königreich seine Opposition gegen den Plan nicht bis zum Ende treiben werde. Der Widerstand Deutschlands und Italiens gehe, seiner Ueberzeugung nach, nur auf Kosten Oesterreichs und Ungarns, deren Wirtschaft vom Zustandekommen des Mitteleuropaprojektes viel mehr profitieren müsste, als jene der Tschechoslowakei.

Herr Dr. Beneš sieht die Situation so: Nach seiner Meinung sei es jetzt der *letzte Versuch* in der Richtung einer mitteleuropäischen Zusammenarbeit. Er freue sich, dass die Sache in ein konkretes Stadium kommt. Jetzt müsse der Plan entweder verwirklicht werden oder man müsse überhaupt aufhören über Mitteleuropa zu reden. Es habe keinen Sinn die Diskussion zu verewigen. Für die Tschechoslowakei sei jede der beiden Lösungen annehmbar. Wenn es nicht zum Präferenzsystem in

Mitteuropa kommen sollte, so werde die Tschechoslowakei eben weiter auf dem Wege bilateraler Handelsverträge fortfahren und sicherlich in keine besonderen Schwierigkeiten kommen.

Ich warf hier ein, dass der Minister doch nur in der mitteleuropäischen Lösung einen Vorteil für sein Land sehen müsse, sonst könnte ich mir es nicht erklären, warum er schon seit Jahren immer wieder auf dieses Projekt hinarbeite.

Für ihn, antwortete der Minister, sei diese Lösung Gegenstand seiner theoretischen politischen Ueberzeugung; er halte die Idee für gesund und für gut, daher ihre Verwirklichung für erstrebenswert und deshalb habe er sich dafür eingesetzt. Gewiss würde die Tschechoslowakei auch bei dieser Lösung gewisse Vorteile finden, wie jeder andere der mitteleuropäischen Staaten.

Von Oesterreich speziell erwarte der Minister jetzt, dass es offen sage, ob es mitgehen wolle oder nicht. Wenn Oesterreich z. B. wegen seines Verhältnisses zu Deutschland nicht mitgehen könnte, so möge es glatt erklären, es könne nicht. Dann werde man die Sache nicht weiter verfolgen.

In Deutschland scheine man zu glauben, dass Frankreich den beiden besiegten Staaten in Mitteleuropa, Oesterreich und Ungarn, auch so werde helfen müssen. Das sei ein grosser Irrtum. In Frankreich herrsche eine entschiedene Abneigung dagegen, im Auslande noch mehr Geld zu placieren und es sei sicher, dass man von Frankreich unter den heutigen Verhältnissen nichts bekommen werde. Schon die Tschechoslowakei habe mit ihrer letzten Anleihe grosse Schwierigkeiten gehabt, obzwar es sich hier doch nur um ein reguläres Finanzgeschäft gehandelt habe und nicht etwa um eine Notstandsaktion.

Ich bemerkte hiezu, dass diese Konstatierung dem widerspreche, was der Minister in seinem Exposé von der Bereitwilligkeit Frankreichs, den zentraleuropäischen Staaten in ihren Finanznöten beizuspringen, behauptet habe.

Das sei ganz etwas anderes, meinte Herr Dr. Beneš, für den Fall *eines mitteleuropäischen Einvernehmens* habe sich Frankreich in seinem Memorandum international *verpflichtet* und dieser Verpflichtung werde es nachkommen, aber nur dann, wenn es zu der mitteleuropäischen Einigung kommt.

Streng vertraulich wolle mir der Minister sagen, dass die gute Absicht und das politische Desinteressement Frankreichs an dem mitteleuropäischen Staatengebilde dadurch zum Ausdruck kommen soll, dass Frankreich nicht allein der Geldgeber für die mitteleuropäischen Staaten sein wolle, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass diese Staaten nur von Frankreich abhängig seien. Es bestehe der Plan, ein internationales Konsortium von Geldgebern zu bilden, an dem sich alle Staaten werden beteiligen können, die für die Gesundung der mitteleuropäischen Wirtschaft beitragen wollen. Es sei daher als sicher anzunehmen, dass neben Frankreich auch England, vielleicht auch die Vereinigten Staaten und andere Staaten mehr, in diesem Konsortium vertreten sein werden, warum nicht auch Deutschland und Italien, wenn es ihnen möglich sein wird. Dr. Beneš halte diese Politik für wirklich selbstlos und einzig vernünftig.

Ich stellte an den Minister noch die Frage, wie er sich zu der deutschen Antwort auf den österreichischen Appell verhalte, wonach Deutschland bereit sei, Oesterreich einseitige Präferenzen einzuräumen. Eine solche Konstruktion sei nach Ansicht des Ministers unmöglich, weil Frankreich, die Tschechoslowakei und sicher auch andere Staaten sofort die gleiche Begünstigung verlangen würden. Bis jetzt seien *nur landwirtschaftliche Präferenzen* international als zulässig erklärt worden, von industriellen Präferenzen war noch nicht die Rede. Man verlange von Deutschland einen Verzicht auf Präferenzen, die sich die kleinen Staaten untereinander gewähren wollen, Deutschland sage aber nein und verlange im Gegenteil den Verzicht der anderen auf Präferenzen, die es einseitig Oesterreich geben wolle, warum soll Deutschland nicht verzichten und die anderen ja? Frankreich werde in diesem Vorschlag sofort wieder einen Versuch erblicken, Oesterreich an Deutschland zu ketten und es werde aus ähnlichen Erwägungen dagegen sein, wie es gegen die Zollunion war.

Bei dieser Gelegenheit wolle der Minister etwas erwähnen, was er schon seit einiger Zeit mit Aufmerksamkeit verfolge, mir aber noch nie gesagt habe. Die österreichischen Handelspolitiker scheinen zu glauben, dass es möglich ist, durch geheime Verhandlungen mit einzelnen Staaten diese dahin zu bringen, Oesterreich grosse Begünstigungen zu gewähren, ohne dass andere Länder auf die gleiche Behandlung Anspruch hätten. Oesterreich glaube in einer solchen Lage zu sein, um ein derartiges Entgegenkommen von aller Welt verlangen zu dürfen. Dies sei ein Irrtum und so altruistisch sei die Welt noch lange nicht. Oesterreich könne durch derartige Abmachungen eine grosse Verwirrung heraufbeschwören, deren Konsequenzen nicht abzusehen sind.

Zum Schlusse wolle mir der Minister noch etwas anvertrauen, was aber *streng geheim* bleiben müsse und keinesfalls vor die Oeffentlichkeit kommen dürfe. Er habe in Genf ausführlich mit den Engländern über den mitteleuropäischen Plan verhandelt. Zum Schluss habe England zugestanden, dass es für den Fall, als es sich nur um eine Vereinbarung zwischen den kleinen mitteleuropäischen Staaten handeln werde, mit sich werde reden lassen; sobald aber irgendeiner Grossmacht ein besonderer Vorteil daraus erwachsen sollte, würde sich England sofort dagegen stellen.

Es sei klar und natürlich, dass keine Grossmacht die Präponderanz einer anderen oder besondere Vorteile für eine andere Grossmacht in Mitteleuropa dulden wolle. Daher der einzige Ausweg: Wir Kleinen bleiben unter uns. Frankreich habe es begriffen und sagt: Wir verzichten, verzichtet auch und dafür wolle Frankreich sogar noch Geld geben.

Trotz aller Schwierigkeiten, die unleugbar vorhanden seien, wolle Dr. Beneš nicht pessimistisch sein. Die Sache werde nicht leicht gehen, aber sie könne vielleicht doch zustande kommen. Anfangs werde eine mitteleuropäische Präferenzvereinigung gewiss von den einzelnen Staaten manches Opfer verlangen und es werde zwei bis drei Jahre dauern, bis sich die Vorteile des Präferenzsystems voll auswir-

ken werden. In der Zwischenzeit soll man namentlich den finanziell schwächeren Staaten mit einem ausreichenden Kredit zu Hilfe kommen, der die Wirtschaft in diesen Staaten mit einem Schlag sanieren würde, die Opfer wettmachen würde, die man anfangs notwendigerweise werde bringen müssen. Bis dann das System sich eingelebt haben werde, so werde automatisch eine Arbeitsteilung eintreten, auch in Bezug auf die Belieferung der mitteleuropäischen Länder durch die ausserhalb des Systems stehenden Industriestaaten. Insbesondere Deutschland würde die Erfahrung machen, dass es wirtschaftlich durch die Sanierung Mitteleuropas nur gewinnen und nichts verlieren könne.

Genehmigen, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

Nachschrift:

Die in meinem Berichte Zl. 35/Pol. vom 18. d. Mts.² erwähnte angebliche Absicht des Herrn tschechoslowakischen Aussenministers, eine 10%ige lineare Zoller-mässigung im Verkehr zwischen den 5 mitteleuropäischen Staaten zu beantragen, hat sich bisher nicht bestätigt. Immerhin machte Herr Dr. Beneš während unseres Gespräches eine dahin zielende Andeutung, indem er zu mir bei Besprechung der gegenseitigen Handelsbeziehung sagte: „Wenn man sich z. B. eine 10%ige Zollsenkung als Präferenz denken würde, so müsste diese noch lange nicht die deutsche Konkurrenz ausschalten.“

1214

Gesandter Calice an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 18/Pol.

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21517/13

Budapest, 24. März 1932

Ich hatte gestern Gelegenheit, Herrn Walko nach seiner Rückkehr von Genf, bezw. Rom und Paris zu sprechen und ihn über seine Eindrücke bezüglich des Tardieu-Plans zu befragen. Der Minister begann mit der Feststellung, dass es auf alle Fälle erfreulich sei, wenn man sich mit der prekären Wirtschaftslage der mitteleuropä-

² Gesandter Marek an Bundeskanzler Buresch. Bericht Nr. 35/Pol., Prag, 18. 3. 1932 – AdR, NPA Tschechoslowakei 7/1, Z. 21345/13.

ischen Staaten beschäftige. Es werde Sache der ungarischen Regierung sein, sich das Brauchbare an den gemachten Vorschlägen zu Nutze zu machen, zugleich müsse sie sich aber die Freiheit vorbehalten, ihre wirtschaftlichen Beziehungen auch zu anderen als den Donaustaaten (er nannte als Beispiele Italien und die Schweiz) auch weiter auszugestalten. Herr Walko behauptete, für diesen Standpunkt überall Verständnis gefunden zu haben. Auch in Paris sei dies der Fall gewesen; dort seien sich die massgebenden Personen durchaus klar, dass eine wirksame Durchführung des Mitteleuropaplanes Herrn Tardieus nicht ohne Einverständnis Deutschlands und Italiens möglich sei. Dies gehe am deutlichsten aus der Haltung Herrn Benes' hervor, dessen jüngste Aeusserungen gewiss nicht ohne Fühlungnahme mit Paris erfolgt seien.

Im Ganzen schien mir Herr Walko, wenn auch seine konkreten Ausführungen sich mit dem von ihm von Anfang an eingenommenen Standpunkte durchaus deckten, seit seiner Reise dem Projekte Herrn Tardieus erheblich weniger Skepsis entgegenzubringen und an die verständnisvolle Aufnahme aller wirtschaftlicher Erwägungen, die von den einzelnen Staaten Frankreich gegenüber vorgebracht werden würden, zu glauben.

Tags vorher hatte der Herr Minister im 33-er Ausschuss, ein Exposé gehalten, in welchem er nach Darlegung der Etappen, welche das Tardieuprojekt bisher durchlaufen hat, für Ungarn drei Punkte als massgebend darlegte:

Erstens, dass der wirtschaftliche Zusammenschluss der Donausländer Ungarn zwar Vorteile zu bieten, aber nicht alle Wirtschaftsprobleme zu lösen vermöge.

Zweitens, dass die geographische Lage Ungarns im Falle einer wirtschaftlichen Kooperation eine günstige Entwicklung des Transithandels erwarten lasse.

Drittens, dass auch die Lösung der Finanzfragen und die Möglichkeit, die Beschränkungen des Devisenverkehrs aufzuheben, von grösster Wichtigkeit sei.

„Es sei daher gewiss im Interesse Ungarns, über die aufgeworfenen Wirtschaftsfragen in angemessener Weise und möglichst umgehend in Verhandlungen einzutreten.“

Die ungarische Presse heisst im allgemeinen die Ausführungen des Herrn Ministers gut, beschäftigt sich aber noch mehr mit den gleichzeitigen Worten Herrn Benes', in denen sie zumeist eine „Extratour“ und einen Gegensatz zum französischen Plan erblickt. Wie oben erwähnt, hat Herr Walko mir hingegen seine Ansicht dahin ausgesprochen, dass die bezüglichlichen Aeusserungen des tschechoslowakischen Aussenministers nicht ohne Genehmigung Frankreichs erfolgt seien.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Calice

1215

Gesandter Marek an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 41/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21471/13

Prag, 26. März 1932

Minister Dr. Beneš hat bereits anlässlich unserer unter h. a. Zl. 39/Pol./ex 1932¹ einberichteten Unterredung auf angebliche Versuche der österreichischen Handelspolitik angespielt, welche durch geheime Abmachungen mit einzelnen Staaten eine bevorzugte Behandlung Oesterreichs zu erreichen versuche.

Am Tage nach diesem Gespräche rief mich Dr. Beneš bereits am frühen Vormittage telephonisch an, um mir, wie er sagte, etwas sehr dringendes und ernstes mitzuteilen. Es seien ihm Informationen zugekommen, dass Herr Sektionschef Dr. Schüller mit Italien über handelspolitische Abmachungen sehr weittragender Natur verhandle, durch welche unter Umständen wieder eine ähnliche Situation geschaffen werden könnte, wie vor einem Jahre durch die Zollunion. Dr. Beneš möchte uns ebenso freundschaftlich wie nachdrücklich darauf aufmerksam machen, dass derartige Versuche gerade im jetzigen Augenblicke sehr gefährlich seien und die schwersten Folgen nach sich ziehen könnten. Er möchte dringend davor warnen, irgend ein fait accompli zu schaffen. Er habe soeben aus Paris und London Nachrichten erhalten, dass die mitteleuropäische Angelegenheit schnellere Fortschritte mache, als er es selbst erwartet habe. Dr. Beneš bat mich, Herrn Bundeskanzler dies mitzuteilen und um freundschaftliche Aufklärung zu ersuchen, welchem Wunsche ich sogleich nachgekommen bin. (Meine Depesche vom 24. d. Mts.)²

Zufälligerweise erfuhr ich gestern, dass an diesem Tage Gesandter Masaryk von seinem Londoner Posten zu kurzem Osteraufenthalt nach Prag gekommen sei und Nachrichten über die Stellungnahme Englands zum Tardieu-Projekt gebracht habe. Die englische Regierung befasse sich – so erzählte Gesandter Masaryk meinem Gewährsmann, der ihn beim Präsidenten Masaryk traf – sehr intensiv mit dem mitteleuropäischen Projekt und stehe dem Plan Tardieus sehr sympathisch gegenüber. Man sei in London bereit, im Falle einer Einigung der fünf mitteleuropäischen Staaten *die kurzfristigen englischen Kredite in Oesterreich und Ungarn in langfristige umzuwandeln* und auf Deutschland und Italien einen entsprechenden Druck auszuüben, falls diese eine solche Verständigung zu vereiteln versuchen sollten. Präsident Masaryk habe im Verlaufe des Gespräches bemerkt, dass es ja doch

¹ ADÖ 8/1213.

² ADÖ 8/1213.

früher oder später zu dieser Zusammenarbeit kommen werde, man müsse nur mit Bedacht vorgehen und *auch Frankreich gegenüber einen ruhigen und prüfenden Standpunkt einnehmen*.

Mein Gewährsmann bemerkt hiezu, dass diese Worte des Präsidenten deutlich zeigen, dass auch die Tschechoslowakei nicht gesonnen sei, als willenloses Werkzeug Frankreichs in Mitteleuropa zu dienen, was ja auch Dr. Beneš in seinem Exposé angedeutet habe, wenn er von der Souveränität und politischen Reife der fünf mitteleuropäischen Staaten sprach.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1216

Gesandter Ploennies an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten

Bericht Nr. 91/Res. (streng vertraulich)¹

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21526/13

Belgrad, 29. März 1932

Ich hatte heute eine längere Unterredung mit dem Herrn Kgl. Aussenminister Dr. Marinković.

Ich ging gleich in medias res und fragte Herrn Dr. Marinković, ob er hinsichtlich des Donaauraum-Planes des Herrn Tardieu sich einigem Optimismus hingebe. Mein Mitredner antwortete, er sei nicht gerade optimistisch, aber er glaube vernünftig (raisonnable) zu sein, wenn er annehme, dass bei gutem Willen etwas zu Stande kommen werde, d. h. wenn wir genügend gescheit (intelligent) sein würden, das überaus verwickelte Problem überhaupt zu meistern. Man habe den Donaustaaten die zwar ehrenvolle, aber riesig schwierige Aufgabe auferlegt, den übrigen Staaten Europa's den Weg zur Einigung zu weisen. Hoffentlich würden unsere Geisteskräfte genügen, um neue, zum Ziele führende Wege zu entdecken.

Vor allem müssten von Vornherein Fehlerquellen ausgeschaltet werden. Zu diesen gehört, dass die Frage des wirtschaftlichen Donaauraumes nur vom handelspolitischen, nicht aber auch von dem jetzt leider sehr aktuellen finanziellen Standpunkte aus betrachtet werde.

¹ Siehe dazu auch Gesandter Ploennies an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Bericht Nr. 87/Res., Belgrad, 22. 3. 1932 – AdR, NPA Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft, Z. 21405/13.

Er habe diesbezüglich namentlich mit dem Herrn kgl. ungarischen Aussenminister Walko gesprochen und dessen volle Zustimmung gefunden. Ungarn habe sich – seine Banken und Gemeinden mit eingeschlossen – mit Anleihen übernommen und müsse nun – soweit er sich erinnere – 300 Millionen Goldkronen jährlich an Zinsen bezahlen. Tatsächlich könne es aber höchstens 150 Millionen bezahlen. Es sei klar, dass die Gläubiger Ungarns ihre Forderungen um 50 % oder noch mehr vermindern müssten, wenn sie überhaupt Befriedigung haben wollten. Warteten sie noch sehr lange, so würde die Volkswirtschaft Ungarns so erschüttert, dass sie gar nichts, oder doch nur sehr wenig erhalten könnten.

Die Gläubiger Ungarns seien in der Hauptsache die Engländer. Diese hätten im Dezember v. J. die üble finanzielle Lage Ungarns festgestellt. Sie hätten aber nicht – wie dies vernünftig gewesen wäre, ihre Forderung abgemindert, sondern hätten der ihnen von verschiedenen Seiten eingegebenen Theorie Glauben geschenkt, dass durch eine engere handelspolitische Zusammenarbeit der Donaustaaten die Zahlungsfähigkeit Ungarns wieder voll hergestellt und das ausgeborgte britische Kapital samt Zinsen gerettet werden könnte.

Die ersten Schritte Grossbritanniens hinsichtlich des sogenannten Donaubundes hätten jedoch wenig Erfolg gehabt, und das Foreign Office habe sich darauf an Frankreich gewendet um eine Kredithilfe für Ungarn zu erlangen und so den Zusammenbruch zu verhindern. Frankreich aber habe nicht Lust, sein Geld einer verfahrenen Sache zufließen zu lassen und habe zu erkennen gegeben, dass eine französische Anleihe an Ungarn nur gerechtfertigt sei, wenn Grossbritannien auf ein gutes Stück seiner Zinsen verzichte. Ungarn könne höchstens 150 Millionen jährlich bezahlen. Würde die Zinsenlast auf 120 Millionen abgemindert, so blieben 30 Millionen jährlich übrig, mit denen eine allfällige französische Anleihe von 300 Millionen verzinst werden könnte.

Wie nun Gläubiger sind, fügte Dr. Marinković lächelnd bei, wollen die Engländer von einem Verzichten auf Zinsen oder Kapital nichts wissen. Vielmehr klammern sie sich an die Idee, dass ein wirtschaftlicher Donaubund ihr Geld retten könne. Sie betrachten das als Panazee, als Medicamentum Magnum, als Allheilmittel. Solange die Frage des wirtschaftlichen Donaubundes keinen Abschluss gefunden habe, sei an ein Nachgeben des grossbritannischen Kapitals nicht zu denken. In England betrachte man das Nichtzustandekommen des Donaubundes als Böswilligkeit oder mindere Intelligenz der beteiligten Länder.

Es sei somit ein Interesse sämtlicher Donaustaaten, die sich ja alle in ähnlicher Lage befänden wie Ungarn, darüber schlüssig zu werden, was sie für einander tun könnten und dann den Grossmächten vereint zu zeigen, dass die Donaustaaten allein die Krise nicht lösen könnten, dass vielmehr sie (die Grossmächte) auch ihrerseits beträchtliche Opfer bringen müssten.

Diese Einigung der Donaustaaten müsste aus den bewussten finanziellen Gründen sehr rasch erfolgen, wenn nicht die Leistungsfähigkeit dieser Staaten dauernd erschüttert werden solle.

Er sei Anhänger des französischen Vorschlages, dass zunächst die fünf Staaten untereinander verhandeln sollten. Diese Zahl umfasse die unmittelbar Beteiligten: Jugoslawien, Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien. Kleiner könne der Kreis nicht gezogen werden, aber auch nicht grösser, denn nur bei Beschränkung auf die geringste mögliche Zahl könne auf eine rasche Einigung gehofft werden. Er sei deshalb sowohl gegen die Beiziehung der Grossmächte als auch Polens oder Bulgariens.

Die fünf Donaustaaten aber hätten doch einige Aussicht, sich bald zu einigen. Täten sie das, so könnten sie dann mit Erfolg gemeinsam an die Grossmächte herantreten. Diese hätten ja ihre Absicht kundgetan, zu helfen. Es wäre daher für die vereinten Fünfmächte leicht, Einhaltung des Versprechens unter präziser Angabe der zu treffenden Massnahmen – in erster Linie Schuldenerlass aber auch anderer Opfer, – zu begehren. Für einen Einzelstaat wäre es beschämend, seine Gläubiger um Nachsicht zu bitten, keineswegs aber für die geeinigten Fünfmächte, generelle Hilfsmassnahmen anzugeben.

Ich warf ein, dass die Hilfsbereitschaft mancher Grossmächte doch stark durch die Besorgnis gehemmt werde, von dem Handel im Donauraume ausgeschlossen zu werden.

Herr Dr. Marinković meinte darauf, er habe diese Frage mit den italienischen Delegierten in Genf besprochen. Er habe ihnen gesagt, sie können ruhig „auf beiden Ohren“ (sic!) schlafen. Es könne niemanden, besonders aber nicht Jugoslawien einfallen, auf den wertvollen italienischen Markt zu verzichten. Mutatis mutandis gelte das auch für das Deutsche Reich.

Ich fragte darauf, wie sich Dr. Marinković die technische Durchführung einer handelspolitischen Vereinigung im Donauraume denke. Der Herr Minister antwortete, vorläufig sehe er keine andere Möglichkeit als die eines sehr komplizierten praferentiellen Systems. Das System müsse kompliziert sein, da bei jedem Staate auf dessen Interessen gegenüber jedem der Verbandstaaten und auch gegenüber allen anderen Staaten Rücksicht genommen werden müsse. Eine schablonenhafte, für alle Teilnehmer gleichlautende Lösung sei unmöglich. Allerdings mache diese Voraussetzung individueller Rücksichtnahme das Problem zu einem dornigen. Könnten die Fünfmächte es lösen, so werde dies dem Geiste und den Kenntnissen ihrer Staatsmänner allerhöchste Ehre machen.

Ein Grundgedanke sei gegeben: Die mehrseitige Ausbalancierung der Interessen von fünf Staaten, statt des bisherigen zweiseitigen Ausgleiches durch Handelsverträge. Davon sei viel Vorteil zu erwarten. Ebenso wäre es besser, schon jetzt an Stelle der zweiseitigen Devisenclearing-Verträge mehrseitige, zwischen möglichst vielen Staaten zu setzen, nach Analogie der vielseitigen bankmässigen Clearing-Abrechnung.

Ich bemerkte noch, dass es im Wesen einer Grossmacht liege, dass sie Abmachungen wirtschaftlicher Art stets auch unter dem Gesichtswinkel ihrer machtpolitischen Interessen betrachten müsse.

Dr. Marinković schien mir auf dieses Gebiet nicht gerne folgen zu wollen und meinte nur, unter den Fünfmächten gäbe es drei verschiedene politische Richtungen. Diese würden sich im wirtschaftlichen Verbande gegenseitig aufheben und keine Grossmacht würde etwas zu fürchten haben.

Dr. Marinković musste leider zu einer Sitzung und das Gespräch musste abgebrochen werden. Ich werde trachten, es ehestmöglich wieder anzuknüpfen.²

Ploennies

1217

Gesandter Ploennies an Bundeskanzler Buresch

Telegramm Nr. 19 (Chiffre)¹

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21525/13

Belgrad, 29. März 1932

Bemerkungen Ministers des Aeussern über Ungarn waren natürlich auf Oesterreich beziehungsweise Kreditanstalt gemünzt. Beurteilung Mentalität Britanniens scheint mir richtig. In politischer Hinsicht will Frankreich selbstverständlich für Rettung Ungarns aus seiner verzweifelten Lage etwas haben. Wahrscheinlich Beitritt zu wirtschaftlicher kleiner Entente, d. h. unter anderem Bevorzugung tschechoslowakischer Industrie. Nach wohlwollendem Ton Ministers des Aeussern und Nichterwähnen Revisionsansprüche Ungarns dürften aussichtsreiche Verhandlungen im Gange sein.

Agréez, Monsieur le Chancelier Fédéral, l'assurance de ma plus haute considération.

Ploennies

² Siehe ADÖ 8/1217.

¹ Fortsetzung zu ADÖ 8/1216.

1218

**Bericht Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
über die Sitzung des Hauptausschusses des Nationalrates am
31. März 1932**

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

(ohne Zahl)

[Wien, 31. März 1932]

Nachdem Bundeskanzler Dr. Buresch den von der Abteilung 14a abgefassten Bericht über die Verhandlungen in der Donaufrage vorgetragen hatte, ergriff in der Debatte das Wort:

Dr. Bauer: Er fragt zunächst den B.K., ob der im Bericht erwähnte Vorschlag Englands bezüglich Schaffung einer Zollunion der fünf Donaustaaten im Jänner l. J., über den man in der Öffentlichkeit nur durch Andeutungen und Indiskretionen der Auslandspresse Nachricht erhalten habe, auch an die österreichische Regierung gerichtet gewesen sei; bejahendenfalls ersucht er um Auskunft, welcher Art dieser Schritt war.

Diese Frage beantwortet sogleich *Dr. Buresch* in dem Sinne, dass dieser Schritt Englands nicht in Oesterreich sondern bei den drei Grossmächten erfolgt sei.

Hierauf setzt *Dr. Bauer* fort: In den meisten anderen Ländern hätten die Aussenminister bereits zu dem Tardieuplan Stellung genommen, nur in Oesterreich zeige die Regierung eine überaus vorsichtige Zurückhaltung und habe sich bisher nicht geäußert. Er frage sich, ob Oesterreich sich tatsächlich den Vorgängen gegenüber passiv verhalten solle. Er glaube es nicht, denn seiner Ansicht nach bestehe Aussicht, die Vorgänge rechtzeitig zu beeinflussen, zumal die Gegensätze bei den in Betracht kommenden Staaten, insbesondere Grossmächten, sehr grosse sind. Es scheine ihm, dass auch die österr. Regierung der Ansicht wäre, dass die vier Grossmächte zunächst ein Programm für die Verhandlungen, die die fünf Donaustaaten unter sich zu führen hätten, ausarbeiten sollten. Dr. Bauer hält diesen Standpunkt *nicht* für den richtigen. Er berge die Gefahr in sich, dass entweder die Sache scheitere, was bei dem machtpolitischen Charakter der derzeit schwebenden Verhandlungen zwischen den Grossmächten durchaus wahrscheinlich sei, oder dass dabei Dinge herauskommen, die uns keineswegs erwünscht wären, nämlich Kompromisse auf Grund der erwähnten machtpolitischen Tendenzen, die Oesterreich nicht helfen, sondern es in noch grössere Abhängigkeit von den politischen Machtfaktoren des Auslandes bringen.

Nach Ansicht Dr. Bauers gebe es hier nur eine richtige Politik: Nicht Verhandlungen zu 4, 5 oder 9, sondern lediglich *das wäre anzustreben, dass uns freigestellt werde mit allen Staaten unter Ausserachtlassung der Meistbegünstigung zu verhandeln, mit denen wir es wünschen*. Unser Ziel müsse daher sein, die Möglichkeit und

allgemeine Ermächtigung zu erhalten, für uns Zollbegünstigungen zu erreichen. Dies sei wesentlich günstiger als alle Kombinationen, die mehrere Staaten zusammenführen, da hiebei immer politische Momente eine Rolle spielen müssten. Er hält es nicht für aussichtslos, dass dieses Ziel erreicht werden könnte, da auch bei den agrarischen Ueberschussländern die gleiche Tendenz vorliegt, da sie ja das gleiche Interesse wie wir haben ihren Absatzmarkt zu erweitern u. zw. ausserhalb des sogenannten Donaupraumes; auch die Aeusserungen Dr. Beneš' im Prager Parlamente liessen die Möglichkeit dieses Ziel zu erreichen erkennen. Er und seine Partei hätten das grösste Misstrauen gegen alle Konferenzen, er habe aber den Eindruck, dass man auf Seite der Bundesregierung das Zustandekommen einer Konferenz nicht ungern sähe.

Noch einen zweiten Punkt müsse Dr. Bauer berühren u. zw. dass nach Andeutungen in der französischen Presse eine Verbindung zwischen der oben besprochenen wirtschaftspolitischen Frage mit der Frage von Krediten, Zwischen-Krediten, Rationalisierung des Budgets und schliesslich der Konsolidierung der kurzfristigen Kredite in langfristige hergestellt wird. Dr. Bauer hält dies für eine sehr grosse Gefahr. Wir würden dann alle Freiheit aus der Hand geben. Wenn wir einen der kurzfristigen Kredite oder Zwischen-Kredite nicht zurückzahlen könnten, würden uns hieraus Zwangs- und Kontrollmassnahmen erwachsen und unsere ganze Wirtschaft stünde unter dem Druck der leidigen Kreditfrage. Er warnt die Bundesregierung vor Zulassung irgendeines Zusammenhanges zwischen den wirtschaftlichen und finanziellen Verhandlungen und behält sich namens der Sozialdemokr. Partei volle Freiheit vor, falls die Regierung ohne Befragung der Parteien finanzielle Engagements eingehen und die Parteien vor vollzogene Tatsachen stellen sollte.

Dr. Streeruwitz (der offenbar die Ausführungen Dr. Bauer's zum ersten Punkt seiner Bemerkungen missverstanden hat) hielte es für unsinnig wieder Verhandlungen mit einzelnen Staaten aufzunehmen, bevor die Barriere der Meistbegünstigung beseitigt sei; denn die Präferenz sei ja nicht vom Verhandlungspartner, sondern vom dritten abzuringen. Einzelverhandlungen hätten wir die ganze Zeit ja zur genüge geführt und sie hätten durchwegs kein befriedigendes Ergebnis gezeitigt.

Bezüglich der Verkoppelung der Finanz- mit den Wirtschaftsfragen, sehe er nur eine Möglichkeit dem Drucke des Auslandes auszuweichen: dass wir endlich selbst die Massnahmen ernstlich angehen, die im Laufe der letzten Jahre und Monate bedauerlicherweise versäumt wurden, in unserem Staatshaushalte energisch Ordnung zu machen.

Dr. Straffner konstatiert zunächst: „Die Regierung hat also nichts gemacht.“ (Der B.K. ruft dazwischen: „Meine Demarche vom 16. Februar kann man doch nicht nichts nennen!“) Dr. Straffner erklärt, er habe gemeint, dass die Bundesregierung laut dem Bericht des Herrn B.K. keine Initiative ergriffen habe, um den Gang der schwebenden Verhandlungen in der Donaufrage zu beeinflussen und konkrete Vorschläge zu machen. Die Idee, die fünf Donaustaaten zu Verhandlungen unter sich zu zwingen, vergleicht er mit einem „Verein von Bettlern“, der sich auch auf Grund

des Präferenzsystems nicht zu helfen vermöchte. Auch er hält jede Kombination mit einer Anleihe für gefährlich. Die Regierung hätte ja vom Parlament weitgehende Möglichkeiten zur Restringierung der Staatsausgaben erhalten. Schliesslich dringt er auf energische Durchführung der Verwaltungsreform.

Dr. Neustädter-Stürmer betrachtet die schwebenden Verhandlungen als durchaus pessimistisch und stellt die Fragen an den H. B.K., wie lange nach Ansicht der Regierung die Verhandlungen dauern werden, bis ein Erfolg gezeitigt werden könne, ferner was die Regierung während dieser Zeit zu tun gedenke (Einfuhrverbote? Aenderungen in der Devisenbewirtschaftung?)

Der H. Bundeskanzler antwortet auf die Fragen der Vorredner: Die ganze Frage sei so heikel, dass wir vorsichtig vorgehen müssen. Wir sind so schwach, dass wir bei politischen Verhandlungen – und hier handelt es sich doch um eine sehr weitgehende wirtschaftspolitische Frage, nämlich der Rekonstruktion der Wirtschaft Mitteleuropas – uns in äusserst schlechter Position befinden müssten. Die Bundesregierung habe sich nicht passiv verhalten; auch die Regierung ist der Ansicht, dass es unbedingt erforderlich wäre, dass die Grossmächte mittun, da sie ja die Gebenden sein müssten. Deshalb hält der H. B.K. das bevorstehende Zusammentreten der vier Grossmächte in London für einen Schritt auf dem von uns gewünschten Wege. Die Regierung hoffe, dass nach dieser Beratung der vier Grossmächte uns einmal die bündige Erklärung abgegeben wird, dass wir Präferenzverträge abschliessen können. Erst dann können wir Verhandlungen konkreter Natur aufnehmen. Der B.K. macht darauf aufmerksam, dass auch wir bereits zu verschiedenen Malen derartige Vorschläge haben unter den Tisch fallen lassen, so sei ja das Präferenzregime auch schon von Herrn François-Poncet vor einem Jahr angeregt worden, man sei aber damals auf die Sache nicht eingegangen, heute werde dies aber nicht nur von uns, sondern auch von den Agrarstaaten sogar verlangt.

Auch der Bundeskanzler ist dagegen, dass die Wirtschafts- und die Finanzfrage miteinander verkoppelt werden, gibt aber zu bedenken, dass wir ja schon erheblich verschuldet sind (Bank of England, BIZ.)

Auf die Frage *Dr. Neustädter-Stürmer's* müsse der B.K. antworten, dass er keinen Termin ausgeben könne und sich nicht in Prophezeiungen einlassen wolle. Was in der Zwischenzeit zu geschehen haben werde, lasse sich heute auch noch nicht detailliert angeben. Er müsse jedoch mit allem Ernste auf die überaus schlechte Situation der Bundesbahnen und des staatlichen Budgets hinweisen; der Monat März sei hinsichtlich der staatlichen Finanzlage bisher vielleicht der allerschlechtesten gewesen und er sehe die Notwendigkeit, in allernächster Zeit wieder an ernste Restriktionen der Ausgaben zu schreiten. Zu der Erlassung von Einfuhrverboten wolle die Regierung solange als möglich nicht greifen, zumal die Devisenzuteilung die Einfuhr aus dem Auslande recht einschneidend reduziere.

Bürgermeister Seitz resumiert, dass er hinsichtlich der wirtschaftlichen Donauverhandlungen drei Möglichkeiten sehe: 1.) die von Dr. Bauer gewünschte allgemeine Ermächtigung zu Präferenzverhandlungen, wobei er konstatiere, dass auch der

Bundeskanzler mit dieser Auffassung übereinstimmt; 2.) Verhandlungen zu 5, 3.) Verhandlungen zu 9. Nach seiner Auffassung wäre es zweckmässig, wenn man den ersten Weg immer und überall als den zweckmässigsten bezeichnen würde.

Nach längeren Ausführungen über die Notwendigkeit weiterer Ersparnisse an dem Budget und der energischen Durchführung der Verwaltungsreform, erklärt auch Dr. Seitz, dass er namens der Partei die Regierung davor warne, Bindungen hinsichtlich der Fragen der wirtschaftlichen Rekonstruktion sowie finanzieller Aushilfen aus dem Auslande einzugehen.

Hierauf reflektiert kurz der H. B.K. unter Hinweis darauf, dass sich unter Umständen die Notwendigkeit ergeben könnte, eine dringende Aushilfe in Anspruch zu nehmen.

1219

Gesandter Marek an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 42/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21585/13

Prag, 1. April 1932

Auf meine telegraphische und mit Bericht Zl. 41/Pol. vom 26. März l. Js. (streng geheim)¹ näher ausgeführte Anfrage wegen der von tschechoslowakischer Seite behaupteten Abmachungen mit Italien, hat mir der Herr Gesandte Dr. Wildner am 29. v. Mts. telefonisch einige Aufklärungen zur Regelung meiner Sprache erteilt. Herr Dr. Beneš bat mich gestern in den späten Abendstunden, nach der Sitzung des auswärtigen Ausschusses, in dem sich eine ausführliche Diskussion über das jüngste Exposé des Aussenministers, insbesondere soweit es sich auf den mitteleuropäischen Plan bezog, abgespielt hatte, zu sich, um meine Antwort auf seine dringende Anfrage wegen unserer Abmachung mit Italien zu hören.

Ich eröffnete dem Herrn Aussenminister an der Hand der mir gewordenen telefonischen Mitteilungen, dass Herr Sektionschef Schüller in Rom über ein neues Zusatzabkommen zum Handelsvertrag und über die Durchführung der Modalitäten des im Juli 1931 abgeschlossenen und erst im vorigen Monat unterzeichneten Kredit- und Transportbegünstigungsabkommens verhandelt habe, ferner wegen Uebergangsbestimmungen für das zum 10. April gekündigte Clearingabkommen. Ich betonte, – immer auf Grund der erhaltenen Informationen – dass keinerlei neue

¹ ADO 8/1215.

und schon gar nicht prinzipiell weittragende Abmachungen getroffen worden seien, dass das Abkommen über die Kredit- und Transportbegünstigungen dem Hauptaustausch vorgelegt und publiziert werden wird und dass auch das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag selbstverständlich parlamentarisch verhandelt werden soll. Es bestehe kein Grund zu einem Misstrauen oder zu einer Nervosität. Weder durch das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag, noch durch die Kredit- und Transportbegünstigungsabmachungen werde die Meistbegünstigung verletzt.

Herr Dr. Beneš erwiderte hierauf, dass ihm schon seit längerer Zeit *Details* unserer Abmachungen mit Italien bekannt seien, ebenso wie man in Paris im Grossen und Ganzen wisse, was in Rom mit Oesterreich abgemacht worden sei. Wenn sogar zugegeben werden sollte, dass das Abkommen über verschiedene handelspolitische Begünstigungen so konstruiert sei, dass es formell die Meistbegünstigung nicht verletze, so sei dem in Wirklichkeit nicht so, denn faktisch werde das Recht auf Meistbegünstigung anderer Staaten hiedurch verletzt; deshalb die Beunruhigung in Prag und auch in Paris.

All das, was mir der Minister in dieser Hinsicht gesagt und jetzt noch sagen werde, soll als *freundschaftliche Vorstellung* und freundschaftlicher Rat aufgefasst werden.

Gerade im jetzigen Zeitpunkt, wo wir vielleicht unmittelbar vor weitgehenden Verhandlungen wegen der Neugestaltung der mitteleuropäischen Wirtschaft stehen, lassen sich besondere Prämien auf dem Gebiete des Aussenhandels, die zu einem formellen System ausgebaut werden, nicht halten. Solche Prämien entsprechen nicht dem Prinzip der herrschenden internationalen Beziehungen und stellen faktisch eine Umgehung und Verletzung der Meistbegünstigung dar, wenn sie auch formell noch so geschickt verkleidet sind. Die Beibehaltung eines solchen Systems würde sicherlich nach dem Haag führen.

Ich antwortete dem Minister, dass ich über die Details der Abmachungen mit Italien nicht informiert bin und seine Behauptung daher hinnehmen müsse, ohne darauf erwidern zu können, dass ich aber im Sinne des von allen bisherigen österreichischen Regierungen ausgesprochenen Grundsatzes annehmen dürfe, dass man sich österreichischerseits sicherlich keinem Antrage auch jedes anderen Staates verschliessen würde, der geeignet wäre, unsere schwierige handelspolitische Situation zu erleichtern. Man könne doch Oesterreich nicht verwehren Abmachungen mit anderen Staaten zu schliessen nur weil sie für die österreichische Wirtschaft von Nutzen sind. Ich könne nur nochmals, auf Grund der mir zugegangenen Informationen betonen, dass von einer Verletzung des Meistbegünstigungsrechtes nicht die Rede ist.

Herr Dr. Beneš erwiderte darauf, dass die Gleichstellung, die wir etwa in diesem Punkte anderen Staaten anbieten würden, nur eine *scheinbare* wäre, weil die meisten Staaten eine Konstruktion, wie sie gerade in den vorliegenden Abmachungen mit Italien gegeben sei, nicht gebrauchen können. Die Tschechoslowakei beispielsweise könnte aus Prinzip nie und mit Niemandem ein solches System eingehen und zwar

deshalb nicht, weil in der Tschechoslowakei das demokratische parlamentarische System frei und konsequent funktioniere und der Staat keine Sonderbegünstigungen im Inlande aufstellen könne, wie es z. B. unter dem faschistischen Regime in Italien möglich sei; mit anderen Worten, die italienische Regierung behalte sich vor, im Rahmen der in Rede stehenden Abmachungen Millionen-Subventionen an ohnehin schon reiche Unternehmer und Händler zu geben. Das wäre in der Tschechoslowakei eine hochpolitische Angelegenheit, denn die betreffenden Industrie- und Handelskreise gehören zumeist der nationaldemokratischen Partei an und die Regierung sollte den ohnehin reichen Nationaldemokraten noch Subventionen geben? Was wäre das für einen Wirtschaft! Ein solches Prinzip müsse sich rächen und der Minister glaube, dass es sich auch in Oesterreich nur durch einige Zeit halten könnte. Ganz abgesehen von all dem, bemerkte der Minister, bedeute jedoch das, was Oesterreich mit Italien vereinbart habe, die *Rückzahlung des Zolles* in Form einer Subvention für bestimmte zu errichtende Gesellschaften. Deshalb, weil darin de facto eine *Zollbegünstigung* liege, sei die Sache auch formell zu beanstanden. Auf diese Weise lasse sich, seiner Ansicht nach, der Aussenhandel in Zentraleuropa nicht künstlich nähren. Wenn man vielleicht in Oesterreich und in Italien momentan noch stolz darauf sein dürfte diese Art der Umgehung der Meistbegünstigungsklausel erfunden zu haben, so müsse der Minister diesen Versuch doch nur als ein tot geborenes Kind bezeichnen, dieses System werde sich bald als auf die Dauer unhaltbar erweisen und zu guterletzt werde die Staatskasse der Leittragende sein.

Vom italienischen Standpunkt könne man vielleicht diesen Versuch noch verstehen; Italien wolle sich damit seinen Export sichern, es suche sich bestimmte Industrien aus, welche es speziell unterstützen wolle und so betrachtet, liege gewissermassen eine Korruption öffentlicher Faktoren vor, bestimmte Belohnungen etc. Dies alles könnte die Tschechoslowakei nicht mit machen und Dr. Beneš verstehe nicht, welchen Nutzen Oesterreich auf die Dauer darin finden wolle.

Andeutungen über dieses neue System seien ja schon im Europakomitee in Genf gefallen und man möge sich erinnern, dass Dr. Beneš schon damals in dieser Richtung eine Reserve gemacht und sich seine Stellungnahme vorbehalten habe. Auf diese Vereinbarungen habe sich auch jener Passus in seinem jüngsten Exposé bezogen, wo am Schluss des V. Abschnittes kurz über die speziellen Abkommen Italiens mit Ungarn und Oesterreich gesprochen und gesagt wird, dass diese Abkommen nicht als eine *allgemeine* Lösung des mitteleuropäischen Problems angesehen werden können; dass sie nur die Frage der speziellen italienischen Interessen in diesen Ländern lösen und dass es natürlich sei, dass auch die Tschechoslowakei, ebenso wie Italien ihre Interessen in Oesterreich und in Ungarn wahren müsse.

Dr. Beneš wolle ausdrücklich betonen, dass er uns gewiss keine Schwierigkeiten machen wolle, so dürfe man die heutige Unterredung mit mir nicht deuten. Er wolle diese Frage deshalb auch nicht öffentlich besprechen, er wolle nur sehr freundschaftlich darauf aufmerksam machen, dass es nicht gut wäre gleich mit einem Streit zu beginnen, wenn es zu konkreten Verhandlungen über eine allgemeine

europäische Zusammenarbeit in der allernächsten Zeit kommen sollte. Dies habe er auch Herrn Gesandten Nickl sagen lassen und den Ungarn nicht verschwiegen, dass der tschechoslowakisch-ungarische Vertrag, der jetzt abgeschlossen werden soll, keinen Sinn hätte, wenn die gewissen Abmachungen mit Italien über Zollrückerstattungen etc. vorliegen würden.

Helfen könne uns nur, so meinte der Minister, was sich *allgemein* machen lässt. Das, was zwischen Oesterreich und Italien und Ungarn und Italien im Werden sei, wäre jedoch, sowohl für den tschechoslowakischen, als auch für den französischen Handel ausgesprochen schädlich und deshalb sei man auch in Paris wütend. Er, für seine Person, betrachte es als Grundlage des loyalen Verkehrs, nichts zu wollen, was nicht auch die anderen bekommen könnten. Deshalb bitte er, man möge sich in Wien alles gut und zweimal überlegen, denn wenn einmal etwas ratifiziert sei, so werde ein Sichzurückziehen viel schwerer gehen. Sehr auffallend sei es gewesen, dass die Italiener die Abmachungen erst und zwar dann in aller Eile ratifiziert haben, als sie den Tardieu'schen Donauplan kommen sahen.

Dr. Beneš lässt für die ihm, durch mich gemachten Mitteilungen vielmals danken und versichert Herrn Bundeskanzler nochmals, dass seine, mir gemachten Eröffnungen keinen Protest beinhalten und keinen Konflikt heraufbeschwören wollen. Er wiederhole seine durchaus freundschaftliche Gesinnung. In der gleichen freundschaftlichen Weise müsse der Aussenminister jetzt aber schon darauf aufmerksam machen, dass, wenn die österreichisch-italienischen und ungarisch-italienischen Abmachungen auf die Art, wie sie ihm bekannt geworden seien, zur Tatsache werden sollten, die Tschechoslowakei in Genf die Frage der Verletzung der Meistbegünstigung werde aufwerfen müssen.

Ich fragte Herrn Dr. Beneš, ob er über diesen ganzen Fragenkomplex auch mit meinem italienischen Kollegen gesprochen habe. Dies verneinte Herr Dr. Beneš mit der Motivierung, dass er dazu noch keinen Anlass gehabt; er wende sich zuerst an den Nachbarstaat, wo gewissen tschechoslowakischen Exportinteressen durch das im Zuge befindliche Abkommen entschiedene Nachteile drohen.

Im Verlaufe eines längeren Gespräches erzählte mir Dr. Beneš gestern von der eben beendeten Diskussion im Aussenausschuss des Abgeordnetenhauses, wo eine erfreuliche durchaus sachliche Debatte stattgefunden habe. Sogar die Nationaldemokraten hätten ihr Einverständnis zu dem Exposé des Ministers ausgesprochen und von allen Seiten wurde insbesondere sein Entschluss gebilligt, nichts ohne vorheriges Einvernehmen mit Deutschland zu machen. Auch das, was über Oesterreich im Exposé gesagt worden sei, habe volles Verständnis der politischen Parteien gefunden und selbst die radikalsten Nationalisten sehen heute ein, dass es ganz verfehlt wäre, Oesterreich in einen antideutschen Kurs locken zu wollen. Es sei sein, Dr. Beneš's ureigenes Verdienst, dass er in diesem Sinne auch die französische öffentliche Meinung mit Erfolg beeinflusst habe, denn psychologisch sei Frankreich ursprünglich anders eingestellt gewesen. Heute stimme auch Frankreich dem zu, dass Oesterreich in keine Kombination hinein gedrängt werden dürfe, die

es auch nur in den leisesten Gegensatz zu Deutschland bringen könnte. Es sei im wirklich ernst damit und es müsse festgehalten werden, dass alle diese Reden, die man so oft gehört, es werde das mitteleuropäische Staatengebilde ein Gendarm Frankreichs gegen Deutschland sein, es werde das Instrument der antideutschen französischen Politik sein etc., falsch sind, gerade das Gegenteil werde wahr sein, auch das neue Mitteleuropa werde mit Deutschland genau so wie mit Italien die besten Beziehungen unterhalten müssen und wollen. Bedauerlich sei es nur, dass Deutschland die richtige Situation wieder nicht erkannt habe, wie anders wäre es gewesen, wenn sich Deutschland in der mitteleuropäischen Frage gleich an die Seite Frankreichs gestellt und mit Frankreich zusammen die Lösung dieses Problems versucht hätte.

Auch in Rumänien und Jugoslawien denke man jetzt anders, als man noch vor Kurzem gedacht und auch diese Sinnesänderung könne sich Dr. Beneš persönlich gutschreiben.

Wir stehen jetzt, so meinte der Minister, vor dem entscheidenden Moment, Mitteleuropa werde entweder jetzt gemacht werden oder es werde für lange Jahre damit aus sein, dann komme aber auch kein Geld und das heutige Wirtschaftselend werde fortgesetzt werden. Paris und London werden sich einigen und die zu Ende dieser Woche in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen Tardieu und Macdonald, die sich insbesondere auf die mögliche Art der Finanzierung des Projektes erstrecken werden, dürften intern zu einem Einvernehmen führen. Es bleibt nur zu hoffen, dass schliesslich auch Deutschland und Italien zur Einsicht kommen und auch ihrerseits das Einvernehmen mit den beiden Grossmächten finden. Wenn Paris und London einig sein werden, so werde, nach Ansicht des Ministers auch die deutsche Regierung zuhause einen leichteren Stand haben.

Ich versuchte zum Schluss von Herrn Dr. Beneš zu erfahren, ob ausser den vagen Andeutungen über eine mitteleuropäische Zusammenarbeit doch auch schon ein ganz konkreter Plan bestehe und ich fragte ihn direkt, ob er sich als Präferenz vielleicht eine *perzentuelle lineare Herabsetzung* der Zölle zwischen den fünf in Betracht kommenden Staaten vorstelle. Herr Dr. Beneš nickte lebhaft und bejahend, liess sich aber nicht näher auf die Sache ein. Er habe einen ganz konkreten Plan, wolle aber derzeit nicht darüber sprechen, damit es nicht in die Presse komme, denn sonst werde jeder kleine Fabrikant von Schuhwichse, Reibeisen etc. hineinreden und sein Produkt besonders geschützt oder ausgenommen haben wollen. Das müsse von allen Staaten zusammen plötzlich gemacht werden. Die getroffene Vereinbarung müsse wie ein Beil heruntersausen und wen es treffe, den treffe es eben. In drei bis vier Jahren werde alles ausgeglichen sein, es werden sich automatisch Sphären und Sektoren herauskristallisieren und auch die betreffenden Industrien Deutschlands und Italiens, die bis jetzt das mitteleuropäische Geschäft gemacht haben, werden wieder zu ihrem Rechte kommen. Auch die österreichische Volkswirtschaft werde sich automatisch anpassen. Natürlich werde Manches, was überholt und nicht mehr zeitgemäss sei, nicht mit hinüber kommen, es ist dies genau so wie mit unseren

Bahnen: Wir müssen heute mit dem Autobusverkehr rechnen und wir müssen daher unsere Bahnen mit der Zeit umorganisieren, Lokalbahnen auflassen, den Verkehr einschränken, gute Strassen bauen, Autobuslinien einführen und ähnlich werde es auch auf dem Gebiete der Industrie gemacht werden müssen.

Herr Dr. Beneš verabschiedete mich mit den Worten, er möchte gern optimistisch in die Zukunft blicken wollen und bitte uns nochmals, nichts zu unternehmen, was für das gemeinsame Ziel zum Hindernis werden könnte.

Genehmigen, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1220

Sektionschef Schüller an Gesandten Franckenstein (London)

Schreiben

AdR

Gesandtschaft London

Wien, 2. April 1932

Zu Ihrer Information möchte ich neben den an Sie abgehenden Gesandtschaftsberichten noch Folgendes mitteilen:

Die Haltung der englischen Regierung sowohl bezüglich der Prozedur als hinsichtlich der materiellen Richtlinien scheint uns durchaus richtig zu sein. Wir hätten Besseres selbst nicht vorschlagen können.

Zur Prozedur: Die vier Grossmächte sollten sich darüber einigen, dass die Donaustaaten einander reziprok Vorzugszölle gewähren und von den Grosstaaten einseitige Vorzugszölle erhalten können. Dagegen werden wahrscheinlich von Deutschland und Italien Einwendungen erhoben werden, weil ihr Handel in bestimmten Artikeln durch die Vorzugszölle der Donaustaaten untereinander geschädigt werden könnte. Nach der Sachlage ist es unwahrscheinlich, dass diese Schädigung sehr bedeutend werden könnte; jedenfalls werden die Donaustaaten darauf Rücksicht nehmen müssen, die Interessen der anderen Staaten nicht zu sehr zu verletzen; kleine Schädigungen werden aber die Grosstaaten auf sich nehmen müssen, weil sonst eben eine Vorzugsbehandlung überhaupt nicht möglich wäre. Sie werden übrigens Gelegenheit haben, zu den Verträgen nochmals Stellung zu nehmen, wenn dieselben einmal abgeschlossen sind.

Für die österreichischen Interessen höchst abträglich wäre es, wenn man etwa den Grundsatz aufstellen würde, dass die Grosstaaten nur für Getreide oder Agrarprodukte Zugeständnisse machen dürfen. Bekanntlich besteht der größte Teil unserer

Ausfuhr in Industrieartikeln. Es würde also gerade für uns, die wir einer Erleichterung der Situation am dringendsten bedürfen, eine solche unmöglich gemacht werden.

Es kommt ferner darauf an, dass bei der Besprechung der Grossmächte die finanzielle Hilfe für Oesterreich gemäss den Anträgen des Finanzkomitees beschlossen werde.

Es werden dann voraussichtlich die fünf Donaustaaten in Genf zusammenkommen und dort darüber verhandeln, wie sie die von den Grossmächten aufgestellten Richtlinien durchführen wollen. Es ist von grosser Wichtigkeit, dass die Grossmächte solche Richtlinien aufstellen, denn sonst wäre die Gefahr vorhanden, dass die Beratung der Donaustaaten zu keinem Ergebnis führt. Aber es genügen allgemeine Richtlinien, wie sie die englische Regierung ohnedies beabsichtigt und wie sie oben kurz skizziert sind. Die Verhandlungen zwischen den Donaustaaten und zwischen diesen und den Grossmächten werden sich dann naturgemäss bilateral abspielen, doch so dass alle Teilnehmer über ihre Verhandlungen gegenseitig orientiert sein werden. Es wird ein Komplex koordinierter Verträge geschaffen werden müssen. Hierbei werden sich voraussichtlich gewisse Schwierigkeiten ergeben insbesondere in dem Fall, dass einzelne Teilnehmer Verträge nicht zustande bringen oder sich ihre Verhandlungen lange hinausziehen. Ueber diese Schwierigkeiten wird man erst später sprechen können. Jetzt kommt es darauf an, dass die Verhandlungen rasch in Gang gebracht werden. Es ist vorauszusehen, dass wir unseren Interessen entsprechend Verträge schliessen können, wenn das Hindernis der Meistbegünstigung beseitigt wird.

Als Beispiel möchte ich anführen: Unsere Einfuhr aus Deutschland ist dreimal so gross als unsere Ausfuhr nach Deutschland. Wir konnten bisher ein Gleichgewicht im Handelsverkehr mit dem deutschen Reiche nicht erzielen, weil man deutscherseits immer wieder darauf hinwies, dass jedes uns gemachte Zugeständnis zehnmal auch zwanzigmal mehr anderen Staaten zugute komme, als uns. Das von Deutschland verlangte Opfer wäre also ganz ungleich grösser als unser Vorteil. Wir haben daher das Recht, von Deutschland einseitige Vorzugszölle zu verlangen, um den gegenseitigen Handelsverkehr annähernd auszugleichen.

Ihren Mitteilungen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz sehen wir mit grossem Interesse entgegen. Wenn Ihnen irgendwelche weitere Aufklärungen erwünscht sind, stehe ich Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Mit herzlichem Gruss Ihr stets ergebener

Schüller

1220 A**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Buresch**

Bericht Nr. 100/Pol.

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21671/13

London, 6. April 1932

Noch vor Beginn der Besprechungen seitens der Vertreter der vier Mächte in London habe ich den Herrn Staatssekretär von Bülow und Signor Grandi aufgesucht. Ersterer, dem ich die Bitte vortrug, Deutschland möge bezüglich des Präferenzproblems, das für uns so wichtig sei und das rasch verwirklicht werden müsste, einen für Oesterreich wohlwollenden und hilfreichen Standpunkt einnehmen, äusserte sich mir gegenüber in folgender Weise: Die hiesigen Besprechungen sollten nur als Vorkonferenz betrachtet werden, da Dr. Brüning nicht nach London kommen konnte und sie daher in Genf fortgesetzt werden würden, wobei ja auch auf die Stellungnahme des Völkerbundesrates zu dem Berichte des Finanzkomitees Rücksicht genommen werden müsse. Was die gegenseitige Einräumung von Präferenzen zwischen den fünf Donaustaaten betreffe, so könne Deutschland Zugeständnisse bezüglich gewisser Artikel machen, jedoch nicht einen generellen Verzicht auf seine Meistbegünstigungsrechte aussprechen, da dieses Absatzgebiet für Deutschland von grosser Bedeutung sei und sein Verlust angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage unerträglich wäre. Deutschland sei gern bereit, Oesterreich Präferenzen einzuräumen und zwar nicht nur durch die Erweiterung der uns schon gewährten heimlichen Präferenzen sondern ganz im allgemeinen. Frankreich sollte für Oesterreich das Gleiche tun. Die Beschränkung der Aktion auf eine Donaustaatenpräferenz bedeute für Oesterreich keine hinlängliche Hilfe. Das Tardieu'sche Projekt, dessen Vaterschaft Flandin beanspruche, und das Zolltarif- und Währungsangleichung vorsehe, sei viel zu langwierig. Was die Finanzhilfe an Oesterreich betrifft, so habe Bülow gehört, dass es schwer sei, Geld in Frankreich zu finden: weder die Sparer noch das Parlament seien für eine Anleihegewährung zu haben. Die Uebernahme einer Garantie seitens Deutschlands für zentraleuropäische Anleihen sei angesichts seiner eigenen finanziellen Verpflichtungen vollkommen ausgeschlossen. Das Reich könnte allenfalls sich bereithalten, pro forma eine Tranche einer Hilfsanleihe für Zentraleuropa zu übernehmen, wenn ihm unter der Hand zugesichert würde, dass sie auf andere Märkte abgeleitet werden könnte. Nach den Informationen Bülows wäre ein Betrag von ungefähr zwei Milliarden Mark an neuen Geldern notwendig, um den in Betracht kommenden Donaustaaten wirksame Hilfe zu leisten. Herr von Bülow meinte, es wäre vielleicht zweckmässig, dass ein Fachmann ohne politischen Einschlag die Präferenzverhandlungen zwischen den einzelnen Staaten

fördere, und warf die Frage auf, ob eventuell Sir Arthur Salter mit einer solchen Aufgabe betraut werden könnte. Der Staatssekretär empfing mich auf das freundlichste und sagte, dass ihm die Aufrechterhaltung einer Fühlung mit mir hier sehr willkommen wäre.

Signor Grandi zeigte sich mir gegenüber auch sehr liebenswürdig. Er sagte, es bestehe zwischen seinem Lande und Oesterreich eine gewisse Interessensgemeinschaft. Die Ausgestaltung des Kredit- und Transportbegünstigungsabkommens scheine ihm durchaus möglich und erwünscht. Er habe kurz vor meinem Besuche den ersten Kontakt mit dem hiesigen Aussenminister genommen, ohne in die zu behandelnden Fragen irgendwie einzugehen. Als ich die Dringlichkeit einer Kredithilfe für Oesterreich betonte, verwies Signor Grandi auf die italienische Anregung, dass uns diese rasch gewährt werden sollte und zwar ohne auf die Verwirklichung der Präferenzpläne zu warten. Ich übergab dem Minister ein Exemplar des unseren Standpunkt und unsere Wünsche darlegenden Memorandums. Da verschiedene Persönlichkeiten darauf warteten, von ihm empfangen zu werden, konnte ich meinen Besuch nicht ausdehnen. Auch Grandi sagte mir, dass ihm die Aufrechterhaltung einer gewissen Verbindung zwischen mir und der italienischen Delegation willkommen wäre.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

1221

Gesandter Prochnik an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 7/Pol.

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Abschrift

Washington, 7. April 1932

Heute sprach ich beim Staatssekretär, der morgen seine Reise nach Genf antritt, vor, um mich von ihm zu verabschieden. Gegenstand unserer Unterhaltung bildete natürlich die Donauföderation, welche das hiesige öffentliche Interesse in einem hohen Grade in Anspruch nimmt.

Ich konnte dabei feststellen, dass die amerikanische Regierung dem in Frage stehenden Projekt eine überaus grosse Bedeutung für die Stabilisierung der Gesamtlage Europas beimisst. Nachdem ich unseren Standpunkt im Sinne der mir erteilten Instruktionen zur Regelung meiner Sprache dargelegt hatte, stellte ich drei bestimmte Fragen an den Staatssekretär.

Die erste war, ob die amerikanische Regierung im gegebenen Falle ohneweiters bereit wäre, die den Vereinigten Staaten aus der Meistbegünstigung zukommenden

Rechte und Ansprüche aufzugeben. Stimson's bejahende Antwort kam ohne Zögern. Die Sache wäre von so eminenter Bedeutung für die ganze Welt, fuhr er fort, dass Amerika nicht einen Augenblick bedenken könne zu ihrer Förderung beizutragen. Der Unterstaatssekretär, den ich nach Stimson sprach, ergänzte noch die diesbezügliche Aeusserung seines Chefs dahin, dass die Vereinigten Staaten auch dann auf ihre Meistbegünstigungsrechte verzichten würden, wenn eine regelrechte Zollunion und nicht bloss ein auf Präferenz basierendes Regime zustande käme. Allerdings dürften sie nicht schlechter behandelt werden als alle anderen, ausserhalb dieser Föderation stehenden Staaten.

Ich konnte im Verlaufe meiner Unterhaltung mit den beiden vorerwähnten Funktionären, die ich getrennt sprach, entnehmen, dass die bei der Regierung herrschende Auffassung auf den Einfluss des kürzlich von Genf heimgekehrten und morgen wieder dahin reisenden Mr. Norman Davis zurückzuführen sei und dass sie sich dem französisch-englischen Plane nähere. Davis sei (nach Stimsons eigenen Worten) Feuer und Flamme für das Projekt. Er sei felsenfest davon überzeugt, dass die Donauföderation ein gewaltiger Schritt zur Sanierung der Donastaaten wäre, eine wirtschaftlich erfolgreich sich auswirkende Massnahme. Seine Argumente wären von einer schwer abzuschwächenden Ueberzeugungskraft gewesen.

Weiters glaube ich den Eindruck gewonnen zu haben, dass man amerikanischerseits eine regelrechte Zollunion lieber gesehen hätte, obgleich man sich der fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die einer so weitgehenden Lösung entgegenstünden, wohl bewusst zu sein scheint. Die amerikanische Regierung würde sich einstweilen schon über einen bescheideneren Anfang, der in weiterer Folge eines Ausbaues fähig wäre, freuen.

Meine zweite Frage lautete, ob Amerika ein über das Platonische hinausgehendes Interesse dem Projekte entgegenbringen würde. Stimson meinte lächelnd: „Was meinen Sie damit, Geld?“ Darauf antwortete ich: „Gewiss, man mag die Sache drehen, wie man will, der Lebensnerv des in Erwägung stehenden Unternehmens sei ja doch immer nur das Kapital.“ Stimson sagte, dass wie ich ja wisse, die amerikanische Regierung als solche nicht an Auslandsanleihen sich beteiligen könne. Ich pflichtete ihm bei, wollte aber wissen, ob die amerikanische Regierung ihren Einfluss auf die amerikanischen Banken der jüngsten Stellungnahme des Kongresses zu den Auslandsanleihen anpassen wolle oder müsse. Stimson entgegnete, die amerikanische Regierung würde einer Beteiligung amerikanischen Kapitals nicht nur keine Hindernisse in den Weg stellen, sondern sie sogar in jeglicher Weise begünstigen. Ich unterliess es selbstverständlich diesen Gedanken auf das Gebiet der Schuldenregelung überzuleiten, da mir bekannt ist, dass Stimson mit dem bestimmten Auftrag nach Genf reist, unter keiner Bedingung über die Schuldenfrage in Diskussionen sich einzulassen. Sein Aufenthalt dort soll planmässig zwei Wochen nicht überschreiten.

Meine dritte Frage betraf die persönliche Stellung Norman Davis' zur Donauföderation. Es langte nämlich eine Nachricht ein, die besagte, dass der Völkerbund im

Falle des Zustandekommens einer Donauföderation die Absicht hätte, ihn sozusagen zum wirtschaftlichen Diktator dieser Vereinigung zu bestellen. Stimson meinte, diese Frage sei hier nicht erörtert worden, sie scheine in Genf im Finanzausschuss des Völkerbundes aufgetaucht zu sein. Natürlich hätte die amerikanische Regierung nichts damit zu tun. Es wäre eine reine Privatsache Mr. Davis' der selbst entscheiden müsse, ob seine Zeit und seine Pläne eine derartige Verwendung zuliessen. Dass er aber der Donauföderation ein grosses Interesse entgegenbringe, sei offenkundig. Der Unterstaatssekretär (Castle) bedauerte mir gegenüber noch, dass das politische Element in einem allzustarken Masse bei der Lösung dieses wirtschaftlichen Problems zur Geltung komme. Amerika sei an diesen politischen Erwägungen der einzelnen Grossmächte nicht interessiert, befürchte aber, dass sie zur Vereitelung des Projektes führen könnten. Alle beteiligten Gross- und Kleinstaaten Europas müssten eben ein Opfer bringen. Die Stimmung im Staatsdepartement stand in jenem Augenblicke stark unter dem Eindruck der ungünstigen Nachrichten, die aus London über den Verlauf der Konferenz einlangten.

1222

Gesandter Duffek an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 3/Pol.

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 21819/13

Den Haag, 9. April 1932

Anschliessend an den Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem zwischen Oesterreich und Belgien geschlossenen Auslieferungsvertrag betreffend Belgisch Kongo und das Mandatsgebiet Ruanda Urundi hatte ich eine Unterredung mit dem belgischen Aussenminister.

Ich beglückwünschte vorerst Herrn Hymans zu seinem Erfolg als Vorsitzender der letzten Völkerbundtagung, in welcher der chinesisch-japanische Konflikt behandelt worden war. Dann kam die Rede auf die gerade an dem Tage eröffnete Londoner Donaukonferenz und frug mich Herr Hymans welches die Auffassung in Oesterreich über den Plan Tardieu sei. Ich antwortete Herrn Hymans, dass Herr Bundeskanzler selbst ja schon die Demarche bei den in Wien akkreditierten Gesandten gemacht und auf die dringende Notwendigkeit der Erweiterung der Absatzgebiete und Erleichterungen im internationalen Warenaustausch verwiesen hätten. Der Plan Tardieu bewege sich, wenigstens in ökonomischer Hinsicht betrachtet, in den selben Linien, er könne daher in Oesterreich keine andere als eine sympathische Aufnahme finden. Allerdings müsste man noch die Details des

Planes kennen. Denn es müsse sich für uns darum handeln, die Vorteile, welche der Plan Tardieu vielleicht in sich berge, mit Nachteilen, die er manchen unserer Wirtschaftszweige ohne Zweifel bringen werde, auszubalancieren. Nach dem französischen Plane sollen die vorwiegend agrarischen Oststaaten Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und eventuell Bulgarien mit den Industriestaaten Oesterreich und der Tschechoslowakei in einen solchen Verband gebracht werden, dass sich deren Wirtschaftsverkehr belebe und die Hindernisse, welche dieser Entwicklung bis jetzt entgegenstehen, beseitigt werden. Die österreichische Landwirtschaft, welche sich bis zu den Krisisjahren verhältnismässig gut entwickeln konnte, jetzt aber gleichfalls notleidend geworden ist, würde also einer starken Konkurrenz der östlichen Agrarstaaten ausgesetzt sein. Für seinen Export nach diesen Staaten aber wird Oesterreich einen gefährlichen Konkurrenten in der Tschechoslowakei finden, welche sowohl finanziell, wie manchem der Oststaaten gegenüber auch politisch eine viel stärkere Position einnimmt als Oesterreich. Die österreichische Regierung begrüsse gewiss jede Aktion, die den wirtschaftlichen Aktionsradius vergrößert und sei gerne bereit an der Realisierung des Planes Tardieu mitzuwirken, wenn bei den zu gewärtigenden Verhandlungen auch den von Oesterreich notwendigerweise vorgebrachten Wünschen Rechnung getragen wird. Oesterreich sei als kapitalarmes Land durch die Weltkrise in eine viel schwierigere Lage gekommen als andere Länder, und deshalb sei es besonders wertvoll, dass der Plan Tardieu parallel mit der Wirtschaftsaktion auch eine finanzielle Aktion voraussehe.

Minister Hymans zeigte sich bezüglich eines effektiven Erfolges der Aktion Tardieu und der Londoner Besprechungen ziemlich skeptisch, obwohl er eine Lösung der in den Donauländern bestehenden Schwierigkeiten für sehr dringend erachtet. Er schien aber den psychologischen Moment nicht für gekommen zu halten, dass die Völker ihren kurzsichtigen Egoismus fallen lassen und durch Niederreißen der Zollmauern sich gegenseitig Luft machen. Ohne eine Aenderung des jetzigen Systems, welche nicht allein auf die Donauländer, sondern auf ganz Europa anzupassen wäre, kann sich Herr Hymans aber auch einen Erfolg von einer Kredithilfe nicht versprechen. Wozu könnten derartige Kredite dienen, wenn nicht zugleich die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Ausdehnung und dadurch einer rationellen Verwendung der Kredite gegeben wären. Die politischen, wie wirtschaftlichen Interessen Belgiens im Donaugebiete sind nicht sehr bedeutend. Durch ein System von Präferenzzöllen zwischen den Donauländern würde der belgische Aussenhandel dahin zwar in Mitleidenschaft gezogen, doch nicht in einer Weise, welche den Verzicht auf die Wirkung der Meistbegünstigungsklausel unmöglich machen würde. Diesen Eindruck empfing ich wenigstens aus einer Aeusserung des Generalsekretärs im Ministerium des Aeussern, Herrn van Langenhove, welcher bemerkte, dass durch das jetzt angewendete System der Kontingentierungen, welches sich jetzt immer mehr ausbreitet, die Meistbegünstigungsklausel, ohnedies stark ausser Spiel gesetzt ist. Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Duffek

1223

Nationalrat der Republik Österreich

Protokoll zur 35. Sitzung des Hauptausschusses

Parlamentsarchiv,
HA-NR-IV. GP

Wien, 11. April 1932

In der heutigen unter Vorsitz des Präsidenten Ing. Tauschitz abgehaltenen Sitzung des Hauptausschusses erstattete Bundeskanzler Buresch nachstehenden Bericht über die auswärtige Lage: Als ich das letzte Mal dem hohen Ausschuss über den Stand der mitteleuropäischen Wiederaufrichtungspläne berichtete, standen wir vor den Londoner Besprechungen der vier Grossmächte. Im allgemeinen darf ich mich hinsichtlich des Verlaufes und des Ergebnisses dieser Besprechungen auf die ausführlichen durch die Zeitungen gebrachten Berichte beziehen. Ich möchte aber das Bild, das sich aus diesen Zeitungsmeldungen ergibt, durch einige Mitteilungen ergänzen, die mir direkt zugekommen sind.

Bekanntlich sind die Londoner Viermächte-Besprechungen durch eine in London von Herrn Tardieu mit den englischen Staatsmännern geführte Unterhaltung eingeleitet worden. Die Nachrichten, die wir über den Verlauf dieser Besprechungen erhalten hatten, berechtigten zu der Erwartung, dass schon in der darauffolgenden Woche die weiteren Besprechungen mit den anderen Staaten in Genf beginnen würden, zu welcher Zeit auch der Völkerbundrat sich mit dem unter anderem Oesterreich gewidmeten Bericht des Finanzkomitees beschäftigen sollte.

Es erwies sich aber, dass die Gegensätze zwischen den Grossmächten noch zu starke und die in der Auffassung von der Lage und in den Ansichten über die einzuschlagenden Wege bestehende Unklarheit zu gross gewesen sind, um jetzt schon zur Einigung über die Richtlinien für die weitere Behandlung der vorliegenden Fragen zu gelangen.

Schon am ersten Tage war eine allgemeine Debatte über die Frage der Präferenzzölle abgeführt und auch von Vorzugszöllen gesprochen worden, die die Grossmächte einseitig gewähren sollten.

Ich darf hier erwähnen, dass wir durch unseren Londoner Gesandten über die einzelnen Phasen der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten werden konnten und dass Gesandter Frankenstein nicht nur mit den massgebenden englischen Stellen, sondern auch mit den Delegierten der anderen drei Grossmächte in fortwährendem Benehmen stand. Gesandter Frankenstein konnte schon in diesem Stadium bei seinen Besprechungen darauf hinweisen, dass für Oesterreich eine Vorzugsbehandlung nicht nur für land- und forstwirtschaftliche, sondern auch für industrielle Artikel notwendig sei.

Die weitere Diskussion wurde durch den Gegensatz aufgehalten, der in der Behandlung des Gesamtproblems immer schärfer zutage trat. Die eine Seite hielt

daran fest, die Finanzhilfe für die vom Notstand betroffenen Länder schleunig als internationale Aktion in Aussicht zu nehmen, vorausgesetzt, dass ein Einvernehmen für die gemeinschaftlich zu unternehmende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den fünf Donaustaaten zustande käme, wobei die Grossmächte auf die Meistbegünstigung verzichten müssten.

Andererseits wies der *deutsche* Vertreter darauf hin, dass der Fünf-Staatenzusammenschluss gerade für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse keine Lösung bringe und überdies für Deutschland wegen der für seinen eigenen Ausfuhrhandel zu befürchtenden Rückwirkung unannehmbar sei. *Italien* trat dafür ein, dass alsbaldige Beratungen unter den neun Staaten stattfinden und betonte, dass die Schaffung einer blossen Fünfstaatenkombination von *Italien* abgelehnt werden müsse.

Der *genius loci* der Beratungen drängte aber auf den Weg praktischer Lösungen. Wie ich schon erwähnte, steht an der Spitze der zu treffenden Massnahmen die finanzielle Aushilfe. Der englische Ministerpräsident machte den Vorschlag, sofort eine Expertenkonferenz der Schatzämter der eine Garantie eventuell übernehmenden vier Staaten einzusetzen, welche Konferenz prüfen soll, wie sich die Vorschläge des Finanzkomitees praktisch durchsetzen liessen und durch welche Kontrolle Sicherungen geboten werden könnten.

Die Lage ist gegenwärtig folgende:

Die von mir durch den Schritt vom 16. II. bei den Gesandten eingeleitete Aktion hat dazu geführt, dass die Berechtigung unserer handelspolitischen und finanziellen Wünsche und die Notwendigkeit ihrer raschen Erfüllung allgemein anerkannt worden ist. Gleichzeitig sind parallel laufende Bedürfnisse der anderen Staaten des Donaumaumes hervorgetreten sowie Bestrebungen, die Aktion gleich auf den grössten Teil Europas auszudehnen. Wir sind an der Besserung der Verhältnisse der anderen Staaten, mit denen wir in lebhaften wirtschaftlichen Beziehungen stehen, ohne Zweifel auf das stärkste interessiert. Ist doch unsere Ausfuhr infolge der ungünstigen Verhältnisse in diesen Staaten und infolge der von ihnen ergriffenen Massregeln auf die Hälfte gesunken. Wir sind deshalb bereit, bei jeder Erweiterung der von uns angeregten Aktion mit bestem Willen mitzuwirken. Nur davor müssen wir warnen, dass man versuche, ihr von Anfang an eine solche Ausdehnung zu geben, dass sie dadurch undurchführbar wird. Es ist vielmehr im europäischen Interesse wie in unserem eigenen gelegen, dass man in Etappen vorgehe, die rasche und praktische Realisierungen ermöglichen, und wir werden alles tun, was in unserer Macht liegt, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei werden wir, wie bisher, unbedingt daran festhalten, dass es sich hier nicht um politische, sondern um wirtschaftliche und finanzielle Fragen handelt, und ich stelle mit Befriedigung fest, dass – trotz aller unvermeidlichen Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft – auch die Grossmächte überzeugt sind, dass die vom europäischen Standpunkte notwendige Lösung dieser Probleme nur durch entsprechendes Festhalten am Sachlichen unter Zurückdrängung aller politischen Sonderinteressen möglich ist. Die Regierung ist fest überzeugt, dass trotz aller noch zu überwindenden Hindernisse die eingeleitete

Aktion zu positiven Ergebnissen führen wird. Sie ist rasch und in weitem Umfange ins Rollen gekommen und augenblickliche Stockungen, so nachteilig sie auch vom psychologischen Gesichtspunkte auf die allgemein gespannte öffentliche Meinung wirken, können unsere Hoffnung nicht erschüttern, dass sie letzten Endes doch überwunden werden und eine Lösung gefunden werden wird, die der allerschwersten Not dieses Teiles Europas Abhilfe bringen kann, denn hinter diesem Probleme stehen europäische Notwendigkeiten.

Der Ministerrat vom 9. April, über dessen Verlauf leider vollkommen falsche und nur zur Beunruhigung der Bevölkerung dienende Mitteilungen in einem Montagblatte erschienen sind, hat beschlossen, dass das Ministerkomitee für wirtschaftliche Angelegenheiten ungesäumt zusammenzutreten habe, um Anträge bezüglich Einschränkung der Einfuhr und wegen weiterer Schritte in den handelspolitischen Fragen vorzubereiten. Wir hielten dies für notwendig, um für alle Fälle vorbereitet zu sein.

Auf Antrag des Abg. *Sever* wird beschlossen, von der Vertraulichkeit der heutigen Beratungen des Hauptausschusses Abstand zu nehmen.

In der Debatte über die Ausführungen des Bundeskanzlers ergreift als erster Redner Abg. Dr. *Straffner* das Wort.

Abg. Dr. *Straffner* bemerkt zunächst, seine Partei habe die Einberufung des Parlaments zu Erörterung der aussenpolitischen und finanziellen Fragen nicht deshalb verlangt, um der Regierung und den übrigen Parteien unangenehm zu werden, sondern einzig und allein aus Sorge um den Staat. Die Entwicklungen der Verhältnisse in der letzten Zeit geben gewiss Anlass zu Sorge. Im letzten halben Jahre und noch länger kann man bemerken, dass die österreichische Regierung mehr oder minder unter dem Druck des Auslands steht. Der Bundeskanzler hat zwar erklärt, dass die Demarche der österreichischen Regierung vom 16. Februar ohne Einflussnahme des Auslandes erfolgt sei, aber man kann sich doch dem Eindruck nicht entziehen, dass die Regierung in ihren Entschlüssen nicht ganz frei war. Ein Beispiel aus früherer Zeit: Bevor es zur Demission des ersten Kabinetts Buresch gekommen ist, hat mir der Bundeskanzler erklärt, das Ausland verlange eine Aenderung in der Führung der österreichischen Aussenpolitik. Diesem Wunsch ist Rechnung getragen worden in der Hoffnung, dass dann Oesterreich einen Überbrückungskredit für die Bereinigung der aus der Credit-Anstalt entstehenden Angelegenheiten erhalten werde. Nun hat sich zwar die personelle Aenderung in der Aussenpolitik vollzogen, aber die daran geknüpften Folgen sind nicht eingetreten. Deshalb haben wir vom ersten Augenblick an den Eindruck gehabt, dass auch die österreichische Demarche vom Februar nicht ganz frei von ausländischen Einflüssen war. Darin werden wir bestärkt durch die Ausführungen des Aussenministers der Tschechoslowakei vom 22. März, in denen dieser erklärte, Frankreich habe eine Lösung für das Schicksal der Mittelmächte gefunden, und es sei sogar bereit, neben dieser rein wirtschaftlichen Lösung den Mittelmächten auch finanzielle Hilfe zu leisten, aber nur unter der Bedingung, dass der wirtschaftlichen Konstruktion des fran-

zösischen Planes zugestimmt wird. Nun ist die Situation vielleicht deshalb noch schwieriger, weil ein Teil der österreichischen Oeffentlichkeit so eingestellt ist, dass das Ausland den Schluss ziehen könnte, Oesterreich warte förmlich auf die Verwirklichung des französischen Planes. Wenn man einen Teil der christlichsozialen Presse verfolgt, z. B. in Tirol den „Tiroler Volksboten“, könnte man meinen, es gebe für Oesterreich nur ein Mittel zur Rettung, die Aufrichtung der alten österreichischen Monarchie in einer etwas anderen Form, wobei allerdings der „Tiroler Volksbote“ die Hauptbetonung auf die Monarchie legt. Immerhin scheint aber für einen Teil der christlichsozialen Presse die Schaffung eines Wirtschaftsgebildes, wie es Tardieu vorgeschlagen hat, ein Hauptmittel für die Verwirklichung solcher interner politischer Pläne zu sein. Man stelle sich vor, in welche Situation eine Regierung kommen muss, selbst wenn sie den besten Willen hat, für die Lösung der österreichischen Frage im deutschen Sinn zu wirken, wenn das Ausland unter dem Eindruck steht, dass das vielleicht die Meinung aller Oesterreicher oder des grösseren Teiles der Oesterreicher sei. Weil die Verhältnisse so liegen hat es meine Fraktion für gut gehalten, vorzuschlagen, dass das Parlament mit diesen Fragen befasst werde. Es ist notwendig, dass diese Fragen öffentlich besprochen werden, und sei es auch nur in einer öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses. Das liegt auch im Interesse der Regierung, der durch eine solche öffentliche Stellungnahme ein starker Rückhalt geboten werden wird. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, dass es in Oesterreich sehr wenige Menschen gibt, die die Verwirklichung des Planes des Herrn Tardieu in irgend einer Weise wünschen könnten. Denn den Wissenden ist bekannt, dass eine solche Lösung nicht die wirtschaftliche Gesundung Oesterreichs, aber auch nicht die wirtschaftliche Gesundung der Staaten im Donauraume bringen könnte. Für Oesterreich würde aus dieser Kombination gar nichts Gutes entstehen. Die Handelskammer hat in ihrem Nachrichtenblatt eine ganz vorzügliche Statistik gebracht, aus der zu ersehen ist, dass nur eine Kombination, in der Deutschland mitenthalten ist, Aussicht bietet auf eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich. Wir haben deshalb, auch damit ja nicht der Anschein erweckt wird, als ob es uns hier um politische Fragen zu tun sei, dem Abg. Dr. Bauer darin zugestimmt, Oesterreich möge den Gedanken der allgemeinen Präferenz zu Erörterung stellen, was ja die österreichische Regierung auch getan hat. Das ist auch der einzig mögliche Gedanke. Wird nur der kleinere französische Plan verwirklicht, so wird Oesterreich nicht nur nicht geholfen, sondern die Lage Oesterreichs noch verschlechtert werden. Wir Oesterreicher würden, wenn wir auf diese Kombination eingingen, sehr bald nichts mehr zu reden haben, wir würden wirtschaftlich so heruntergebracht werden, dass wir förmlich zu einem willenslosen Werkzeug der anderen werden würden. Wir würden dann wirtschaftlich eine weit schwächere Rolle gegenüber den Nichtdeutschen in dieser Kombination spielen als in der alten Monarchie. Wir müssen uns daher ganz entschieden gegen die Lösung der österreichischen Frage im französischen Sinne wenden. Die Londoner Konferenz hat ja gezeigt, dass diesen politischen Aspirationen auch die übrigen

europäischen Grosstaaten nicht zustimmen. Wir hätten schon dem ersten Plan des deutschen Aussenamtes zugestimmt, der allerdings kleinmaschiger gewesen wäre als der Gedanke Bülow's, der in London die allgemeine Präferenz für Oesterreich verlangt hat. Aber wir dürfen nicht allein sagen, dass wir den französischen Plan ablehnen, wir müssen auch sagen, dass wir in der neuen Formel, die Deutschland geprägt hat, die einzige Möglichkeit für unsere wirtschaftliche Gesundung sehen. Wir müssen weiters aussprechen, dass durch die Verwirklichung des französischen Planes, das ohnehin labile politische Gleichgewicht in Europa völlig gestört würde. Wird aber der deutsche Plan verwirklicht, dann wird nicht nur nicht das politische Gleichgewicht gestört, dann kommen auch diejenigen auf ihre Rechnung, die heute so sehr um die Aufrechterhaltung des österreichischen Zinsendienstes besorgt sind. Es ist ja bekannt, dass auch die 100 Millionen, die wir bekommen sollen, uns nicht gegeben werden, damit wir gesunden, sondern damit wir unsere Zinsen bezahlen können. Da hat z. B. das Finanzkomitee des Völkerbundes ausgesprochen, die Bundesbahnen dürfen keine Investitionen machen. Es handelt sich hier um Investitionen im Ausmass von 15 Millionen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit gemacht werden müssen. Den Herren, die im Finanzkomitee sitzen, gilt aber der Zinsendienst mehr als die Verkehrssicherheit in Oesterreich. Diese Sorge um den Zinsendienst würde beseitigt werden, wenn man statt der theoretischen Sympathie, die man auf allen Seiten für Oesterreich hat, endlich dem deutschen und italienischen Plan auf Gewährung einer allgemeinen Präferenz für Oesterreich zustimmen würde.

Abg. Dr. Bauer: Die Ergebnislosigkeit der Londoner Konferenz ist ein Beweis dafür, wie unfähig die Grossmächte sind, auch nur irgend eines der europäischen Probleme einer Lösung zuzuführen. Das ist nichts Ueberraschendes. Die Grossmächte haben ihre Unfähigkeit zu einer Kooperation in jeder politischen Phase der letzten Zeit gezeigt. Sie waren unfähig zu handeln, als im Juli des vorigen Jahres über Deutschland die grosse Finanzkatastrophe hereingebrochen ist; sie haben sich unfähig gezeigt, das Problem der internationalen Abrüstung einen Schritt vorwärts zu bringen, sie sind ohnmächtig und unfähig dem japanischen Raubzug im fernen Osten gegenübergestanden und ebenso unfähig sind sie auch jetzt den Problemen gegenüber, die aus der wirtschaftlichen Krise in Südosteuropa und Mitteleuropa entstanden sind. Obwohl das bekannt ist, und niemand etwas anderes erwarten konnte, hat die österreichische Regierung ihre ganze Politik seit dem Zusammenbruch der Kreditanstalt auf die Hoffnung gegründet, vom Ausland doch eine Hilfe zu bekommen. Man kann die heutige Situation nicht verstehen, wenn man sich nicht völlig klar macht, dass jeder entscheidende wirtschaftliche und finanzpolitische Schritt, den die Regierung seit dem Mai vorigen Jahres gemacht hat, ausschliesslich durch diese vage, unbestimmte und durch nichts begründete Hoffnung auf ausländische Hilfe bestimmt gewesen ist und dass man jeden entscheidenden Schritt geradezu unter dem Diktat des Auslands, teils der ausländischen Regierungen, teils der ausländischen Finanzmächte gemacht hat. Es wird nicht bestritten werden, dass der so folgenschwere Schritt der Uebernahme der Haftung für die alten Schulden

der Credit-Anstalt gegen das Gesetz und gegen die Erklärungen, die im Parlament abgegeben worden sind, gemacht worden ist, auf den Rat, wie man sagte, in Wirklichkeit unter dem Druck ausländischer Finanzmächte; es wird nicht bestritten werden, dass die ganze Devisenpolitik der Regierung, sowohl das Zuwarten in den ersten Monaten wie der Entschluss, zur Devisenbewirtschaftung überzugehen, wie die konkrete Gestaltung dieser Devisenbewirtschaftung auf den Rat und unter dem Druck ausländischer Finanzkreise erfolgt ist; es wird nicht bestritten werden, dass die Zinsfusspolitik der Nationalbank, die ohne zureichende Gründe eine übermäßige Belastung der österreichischen Wirtschaft und der österreichischen Gemeinden herbeigeführt hat, ständig unter dem Druck ausländischer Finanzmächte gestanden ist und die Regierung wird nicht bestreiten, dass die groteske Ernennung des Herrn van Hengel zum Direktor der Credit-Anstalt unter dem Druck ausländischer Finanzmächte erfolgt ist. Die Regierung hat unter dem Druck ausländischer Finanzmächte bisher vier Berater in Oesterreich zugelassen: den Herrn van Rost als Berater für die Staatsfinanzen, den Prof. Bruins, als Berater bei der Nationalbank, den Herrn van Hengel zuerst als Berater und dann als Direktor der Credit-Anstalt und den Herrn Herold als Berater für die Bundesbahnen. Das alles ist unter dem Druck ausländischer Finanzmächte geschehen, und bei jeder Sache hat man diesem ausländischen Druck nachgegeben, ohne die geringste Gegenleistung dafür zu bekommen. Man hat sich vom Ausland diktieren lassen, wie hoch das österreichische Budget sein darf und hat dafür nichts erlangt als eine ganz wirkungslose Empfehlung des Finanzkomitees des Völkerbundes, man solle Oesterreich einen Kredit geben. Man hat sich in jeder weiteren Phase die folgenschwersten Beschlüsse vom Ausland diktieren lassen und hat niemals eine bestimmte Zusage bekommen, sondern höchstens die allgemeine Erklärung, man werde Oesterreich dann wohlwollend behandeln. Dabei sind von den Zusagen und Versprechungen des Auslandes, soweit überhaupt irgend welche vorliegen, einige unzweifelhaft gebrochen worden. Man hat in einem bestimmten Augenblick folgenschwere Entschliessungen der österreichischen Finanz- und Kreditpolitik damit begründet, dass man von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich und von ausländischen Notenbanken dafür die Zusicherung bekommen habe, wenn man ihrem Rate folge, würden die Banken die Garantie für die österreichische Währung übernehmen. Man muss nicht erst untersuchen, wie dieses Versprechen gehalten worden ist.

Nach all diesen Erfahrungen muss man sich doch endlich klarmachen, dass Oesterreich seine eigene Politik nach eigenem Willen und nach seinen eigenen Bedürfnissen machen muss, dass man mit dem Ausland gegenseitige Vereinbarungen abschliessen, aber nicht auf blossе Versprechungen von Wohlwollen das Ausland in unseren Angelegenheiten diktieren lassen kann. Das hat man seit Mai vorigen Jahres ständig getan und das ist mit eine der Hauptursachen der katastrophalen Lage, in der wir uns befinden.

Wie es mit der Aussicht steht, vom Ausland eine wirkliche Bestätigung eines Wohlwollens zu bekommen, das haben die Verhandlungen in London gezeigt.

Ich weiss nicht, wie weit die Nachrichten über Einzelheiten des französischen Donauplanes, die man in den Zeitungen lesen konnte, richtig gewesen sind. Wenn sie richtig sind, müsste man sagen, dass dieser Plan an sich überhaupt nicht geeignet gewesen wäre, irgend eine volkswirtschaftliche Wirkung herbeizuführen. Es ist in den Zeitungen unwidersprochen behauptet worden, dass im Ganzen eine zehnprozentige Präferenz für österreichische Waren in den Donaustaaten vorgesehen worden sei. Eine zehnprozentige Präferenz wäre überhaupt nicht geeignet, wirkliche volkswirtschaftliche Vorteile zu bieten, abgesehen davon, dass schon die räumliche Beschränkung der Präferenz diese Vorteile wesentlich verringern würde. Es ist bereits überflüssig, über diesen französischen Plan noch viel zu reden, weil er, mindestens in der bisherigen Gestalt, keinerlei Aussicht auf Durchführung hat. Es gibt niemand in Oesterreich der etwa eine grundsätzliche Abneigung gegen ein System von Vorzugszöllen hätte, aber es muss mit aller Entschiedenheit gesagt werden, dass die grösste Gefahr für jeden Versuch, auf dem Wege von Vorzugszöllen eine Erleichterung unserer wirtschaftlichen Lage zu finden, in dem wohlbegründeten Misstrauen liegt, dass damit politische Absichten verfolgt werden. Welche politische Absichten das immer sind, ob Absichten französischer Machtpolitik oder italienischer Machtpolitik, ob aussenpolitische Pläne oder reaktionäre Pläne hier in Oesterreich, jedes solche Misstrauen steht einem solchen Plan entgegen. Die Regierung wird auf die Unterstützung der Mehrheit der Volksvertretung nur rechnen können, wenn solche Pläne von Vorzugszöllen völlig freigehalten sind von allen aussen- oder innenpolitischen Kombinationen.

Es ist in den Zeitungen behauptet worden, dass die Regierung nunmehr, nachdem die Londoner Konferenz ergebnislos geblieben ist, die Absicht habe, mit einzelnen Staaten über ein System von Vorzugszöllen zu verhandeln und die Verträge nachher der Genehmigung des Völkerbundes oder der Mächte, die auf Grund der Meistbegünstigungsklausel einen Einspruch erheben könnten, vorzulegen. Es mag sein, dass ein Versuch zur Konkretisierung des ganzen Problems, indem man an die Stelle allgemeinen Geredes über Vorzugszölle konkrete Verhandlungen mit einzelnen Staaten setzt und dadurch den anderen Staaten zeigt, dass solche Verträge sehr wohl möglich sind, ohne ihre Interessen zu verletzen, nicht ganz aussichtslos wäre. Ich hätte gegen eine solche Absicht umso weniger ein Bedenken, als sie in einer Richtung liegt, die ich schon in einer früheren Sitzung des Hauptausschusses vertreten habe, in der Richtung nämlich, dass wir kein Interesse haben, auf irgend einer grossen Konferenz eine Gruppierung von Staaten zu begründen, sondern nur ein Interesse daran haben, mit einzelnen Staaten möglichst viele Präferenzverträge abzuschliessen und von den anderen Staaten nur die Genehmigung zu bekommen, sie in Kraft zu setzen, ohne dass sie dagegen auf Grund der Meistbegünstigungsklausel Einspruch erheben. Ich weiss nicht, ob das die Politik der Regierung ist, und möchte daher an den Bundeskanzler die Frage stellen, ob eine solche Absicht besteht. Nun scheint mir aber im Augenblick die finanz- und kreditpolitische Frage aktueller zu sein als die handelspolitische, schon deswegen, weil, solange das System

der Devisenbewirtschaftung sowohl bei uns wie bei den Staaten, mit denen wir in Handelsbeziehungen stehen, aufrechterhalten wird, alle handelspolitischen Massnahmen völlig wirkungslos sind. Schon vor und während der Londoner Konferenz hat man insbesondere in französischen und englischen Zeitungen, auch in solchen, die den dortigen Regierungen sehr nahestehen und in der Regel die Meinung dieser Regierungen ausdrücken, Artikel lesen können, die für Oesterreich im höchsten Mass beunruhigend waren. Es ist in einigen dieser Zeitungen, insbesondere im „Temps“ in einer herausfordernden und beleidigenden Weise von der Notwendigkeit einer Finanzkontrolle über Oesterreich gesprochen worden und man hat da wieder erzählt, dass Oesterreich Verschwendung treibe. Die Frage, welche Staatsausgaben verschwenderisch sind oder nicht, ist eine Frage, über die wir uns innenpolitisch oft auseinandersetzen müssen, aber die Art, wie sie vom Ausland behandelt worden ist, ist wirklich skandalös und wirkt am skandalösesten, wenn man sich erinnert, dass die ärgste der Verschwendungen, nämlich die Uebernahme der Haftung für die alten Schulden der Credit-Anstalt, unter dem Druck derselben Kreise erfolgt ist, die sich jetzt über eine verschwenderische Gebarung in Oesterreich beschweren. Man muss sich nur erinnern, welche pathetischen Artikel dieselben französischen Zeitungen während der Verhandlungen über die deutsch-österreichische Zollunion für die Souveränität Oesterreichs geschrieben haben, um das Herausfordernde dieser Darlegungen zu begreifen, die jetzt diese Souveränität durch eine internationale Kontrolle vollständig beseitigen möchten.

Ich möchte zu diesem Punkt der internationalen Kontrolle sehr nachdrücklich folgendes sagen: Es ist an sich ein grotesker Einfall, dass ein Staat für einen so geringen Betrag, wie es 100 Millionen Schilling selbst für Oesterreich sind, seine Entschlussfreiheit preisgeben und sich unter ein neues internationales Kontrollkomitee stellen soll, obwohl er ohnehin schon mit vier ausländischen Kontrolloren gesegnet ist. Da es möglich ist, dass es im Verlaufe der Genfer Besprechungen zu Verhandlungen über Finanzfragen kommt, so will ich der österreichischen Regierung gegenüber unsere Stellung zu der Frage der Kontrolle mit grösstem Nachdruck präzisieren. Es sind drei Gedanken auf die ich hier besonderen Wert lege und die ich der Beachtung des Bundeskanzlers besonders empfehle.

Wir halten es erstens für schlechthin unmöglich und ausgeschlossen, dass Oesterreich irgendwelchen finanziellen Kontrollmassnahmen zustimme, die unsere aussenpolitische Bewegungsfreiheit auch nur im geringsten beeinträchtigen oder uns im geringsten irgendwelche aussenpolitischen Bindungen auferlegen würden. Es wäre vielleicht in keinem andern Lande Europas notwendig, erst zu sagen, dass man das nicht tun dürfe, aber in Oesterreich ist es leider notwendig. Wir haben eine solche Erfahrung schon gemacht. [...] Im Oktober des Jahres 1922 hat die damalige Regierung Seipel den bekannten Genfer Vertrag abgeschlossen, in dem sie wirklich ein Stück der aussenpolitischen Souveränität Oesterreichs durch das sogenannte erste Genfer Protokoll preisgegeben hat, um einen Kredit zu bekommen. Wir waren damals die einzigen im Lande, die das bekämpft haben. Heute weiss das Land, wie verhängnis-

voll dieses Protokoll gewesen ist. Es ist das nämlich jenes Protokoll, auf das, und zwar auf das allein, der Haager Schiedsgerichtshof sich berufen hat, als er im vorigen Jahr entschied, Oesterreich habe kein Recht zu einer Zollunion mit Deutschland. Nach dieser Erfahrung wird man also vorsichtig sein und mit allem Nachdruck verlangen müssen, dass vor allem keine aussenpolitischen Bindungen getroffen werden. Der zweite Gedanke, den ich in diesem Zusammenhang sehr nachdrücklich betonen muss, ist folgender: Es ist während der Londoner Konferenz, zwar nicht in ausländischen, aber in Wiener Zeitungen, die Nachricht aufgetaucht, dass das Ausland für die Gewährung eines Kredites von 100 Millionen Schilling eine Kontrolle nicht nur über die Finanzen des Bundes, sondern auch über die der Länder und Gemeinden beanspruchen werde. Ich zweifle keinen Augenblick, dass diese Forderung nicht in Paris oder London oder Rom ersonnen worden ist, sondern ersonnen worden ist in Wien von denselben Kreisen, die seit 1918 noch kein einziges Jahr haben vorübergehen lassen, ohne den Versuch zu machen, ihre Klasseninteressen dadurch zu vertreten, dass sie das Ausland gegen die Entscheidungen der österreichischen Volkes anrufen. Es sind das die Leute, die, wenn sie schon keine Aussicht haben, auf dem Wege von Wahlen die politische Vertretung der Wiener Bevölkerung zu ändern, den Willensausdruck der Wiener Bevölkerung durch Kontrolle französischer und englischer Bankiers korrigieren möchten. Ich konstatiere hier, dass die Regierung nach der Bundesverfassung nicht das geringste Recht hat, irgendwelche Vereinbarungen abzuschliessen, die die Gliedstaaten des Bundes unter eine Kontrolle des Auslandes setzen würden. Unter Kontrolle setzen kann die Regierung nur sich, aber nicht die Länder. Und ich erkläre hier mit allem Nachdruck, dass es keine Bedingung gibt, unter der wir Sozialdemokraten einem Verfassungsgesetze zustimmen würden, das die Länder unter diese Kontrolle setzen würde. Was das Land Wien betrifft, so beansprucht dieses Land keine Hilfe vom Ausland und hat daher nicht den geringsten Grund, sich unter irgendeine ausländische Kontrolle setzen zu lassen. Ich kann die Regierung nur warnen, sich von jenen Kreisen in Oesterreich, die gegen die politischen Entscheidungen des Wiener Volkes an das Ausland appellieren möchten, für ihre Zwecke einspannen zu lassen.

Der dritte Gedanke, den ich noch energischer als die beiden vorhergegangenen hier vertreten muss, ist der folgende: Wir warnen die Regierung nachdrücklich, irgendwelche Vereinbarungen über eine Finanzkontrolle zu schliessen, die die soziale Gesetzgebung in Oesterreich oder die die Aufwendungen, die das Parlament für soziale Zwecke beschliesst, unter ausländische Kontrolle setzen würden. Es wäre nach meiner Ueberzeugung schlechthin unmöglich, eine Mehrheit im Parlament für irgendwelche Vereinbarungen zu finden, die etwa bedeuten würden, dass ausländische Bankiers oder Regierungen, die die Agenten dieser ausländischen Bankiers sind, darüber entscheiden in welcher Höhe oder in welcher Dauer die Arbeitslosenunterstützung gewährt oder welche Bezüge an die österreichischen Bundesangestellten und Pensionisten bezahlt werden sollen. Wir verwahren uns in der schärfsten Weise dagegen, dass ausländische Kapitalisten oder Regierungen

in diese Dinge hineinreden wollen und dass man uns in der Freiheit, über solche Dinge zu entscheiden, beschränken will. Wir würden mit der grössten Entschiedenheit gegen jede Regierung auftreten, die selbst für einen viel grösseren Betrag, als es der Bettel von 100 Millionen Schilling wäre, die Freiheit des österreichischen Volkes, das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes in solchen wesentlichen Dingen beeinträchtigen möchte. Da Verhandlungen mit dem Auslande bevorstehen, möchte ich, dass über diese Dinge gar kein Zweifel besteht, und ich lege den grössten Wert darauf, das hier öffentlich vor dem Inland, aber insbesondere vor dem Ausland zu sagen. Das einzige Recht, das die ausländischen Gläubiger haben, ist zu verlangen, dass ihr Schuldner ordentlich wirtschaftet und nicht eine Defizitwirtschaft treibt. Wie wir aber das Gleichgewicht in unserem Bundeshaushalt aufrecht erhalten, mit welchen Steuern und Einnahmen, und wie wir andererseits unsere Ausgaben verteilen, ist unsere eigenste Angelegenheit, in die dreinzureden niemand das Recht hat.

Da das Ergebnis der Londoner Konferenz zeigt, wie gering die Aussicht ist, vom Ausland überhaupt eine Hilfe zu bekommen, scheint es mir vor allem notwendig zu sein zu erwägen, was wir zu tun haben, um uns selber zu helfen, so weit das überhaupt möglich ist. Wir glauben, dass die grösste und eigentliche Gefahr im Augenblick in unserer Devisensituation liegt. Die Nationalbank hatte vor einem Jahr zur Deckung der Banknoten noch einen Gold- und Devisenschatz von 860 Millionen S., davon sind im Verlaufe des Jahres 800 Millionen abgeflossen und nur mehr 60 Millionen geblieben. Die Situation ist also sicher ganz ausserordentlich angespannt. Die Methoden der Devisenbewirtschaftung, die sich die Mehrheit des Hauptausschusses gegen ihre Ueberzeugung, wie ich wohl weiss, von Dr. Reisch hat aufschwätzen lassen, haben sich nach allgemeinem Urteil nicht bewährt und, was seit dem Wechsel in der Leitung der Nationalbank geschehen ist, hat in keiner Weise genügt, die Lage zu verbessern. Seit der dritten Märzwoche werden für die Bezüge von Kohle überhaupt keine Devisen mehr zugeteilt, auch nicht für Steinkohle, die nicht durch heimische Kohle ersetzt werden kann. Vorläufig helfen sich die Unternehmungen, die die ausländische Kohle zwingend brauchen, indem sie Kohle auf Kredit beziehen, d. h. indem sie sich immer weiter verschulden. Vorläufig hilft man sich damit hinweg, dass man die Vorräte allmählich aufzehrt. Es kann sich jeder ausrechnen, dass eine solche Wirtschaft nur eine sehr beschränkte Zeit möglich ist. Die Rohstoffversorgung unserer Industrie wird seit derselben Zeit in einer ganz gefährlichen Weise gedrosselt. Die Zuteilungen für Textilrohstoffe, die im Inland nicht zu haben sind, für Baumwolle, Schafwolle, Jute und auch für Garnsorten, die im Inlande nicht erzeugt werden, sowie die Zuteilungen für Farbstoffe sind seit Mitte März auf die Hälfte herabgesetzt worden. Das mag eine Zeitlang gehen, weil unzweifelhaft bedeutende Vorräte im Lande vorhanden sind, aber das geht eben nur kurze Zeit, wenn nicht ganze grosse Industrien zum Stillstand kommen sollen. Ebenso ist die Lage bei den anderen Rohstoffen. Auch die Zuteilung von Devisen für den Bezug von Metallen ist seit der zweiten Hälfte März bedeutend gekürzt worden.

Geradezu unhaltbar sind die Kürzungen, die in den letzten Wochen für Brotgetreide vorgenommen worden sind. Um unsere Versorgung zu sichern, brauchen wir eine Einfuhr von etwa 850 Waggons in der Woche. Es ist aber teils durch Devisenzuteilungen, teils durch Kontingentverträge nur eine Einfuhr von 500 Waggons gesichert. Eine zeitlang mag das ja wegen der vorhandenen Vorräte unbedenklich sein, aber auf die Dauer liegt in einer so gedrosselten Einfuhr eine ernste Gefahr. Die Bedenken gegen die Art der Devisenbewirtschaftung werden noch vergrößert, wenn der Eindruck entsteht, dass bei der Verteilung der vorhandenen Devisen nicht gleichmässig vorgegangen wird. Der Landwirtschaftsminister hat, wie man hört, den an sich zweifellos begrüßenswerten Plan der österreichischen Landwirtschaft durch die Zufuhr von 6000 Waggons Mais und Gerste billige Futtermittel zur Verfügung zu stellen. Wir waren immer der Ansicht, dass die Versorgung mit billigen Futtermitteln von grösster Bedeutung für unsere Landwirtschaft und unsere Volksernährung ist. Aber andererseits wird man den geringen Bestand an Devisen nicht für Futtermittel allein verwenden dürfen, wenn man auf der anderen Seite die Versorgung mit Brotgetreide, Kohle, Textilien, Metallen und sonstigen Rohstoffen nicht sicherstellen kann.

Unsere Devisensituation zeigt das Bedrohliche unserer Lage. Es ist klar, dass wir jetzt nicht warten können, ob sich das Ausland nicht vielleicht doch entschliesst, uns noch im letzten Augenblick Hilfe zu bringen, zu Bedingungen, die mit unserer Freiheit und Würde verträglich wären. Wir müssen vielmehr daran denken, aus eigenem Willen Massnahmen zu treffen, um unsere Volksernährung und die Beschäftigung unserer Betriebe zu sichern. Die Regierung plant, wie in den Zeitungen zu lesen war, durch ein System von Einfuhrverboten oder -Kontingenten eine Erleichterung der Lage zu schaffen. Wir sind durchaus nicht grundsätzliche Gegner eines jeden Einfuhrverbotes. In einer Zeit, wo die Brotgetreideeinfuhr, die notwendigsten Kohlenbezüge, der Bezug von Rohmaterialien so gedrosselt wird, wird man auf den Import von Luxusautos, französischen Parfums usw. verzichten müssen. Aber es muss davor gewarnt werden, ins andere Extrem zu fallen. Die Regierung hat in der Frage der Einfuhrverbote bisher eine unglückselige Politik verfolgt. Man hat vor etwa zwei Monaten angekündigt, dass man Einfuhrverbote machen werde. Das hat zur Folge gehabt, dass die Interessenten die Einfuhr noch vor dem Inkrafttreten der Verbote forciert haben. Man ist dann von dem Plan abgegangen und die einzige Wirkung war, eine erhöhte Einfuhr und eine Mehrbelastung unserer Zahlungsbilanz. Aber auch sonst ist die Frage der Einfuhrverbote und -Kontingente für Oesterreich nicht einfach. Vor allem wegen der Gefahr, dass das Ausland seinerseits mit Einfuhrverboten antworte, was unsere Zahlungsbilanz und Devisensituation noch verschlimmern u. vor allem die Arbeitslosigkeit vergrößern würde. Ebenso ernst wäre die Wirkung einer solchen Politik auf den Wiener Handel. Von alters her hat der Wiener Handel die Funktion eines Vermittlers zwischen der Industrie der Sudetenländer und den agrarischen Nachfolgestaaten. Zehntausende von Angestellten haben in diesem Handel Beschäftigung gefunden, dieser Handel war die eigentliche

Grundlage des Wiener Fremdenverkehrs und des unsichtbaren Exportes, von dem ein grosser Teil des Wiener Gewerbes, insbesondere der Luxusgewerbe lebte. Dieser Handel, für die österreichische Zahlungsbilanz von ungeheurer Bedeutung, ist durch die Devisenbewirtschaftung nahezu erschlagen worden. Ein System von Einfuhrverboten könnte die letzten Reste dieses volkswirtschaftlich bedeutsamen Aktivums der österreichischen Wirtschaft völlig zunichte machen. Die Lösung unserer Devisenschwierigkeiten ist also auf dem Wege von Einfuhrverboten und Einfuhrkontingenten nicht zu erreichen.

Angesichts dieser Lage müsste man den Mut haben, eine andere Frage zu erwägen. Kenner unserer Devisensituation sind der Meinung, dass die Nationalbank auch heute noch in der Lage wäre, jeden berechtigten Bedarf der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft zu befriedigen, wenn nicht so grosse Mittel für die Zinsenzahlungen an das Ausland reserviert werden müssten. Andere Staaten haben die Zinsenzahlungen an das Ausland in ausländischer Währung eingestellt und stellen die dafür notwendigen Beträge nur in ihrer heimischen Währung sicher. Einige Staaten bestreiten die Zinsenzahlungen an das Ausland zwar, aber mit Geldern die sie vom Ausland geborgt erhalten. Oesterreich hat bisher den Zinsendienst an das Ausland aus eigenen Mittel aufrecht erhalten. So wichtig das auch für die Zukunft sein mag, weil unser Land auch in Zukunft auf Anleihen angewiesen sein dürfte, so gibt es doch auch für diese Politik eine Grenze. Das jeder Exekution entzogene Minimum, das das bürgerliche Recht bei jeder privaten Schuldenexekution dem Schuldner lässt, muss auch im internationalen Verkehr gelten. Keinem Staate kann zugemutet werden, seine Bevölkerung zugrunde gehen zu lassen, nur damit er unbedingt die Zinsen an das Ausland in ausländischer Währung bezahle. Gewiss, wird man einen solchen Entschluss nicht leichtfertig fassen. Aber wenn nach dem Ergebnis der Londoner Konferenz eine Hilfe vom Ausland entweder überhaupt nicht zu erwarten ist, oder nur unter Bedingungen, deren Annahme mit unserer Freiheit und staatlichen Souveränität nicht vereinbar wäre, so müsste man diese Frage einmal ernsthaft prüfen.

Der Redner verweist schliesslich auf die Bedeutung, die ein Handelsvertrag mit Sowjetrussland für die österreichische Volkswirtschaft hätte. Ueber diesen Handelsvertrag wird seit neun Monaten verhandelt. Die Wirkung des Hinauszögerns ist, dass der österreichischen Industrie Bestellungen im Werte verloren gegangen sind, die zwischen 50 und 80 Millionen Schilling liegen mögen. Hier handelt es sich um die Lebensmöglichkeit für Dutzende von Betrieben und um die Beschäftigungsmöglichkeit für Tausende von Arbeitern und Angestellten. An die Regierung sei die dringende Mahnung gerichtet, diese Verhandlungen endlich zum Abschluss zu bringen; es handelt sich da um eine der wenigen Möglichkeiten aus eigener Kraft schnell Arbeit zu beschaffen, die wir in Oesterreich haben und daher wäre es unverantwortlich, wenn diese Möglichkeit nicht ausgenützt würde.

Abg. Dr. *Rintelen* meint, es sei ausserordentlich zu begrüessen, dass die Nationalbank bezüglich der Devisenzuteilung nunmehr für die Braunkohleneinfuhr auf einem

ablehnenden Standpunkt steht. Dabei muss es bleiben. Es handelt sich hier nicht um die Frage der Devisenersparnis, sondern auch um die Frage der Beschäftigung von Arbeitern. Dieser begründeten Massnahme werden zuviel Schwierigkeiten bereitet, indem man dem Beimengungszwang mit dem Einwand zu begegnen sucht, dass gewisse Industrien nicht darauf eingerichtet seien. Bei halbwegs gutem Willen würde man sich vielfach ohneweiters auf Braunkohle umstellen können. Auch die Frage des Wiener Hausbrandes muss gelöst werden, selbst auf die Gefahr einiger Unbequemlichkeiten auf diesem Gebiete. Der Redner fordert daher neuerlich die *eheste* Erlassung der diesbezüglichen Verordnung. Was die Einfuhrverbote betrifft, so darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass niemand an Einfuhrverbote als eine dauernde Einrichtung denkt. Die Einfuhrverbote sollen lediglich eine Pression auch im Interesse der österreichischen Industrie und des österreichischen Handels bilden. Wenn der Vorredner gemeint hat, dass der Wiener Handel durch die Devisenvorschriften gelitten habe, so hat doch andererseits niemand bestritten, dass die Devisenvorschriften unvermeidlich waren. Es wurde auch kein anderer Vorschlag gemacht. Wir hatten vor diesen Devisenvorschriften ein System eines sehr weitgehenden freien Handels. Vielleicht ging dieser freie Handel allzuweit, wenn man sich erinnert, dass zu einer Zeit, wo sich Deutschland gegen Polen abgesperrt hat, wir auch jene polnischen Schweineexporte aufgenommen haben, die für Deutschland bestimmt gewesen waren. Trotz dieses freien Handels, ist aber unser Handel, schon damals stark zurückgegangen. Gerade wenn wir unserem Handel auf die Beine helfen wollen, können wir es nur, wenn wir von Einfuhrverboten Gebrauch machen, besonders jenen Staaten gegenüber, bei denen unsere Handelsbilanz passiv ist. Deshalb wären Massnahmen der Regierung in dieser Richtung zu begrüßen. Der Redner nimmt schliesslich eingehend Stellung zu den Ausführungen Dr. Bauers bezüglich der Zinsenzahlungen an das Ausland.

Abg. Dr. *Straffner* hebt die Feststellung des Communiqués über die Londoner Konferenz hervor, dass bei allen Staaten in der Erkenntnis Uebereinstimmung besteht, dass der durch die Friedensverträge geschaffene Zustand gewissen Donaustaaten weder wirtschaftlich noch finanziell Lebensmöglichkeit gewährleistete. Ferner, dass Uebereinstimmung darüber besteht, dass die wirtschaftliche Lage Oesterreichs und Ungarns zu akuterem Besorgnissen Anlass gebe, als die Jugoslawiens und Rumäniens. Diese Feststellungen sind so wichtig, dass wir tatsächlich eines Tages sagen können: Ihr habt uns durch eure kurzsichtige Politik, die ihr vor 13 Jahren in Saint Germain und Versailles getrieben habt, lebensunfähig gemacht, das Ergebnis dieser kurzsichtigen Politik zwingt uns, einmal zu sagen: Non possumus. Wir können jetzt noch nicht sagen, wann dieser Augenblick gekommen ist, aber wenn der Widerstand des Auslandes, uns wirklich zu helfen, so weiter dauert, wird dieser Augenblick einmal gekommen sein. Redner würde deshalb ganz besonderen Wert darauf legen, dass der Bundeskanzler bei den Verhandlungen, die in absehbarer Zeit stattfinden, auf diese Feststellung zurückgreift, die für Oesterreich von aller grösster Wichtigkeit sind.

Dr. Hueber erklärt, er habe das Empfinden, dass die österreichische Wirtschafts- und Aussenpolitik in den letzten Jahren darin bestanden habe, sich durch falsche Hoffnungen zu irgendwelchen auch innerpolitischen Massnahmen verleiten zu lassen, ohne dass diese Hoffnungen dann auch nur im geringsten erfüllt wurden. Die Partei des Redners habe immer davor gewarnt, unser Verhalten durch Hoffnungen auf irgendwelche Auslandsleihen bestimmen zu lassen. Was die Tätigkeit des Völkerbundes und die Londoner Konferenz anlangt, so sind es nicht völkische und nicht vaterländische Kreise, die auf diese Institution und die europäischen Grossmächte so grosse Hoffnungen gesetzt haben. Insbesondere linksgerichtete Parteien waren es, die von ihnen eine Neuordnung Europas erwarteten. Dass diese Hoffnung trügerisch ist, zeigt der Ausgang der Londoner Konferenz. Dieser zeigt aber noch etwas anderes, etwas für Oesterreich nicht gar so ungünstiges; die Uneinigkeit unter den Grossmächten gibt gerade auch dem kleinen Staate Oesterreich die Möglichkeit, durch eine energische Willensäusserung seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Gerade in dieser Situation müssen wir auch für uns den Begriff des heiligen Egoismus finden und das tun, was das Interesse Oesterreichs fordert. Wir müssen diesen Standpunkt ohne allzuviel Aengstlichkeit vertreten und ohne Furcht, auf der einen oder anderen Seite Anstoss zu erregen. Wenn davon gesprochen wird, dass wir politische Bindungen vermeiden müssen, wenn wir wirtschaftliche eingehen, so bringt wohl jede wirtschaftliche Bindung unwillkürlich gewisse politische Bindungen mit sich. Die Regierung möge ja nicht derartige wirtschaftliche Bindungen einseitig in der Richtung des französischen Planes eingehen, sondern darauf Bedacht nehmen, dass sie nicht in eine Richtung abgedrängt werde, die vom nationalen Standpunkt aus unerträglich wäre. Insbesondere würden wir eine einseitige Festlegung Oesterreichs in der Richtung einer Donauföderation ohne Deutschland mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Bundeskanzler Dr. Buresch erwidert, er sei von Anfang an der Ueberzeugung gewesen, dass die Forderung nach einer Aussprache über die Aussen- und die Handelspolitik nicht zu dem Zwecke durchgeführt wurde, um Schwierigkeiten zu machen, sondern dass sie deswegen geschieht, um der Regierung Unterstützung zu leihen. Selbstverständlich ist es für die Regierung von grösster Bedeutung, die Meinung der im Hause vertretenen Parteien kennen zu lernen. Der Bundeskanzler könne auch versichern, dass alle heute vorgebrachten Anregungen im Schosse der Regierung bereits Gegenstand eingehender Erörterung waren. Wenn man sich zu der einen oder der anderen vorgeschlagenen Massnahme nicht entschliessen konnte, so hat das darin seinen Grund, dass wir mit Rücksicht auf unsere Ueberlegungen und auf Informationen, die wir bei Fachleuten gepflogen haben, nicht zur Meinung kamen, derartige Vorschläge in die Tat umzusetzen. Nicht richtig ist die Behauptung, die Regierung stehe mehr oder minder unter dem Drucke des Auslandes und alles, was im Laufe der letzten Zeit geschehen sei, sei nur auf den Druck des Auslandes zurückzuführen. Die Regierung steht nur insoferne und insoweit unter dem Druck des Auslandes, als Oesterreich mit dem Ausland Handel treibt, an das

Ausland verkauft, aus dem Auslande kauft, dass wir im Auslande Forderungen haben und umgekehrt auch das Ausland an uns Forderungen hat. Dass wir natürlich gewisse Rücksichten nehmen, ist wohl selbstverständlich. Insbesondere möchte es der Bundeskanzler ganz entschieden negieren, dass z. B. die Devisenverordnungen auf ausländischen Druck zurückzuführen seien. Die österreichische Regierung hat sich durch die ganzen Sommermonate hindurch dagegen gewährt, irgend etwas in der Frage der Devisenbewirtschaftung vorzunehmen; solange bis eben die zwingende Notwendigkeit vorlag, bis eben der Bedarf an Devisen mit der vorhandenen Devisenmenge nicht mehr im Einklang war. Am 8. Oktober mussten wir uns entschliessen, denselben Weg zu gehen, den die Staaten rings um uns bereits vorangeschritten waren, die Devisenbewirtschaftung einzuführen. Das zeigt, dass wird das nicht gerne getan haben und den Tag herbeisehnen, wo sie wieder aufgehoben werden kann, noch besser, wo sie selbst als überflüssig in sich zerfallen würde.

Die Bemerkung des Abg. Dr. Straffner, ich hätte gemeint, das Ausland verlange eine Aenderung in der Führung der Aussenpolitik Oesterreichs, ist in dieser Form nicht richtig; ich habe mich nur dahin geäußert, dass die aussenpolitische Situation eine solche Aenderung verlange und dass die Ereignisse im Verlaufe des letzten Jahres der Anlass dazu seien.

Es wird heute darüber geklagt, dass manches noch nicht erreicht sei. Auch ich muss mich in Geduld üben. Geduld ist heute die wichtigste Tugend und man muss versuchen, durch Zähigkeit und Ausdauer über die Schwierigkeiten der Zeit hinwegzukommen. Durch die Aufrollung des Problems, wie Oesterreich handelspolitisch zu helfen ist, haben wir in Wirklichkeit das ganze mitteleuropäische Problem aufgerollt. Es ist ja nur natürlich, dass bei der Erörterung solcher handelspolitischer Fragen auch politische Fragen in die Diskussion gezogen wurden. Das eine ist sicher, dass wir uns für die Gewährung handelspolitischer Erleichterungen in keiner Weise politisch binden werden. Ich bin der Ansicht, dass Oesterreich absolut lebensfähig ist; allerdings müssen gewisse Beschränkungen, die seit dem Jahre 1918 von den uns umgebenden Staaten auferlegt wurden, beseitigt werden und es müssen jene Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, die dem österreichischen Handel, der österreichischen Industrie und der österreichischen Arbeit derzeit gegenüberstehen. In dieser Beziehung stehen wir auf dem Standpunkt, dass wir Vorzugszölle nicht allein von unseren Nachbarstaaten, sondern auch von allen anderen Staaten, die mit uns in Verkehr stehen, verlangen. Hierbei denken wir in manchen Artikeln an die Grossmächte; beispielsweise kann unser Export an Holz, Papier und Zellulose nicht von den Staaten im Donaauraum allein aufgenommen werden. Die grosse Menge des Exportes drängt nach dem Westen und dem Süden und es ist klar, dass wir nur dann, wenn wir mit diesen Staaten Präferenzen zu vereinbaren imstande sind, den Weg für Oesterreich frei machen können. Wir haben die Absicht, mit jedem einzelnen Staat über die Frage der Präferenzen gesondert zu verhandeln, weil ja die wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Staaten verschiedene sind. Es ist nicht

richtig, dass für österreichische Waren eine 10%ige Präferenz angeboten worden ist. Das scheint nur eine Zeitungsmeldung zu sein, die keine reale Grundlage hat. Ebenso unrichtig ist es, dass von Oesterreich in irgend einer Weise eine Finanzkontrolle verlangt worden ist. Unrichtig ist es auch, dass das Ausland eine besondere Kontrolle über die Länder und Gemeinden verlangt hat, dass das zusätzliche Darlehen von 100 Millionen gegeben wird, ebenso ist es unrichtig, dass die Regierung zugesagt hätte oder dass man von ihr verlangt hätte, dass die soziale Gesetzgebung unter ausländische Kontrolle gestellt wird. Die österreichische Regierung hat nicht die Absicht, irgendwelche entwürdigende Bindungen einzugehen, von denen sie überzeugt wäre, dass das Parlament sie niemals genehmigen würde. Es ist heute wieder gesagt worden, man setze sich solchen Zumutungen aus oder man verdiene sie, wenn man nicht selber Ordnung macht. Das ist ein sehr wahres Wort. Meine Genfer Reise im September vorigen Jahres wäre nicht notwendig gewesen, wenn wir schon im Juli des Vorjahres jenen Ernst bei der Ordnung des Staatshaushaltes an den Tag gelegt hätten, der notwendig gewesen wäre. Es wären der Regierung auch manche Unannehmlichkeiten, die sie im Laufe der Monate ertragen musste, erspart geblieben, hätte man bei der Regelung des Staatshaushaltes den dringenden Anforderungen mehr entsprochen als einer besonderen politischen Einstellung. Es ist natürlich, dass das politische Misstrauen heute noch, da es nicht lange seit Kriegsende ist, eine grosse Rolle spielt, und wenn wir auch keine politischen Kombinationen vorhaben, so haben sie doch andere, und es ist vielleicht da und dort der Wunsch aufgetaucht, man möge, wenn man zu handelspolitischen Vereinbarungen kommt, auch politische Kombinationen zur Erörterung stellen. Ich glaube nicht, dass es heute bei der wirtschaftlichen Erschütterung in Europa an der Zeit ist, auf politische Kombinationen irgendwelcher Art einzugehen. Solche Kombinationen werden ja auf lange Sicht, auf Generationen hinaus gemacht, und in dem heutigen wirtschaftlich zerrütteten Zustand, in dem sich Mitteleuropa befindet, dürfen sie nicht angegangen werden.

In der Frage der Einfuhrverbote hat der Ministerrat wiederholt Beratungen gepflogen und wir wollen diese Frage nunmehr so weit klarstellen, damit wir für den Fall, als kein anderer Weg übrig bleibt, gerüstet sind und uns nicht Hals über Kopf zu Massnahmen entschliessen müssen, die verderblich werden können. Wir sind uns vollkommen bewusst, welch grosse Bedeutung dem Wiener Handel zukommt, dass der Wiener Handel für die Stellung Wiens und Österreichs von größter Bedeutung ist. Massregeln, die auf diesem Gebiete ergriffen werden, sind immer etwas Zweiseitiges und wir werden uns dazu nur entschliessen, wenn uns kein anderer Ausweg bleibt. Ich bin allerdings der Meinung, dass sich hier ein Ausweg finden wird. Die Verhandlungen in London sind ja nicht abgebrochen worden, die Partner sind nicht in Zwist auseinandergegangen, sondern man hat die feste Absicht, schon in dieser Woche die Verhandlungen in Genf weiterzuführen. Ich stehe in Verbindung mit Genf und hoffe, dass die kommenden Tage eine Besserung der Situation für Oesterreich bringen werden.

Die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag ergeben haben, haben ihren Grund darin, dass die russische Regierung eine Änderung der Abwicklung der alten Verpflichtungen wünscht. Diese Verpflichtungen sind aber nicht gegenüber der österreichischen Regierung, sondern gegenüber dem österreichischen Handel, der österreichischen Industrie und der österreichischen Bankenwelt eingegangen worden. Die österreichische Regierung hat ihren ganzen Einfluss dahin ausgeübt, dass die beteiligten Kreise entgegenkommen und das ist auch in sehr bedeutendem Masse geschehen. Allerdings genügt das den russischen Unterhändlern nicht, sodass es bis heute nicht gelungen ist, die Differenz zu beseitigen. Es handelt sich um Bestellungen von 4 Millionen Dollars pro Jahr. Schwierigkeiten haben sich auch daraus ergeben, dass besondere Zusagen für die Abnahme von Benzin und Getreide verlangt werden. Die Regierung unterschätzt keineswegs die Bedeutung eines Handelsvertrages mit Russland und wendet alles auf, um ihn endlich zum Abschluss zu bringen.

Minister Dr. *Dollfuss* bezeichnet die Befürchtung des Abg. Dr. Bauer als nicht begründet, dass für die Brotgetreideversorgung nicht genügend Devisen zugeteilt, dagegen die Futtermittel begünstigt werden. Dass dem nicht so ist, beweist schon der Umstand, dass die Preisbildung bei Brotgetreide, bei Roggen und Weizen im Inlande durchaus im normalen Verhältnis zu den jeweiligen Auslandspreisen erfolgt, während bei den Futtermitteln infolge der Devisenverknappung die Preise unverhältnismässig gestiegen sind. Die Regierung hat sich daher bemüht, durch Schaffung von zusätzlichen Exporten und durch die Ermöglichung von Privatclearings mit diesen Exporten teilweise auch durch Kreditierungen die Futtermittelbeschaffung und damit ein normales Verhältnis der Futtermittelpreise zu den Weltmarktpreisen zu gewährleisten.

Damit ist die Debatte beendet. Der Bericht des Bundeskanzlers dient zur Kenntnis.

1224

Sektionschef Schüller an Generalsekretär Peter

Schreiben

AdR, NPA
Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft
Abschrift

Genf, 20. April 1932

Alle sind vollständig im Unklaren darüber, was aus unseren Angelegenheiten werden soll. Von den Franzosen ist leider vorläufig niemand hier, mit dem man reden könnte.

Massigli liegt im Bett; Bizot soll morgen kommen; Tardieu scheint dem deutschen Reichskanzler augenblicklich auszuweichen. Dieser fährt Ende der Woche fort und kommt vielleicht in der zweiten Hälfte der nächsten Woche wieder.

Meine Anregung, dass die Donaustaaten ihre Anträge für die Verhandlungen unter einander und mit den Großstaaten stellen sollen, wurde im Sekretariat lebhaft begrüßt. Walko ist damit sehr einverstanden; Bülow und Posse sind nicht dagegen, nur solle auch Bulgarien Anträge stellen (das kann man ja gar nicht verhindern). Die Engländer sind dafür und Leith-Roth meinte, die Mächte würden nur zu froh sein, einen Ausweg zu finden. Mit Grandi spreche ich morgen früh. Wann ich mit den Franzosen sprechen kann, auf die es doch vor allem ankommt, weiss ich nicht. Ich ersuchte Avenol, Coulondre zu einer Reise hierher zu veranlassen.

Die Finanzexperten beginnen Samstag und zwar hier und nicht in Lugano, das sehr unopportun gewesen wäre.

Aus meinen Gesprächen:

Bülow meinte, man könnte jetzt dem Herrn Bundeskanzler noch nicht zur Reise nach Genf raten. Er habe hier die Londoner Besprechungen fortsetzen wollen; aber die Franzosen seien nicht da. Er hoffe noch immer das Programm François Poncet durchzusetzen. (Ich: Das wäre sehr schön, ist aber ganz unwahrscheinlich). – Ein Zusammenhang mit Lausanne habe sich noch nicht gezeigt und wäre ihm unerwünscht, weil dies Lausanne noch mehr „belasten“ würde.

Walko: Ungarn strebe vor allem eine Herabsetzung der Zinsfüsse seiner Schulden an und sei bereit, dafür den Gläubigern neue Sicherheiten (Tabak, Telephon) zu geben. Er glaube, es werde sich alles bis Lausanne hinziehen. Leith-Roth: Es sei verfehlt, uns eine Anleihe zu geben, damit wir daraus die Zinsen früherer Anleihen zahlen. Wir würden keinen Mangel an ausländischen Zahlungsmitteln haben, wenn wir den künstlichen Goldkurs des Schillings verlassen würden.

Ich: Das könnten wir, wenn überhaupt, nur tun als Teil eines finanziellen und wirtschaftlichen Gesamtprogrammes, in dem auch die Anleihe eine wichtige Rolle spiele. Doch dürfe man diese nicht mit unerträglichen Controlen verbinden.

Auf dieses Gesamt-Programm und die Notwendigkeit, es sofort zustande zu bringen, lege ich in allen Gesprächen das Hauptgewicht.

Das ökonomische Komitee ist um einen Monat verschoben, weil die Donaufrage noch nicht besprochen werden kann. Die Holzsitzen finden statt.

Mit herzlichem Gruss

Dein sehr ergebener
Schüller

1225

Sektionschef Schüller an Generalsekretär Peter

Schreiben

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Abschrift

Genf, 23. April 1932

Mit Bizot und Coulondre hatte ich gleich nach ihrer Ankunft eine 2-stündige Unterredung. Sie liessen sich das handelspolitische Problem, das sie immer noch nur teilweise verstehen, erklären und versuchten andererseits mir einzuhämmern, dass die Donaustaaten weder öffentliche noch private Kredite bekommen können, wenn nicht eine *wesentliche* Aenderung der handelspolitischen Verhältnisse eintrete. Man könne allerdings mit der finanziellen Aktion nicht solange warten, aber Wille und Weg zur handelspolitischen müssten gegeben sein. Sie seien für perzentuelle allgemeine Präferenzen.

Meinen Vorschlag, dass die Donaustaaten eingeladen werden sollen, ihre Pläne zu entwickeln, begrüsst sie als Ausweg aus der Sackgasse. Ich legte ihnen nahe, nicht über den Text dieser Einladung, die doch die Einladenden zu nichts verpflichtet, mit den Deutschen zu streiten. Auch sollten die Grossmächte es unterlassen, jetzt die in London beschlossenen Memoranden auszutauschen, durch die die Gegensätze nur verschärft würden.

Sie erklärten sich dazu bereit. Dann sprach ich in demselben Sinn mit Posse. Dieser meinte, ich habe recht, aber von Berlin dränge man auf Ueberreichung des fertigen Memorandums, weil man Deutschland anklage, es habe London torpediert. Ich: Glauben Sie das mit Ihrem Memorandum zu widerlegen? Es wird den Punkt auf das i setzen. Posse gab dies zu. Ich ersuchte, die Deutschen sollten nicht vor den Italienern abgeben.

Grandi versprach mir, „sich nicht zu beeilen“. Auf eine Einberufung der neun lege er keinen Wert. Er werde meinem Rat folgen.

Leith-Roth ganz mit mir einverstanden.

Walko teilte mir mit, dass auch Tardieu zustimme, obgleich er „nicht mehr die Initiative ergreifen könne“.

So glaube ich die Prozedur ermöglicht zu haben. Was nicht hindert, dass die Schwierigkeiten bei der nächsten Station wieder kommen. Inzwischen haben wir eine günstigere Athmosphäre für die nächsten Wochen und die finanziellen Beratungen.

Diese stehen so: Die Engländer wollen die 100 M. der Bank von England in eine langfristige Anleihe verwandeln, wenn die Franzosen uns auch 100 M. geben – die Franzosen dagegen wollen einen gemeinsamen Fonds bei der B. I. Z. für alle Donaustaaten zu Stützung ihrer Währungen schaffen. (Dieser Plan entspringt

aus Rücksicht auf die Forderungen S. H. S. und Rumäniens). Niemeyer fehlt, ich werde ihm schreiben.

Gestern 1½ Stunden mit Beneš. Nach meiner Darlegung hielt er mir eine lange Rede; er begann: J'ai des doutes. Er habe mit dem „Donauplan“ innere Schwierigkeiten (Agrarier) und aussenpolitisch wisse er nicht, wohin er führe. Er begreife, dass Deutschland die gleichen Bedenken habe. Darum sei er darauf vorbereitet, dass die Sache nicht gehe und zunächst ein handelspolitischer Krieg durch Einfuhrverbote geführt werde. Gegen Deutschland, wohin die Tschechoslowakei 24 % ausführe, könne er nicht daran denken, einen Präferenzplan zu machen. Die Deutschen hätten allerdings in London den Zusammenhang mit Reparationen und Abrüstung verkannt. Auch sei es naiv, dass sie in demselben Atem für sich Präferenz forderten in dem sie dieselbe den Tschechen versagten. In ein 9er Komitee würde er nicht gehen, weil er sich von den Grossmächten nicht diktieren lasse. (Alles echter Benesch). Meinen Vorschlag, dass zunächst die Donaustaaten zur Darstellung ihrer Pläne eingeladen werden sollen, nahm er mit einigen Bedenken an (der „Plan“ wird ihm schwer fallen). Er denkt an perzentuelle Präferenzen mit Ausnahmen und einzelnen Kontingenten.

Es wird notwendig sein, sofort die Arbeit für unser Memorandum zu beginnen. Es wird wohl am 10. Mai etwa abgeliefert werden müssen. Das Handels-M. und Ackerbau-M. müssen sich über ihre Wünsche klar werden, die dann doppelt formuliert werden müssen.

- a) Als allgemeine Perzente mit Ausnahmen und Kontingenten
- b) Als Listen bestimmter Waren – und zwar Wünsche gegenüber Donaustaaten einerseits, Deutschland, Frankreich, Italien andererseits. Dann unsere Gegengeständnisse auf agrarischem Gebiete. Ich werde gegen Ende nächster Woche, wo ich etwas mehr Zeit haben werde, eine Skizze versuchen und senden, aber die Ressorts müssen jetzt schon anfangen und rasch vorwärts kommen.

Zu dem Bericht Frank's vom 15. April:

Ausser dem, was schon in meinen Gesprächen mit Rieth steht, wäre noch zu sagen: Ich war hier mit Posse in täglichem Kontakt; habe ihm alles erzählt. Wir werden auch wegen unseres Memorandums mit Berlin sprechen. Das Franckenstein's hat das „Hauptgewicht“ nicht auf die Präferenzen der Donaustaaten, sondern auf die der Grossmächte gelegt. Die deutsche Ablehnung einer Präferenz der tschechischen Industrie ist vollständig begreiflich. Aber ebenso die tschechische Ablehnung einer österreichischen Präferenz, die ebenso unüberwindlich ist wie die deutsche. Die Tschechen werden schon nicht dulden, dass sie in Deutschland gegen uns differenziert werden. Wie sollten sie sich das in S. H. S. und Rumänien gefallen lassen. Es ist daher falsch, wenn man sagt, wir sollen zwischen dem deutschen Plan, der der Zustimmung der Tschechen und Frankreichs bedarf und sie nicht erhalten kann, und dem französischen wählen, der wieder die deutsche Zustimmung nicht bekommt. Beide sind undurchführbar und daher wertlos. (So wäre es auch, wenn

wir nicht eine finanzielle Aktion durchführen müssten). Wir müssen einen Weg dazwischen suchen obgleich es sehr zweifelhaft ist, ob er gefunden werden kann. Die konkreten Zugeständnisse, die die Tschechen erhalten, müssten so sein, dass sie deutsche Interessen nicht ernstlich verletzen. Geht es so nicht, müssten wir einen ganz anderen Weg suchen. Jetzt handelt es sich darum, vorläufig für die finanziellen Verhandlungen eine günstige Atmosphäre zu schaffen. Ohne diese wären wir in der Gefahr, dass unsere Einnahmen von den Gläubigern, die dazu das Recht haben, beschlagnahmt und unsere Unabhängigkeit durch eine scharfe Finanzkontrolle gebrochen wird.

Ich bitte in diesem Sinne an Frank zu schreiben.

1226

Gesandter Marek an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 56/Pol. (streng vertraulich)

AdR, Gesandtschaft Prag

Z. 22046/13

Prag, 27. April 1932

Wie ich von gutinformierter Seite höre, ist die Beurteilung der nächsten wirtschaftlichen Entwicklung in Mitteleuropa eine sehr pessimistische. Man rechnet in hiesigen massgebenden Kreisen damit, dass sich die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in Mitteleuropa noch weiter verschärfen und – falls die gegenwärtig zur Diskussion stehenden mitteleuropäischen Wirtschaftspläne, wie es den Anschein habe, tatsächlich scheitern sollten – über kurz oder lang vollends katastrophal gestalten werden.

So höre ich streng vertraulich, dass für die nächste Zeit ein Wechsel in der Leitung der tschechoslowakischen Nationalbank geplant sei. Der bisherige langjährige Gouverneur dieser Bank, Dr. Pospíšil, dem man vorwirft, dass er zu sehr unter dem Einflusse der Živnobank stehe, soll dem ehemaligen Finanzminister Dr. Engliš, einem besonderen Vertrauensmanne des Hradschin, Platz machen. Ein solcher Wechsel, gerade unter den jetzigen kritischen Verhältnissen, scheint darauf hinzuweisen, dass ausserordentliche finanzielle Massnahmen im Zuge sind.

Wie mir weiters mitgeteilt wird, soll demnächst eine stärkere Herabsetzung des Bankzinsfusses mit oder gegen den Willen der Banken durchgeführt werden.

Ferner geht man angeblich daran, die bisherigen 10 und 20 Kronen-Banknoten in Scheidemünzen zu überführen. Es sollen 10 und 20 Kronen-Stücke im Betrage von zirka $\frac{1}{2}$ Milliarde Kč geprägt werden, die als solche nicht als Vermehrung des

Notenumlaufes aufscheinen. Durch diese verdeckte Inflationsmassnahme soll der Wirtschaft neues Blut zugeführt werden.

Mit Genugtuung konstatiert man hier das günstige Ergebnis der eben in Durchführung begriffenen freiwilligen Prolongation von zirka einer Milliarde Kassenscheinen, die gegenwärtig zur Einlösung hätten gelangen sollen. Diese Prolongation, die eigentlich ein kleines Moratorium ist, wurde von den Kassenscheinbesitzern bereitwilligst akzeptiert.

Es sei, so sagt man mir, überhaupt erstaunlich, welcher Optimismus in den hiesigen Finanz- und Wirtschaftskreisen noch immer herrsche, ein Optimismus der leider nicht sehr begründet sei. Man werde von einer Notmassnahme zur anderen schreiten müssen und im Herbst werde man vor der Notwendigkeit der Gehaltskürzungen stehen, die politisch auf die grössten Schwierigkeiten stossen werden. Das werde auch wahrscheinlich der Augenblick sein, wo sich eine durchgreifende Kabinettkonstruktion notwendig erweisen werde.

Man rechnet hier damit, dass sich die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei im kommenden Winter auf 1 Million erhöhen werde, weshalb man rechtzeitig für die Beschaffung der zur Unterstützung nötigen Gelder Vorsorge treffen müsse. Der Herbst werde daher neue finanzielle Vorkehrungen, innere Anleihe etc. bringen. Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1227

Nationalrat der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 76. Sitzung (Regierungserklärung und Debatte)

Sten. Prot.

NR – IV. GP

Wien, 28. April 1932

Bundeskanzler Dr. Buresch: [...] Zur Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme müssen Verhandlungen mit dem Auslande geführt werden, mit dem wir im Handelsverkehre stehen. Ich habe nun, wie bekannt, am 16. Februar d. J.¹ die Initiative zur Einleitung solcher Verhandlungen auf breiter Grundlage ergriffen. Der starke Widerhall, den unsere Schritte hervorgerufen haben, beweist, daß die Verhältnisse allenthalben für solche Aktionen reif sind. Ich habe Gelegenheit gehabt, im Hauptausschusse über die Standpunkte zur berichten, die zuerst die deutsche Regierung, sodann die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens sowie anderer Staaten bezogen haben. Die meisten unserer Nachbarn und auch andere Staaten

¹ ADÖ 8/1192.

haben sich bereit gezeigt, mit uns die Erweiterung unserer Ausfuhrmöglichkeiten auf Grund neuer Methoden zu besprechen. Dies bedeutet für uns geradezu die Existenzfrage. Österreich braucht für Erzeugnisse der Industrie wie auch für manche Produkte der Landwirtschaft einen erweiterten Markt; die erschütternde Zahl der Arbeitslosen, die Not und der Hunger der Gebirgsbauern sind Flammenzeichen, die niemand übersehen kann.

Unter der gegebenen wirtschaftlichen Situation hat die Bundesregierung vorgeschlagen, daß für bestimmte Artikel Präferenzen gewährt und gegeben und Kontingente festgesetzt werden. Im Verhältnis zu den Donaustaaten halten wir grundsätzlich die Gewährung gegenseitiger Präferenzen, hiebei in gewissen Fällen unter Festsetzung von Kontingenten, für das geeignete Mittel einer Belebung der Wirtschaft; im Verhältnis zu anderen Staaten halten wir die Gewährung einseitiger Präferenzen, vornehmlich für Erzeugnisse der Industrie und der Landwirtschaft, für eine notwendige Ergänzung des ersten Systems. In letzter Beziehung werden wir gerade an jene Staaten appellieren müssen, deren zu uns gerichtete Ausfuhr wesentlich größer ist als unser Export dorthin.

Diese unsere Vorschläge haben, wie nicht anders zu erwarten war, vielfältige Erwidierungen ausgelöst. Wenn sie auch in Inhalt und Form verschieden lauteten, allen lag aber der entschiedene Gedanke zugrunde, daß der Zeitpunkt gekommen sei, eine Verständigung unter den in Betracht kommenden Staaten herbeizuführen, um im Donauraume und auch darüber hinaus die Wirtschaft wieder aufzurichten.

Die Großmächte, an die mein erster Appell ging, stellten uns ihr Entgegenkommen in Aussicht. Auf der Londoner Konferenz traten die Vertreter Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens zum ersten Male zusammen. Daß man sich in London nicht gleich über einen bestimmten Plan einigen konnte, war für uns Österreicher nicht gerade erfreulich, doch bei der Kompliziertheit der Fragen, die behandelt wurden und wegen der Bedenken, die mit der prinzipiellen Stellungnahme verbunden sind, doch wieder begreiflich. Die Bundesregierung anerkennt die Hilfsbereitschaft der Vertreter der Großmächte und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die bestehenden Differenzen überbrückt und der Weg zu einer Verständigung noch gefunden wird.

Zur Behandlung der finanziellen Probleme wurde ein Komitee der Schatzämter der vier Großmächte eingesetzt, das bereits die Beratungen aufgenommen hat und dem Rate des Völkerbundes für den 9. Mai Vorschläge unterbreiten wird. Den Schwierigkeiten der Prozedur auf handelspolitischem Gebiete suchten wir dadurch zu begegnen, daß wir vorschlugen, die Großmächte sollten die Donaustaaten nunmehr schleunigst einladen, selbst die Programme darzulegen, die den handelspolitischen Bedürfnissen der einzelnen Staaten Rechnung tragen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß dieser Vorschlag, der günstig aufgenommen wurde und über den heute noch beraten wird, angenommen werden wird. Die Großmächte und die anderen meistbegünstigten Staaten werden dann in Kenntnis der konkreten Vorschläge Stellung nehmen können. Die Vorschläge selbst würden ja den natürlichen Beginn

der Verhandlungen bedeuten: Für die Zwischenzeit und für alle Fälle müssen wir unsere eigenen Vorkehrungen treffen. In diesem Sinne haben wir, dem Beispiele mancher anderer Staaten folgend, mit der Regelung der Einfuhr nach Österreich begonnen.

Der Weg, den die Bundesregierung beschritten hat, ist steinig und steil, jedoch nach unserer Überzeugung der einzige zielführende. Daß bei der Beratung der großen Wirtschaftsprobleme auch da und dort Fragen der europäischen Politik auftauchen, wird niemand, der ein unbefangenes Urteil hat, wundernehmen. Die Wirtschaft und gerade die große Wirtschaft der Staaten ist von der Politik ja nicht zu trennen. Österreich wird hier seinen Standpunkt präzisieren; wir wollen unter voller Wahrung der Selbständigkeit unseres Landes jede politische Bindung vermeiden, wenn wir auch geneigt und fest entschlossen sind, mit allen Nachbarstaaten und mit allen anderen Staaten, die es wollen, zu einem Ausbau unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu gelangen. Österreich, wie es im Jahre 1919 geschaffen wurde, ist durch Lage und Produktion, durch Art und Tüchtigkeit seiner Bevölkerung ein wichtiger Faktor der mitteleuropäischen Wirtschaft; es ist aber auch ein nicht zu unterschätzender Faktor des Friedens. Diese Stellung Österreichs zu erhalten und zu befestigen ist nicht nur Österreichs Interesse, es ist das Interesse aller, die die friedliche Entwicklung der Welt wünschen. Und um dies zu erreichen, ist es hoch an der Zeit – nicht für uns allein –, daß man das Gebiet des Gedankenaustausches verläßt und zu Taten schreitet; wir sind hiezu jede Stunde bereit. [...]

Abg. Dr. Bauer: [...] Was tut nun die Regierung gegenüber dieser furchtbaren Not, der wir gegenüberstehen? Die ganze Politik der Regierung beschränkt sich darauf, daß sie Hilfe vom Ausland zu erreichen versucht. Der Herr Bundeskanzler hat jetzt unmittelbar vor mir davon gesprochen, seine außenpolitischen Schritte hätten im Ausland einen lebhaften Widerhall gefunden. Schritte beurteilt man nicht danach, welchen Widerhall sie finden, sondern zu welchem Ziel sie führen. Und da wird man viel skeptischer. Der Tardieu-Plan ist gefallen, und ich glaube, Österreich hat keinen Grund, zu bedauern, daß er gefallen ist. Es kann nur bedauern, daß sich der Herr Bundeskanzler in seinen freilich sehr allgemein gehaltenen Redewendungen, die er hier über die Verhältnisse und über die Neuordnung der mitteleuropäischen Handelspolitik gebraucht hat, in der Unterscheidung dessen, was Österreich von den Ländern des Donaubeckens und was es von den übrigen Staaten verlangt, meines Erachtens allzu weit dem Tardieuschen Gedanken, den französischen Gedankengängen genähert hat. Was wirklich vorliegt, ist, daß der französische Plan gefallen ist an seiner inneren Unmöglichkeit, daran, daß er die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Länder des Donaubeckens zu befriedigen gar nicht imstande gewesen wäre, und auf der anderen Seite an den Widerständen, die er bei anderen Mächten gefunden hat. So stehen wir jetzt einem Chaos von Projekten gegenüber, unter denen ich wenigstens kein einziges zu sehen vermag, das gleichzeitig unsere wirtschaftliche Not wirklich zu lindern vermöchte und dabei gleichzeitig Aussicht hätte, von allen beteiligten Staaten angenommen zu werden. Unter solchen Umständen, meine

Herren, können wir allen diesen Verhandlungen, die da in Genf geführt werden, nur mit großen Zweifeln gegenüberstehen. Ich will daher heute gar nicht von den Einzelproblemen sprechen, ich will mich damit begnügen, die Regierung und vor allem den Herrn Bundeskanzler hier nachdrücklich an die Erklärung zu erinnern, die ich vor wenigen Wochen im Auftrage meiner Partei im Hauptausschuß darüber abgegeben habe. Wir erinnern den Herrn Bundeskanzler sehr nachdrücklich daran, daß wir nicht nur – was auch er anerkennenswerterweise in seiner Erklärung getan hat – jede politische Bindung in diesem Zusammenhange ablehnen, sondern daß wir überdies jede ausländische Kontrolle über unserer Staatsfinanzen für eine unerträgliche Beengung unserer staatlichen Souveränität halten (*lebhafter Beifall links*), daß wir zweitens es für ganz ausgeschlossen ansehen, daß man etwa versucht, Finanzkontrollmaßnahmen, denen der kreditsuchende Bund sich unterwirft, auch auf die Länder und die Gemeinden auszudehnen, wozu der Bund verfassungsmäßig kein Recht hat und wozu er unsere Zustimmung nicht finden wird; und daß wir drittens und vor allem mit der allergrößten Entschiedenheit und mit der allergrößten Schärfe jedes Eingreifen des Auslandes in unsere soziale Gesetzgebung, jede Unterwerfung unserer sozialen Gesetzgebung unter ausländische Einflüsse bedingungslos und für immer ablehnen. (*Lebhafter, anhaltender Beifall links.*)

Hohes Haus! Ich bedauere sehr, daß der Vertreter der österreichischen Regierung im Völkerbund vor wenigen Tagen in Genf eine Erklärung abgegeben hat, in der er wieder davon gesprochen hat, Österreich werde sich bemühen, seine Produktionskosten zu senken. Wir kennen den Jargon von Genf gut genug, um zu wissen, daß, wenn die Herren, die in Genf die kapitalistischen Mächte vertreten, von der Senkung der Produktionskosten sprechen, sie nicht etwa die Senkung von Rohstoffpreisen, die durch Kartelle und monopolistische Organisationen künstlich hochgehalten werden, im Auge haben, sondern daß sie die Senkung der Arbeitslöhne und die Verringerung der sozialen Leistungen im Auge haben, und wir verwahren uns auf das allerentschiedenste dagegen, daß darüber mit dem Auslande gesprochen wird. (*Lebhafte Zustimmung links.*) [...]

Seit vielen Monaten bemüht sich meine Partei, die Regierung dazu zu drängen, daß sie doch endlich mit den langwierigen Handelsvertragsverhandlungen, die mit der Sowjetunion geführt werden, fertig werde. Die Bedeutung dieser Frage ist für einen unserer größten und wichtigsten Industriezweige, für die Metallindustrie, ganz entscheidend. Gerade die Metallindustrie ist von allen unseren Industrien die von der Krise am allerschwersten betroffene. Vor mir liegt eine Aufstellung darüber, in welchem Maße die Produktion und der Arbeiterstand in den einzelnen österreichischen Industrien seit dem März 1929, also in den letzten drei Jahren, gesunken ist. Die Zahlen, die da angegeben werden, zeigen für alle oder fast alle Industrien eine bedeutende Schrumpfung der Produktion. Aber die allerschlimmsten Zahlen weist die der Metallindustrie aus. Wenn wir sehen, daß die Produktion unserer Sensenwerke von 1929 bis 1932 auf 28 Prozent, die Produktion unserer Lokomotivbau- und Waggonfabriken auf 23 Prozent, unserer Eisenkonstruktionswerkstätten

auf 29 Prozent, unserer Maschinen- und landwirtschaftlichen Maschinenfabriken auf 31 Prozent, unserer Starkstromindustrie auf 36 Prozent gesunken ist, so zeigt das einen Rückgang, der noch unvergleichlich schlimmer ist als in den anderen österreichischen Industrien. Das sind die notleidendsten Industrien, die es überhaupt in Österreich gibt. Und nun sind gerade diese Industrien am allerstärksten an dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland interessiert. Gerade diese Industrien hätten, sobald dieser Handelsvertrag zustande kommt, die Möglichkeit, Aufträge im Betrage von ungefähr 4 Millionen Dollar zur erhalten, was immerhin für tausende Arbeitslose dieser Industrien Beschäftigung bedeuten würde, was viele der Betriebe dieser Industrien, die nur noch in der Hoffnung auf den russischen Handelsvertrag aufrechterhalten werden, vor der Stillegung bewahren würde. Die Regierung weiß das. Sie ist von uns, sie ist auch von der Gewerkschaft, vom Metallarbeiterverband, sie ist von den Betriebsräten der Arbeiter und Angestellten und unzweifelhaft auch von den Unternehmern wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, welche Lebensfrage für diese notleidenden Industrien dieser Handelsvertrag ist. Aber die Sache kommt nicht vorwärts, man wird niemals fertig, man hört immer nur von neuen Stockungen.

Ich will über die Geschichte dieser Verhandlungen nicht sprechen, aber was man gerade in den letzten Tagen über die Ursachen des neuerlichen Stockens der Verhandlungen hört, ist wirklich aufregend. Da wird von Leuten, die es wissen können, erzählt, daß die Hauptschwierigkeit in den Verhandlungen über die Finanzierung der Rußlandexporte, die dem Abschluß entgegensteht, jetzt in den Konkurrenzverhältnissen, Empfindlichkeiten und Gehässigkeiten liege, die zwischen den Großbanken bestehen. Weil derzeit zwischen der Credit-Anstalt und der Eskomptegesellschaft ein unfreundliches Verhältnis besteht, deswegen sind solche Probleme nicht lösbar, deswegen sollen, Herr Bundeskanzler, Betriebe zum Stillstand kommen, deswegen sollen noch mehr Arbeiter arbeitslos werden, deswegen sollen Arbeitslose, für die die Möglichkeit bestünde, jetzt Arbeit zu bekommen, arbeitslos bleiben, deswegen sollen, Herr Bundeskanzler, Kinder rachitisch und tuberkulös werden? Das ist ganz unmöglich und unerträglich. Wenn diese Banken nicht imstande sind, aus eigenem die gemeinsame Finanzierungsorganisation zu schaffen, ohne die das Problem offenbar nicht lösbar ist, dann wäre es längst die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung gewesen, die Banken dazu zu verhalten, und wenn sie sich nicht fügen, dazu erforderlichenfalls auf gesetzlichem Wege zu verhalten (*Zustimmung links.*)

Aber noch aufreizender und aufregender ist es, daß, wie jetzt erzählt wird – ich kann nicht beurteilen, mit welchem Recht, aber ich wiederhole, solche Dinge werden von Leuten erzählt, die es wissen können –, große Schwierigkeiten überdies vom Ministerium des Äußeren aus außenpolitischen Erwägungen gemacht werden (*Hört! Hört! links.*) Man fürchtet, es könnte irgendjemand in Paris oder Genf es übelnehmen, wenn wir diesen Handelsvertrag abschließen. (*Bundeskanzler Dr. Buresch: Das ist etwas ganz Neues!*) Es wird mich sehr freuen, wenn Sie feststellen können,

daß das nicht wahr ist und daß diese Behauptungen, die verbreitet werden, nicht richtig sind. Ich will hoffen, daß sie nicht wahr sind; denn das würde uns am Ende auch noch fehlen, daß wir uns nicht mehr trauen dürften, einen Handelsvertrag, der ein paar tausend Leuten Beschäftigung geben soll, abzuschließen, aus Angst davor, daß irgend jemand im Ausland es krumm nehmen würde, der diese Bestellungen vielleicht lieber für seine Industrie haben will (*Zustimmung links.*) Ich appelliere hier an den Herrn Bundeskanzler noch einmal: Das ist eine Frage, die nach Lösung schreit, eine Frage, deren Lösung nicht länger aufgeschoben werden darf. [...]

Dr. Straffner: Verehrte Frauen und Herren! Wir haben nach Sessionsschluß den Antrag auf Einberufung des Nationalrates zu einer außerordentlichen Tagung gestellt. Wir haben das nicht getan, um der Regierung unangenehm zu werden oder vielleicht den übrigen Parteien des Nationalrates eine Unannehmlichkeit zu bereiten, sondern aus Sorge um die Zukunft Österreichs. Das war der einzige Grund, der uns bewogen hat, einen derartigen Antrag zu stellen, und es hat mich gewundert, daß, wenn die Zeitungsmeldungen richtig sind, der Bundeskanzler erklärt hat: Wenn diesem großdeutschen Antrag von den übrigen Parteien Rechnung getragen würde, wäre er gezwungen, seine Demission zu geben.

Was haben wir denn in der außerordentlichen Tagung des Nationalrates tun wollen, in einem Zeitpunkt tun wollen, der für Österreich sehr entscheidend in bezug auf die Verwirklichung der Pläne hätte sein können, die in und um Österreich bestehen? Das war der Grund, und wenn sich der Herr Bundeskanzler und die Bundesregierung dem Ansinnen unserer Partei feindlich gegenübergestellt haben, so muß sich immer wieder der Gedanke aufdrängen, daß die Regierung gerade in bezug auf die Frage der Sanierung Österreichs nicht ganz frei ist. Ich weiß nicht: stammt diese Unfreiheit aus dem Auslande her oder stammt diese Unfreiheit vielleicht aus der Partei des Bundeskanzlers selbst? (*Streeruwitz:* Geldmangel!) Darauf werden wir ja noch zu sprechen kommen.

Ich glaube, daß die Regierung die Aufgabe gehabt hätte, sich ganz klar und deutlich gegen die Pläne auszusprechen, die für Österreich keine Rettung bedeuten. Es ist uns ja ein derartiger Plan vorgelegt worden, das war der Plan des französischen Ministerpräsidenten, der Österreich hineinzwängen wollte in ein Präferenzsystem mit den übrigen Donaustaaten. Und weil die übrigen Donaustaaten selbst mit diesem Plan nicht ganz einverstanden waren, hat man ihn damit verzuckern wollen, daß man Österreich und auch den übrigen Donaustaaten eine Anleihe in Aussicht gestellt hat.

Nun gestatten Sie mir, daß auch von diesem Platze aus die beiden Probleme, das französische und das deutsche Problem, einmal beleuchtet werden. Es war ja unsere Meinung, daß wir das vor der ersten Verhandlung hätten tun können, denn dann hätte Österreich vielleicht ein ganz anderes Echo in der europäischen Umgebung gefunden. Das ist nicht geschehen, und deshalb ist man auch bei den Verhandlungen in London zu unserem Bedauern und zum Unglück Österreichs nicht auf diejenige Lösung eingegangen, die für Österreich in dieser Situation die einzig mögliche ist,

und es hat mich gewundert, daß gerade christlich-soziale Blätter nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen erklärten, nunmehr sei das Deutsche Reich daran schuld, daß Österreich nicht geholfen würde. Ja, meine sehr Verehrten, wie hätte denn Österreich gesunden wollen, wenn das Deutsche Reich und Italien und auch England dem französischen Plane zugestimmt hätten? Darüber ganz wenige Worte. Es handelt sich hier in diesem Zusammenhang nicht um Deutschösterreich allein, sondern um alle Donastaaten. Das Deutsche Reich hat doch die Anregung gegeben, Österreich Präferenzzölle nicht allein für Agrar-, sondern auch für Industrieprodukte zu geben, ohne Gegenleistung, und darüber hinaus Präferenzen für die Agrarprodukte der übrigen Staaten im Donaauraum einschließlich Bulgariens. Ein Anerbieten, hohes Haus, das nicht zu unterschätzen ist; denn selbst für das Deutsche Reich bedeutet, namentlich das Entgegenkommen Österreich gegenüber, ein Opfer, und zwar ein nicht unbedeutendes Opfer.

Ich möchte mir nunmehr erlauben, ganz kurz auf Ziffern zu verweisen, welche der handelspolitischen Statistik entnommen sind und aus denen wir ersehen können, wie die Verhältnisse aussehen, wenn Österreich mit den übrigen Donastaaten nach dem französischen Plane zusammengespant wird, und dann, wie die wirtschaftliche Situation Österreichs und der übrigen Donastaaten sich gestaltet, wenn auch das Deutsche Reich miteinbezogen wird. Wir haben in den unteren Donastaaten, das sind Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien, einen Getreideüberschuß von Weizen und Roggen von rund 12 bis 18 Millionen Meterzentner, einen Mais-, Hafer- und Gersteüberschuß von 25 bis 30 Millionen Meterzentner, also zusammen einen Überschuß von 37 bis 48 Millionen Meterzentner. Halten wir nun den Bedarf Österreichs und der Tschechoslowakei diesem Überschuß gegenüber, so finden wir, daß Österreich und die Tschechoslowakei zusammen an Weizen und Roggen einen Bedarf von 10 bis 12½ Millionen Meterzentner haben, an Mais, Hafer und Gerste vier bis fünf Millionen Meterzentner, also zusammen 14 bis 17 Millionen Meterzentner. Das wäre der Plan Frankreichs, und hier sollte durch Präferenzen dieses System noch erweitert werden. Wir haben ja gehört, wie weit diese Präferenzen gehen sollen, bis zu zehn Prozent, das heißt, daß zwar die österreichische Landwirtschaft durch die Gewährung einer zehnprozentigen Präferenz vollständig vernichtet werden kann, daß aber umgekehrt die österreichische Industrie, der auch von den übrigen Staaten im Donaauraum Präferenzen gewährt werden sollen, bei zehn Prozent ihre Produkte nicht wird absetzen können. Das ist so sicher wie nur etwas, denn die Produktionskosten in den Donauländern sind wesentlich andere als die Produktionskosten für die österreichische Industrie. Ich brauche hier nicht darüber zu reden, wie dieses System sich weiter auswirken würde, ich möchte nur sagen, daß wir von vornherein eine derartige wirtschaftliche Kombination lediglich der im Donaauraum befindlichen Staaten von jeher abgelehnt haben und daß wir immer und immer wieder die Forderung stellten, daß in diese wirtschaftliche Kombination, in der Österreich enthalten sein soll, das Deutsche Reich mit einbezogen werden müsse.

Ich will hier nicht von dem nationalen Moment sprechen, sondern vom rein wirtschaftlichen und muß daher auch die Ziffern sprechen lassen und Sie bitten, mir einen Augenblick zu folgen, wenn ich jetzt kurz erläutere, welche wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen den Staaten im unteren Donaauraum und dem Deutschen Reiche, Österreich und der Tschechoslowakei bestehen. Die Ausfuhr Ungarns in diese drei Staaten beträgt über 68 Prozent der ungarischen Gesamtausfuhr, die Ausfuhr Jugoslawiens über 39 Prozent, Rumäniens über 37 Prozent, Bulgariens über 45 Prozent. Umgekehrt bezieht Ungarn rund 58 Prozent seiner gesamten Einfuhr aus dem Deutschen Reiche, Österreich und der Tschechoslowakei, Jugoslawien über 48 Prozent, Rumänien über 49 Prozent und Bulgarien über 40 Prozent. Wenn nun das Deutsche Reich mit in diese wirtschaftliche Kombination einbezogen wird, so wird nicht allein Österreich, sondern auch den unteren Donaustaaten geholfen, und zwar in einer Art und Weise, wie es besser kaum sein könnte. Stellen wir einmal den Einfuhrbedarf des Deutschen Reiches, Österreichs und der Tschechoslowakei an Roggen und Weizen fest, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß dieser Einfuhrbedarf 30 bis 42 Millionen Meterzentner beträgt, bei Mais 29 bis 45 Millionen Meterzentner. Also zusammen 59 bis 87 Millionen Meterzentner. Dem steht gegenüber ein Ausfuhrüberschuß der Staaten im unteren Donaauraum von 12 bis 18 Millionen Meterzentner an Weizen und Roggen und 25 bis 30 Millionen an Mais, Hafer und Gerste, so daß dieser Überschuß mit 37 bis 48 Millionen hinter dem Bedarf von 59 bis 87 Millionen weit zurückbleibt.

Die österreichische Regierung hätte, ohne in den Geruch pangermanistischer Politik zu kommen, ruhig mit diesen Ziffern allein arbeiten können. Diese Ziffern sprechen so deutlich und klar, daß das ganze Problem im Donaauraum nur auf diese Art und Weise gelöst werden kann. Wenn bei der Londoner Konferenz von einem Konferenzteilnehmer, von Frankreich, diesem Plane die Zustimmung nicht erteilt wurde und wenn auch nicht einmal auf die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen den vor mir genannten Staaten und Italien Rücksicht genommen wurde, so muß doch bei diesem französischen Plan nicht der Gedanke der Hilfe für diese Staaten im mitteleuropäischen Raum die Hauptsache sein, sondern es muß ein politischer Plan das Ausschlaggebende sein.

Wir können dies daraus ersehen, daß der Plan einer Föderation im Donaauraum nicht das erste Mal aufgetaucht ist. Ich möchte Sie daran erinnern, daß im Laufe des Herbstes des vorigen Jahres nicht von Frankreich direkt, aber auf dem Umweg über einen getreuen Sekundanten Frankreichs, über die Tschechoslowakei, ein ähnlicher Plan ventiliert wurde. Man hat auch damals Österreich nahegelegt, sich doch in eine solche wirtschaftliche Vereinigung einzufügen, und dann bestünde auch wahrscheinlich die Aussicht, daß Österreich Geld bekäme. Der damalige Leiter des Außenamtes hat im Einvernehmen mit der Regierung die tschechoslowakische Regierung wissen lassen, daß Österreich auf alle derartigen Pläne nicht eingehen kann und daß die auswärtigen Vertreter Österreichs in den übrigen Ländern Europas verständigt wurden, welchen Plan man mit Österreich vorhabe.

Damals wurde die Frage also anders angefaßt und zu einem anderen Ende geführt. Infolge der österreichischen Demarche vom 16. Februar des heurigen Jahres ist ein anderer Weg gesucht worden. Man wollte aber jedenfalls zu demselben Ziel gelangen. Österreich selbst mußte den Anlaß geben für ein neuerliches Einschreiten zu seinen Gunsten und zugunsten der übrigen Staaten im Donauraum. Wir haben ja sehr bald hören können, daß der neue Plan zur Rettung Österreichs sich in gar nichts von dem Plane unterscheidet, der im November vorigen Jahres von der Tschechoslowakei ausgegangen ist. Nun, es hat sich damals die Regierung gegen unseren Plan auf Einberufung des Nationalrates zu einer außerordentlichen Tagung ausgesprochen, und zwar in schärfster Weise, und das läßt in mir die Vermutung aufkommen, daß, wenn auch das Gegenteil behauptet wird, hier doch engere Beziehungen mit dem Auslande bestehen müssen oder daß die Regierung von der eigenen Partei unter Druck gestellt wurde.

Es haben uns aber auch die übrigen Parteien, die wir eingeladen haben, unserem Beschlusse beizutreten, nicht zugestimmt, auch nicht die größte Oppositionspartei in diesem Hause, die sozialdemokratische Partei; man hat sich hinter geschäftsmäßigen Ausflüchten verkrochen. Und ich muß sagen, wenn das der Fall war, möge ja niemand daraus den Schluß ziehen, daß das aus außenpolitischen Gründen geschehen sei, genau so wenig wie beim Heimatblock oder beim Landbund. Ich weiß nicht, wie es bei der christlich-sozialen Partei steht, sie hat auf unser Schreiben überhaupt keine Antwort gegeben – aber von den übrigen Parteien, die sich gerührt haben, muß ich annehmen, und ich will das mit aller Deutlichkeit feststellen, daß es jedenfalls nicht außenpolitische Gründe waren, daß es nicht Gründe waren, die dazu angetan gewesen wären, mit Recht zu verhindern, daß hier im Hause gegen ein Wirtschaftssystem und gegen eine Wirtschaftskombination protestiert wird, die uns in den französischen Plan einbeziehen will. Das gewiß nicht! Sondern gerade bei der stärksten Partei hier in diesem Hause mögen innerpolitische Gründe maßgebend gewesen sein. Man wollte vielleicht vor den Wahlen, von denen man ja nicht wußte, wie sie ausgehen würden, nicht die letzte Brücke abbrechen, damit man unter Umständen auch noch zusammenkommen könne. Das kann vielleicht für die sozialdemokratische Partei das Ausschlaggebende gewesen sein.

Es ist sowohl von dem Abg. Dr. Otto Bauer als auch von dem Abg. Paulitsch über die Wahlen gesprochen worden. Verzeihen Sie mir, wenn ich auch kurz auf die Wahlen zurückkomme, aber für den Ausgang der Wahlen vom 24. April andere Gründe suche, als sie heute hier angeführt worden sind. Aus den Wahlen ist die nationalsozialistische Partei sehr stark hervorgegangen, und wir müssen uns fragen, liegt das vielleicht am Programm der Partei, liegt das vielleicht an den führenden Persönlichkeiten, die als Kandidaten aufgetreten sind, oder ist der Grund vielleicht ein anderer? Und ich sage, der Grund ist ein anderer. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Bevölkerung Protest einlegen wollte gegen das außenpolitische System der österreichischen Regierung, daß aber die Bevölkerung auch dagegen protestierte – und das möge das Ausland hören –, daß man Österreich nicht jene Möglichkeit

gibt, die es unbedingt zum Leben braucht. Wir haben nicht das erstemal von diesem Platze aus festgestellt – und zwar im Gegensatz zu vielen österreichischen Politikern der verschiedensten Parteien –, daß Österreich nicht lebensfähig ist, daß man Österreich im Jahre 1919 zu einem Wirtschaftskrüppel gemacht hat, der auf die Dauer als Kulturstaat nicht bestehen kann. Und wenn wir das vergessen haben, wenn die Bevölkerung das vergessen hat, so ist das darauf zurückzuführen, daß uns ab und zu vom Ausland Injektionen gegeben wurden, durch die wir über unsere wahre Lage hinweggetäuscht wurden. Gegenwärtig haben wir keine derartige Injektion bekommen und stehen nunmehr in der Nacktheit unseres Elends da. Herr Dr. Bauer hat die Beispiele aus Arbeiterfamilien gebracht, ich könnte Ihnen Beispiele aus Familien von Tiroler Gebirgsbauern bringen, die froh sind, wenn sie alle 14 Tage oder drei Wochen einmal ein Stück Brot zu essen bekommen. Sie haben das Geld nicht, sich Brot zu kaufen. Ja, kann es noch deutlichere Beweise dafür geben, daß es höchste Zeit ist, daß Österreich geholfen werden muß? Und die Hilfe wäre doch so nahe. Gebt uns die Bahn frei zu einer wirtschaftlichen Vereinigung, durch die wir gesunden können, aber zwingt uns nicht hinein in eine wirtschaftliche Kombination, wo wir nicht allein wirtschaftlich, sondern auch politisch zugrunde gehen müssen! So ist eigentlich die Sache, und ich muß sagen, wenn die Bevölkerung am 24. April anders gestimmt hat, als man angenommen hat, so ist das ein Protest gegen die Vergewaltigung Österreichs. Es ist aber auch ein Protest dagegen, daß uns, als von österreichischer Seite, und zwar von dem damaligen Bundeskanzler Dr. Ender und vom Vizekanzler Dr. Schober, der österreichisch-deutsche Zollunionsplan ventiliert wurde – eine andere Art der Hilfe für Österreich –, diese Art der Hilfe vom Auslande untersagt wurde. Wenn im Deutschen Reiche die nationalsozialistische Partei stark und mächtig geworden ist, so ist das genau so wenig auf die Gründe zurückzuführen, von denen ich früher gesprochen habe, sondern es ist ein mächtiger Protest gegen die Reparationslasten, die man Deutschland aufgebürdet hat und von denen man nicht lassen will, und in Österreich ist es ein Protest dagegen, daß man es dadurch nicht allein in eine wirtschaftliche, sondern auch in eine politische Abhängigkeit bringen will.

Ich muß sagen, verehrte Frauen und Herren, daß diese Stimmung durch die gegenwärtige Regierung nicht zum Ausdruck gekommen ist. Diese Stimmung kann sich auch in dem gegenwärtigen Parlament nicht so zeigen, wie es eigentlich der Fall sein sollte, und deshalb sind auch wir der Meinung, daß man die wahre Stimmung der Bevölkerung auch in dem höchsten parlamentarischen Vertretungskörper, den wir haben, Rechnung tragen soll. Ich erlaube mir deshalb, den Antrag zu stellen (*liest*):

„Der Nationalrat beschließt im Sinne der bezüglichlichen Bestimmungen der Verfassung und der Geschäftsordnung seine Auflösung.“

(*Beifall in der Mitte.*)

Wir hatten aber noch andere Gründe für die Einberufung des Nationalrates zu einer außerordentlichen Tagung. Es waren nicht allein diese Gründe, die uns veranlaßt

haben, die Einberufung des Parlaments zu verlangen, sondern es waren auch finanzielle Gründe, die uns bewogen haben, für die Einberufung des Nationalrates einzutreten. Ich weiß nicht, ob es richtig ist – aber zumindest sind die Bedingungen nie von der Regierung dementiert worden –, daß uns vom Finanzkomitee des Völkerbundes verschiedene Bedingungen zu dem Zwecke zugemutet wurden, daß wir eine Überbrückungsanleihe von 100 Millionen Schilling bekommen, eine Anleihe, die uns schon längst – es ist bald ein Jahr her, daß uns diese Überbrückungsanleihe zum erstenmal in Aussicht gestellt wurde – versprochen worden ist; sie ist nicht gekommen. Nunmehr wird dieser Plan neuerdings ventiliert, und es werden Bedingungen gestellt, von denen zum Teil der Abg. Dr. Bauer schon gesprochen hat. Ich möchte auf diese Bedingungen doch noch eingehen, und zwar vielleicht auf jenen Teil, der von meinem mittelbaren Vorredner nicht berührt wurde. Die erste Bedingung lautet, daß Österreich kein Transformatorium erlassen darf. Das heißt so viel, als daß Österreich die Anleihe in die linke Hand bekommt, sie aber mit der rechten sofort wieder weitergeben muß, um allen seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommen zu können, und dazu als Draufgabe dafür, daß wir unsere Verpflichtungen erfüllt haben, eine Völkerbundkontrolle.

Wir haben bis jetzt unsere Verpflichtungen dem Auslande gegenüber getreulich eingehalten. Wir werden sie auch weiterhin einhalten, wenn man unserem Lande eine Lebensmöglichkeit gibt, so daß es zu den Mitteln kommen kann, die es braucht, um seine Auslandsverpflichtungen erfüllen zu können. Aber es wäre zu viel verlangt, wenn man uns die Lebensmöglichkeit nimmt und wir trotzdem den Tribut zahlen sollen, den wir dem Ausland schulden. Das, meine Herren, ist zu viel, und ich muß sagen, in dem Falle wird uns die Haut näher sein als das Hemd, und wir werden, auch wenn wir wollten, einfach nicht zahlen können. Das muß einmal offen ausgesprochen werden, denn solange wir es nicht aussprechen, solange wir immer wieder sagen, es wird schon gehen und es geht schon besser – und seit drei Tagen sind Anzeichen einer wenn auch nicht starken, aber geringeren Besserung vorhanden –, solange wir also immer wieder dem Auslande gegenüber eine derartige Stimmung machen, wird man uns mit bestem Willen nicht glauben – auch in bezug auf die früheren Pläne, die ich entwickelt habe, durch die Österreich in die eine oder andere Kombination hineingezwängt werden soll –, daß wir am Ende unserer Kraft sind. Auch diesbezüglich würde das Ausland ganz anders denken, wenn von der Regierungsbank aus eine andere Sprache gefunden würde und wenn die der Regierung nahestehende Presse nicht fortwährend genau im gegenteiligen Sinne schreiben würde, als heute der Herr Kollege Paulitsch von dieser Stelle aus gesprochen hat. Dort wird immer als das Schreckgespenst eigentlich das Deutsche Reich hingestellt. Ich bin dem Herrn Kollegen Paulitsch sehr dankbar, daß er erklärt hat: Keine wirtschaftliche Kombination ohne das Deutsche Reich! Das soll das Ausland hören, und dann denkt man vielleicht auch dort anders. Aber hätten wir das früher offen und ausdrücklich ausgesprochen, würde auch für uns vielleicht der Tag der Rettung heute schon näher sein.

Es wird weiter vom Finanzkomitee verlangt, daß unsere Budgetziffern geändert werden. Wir haben darüber im Hauptausschuß schon einmal gesprochen, und der Herr Abg. Dr. Bauer hat heute hier festgestellt, daß sich seine Fraktion nicht gegen den Ausgleich des Budgets verwahrt, aber dagegen, daß uns diktiert werden soll, in welcher Weise dieser Ausgleich stattzufinden hat. Auch ich verwahre mich im Namen meiner Parteigenossen dagegen, daß uns vorgeschrieben wird, in welcher Weise im Detail unsere Sanierung durchgeführt werden soll. Wir haben nämlich sehen können, daß hier oft der Wunsch der Vater des Gedankens ist, und zwar in der Weise, daß der Wunsch in Österreich ausgesprochen wird und der Vater im Ausland zu suchen ist. Dagegen müssen wir uns mit allen Mitteln verwahren. [...]

1228

Gesandter Frank an Bundeskanzler Buresch

Bericht Nr. 125/Pol.

AdR, NPA
Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft
Z. 22182/13

Berlin, 6. Mai 1932

Am Mittwoch, den 4. ds. Mts. suchte ich den aus Genf zurückgekehrten Staatssekretär von Bülow auf und fragte ihn zunächst über die Ergebnisse bezüglich der Abrüstungskonferenz. Herr von Bülow erzählte mir, dass Deutschland insofern einen Erfolg erzielt habe, als sein Standpunkt bei Stimson und Mac Donald Anerkennung gefunden habe. Es handle sich um die formelle Beseitigung der Versailler Abrüstungsbestimmungen und deren Ersetzung durch ein für alle Staaten geltendes Schema, das für einen Zeitraum von acht oder zehn Jahren eine provisorische Regelung schaffe. Nach diesem Zeitraum sollte dann eine neuerliche Abrüstungskonferenz stattfinden. Tardieu habe sich der Weiterberatung dieser Vorschläge durch die Krankheit entzogen und so sei die Sache eigentlich wieder auf einen toten Punkt gelangt. Es sei begreiflich, dass vor der Auswirkung der französischen Wahlen nichts Ernstes geschehen könne und überdies stehen auch die Pfingstfeiertage der Fortsetzung der Besprechungen hindernd im Wege. Wahrscheinlich werde es erst nach diesen zu einer neuerlichen Zusammenkunft der Regierungschefs kommen, um die Abrüstungskonferenz selbst vorzubereiten. Herr von Bülow hielt es für einen taktischen Fehler, die Konferenz zwischen Ostern und Pfingsten weiterzuschleppen und deutete an, dass dies auf Henderson zurückzuführen sei, der von der englischen Völkerbundliga nur während seiner Anwesenheit in Genf bezahlt werde. Die Feindschaft zwischen Henderson und Mac Donald wirke sich auch recht

ungünstig aus und Henderson habe es zustandegebracht, zu verhindern, dass Mac Donald in Genf reden konnte.

Ich interessierte mich mehr für die Donaufrage und brachte daher das Gespräch bald auf diese. Herr von Bülow meinte lächelnd, dass Tardieu sich mit seinem Plan so festgefahren habe, dass jeder Regierungschef es schon ängstlich vermieden habe, über die Sache zu sprechen.¹ Herr von Bülow erwähnte anerkennend, dass sich Herr Sektionschef Schüller bemüht habe, die Sache in Gang zu bringen; er habe ihn auch darin unterstützt. Die letzte Phase sei die, dass die Donastaaten Memoranden ausarbeiten und überreichen sollten. Von ungarischer Seite wurde auch die Einbeziehung Polens und der Schweiz in diesen Kreis gewünscht; bezüglich der Schweiz habe er sich vorläufig ablehnend verhalten. Er habe auch darauf hingewiesen, dass es keinen Zweck habe, wenn diese Memoranden den Regierungen zukämen und daher vorgeschlagen, dass sie einem Comité von Wirtschaftsexperten zur Bearbeitung übergeben werden sollten. Herr von Bülow meinte, dass sich möglicherweise eine Erleichterung der Situation in der Donaufrage ergeben könnte, wenn Tardieu nicht mehr Ministerpräsident oder Aussenminister wäre, sodass die Franzosen dann die Möglichkeit hätten, aus dem Tardieuplan, in dem sie jetzt festgefahren wären, herauszukommen. Er glaube überhaupt, dass man nur weiterkommen könne, wenn neue Vorschläge auftauchen und dadurch die Fronten wieder beweglich werden. Meine Frage, wie er die Möglichkeit einer Krediterlangung für uns beurteile, beantwortete Herr von Bülow mit einem Achselzucken. In Regierungskreisen habe man sich über das Gutachten des Finanzcomités des Völkerbundes nicht sehr begeistert geäußert. Man habe daraufhingewiesen, dass das Bankiers seien, die sehr leicht reden könnten und denen natürlich die Gewährung von Regierungsdarlehen auch für ihre eigenen Zwecke sehr gelegen käme. Die Finanzexperten der Regierung seien von einem ziemlichen Pessimismus erfasst. Beneduce habe gemeint, es sei nicht gar so schrecklich, wenn ein paar kleine Staaten zusammenbrechen, schliesslich hätten in Südamerika fast alle Staaten bankrott gemacht. Auch Leith Ross habe eine ganz ähnliche Auffassung. Herr von Bülow betonte aber, dass für die Gewährung eines kleinen Kredits an Oesterreich die Stimmung auch bei den Finanzexperten nicht ungünstig sei. Ob sich diese günstige Stimmung in die Realität umsetzen lassen werde, sei allerdings schwer zu beurteilen.

Ich sprach dann noch mit Geheimrat von Heeren und gewann aus den beiden Unterredungen den Eindruck, dass man jetzt von deutscher Seite in der Donaufrage jedes weitere aktive Vorgehen vorläufig eingestellt zu haben scheint. Man will es offenbar vermeiden, sich vorzudrängen und den Eindruck zu erwecken, als ob man besondere eigene Interessen politischer oder wirtschaftlicher Natur verfolgen wollte. Man glaubt nicht mit Unrecht sich diese Haltung leisten zu können, weil ohne die Mitwirkung Deutschlands von französischer Seite nichts oder nur sehr

¹ Siehe dazu auch die deutsche Stellungnahme zum „Tardieu-Plan“ im Aide-mémoire der Reichsregierung, Berlin, 13. 3. 1932 – AdR, NPA Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft.

unvollkommenes erreicht werden kann. Man rechnet offenbar auch damit, dass, je ungünstiger die wirtschaftliche Situation in den Südost-Agrarstaaten wird, umso stärker auch der Druck im Sinne des deutschen Vorschlages wirksam wird. Ich betone aber nochmals, dass dies lediglich meine eigene Schlussfolgerung ist. Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Frank

1229

Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 65/Pol.

AdR, NPA
Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft
Z. 22439/13

Prag, 24. Mai 1932

ich hatte heute eine lange Unterredung mit Herrn Dr. Beneš. Unsere Unterhaltung befasste sich mit den aktuellen europäischen Fragen und insbesondere mit dem Tardieu-Plan, der, wie mir Herr Dr. Beneš zugab, den Hauptteil der Beratungen der drei Aussenminister der Kleinen Entente in Belgrad gebildet hat.

Es sei sehr bedauerlich, meinte der Minister, dass Oesterreich noch nie präzise gesagt habe, was es eigentlich wolle. Die Regierungen des Bundeskanzler Buresch seien deshalb nicht weiter gekommen, Herr Dr. Buresch habe in Genf stets nur die Situation geschildert wie sie ist, er habe aber nie sagen können oder er habe es nicht gewagt zu sagen, was er eigentlich wolle. In dieser Hinsicht habe Herr Dr. Schober immerhin ein bestimmtes Programm gehabt, doch sei in seiner Politik leider gewissermassen eine Doppelseitigkeit, bzw. ein Zwiespalt vorhanden gewesen, er habe zwar ein bestimmtes Programm gehabt, doch stets behauptet, er habe es nicht. Hoffentlich werde in Bezug auf Oesterreich diese Ungewissheit einmal ein Ende nehmen und man werde klipp und klar sagen können, der Anschluss werde gemacht oder nicht, oder es werde mit Deutschland etwas gemacht oder nicht, oder schliesslich, man wolle die Präferenzen oder man wolle sie nicht.

Von der Kleinen Entente wisse jeder was diese will. Die Kleine Entente habe sich in Belgrad neuerdings für die Durchführung des Tardieu-Planes ausgesprochen, allerdings mit der Reserve, dass alles im Einvernehmen mit Deutschland und Italien geschehen müsse. Er, Dr. Beneš, habe den Beschluss durchgesetzt, dass die Kleine Entente in dieser Hinsicht jedoch nicht mehr die Initiative ergreifen werde, weil sie sich kein Refus holen wolle. Der Minister begreife ganz gut, dass man sich in Oesterreich die Sache überlegt und nachprüft, ob und was das Land von

der Durchführung eines solchen Planes haben würde. Doch wäre es schon an der Zeit endlich Farbe zu bekennen und Ja oder Nein zu sagen.

Dr. Beneš müsse zugeben, dass der Donauplan dadurch, dass er als Tardieu-Plan oder als französischer Plan aufgepumpt wurde, etwas gehandicapt sei und er müsse es den Deutschen verübeln, dass sie sich nicht rechtzeitig mit Herrn Tardieu geeinigt und der Plan nicht als deutsch-französischer Plan bezeichnet werden konnte. Die Engländer hätten diesen Schönheitsfehler erkannt und Herr Simon habe sich die Grundzüge des Projektes zu Eigen gemacht und von einem englisch-französischen Plan gesprochen. Genau so hätten es die Deutschen machen sollen. Auch Oesterreich hätte sich dann mit Deutschland verständigen und sich dem Vorschlage anschliessen können. Durch die Eifersüchteilen der Nationen und ihre verschiedene psychologische Einstellung, sei die Situation nunmehr äusserst kompliziert geworden.

Wir können heute, sagte Herr Dr. Beneš, drei Konzeptionen in Zentraleuropa unterscheiden: 1.) *Die französische*, wobei die Franzosen, die sich im Grossen Ganzen in Mitteleuropa nur schlecht auskennen, immer noch an irgendeine *politische* Organisation denken. Sie sagen es zwar nicht offen, ihr Hintergedanke bleibe dies aber immer noch. Das könne man aus allen journalistischen Besprechungen herauslesen. Die Franzosen seien in dieser Richtung ungebildet und erkennen nicht die tatsächlichen Verhältnisse.

2.) *Die deutsche Konzeption*. Diese ist im Grunde das alte „Mitteleuropa“ und die Deutschen können sich nicht von dieser überholten Ideologie emanzipieren. Ebenso wie die französischen Journalisten und Politiker sich Zentraleuropa nicht anders als eine politische Konföderation denken können, so können die Deutschen wieder nicht anders, als darüber nachzudenken, wie dieses neue Mitteleuropa unter Deutschlands Herrschaft zu bekommen wäre. Beide Konzeptionen enthalten eine grosse Gefahr.

3.) *Die italienische Konzeption* sei die aufrichtigste, sie sei allerdings rein negativ. Es soll alles so bleiben wie bisher, damit Italien nur immer mit *einem Staat* zu tun hätte, weil es nur dann seinen Einfluss in allen Staaten geltend machen könnte. Italien sei also nur für bilaterale Abmachungen und gegen jedes, auch nur ökonomisches Zusammengehen der kleinen mitteleuropäischen Staaten. Aus der gleichen Erwägung sei Italien auch gegen die Kleine Entente.

Wenn man diese Konzeptionen und die Politik der hinter ihnen stehenden Staaten analysiere, so erkenne man, dass alle diese Politiker, obwohl schon 14 Jahre seit dem Weltkriege vergangen sind, es noch nicht begriffen haben, dass Weltkrieg und Revolutionen andere Verhältnisse geschaffen haben.

Er, Dr. Beneš, denke in dieser Hinsicht ganz anders; *er betrachte auch die Kleine Entente nur als ein zeitliches Gebilde (!)*, welches lediglich die Aufgabe habe, das neue Europa vorzubereiten. Als Gleiche mit Gleichen sollen die kleinen mitteleuropäischen Staaten mit einander paktieren und sich nicht von den Grossen benützen lassen. Die skandinavischen Staaten seien ihm Muster und Beispiel. Bisher sei es leider anders, jeder der kleinen Staaten Mitteleuropas sei der Spielball und das

Objekt einer anderen Grossmacht, die Tschechoslowakei sei hier noch am Besten daran, weil hier genügend moralische und materielle Kräfte vorhanden seien, die sich gegen eine solche Ausnützung wehren. Dr. Beneš sehe die Zeit kommen, wo sich schliesslich und endlich aber auch die anderen mitteleuropäischen Staaten gegen eine Kontrolle der anderen empören und sich von fremden Einflüssen emanzipieren werden. Diese Idee sei seiner Ansicht nach so stark, dass sie zum Siege führen werde. Und bei all dem bemerke man oft eine gewisse Unaufrichtigkeit, so z. B. wenn Italien scheinbar *alle Revisionsbestrebungen* unterstütze, in Wirklichkeit aber davor zittere, dass es zu einer Revision der Friedensverträge kommen könnte; Italien wisse nur zu gut, was eine allfällige Revision für sein eigenes Territorium (Fiume, Triest) bedeuten könnte. Daher: Wenn wir kleinen mitteleuropäischen Staaten uns nicht selbst untereinander verständigen, die anderen werden uns nicht zusammenbringen.

Ich warf hier ein, dass meines Erachtens heute doch auch die Geld- und Kreditfrage in Mitteleuropa eine grosse Rolle spiele und mit gelöst werden müsse, wenn man überhaupt an eine ökonomische Zusammenarbeit denke.

Die Schwierigkeiten psychologischer Natur, meinte Herr Dr. Beneš, seien seines Erachtens viel schwerwiegender und sie bilden sicherlich mehr als 50 % aller Hindernisse. Wenn man nur einmal schon die mitteleuropäische Einigung unter Dach und Fach hätte, so würde sich alles andere leichter finden. Die Tschechoslowakei habe z. B. ungefähr zwei Milliarden Kč. eingefrorene Kredite in den mitteleuropäischen Staaten. Falls es zu einer ökonomischen Einigung käme und diese Kredite ins Rollen kämen, würden, da sich diese zwei Milliarden im Jahre bestimmt viermal umsetzen liessen, etwa acht Milliarden Kč. zirkulieren und das würde sicherlich etwas bedeuten. Die Tschechoslowakei würde wieder arbeiten, Warenkredite geben, von denen die anderen Staaten profitieren würden etc. etc. Der Minister könne das Problem nicht als ein materielles auffassen, ebenso wenig wie die deutschen Reparationen kein materielles, sondern nur ein psychologisches Problem seien. Deutschland wehre sich heute aus psychologischen und moralischen Gründen gegen die „Tribute“ und daher sage Herr Brüning, Deutschland könne nichts mehr zahlen, obwohl es sicher sei, dass das Reich auch in Hinkunft irgendeinen bestimmten Reparationsbetrag tatsächlich aufbringen könnte.

Ähnliche psychologische Kräfte wirken gegen das Zustandekommen von Mitteleuropa. Herr Karolyi brauche in Budapest nur die geringsten Anstalten zu machen, dass er sich einigen wolle, und schon veranstalte Graf Bethlen eine Hetzkampagne dagegen. Was Graf Bethlen dadurch erzielen wolle, sei Herrn Dr. Beneš schleierhaft, denn solange diese Hetze andauern werde, werde die Kleine Entente bestimmt keinen Finger rühren, aber auch andere Staaten nicht, solange die Krise, die durch eine solche Kampagne verschärft werde, bestehe.

Nach all dem komme der Minister immer wieder zum Schlusse, dass es nur bei den zentraleuropäischen Staaten liege, ob diese drückende Wirtschaftskrise bald überwunden werden soll oder nicht. Natürlich müsse man dabei die Empfindlichkeiten

und Interessen anderer Staaten berücksichtigen und deshalb habe Herr Dr. Beneš in Belgrad, wie schon früher erwähnt, den Beschluss, sich auf den Boden des französischen Donauplanes zu stellen, dahin ergänzt, dass dieser durch eine vernünftige vorhergehende Einigung mit Deutschland und Italien zu ergänzen wäre.

Amerika verüble es den fünf mitteleuropäischen Staaten, dass sie Rücksicht auf die Grossmächte nehmen, sie sollten die Grossmächte vor eine vollzogene Tatsache stellen, das Placet würde schon kommen. Diese Auffassung halte Dr. Beneš nicht für richtig, weil die Tschechoslowakei z. B. keinen Konflikt mit Deutschland riskieren wolle oder könne.

Ich fragte den Minister, ob er glaube, dass das mitteleuropäische Problem in *Lausanne* gelöst werden werde. Herr Dr. Beneš ist nicht dieser Ansicht, da er glaubt, dass dort der ganze Fragenkomplex nicht vereinfacht, sondern durch das Hereintragen der Abrüstungsfrage und der Reparationen nur noch kompliziert werden werde. Man werde sicherlich von Frankreich Konzessionen in der Abrüstung und bei den Reparationen verlangen und dafür vielleicht in der Donaufrage ein Entgegenkommen anbieten. Da aber Frankreich, auch in Bezug auf das mitteleuropäische Problem, gewisse Konzessionen machen müsste, so wäre es naiv zu glauben, dass sich Frankreich ausschliesslich zu Lasten und Opfern bereit erklären werde. Nach Ansicht Dr. Beneš's müsste jede dieser Fragen separat gelöst werden. Es müssten im Rahmen der Abrüstung gegenseitige Konzessionen gefunden werden, ebenso wie in der Frage der Reparationen und separat auch in der Donaufrage; man dürfte nicht eine Sache mit der anderen kompensieren wollen, das wäre keine mögliche Politik. Dr. Beneš habe Herrn Tardieu ermutigt, mit dem Donauplan an die Öffentlichkeit zu rücken, weil er ihn für das leichteste Problem gehalten habe, mit dessen Lösung eine kolossale Detente auch in anderen Belangen eingetreten wäre. Leider habe sich sofort die diesem Plan feindliche Psychologie bemerkbar gemacht, eine Psychologie, die Herr Dr. Beneš als ganz falsch und unangebracht bezeichnen müsse. Wenn der Minister z. B. von deutscher Seite hören müsste: „Wir wissen, dass wir an den Abgrund einer Katastrophe stürzen werden, aber Euch (die Tschechen) und die Franzosen werden wir mitnehmen“, so sei dies eine naive Anschauung, von der man in Deutschland schon durch die Ereignisse in den Jahren 1918–1920 kuriert sein könnte. Bei dieser Gelegenheit konnte es sich Herr Dr. Beneš scheinbar nicht versagen, unter Hinweis auf die soeben erschienenen Erinnerungen Dr. Stresemann's einen weiteren Seitenhieb gegen die deutsche Nachkriegsmentalität zu führen. Dadurch, dass die Erinnerungen Stresemann's jetzt schon, so bald nach dessen Tode, erschienen seien, sei der Nimbus, der die Person des ehemaligen Reichsaussenministers als Pazifisten und Friedensbringer umgeben habe, gründlich zerstört. Wenn schon Stresemann, den man ganz anders beurteilte, in Wirklichkeit doch nur in der Vorkriegsmentalität gefangen gewesen sei, wie könne man anderes von seinen Nachfolgern oder überhaupt von den deutschen Politikern erwarten. Trotzdem werde sich die tschechoslowakische Aussenpolitik bemühen, Deutschland gegenüber in der Politik die gleiche ruhige und freundschaftliche Linie zu halten und der Minister würde sich

darin auch dann nicht beirren lassen, wenn in Deutschland Hitler zur Macht käme. Er fürchte die Hitler-Bewegung nicht, sie zeichne sich durch besondere Geistesarmut aus und mit Schlagworten allein werde man nichts richten.

Ich kam dann nochmals auf die Belgrader Konferenz und auf die sich an diese knüpfenden Kommentare, namentlich in Bezug auf eine *Annäherung an Polen* zu sprechen und fragte Herrn Dr. Beneš, ob es richtig sei, dass er eventuell bereit wäre, eine möglichst enge wirtschaftliche Annäherung an Polen zu betreiben. Herr Dr. Beneš bejahte diese Frage; die polnische Sache sei reif und auch eine Zollunion könnte morgen gemacht werden. Der Minister erwäge eben alle Eventualitäten und wolle für alle Fälle vorbereitet sein. Nehmen wir z. B. an, sagte der Minister, es würde der Anschluss auf irgendeine gewaltsame Art doch zustandekommen. Dies würde eine Zollunion zwischen der Tschechoslowakei und Polen fast automatisch auslösen. Dadurch würde dem Anschluss die Spitze gegen die Tschechoslowakei abgebogen sein und die Tatsache würde sich mehr gegen Italien und Frankreich richten, als gegen Prag. Für die Kleine Entente hätte also der Anschluss die Erweiterung durch Polen zur Folge und er würde auch eine Einigung zwischen Italien und Frankreich zustandebringen. Peinlich wäre nur die Situation Ungarns.

Herr Dr. Beneš könne nur wiederholen, was er mir schon so oft gesagt: die einzig richtige Konzeption sei die, Oesterreich ein solches Statut zu geben, dass es ein für allemal politisch und diplomatisch gesichert sei. Dabei dürfte Oesterreich natürlich in keine Kombination, die gegen Deutschland gerichtet wäre, einbezogen werden, das politische Gewissen Oesterreichs müsse man respektieren und man wolle auch und werde es auch in Prag respektieren. Die Bereinigung der österreichischen Frage in diesem Sinne wäre, nach Absichten des Ministers, der wichtigste Schritt zu Lösung des europäischen Problems, denn dann würde die ewige Angst Frankreichs vor dem Anschluss wegfallen und Frankreich könnte sich mit Deutschland, mit dem es ja im Westen keinerlei Reibungspunkte mehr habe, leicht einigen. Es bliebe dann für Deutschland nur noch das Ostproblem gegenüber Polen und wenn Europa keine anderen Konflikte fürchten müsste, so würde auch dieses Problem in Bälde irgendwie gelöst werden.

Der Minister könne seine Ueberzeugung nicht genug oft wiederholen, dass der Schlüssel zur Lösung aller europäischen Probleme in Zentraleuropa gelegen sei. Bei dieser Lösung dürften – das müsste immer wieder nachdrücklich gesagt werden – keine politischen Bindungen eingegangen und Deutschland müsste in einer Weise zufriedengestellt werden, dass es die Ueberzeugung hätte, es werde und könne nichts gegen das Reich geschehen.

Der Minister hoffe, dass die nächste Zeit doch wieder einen Schritt vorwärts in dieser Richtung bringen werde. Er könne mir *streng vertraulich* und mit der Bitte, diese Mitteilung ja nicht der Presse zugänglich zu machen, sagen, dass die Antwort Frankreichs auf die Aufforderung Macdonald's, die an der Londoner Konferenz beteiligt gewesenenen Grossmächte mögen ihre Anschauungen über das mitteleuropäische Problem schriftlich niederlegen, fertiggestellt sei. Die Antwort Frankreichs

gipfele in dem Vorschlag, Macdonald möge die kleinen mitteleuropäischen Staaten einladen, selbst zu sagen, wie sie sich die Präferenzen unter einander vorstellen und wie sie ihr Verhältnis zu Deutschland und Italien formuliert wissen wollen.

Die Anregung sei, nach Meinung des Ministers, ausserordentlich wichtig. Die Antwort der Kleinen Ententestaaten sei wohl schon jetzt ihrer Tendenz nach klar. Es werde sich also nurmehr noch um den Standpunkt Oesterreichs und Ungarns handeln. Nach Anschauung des Ministers wäre es ein Fehler, wenn sich die mitteleuropäischen Staaten, falls es tatsächlich zur Aufforderung an sie kommen sollte, *nicht vorher unter einander über die Antwort verständigen würden.*

Ich fragte den Minister, wie sich die Kleine Entente verhalten würde, wenn z. B. Ungarn, was nach den letzten Ereignissen nicht ausgeschlossen sei, seine Mitarbeit mit der Revisionsfrage verquicken würde. Dann würde man eben, antwortete der Minister, vorausgesetzt, dass Oesterreich einen „vernünftigen“ Standpunkt einnehme, Ungarn vorläufig links liegen lassen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit vorderhand eben nur mit Oesterreich allein machen. Wenn dann Ungarn sehen würde, dass die Tschechoslowakei und Oesterreich ihr Getreidemanko nicht mehr aus Ungarn, sondern Jugoslawien und Rumänien decken, so würde es sicher bald mürbe werden. Mit anderen Worten, wenn Oesterreich und die Tschechoslowakei sich einigen sollten, *müsste* Ungarn mithalten. Trotzdem würde es der Minister aber vorziehen, wenn es gelingen würde, sich auch mit Ungarn gleichzeitig freundschaftlich zu einigen.

Unsere Unterhaltung wurde hierauf beendet, weil der Minister dringend zum Ministerpräsidenten gebeten wurde. Ich habe mich bemüht, das Gespräch möglichst getreu so wiederzugeben, wie es geführt war, ohne in der Reihenfolge der Gedanken und in etwaigen vorkommenden Wiederholungen etwas zu ändern.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit

Marek

1230

Nationalrat der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 81. Sitzung (Regierungserklärung)

Sten. Prot.

NR – IV. GP

Wien, 27. Mai 1932

Bundeskanzler Dr. Dollfuß [...]: Österreichs Innen- und Außenpolitik wird derzeit durch die Weltwirtschaftskrise und die noch dazukommenden spezifischen österreichischen Voraussetzungen – Entgüterung der Kriegszeit, Zerreißung eines großen Wirtschaftsgebietes, Absperrung großer und kleinerer Nachbarn – bedingt.

Österreich, gemessen am Geiste seiner Bevölkerung und an seiner bescheidenen Wehrhaftigkeit, eines der friedfertigsten Länder der Welt hat sich bemüht und wird sich bemühen, mit allen seinen Nachbarn, mit allen Staaten Europas und der Welt in Freundschaft und Frieden zu leben. Dabei wird und muß alle Welt verstehen, daß wir uns als selbständiger deutscher Staat – bedingt durch das Blut, die Geschichte und die geographische Lage unserer Heimat – der engsten Verbundenheit und Freundschaft mit dem Deutschen Reich bewußt sind, einer Freundschaft, die berechtigt und verpflichtet.

Von ehrlichem freundschaftlichem Geiste wird auch unser Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten, den Großmächten und überhaupt allen Mitgliedern des Völkerbundes getragen sein. Gerade beim Völkerbund hat Österreich wiederholt warmes Verständnis für seine Lage gefunden, wie auch wertvolle Hilfe erhalten.

Als neue Not – bedingt durch die Weltwirtschaftskrise und immer größere Erschwerungen und Minderungen der Ausfuhr unserer Erzeugnisse – Österreich zwang, sich neuerlich an den Völkerbund und die Großmächte Europas zu wenden, insbesondere seit dem Ersuchen der österreichischen Regierung vom 7. August 1931 bis heute, hat Österreich – dessen Rechtlichkeit Tradition ist und dessen Wille, seine Verpflichtungen zu erfüllen, in aller Welt als Selbstverständlichkeit bekannt sein muß – sich bemüht, für seine neuen, nicht von ihm verschuldeten Schwierigkeiten Verständnis und Abhilfe zu finden.

Mit größtem sittlichem Verantwortungsgefühl und Selbstaufopferung sind Kanzler Dr. Buresch und seine Regierung wie auch dieses hohe Haus seinerzeit darangegangen, die ihm vorerst vom Finanzkomitee des Völkerbundes empfohlenen inneren Reformen durchzuführen. Als nach Erfüllung dieser Voraussetzungen die sich anschließenden Beratungen des Völkerbundes in Genf zu keiner konkreten Aktion für Österreich führten, hat mein verehrter Freund und Vorgänger am 16. Februar¹ die Initiative zu handelspolitischen Verhandlungen ergriffen. Die Tatsache allein, daß diese Initiative dankenswerterweise zu Vorschlägen und Verhandlungen über das mitteleuropäische Problem führten, wie auch die wohlwollenden Konferenzen über die spezielle österreichische Frage allein haben leider nicht verhindern können, daß Österreich, anderen Staaten folgend, außer zur Devisenbewirtschaftung auch zu Einfuhrverboten schreiten mußte.

Da Österreich mit Geduld und gutem Willen allein ohne Hilfe von außen leider seine Auslandsverpflichtungen nicht erfüllen kann, stehen wir in diesen Tagen vor der Entscheidung über die Devisensperre für Auslandsschulden.

Wenn wir auch die Vorbereitungen hiezu treffen müssen, hoffen wir – und die Tatsache, daß die vom letzten Völkerbundrat eingesetzte gemischte Kommission auf unseren Wunsch schon diesen Montag zusammentreten und sich in erster Linie mit Österreich befassen wird, wie auch die Tatsache, daß Frankreich schon am 25. Juni 1931, England bei der letzten Ratstagung in Genf in besonders freundlicher Weise

¹ ADÖ 8/1192.

und selbstverständlich auch Deutschland und Italien die Notwendigkeit von besonderen Maßnahmen für Österreich anerkannten, berechtigen zu dieser Hoffnung –, daß das Ergebnis dieser Kommissionssitzung, die der ernsten und absoluten Dringlichkeit wirksamer Maßnahmen sich bewußt sein muß, uns Erleichterung in der Erfüllung unserer Pflichten gegenüber den Auslandgläubigern wie auch gegenüber unserer eigenen Wirtschaft bringt.

Jede Verzögerung müßte unwiederbringlichen Schaden nicht nur für Österreich, sondern auch für die interessierten Staaten und das Ansehen des Völkerbundes im Gefolge haben. Die Regierung wird sonst in kürzester Zeit vor einschneidende Selbsthilfemaßnahmen gestellt sein.

Zur Gesundung unserer Wirtschaft und zur Wiederherstellung des für Wirtschaft und Währung unerläßlichen vollen Vertrauens im In- und Ausland gehört außer manchen anderen Maßnahmen folgendes:

1. Die Feststellung, daß die Regierung absolut entschlossen ist, niemals in den Mißbrauch der Notenpresse zurückzufallen, und daß sie alles tun wird, um der Nationalbank den notwendigen Devisenstand zu sichern.

Die Regierung weiß, daß die Devisenbewirtschaftung und die damit zusammenhängenden Clearingverträge keineswegs eine ideale Ordnung der Materie darstellen, und wird, wo immer Verbesserungen sich als möglich erweisen, diesen nachgehen, denn der Härten, die die Devisenbewirtschaftung hervorgerufen hat, ist sich die Regierung bewußt, aber im Interesse der Währung und Sicherung der notwendigen Importe an Nahrungsmitteln und Rohstoffen sind diese Maßnahmen vorläufig leider noch unentbehrlich. Dazu gehören auch Maßnahmen, die nicht nur das Vertrauen in den Schilling, sondern auch das Vertrauen in Geldinstitute wiederherzustellen und zu sichern geeignet sind.

2. Unbedingte Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt.

Die Regierung würde auch in langfristige verwandelte und neue Kredite nicht für laufende Staatsausgaben verwenden, denn die Einschränkung der Staatsausgaben auf das bei einem klein gewordenen wirtschaftlich schwachen Staat dauernd erträgliche Maß ist nach wie vor unerläßlich. Es wird daher in den nächsten Tagen dem hohen Haus ein Nachtragsbudget vorgelegt werden, von dem wir glauben, daß es den möglichen Staatseinnahmen entspricht. Sie werden daraus sehen, daß dabei vorwiegend die Sachkredite leider eine starke Einengung finden mußten, daß an Gehaltskürzungen nicht gedacht ist, sondern eine Verminderung der Personalausgaben im wesentlichen nur so weit vorgesehen ist, als sich eine solche durch Vereinfachung des Verwaltungsapparates ergibt. Gesetze, die eine Vereinfachung der Verwaltung ermöglichen sollen, liegen dem Haus bereits vor, weitere sind so weit vorbereitet, daß sie in nächster Zeit im Haus eingebracht werden können. Eine vernünftige und auf soziale Momente Rücksicht nehmende Durchführung des Abbaugesetzes ist ja natürlich unerläßlich.

Bei den Bundesbahnen muß grundsätzlich daran festgehalten werden, daß sie als selbständiges österreichisches Unternehmen aufrecht bleiben. Es ist beabsichtigt,

über die rückständigen Zahlungen des Bundes an die Bundesbahnen ein Übereinkommen zu treffen, das einen im Budget verankerten Zahlungsplan vorsieht, und außerdem eine Regelung des Pensionswesens herbeizuführen.

3. Die Handelspolitik, der die Erneuerung, beziehungsweise Änderung einer Reihe von Verträgen obliegt, wird und muß den Ausgleich der Zahlungsbilanz, ja soweit möglich der Handelsbilanz zum Ziele haben.

Die Einfuhrverbote und Einfuhrregelungen, die von zwölf, und zwar darunter großen und für uns wichtigen Staaten bereits vor uns durchgeführt wurden, sind nicht nur vom Standpunkt unserer Devisenlage, welche die Bezahlung entbehrlicher Auslandartikel nicht gestattet, sondern auch als Grundlage für diese Verhandlungen unerlässlich. Die Regierung wird bei Umfang und Durchführung der Verbote gerne allen begründeten Wünschen und Bedenken der Wirtschaft, niemals aber bloßer Demagogie und Wichtigtuerei Rechnung tragen.

Die Regierung wird aber auch dafür Sorge tragen, daß diese Einfuhrregelungen nicht zum Vorwand für unbegründete Preissteigerungen benutzt werden.

Schon in allernächster Zeit beabsichtigt die Regierung an die in Betracht kommenden Staaten Einladungen mit konkreten Vorschlägen für handelspolitische Verhandlungen ergehen zu lassen, wobei wir erfreulicherweise als Anknüpfungspunkt bereits die Bereiterklärung Deutschlands wie auch die grundsätzlich entgegenkommende Antwort Polens auf die Note vom 16. Februar und auch die in den letzten Verhandlungen zum Ausdruck gekommene, grundsätzlich freundliche Einstellung Italiens vorfinden.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Präferenzen im mitteleuropäischen Raum – in der übrigen Welt gibt es ja mehr als 20 unbestrittene Präferenzverträge – nur dann dem begünstigten Staate voll nutzen, ohne dem Staat, der Präferenzen gewährt, störenden Schaden zuzufügen, wenn einerseits der begünstigte Staat 100 Prozent seines Exportbedarfes präferenziell in einem oder mehreren Staaten unterbringen kann und andererseits der gebende Staat in den betreffenden Artikeln noch immer einen zur Bedarfsdeckung notwendigen Teil des Importes nicht präferenziell behandelt, das heißt unter dem normalen Zollschutz beläßt.

Wie immer die Entscheidungen über das Präferenzsystem im mitteleuropäischen Raum ausfallen mögen, unerlässlich ist für uns, Wege zu finden, die einen engeren und leichteren Warenaustausch innerhalb der mitteleuropäischen Länder ermöglichen. Jedenfalls werden wir bestrebt sein, das Importbedürfnis anderer Staaten nach Österreich dazu zu benutzen, um diese Staaten vielleicht auch in irgendeiner Form von Austauschverträgen zu veranlassen, im gleichen Werte Waren, wie Holz und Industrieartikel, aus Österreich zu beziehen und damit zu einer bedeutenden Exporterweiterung zu kommen.

4. Voraussetzung für die Wiederherstellung des Vertrauens ist die Bereinigung der Credit-Anstalts-Frage.

Zurzeit befinden sich die Vertreter des internationalen Gläubigerkomitees der Credit-Anstalt in Wien, und es wird mit ihnen auf der Basis eines loyalen Ausgleichs an

der Hand der von der Creditanstalt erstellten Vorschläge verhandelt. Die Regierung wird gewissenhaft prüfen, ob ein Ergebnis dieser Verhandlungen mit den Lebensinteressen unseres Volkes und der Wirtschaft vereinbar ist. Andernfalls müßte die Frage auf ganz anderen Grundlagen gelöst werden. Es ist der absolute Wille der Regierung, die Credit-Anstalts-Frage raschestens einer endgültigen Lösung zuzuführen, wobei sie auch in der Schuldfrage rückhaltslos die Gerechtigkeit walten lassen wird. (*Beifall rechts.*)
[...]

1231

Notiz Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z. 22444/13

Wien, 27. Mai 1932

Der heilige Stuhl hat im August 1931 im Wege der österreichischen Gesandtschaft beim Vatikan eine ausführliche Verhandlungsgrundlage übermittelt. Auf Grund derselben haben interministerielle Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und den gleichfalls daran interessierten Ressortstellen (Justizministerium, Finanzministerium, BM. f. Heereswesen und Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes) stattgefunden, die bereits zu dem Ergebnis geführt haben, dass ein Entwurf für die Antwortnote der österreichischen Bundesregierung an den hl. Stuhl seitens des Bundesministeriums für Unterricht ausgearbeitet worden ist. Zu diesem Entwurf ist bereits von einem Teil der interessierten Ressortministerien die endgültige Zustimmung erteilt worden, von anderen, so dem BM. f. Finanzen und dem Verfassungsdienst des BKA (MinRat Dr. Jäckel) soll die Stellungnahme in den allernächsten Tagen zu gewärtigen sein.

Es wird somit im Laufe der nächsten zehn Tage seitens SektChefs Dr. Loebenstein dem Herrn Bundesminister für Unterricht ausführlich Bericht erstattet werden und sohin der Notenentwurf mit dem zur Erstattung des Ministerratsvortrages durch das BKA., AA. erforderlichen Material der Abteilung 13 pol. des BKA., AA., zugehen. Letztere Abteilung wird schliesslich den Ministerratsvortrag unverzüglich nach Prüfung des gesamten Materiales und des Notenentwurfes verfassen und dem Herrn Bundeskanzler unterbreiten.

Hornbostel

P.S. Der H. Apostolische Nuntius ist zuletzt am 15. April l. J. gleichzeitig mit dem österr. Gesandten beim Vatikan Dr. Kohlruss in ungefähr gleichem Sinne informiert worden.

1232

Nationalrat der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 82. Sitzung
(Debatte zur Regierungserklärung)

Sten. Prot.
NR – IV. GP

Wien, 31. Mai 1932

Dr. Straffner: [...] Der Bundeskanzler hat an den Völkerbund appelliert und hat daran erinnert, daß der Völkerbund uns schon einmal geholfen hat. Er hat davon gesprochen, daß wir die Voraussetzungen für eine neuerliche Hilfe des Völkerbundes geschaffen haben, als wir das Budgetsanierungsgesetz im Oktober vorigen Jahres erledigten, und daß nunmehr der Völkerbund eigentlich die moralische Verpflichtung hätte, uns wieder zu helfen. Wir konnten sehen, daß im Völkerbund wenig Verständnis für die österreichische Lage besteht. Ich weiß nicht, ob vielleicht in den letzten Stunden eine Besserung eingetreten ist. Wir haben ja von uns aus selbst dem Völkerbund Vorschläge entwickelt, die uns, wenn sie verwirklicht worden wären, schon jetzt wenigstens der allergrößten Not enthoben hätten. Ich erinnere Sie an den Vorschlag einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reiche. Dieser Plan, der in der damaligen Form als unannehmbar erschien, wurde vom Deutschen Reiche im heurigen Winter wieder aufgenommen, und er hat auch die teilweise Zustimmung anderer Mächte gefunden.

Wenn es trotzdem bis heute zu dieser einzig möglichen Lösung nach deutschem und italienischem Rezept nicht gekommen ist, so liegt wohl ein Großteil der Schuld am Völkerbund. Ich hätte es in folgedessen, weil man uns bis jetzt nicht geholfen hat, viel lieber gesehen, daß die Regierung das Transfermoratorium, das heißt die Sperre der Devisen für die Zahlung der Zinsen und für die Amortisation unserer Auslandschulden, bereits ausgesprochen hätte. Die Regierung hat sich entschlossen, diese Sperre noch nicht zu verfügen, in dem Glauben, daß wir neuerdings eine finanzielle Hilfe vom Ausland bekommen werden. Wenn wir diese Hilfe bekommen, so erhalten wir sie einzig und allein doch nur zu dem Zwecke, um unseren Verpflichtungen als Schuldner nachkommen zu können. Wenn die Regierung diesen Weg gehen will, so glaube ich, ist es ein falscher Weg. Ich warne die Regierung, vielleicht auch noch Zugeständnisse auf politischem Gebiete dafür zu machen, daß man uns 100 Millionen Schilling oder etwas mehr zur Verfügung stellt. Hier befinde ich mich in einem Gegensatz zum Herrn Kollegen Dr. Kolb, der gesagt hat, in einer derartigen Situation soll man nicht viel schauen, sondern das Geld nehmen, um auf diese Art der österreichischen Bevölkerung zu helfen. Nein, meine sehr verehrten Frauen und Herren, wenn ein neuerliches Darlehen für Österreich an politische Bedingungen geknüpft würde, dann würden wir unsere ganze Zukunft verkaufen, wir würden nicht für die Erhaltung dieses deutschen

Staates Österreich eintreten, sondern würden damit selbst diesem Österreich das Ende als deutscher Staat bereiten.

Wir müssen daher an die Regierung die Forderung richten, mit der Verordnung über die Devisensperre nicht länger zuzuwarten, denn wenn die Verhältnisse sich so weiter entwickeln, wie sie begonnen haben, werden eines Tages die notwendigen Valuten für den Ankauf der wichtigsten Lebensmittel und Rohstoffe nicht mehr vorhanden sein. Es würde von neuem eine ungeheure Not in Österreich entstehen, die unter Umständen dazu führen würde, daß hier Dinge geschehen, die uns nicht angenehm sein können. Die Haut liegt uns doch näher als das Hemd! Wenn das Ausland gar so viel Wert darauf legt, daß wir unseren Schuldnerverpflichtungen nachkommen, dann soll es uns den Weg freigeben, der nicht nur von uns allein, sondern auch von den Nachbarn gezeigt wurde, die uns helfen wollen. Ich verweise in dieser Beziehung auf das Deutsche Reich und auf Italien. Der Herr Bundeskanzler selbst hat von der Bereitwilligkeit dieser beiden Staaten nebst Polen gesprochen, Österreich in der Form zu helfen, wie es das Deutsche Reich vorgeschlagen hat. Wenn uns dieser Weg freigegeben wird, dann kommen auch unsere Gläubiger auf ihre Rechnung, dann werden wir unsere sprichwörtlich gewordene Vertragstreue dem Gläubiger gegenüber auch erfüllen.
[...]

1233

Exposee Präsident der österreichischen Nationalbank Kienböck¹

AdR, NL Wildner
(ohne Zahl)

o. O., o. D.²

Die finanzielle Wiederaufrichtung Österreichs nach dem Kriege setzte nach unseren vorbereitenden Akten und den Genfer Protokollen vom 4. Oktober 1922 ein. Damals handelte es sich um die Stabilisierung der österr. Währung, deren Wert auf weniger als 1/14400 gesunken war, und als Grundlage der Währungsstabilisierung um die Wiederherstellung des vollständig zerrütteten Staats-Budgets. Es wurde unter bedeutender Beteiligung Frankreichs eine von neun Staaten garantierte Anleihe mit einem Erlös von 650 Mill. Goldkronen (= c. 1000 Millionen Schillinge) zu Gunsten Österreichs zustande gebracht. Diese Anleihe sollte es ermöglichen, innerhalb zweier Jahre das Budget-Gleichgewicht zu erreichen. Diese Anleihe hatte

¹ Handschriftliches Konzept mit Ergänzungen von Sektionschef Schüller.

² Vermutlich Juni 1932.

einen vollen Erfolg. Die Währung blieb seit Unterzeichnung der Genfer Protokolle stabil, der Mißbrauch der Notenpresse wurde eingestellt und das Gleichgewicht im Staatshaushalte bereits im Jahre 1923 hergestellt.

Während so die finanzielle Wiederaufrichtung Österreichs rasch gelang, blieben die wirtschaftlichen Probleme Österreichs leider ungelöst. Das Passivum der Handelsbilanz betrug bis 1931 durchschnittlich 1000 Millionen Schilling, ein Betrag, welchem allerdings gewisse günstige Momente der Zahlungsbilanz (Fremdenverkehr, unsichtbare Exporte etc.) gegenüberstanden, der aber doch die unsichere ökonomische Grundlage Österreichs erkennen ließ.

Schon eine von H. Prof. Rist und Dr. Layton im Jahre 1925 vorgenommene Untersuchung der Wirtschaftslage Österreichs ergab, daß dieses Land ohne erweiterte Ausfuhrmöglichkeiten für seine Industrie kein wirtschaftliches Gedeihen finden könne. Alle vom ökonomischen Komitee des Völkerbundes unternommenen Versuche, um freien Handelsverkehr zwischen den europäischen Staaten zu ermöglichen, blieben vergebens. Es machten, im Gegenteil, die Erhöhung der Zölle und die Absperrungspolitik der einzelnen Wirtschaftsgebiete gegeneinander von Jahr zu Jahr weiteren Fortschritt.

Wenn auch die österreichische Industrie in diesen Jahren stets lebhaft über die Behinderung ihres Exportes klagte, so trat doch der wirkliche Tatbestand nicht so deutlich zutage, weil die österreichischen Banken den Fortbestand der Industriebetriebe durch reichliche Kredite sicherten. Die Einbringlichkeit dieser Credite blieb jedoch von dem Absatz der Industrie abhängig. So konzentrierte sich das Problem bei den österreichischen Banken. Im September 1929 mußte die Bodenkreditanstalt, die einen bedeutenden Industriekonzern kontrollierte, vor dem formellen Zusammenbruch durch übereilte Fusionierung mit der „Credit Anstalt für Handel & Gewerbe“ gerettet werden. Diese Aktion hatte jedoch nur scheinbar Erfolg. Die Credit Anstalt selbst musste im Mai 1931 ihre schweren Verluste, die vor allem durch die Uneinbringlichkeit zahlreicher Industriekredite verursacht waren, deklarieren; es zeigte sich bald, daß die anfänglichen Verlustschätzungen weit hinter der Wirklichkeit zurückblieben. Es muß hier hinzugefügt werden, daß an den Verlusten der Creditanstalt, abgesehen von Verwaltungsfehlern, nicht nur die schlechte Lage der österreichischen Industrie schuld trug, sondern daß auch die von dieser Bank an Industrien der [...] ³ (Czechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Polen) gewährte Kredite – mehr als 70 Millionen Dollar⁴ – sich angesichts der verschlechterten Lage der Industrien in diesen Staaten als zu erheblichen Teilen uneinbringlich erwiesen.

Der österreichische Staat verhinderte über nachdrückliches und die unausbleiblichen Folgen für andere mitteleurop. Länder ausdrückendes Verlangen des Auslandes den

³ Ein Wort unleserlich.

⁴ Dieser Einschub zwischen den beiden Gedankenstrichen ist eine handschriftliche Einfügung Schüllers.

formellen Zusammenbruch der Credit Anstalt dadurch, daß er für den größten Teil der Forderungen an die Credit Anstalt im Sommer 1931 die Haftung übernahm. Hiedurch wurde der Kredit des österr. Staates schwer getroffen. Überdies wurde die Österreichische Nationalbank, deren Stand bis Mai 1931 günstig gewesen war und die bis dahin eine über das gesetzliche Ausmaß weit hinausgehende Deckung ihrer Noten ausgewiesen hatte, sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Nationalbank eskomptierte in den folgenden Monaten gegen 700 Mio. S. Wechsel der Credit Anstalt, von denen den größten Teil die Staatsgarantie trug. Die Erschütterung des Vertrauens hatte eine Kapitalflucht aus Österreich zur Folge, deren Höhe mit 300 Mill. S. geschätzt wird. Die Bewertung des Schillings im Ausland sank um ca. 20–25 %, obwohl in Österreich die gesetzliche Goldparität offiziell festgehalten wurde. Die im Oktober 1931 eingeführte Devisenbewirtschaftung bewirkte allerdings eine wesentliche [...] des Devisenbesitzes, konnte jedoch nicht hindern daß der Bestand der öst. Nationalbank an Gold und Devisen von Monat zu Monat sank, so daß das gesetzliche Deckungserfordernis der Noten nicht aufrecht erhalten werden konnte.

In der gleichen Zeit geriet das österreichische Budget, das bis 1929 vollkommen in Ordnung gehalten worden war, in ernste Schwierigkeiten; die wirtschaftliche Lage Österreichs verschlimmerte sich zusehends, insbesondere da die Weltkrise nicht nur die Industrie schwer traf, sondern auch das für Österreich so wichtige Ertragnis der Landwirtschaft insbesondere Holz und Vieh katastrophal herabsetzte. Die österreichische Ausfuhr betrug im Jahre 1929 mehr als 2200 Millionen Sch., im Jahre 1931 nur 1200 M., im Jahre 1932 wird sie kaum 800 M. erreichen.⁶

Österreich unternahm ernste Anstrengungen, die drängenden Probleme zu lösen. Bei der Credit Anstalt wurde im Febr. 1932 im Einvernehmen mit den Ausländischen Gläubigern, die ein Forderungskapital von ca. 410 Mill. S. repräsentieren, eine neue Verwaltung eingesetzt. Die Österr. Nationalbank wandte sich seit derselben Zeit einer restriktiven Politik zu und lehnte die Hereinnahme neuer Wechsel der Credit Anstalt ab. Der Notenausdruck wurde verringert. Die Devisenbewirtschaftung wurde aufrecht erhalten und in der Durchführung zum Teil verschärft. Maßnahmen zur Ordnung des Budgets wurden im Jahr 1931 eingeleitet und im Jahr 1932 fortgesetzt und eine strenge Ersparnispolitik eingehalten. Die Ausgaben sind von 2300 Mill. im J. 1931 auf 1900 Mill. im Budget für 1932 herabgesetzt worden; sie werden jetzt durch ein Nachtragsbudget weiter herabgesetzt u. weitere Ersparungen werden unvermeidlich sein.⁷

Der Erlös der Anleihe ist vor allem zur Stärkung des Devisenbestandes der öst. Nationalbank bestimmt. Wenngleich ein erheblicher Teil der Anleihe zur Rückzahlung kurzfristiger Kredite verwendet werden mußte, so liegt doch schon in dem

⁵ Passage unleserlich.

⁶ Dieser letzte Satz ist eine handschriftliche Einfügung Schüllers.

⁷ Dieser letzte Satz ist eine handschriftliche Einfügung Schüllers.

Ersatz kurzfristigen Geldes durch ein für eine Reihe von Jahren dienendes Geld eine bedeutende Besserung der Situation. Der sodann verbleibende Betrag an neuem Geld wird zur Besserung des Deckungsverhältnisses der Noten erheblich beitragen. Es wäre jedoch verfehlt, bloß diesen Ziffern an sich Bedeutung beizulegen. Die wichtigste Wirkung des neuen Kredits muß die Hebung des Vertrauens auf die österreichische Währung sein. Der Nationalbank wird durch die Anleihe der Weg zur Fortsetzung einer [...] ⁸ Politik gangbar gemacht.

Die vertrauensstärkenden Wirkungen der Anleihe werden nicht ausbleiben, wenn auch die Bedingungen erfüllt werden, von denen das Protokoll handelt. Die öst. Regierung muß alles unternehmen, um die Ordnung im Staatshaushalt verlässlich herzustellen, wozu ihr das durch die Anleihe gestärkte Vertrauen die Kraft geben wird. Eine der Grundlagen der Equilibrierung des Budgets wird die Sanierung des Haushalts der Bundesbahnen sein, zu deren Grundlage der Brief Dr. Herolds dienen wird.

Die Anleihe bildet nur einen Teil, allerdings einen unentbehrlichen Teil des Reformprogrammes der österr. Regierung. Dieses umfaßt die Ordnung des Budgets, die – wie oben erwähnt – teils schon durchgeführt teils vorbereitet ist, die Regelung der Kreditanstalt, der Schuld an die Nationalbank, die Aufnahme einer neuen Anleihe zum Zwecke der Abgeltung von Schulden und der Beseitigung des Defizits der Bundesbahnen. Dazu kommt als sehr wichtiges Moment die Besserung der handelspolitischen Lage. Österreich hat bereits seit Jänner Jugoslaw. einen Vorzugszoll für Getreide eingeräumt, der thatsächlich in Kraft getreten ist. Es wird jetzt weitere Verhandlungen mit den Donaustaaten auf dieser Grundlage führen u. kann erwarten, daß es dafür Erleichterungen seiner Ausfuhr erhalten wird. Auch die Großmächte haben sich bereit erklärt, Österreich Zugeständnisse zu machen. Da es viel mehr einführt als ausführt und gegenüber den meisten Staaten sehr passiv ist, hat es darauf Ansprüche, deren Realisierung seine Lage wesentlich bessern würde. ⁹

Die Verhandlungen, welche die öst. Regierung mit den ausländischen Gläubigern der CA eingeleitet hat, werden bei gegenseitigem Verständnis zu einem raschen Erfolg führen können. Da beiderseits der Wille dazu besteht und die Notwendigkeit anerkannt wird, die Leistungen den verpflichteten Ziele den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen, so besteht die Aussicht, dieses bedeutungsvolle Problem einer Lösung zuzubringen

Gewiß kann die dauernde wirtschaftliche Stabilität Österreichs nur erreicht werden, wenn die Handelspolitik den österr. Erzeugnissen größere Absatzmöglichkeiten eröffnet. Insofern besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen der Kredithilfe für Österreich und der handelspolitischen Aktion für das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet.

⁸ Passage unleserlich.

⁹ Dieser Absatz ist eine handschriftliche Einfügung Schüllers.

Es muß jedoch herausgehoben werden, daß diese Kredithilfe von größter Dringlichkeit ist. Gerade um zu verhindern, daß eine öst. [...] ¹⁰ die Lawine der [...] ¹¹ in Bewegung setzt und dadurch dem internationalen Verkehr noch weitere ernste Schwierigkeiten erwachsen, muß hier rasch gehandelt werden. Österreich hat sich monatelang dagegen gewehrt, den Schuldendienst nach dem Ausland zu [...] ¹² unterbrechen und hat es an Anstrengungen nicht fehlen lassen, um diese Maßnahme zu vermeiden. Umso notwendiger ist es, daß dieser Wille zur Aufrechterhaltung des internationalen Schuldendienstes eine Stütze findet. Es mag [...] ¹³ hiebei den Ausschlag geben, daß die mit der Garantie der Staaten versehene Völkerbundanleihe ein sofortiges [...] ¹⁴ Eingreifen [...] ¹⁵. Die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit Österreichs ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas.

Trotzdem war es seit der Katastrophe der Credit Anstalt erkennbar, daß Österreich ohne auswärtige Hilfe die Schwierigkeiten dieser Epoche nicht überwinden könne. Eine finanzielle Hilfe kam im Mai 1931 in Form kurzfristiger Kredite der Bank von England an den Staat in der Höhe von 150 Mill. S. [...] ¹⁶ von der B. R. I. [...] ¹⁷ an die öst. Nationalbank in der Höhe von 100 Mill. S. Durch teilweise Rückzahlung im Herbst 1932 sind diese Kredite auf 100 resp. 90 Mill. S. herabgesetzt worden. Die österreichische Regierung wandte sich seit 1931 in wiederholten Schritten an den Völkerbund. Die Unterstützung, welche Österreich durch Empfehlung eines Stillhalte-Übereinkommens erhielt, kann nicht übergangen werden. Seit November 1931 befindet sich ein Vertreter des Finanzkomitees in Wien und ein ausländischer Berater bei der Öst. Nationalbank. Das Finanzkomitee prüfte im März 1932 umgehend die Finanzlage Österreichs. Der vom Komitee [...] ¹⁸ Bericht gipfelt in der Empfehlung eines Kredits für Österreich. Allein diese Empfehlung hatte zunächst keine Auswirkung, zumal eine von den vier großen Mächten (Frankr., Engld., Italien, Deutschld.) eingesetzte Kommission ihrer Schatzämter keine Einigung erzielte.

Im Mai 1932 wandte sich die österreichische Regierung nochmals dringend an den Völkerbundrat, da der Devisenvorrat der öst. Nationalbank weiter zusammengeschmolzen war und die Übertragung der Monatstangente für den Dienst der Völkerbundanleihe nur mit der größten Schwierigkeit aufzubringen war. Der Völkerbundrat richtete am 21. Mai 1932 an Österreich einen Appell, seine Zahlungen fortzusetzen, und setzte gleichzeitig eine aus den Delegierten der Schatzämter der

¹⁰ Passage unleserlich.

¹¹ Passage unleserlich.

¹² Passage unleserlich.

¹³ Passage unleserlich.

¹⁴ Passage unleserlich.

¹⁵ Passage unleserlich.

¹⁶ Passage unleserlich.

¹⁷ Passage unleserlich.

¹⁸ Passage unleserlich.

4 Staaten und aus Vertretern des Finanzkomitees zusammengesetzte Kommission ein. Diese Kommission nahm unter Vorsitz des Schweizerischen Bundesrats Musy seine Arbeit rasch in Angriff.

Das Elaborat dieser Kommission ist das Protokoll, das der Regierung zur Unterzeichnung vorliegt

1234

Bundesrat der Republik Österreich

Antrag Nr. 41/A

AdR, Parteiarchiv SDAP

Wien, 15. Juni 1932

Die Notendeckung der Oesterreichischen Nationalbank beträgt auf Grund des letzten Ausweises 164.5 Millionen Schilling Gold und 31.3 Millionen Schilling Devisen, also insgesamt 195.8 Millionen Schilling. Davon gehören 190 Millionen nicht mehr unserem Staate, denn 90 Millionen sind von England, 100 Millionen aber von der B.I.Z. kurzfristig entliehen, sodass also die Oesterreich tatsächlich gehörende Notendeckung nur mehr 5.8 Millionen Schilling beträgt. Demgegenüber steht eine jährliche Zahlungsverpflichtung unseres Staates an das Ausland an fälligen Zins- und Amortisationsquoten für seinerzeit hereingenommene Anleihen von 175 Millionen Schilling. Die an das Ausland fälligen Zinszahlungen eines Jahres allein übersteigen also die uns tatsächlich gehörende Notendeckung um das Dreissigfache. Dazu kommt noch, dass Oesterreich dennoch auf eine die Ausfuhr übersteigende Einfuhr lebenswichtiger Waren angewiesen ist. Woher soll Oesterreich diesen lebensnotwendigen Einfuhrüberschuss bezahlen, wenn schon die jährlichen Zinsverpflichtungen gegenüber dem Auslande die gesamte geborgte Notendeckung verschlingen? Hier kann nur ein Moratorium helfen bei gleichzeitiger Ergreifung der Initiative zur Schaffung eines deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsraumes, der Oesterreich mit einem Schlage von allem ausländischen Druck befreien und die sterbende Wirtschaft retten würde. Ein solcher Wirtschaftsraum liesse sich auch heute schon verwirklichen, und zwar, wenn es sein muss, ohne weiteres auch gegen Frankreichs Willen. Denn die heutige Machtstellung Frankreichs im Südosten Europas gründet sich nicht auf natürliche Bindungen und Beziehungen, sondern fast ausschliesslich auf mehr oder minder *künstliche* Konstruktionen, deren bedeutsamstes Fundament *das Geld der französischen Rentner ist*, das als staatliche und private Anleihen ins Donaubecken floss und so dessen verschiedene Kleinstaaten in Abhängigkeit und politische „Freundschaft“ zu Frankreich zwang. Dieser rein willkürlichen und künstlichen politischen Bindung der kleinen Donau- und Balkanstaaten an Frankreich widerstreitet die natürliche wirtschaftliche Anziehungskraft, die die

stärkste Wirtschaftsmacht Mittel- und Osteuropas, Deutschland, in erster Linie als zu gewinnender Abnehmer der Agrarprodukte, aber auch als Lieferer industrieller Erzeugnisse von weltberühmter Beschaffenheit auf den Südosten ausübt. Diese wirtschaftliche Anziehungskraft Deutschlands wird umso grösser, je nachhaltiger die steigende Wirtschaftsnot die Südoststaaten bedrückt und je klarer sie ihnen vor Augen führt, dass die „Hilfen“, die Frankreich lediglich in Form von Anleihen zu bringen hatte und hat, nicht nur rein egoistischen Interessen des französischen Machtstrebens entspringen, sondern auch in Wahrheit keine Hilfen darstellen, vielmehr sogar ausgesprochene Fallen und Fangstricke, in denen sich Wirtschaft, Volk und Staat nur immer und mehr und mehr verhaspeln. Und so halten wir heute in einer Situation, in der politischer Schlendrian und Gewöhnung, sowie finanzielle Abhängigkeit die Südost-Staaten politisch noch immer an die Fersen Frankreichs heften, während sie die wirtschaftliche Schwerkraft mehr und mehr nach dem natürlichen, mitteleuropäischen Wirtschaftszentrum, Deutschland, zieht. Dieser Zwiespalt zwischen finanziellem Zwang entspringender politischer Gewöhnung an Frankreichs Führung und zwischen natürlicher wirtschaftlicher Um- und Einstellung im Sinne Deutschlands, lähmt heute noch die Politik der kleinen Donaustaaten derart, dass sie zwar gerade noch die Kraft aufbringen, die widernatürlichen Donaupläne Tardieus sachte abzulehnen, nicht mehr aber die aufbauende Energie, mit Hilfe Deutschlands und Italiens den deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsraum, die einzige Rettung für alle Beteiligten, aufzurichten.

Und dieser selbe Zwiespalt durchzieht bis zu einem gewissen Grade auch den französischen Pläne- und Ränkeschmied selbst. Frankreich widerstreitet aus politischen Gründen mit voller Zähigkeit jeder tatsächlichen Lösung des mitteleuropäischen Problems, die Deutschland einschliesst, obwohl es aus wirtschaftlichen Gründen recht viel Ursache hätte, gerade einer solchen Lösung, die ja allein Gesundung verbürgen würde, das Wort zu reden. Denn Frankreich hat etwa fünf Milliarden Franken Staatsanleihen und für etwa sechs Milliarden Franken private Kredite im Südosten Europas stecken und der kleine französische Rentner, der eigentliche Geldgeber und Anleihebesitzer, sorgt sich angesichts der geradezu galoppierenden wirtschaftlichen Schwindsucht seiner Schuldner mit vollem Recht um seine Zinsen und sein Geld. Er fürchtet mit Recht, dass dem ungarischen und dem bulgarischen Moratorium andere folgen könnten und dass er auf diese Weise vorerst einmal um den ruhigen Genuss seiner Zinsen gebracht werden wird. Dazu kommen noch die weitaus grösseren Summen, die in Deutschland liegen, sowie der Umstand, dass das geschäftstüchtige England und Amerika seinerzeit grosse Beträge billigen französischen Geldes hereingenommen haben, um sie zu dreifachem Zinsfuss nach Deutschland und auch in den Südosten Europas zu pumpen, welche Tatsache vielleicht auch die auffallend weiche politische Haltung Englands gegenüber Frankreich erklären mag. Jedenfalls wird so der französische Rentner durch den drohenden Zusammenbruch Mittel- und Südosteuropas in schärfste Mitleidenchaft gezogen. Und dieser französische Rentner stellt eine Macht im Staate dar,

über die auch die französische Regierung nicht so ohne weiteres hinweg kann. Schon anlässlich der vor etlichen Monaten an die Tschechoslowakei zu Halsabschneiderbedingungen vergebenen Anleihe machte sich eine ernste Opposition in der französischen Kammer geltend, die nachdrücklich Einspruch dagegen erhob, dass mit gutem französischen Geld andauernd höchst fragwürdige und unsichere Anleihegeschäfte getätigt werden.

Droht also schon von dieser Seite einer Fortsetzung der französischen Anleihepolitik im Südosten Europas, die ja das Um und Auf und die Grundlage der Machtstellung Frankreichs in jenem Gebiete ist, ernste Gefahr, so versiegt auch in den kleinen Schuldnerstaaten an der Donau selbst langsam der Wille, schneller aber das Vermögen, weitere Anleihen einzuholen. Die Südoststaaten werden mit der Zeit gewahr, dass sie von Paris bloss als bessere Kolonie gewertet und behandelt werden, sie kommen mit der Zeit darauf, dass das einzige Bindeglied zu Frankreich sündteuere Anleihen sind, die alles andere eher darstellen als ein Allheilmittel für ihre notleidende, durch steigende Zinslasten immer unerträglicher bedrückte Wirtschaft, und selbst dem rumänischen Beamten wird es klar, dass die Ursache des Ausbleibens seiner Bezüge in dem Zwang gelegen ist, von staatswegen die fälligen Zinsen an Frankreich pünktlich zu bezahlen. Dazu kommt noch das allerorten, auch auf dem Balkan, aufdämmernde Bewusstsein, dass die schwere Krise, die alle Welt bedroht, keine vorübergehende Erscheinung ist, der man durch Anleihen abhelfen kann, sondern der Ausfluss des Todeskampfes der zerfetzten Weltwirtschaft und der Vorbote eines grundstürzenden Systemwechsels, in dessen weiterer Folge *Anleihen* wohl die geringste Rolle spielen werden. Die ganze heutige Wirtschaft Südosteuropas und die französische Machtstellung dortselbst steht und fällt jedoch mit der Fortsetzung der Anleihepraxis, die aber, als kein geeignetes Mittel zur Ueberwindung der grundlegenden Aenderungen vorbereitenden Weltkrise, sehr bald sich selbst wird erschöpfen und ein Ende nehmen müssen. Ja, wir sind der Ueberzeugung, dass dieses Ende so gut wie schon gekommen ist. Denn, wie gesagt, weder der französische Rentner will, wie das tschechoslowakische Anleihebeispiel schon ziemlich deutlich gezeigt hat, weitere Kredite geben, noch kann der südosteuropäische Schuldner, vor allem mangels jeder vernünftigen Sicherheit, weiterhin solche Kredite erhalten. Mögen auch noch da oder dort kleinere Anleihen erfolgen, an dem grossen Gesamtbild können sie nichts mehr ändern. Ungarn und Bulgarien scheiden ja heute schon infolge ihrer Moratorien als nicht mehr kreditfähig von vornherein aus und die übrigen Donaustaaten werden spätestens noch in diesem Jahre mit Zahlungseinstellungen folgen müssen. Was dann? Kein Kredit, kein Geld mehr für die Donau- und Balkanstaaten, keine Anleihe mehr, die allein bis heute notdürftig, wenn auch in steigender Unfruchtbarkeit, die Aufrechterhaltung jener Staaten ermöglicht hat! Keine Anleihe und damit auch kein Bindeglied mehr zu Frankreich! Das heisst, dass Frankreich, dessen ganzer Einfluss im Südosten nur durch Anleihen aufgerichtet, nur durch Anleihen gestützt und erhalten werden konnte, mit der Unmöglichkeit, weitere Anleihen zu geben, auch seinen Einfluss

auf jenes Gebiet verliert. Frankreich hat dem Südosten nichts mehr zu bieten, es hat nur noch Zinsen und Kapital zu fordern, und diesen Forderungen entziehen sich die Schuldner durch ihre Moratorien. Was sind Verträge, was sind Sicherheiten, wenn die Not sie bricht und wenn neue, zwingendere Forderungen einer neuen Zeit, einer neuanbrechenden umwälzenden Entwicklung an Stelle aller menschlicher Forderungen treten? Mit dem Augenblick, da Frankreichs Rentner keine Anleihe mehr geben wollen oder können, mit dem Augenblick, da sich für Südosten klar das zwingende Gebot erhebt, andere Wege als Bettelwege nach Paris zu wandern, mit diesem Augenblick ist Frankreichs Einfluss und Vormacht in jenem Gebiete dahin und gebrochen. Damit aber auch das Hindernis, das Frankreich einer wahren und gesunden Wirtschaftsregelung im mitteleuropäischen Raum unter Entschluss Deutschlands entgegenstürmte! Dann steht der Südosten Europas vor dem ehernen Zwang, endlich und sofort die künstliche politische Bindung zu Frankreich fahren zu lassen und sie durch die natürliche wirtschaftliche Bindung zu Deutschland zu ersetzen, denn sonst bliebe nur mehr der völlige Zusammenbruch, das Chaos. Und dieser Augenblick ist nahe!

Frankreich steht am Grabe seiner Macht im Südosten Europas. Schon heute. Darum reiste Tardieu, wie von der Tarantel gestochen, aufgeregt mit seinen „Donauplänen“ hin und her, darum aber musste er sich auch in London von Deutschland und Italien seine Abfuhr holen. Hätte der berühmt kleinliche französische Krämerstandpunkt eine grosszügigere Politik zugelassen, hätte Frankreich einer mitteleuropäischen Lösung mit Deutschland zugestimmt, es hätte von seinem Einfluss im Südosten manches retten können. Wartet Frankreich aber den endgiltigen Zusammenbruch seiner Schuldnerstaaten ab, versetzt es sie selbst in den Zwang völlig „eigenmächtig“ und gegen ihren bisherigen „Protektor“ zur Rettung des nackten Lebens das mitteleuropäische Problem im Sinne Deutschlands lösen zu müssen, dann steht Frankreich hier unwiderruflich vor dem „Grabe seiner Habe“!

Und wir halten dafür, dass es für den Südosten Europas höchste Zeit ist, jene Eigenmächtigkeit gegenüber Frankreich zu bekunden. Wir halten dafür, dass vor allem Oesterreich, das Herzstück der französischen Donaupläne, eine aktive Politik im Sinne einer deutsch-südosteuropäischen Lösung anzugehen hat. Oesterreich ist der von Frankreich am meisten „umworbene“ Mittler zwischen Deutschland und dem Südosten, Oesterreich muss die Initiative ergreifen. Wollen wir warten, bis trotz ein paar Millionen neuer Kredite, die nur mehr den Wert balkanhafter Bestechungsgelder besitzen, alles um uns zusammenbricht, bis wir selbst im Chaos versinken? Sollen wir erst nach vollem Ruin zu der Lösung gelangen, die heute schon durchführbar natürlich und klar auf der Hand liegt? Deutschland und der Südosten Europas müssen sich mit Unterstützung Italiens unverzüglich zusammensetzen und über ihren wirtschaftlichen Zusammenschluss beraten. Nicht der französische Vormund hat über unmündige Kolonien in London oder sonstwo zu bestimmen, sondern zu bestimmen haben einzig und allein die Interessen derer, die es angeht. Die Interessen also Deutschlands, Oesterreichs und des Südostens.

Diese Interessen aber verbinden diese Gebiete zwingend und natürlich zu einem grossen Wirtschaftsraum. Heute können die Agrarländer dieses Raumes ihre Bodenprodukte zum grossen Teil nicht verkaufen und für den Rest kaum mehr annehmbare Preise erzielen. Warum? Weil der Hauptabnehmer dieses natürlichen Raumes, Deutschland, seinen Bedarf aus Übersee deckt. Fast den gesamten, die eigene Produktion übersteigenden Weizenbedarf (zirka 2.1 Millionen Tonnen) führt beispielsweise das Reich aus den Vereinigten Staaten, aus Argentinien und Kanada ein, ähnlich verhält es sich bei Roggen, Mais und Gerste, einzig an der Gersteneinfuhr ist Rumänien als Lieferer bis zu einem schwachen Drittel beteiligt. Sonst führen die Agrarstaaten des Südostens nur völlig unbedeutende Mengen nach Deutschland aus. Dies, obwohl der deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsraum als solcher sich glattweg selbst versorgen könnte. Die Statistik weist für diesen Raum, einschliesslich Deutschlands, gegenüber einer Gesamtproduktion von beispielsweise 18 Millionen Tonnen Roggen einen Verbrauch von 17.8 Millionen Tonnen nach, für Gerste gegenüber einer Produktion von 9.2 Millionen Tonnen einen Verbrauch von 10 Millionen, für Hafer gegenüber einer Produktion von 11.2 Millionen Tonnen einen Verbrauch von 12.9 Millionen, für Mais gegenüber einer Produktion von 6.2 Millionen Tonnen einen Verbrauch von 6.9 Millionen Tonnen usw. In Weizen überwiegt der Verbrauch die Produktion in etwas stärkerem Masse. Dieser Unterschied könnte durch entsprechende Umstellungen und Intensivierungsmassnahmen innerhalb der deutschen Landwirtschaft wettgemacht werden. So ergibt sich aus diesen Ziffern klar, dass ein geschlossener deutsch-südosteuropäischer Wirtschaftsraum sich nicht nur selbst versorgen kann, sondern dass auch die heute noch so notleidende Landwirtschaft der ausgedehnten agrarischen Gebiete jenes Raumes künftig jeder Sorge um Absatz überhoben wäre. Diese, durch den ungeschmälernten Verkauf ihrer Produkte ungekräftigten Gebiete gäben dann ihrerseits wieder einen tragfähigen Markt für Deutschland und der anderen Teilnehmer Industrieerzeugnisse ab, so dass tatsächlich in diesen heute verwüsteten Raum alsbald wieder Arbeitsmöglichkeit und Gesundung Einkehr hielten. Ganz im gleichen Sinne wie die Bodenfrüchte gleichen sich auch unter anderem Produktion und Verbrauch an Zucker aus, ebenso die Vieh- und Fleischversorgung, in der die Ueberschussländer Ungarn, Südslawien und Rumänien vor allem den deutschen und tschechischen Ueberschuss voll bedecken und jede preisdrückende und dabei doch kostspielige Gefrierfleischeinfuhr aus Argentinien ausschalten könnten. Was bedeutet gegenüber solchen Tatsachen, die einzig wirkliche Rettung und Gesundung bringen, der einfach jämmerliche französische Plan einer Donauföderation?

Aber was nützt auch alle Hilfsbereitschaft und Freundschaft Italiens, das dem deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbündnis gern zum Durchbruche verhelfen will, wenn unsere eigenen Staaten und Regierungen in schlafmützigem Trott gleich mondsüchtigen Nachtwandlern unentwegt dem französischen Gängelbände folgen, bis zum nahen Absatz und Ruin, ohne die so greifbar natürliche und klare Rettung zu sehen? Vor allem an den Regierungen Deutschlands und Oesterreichs

ist es gelegen, die Führung zu schöpferischer Aufbauarbeit im mitteleuropäischen Raume zu ergreifen.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag:

Der Bundesrat wolle beschliessen:

Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich ein Moratorium für alle an das Ausland zu leistenden Zahlungsverpflichtungen zu erklären und gleichzeitig sofort die Initiative zur Bildung eines deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsraumes zu ergreifen, in dessen Rahmen Oesterreich, wie auch alle anderen einbezogenen und heute noch notleidenden Staaten, wie Ungarn, Südslawien, Tschechien, Bulgarien und Rumänien, mit einem Schlage volle wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit und damit volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Auslande erreichen würden.

Die Regierung wird aufgefordert, diesen Weg, der allein grundlegende Rettung bringen kann, ungesäumt zu beschreiten, wenn nötig auch gegen Frankreich, das ja als nicht mehr anleihewillige Auslandsmacht einem wirtschaftlich selbständigen und unabhängigen neuen Wirtschaftsraum gegenüber ohnehin jedes Machtmittel und jeden Einfluss automatisch verlieren muss. Die Regierung wolle daher sofort alle erforderlichen Schritte bei den Regierungen der in Betracht kommenden Staaten, vor allem des Deutschen Reiches, unternehmen, um so gemeinsam mit dem Deutschen Reich den unfruchtbaren Donaukonferenzen unter französischem Vorsitz eine grosse, zielklare Tagung zur Schaffung des mittel- und südosteuropäischen Wirtschaftsraumes unter deutschem Vorsitz entgegenzustellen.

*Franz Schattenfroh
Leo Haubenberger
Hermann Reschny*

1235

Besprechungen Bundeskanzler Dollfuß und Sektionschef Schüller mit tschechoslowakischem Außenminister Beneš am 26. Juni 1932 in Bellerive

Aufzeichnung

AdR, NPA

Tschechoslowakei 7/1

Z. 23071/13

Lausanne, 26. Juni 1932

Oesterr. Anleihe: Beneš sagte, auch seines Wissen sei die Anleihe bedingt durch das Zustandekommen einer handelspolitischen u. finanzpolitischen Aktion. Er zweifle daran, dass sich die Grossmächte einigen werden. Man müsse die Stellungnahme

Frankreichs begreifen, es nehme teil an der Finanzhilfe für Oesterreich und auch für Ungarn, obwohl es in letzterem Land finanziell nicht interessiert ist. Nun verlangen Jugoslawien, Polen u. Rumänien finanzielle Hilfe. Wenn Frankreich allein sie ihnen gewährte, würde das geschehen, was in der Vergangenheit immer geschehen sei, dass man Frankreich vorwirft, es wolle diese Staaten militärisch u. politisch beherrschen. Das passe Herriot, der ein sehr ehrlicher Mann sei, absolut nicht.

Handelspolitik der Grossmächte: Handelspolitisch habe Deutschland in London (Bülow) eine unmögliche Haltung eingenommen, indem es die Tschechoslowakei so zu sagen an die Seite der Grossmächte gestellt habe, was er (Benes) akzeptiert habe (ironisch gemeint!). Er selbst halte an der von ihm seit 12 Jahren gemachten Politik zur Reorganisation Mitteleuropas fest, wolle aber nur dann etwas unternehmen, wenn die Grossmächte sich geeinigt hätten. Wenn diese Einigung erfolge, so sei er bereit, nicht nur an den handelspolitischen Verhandlungen, sondern auch an der österr. Anleihe, allerdings nur mit einem geringen Betrage, teilzunehmen; die gegenwärtige Lage in der Tschechoslowakei mache das Zusammenhalten aller vorhandenen Mittel notwendig.

Benes fürchtet, dass sich die Grossmächte auch jetzt nicht einigen werden; sie treiben eine Politik, die sie, insbesondere aber die kleinen Staaten zugrunde richten müsse; jede glaube, sie werde länger aushalten als die andere. Deshalb fürchte er, dass die Mächte erst dann zu einer Aktion sich aufraffen werden, wenn vorher alles zusammengebrochen sein wird. Wenn keine Zusammenarbeit zustande komme, so werden auch die kleinen Staaten gezwungen sein, wenigstens vorübergehend eine begrenzte Autarkie herzustellen. Für die Tschechoslowakei bedeute dies das Zugrundegehen einer Reihe von Industrien, doch wäre dies unter den gegebenen Umständen unvermeidlich, weil sich die europäische Ueberindustrialisierung und Amerikanisierung nicht halten könne.

Die österr. Regierung kann versichert sein, dass er (Benes) für die Anleihe sei, deren Zustandekommen auch im Interesse der Tschechoslowakei liege, die sonst ihre Garantie für die Völkerbund-Anleihe leisten müsste. Allerdings werde man in Prag sagen, wenn die Anleihe zustande komme, dass dazu nicht eine Kreditgewährung seitens der Tsch.Slow. nötig sei. Andererseits wünsche Frankreich die Teilnahme der Tschechoslowakei.

Handelspolitik mit Oesterreich: Für die handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich erwarte er gegebenenfalls unsere Einladung, die er mit der Frage nach Konkretisierung unserer Wünsche beantworten wolle. Die Lausanner Konferenz und die Abrüstungskonferenz würden bis nach den amerikanischen Wahlen fortgesetzt werden. Die Weltwirtschaftskonferenz komme ihm sehr nebulos vor.

1236

**Besprechung Bundeskanzler Dollfuß mit französischem
Ministerpräsidenten Herriot am 28. Juni 1932 in Lausanne**

Aufzeichnung

AdR, NPA
Österreich 8/IV
(ohne Zahl)

Lausanne, 28. Juni 1932

Der H. BK dankte zunächst dem frz. Min.Präs. für seine erfolgreiche Intervention in der österr. Sache beim frzs. Ministerrat des 25. d. M.

M. Herriot: nahm den Dank mit sichtlicher Freude zur Kenntnis u. erklärte, es wäre für ihn gar nicht leicht gewesen, die Sache nun so weit zu bringen. Er wies wieder auf die schon wiederholt erörterten Schwierigkeiten (Opposition gegen die „wirklich unmögliche“ Anleihepolitik der Regg. Tardieu, insbesondere was die ungar. Anleihe betrifft, u. s. w.) hin. (siehe auch Schluss!)

H. Bundeskanzler: ersuchte nun H. Herriot, die Finalisierung der Angelegenheit möglichst zu fördern u. wo möglich auf eine ehemögliche, etwa heutige Einberufung des gemischten Komitee's Einfluss zu nehmen.

H. Herriot: erwiderte, dass er gerne mit den zuständigen franz. Faktoren des gemischten Komitees in diesem Sinne sprechen wolle, liess jedoch durchblicken, dass nach seiner Auffassung er (Herriot) nunmehr alles getan habe, was in seine Kompetenz falle, nämlich die Sache „politisch“ in Paris durchzusetzen, woselbst er auch parlamentarisch durch Rücksprache mit wichtigen parlamentarischen Faktoren, u. a. Caillaux, die Angelegenheit vorbereitet habe. Auf eine weitere Frage des H. BK stellte er in Aussicht, dass das Protokoll noch diese Woche finalisiert werden würde. Er hoffe, der H. BK werde eine „schöne Rückkehr“ haben. Hinsichtlich der Anberaumung der Komitee-Sitzung auf heute nachm. sehe er allerdings grosse Schwierigkeiten, da er H. Bizot's nicht entraten könne, der mit dem Finanzminister eine Antwort auf die deutschen Auslassungen von gestern in der Reparationsfrage ausarbeiten müsse. Es sei heute ein besonders kritischer Tag; man stünde vor der Entscheidung, ob es zum Abbruch der Verhandlungen kommen werde. Wenn er Samstag noch Optimist gewesen sei, so habe die Rückkehr H. v. Papens aus Berlin, wo die Lage eine sehr prekäre sei, einen argen Rückschlag gebracht.

H. Bundeskanzler: stellte H. Herriot noch einen Abschiedsbesuch vor seiner Rückkehr nach Wien in Aussicht.

Im Laufe einer Unterredung sprach der H. BK die Hoffnung aus, H. Herriot wieder einmal in Wien begrüßen zu können, was H. Herriot veranlasste, in enthusiastischen Worten über Wien, Beethoven, die Beethovenfeier, sein Beethovenbuch u. seine in letzterem enthaltenen Auslassungen über die kulturelle Bedeutung Oesterreichs u. Wiens u. die „personnalité“ Oesterreichs zu sprechen. Hieran knüpfte H. Herriot

folgende Bemerkung: Er selbst sehe kein Weltunglück im Anschluss Oesterreichs an Deutschland, vom politischen Gesichtspunkte. Im Ernstfalle würde der Anschluss Deutschland ja militärisch nicht wesentlich stärken. Ja einer seiner Freunde hätte ihm sogar unlängst die Frage vorgelegt, ob nicht der Anschluss zu einem für Frankreich günstigen Widerstreit der „beiden Hauptstädte“ Berlin u. Wien u. zu einer Schwächung des deutschen „Imperialismus“ führen würde. Herriot habe darauf geantwortet, dass Oesterreich unbedingt als kulturelle Persönlichkeit im Interesse der gesamten Kulturmenschheit selbständig erhalten werden müsse.

Anmerkung:

Unter den Schwierigkeiten, denen H. Herriot in Paris bei Befürwortung der österr. Sache begegnet wäre, führte er u. a. an, „man habe ihm gesagt und es heisse, dass Österr. Kriegsmaterial-Beschaffungen vornehme“. Diese Gerüchte dementierte der H. BK auf das Kategorischste unter Hinweis auf die Budgetkürzungen im BM f. Heeresw. u. stellte Herriot noch eine schriftliche Feststellung in Aussicht. H. Herriot nahm diese Mitteilung zur Kenntnis mit dem Beifügen, er wolle dies nur dem H. BK gesagt haben, da diese Nachricht tatsächlich in Pariser polit. Kreisen verbreitet sei u. unserer Sache nur schaden könne.

1237

Bericht Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten über die Sitzung des Hauptausschusses des Nationalrates am 7. Juli 1932¹

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 23088/13

[Wien, 7. Juli 1932]

Der H. B.K. führt zunächst die Gründe für seine persönliche Reise nach Lausanne, sodann seine verschiedenen Unterredungen mit den ausländischen Staatsmännern und die allgemeine Situation in Lausanne aus, die durch die Reparationsverhandlungen zum Teil zu unserem Nachteil überschattet war. Der H. B.K. hebt sodann hervor, dass das Lausanner Protokoll nach endgültiger Fertigstellung an den Völkerbundrat übermittelt werden und sodann auch die verschiedenen Parlamente

¹ Vgl. dazu den Hauptausschussbericht des sozialdemokratischen Parlamentsklubs – AdR, Parteiarchiv SDAP und darüber hinaus die Diskussion innerhalb der Regierung in: MRP, Abteilung VIII. 20. Mai 1932–25. Juli 1934. Bd. 1: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. 20. Mai 1932 bis 18. Oktober 1932, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel (Wien 1980) Nr. 809-2, 810-3 und vor allem 813-1, 816-3 sowie 817-1.

beschäftigen wird. Zur Frage der Preamble führt der B.K. aus, dass die Frage gegenwärtig noch offen stehe, wie der Hinweis auf das I. Genfer Protokoll des Jahres 1922 erfolgen solle.² Eine besondere politische Bedeutung kommt dieser Frage nicht zu, da es sich nur um einen Hinweis auf etwas Bestehendes handelt.

Zum Protokoll selbst führt der B.K. aus, dass wir von vornherein wiederholt Anregungen, uns einen Vorschuss auf die Anleihe zu gewähren, abgelehnt haben, da die Gefahr bestand, dass damit die Aktion der grossen Anleihe verzögert werden könnte. Frankreich hat von allem Anfang an die österr. Hilfsaktion als ersten Teil einer Gesamtktion betrachtet, die die Reorganisation Mitteleuropas zum Ziele hat. Die bis vor kurzem bestandenen Differenzen zwischen Frankreich und England hinsichtlich der Garantieleistung für diese grosszügige mitteleuropäische Aktion, wurden kürzlich durch eine Formel beigelegt. Der B.K. betont sodann den Wert der langfristigen Konvertierung der vorjährigen kurzfristigen englischen Anleihe, erwähnt die bisher angemeldeten Beträge der Beteiligungen der gegenwärtigen Hilfsaktion, erklärt die Frage der Dauer (20 Jahre) und hebt hervor, dass Oesterreich die Möglichkeit der früheren Rückzahlung eingeräumt wird. Sodann lässt sich der B.K. über die Verwendung der Anleihe aus, bespricht die Notwendigkeit des Budget-Gleichgewichtes, die Fragen der Währungspolitik (Hebung des Auslandswertes des Schillings), die Frage der inneren Anleihe, des Nachtragsbudgets, die Verwendung der inneren Anleihe zur Schuldenabzahlung an die Nationalbank, schliesslich die Einzelheiten über die Zusammenarbeit mit den Vertretern des Völkerbundes. Ausführlicher behandelt der B.K. sodann unsere Interpretation der Dauer der Völkerbundkontrolle, wobei er betont, dass nach unserer Auffassung nach Inkrafttreten des Lausanner Protokolles der V.B. nicht mehr berechtigt wäre, auf Grund der Genfer Protokolle 1922 in den daselbst angeführten Fällen uns neuerlich einen Generalkommissär zu oktroyieren.

Der B.K. streift schliesslich die noch offene Frage der von französischer und englischer Seite verlangten Klausel über langfristige Lieferungen, wobei er erwähnt, dass eine unseren Bedürfnissen entsprechende Formel anscheinend von Dr. Schüller gefunden worden ist. Zum Schlusse wurden die in den Beilagen des Protokolles behandelten Punkte, die zu treffenden Vereinbarungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden über die in Hinkunft von letzteren aufzunehmenden Anleihen sowie auch die geplanten Verlängerungen der Stillhalteabkommen vom B.K. besprochen. Der B.K. schliesst mit einem Hinweis auf die am 23. Juni eingeführte Innehaltung in der Transferierung von Devisen für den Anleihedienst und erklärt, dass bis zum Einfließen des Anleihegeldes transitorische Massnahmen durch Erlassung einer Transferverordnung werden getroffen werden müssen, sodass, im Grunde genommen, sowohl die Anhänger des Transfermoratoriums als die der Anleiheaktion gleichzeitig Recht behalten werden.

² Siehe ADÖ 4/ 707.

Dr. Bauer bittet den B.K. zunächst um folgende Auskünfte: 1.) Welche Kompetenzen dem Vertreter des Völkerbundes bei seiner Zusammenarbeit mit der Regierung eingeräumt sind (der B.K. gibt zur Antwort, dass die Tätigkeit des Vertreters schon vor Ablauffrist der Anleihe ein Ende nehmen kann, allerdings ist eine neuerliche Entsendung für den Fall vorgesehen, dass die Situation wieder kritisch würde. Hieran schliesst der B.K. die Bemerkung, dass Nationalbankpräsident Dr. Kienböck im allgemeinen mit der Zuteilung eines ausländischen Vertreters nicht unzufrieden sei, da derselbe einen ungerechtfertigten Alarm im Auslande leichter beschwichtigen könne). 2.) Ob die Septembervereinbarungen 1931 einen Bestandteil des gegenwärtigen Protokolles bilden (der B.K. gibt zur Antwort, dass wohl einzelne Punkte desselben in dem gegenwärtigen Protokoll rezipiert erscheinen, dass jedoch ein Hinweis auf die Giltigkeit der Septembervereinbarungen als Ganzes nicht enthalten sind). 3.) Ob auf Grund der am 23. Juni verfüigten Innehaltung tatsächlich, wie Zeitungsnachrichten behaupten, Repressalien seitens des Auslandes ergriffen worden seien. (Gesandter Wildner gibt zur Antwort, dass keine Repressalien seitens ausländischer Regierungen ergriffen worden sind.) *Dr. Bauer* erklärt, er könne insolange nicht abschliessend zu dem Protokoll Stellung nehmen, als er dessen Inhalt nicht gründlich kenne; deshalb behalte sich die Soz. dem. Partei ihr Urteil für den Zeitpunkt vor, da das Protokoll dem Parlament vorliegen werde. Hinsichtlich der politischen „Bindungen“ erklärt *Dr. Bauer*, dass es ausschliesslich Sache Oesterreichs sei, zu beurteilen, ob diese Bindungen über das Mass des erträglichen hinausgehen. Die Zustimmung der deutschen Reichsregierung könne den Sozialdemokraten gewiss nicht genügen. Bedenken erhebt *Dr. Bauer* gegen die Bestimmungen, soweit er dieselben aus dem Bericht des B.K. verstanden hat, hinsichtlich der Kontrolle durch den Völkerbundvertreter sowie bezüglich der Frage der „versteckten“ Kredite durch langfristige Lieferungsverträge, wobei er darauf hinweist, dass dadurch das Ausland zum Richter über Investitionen in Oesterreich gemacht wird. Bezüglich der Regelung der Staatsfinanzen hätte er auch eine Reihe von Bedenken anzuführen, so z. B. müsse er es als unerträglich empfinden, dass das allgemeine Ersparungsprogramm Herrn Herold's zur Grundlage genommen werde, gegen welches die Sozialdemokraten triftige Einwände geltend machen müssen. Desgleichen kann er sich nicht mit der Verwendung der inneren Anleihe zur Abzahlung von Schulden an die Nationalbank einverstanden erklären, da nach seiner Auffassung der Erlös vielmehr zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten verwendet werden müsste; er finde es begreiflich, dass man Verpflichtungen dem Auslande gegenüber hinsichtlich Anleihen, die man aus demselben bekomme, eingehen müsse. Widersinnig sei es aber, sich dem Auslande gegenüber hinsichtlich der Verwendung von inneren Anleihen zu binden. Seiner Ansicht nach müssten die Verhandlungen mit der Nationalbank ohne Zweifel auf Grundlage der Nichteinhaltung deren Verpflichtung zur Erhaltung des Wertes der Währung geführt werden. Er warnt eindringlichst vor Deflationsmassnahmen, die für Oesterreich letal ausgehen müssten und schliesst mit der Bemerkung, dass das wenige, was

die Sozialdemokraten bisher über die Anleiheaktion wissen, genügend Anlass zu sehr schweren Bedenken gebe.

Dr. Straffner sieht einen gewissen moralischen Erfolg in dem Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen des B.K., fragt sich aber, ob die Aktion ausreicht, um das Vertrauen wirklich wieder herzustellen. Er bezweifelt, dass es gelingen werde, das ins Ausland geflüchtete Geld wieder zu repatriieren.

Dr. Kunschak beantragt den Bericht des B.K. zur Kenntnis zu nehmen und ihm den Dank für seine Bemühungen auszusprechen.

Dr. Hueber erklärt gleichfalls wie *Dr. Bauer*, dass er sich die endgültige Stellungnahme für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten müsse. Weiters hebt er hervor, dass Oesterreich hinsichtlich der politischen Bindungen seine politische Freiheit selbständig zu wahren habe und die Zustimmung des Deutschen Reiches hiezu nicht ausreiche. Schliesslich wendet er sich gegen den Antrag *Kunschak's* mit der Begründung, dass bisher zu wenig vorliege, um einen Beschluss zu fassen.

Schliesslich wird der Beschluss *Kunschak's* mit Stimmenmehrheit angenommen.

1238

Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 86/Pol.

AdR, NPA

Tschechoslowakei 5/1

Z. 23347/13

Prag, 25. Juli 1932

ich habe heute, unmittelbar vor Antritt meines Urlaubs, Herrn Dr. Beneš, der eben aus Genf zurückgekommen war, besucht und mich mit ihm über einige allgemeine und konkrete Fragen unterhalten. Ich verfehlte nicht, dem Aussenminister den Wunsch Herrn Bundeskanzlers zu vermitteln, die Tschechoslowakei möge sich, wenn auch mit einem kleinen Betrage, doch auch an der österreichischen Anleihe beteiligen.

Zu diesem Punkte sagte mir Herr Dr. Beneš, dass er selbst auch dafür wäre, dass er aber vorerst mit seinen Ministerkollegen und mit den Parteiführern darüber sprechen müsse. Die innerpolitische Situation in der Tschechoslowakei sei gegenwärtig nicht so, dass sich Herr Dr. Beneš für Regierung und Parlament zu einer Beteiligung verpflichten könnte. Die finanziellen Mittel der Tschechoslowakei seien ebenfalls knapp und es sei gefährlich in dieser Situation eine Garantie für einen anderen Staat vom Parlament zu verlangen. Man werde aber darüber sprechen.

Zu den Verhandlungen über die österreichische Anleihe möchte mir der Minister folgendes sagen. Er habe sich absichtlich ad personam nicht an den betreffenden

Besprechungen beteiligt. Die Abwesenheit des Gouverneurs Dr. Pospíšil sei nicht beabsichtigt gewesen. Die Enthaltbarkeit Dr. Beneš's sollte Oesterreich und Deutschland zeigen, dass nicht er es sei, der gegen den politischen oder wirtschaftlichen Anschluss auftrete, sondern dass es die Grossmächte wären, auch Italien, die von Oesterreich politische Bindungen verlangen. Dr. Beneš habe zu all dem geschwiegen und nicht in die Frage der Erneuerung des Genfer Protokolls eingegriffen; das soll allerdings nicht heissen, dass er vielleicht mit dieser Erneuerung nicht einverstanden wäre, er sei es gewiss, doch sollte man in Wien wissen, dass die Verlängerung des Protokolls nicht von Prag betrieben wurde, sondern in Paris, Rom und heute schon auch in London gewollt sei.

Herr Dr. Beneš empfinde es als ungerecht, dass man in Wien und Berlin immer nur ihm die Schuld daran zuschreibe, wenn Oesterreich den politischen oder oekonomischen Anschluss an Deutschland nicht durchführen könne; er kenne auch die politischen Strömungen in Oesterreich, die die Tschechoslowakei und speziell ihn für all das verantwortlich machen wollen. Deshalb sei es diesmal sein Bestreben gewesen, dass die Verhandlungen über die österreichische Anleihe nur zwischen Wien und den Grossmächten geführt werden, wodurch die Bedingungen, die damit verknüpft sind, für Oesterreich vielleicht politisch tragbar werden, weil man nicht mehr sagen kann, dass es ein Diktat von Prag sei. Erst bis sich dieses Bewusstsein in Oesterreich durchgesetzt haben werde, bis es in Wien und allen massgebenden Kreisen bei uns klar sein werde, dass die Schuld an den politischen Bindungen nicht der Tschechoslowakei zugeschoben werden darf, erst dann könnte es zu einer Teilnahme der Tschechoslowakei an der österreichischen Anleihe kommen. Dann erst werde wiederum auch eine Annäherung zwischen Prag und Wien leichter in die Wege zu leiten sein. Eine Erkenntnis dürfte für Oesterreich und Deutschland aus den jüngsten Verhandlungen in der Schweiz resultieren und zwar dass der Geist gegen den Anschluss in der Welt stärker geworden ist, nicht nur in Paris und Rom, sondern auch in London. [...]

1239

Nationalrat der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 94. Sitzung (Regierungserklärung und Debatte)

Sten. Prot.

NR – IV. GP

Wien, 28. Juli 1932

Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Hohes Haus! Als vor Jahresfrist die Wirtschaftskrise innerhalb und ausserhalb Österreichs zu einer ungeheuren Erschwerung unserer Wirtschaft und unserer staatsfinanziellen Verhältnisse geführt hat und die Aus-

wirkungen der Krise besonders im Zusammenbruch der Credit-Anstalt einen sichtbaren Ausdruck gefunden haben und als dieses Ereignis zu einer ungeheuren Beunruhigung unserer Bevölkerung mit schweren Auswirkungen geführt hat, hat die damalige österreichische Regierung sich bemüht, auf allen Gebieten Mittel und Wege zu suchen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Sie hat sich insbesondere im August vorigen Jahres an den Völkerbund gewandt, um gemeinsam mit diesem Hilfsmaßnahmen in die Wege zu leiten. Sie hat damals einvernehmlich mit dem Völkerbundrat eine Reihe von Maßnahmen innerpolitischer und wirtschaftlicher Natur durchgeführt und eine Reihe von Erklärungen abgegeben, um den Beweis zu erbringen, daß Österreich bestrebt ist, zu einer Hilfsaktion im Einvernehmen mit dem Völkerbund zu kommen. Die Regierung Buresch hat neuerlich im Februar bei den Großmächten eine Demarche unternommen und diese zu einer wirtschaftspolitischen Aktion aufgefordert. In einem späteren Zeitpunkt, gerade am Schluß der Regierung Buresch Nummer 2, hat sich diese neuerlich in einem sehr nachdrücklichen Appell an den Völkerbund gewendet.

Als die gegenwärtige Regierung die Verantwortung übernommen hat, wurde in der Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß Österreich mit Geduld und gutem Willen allein ohne Hilfe von außen leider seine Auslandverpflichtungen nicht erfüllen kann und daß jede Verzögerung dieser Auslandhilfe unwiederbringlichen Schaden bringen müßte. Die Regierung hat darum auch sofort mit allem Nachdruck als erste Maßnahme die Anleiheaktion weiter verfolgt. Es ist uns damit gelungen, zu erwirken, daß der Völkerbund rasch ein Komitee eingesetzt hat, das sich mit Wirtschaftsproblemen verschiedener Staaten, darunter auch Österreichs, zu beschäftigen hatte, und es ist gelungen, daß Österreich als erster Staat in diesem Komitee, und zwar sehr eingehend, behandelt wurde. Die Verhandlungen haben zuerst in Paris, dann in Genf und schließlich mit Rücksicht auf die Reparationsverhandlungen in Lausanne dort ihre Fortsetzung gefunden. Wir konnten im Laufe der Zeit feststellen, daß das Komitee, das sich mit der österreichischen Frage beschäftigte, einerseits eine gründliche Kenntnis, andererseits auch wirkliches Verständnis und Wohlwollen Österreich gegenüber gezeigt hat. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß Österreichs Lage keineswegs hoffnungslos sei, sondern daß die Krise durch entsprechende und rasch wirkende Maßnahmen überwunden werden könne. Ich konnte in diesem Komitee und bei den Verhandlungen mit den Vertretern der auswärtigen Staaten überhaupt darauf hinweisen, daß Österreich bereits eine Reihe von opfervollen Maßnahmen im eigenen Wirkungskreis vollbracht habe, welche im letzten Winter zur Ordnung des Staatshaushaltes und zur Stabilisierung der Währung geführt haben. Ich habe insbesondere den Vertretern der Auslandstaaten gegenüber mit Nachdruck darauf verwiesen, daß die österreichische Anleihefrage nicht bloß ein österreichisches Interesse und nicht nur eine österreichische Angelegenheit darstelle, daß Österreich nunmehr seit fast Jahresfrist in voller Loyalität sich bemüht hat, im Einvernehmen mit den Großmächten einen gangbaren Weg zu finden, daß Österreich die schwersten Maßnahmen in seiner Wirtschaft zum großen Teil auf

den Rat des Völkerbundes durchgeführt hatte, daß Österreich alle Anstrengungen gemacht hatte, um seinen Auslandverpflichtungen gerecht zu werden, und das alles in einer Zeit, in der es durch die Devisenbewirtschaftung der eigenen Bevölkerung und der Wirtschaft schwere Opfer auferlegen mußte.

Wenn trotz aller dieser Maßnahmen Österreich schließlich vergeblich auf Hilfe von außen warten mußte, dann würden in künftigen Fällen andere Staaten aus diesem Ergebnis ihre Lehre ziehen. Ich habe darauf hingewiesen, daß es zweifellos von gefährlicher Wirkung für die ganze mitteleuropäische Kreditpolitik wäre, wenn trotz dieses loyalsten Verhaltens Österreichs schließlich und endlich ein negatives Ergebnis unserer Verhandlungen zu verzeichnen wäre.

Ich habe auch darauf hingewiesen, daß die Anleihefrage für uns in Österreich keine reine Geldfrage ist, daß es sich nicht bloß um ein Geldausleihen handelt, sondern daß sie eine Maßnahme ist, die im Zusammenhang mit einer Reihe anderer Maßnahmen steht, die wir bereits in Vorbereitung und in Ausarbeitung hatten, von Maßnahmen, die wesentlich zur Wiedergewinnung des Vertrauens und zur Besserung und Stärkung unserer Währungssituation beitragen sollen; ferner daß diese Anleihe gleichzeitig auch die Grundlage für die Lösung der gesamten Wirtschaftssanierung darstellen soll und daß wir energisch an die Stabilisierung des Staatshaushaltes schreiten wollen.

Nach der Rückkehr von Lausanne haben wir ja auch das Nachtragsbudget dem hohen Hause vorgelegt und sind mit allem Ernst und allem Nachdruck daran gegangen, die Credit-Anstalts-Frage zu bereinigen. Heute kann ich schon darauf hinweisen, daß wenigstens der erste Teil dieser Frage, nämlich das Verhältnis zwischen Credit-Anstalt, Bund und Nationalbank, bereits in Gesetzesform dem hohen Hause zur Behandlung vorgelegt wurde.

Wir haben auch alles darangesetzt, um die österreichischen Exportmöglichkeiten zu erweitern und damit auch auf handelspolitischem Wege Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten nach Kräften zu schaffen. Die Ereignisse der Zwischenzeit haben es auch bewiesen, daß wir mit allem Nachdruck und Ernst bestrebt sind, auf diesem Wege Fortschritte zu erzielen. Wir sind überzeugt, daß dieser Weg wirklich zur Lösung der Frage, wie man in Österreich Arbeitsmöglichkeiten schafft, führen wird. Wir haben darauf hingewiesen, daß wir in diesem Zusammenhang auch an eine innere Anleihe denken, aber durchaus an keine Zwangsmaßnahmen – weil die Zwangsmaßnahmen der verschiedensten Art niemals vertrauenerweckend wirken können –, sondern daß wir diese innere Anleihe mit Begünstigungen, Amnestien für Steuer- und Devisenübertretungen und Erbgebührenfreiheit verbinden wollen, damit die Bevölkerung sich wirklich für diese Anleihe interessiert und so auch inländisches Vermögen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft mobilisiert wird. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir auch an einem internen Wirtschaftsprogramm arbeiten, das der Arbeitsbeschaffung, insbesondere der Organisierung einer zweckmäßigen Siedlung dient. Mit dieser Maßnahme soll das Vertrauen wiederhergestellt und die Wirtschaft angekurbelt werden.

So war es auch dem Ausland bewußt, daß wir nicht eine bloße Kreditanleihe, ein bloßes Geldausborgen anstreben, damit wir für kurze Zeit über eine Verlegenheit hinwegkommen, sondern daß es sich um eine Aktion handelt, von der wir uns erwarten, daß sie so wie die Anleihe vom Jahre 1922¹ wirken wird, die grundlegend für die Stabilisierung unserer Wirtschaft war, den Währungsverfall aufgehalten hat und durch ein Jahrzehnt die Grundlage für eine gute Entwicklung unseres Heimatlandes bildete – trotz der unerhörten Schwierigkeiten, die im Jahre 1922 geherrscht haben.

Ich möchte heute bei dieser Gelegenheit betonen, daß ich stets gerne der Stunden gedenken werde, in denen ich in Lausanne bei den Vertretern der verschiedensten Staaten, insbesondere Frankreichs, Englands und Italiens, volles und aufrichtiges Verständnis für Österreichs Lage gefunden habe. Sie werden lebenslang zu meinen schönsten Erinnerungen gehören, insbesondere die herzlichen Aussprachen und das herzliche Einvernehmen mit den Vertretern der deutschen Reichsregierung und die wertvolle Unterstützung, welche diese unseren Bestrebungen bei den verschiedensten Gelegenheiten angedeihen ließen. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Trotz gleichzeitig laufender Reparationsverhandlungen hat das gemischte Komitee unter Führung des umsichtigen, zähen und von besten Absichten für Österreich geleiteten Präsidenten Musy den technischen Teil des Anleihevertrages ziemlich rasch beendet.

Wie Präsident Musy selbst über die Funktion der Anleihe und über die Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit Österreichs gedacht hat, er, der sich doch wirklich mit tiefer Gründlichkeit um unser Problem gekümmert hat, zeigt der Ausspruch, den er als Präsident des Komitees vor dem Völkerbundrat am 15. Juli gemacht hat und wo er sagte:

„Die Prüfung der finanziellen, der Währungs- und Budgetlage Österreichs hat uns davon überzeugt, daß eine auswärtige finanzielle Hilfe die unentbehrliche Grundlage für das Konsolidationswerk Österreichs darstellt.“

Nach dem Schlußakt der Unterzeichnung des Reparationsprotokolls wurde unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Sir John Simon, des Reichskanzlers von Papen, des Ministerpräsidenten Herriot und des Außenministers Grandi der Modus procedendi einvernehmlich festgelegt, insbesondere daß die Hilfsaktion für Österreich als Fortsetzung der Anleihe von 1922 zu machen wäre.

Die Präambel setzt daher auch fest, daß die neue Anleihe eine reguläre Fortsetzung der Völkerbundanleihe des Jahres 1922 ist, wobei es den damals nicht beteiligten Staaten freisteht, dieser Aktion unmittelbar beizutreten oder im Zusammenhang damit den in Aussicht genommenen Anleihebetrag direkt Österreich zur Verfügung zu stellen.

Das Lausanner Protokoll wurde auch bereits dem Völkerbund unterbreitet. Bei der Abstimmung hat sich – da für Beschlüsse des Völkerbundesrates in diesen Fragen

¹ Siehe ADÖ 4/707.

Einstimmigkeit erforderlich ist, Deutschland aber bekanntlich im Jahre 1922 an der Aktion von 1922 nicht beteiligt war, für deren Fortsetzung daher auch nicht in Frage kam – der Vertreter des Deutschen Reiches nach der Abgabe einer Erklärung der Stimme enthalten, um die Durchführung der Völkerbundaktion zu ermöglichen.

Die Anleiheaktion des Völkerbundes für Österreich ist von den Großmächten eingeleitet worden als Ausgangspunkt für eine Aktion zur Sanierung der finanziellen und Währungsverhältnisse in diesem Teil Europas.

Wir Österreicher können es nur begrüßen und wünschen, wenn auch in unseren Nachbargebieten, an denen wir wirtschaftlich und finanziell sehr interessiert sind, die Aktion des Völkerbundes ihre Fortsetzung findet.

Was das Protokoll selbst anlangt, möchte ich vorher erst sagen, daß der fünfte Absatz der Einleitung ausdrücklich die Anleihe als Fortsetzung der Anleihe auf Grund des Genfer Protokolls I vom 4. Oktober 1922 bezeichnet. Die Bestimmungen des Genfer Protokolls sind inhaltlich völlig gleich mit dem Friedensvertrag, Artikel 88. Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, daß inzwischen durch ein Gutachten des Haager Schiedsgerichtes dies zweifelhaft geworden ist. Von den 15 Staaten, deren Vertreter als Schiedsrichter fungierten, erklärten 14, daß das Genfer Protokoll I nicht hinausgeht über den Friedensvertrag, nur haben je 7 daraus einen anderen Schluß gezogen.

Der Friedensvertrag von Saint-Germain bestimmt im Artikel 88: „Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Österreich die Verpflichtung, sich außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege – im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer anderen Macht – seine Unabhängigkeit gefährden könnte.“

Im Protokoll I von Genf 1922 verpflichtet sich Österreich „gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain seine Unabhängigkeit nicht aufzugeben; Österreich wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen und finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen“.

Diese im Genfer Protokoll enthaltene Wiederholung der Bestimmung des Friedensvertrages erfolgte in einem Augenblick, in dem nicht von einer Annäherung an Deutschland, sondern von einer Aktion in einer anderen Richtung die Rede war. Das Genfer Protokoll sichert Österreich und Österreichs Unabhängigkeit gegen Bestrebungen, es gegen seinen Willen in andere Kombinationen wirtschaftlicher oder politischer Natur einzubeziehen. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Das Genfer Protokoll hat zwei Seiten: wir können uns darauf berufen und haben uns darauf berufen, um die Respektierung unserer Unabhängigkeit zu verlangen. Da die Befürchtung laut wurde – obwohl es meiner Überzeugung nach dem Sinne und dem Geiste des Protokolls nach und noch weniger durch die bisherige Haltung des Völkerbundes uns gegenüber gerechtfertigt erscheint –, daß die Rückzahlungs-

bedingungen an politische Bindungen geknüpft werden könnten, erkläre ich hier, um allen Bedenken zu begegnen, und insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die Kollegen, die der Landbund in die Regierung entsendet hat, Wert auf diese Feststellung gelegt haben, daß die Regierung in Aussicht nimmt, die Emissions- wie auch die Rückzahlungsbedingungen vor ihrer Ratifikation diesem hohen Haus zur Genehmigung vorzulegen. Es ist mir selbstverständlich und durchaus klar, daß die restlose Rückzahlung der Anleihe, wenn wir sie nach zehn Jahren bewirken wollen und können, auch die vollständige Aufhebung aller Bindungen und Verpflichtungen aus diesem Protokoll zur Folge haben wird.

Hinsichtlich der Frage, ob aus der Bestimmung, daß der Völkerbundrat mit Mehrheit über die Auslegung des Protokolls zu entscheiden hat, und damit auch künftighin die Interpretation des Genfer Protokolls I durch dieses Protokoll geregelt wird, möchte ich folgendes sagen:

Das Protokoll I des Jahres 1922 wird in dem gegenwärtigen Protokoll des Jahres 1932 ohne jede Abänderung als aufgenommen betrachtet.

Daraus folgt, daß die im Protokoll des Jahres 1922 vorgesehene Funktion des Völkerbundesrates auch, was die Einhelligkeit seiner Beschlüsse anlangt, unverändert aufrecht bleibt. Es folgt weiters daraus, daß die im Protokoll 1932, Artikel 9, vorgesehene Bestimmung über die Stimmenmehrheit sich bloß auf die Artikel 1 bis 10 des gegenwärtigen Protokolls aus dem Jahre 1932 bezieht.

Um die Bedenken zu zerstreuen, als ob die Bestimmung des Artikels 9 ausgerechnet und boshafterweise Österreich gegenüber angeführt und hineingenommen worden wäre, muß ich feststellen, daß seit dem Jahre 1922 in allen anderen Anleiheverträgen, die der Völkerbund gemacht hat, die gleiche Bestimmung bezüglich der Majorität enthalten ist, wie sie auch in diesem Protokoll hier festgelegt ist.

Von den Bestimmungen des Protokolls sind auch stark diskutiert worden und angefochten die Bestimmungen über den Vertreter des Völkerbundesrates, beziehungsweise des Beraters bei der Nationalbank. Demgegenüber möchte ich doch dem hohen Hause in Erinnerung bringen, daß der Generalkommissär aus dem Anleiheprotokoll des Jahre 1922 das Verfügungsrecht über den Anleiheerlös hatte. Er hatte zu bestimmen, wie hoch die Staatsausgaben sein können, hatte die Durchführung des Wiederaufbauprogramms zu sichern, hatte das Recht, gegen jede Maßnahme, die eine Verminderung des Wertes der Pfänder herbeiführen könnte, Einspruch zu erheben, hatte das Verfügungsrecht über die auf sein Konto einfließenden Bruttoeinnahmen der Zölle und des Tabaks und konnte verlangen, daß diese Geschäftsführung an eine besondere Verwaltung (Konzession oder Verpachtung) übertragen werde, hatte das Recht, gegen jede Maßnahme, welche die Durchführung des Wiederaufbauprogramms gefährden könnte, Einspruch zu erheben.

Demgegenüber hat der Vertreter des Völkerbundes nach dem Lausanner Protokoll nur die Berechtigung, die im Protokoll schon festgelegten und nicht irgendeinem Ermessen überlassenen Verwendungszwecke, -bestimmungen und -arten in der Richtung zu überprüfen, ob Österreich seine Verpflichtungen diesen festgelegten

Bestimmungen gemäß einhält, er hat aber nicht selbst irgendwelche neue Verfügungen oder Entscheidungen zu treffen. Es ist diesmal festgelegt, daß auf unseren Wunsch der Vertreter des Völkerbundes zur Zusammenarbeit mit der österreichischen Regierung in dieser Angelegenheit bestimmt sein wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch darauf verweisen, daß ich es als ein wertvolles Aktivum dieses Protokolls betrachten zu dürfen glaube, daß für die Zukunft bei Annahme dieses Protokolls der Völkerbundrat, beziehungsweise das Garantiekomitee sich der Möglichkeit begeben haben, den Generalkommissär wieder einzusetzen, die aus dem Titel der 1922er Anleihe bis Ende Juni 1936 jederzeit, und ohne daß wir dagegen Einwendungen erheben könnten, bestand, wenn Österreich seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Nach Annahme dieses Protokolls kann also eine Wiederkehr des Generalkommissärs mit seinen alten weitgehenden Funktionen nicht mehr in Frage kommen, sondern es ist künftig eine allfällige Zusammenarbeit – auch hinsichtlich der Verwendungen der Anleihe von 1922 – nur mehr in der Form eines losen Zusammenwirkens mit dem Vertreter des Völkerbundes in der ihm mit diesem Protokoll gegebenen Funktion möglich. Die Tatsache, daß der Generalkommissär des Völkerbundes nach Annahme dieses Protokolls in dieser Form überhaupt nicht mehr und jedenfalls nicht mit so weitgehenden Funktionen eingesetzt werden kann, ist vom Standpunkt der Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit Österreichs und seines Ansehens in der Welt zweifellos ein sehr wertvolles Moment, das sich aus diesem Protokoll ergibt. *(Beifall rechts.)*

Was nun den sogenannten technischen Teil anbelangt, handelt es sich hier zum Großteil um Bindungen, die bereits aus früher eingegangenen Verpflichtungen und verpflichtenden Erklärungen Österreichs herrühren. Der unmittelbare Fortsetzungsbetrag nach der Anleihe des Jahres 1922 – bekanntlich ist eine Reihe von Staaten der Beitritt und die Ergänzungen offengehalten, und es stehen auch bereits gewisse Beiträge fest – beträgt zurzeit 230 Millionen Schilling. Die einzelnen Staaten werden ihre Beiträge selbständig zeichnen, und jeder Staat wird für den in seinem Gebiet gezeichneten Teil die Garantie leisten. Dadurch ist im vorhinein sichergestellt, daß die Anleihebedingungen günstige sein werden. Es ist selbstverständlich, daß, wie das bei allen ähnlichen Aktionen immer der Fall war, die Detailbedingungen, Zinsfuß-, Amortisations- und Rückzahlungsbedingungen, erst nach Festlegung des Rahmens, das ist nach der Annahme des Protokolls in den in Betracht kommenden Staaten, zwischen der österreichischen Regierung und den begebenden Instituten vereinbart werden können. Ich habe bereits vorhin erklärt, daß die Regierung bereit ist, sich dem hohen Haus gegenüber zu verpflichten, auch diese Bedingungen dem Parlament vor ihrer endgültigen Ratifizierung zu unterbreiten. Alle Behauptungen über übermäßig drückende Bedingungen werden sich dann auf Grund der Tatsachen als irrig erweisen. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß die Anleihebedingungen sehr günstige sein werden. Es wäre ja ganz unverständlich, wenn zum Beispiel ein englisches Institut die Anleihe mit 7 Prozent auflegen wollte, während

die üblichen Bedingungen in England selbst 4 ½ Prozent sind; es wäre doch eine sehr geringe Einschätzung der Garantie des englischen Staates, die doch wohl in diesem Fall nicht geringer gewertet werden darf als bei ähnlichen Anleihen, die England gegeben hat.

Hinsichtlich der Bedingungen wird also die österreichische Wirtschaft beruhigt sein dürfen. Es wird jedenfalls nichts geschehen, bevor nicht das Haus selbst eingehend dazu Stellung genommen hat. Wenn man aber die Anleihe will, ist es natürlich notwendig, daß bevor man darüber verhandelt, welche Staaten und mit welchen Verträgen die Staaten diesem Protokoll beitreten und welche Emissionsbedingungen gelten, zunächst das Protokoll von Österreich ratifiziert sein muß. Der schweizerische Bundesrat hat erst gestern seine Entscheidung mit der Begründung vertagt, daß vorerst die Genehmigung im österreichischen Parlament abgewartet werden müsse. (*Rufe rechts: Hort! Hört!*) Andere Regierungen – und die Regierungen der Großstaaten haben uns in solchen Dingen immer weitgehend unterstützt – haben, wie zum Beispiel England, erklärt, daß sie sehr gern bereit wären, ihren Einfluß bei den in Frage kommenden Staaten dahin geltend zu machen, daß sie sich an der Anleihe beteiligen, daß sie aber diesen Schritt erst unternehmen könnten, wenn das Protokoll vom österreichischen Parlament genehmigt ist.

Wer also die Anleihe will, wer will, daß nicht Monate fruchtlosen Wartens und der Verzögerung vergehen – ich rede gar nicht von den Mißverständnissen, die sich in der Öffentlichkeit noch stärker breitmachen würden –, wird dazu beitragen müssen, daß dieses Protokoll raschestens der Genehmigung durch dieses hohe Haus zugeführt wird.

Der Anleiheerlös wird im wesentlichen der Stützung der österreichischen Währung dienen. Von dem Betrage werden 100 Millionen, die uns die Bank von England kurzfristig zur Verfügung gestellt hatte, zurückgezahlt werden.

In der Öffentlichkeit wird die Tatsache, daß kurzfristige Kredite in langfristige umgewandelt werden, als kein besonderes Ergebnis gewertet. Ich kann Ihnen aber sagen, und jeder Geschäftsmann und jeder, der im Wirtschaftsleben steht, wird das bestätigen, daß kurzfristige Schulden, die man in einem gegebenen Moment nicht zurückzahlen kann und bei denen man in die ärgste Bedrängnis gebracht werden kann, die Freiheit mehr gefährden als langfristige Bindungen und selbst Zusicherungen in irgendwelchen Verträgen. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Die österreichische Regierung wird im übrigen den Erlös der Anleihe auch dazu verwenden, um kurzfristige Darlehen, die der Bund und die Bundesbahnen im Inland aufgenommen haben – es kommen hier ungefähr 154 Millionen in Frage –, zurückzuzahlen, wobei die Institute, an die diese Verträge zurückgezahlt werden, verpflichtet sein werden, ihre Wechselverpflichtungen bei der Nationalbank im gleichen Ausmaß zu erleichtern, so daß das Ergebnis der Verwendung der Anleihe das sein wird, daß einerseits die Nationalbank über die Devisen verfügen wird und andererseits der Gegenwert der Devisen in Schillingen zur Entlastung des Wechselportefeuilles der Nationalbank Verwendung finden wird, wodurch auch

die Kreditwürdigkeit der einzelnen Institute der Nationalbank gegenüber künftig wesentlich gestärkt sein wird.

Die Verwendung der Anleihe in der gekennzeichneten Art bedeutet aber auch, daß wir es uns dadurch ersparen konnten, im Rahmen des Nachtragsbudgets zu viel weitergehenden und schwereren Maßnahmen zu greifen. Denn jeder ordentliche Staatshaushalt muß in seinem Budget für die Rückzahlung kurzfristiger Verpflichtungen Vorsorge treffen. Wenn solche kurzfristigen Verpflichtungen nunmehr in langfristige umgewandelt werden, wird nur für die Verzinsung und Amortisation – heuer kommt das überhaupt nicht in Frage – vorgesorgt werden müssen. Wenn die Anleihe fällt, dann werden Sie mindestens für 154 Millionen mehr vorsorgen müssen – dabei rechne ich schon, daß wir die 100 Millionen kurzfristige Verpflichtungen im Inland weiter schuldig bleiben –, was gewiß für das Budget sehr große Bedeutung hat. Ob diese Summe noch bei den Einnahmen herausgebracht werden kann, ob da die Grenzen des Erträglichen nicht schon überschritten sind, ob sie auf Seiten der Ausgaben, bei der Personalwirtschaft, erspart werden kann, das sind Dinge, über die man sich dann den Kopf wird zerbrechen müssen, wenn die Anleihe nicht verwirklicht wird.

Die österreichische Regierung und ihre Vertreter bei den Lausanner Verhandlungen haben die Vertreter der verschiedenen Staaten, insbesondere auch im österreichischen Komitee, darauf aufmerksam gemacht, daß wir schon seit längerer Zeit immer wieder darauf hingewiesen haben, daß die Devisenbestände es uns nur mehr für kurze Zeit und nur mehr bis zu einem bestimmten Termin ermöglichen werden, unseren Auslandverpflichtungen gerecht zu werden. Wir mußten am 23. Juni – wir haben das loyalerweise den betreffenden Interessenten vorher mitgeteilt – vorläufig die Devisenzuteilung für Auslandsschulden einstellen. Die inzwischen erlassene diesbezügliche Verordnung sichert jedoch die Einzahlung der Schuldbeträge in Schillingen, so daß der Zahlungsdienst sofort nach Aufhebung der Devisensperre wieder aufgenommen werden kann. Diese Maßnahme, die von uns als Übergangsmaßnahme gedacht ist und es auch bleiben wird, wenn die Anleihe zustande kommt, hat dadurch, daß sie ohne ernste Reibungen getroffen werden konnte, in der Öffentlichkeit und im Ausland nicht den Widerhall und nicht die Rückwirkungen ausgelöst, die eine solche Aktion zweifellos haben müßte, wenn sie in anderer Form durchgeführt würde.

Es wurde wiederholt die Frage gestellt, ob wir da nicht einfach für kurze Zeit Devisen zur Verfügung haben, die vielleicht in kurzer Zeit für den Auslandsdienst verbraucht sein würden, und dann wären wir wieder dort, wo wir bisher waren. Wir haben seit zehn Jahren ein sehr großes Handelspassivum. Wir bemühen uns, dieses Passivum in letzter Zeit zu reduzieren. Niemand hat trotz der passiven Zahlungs- und insbesondere Handelsbilanz Sorge wegen der Devisenversorgung gehabt, es waren für den laufenden Bedarf die notwendigen Devisenbestände von selbst eingeflossen. Darum hoffen wir auch jetzt, daß auf Grund der Anleiheaktion im Zusammenhange mit den Maßnahmen, die ich früher erwähnt und die ich auch dem Völkerbunde

als Begründung für unsere Anleiheaktion dargestellt habe, das Vertrauen auch in unserer Heimat zu unserer Wirtschaft und unserer Währung wiederkehrt und daß damit von selbst der Zustand eintritt, daß eine Bewirtschaftung der Devisen nicht mehr notwendig sein wird, weil auch das Vertrauen zum inländischen Gelde ein gleich gutes sein wird wie zu jedem anderen Zahlungsmittel, weil also von selbst ein entsprechender Zufluß an Devisen eintreten wird. Wenn die Anleihe die Grundlage für den Wiederaufbau, insbesondere aber für die Wiedergewinnung unseres Selbstbewußtseins und des Vertrauens in unsere Wirtschaft bilden wird, so hat sie ihre Funktion erfüllt. Dann ist aber auch die Frage, wie lange wir mit den Devisen auskommen, vollkommen überflüssig.

Die österreichische Regierung hat auf Wunsch einzelner Kreise, insbesondere auch Regierungskreise, Wert darauf gelegt, daß hinsichtlich der wirtschaftlichen Beurteilung der Anleihe, weil darüber die schwersten Befürchtungen in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, die wirtschaftlichen Hauptkörperschaften um ihre Stellungnahme befragt werden. Ich kann darauf verweisen – es wurden die wesentlichen Ausführungen im Wege der Presse schon der Öffentlichkeit mitgeteilt –, daß die Industrie und die Banken, die Versicherungsanstalten, die Gewerbeorganisationen und die Kaufmannschaft die Annahme der Anleihe für unbedingt und dringend notwendig halten, daß die Landwirtschaftskammern, die Genossenschaften und die Raiffeisenkassen die Anleihe für eine Voraussetzung für den Wiederaufstieg halten, daß die Handelskammern mit Mehrheitsvotum unbedingt für die Anleihe zur Vermeidung weiterer Wirtschaftsbelastung sind und daß sich das Minderheitsvotum wirtschaftlich ebenfalls nicht gegen die Anleihe aussprach, sondern nur Bedingungen an die Annahme derselben knüpfte. Die Arbeiterkammer anerkennt die Schwierigkeiten der Wirtschaft, hat aber bezüglich der Anleihe selber kein abschließendes Gutachten abgegeben. Der Gesamteindruck der wirtschaftlichen Gutachten geht dahin, daß die Wirtschaft eine Ankurbelung braucht und daß in der Anleihe und in ihrer dringlichen Erledigung positive Möglichkeiten hiezu zu erblicken sind. Praktisch hat auch die Wirtschaft, insbesondere außerhalb Österreichs, obwohl manche Erscheinungen und manche Begleitmusik zur Anleihe nicht sehr vertrauenerweckend waren, schon in dem Sinne reagiert, daß die österreichischen Anleihen und auch der Schillingkurs im Auslande wesentliche Verbesserungen aufweisen, woraus hervorgeht, daß die Beurteilung der Anleihe im Auslande seitens der Wirtschaft eine günstige ist.

Übrigens nimmt auch die Leitung der Nationalbank in Aussicht, nach Annahme des Anleiheprotokolls, des Gesetzes über die Statutenänderung der Nationalbank und der Verabschiedung der notwendigen Budgetmaßnahmen die auch von ihr gewünschte Ermäßigung der Bankrate vorzunehmen. Die Regierung zweifelt nicht daran, daß diese Maßnahmen das so notwendige Vertrauen sichern werden.

So steht nunmehr das Urteil der Wirtschaft im wesentlichen wohl sehr, sehr einmütig vor Ihnen bei der Entscheidung, die Sie nunmehr bezüglich der Genehmigung oder Nichtgenehmigung der Anleihe zu fällen haben werden. Ich muß noch einmal beto-

nen: Wer immer – trotz aller Härten und aller Schwere – die Anleihe für notwendig hält, muß dafür Sorge tragen, daß sie rasch zustande kommt, daß das Protokoll rasch genehmigt werde, weil wir nur dann, wenn wir uns in den nächsten Monaten um die notwendigen weiteren Vereinbarungen kümmern können, im Herbst die Möglichkeit haben, raschest zu den Barbeträgen zu kommen. Wenn aber die Anleihe nicht zustande kommt, so würden außerordentlich schwerwiegende finanzwirtschaftliche währungs- und wirtschaftspolitische Folgen sich daraus ergeben und auch ernste Nachwirkungen für die Unabhängigkeit Österreichs daraus entstehen.

Die Ablehnung der Anleihe ist aber nicht nur eine Kabinettsfrage, sondern wäre auch ein Affront gegenüber dem hilfsbereiten Auslande, was andererseits wieder eine Reihe von sehr harten und unliebsamen Schwierigkeiten für Österreichs Wirtschaft und Währung zur Folge haben könnte. Wir alle empfinden es schwer, daß die Schwierigkeiten unserer Lage uns gezwungen haben, unter Bedingungen eine Anleihe aufzunehmen, die sicherlich niemandem Freude machen können. Wenn wir jedoch den Weg, der in die Freiheit führt, beschreiten wollen, dann müssen wir diesen Weg gehen, auch wenn es ein harter, steiniger Weg ist. Er ist meines Erachtens die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufstieg unseres kleinen, lebenskräftigen und lebensfreudigen unabhängigen österreichischen Vaterlandes (*Lebhafter Beifall rechts.*) Wir haben als Deutsche in Österreich auf diesem Posten, auf den wir gestellt sind, auszuharren, solange es möglich ist, und auch die größten Opfer zu bringen. Wenn Sie daher das Protokoll und das Reformprogramm annehmen, ist es kein völkischer Verrat, sondern eine selbstverständliche Pflicht der Erhaltung des Deutschtums in Österreich (*Lebhafter, anhaltender Beifall rechts.*) Würden wir anders handeln, würden wir die Hände in den Schoß legen, dann könnte man uns des völkischen Verrates zeihen, nicht aber in dem Augenblick, wo wir trachten, das deutsche Österreich aufrechtzuerhalten bis zu dem Augenblick, wo uns eine bessere politische Zukunft winkt. (*Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen rechts – Dr. Wotowa: Wozu der Applaus, das ist doch eine österreichische Schande! Das ist ja ein Trauerspiel! – Stürmische Gegenrufe und Widerspruch rechts. Geyer: Schämen Sie sich, das wollen Österreicher sein! Verräter! – Stürmischer Widerspruch bei den Abgeordneten des Nationalen Wirtschaftsblockes. – Anhaltende Zwischenrufe und Lärm.*)

Dr. Ellenbogen: [...] Der Herr Bundeskanzler hat, um die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen, auch noch mit folgendem Argument operiert. Wenn wir jetzt die Anleihe in dieser Form nicht aufnehmen, dann geht es bergab, dann werden die Personalausgaben, werden die Sachausgaben weitere Kürzungen erfahren – also Appell an alle Bundesangestellten, Landes-, Gemeindeangestellten usw., daß sie mithelfen, die öffentliche Meinung zugunsten dieses Anleiheprotokolls zu beeinflussen. Aber, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, dieses Argument gebrauchen Sie in einem Zeitpunkt, wo der Herr Generalpostdirektor 1200 Beamte neu abbaut, wo das Eisenbahnpersonal von 88.000 auf 66.000 bereits abgebaut ist und ein weiterer Abbau erfolgt in einem Grade, daß schon die Betriebssicherheit der Österreichischen Bundesbahnen

in Gefahr geraten ist. Sie kommen mit dieser Drohung in einem Augenblick, wo Sie Vorlagen eingebracht haben – ich höre, daß Sie diese letzte Vorlage wenn auch nicht zurückgezogen haben, so doch zu modifizieren beabsichtigen –, wo Sie den Länder- und Gemeindebeamten eine Kürzung ihrer Bezüge durch Herabsetzung auf das Bundesschema zumuten. Ja, Herr Bundeskanzler, es kann Ihnen nicht entgehen, daß dieses Argument, durch das Sie die Öffentlichkeit kaptivieren wollen, unter solchen Umständen keinen allzu tiefen Eindruck zu machen geeignet ist.

Aber weiter: die Anleihebedingungen. Ja, man bemißt sonst in der kaufmännischen Welt den Wert einer Anleihe nach den Bedingungen. Die kennen wir aber nicht. Der Herr Bundeskanzler hat uns heute einen Blankowechsel ausgestellt: Sie werden gut sein, Sie werden überrascht sein, meine Herren! Er hat sich darauf berufen, daß in England ein $4\frac{1}{2}$ prozentiger Zinsfuß ist. Schön. Ich weiß nicht, ob die Engländer eine österreichische Anleihe, selbst eine vom englischen Staat garantierte, nicht anders behandeln werden als eine innerenglische Anleihe. Aber das ist bloß ein Versprechen, eine Sache, die uns in Aussicht gestellt wird. Jedenfalls steht fest, daß wir nicht wissen, wieviel diese Anleihe kosten wird, und da diese Anleihebedingungen doch nicht unter unserem Einfluß stehen, so kann man es mit einem Fremdwort bezeichnen, um was es sich hier handelt, nämlich um ein ausländisches Diktat, das uns die Anleihebedingungen diktieren wird.

Nun sagt der Herr Bundeskanzler weiter, um uns sein, wie er gewiß weiß und wie er in seinem Innersten sicherlich selbst mit großem Bangen feststellt, auf unsicheren Füßen stehendes Anleiheoperat schmackhaft zu machen, daß die Behauptung, es seien neue politische Bindungen eingegangen worden, nicht richtig sei. Ja aber, Herr Bundeskanzler, zehn Jahre Verlängerung sind allein schon eine neue politische Bindung, und es ist mir unverständlich, wieso der Herr Bundeskanzler behaupten kann, daß in dem Protokoll – von anderen Dingen, von denen ich noch sprechen werde, abgesehen – gar nichts Neues enthalten sei. Das ist nun diese berühmte Anschlußfrage. Die sehr feurigen nationalen Töne, die der Herr Bundeskanzler angeschlagen hat und die man sonst von Vertretern der christlichsozialen Partei in diesem Lande nicht gar zu sehr gewohnt ist, haben vielleicht wegen dieser äußerst ungewohnten Wärme einen so tiefen Eindruck auf die Mehrheit des Hauses gemacht. Wie steht es also mit dieser Frage? Im Juli 1931 ist die Zollunionsfrage auf das Tapet gebracht worden. Ich gebe zu daß diese Frage weder auf österreichischer noch auf deutscher Seite mit besonderer diplomatischer Geschicklichkeit angefaßt worden ist. Die Sache hat dann ihren Lauf genommen, und Haag hat nun entschieden, daß nicht Saint-Germain, sondern das Protokoll I von Genf vom Jahre 1922 erst die Zollunion unmöglich gemacht hat. Der Bundeskanzler hilft sich da mit einem Rechenexempel, mit der Formel $7 : 7$ plus 1 Stimme. Ja, aber Herr Bundeskanzler, es handelt sich hier um eine Frage der politischen Arithmetik, und ein Bundeskanzler darf bei der Prüfung in dieser politischen Arithmetik keinen Durchfall erleiden. Wenn der Herr Bundeskanzler vor dem Haag etwa hätte sagen können: Ich bitte, das habe ich nicht gewußt – nach dem Haag hat er diese Ausrede

nicht mehr. Nach dem Haag, nach dieser nun einmal erflossenen Entscheidung bedeutet ein zwanzigjähriger Anleihevertrag, der sich auf das Genfer Protokoll I vom Jahre 1922 beruft, ein 20jähriges Verbot des Zollanschlusses an Deutschland (*Rufe links: So ist es!*) Da, Herr Bundeskanzler, hilft gar keine noch so geschickte und noch so wohlüberlegte und rhetorisch aner kennenswerte Argumentation. Damit können Sie eine zur Abstimmung schon von vornherein bereite Mehrheit – ich weiß nicht, wie groß sie ist – dazu bewegen, Ihnen Beifall zu zollen und dafür zu stimmen, aber damit können Sie die Öffentlichkeit nicht davon überzeugen, daß Genf 1922 in der Praxis nicht etwas anderes ist als Saint-Germain. Nun gibt es gewiß auch auf seiten der Mehrheit Herren, die um ihre schiefe Situation in dieser Sache vom Volke draußen mundgerecht zu machen, sagen: Ja die eigentliche Bindung, das eigentliche Verbot des Anschlusses der beiden Staaten ist ja wirklich in Saint-Germain erflossen. Kein Zweifel. Aber erwägen Sie doch, meine Herren und verehrter Herr Bundeskanzler, den entscheidenden Unterschied: Saint-Germain ist uns unmittelbar nach dem Krieg aufgezwungen worden. (*Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Und Lana?*) Lana müssen Sie mit den Großdeutschen ausmachen. Was aber den Vertrag von Lausanne 1932 betrifft, Herr Bundeskanzler, so mag es sein, daß die Äußerung des französischen Ministerpräsidenten Herriot, daß Sie das freiwillig unterzeichnet haben, nicht beweisbar und daß eine solche Äußerung nicht dokumentarisch belegbar sei. Aber, Herr Bundeskanzler, sie ist insofern sachlich richtig, als Sie die günstige wirtschaftliche Position – in diesen Verhandlungen meine ich – nicht genügend ausgenutzt und nach unserer Überzeugung unnötigerweise solche Bedingungen angenommen haben, während Sie die Position ganz anders hätten ausnutzen können. Frankreich befindet sich ja nicht allein unter den Garantiemächten, es sind auch andere Staaten darunter, die über den Anschluß anders denken als Frankreich, zum Beispiel England. Wenn diese Situation bei einiger Hartnäckigkeit genügend ausgenutzt worden wäre, ist es sehr fraglich, ob Sie in derselben Lage gegenüber Lausanne gewesen wären wie Österreich gegenüber Saint-Germain in den Jahren 1918 und 1919.

Dazu kommt nun, das, wie ich zugeben muß, äußerst zweideutige Verhalten der deutschen Reichsregierung in dieser Sache. Ich begnüge mich zur Kritik des Verhaltens dieser reichsdeutschen Regierung, ein deutsches, und zwar kein sozialdemokratisches Blatt, sondern ein Zentrumsorgan, also ein der überwiegenden Mehrheit unter den Mehrheitspartien nahestehendes Blatt, nämlich die „Germania“ anzuführen, die die Behauptung aufstellt, Deutschlands Nein wäre stark genug gewesen, die Bedingungen des Anleiheprotokolls zu ändern. Das ist auch unsere Meinung, aber es besteht freilich die Vermutung, daß an dieser Haltung Deutschlands der Herr Bundeskanzler nicht ganz unschuldig sei. Denn wie käme Deutschland dazu, seinen Anspruch auf den Anschluß, der ja auch für Deutschland wichtig ist, aufzugeben und auf ihn zu verzichten, wenn nicht unser verehrter Herr Bundeskanzler in seinem allzu feurigen Eifer, die Anleihe auch unter diesen drückenden Bedingungen zu bekommen, dem Herrn von Papen zugeraunt hätte oder hätte zuraunen lassen: Störe

meine Kreise nicht! Es macht in der Öffentlichkeit den Eindruck, daß die Schwäche des deutschen Nein auf diese Weise zustande gekommen ist. In Wahrheit ist also der Anschluß wieder einmal preisgegeben worden.

Gestatten Sie mir, hohes Haus, doch dazu einige wenige grundsätzliche Bemerkungen. Obwohl der Österreicher kein so grundsätzlicher Ja- und Neinsager ist wie etwa ein Norddeutscher, sondern ein etwas weiches Naturell besitzt, kann man doch – das wird niemand leugnen können – sagen, daß 95 Prozent der österreichischen Bevölkerung *für* den Anschluß sind. Aber das war immer der Fall! Das ist eine historische Tatsache, die sich nun durch bald ein Jahrhundert hinzieht. Es war immer die Volksbewegung in deutschsprachigen Gebieten, die für den Anschluß eintrat. Diese Volksbewegung hat im Jahre 1848 geradezu eine Revolution gemacht, um die Einheit alles Deutschen durchzusetzen. Damals hieß es in den Liedern: „Das ganze Deutschland muß es sein.“ Und damit niemand glaube, daß Österreich von dieser Begeisterung ausgeschlossen war, erinnere ich nur an den bekannten Vers von Freiligrath: „Wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien, wenn wir noch knien könnten, wir lägen auf den Knien!“ Es war also damals wirklich eine Bewegung, die in ganz Deutschland weite Kreise des Volkes erfaßt hat. Die Bewegung wurde niedergeworfen. In Deutschland kamen die Hohenzollern, in Österreich blieben die Habsburger an der Regierung, und die Volksbewegung, die die völlige Einigung herbeiführen wollte, wurde unterdrückt. Dynastische Momente haben sie verhindert.

Und nun 1918! Kaum war die Monarchie überwunden, begann die österreichische Republik und das republikanische Parlament seine Arbeit mit der Erklärung des § 1 der neuen republikanischen Verfassung: „Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.“ Auch da wieder hat die Volksbewegung den Anschluß zunächst theoretisch durchgesetzt.

Was haben wir nun heute, 14 Jahre nach dem Jahre 1918? In Deutschland ist wieder Schwarz-Weiß-Rot an der Tagesordnung, vergewaltigt die Gesetze, entsetzt eine Regierung und richtet eine Diktatur ein. Hinter ihr, schamhaft verhüllt, aber für jeden politischen Blick deutlich, steht die zweifellos sehr große Bewegung, die einen Prinzen zum Reichsverweser zu machen die Absicht hat. In diesem Deutschland wird jetzt von den Führern dieser monarchistisch-kapitalistischen Bewegung, die sich nationalsozialistisch nennt, wird von einem Goebbels, von der „süddeutschen Canallie“ gesprochen, da wird von dem obersten Sturmabteilungsführer von Österreich in den verächtlichsten Ausdrücken gesprochen, da werden Südtirol und das Burgenland für irgendwelche eingebildete, zu erhoffende Vorteile, das eine an das faschistische Italien, das andere an das faschistische Ungarn verschachert. Man hört die Rufe: Südtirol verrecke!, Burgenland, verrecke! Man wird bald hören, Bayern, verrecke!

Und in Österreich sehen wir denselben Fall: daß die Führer der antidemokratischen Bewegung schwarzgelbe Aristokraten und schwarzgelbe Generäle sind. Meine Herren Christlichsozialen, die Sie heute den feurigen nationalen Tönen des Bundes-

kanzlers so begeistert zugestimmt haben, Ihnen wird gewiß nicht unbekannt sein, daß das Hauptorgan der Regierung, die „Reichspost“, seit eh und je eine Haltung gegen den Anschluß eingenommen hat (*Zustimmung links.*) Ich glaube, niemand kann es mir verübeln, wenn ich diese Behauptung aufstelle, aber es scheint mir, daß der Herr Abg. Paulitsch eine Miene macht, als wenn er das bestreiten wollte. Nun bitte, Herr Abgeordneter Paulitsch, dann nehmen Sie die „Reichspost“ vom 24. Juli d. J. zur Hand. (*Paulitsch: In einer anderen Nummer wird etwas anderes stehen!*) Dort steht unter dem höhnischen Titel „Österreich erwach!“ folgendes (*liest*): „Und nun Ihr, die Ihr Dörfer und Städte in den Alpentälern oder im Donaugebiet mit Stolz als Eure Geburtsorte grüßt, gibt es für Euch heute wirklich nichts Größeres, nichts Begeisterndes, nichts Aneiferndes als den „Anschluß“?“ (*Hört!-Rufe links.*) „Nichts national Wichtigeres und Verpflichtendes als diese Ideologie, die in ihrem Ausdruck ein bedauernswertes,“ – hören, meine Herren und Frauen! – „jedem Selbstbewußtsein bares Stammesminderwertigkeitsgefühl kundgibt, usw.“ (*Rufe links: Hört! Hört!*) „Jedem Selbstbewußtsein bar“, das ist eine sprachliche Form, der gegenüber ich mit Faust sagen möchte, der Kasus macht mich lachen (*Heiterkeit links.*) Wenn ich sowohl diese sprachliche Form als auch den Geist des Artikels betrachte, möchte ich beinahe der Vermutung Ausdruck geben, daß der gewesene Herr Unterrichtsminister Schmitz der Verfasser dieses Artikels ist (*Heiterkeit links.*) Ich stelle also fest, hohes Haus, daß die begeisterten nationalen Klänge in der Rede des Herrn Bundeskanzlers mit den Äußerungen des Hauptorgans der Regierung in einem krassen und unversöhnlichen Gegensatz stehen. Daher bitte ich, mir zu verzeihen, meine Herrn von der christlichsozialen Partei, die Sie allein so außerordentlich Beifall geklatscht haben, wenn ich der Aufrichtigkeit Ihrer Begeisterung gegenüber dem Anschluß, von einigen persönlichen Ausnahmen abgesehen, doch einen gewissen Zweifel entgegenbringe, ein gewisses Mißtrauen in die Echtheit dieser Begeisterung setze.

Fassen wir das mit zwei Worten zusammen, so können wir sagen: Für den Anschluß ist immer nur die Demokratie gewesen (*Beifall links*), gegen den Anschluß ist die Antidemokratie, ist die Reaktion, in welche Form immer sie sich kleiden möge (*Mayrhofer: Was werden die Nazi dazu sagen?*) Ich glaube, Herr Abg. Mayrhofer, um ganz ehrlich zu sein, die Demokraten unter Ihnen sind für den Anschluß, leider haben Sie bei Ihnen nichts zu sagen. (*Mayrhofer: Was werden die Nazi zu dieser Erklärung sagen?*) Des Herrn Bundeskanzlers? (*Mayrhofer: Sie erklären die Demokraten sind für den Anschluß; die Nazi sind doch keine Demokraten!*) Sie glauben an den Anschlußwillen der Nationalsozialisten? (*Mayrhofer: Ja!*) Herr Kollege Mayrhofer, ich schätze Sie sonst sehr hoch, aber es ist eine gewisse politische Naivität (*Heiterkeit links*), das trotz der von mir zitierten Aussprüche von Hitler, von Goebbels und dergleichen zu meinen, die ihrer Abneigung gegen Österreich genügend deutlich Ausdruck gegeben haben.

Nun sagt uns der Herr Bundeskanzler – das hat er wiederholt in der Öffentlichkeit erklärt, um uns zu trösten –, aber schauts, nach zehn Jahren, wenn wir das Ganze

zurückzahlen, sind wir ja doch wieder frei. Erstens, Herr Bundeskanzler, glauben Sie, daß wir in zehn Jahren die ganze Anleihe werden zurückzahlen können? Ich glaube, Sie glauben das nicht, und ich glaube es gewiß nicht. Zweitens stehen wir auch dann noch immer nach dem Anleiheprotokoll bezüglich dieser Rückzahlung unter den Bedingungen, die uns von drüben diktiert werden. Der Herr Bundeskanzler hat einmal erläutert, daß sich diese Bedingungen bloß auf den Fall erstrecken, wenn das Ganze auf einmal zurückgezahlt wird. Na schön, aber das ist auch wiederum eine Einschränkung der Einschränkung. Keinesfalls stehen wir dem bedingungslosen Recht gegenüber, in dieser Frage unsere Freiheit wiederzugewinnen. (*Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Bei Abschluß der Operation werden die Bedingungen festgesetzt, nicht 1942!*) Aber jedenfalls wissen wir es heute noch nicht und jedenfalls stehen wir der Ungewißheit gegenüber.

Nun ist aber die politische Bindung nicht das einzige, sondern es handelt sich um eine Kontrolle, der wir da den Staat neuerdings auf zehn Jahre mehr dem Ausland gegenüber unterwerfen müssen. Eine Kontrolle auswärtiger Faktoren einem Staate gegenüber ist unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen, meine Herren, und das sollten sich auch die Demokraten in der christlichsozialen Partei überlegen. Nun gut: der Herr Bundeskanzler sagt uns aber, daß wir doch keinen Generalkommissär kriegen, der, wie damals, das Recht hat, den Anleiheerlös zu verwenden. Nun, das kann er ja schon darum nicht, weil wir den Anleiheerlös gleich für verschiedene Zwecke völlig verpulvern müssen. Das ist wahr, das hat aber dafür auch den Nachteil, Herr Bundeskanzler, daß wir dann kein neues Geld kriegen, wie wir es damals, wenn der Generalkommissär zugestimmt hat, bekommen haben. Sie sehen also, die Dinge haben immer ihre zwei Seiten.

Aber der Herr Bundeskanzler sagt: „Keine neuen Bindungen!“ Wo, Herr Bundeskanzler, ist früher in solchen Verträgen gestanden, daß wir selbst bei Investitionen der Bundesbahnen von der Kontrolle des Auslandes abhängig sind?

Wir dürfen jetzt keine innere Anleihe ohne den Völkerbundvertreter machen. Wenn wir eine solche innere Anleihe machen, so ist uns ihre Verwendung schon durch das Protokoll vorgeschrieben: die Bundesbahnschuld an die Nationalbank zu bezahlen, die Credit-Anstalts-Schuld an die Nationalbank zurückzuzahlen nach Artikel 6, III, der Präambel. (*Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Alles für die Währung!*) Jedenfalls steht es so, daß wir an die Zustimmung, an die Kontrolle des Auslandes gebunden sind.

[...]

Dr. Straffner: Sehr geehrte Frauen und Herren! Wenn ich im Namen meiner Fraktion zu dem Lausanner Abkommen Stellung nehme, so möchte ich gleich von vornherein erklären, daß meine Rede nicht dem Ganzen des Abkommens gelten kann, sondern sich lediglich auf die politischen Bestimmungen dieses Übereinkommens erstrecken soll. (*Zwischenruf: Die wirtschaftlichen nicht?*) Darüber können Sie beruhigt sein, es werden aus den Kreisen meiner Parteifreunde noch einige reden, und wenn es Ihnen vielleicht zu wenig sein sollte, sind wir bereit, jeder ein zweites

Mal zu sprechen, was nach der Geschäftsordnung möglich ist, damit wir auch die wirtschaftliche Seite dieses Abkommens gründlich behandeln.

Österreich steht nunmehr zum drittenmal als Republik vor einer großen nationalen Entscheidung. Dieses zu sagen, halte ich deshalb für notwendig, weil heute viele glauben und es auch aussprechen, daß die Politik, die nunmehr gemacht werden soll, eine geradlinige Fortsetzung der früheren nationalen Politik sei. Und weil dem nicht so ist, fühle ich mich verpflichtet, doch die Unterschiede aufzuzeigen zwischen dem gegenwärtigen Augenblick nationaler Politik und jenen früheren entscheidenden Stunden, in denen wir auch vor schwerste Entscheidungen gestellt worden sind.

Damit die Stimmung für dieses drittemal einer großen nationalen Entscheidung unserer Republik entsprechend ausfalle, hat die Regierung Kreise mobilisiert, die früher bei derartigen Anlässen nicht mobilisiert worden sind. Es wurde die Wirtschaft mobilisiert. Alle wirtschaftlichen Hauptkörperschaften wurden aufgerufen, um zu sagen, ob sie für oder gegen das Lausanner Übereinkommen seien. Man hat jedoch den wirtschaftlichen Hauptkörperschaften nur aufgetragen, die Sache vom wirtschaftlichen, nicht vom politischen Standpunkt aus zu beurteilen. Ich muß sagen, die Regierung hat das gute Recht, eine derartige Formel zu finden, aber sie hat im gesamten gesehen unrecht; denn in keiner Frage ist Wirtschaft und Politik so untrennbar verbunden als gerade bei dem Lausanner Übereinkommen. Sehen wir es uns einmal an: dieser Staat, der heute um eine Anleihe fechten gehen muß, dieser Staat, der sich heute gewiß in keiner glänzenden Situation befindet, er ist doch nicht das Ergebnis der Wirtschaft, sondern er ist das Ergebnis der Politik des Hasses und der Furcht, die zu seiner Gründung geführt hat. Also nicht die Wirtschaft ist es gewesen, die diesen Staat geschaffen hat, sondern es war die Politik. Und der Hauptgrund der Entscheidung liegt eben jetzt auch auf dem Gebiete der Politik, aber nicht auf dem Gebiete der Wirtschaft. Und in dem Zusammenhang habe ich folgendes zu sagen: Man kann der Meinung sein, daß uns auf wirtschaftlichem Gebiete durch eine Anleihe geholfen werden kann; in Wirklichkeit kann uns nur vorübergehend geholfen werden, aber ganz bestimmt nicht dauernd, und wenn uns dauernd geholfen werden soll, dann müssen wir das Gebiet der Politik beschreiten, auf dem uns gerade jetzt durch das Lausanner Abkommen die bestehenden Bindungen über die bis jetzt geltende Frist hinaus verlängert werden sollen.

Ich habe gesagt, Österreich ist wiederholt vor großen nationalen Entscheidungen gestanden, und ich darf beifügen, nunmehr steht Österreich das drittemal vor einer großen nationalen Entscheidung, und ich will im Laufe meiner Rede aufzeigen, wie die Verhältnisse bei den früheren Entscheidungen gewesen sind und wie sie jetzt liegen, ob die Verhältnisse bei früheren Entscheidungen Österreich nicht unter einen viel größeren Druck gesetzt haben, als es gegenwärtig der Fall ist.

Die erste Entscheidung hat stattgefunden bei der Zerreißung der Schicksals-, Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft der Deutschen Altösterreichs durch das Diktat von Saint-Germain. Das war die große nationale Entscheidung bei der Geburt

unseres Staates. Wir können nur von einem einseitigen Diktat, aber nicht von einem Friedensvertrag oder Staatsvertrag sprechen, denn es fehlen alle Essentiale, die zu einem Vertrag notwendig sind. Das Diktat hat uns sogar so weit gehindert, daß wir nicht einmal den Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung vom 12. November, daß Deutschösterreich ein Bestandteil der Deutschen Republik ist, durchführen konnten.

Wir wurden auf Grund dieses Diktats zur Unabhängigkeit verurteilt, zu einer Unabhängigkeit aber, die durch die Bestimmungen des Friedensdiktats gerade das Gegenteil einer wirklichen Unabhängigkeit geworden ist. Denn wir dürfen in unserer „Unabhängigkeit“ nicht frei verfügen, sondern sind an die Zustimmung derjenigen gebunden, die uns diese „Unabhängigkeit“ aufgezwungen haben. So ergibt sich die Groteske, daß man in Österreich eigentlich gegen die Unabhängigkeit kämpfen muß, wenn man frei werden will, während beispielsweise die Amerikaner oder die Italiener oder eine ganze Reihe anderer Völker für ihre Unabhängigkeit gekämpft haben, um frei zu werden. Das ist der große Unterschied zwischen uns und den anderen, daß uns die Unabhängigkeit aufgezwungen wurde und daß diese Unabhängigkeit eigentlich der Urquell unseres Elends ist, in dem wir zu leben gezwungen sind.

Das Diktat wurde uns in einem Augenblick auferlegt, in dem Österreich ausgehungert, wehrlos, von fremden Truppen besetzt war, und zwar unter einer Androhung, die sehr kurz gehalten war: es wurde damals der österreichischen Delegation erklärt, wenn sie nicht innerhalb von fünf Tagen unterschreibe, würden die Friedensbedingungen zwangsweise durchgesetzt werden. So waren die Verhältnisse, unter denen dieses Friedensdiktat hier im hohen Hause angenommen wurde – ich darf sagen: gewiß nicht freudigen Herzens; ich kann mich an die Rechtsverwahrungen erinnern, die damals abgegeben worden sind. Man hat also dieses Diktat in der Zeit der größten Not angenommen, und ich möchte jetzt rückschauend sagen, daß vielleicht die Haltung der Partei, der ich angehöre, richtig war, die gesagt hat, man müsse ein derartiges Diktat ablehnen, um so mehr ablehnen, als damals die mächtigen politischen Parteien nie darangegangen sind, den Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung vom 12. November wenigstens für kurze Zeit in die Tat umzusetzen. Wenn man die damaligen alliierten und assoziierten Mächte vor eine vollendete Tatsache gestellt hätte, dann würde – davon bin ich überzeugt – die Entwicklung in Österreich und im Deutschen Reiche eine andere gewesen sein. Man hat sich damals mit der Aussicht auf mildere Friedensbedingungen trösten lassen, die uns und dem Deutschen Reiche auferlegt werden sollen. Die Folge hat gezeigt, daß diese Friedensbedingungen um kein Jota besser geworden sind. Es war doch ein raffiniertes Instrument, mit dem man das Deutsche Reich und Österreich geplagt hat.

Das zweitemal wurde Österreich vor eine große nationale Entscheidung im Jahre 1922 gestellt. Bereits nach drei Jahren war die Tatsache zu verzeichnen, die sehende Menschen schon bei der Schaffung dieses Staates vorausgesagt haben, daß dieser

Staat nicht lebensfähig ist, es sei denn, daß ihm von auswärts geholfen werde, aber in seiner jetzigen Konstruktion und Zusammensetzung ist er nicht lebensfähig. Das ist ganz deutlich schon drei Jahre nach Bestand des Staates in Erscheinung getreten. Ich gebe zu, daß diese kurze Frist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen ist, daß in Österreich selbst mancherlei Mißgriffe gemacht worden sind. Aber auch wenn diese Mißgriffe nicht gemacht worden wären, können Sie versichert sein, würde sich über kurz oder lang die Tatsache der Lebensunfähigkeit dieses Staates herausgestellt haben. Wir haben in diesem hohen Hause verschiedene Wendungen erlebt, mit denen man die Richtigkeit dieser Behauptung zu widerlegen versuchte. Zuerst waren es die Sozialdemokraten, die sagten dieses Österreich wäre schon lebensfähig, wenn man ihre Wirtschaftsmaxime in die Tat umsetze. Es hat dann andere auf der rechten Seite des Hauses gegeben, die die Behauptung aufstellten, Österreich werde lebensfähig sein, wenn sie die Macht im Staate in die Hand bekämen. Es ist aber nicht so, durch eine Systemänderung wird dieses Österreich nicht lebensfähig, nicht als Kulturstaat lebensfähig. Wenn wir den Großteil der Kultur in Österreich streichen, wenn wir unsere wissenschaftlichen Einrichtungen schleifen, wenn wir unsere sonstigen kulturellen Einrichtungen auflassen, wenn wir in Verhältnisse zurücksinken wollen, wie man sie vielleicht in Albanien oder in Montenegro hat, ja dann meine verehrten Frauen und Herren, wird Österreich leben können. Aber auf der Kulturstufe, auf der sich Österreich bei seiner Schaffung, auf der sich Deutschösterreich im Rahmen des alten Staates befunden hat, kann sich Österreich aus eigenen Mitteln nicht erhalten. Und nach drei Jahren war bereits der Beweis hiefür erbracht. Das Verbrechen, das im Jahre 1919 begangen wurde, indem man dieses deutsche Wirtschaftsgebiet im Rahmen des alten Österreich auseinandergerissen hat, wurde, wie gesagt, sehr bald festgestellt.

Wie hat im Jahre 1922 die Situation ausgesehen? Ich muß die Situation des Jahres 1922 schildern, weil die Vertreter der Regierung selbst und auch die der Regierung ergebene Presse in den letzten Tagen erklärt haben: Wer im Jahre 1922 mitgegangen ist, muß natürlich auch im Jahre 1932 mitgehen, denn ein Politiker wäre inkonsequent, wenn er im Jahre 1932 anders handeln würde als im Jahre 1922. Sie gestatten mir deshalb, daß ich gerade über diese Punkte etwas ausführlicher rede und Sie an verschiedene Dinge erinnere, die vielleicht bei manchem von Ihnen schon in Vergessenheit geraten sein mögen. In erster Linie möchte ich Sie an das Budget des Jahres 1922 erinnern. Wir hatten damals Ausgaben in der Höhe von 9,1 Billionen Kronen vorgesehen und einen Abgang im Staatshaushaltes von 4,5 Billionen Kronen. Es war – wenn Sie sich daran erinnern wollen, wie vor zehn Jahren im Juli und August 1922 die Situation ausgesehen hat – alles auf den Kopf gestellt. Aber ich darf auch sagen, daß Verstand zu Unverstand wurde. Die Tugend des Sparens war in jenen Tagen in das Gegenteil verwandelt, und bei diesen Verhältnissen war es nur eine Frage von Tagen, wann in Österreich der Bürgerkrieg ausbrechen und Österreich sich selbst zerfleischen würde und wann dann schließlich und endlich unsere Nachbarn zur Aufrechterhaltung oder zur Wiederherstellung von Ruhe und

Ordnung in Österreich einmarschieren würden. Das war die Situation, die sich merklich von der Situation unterscheidet, in der wir uns heute befinden. Und damals hat der damalige Bundeskanzler Dr. Seipel zusammen mit seinem damaligen Vizekanzler Dr. Frank und mit den übrigen Herren der Regierung im Einvernehmen mit den Parteien des ganzen Hauses jene Auslandsreisen unternommen, die den Weg zu einer Hilfe für Österreich einleiten sollten, und anschließend an diese Reisen, die Bundeskanzler Dr. Seipel damals unternommen hat, hat er sich auch an den damaligen englischen Premier Lloyd-George mit dem Ersuchen gewendet, England und die anderen Mächte mögen doch die Garantie für eine österreichische Anleihe übernehmen, und er hat dies damals begründet, daß die österreichische Regierung sonst nicht in der Lage wäre, die Verwaltung des Staates weiterzuführen, sondern vielmehr die Mächte für den Zusammenbruch verantwortlich machen und die künftigen Geschicke Österreichs in die Hände der ausländischen Mächte legen würde. So war damals die Situation, und das Ergebnis dieser Auslandsreisen und des Ersuchens an England war der Schritt zum Völkerbunde selbst, und das Ergebnis dieser Schritte war die Völkerbundanleihe vom Jahre 1922 in der Höhe von 650 Millionen Goldkronen – doch ein wesentlich anderer Betrag als der, der heute noch ganz vage vor uns schwebt. Die Staaten England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei haben damals die Garantie übernommen. Wir sind den Bedingungen, die uns damals auferlegt worden sind und die ja in diesem hohen Hause allgemein bekannt sein dürften, voll und ganz nachgekommen. Wir haben nicht allein die Zinsenverpflichtungen aus der Völkerbundanleihe vom Jahre 1922, sondern auch jene aus der Völkerbundanleihe des Jahres 1930 pünktlich erfüllt, und unseren ausländischen Gläubigern braucht gar nicht bange sein, daß wir in dieser Beziehung vertragsuntreu werden würden. Nebenbei bemerkt, haben ja die ausländischen Geldgeber gar kein schlechtes Geschäft mit uns gemacht. Es war keine so große Wohltat, wie man das vielleicht ab und zu hinstellen pflegt. Trotzdem hat man uns aber, wie ich mir zu sagen erlaubte, Bedingungen materieller und politischer Natur auferlegt.

Nun möchte ich die politischen Bedingungen des Jahre 1922 bei dem hohen Hause kurz in Erinnerung rufen. Sie besagten (*liest*): „Die Regierung Österreichs verpflichtet sich gemäß dem Wortlaute des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben; sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen und finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen.

Die Verpflichtung läßt Österreich unter Wahrung der Bestimmungen des Vertrages von Saint-Germain seine Freiheit in bezug auf Zolltarife, Handels- und Finanzabkommen und im allgemeinen hinsichtlich aller sein Wirtschaftssystem und seine Handelsbeziehungen betreffenden Angelegenheiten. Vorausgesetzt ist jedoch, daß Österreich seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch antastet, daß es irgendeinem Staate ein Sondersystem oder ausschließliche Vorteile zugesteht, die geeignet wären, diese Unabhängigkeit zu gefährden.“

Das waren die Bedingungen des politischen Protokolls von Genf, und sie wurden am 12. Oktober durch den damaligen Bundeskanzler Dr. Seipel interpretiert. Dr. Seipel hat damals wörtlich erklärt (*liest*): „Von Anfang an wurde verlangt, daß zu der politischen Garantie der Mächte eine Erklärung Österreichs hinzutreten müsse. Diese Erklärung gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil ist in dem Satze enthalten: Die Regierung der Republik Österreich verpflichtet sich gemäß dem Wortlaut des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben.

Dies stellt sich im wesentlichen als eine der uns im Staatsvertrage von Saint-Germain auferlegten Verpflichtungen dar. Wir haben in Genf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir nicht in der Lage wären, Verpflichtungen zu übernehmen, die über den Wortlaut des Vertrages von Saint-Germain hinausgehen.“ (*Rufe bei den großdeutschen Abgeordneten: Hört! Hört!*)

Der Bundeskanzler hat dann weiters ausgeführt (*liest*): „Der zweite Satz: Österreich wird sich jeder Verhandlung und wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung enthalten, die geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen, könnte den Anschein erwecken, als ob dadurch unsere Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet allzusehr eingeschränkt würde. Es wurde daher hinzugefügt: Diese Verpflichtung läßt Österreich seine Freiheit in bezug auf Zolltarife, Handels- und Finanzabkommen und im allgemeinen hinsichtlich aller sein Wirtschaftssystem und seine Handelsbeziehungen betreffenden Angelegenheiten. Vorausgesetzt ist jedoch, daß Österreich seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch antastet, daß es irgendeinem Staat ein Sondersystem oder ausschließliche Vorteile zugesteht, die geeignet wären, die Unabhängigkeit zu gefährden.“

Diese Bedingungen unterscheiden sich wesentlich von den Bedingungen, die uns jetzt auferlegt worden sind. Auch der politische Teil unterscheidet sich – nicht allein der, der sich mehr auf die Wirtschaft bezieht. Über die Vorgeschichte dieser politischen Bindung hat Altbundeskanzler Dr. Seipel am 13. Oktober 1922 im Parlament sehr interessante Aufklärungen gegeben. Er sagte wörtlich (*liest*):

„Der Völkerbund bietet uns erstens eine politische Garantie der Mächte für den Fortbestand unseres Staates. Wir schätzen solche politische Garantien ja nicht allzu hoch ein. Erklärungen sind leicht abzugeben. Aber ich bitte, in diesem Augenblick an manche bange Stunden zurückzudenken, die wir in den letzten Monaten durchgemacht haben, manche Stunden, die für andere in diesem hohen Hause, die weniger optimistisch zu sein pflegen als ich, noch mehr bange waren als für mich.

Es waren die Stunden, in denen viele den Zusammenbruch, zunächst den wirtschaftlichen und dann den sozialen, schon für den nächsten oder übernächsten Tag erwartet haben. Es waren Stunden, in denen Gerüchte umgegangen sind, daß die Nachbarn nur darauf warten, Teile unseres Lands an sich zu reißen, oder daß einer oder der andere der Mächte ein Mandat erteilt werden soll, um unser Land zu besetzen, um die Ordnung, die wir selbst nicht aufrechterhalten können, im Interesse

des Friedens der Nachbarstaaten und der ganzen Welt aufrechtzuerhalten. Und es gab in diesen bangen Stunden natürlich auch Zweifel, ob wirklich nur die Sorge darum, daß hier in Mitteleuropa die Ruhe und der Frieden nicht gestört werden, diese anderen Mächte beeinflussen könnte, ob nicht eine Begehrlichkeit ihrerseits dahintersteckt.

Das hat nun den Völkerbund, die Großmächte und die zunächst interessierten Nachbarn veranlaßt, uns neuerdings eine politische Garantie zu geben vor den Augen der ganzen Welt, daß derartige Absichten nicht bestehen. Jene, die bisher unter Gerüchten, wie ich sie gekennzeichnet habe, gefürchtet und gebangt haben, brauchen nun nicht mehr zu fürchten und zu bangen.“

Eine sehr wertvolle Ergänzung dieser Ausführungen des Bundeskanzlers Dr. Seipel hat unser Parteifreund und damaliger Präsident Dr. Dinghofer gegeben, indem er gesagt hat, daß die neuerliche Erklärung der Unabhängigkeit Österreichs „nicht deshalb entstanden ist, weil Frankreich gewünscht hätte, daß Österreich nicht an Deutschland sich anschließe, sondern deshalb, weil eine eventuelle Rivalität zwischen den italienischen und tschechischen Interessen hinsichtlich Österreichs eine Gefährdung des Friedens in Europa bedeuten könnte.“

Man ersieht daraus, daß die politische Formel im Jahre 1922 eine wesentlich andere Richtung verfolgte, als sie es jetzt tut. Die politische Formel hat damals den Zweck gehabt, uns gegen allfällige Zugriffe Italiens und der Tschechoslowakei zu schützen. Unter diesen Verhältnissen haben wir Großdeutsche damals dem Übereinkommen von Genf zugestimmt, und unser Parteifreund, der damalige Abg. Dr. Clessin, hat das mit den Worten zum Ausdruck gebracht (*liest*):

„Nur durch Kredite und die Anspannung der eigenen äußersten Kräfte werde es möglich sein, diesen Staat noch so lange selbständig zu erhalten, bis er in das Deutsche Reich hinübergeführt werden kann.“

Wenn trotz diesen Erklärungen der Regierung und der Mitglieder der Regierungsparteien die Meinung bestehen könnte: Ja, vielleicht haben damals die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien die Sache dementsprechend gefärbt, um auf die Bevölkerung Eindruck zu machen und die Abgeordneten zur Zustimmung zu bewegen, so ähnlich wie es heute mit den Erklärungen der Fall ist, die der Herr Bundeskanzler abgegeben hat – die Erklärungen, die die der Regierung nahestehende Presse in den letzten 14 Tagen abgegeben hat, haben so ähnlich gelautet und haben vielleicht ganz den denselben Zweck verfolgt wie damals –, so möchte ich Sie, damit Sie sehen, daß die Situation wirklich so war, wie ich sie geschildert habe und sie damals der verantwortliche Bundeskanzler und die verantwortlichen Redner hier im Hause zum Ausdruck gebracht haben, auf die Ausführungen eines prominenten Abgeordneten der damaligen Opposition verweisen. Der Abg. Dr. Otto Bauer hat am 14. Oktober 1922 auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie bezüglich der Genfer Aktion folgendes gesagt (*liest*):

„Bringen wir die Genfer Aktion zu Falle, so müssen wir damit rechnen, daß in diesem Augenblick die ernsteste Gefahr eines neuen Sturzes der Krone, einer neuen

furchtbaren Welle der Geldentwertung und damit der Teuerung entsteht, die Gefahr, daß das zum völligen Zusammenbruch unserer Einfuhr, unserer Versorgung, zur Hungerkatastrophe führt, und wir wissen – darüber täuscht sich niemand von uns –, die wirkliche Katastrophe in unserer Wirtschaft bedeutet dann nicht nur den fremden Generalkommissär, sondern den fremden General und die fremden Truppen.“

Das war das Urteil eines oppositionellen Abgeordneten vor zehn Jahren, eine Äußerung, die wohl bestätigt, daß das, was damals die Regierungsmitglieder erklärt haben, richtig gewesen ist und daß es nur eine Frage der Zeit war, ob man dieses Österreich noch einige Tage hinüberretten kann.

Im Laufe der Zeit ist jedoch die politische Formel, die in Genf geprägt worden ist, anders interpretiert worden. Man hat in den letzten Jahren aus dieser Genfer politischen Formel abgeleitet, daß sie die Bestimmung habe, sich vor einer engeren wirtschaftlichen Verbindung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu sichern. Diese Auslegung hat ihre besondere Bedeutung gefunden, als im Jahre 1931 Österreich und das Deutsche Reich entschlossen waren, eine engere wirtschaftliche Verbindung im Rahmen einer Zollunion einzugehen, eine Verbindung, wie sie die südosteuropäischen Staaten schon früher eingegangen waren.

Ich halte es für notwendig, ganz kurz auf die Entstehungsgeschichte der Zollunion zu sprechen zu kommen, damit Sie sehen, daß die Frage einer engeren Verbindung Österreichs mit dem Deutschen Reich von der Regierung Ender-Schober nicht mutwillig und auch nicht, sagen wir, taktisch unrichtig propagiert worden ist.

Erinnern Sie sich, daß wir im Laufe des Jahre 1931, im Winter schon, rund 400.000 Arbeitslose hatten, daß wir damals schon viele Tausende von arbeitslosen verhungern den Ärzten, Advokaten, Ingenieuren, Künstlern, Angestellten und schließlich auch von hungrigen Bauern hatten. Gerade diese wirtschaftlichen Verhältnisse haben schon im Jahre 1929 den damaligen Kanzler Dr. Schober zum Nachdenken gebracht, ob es denn nicht möglich wäre, doch irgendeinen Weg zu finden, der eine Besserung bringen könnte. Es wurde im September 1930 im Völkerbundrat von Kanzler Dr. Schober die Idee von der Bildung regionaler Wirtschaftseinheiten aufgeworfen. Sie hat Zustimmung gefunden. Es war vielleicht die erste Idee seit dem Bestande des Völkerbundes, die Europa in seiner Gesamtheit und einem Teil Europas im besonderen hätte helfen können. Die Idee, die freudig aufgenommen wurde, wurde jedoch in dem Augenblick bekämpft, als Österreich und das Deutsche Reich bereit waren, sie in die Tat umzusetzen, obwohl es im Rahmen des Zollunionstatus auch den übrigen Staaten freigestellt gewesen wäre, in diese größere wirtschaftliche Vereinigung einzutreten.

Wie dieses Zollunionsprojekt auf die Gegner einer derartigen Neukonstruktion gewirkt hat, mögen Sie daraus ersehen, daß damals von Paris und Prag aus übereinstimmend mit Bezug auf die Zollunion, die eine wirtschaftliche Besserung für die beiden Staaten bringen sollte, erklärt wurde, sie, nämlich Österreich und Deutschland, gefährden schon durch die Aussicht auf die Hoffnung erleichterter Lebensmöglichkeiten die Sicherheit Europas.

Man muß sich unwillkürlich fragen: Was haben denn eigentlich Österreich und Deutschland zu unternehmen versucht? War es wirklich nur eine wirtschaftliche Vereinbarung der beiden Staaten? War zwischen Österreich und Deutschland vielleicht ein Militärbündnis geschlossen worden oder haben die beiden Staaten ihre Rüstungsausgaben wesentlich erhöht oder hat vielleicht gar Österreich ein großzügiges Flottenprogramm dem Nationalrat vorgelegt, oder hat es vielleicht Hunderte von Kampfflugzeugen in den Dienst gestellt? Nichts von alledem! Österreich hat nur das Recht auf das nackte Leben verlangt. In der Not, die ich Ihnen geschildert habe, hat es ein Mittel verlangt, um diesem Elend zu entrinnen.

Wie groß die Not war, will ich Ihnen an einigen Beispielen aus jener Zeit vorführen, und zwar aus einem Werk des Dr. Viktor Lefford, das mir kürzlich in die Hände gekommen ist und das betitelt ist: „20.000 Kilometer Zollmauern.“ Er sagt dort (*liest*): „In Wien fanden allein am 25. und 26. März 1931 577 Versteigerungen statt, darunter 188 Wohnungs-, 44 Bureau-, 30 Geschäftseinrichtungsversteigerungen. Die Zahl der Exekutionen in Wien betrug im Jahre 1930 325.647, um 100.000 mehr als im Vorjahre. Die Aussichten der Tausende von Maturanten und Studenten, Arbeit zu finden, sind hoffnungslos. In Wien haben 900 Advokaten kein Personal, kein Telephon, sie haben Kabinettskanzleien. Das Advokatenproletariat wächst rapid wie das Ärzte- und Technikerproletariat. Die Universitäten, Kliniken, Bibliotheken, Bildungsstätten sind in einem Zustand hoffnungsloser Verarmung.“

Es ist gut, wenn man sich an derartige Aufzeichnungen erinnert.

Es kam dann der Schiedsspruch vom Haag, von dem sowohl der Herr Bundeskanzler als auch mein Vorredner gesprochen haben und der dahin lautete, daß zwar das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 und die Bestimmungen des Artikels 88 des Friedensvertrages identisch sind, daß aber gerade diese Bestimmungen eine engere wirtschaftliche Verbindung Österreichs mit dem Deutschen Reiche ausschließen. Dieses Urteil wurde aber nur mit einer Stimme Mehrheit gefällt, und die Gegner eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche mußten sich sagen, wenn wieder einmal diese Frage zur Diskussion und Beurteilung kommt und wenn man sie wieder vor den Haager Schiedsgerichtshof bringt, könnte vielleicht die Mehrheit eine andere sein. Wir erinnern uns ja, daß die eine Stimme Mehrheit damals von Kuba stammte. Nun, es könnte unter Umständen auch in Kuba einmal eine andere Stimmung gegenüber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Mitteleuropas eintreten.

Damals ist dieses Urteil gefällt worden, und Paris und Prag haben nunmehr gesagt: Der kluge Mann baut vor, damit er nicht neuerdings in eine Situation gebracht wird, die vielleicht zu seinen Ungunsten ausfällt. Jetzt kommt der Beginn des Teiles, der sich mit Lausanne beschäftigt; denn das Abkommen von Lausanne wurde in seinen Anfängen viel früher getroffen, als wir gemeiniglich annehmen. Ich darf sagen, daß vielleicht die österreichische Demarche vom Februar dieses Jahres, von der der Herr Bundeskanzler gesprochen hat, der Ausgangspunkt für das Abkommen von Lausanne war.

Es hat schon vor Lausanne ein konkreter französischer Plan bestanden, wie Österreich im Gegensatz zur Zollunion mit dem Deutschen Reiche geholfen werden könnte. Es war der Tardieu-Plan, der besagt, die Staaten im Donauraum sollen sich enger zusammenschließen, dann würde eine Besserung nicht allein der Verhältnisse in Österreich, sondern auch der übrigen Staaten im Donauraum eintreten. Die Staaten des Donauraums waren damals nicht der Ansicht, daß dadurch eine Besserung eintreten könnte, sondern waren vielmehr der Meinung, daß ihnen auf irgendeine andere Art und Weise geholfen werden soll. Und weil hier im Donauraum selbst keine Einmütigkeit bestand, hat man die Entscheidung der Frage den Großmächten übertragen. In London sind England, Frankreich, Italien und Deutschland beisammengesessen, und dort hat Frankreich versucht, im Rahmen der Großmächte diesen Tardieu-Plan zur Verwirklichung zu bringen. Es hat sich aber gezeigt, daß auch innerhalb der Großstaaten darüber keine Einigung besteht, und nach der Londoner Konferenz konnte man sagen: Der Tardieu-Plan ist begraben. Und die Menschen, die in Sorge waren, daß doch vielleicht dieses Unglück für Österreich einmal Wirklichkeit werden könnte, konnten wieder ruhig schlafen. Aber nicht lange! Es kam dann die österreichische Demarche vom Februar des heurigen Jahres. Und nunmehr hebt dieser Plan des Vorbauens zur Verhinderung eines unter Umständen neuen Schiedsspruchs durch den Haager Gerichtshof an. Ich darf sagen, daß man nunmehr durch das Lausanner Abkommen auf einem Umwege wieder zum Tardieu-Plan kommen will. Damit man klarer sieht, möchte ich darauf verweisen, daß die politische Formel, die im Artikel 9 des Abkommens enthalten ist, hiezu leicht die Möglichkeit gibt. Der Artikel 9 sagt (*liest*): „Alle Entscheidungen, die der Rat des Völkerbundes auf Grund des gegenwärtigen Protokolls zu treffen in die Lage kommen sollte, werden mit Stimmenmehrheit beschlossen.“ Der zweite Absatz sagt (*liest*): „Jeder Streit hinsichtlich der Auslegung des gegenwärtigen Protokolls wird vom Rat bereinigt werden, der mit Stimmenmehrheit entscheidet.“

Also nicht mehr Haag wird entscheiden. Ich befinde mich hier in einem Gegensatz zum Herrn Bundeskanzler, der gesagt hat, nur auf die Bestimmungen dieser paar Artikel beziehe sich die Vorschrift über die Stimmenmehrheit im Rate des Völkerbundes. Dem ist aber nicht so. Einen integrierenden Bestandteil dieses Protokolls bildet der Hinweis auf das Protokoll vom 4. Oktober 1922, und alle Bestimmungen vom 4. Oktober sind auch infolgedessen nach diesem Artikel 9 bei ihrer Änderung zu behandeln.

Ich bedaure, daß bei dem gegenwärtigen Anlasse, bei einer neuen Schicksalsstunde Österreichs die zwei Männer nicht anwesend sind, die in entscheidenden Augenblicken mitgewirkt haben, wenn es sich darum gehandelt hat, Österreich aus seinen Schwierigkeiten herauszuführen. Altbundeskanzler Dr. Seipel und Altbundeskanzler Dr. Schober, sie beide sind durch ein unglückseliges Schicksal, durch schwere Krankheit verhindert, an diesen Beratungen teilzunehmen. Mir ist es in den letzten Tagen wiederholt durch den Kopf gegangen, ob es nicht ein Unglück für Österreich bedeute, daß gerade diese zwei Männer, die in vielen entscheidenden Stunden für

Österreich gearbeitet haben, heute nicht mit Rat und Tat an den Verhandlungen hier teilnehmen können. [...]

1240

Bericht Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten über die Sitzung des Hauptausschusses des Nationalrates am 4. August 1932

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 23627/13

[Wien, 4. August 1932]

Nach einigen einleitenden Worten des *Herrn Bundeskanzlers* gibt *Min.Rat Jäckl* Aufklärungen zur Frage, ob die Zweidrittelmehrheit für die parlamentarische Erledigung des Anleiheprotokolls¹ erforderlich ist. Er führt folgende Argumente dafür an, dass die Zweidrittelmehrheit nicht erforderlich sei: Schon anlässlich der Genfer Protokolle 1922² sei keine Zweidrittelmehrheit verlangt worden, daher sei auch jetzt keine erforderlich; [...]

Dr. Straffner mokiert sich darüber, dass die Regierung es nötig habe, an Referenten (*Dr. Jäckl*) zu appellieren, sie fühle sich offenbar nicht sicher. Es gebe ebensoviele Stimmen, die für die Zweidrittelmehrheit plädierten. Man dürfe nicht vergessen, dass die Verhältnisse von 1922 mit denen von 1932 wesentliche Unterschiede aufweisen. Auch heute sei die verfassungsmässige Ermächtigung für die Durchführung der Lausanner Bestimmungen erforderlich. Er beantragt die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung. Der Antrag wird nach sofortiger Abstimmung abgelehnt.

Dr. Bauer: Das wichtigste Argument hat *Dr. Jäckl* nicht erwähnt. Der Verfassungsgerichtshof hat anlässlich der Frage der parlamentarischen Kontrollkommission für das Heerwesen den Standpunkt eingenommen, dass der Nationalrat nicht berechtigt sei, durch einfaches Gesetz irgend jemandem Kontrollbefugnisse einzuräumen. Im vorliegenden Falle sind aber Kontrollbefugnisse sogar dem Auslande eingeräumt, wesentliche Vollzugsakte sind an die ausdrückliche Genehmigung ausländischer Faktoren geknüpft. Wenn österreichischen Organen wie bei der Heereskontrollkommission derartige Kontrollrechte abgesprochen werden, dann sind umso weniger ausländische Faktoren dazu befugt. *Dr. Bauer* hält es daher für nötig und stellt den Antrag, den Verfassungsgerichtshof über seine Meinung zu befragen.

¹ Der Text des Lausanner Protokolls findet sich u. a. bei Klingenstein, *Anleihe*, 132–140.

² Siehe ADÖ 4/707.

Nationalrat Thoma (Landbund) beruft sich auf die Aeusserungen N.R. Pistor in der Nationalratssitzung und fügt bei: Wesentlich sei die Frage, ob die Anleihe notwendig ist oder nicht, weite Kreise sind der Ansicht, dass sie notwendig ist, obwohl nicht verschwiegen werden kann, dass auch andere Meinungen vorhanden sind, wie z. B. dass man durch Hypothetisierung von Grund- und Hausbesitz die notwendigen Mittel für den Staatshaushalt beschaffe. Die Bedingungen sind gewiss drückend, es sei aber durchaus verständlich, dass ein Gläubiger für die Sicherheit seines Geldes besorgt ist. Der Landbund weist auf das Allerentschiedenste die Einstellung zurück, dass er durch seine Haltung zum Verräter am deutschen Volke geworden wäre; der Landbund wolle nur verhüten, dass die Sparer neue Enttäuschungen erleben und die Gefahr einer neuerlichen Inflation über Oesterreich komme. Er stellt die bekannten beiden Anträge bezüglich 1.) Interpretation Artikels 9 und 2.) Erfordernis eines weiteren Gesetzes über die detaillierten Anleihe-Bedingungen;³ ferner eine Resolution über die Herabsetzung der Zinsen der österr. Anleihen.

Dr. Straffner kommt nochmals auf die verfassungsrechtliche Seite zurück, lehnt aber den Antrag *Dr. Bauers* ab und stellt seinerseits den Antrag, die juristischen Fakultäten der österr. Universitäten mit der Frage zu befassen. Schliesslich lehnt er den Antrag des Landbundes ab.

Neustädter-Stürmer (Heimatblock) schliesst sich dem Antrage des Landbundes an.

Kunschak spricht gegen die Anträge *Dr. Bauer's* und *Straffner's* und erklärt, man könne doch solche Anträge überhaupt nicht ernstnehmen. Fakultätsgutachten würden sehr oft als nicht massgebend erklärt. Es ist unwürdig, ein solches Spiel zu treiben, die Aufgabe des Nationalrats sei lediglich ein deutliches Ja oder Nein zu sagen.

Dr. Bauer hat nicht nur Bedenken hinsichtlich der politischen Bedingungen, sondern auch hinsichtlich einzelner Bestimmungen, von denen er nur als Beispiel die zwei Punkte anführen will: 1.) In diesem Vertrag wird von vornherein über die Verwendung von Inlandsanleihen verfügt; diesbezüglich hat er aber noch die grössten Bedenken währungspolitischer Natur; 2.) Das Reform- und Ersparungsprogramm *Herold* sei nach Angabe des Verfassers selbst nur ein oberflächliches Urteil, darauf ernste Massnahmen zu gründen sei eine Ungeheuerlichkeit. In politischer Hinsicht müsse er nochmals konstatieren, dass der Bundeskanzler unter besonders günstigen Umständen in Lausanne verhandelt habe, da das Ausland selbst grosses Interesse daran besitzt, dass der Anleihevertrag zustandekomme. Die Gefahr des Transfermatoriums war ein starkes Aktivum, ebenso auch die Gefahr, dass die Garantieklausel ex 1922 in Wirksamkeit trete; man könne sagen, dass das Auslandsinteresse an der gegenwärtigen Anleiheaktion vielleicht grösser ist als das unsere. Da dieser Vertrag nun im Parlament keine Mehrheit zu finden scheint, frage er, was die Regierung da tun wolle. Nach seiner Auffassung habe sie nur eines zu tun, nämlich zu gehen und

³ Siehe Anhang.

dem Parlament und der künftigen Regierung die Lösung der weiteren Probleme zu überlassen. Wie die Dinge jetzt liegen, richtet sich die Kritik der Oeffentlichkeit gegen das Parlament, obwohl sie lediglich der Regierung gebühre. Zum Schlusse erwähnt Dr. Bauer, dass ihn die Ausführungen Dr. Jäckl's in keiner Weise überzeugt hätten, er wendet sich gegen den Antrag Straffner's und wiederholt seinen Antrag, den Verfassungsgerichtshof zu befragen.

Bundeskanzler Dr. Dollfuss weist an Hand einer detaillierten Aufstellung auf die Unterschiede zwischen den Machtbefugnissen des einstigen Generalkommissärs und denen des gegenwärtigen Völkerbundberaters hin, beantragt eine geringfügige Stiländerung an den Anträgen Thoma's und bespricht vertraulich die Frage der Stimmenmehrheit bzw. Stimmeneinhelligkeit der Völkerbundratsbeschlüsse. Hiebei wirft er die Frage auf, ob denn Oesterreich nicht viel eher ein Interesse daran hätte, das in den Friedensverträgen festgelegte Prinzip der Stimmeneinhelligkeit zu durchbrechen.

Auf einen Angriff Dr. Straffner's reflektierend erklärt er, dass durch den Antrag Thoma's kein Loch gestopft werde, da ja die Anleihe-Bedingungen überhaupt nicht früher verhandelt und daher bekannt werden können, als bis das Anleiheprotokoll ratifiziert ist.

Auf die Rede Dr. Bauer's reflektierend, erklärt der Bundeskanzler, dass der Anleihevertrag nichts von dem enthalte, was Dr. Bauer in seinen vor den Lausanner Verhandlungen gemachten Aeusserungen vermieden sehen wollte; die Festlegung des Zweckes der inneren Anleihen erkläre sich ganz natürlich daraus, dass die ganze Anleiheaktion ausschliesslich das Ziel verfolge, unsere Währung zu stützen und zu festigen; was die Bundesbahnen betrifft, so werde das Programm Herold nur als Richtlinie für die Reformen dienen. Hinsichtlich der Behauptung, dass unsere Situation in Lausanne eine günstige gewesen wäre, treffe dies nicht zu, schon wegen des überwiegenden Interesses der massgebenden Faktoren an den Reparationsverhandlungen. Was den Wunsch Dr. Bauer's betreffe, dass die Regierung hätte gehen müssen, erklärt der B.K., dass die Bevölkerung ohne allen Zweifel dem Parlament die Schuld an dem Misslingen der Anleiheaktion geben und ein Versagen des Parlamentes und nicht der Regierung darin erblicken würde.

Präsident Dr. Kienböck erklärt zunächst, dass er nur als Experte an den Verhandlungen teilgenommen habe u. dass alle ihm in einem Teil der Oeffentlichkeit unterschobenen weitergehenden Absichten durchaus irrig seien.

Ueber die Notwendigkeit der Anleihe denke er sehr nüchtern, müsse aber feststellen, dass die internationale Solidarität immerhin doch etwas bedeute, alle Staaten, auch Deutschland, haben sich im Finanzkomitee sehr nachdrücklich für die Anleihe ausgesprochen. Tatsächlich bestehe auch kein Zweifel darüber, dass wir in der gegenwärtigen Währungssituation nach einem wirksamen Mittel suchen müssen, um unsere Währung zu stützen. Es sei richtig, dass ein günstiges Moment darin gelegen habe, dass die Staaten der Ansicht waren, es müsse für uns etwas gemacht werden, doch darf man nicht vergessen, dass wir gerade wegen dieser Verhandlungen

bisher sehr glimpflich aus den Unannehmlichkeiten herausgekommen sind, die uns durch Einstellung des Transfers im Anleihedienst erwachsen würden. Im Protokoll bestehe keine einzige Bedingung gegen die er Bedenken tragen könnte oder die uns in Hinkunft schädigen könnte. In diesem Zusammenhang macht Dr. Kienböck N.R. Thoma darauf aufmerksam, dass es wohl praktisch nicht günstig wäre, den ganzen Generalbond in extenso dem Parlamente vorzulegen.

Was im besonderen den Artikel 6 der Anlage III betrifft, müsse er erklären, dass wir alles tun müssen, um unsere Währung soweit zu stützen als nur möglich, diesem Ziele müssen daher auch die inneren Anleihen dienen. Die Besorgnisse Dr. Bauer's wegen einer deflationistischen Politik und einer Preis-Abbröckelung könne er beruhigt zerstreuen, er würdige zwar dieses Argument, könne es aber absolut nicht teilen, da der Notenumlauf, der ohne Zweifel hypertrophiert ist, durch die inneren Anleihen ja praktisch keine Senkung erfahren würde, es würden bloss die versteckten Schillinge endlich wieder in den Geldkreislauf eintreten. Dr. Kienböck erklärt der Auffassung zu sein, dass man in diesen Fragen keinen Theorien nachhängen, sondern nur auf die Praxis und die scharfe Beobachtung Wert legen müsse.

Die Konvertierung unserer Anleihen, die N.R. Thoma in seiner Entschliessung anrege, sei derzeit, dies müsse er in loyaler Weise sogleich erklären, absolut nicht möglich.

Nach einigen nichts wesentlich Neues enthaltenden kritischen Bemerkungen *Bürgermeisters Seitz*, einer kurzen Erklärung N.R. Thoma, wonach er die stilistischen Aenderungen des Herrn Bundeskanzlers annehme, die Anregungen Dr. Kienböck's jedoch ebenso wie seine Resolution erst mit seinem Klub besprechen müsste, erfolgt die Abstimmung, in welcher mit 11 gegen 10 Stimmen die Anträge *Straffner's* und *Bauer's* abgelehnt, der Antrag *Thoma* angenommen wird. Abgeordneter *Heinl* wird zum Berichterstatter für das Plenum designiert.

Hornbostel

Anhang: Antrag Nationalratsabgeordneter Thoma

Der Nationalrat wolle beschliessen:

Dem angeschlossenen, in Genf am 15. Juli 1932 unterzeichneten Protokoll einschliesslich der zum Protokoll gehörenden Anlagen I, II, und III wird die verfassungsmässige Genehmigung erteilt und im Zusammenhang damit beschlossen:

- 1) Obwohl nach der von der Bundesregierung in der Nationalratssitzung vom 28. Juli 1932 abgegebenen Erklärung die Bestimmungen des Artikels 9 des Protokolles vom 15. Juli 1932 auf das Genfer Protokoll Nr. 1 vom 4. Oktober 1922 keine Anwendung finden können, wird die Bundesregierung von dieser ihrer Auffassung den Regierungen der Signatarstaaten des Protokolles vom 15. Juli 1932 auf diplomatischen Wege Mitteilung machen und erst nach Einlangen der diesbezüglichen Zustimmung dieser Staaten das österreichische Ratifikationsinstrument beim Völkerbundsekretariat in Genf hinterlegen.

- 2) Die Bundesregierung hat entsprechend ihrer in der Nationalratssitzung vom 28. Juli 1932 abgegebenen Erklärung, im gegebenen Zeitpunkte die Regierungsvorlage eines Bundesgesetzes im Nationalrate einzubringen, durch die unter Anführung der Emissions- und Rückzahlungsbedingungen einschliesslich der mit dem Komitee der garantierenden Mächte festzusetzenden Bedingungen für die Rückzahlungen der Anleihe nach 10 Jahren, unter welchen ausschliesslich finanzielle Bedingungen zu verstehen sein werden, im Sinne des Artikels 42, Abs. 5 des Bundesverfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die Ermächtigung des Nationalrates zur Aufnahme der im Protokoll vom 15. Juli 1932 vorgesehenen Bundesanleihe eingeholt werden wird.

1241

Gesandter Wildner an alle österreichischen Gesandtschaften im Ausland

Zirkularerlass

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 218651/14a

Wien, 7. Oktober 1932

Das Komitee für die Wiederaufrichtung der mittel- und osteuropäischen Länder, das vom 5. bis 20. September 1932 in Stresa tagte, hatte die Aufgabe, der Studienkommission für die Europäische Union Vorschläge zu erstatten:

- a) über geeignete Massnahmen, um die gegenwärtigen Transferschwierigkeiten dieser Länder zu überwinden und mit den notwendigen Vorsichtsmassnahmen, den fortschreitenden Abbau der gegenwärtigen Zahlungsbeschränkungen zu ermöglichen;
- b) über geeignete Massnahmen, um den Handelsverkehr dieser Länder sowohl untereinander als auch mit dritten Ländern zu beleben und um den Schwierigkeiten zu begegnen, die sich für die mittel- und osteuropäischen Agrarländer aus der Senkung der Getreidepreise ergeben, unter der Voraussetzung, dass die Rechte dritter Länder gewahrt bleiben.

In dem Komitee, das seine Einberufung einem Beschlusse der Lausanner Konferenz verdankt, waren folgende Staaten vertreten:

Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Oesterreich, Polen, Rumänien, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Lettland wurde als Beobachter zugelassen.

Die Beratungen des Komitees fanden in zwei Kommissionen, einer finanziellen und einer wirtschaftlich-landwirtschaftlichen, statt.

Die Gesandtschaft erhält in der Beilage einen Abdruck der Empfehlungen der beiden Kommissionen, die dann vom Plenum angenommen und an die Studienkommission für die Europäische Union weitergeleitet wurden.

Diese Empfehlungen stellen nur die Konklusionen aus den Berichten der beiden Kommissionen dar, geben aber deren Inhalt im wesentlichen in präziser Weise wieder.

Im einzelnen ist noch folgendes zu sagen:

In den Berichten beider Kommissionen kommt die Wechselwirkung der auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete bestehenden Schwierigkeiten und der dadurch hervorgerufenen Beschränkungsmaßnahmen sowie die Ansicht zum Ausdruck, dass deren Beseitigung nur möglich ist, wenn man die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen zugleich in Angriff nimmt.

Was zunächst die Arbeiten der Finanzkommission anbelangt, so handelte es sich vor allem um das Problem der Regelung der Auslandsschulden. Die Konferenz von Stresa hat keine konkreten Lösungen gebracht. Sie war hiezu auch gar nicht berufen, da es im Einzelfall den Beteiligten überlassen bleiben muss, sich über eine konkrete Lösung zu verständigen. Die Konferenz hat aber einige bedeutungsvolle Grundsätze aufgestellt, die als Richtlinien für die weitere Behandlung dieser Fragen dienen könnten. Es wurde anerkannt, dass die Unmöglichkeit alle Schulden zu zahlen nicht bedeuten darf, dass man gar nichts zahlt. Andererseits wurde jedoch festgestellt, dass die Schuldnerländer infolge der Wirtschaftskrise ihre Schulden nur regeln können, wenn ihnen Milderungen und Zahlungsaufschub gewährt werden. Wichtig ist insbesondere der von der Konferenz verkündete Grundsatz, dass die Aufhebung der Zahlungsbeschränkungen gegenüber dem Ausland nur möglich ist, wenn vorher zwischen Gläubigern und Schuldnern Vereinbarungen über die Regelung der allmählichen Abzahlung der Schulden getroffen worden sind.

Besondere Erwähnung verdient auch noch die Resolution No. 10, betreffend die Schaffung eines Fonds für Währungsstabilisierung. In diesem Belange sind aber in Stresa keine endgiltigen Beschlüsse gefasst worden. Ueber die Art der Aufbringung des Fonds (z. B. Einhebung von 2% bei der Einfuhr), seine Verwaltung (durch die B.I.Z.), die Art seiner Verwendung u. s. w. wird im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Frage, ob er geschaffen werden soll, erst von der Studienkommission für die Europäische Union und in weiterer Folge vermutlich von der Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz, die der Völkerbund auf Grund einer anderen Resolution der Lausanner Konferenz einberufen soll, entschieden werden.

Bei den Erörterungen der Wirtschaftskommission stand im Vordergrund die Frage des Getreides. Der in der einschlägigen Empfehlung erwähnte Entwurf für ein internationales Abkommen liegt gleichfalls bei. Hienach soll für die Valorisierung des Getreides der europäischen Agrarexportstaaten eine Summe von jährlich 75 Millionen Goldfrancs gewidmet werden. Inwieweit diese Summe aus dem in der Resolution Nr. 10 der Finanzkommission vorgesehenen Fonds abgezweigt oder gesondert aufgebracht werden soll, wird erst durch die Studienkommission für die Europäische

Union im Zusammenhang mit ihrer über den Fonds für Währungsstabilisierung zu treffenden Entscheidung festzustellen sein. Jedenfalls sollen auf die Beiträge, die von den einzelnen Staaten zu leisten wären, jene Beträge zur Anrechnung kommen, die im Wege der Einräumung von Präferenzzöllen effektiv zur Begünstigung der Einfuhr von Getreide aus den europäischen Agrarexportstaaten aufgewendet wurden. Oesterreich, das bereits einen Präferenzzoll für jugoslavischen Weizen gewährt hat und bereit ist, ein analoges Zugeständnis auch gegenüber anderen Getreideexportstaaten (z. B. Ungarn) zu machen, würde zu dem Fonds nur durch Einräumung von Präferenzzöllen beisteuern. Ein einschlägiger Vorbehalt wurde angemeldet. Eine analoge Haltung haben die Tschechoslowakei und Deutschland eingenommen, das diesen Vorbehalt in dem Entwurf ausdrücklich festgelegt hat. Das Ziel des Abkommens ist, dem gesamten Exportüberschuss der europäischen Agrarexportländer an Weizen, Mais und Futtergerste, der im Durchschnitt der Jahre 1929–1931 mit 44,5 Millionen q errechnet wurde, eine Hebung des Preises um 2 Goldfrancs für Weizen und 1,50 für Mais und Futtergerste zu sichern. Insoweit nun dieses Ziel nicht zur Gänze durch die anrechenbaren Begünstigungen aus bilateralen Verträgen (Präferenzzölle, Zollrestitutionsen, fixe Abnahme zu begünstigtem Preise u. dgl.) erreicht werden kann, soll der Rest aus Barkontributionen zu dem Fonds valorisiert, d. h. der Preis durch Ausfuhrprämien gestützt werden. Eine Bereitwilligkeit zu solchen Beiträgen zu dem Fonds dürfte bei Frankreich und Italien vorliegen, während sich Belgien und die Niederlande eher ablehnend verhielten und Grossbritannien einen ausdrücklichen Vorbehalt machte. Während in der oben dargelegten Weise das eine Erfordernis für die Wirksamkeit der Begünstigung, nämlich ihre Anwendung auf den gesamten Exportüberschuss der europäischen Getreideexportstaaten, gesichert würde, bleibt andererseits die auch für die Preisgestaltung in den Importländern wichtige Wahrung einer Marge für Getreide, das zum allgemeinen Zollsatz (ohne Begünstigung) importiert werden muss, dadurch gewährleistet, dass die Menge des die Begünstigung geniessenden Getreides ziffernmässig beschränkt bleibt und zwar in einem hinter dem normalen Importbedarf der europäischen Einfuhrländer weit zurückbleibenden Ausmass. Die Beschränkung der Begünstigung auf die Durchschnittsausfuhr der Jahre 1929–1931 soll auch den überseeischen Staaten die Sicherheit geben, dass ihre Interessen nicht gefährdet werden. Die Konferenz hat die Hoffnung ausgesprochen, dass die überseeischen Staaten einer solchen gemeinsamen Aktion zur Wiederaufrichtung Europas keine Schwierigkeiten bereiten werden.

Die praktische Durchführung der Verrechnungen der Mengen und Begünstigungen, sowie auch deren eventueller Uebertragung auf die II. Kategorie von Getreide (Roggen, Braugerste, Hafer) bleibt einem Komité vorbehalten, das seinen Sitz bei der B.I.Z. haben soll, aber die Mitwirkung des Sekretariats des Völkerbundes in Anspruch nehmen kann. Es wird ebenfalls der Studienkommission für die Europäische Union obliegen, die Eingliederung dieses Komitees in den bestehenden Organismus näher zu präzisieren.

Die Gegenleistungen, die die Agrarexportstaaten für die ihnen für Getreide gewährten Begünstigungen zugestehen sollen, unterliegen der Meistbegünstigung. Andererseits sind aber zwei wichtige Punkte der Empfehlungen hervorzuheben und zwar einerseits Punkt 3.c.), womit eine tunlichst elastische Anwendung der Kontingentierungsmassnahmen gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern empfohlen wird, und ferner Punkt 8., wonach die Fortsetzung der insbesondere von Oesterreich eingeleiteten Verhandlungen ausdrücklich empfohlen wird, wobei der Hinweis, dass unsere Ausfuhr nicht vorwiegend agrarischer Art ist, dazu bestimmt ist, darzutun, dass Sonderbegünstigungen, wie sie bisher international (wenn auch nicht widerspruchsslos) nur für Getreide vorgesehen wurden, auch für uns in Betracht kommen, obwohl wir kein Getreideexportland sind.

Die Empfehlung der Konferenz von Stresa knüpft hiemit an die Einladung an, die wir im Juli 1932 an Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn gerichtet haben, mit uns in Verhandlungen auf der Grundlage von Vorzugszöllen oder auf Grund anderer Methoden einzutreten und die wir, gemäss der Erklärung des österreichischen Vertreters in Stresa, bereit wären, auf alle zu solchen Verhandlungen geneigten Staaten zu erstrecken.

Zu den übrigen sub III.) der Empfehlungen der Wirtschaftskommission behandelten Fragen (Punkt 6, 7, 9 –11) ist zu bemerken, dass es sich hier um Angelegenheiten handelt, die schon bisher vom Völkerbund behandelt wurden und denen durch die Empfehlungen der Konferenz von Stresa ein neuer Impuls gegeben werden soll. Die Einberufung einer Konferenz zur Annahme der von den Experten schon ausgearbeiteten Veterinärkonventionen (Punkt 6) stehen wir günstig gegenüber. Zu Punkt 7 ist zu bemerken, dass die Bildung des gelegentlich der Internationalen Holzwirtschaftskonferenz in Wien, Juni 1932, in Aussicht genommenen Ständigen Komitees der Sechsländergruppe (Oesterreich, Jugoslawien, Lettland, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei) in Bälde vollzogen und damit auch die Basis für allfällige Verständigungen mit der Gruppe der Nordstaaten einerseits und mit einzelnen Importstaaten andererseits gegeben sein dürfte. Punkt 9 ist auf besonderen Wunsch Frankreichs aufgenommen worden. Von den sub Punkt 10 behandelten öffentlichen Arbeiten, die von einem Expertenkomitee des Völkerbundes geprüft wurden, ist auch das österreichische Strassenbauprogramm günstig beurteilt worden. Die entscheidende Frage der Finanzierung der verschiedenen vom Expertenkomitee in technischer Beziehung gutgeheissenen Projekte für öffentliche Arbeiten wird der Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz unterbreitet werden. Den in Punkt 11 behandelten Fragen der Aktivierung der Internationalen Gesellschaft für landwirtschaftlichen Hypothekarkredit (das einschlägige Abkommen wurde von Oesterreich unterzeichnet) und einer Internationalen Bank für kurzfristige Agrarkredite stehen wir grundsätzlich zustimmend gegenüber; bezüglich der Beteiligung an der Gründung der Hypothekarkreditgesellschaft bestehen aber derzeit hinsichtlich des staatlichen Beitrags zur Spezialreserve (für Oestereich 1 Million Schweizer Francs) noch grössere finanzielle Schwierigkeiten als im Vorjahr.

Die Studienkommission für die Europäische Union hat die Ansicht ausgesprochen, dass die Ergebnisse von Stresa die wesentlichen Elemente für den Wiederaufbau insbesondere Mittel- und Osteuropas enthalten, und erklärt, dass, unbeschadet der von einzelnen Ländern formulierten Sondervorbehalte, die sich daraus ergebenden Richtlinien sofort soweit als tunlich angewendet werden sollen. Sie hat ferner beschlossen, diese Ergebnisse dem Völkerbundrat und der Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz, beziehungsweise deren vorbereitenden Komitee vorzulegen und das Projekt für den Währungsstabilisierungsfonds und seine Verbindung mit dem Getreidevalorisierungsfonds durch ein Expertenkomitee bis Mitte November fertigstellen zu lassen. Die Mitgliedstaaten der Kommission, die bilateralen Verträgen gemäss den Grundsätzen von Stresa günstig gegenüberstehen, haben sich ferner bereit erklärt, den Abschluss solcher Verträge zu verfolgen, beziehungsweise zu fördern. Die Kommission hofft auch, bei ihrer Dezembertagung Mitteilungen über die in der Zwischenzeit in Ausführung der Empfehlungen der Konferenz von Stresa ergriffenen Massnahmen zu erhalten.

Das für uns praktisch wichtigste Ergebnis der Tagung in Stresa ist, dass diese die Fortsetzung unserer Verhandlungen und die Bekanntgabe der dabei erzielten Resultate an die Studienkommission für die Europäische Union empfohlen hat und dass die Studienkommission durch ihren letzterwähnten Wunsch sich diese Empfehlungen zu eigen gemacht hat. Unbeschadet der Behandlung, die die Empfehlungen der Tagung von Stresa, noch durch die Völkerbundversammlung, durch die Studienkommission bei der geplanten Dezembertagung und durch die Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz erfahren werden, bietet uns diese Empfehlung die Grundlage, um an jene Staaten, die sich verhandlungsbereit erklärt haben, mit konkreten Vorschlägen heranzutreten. Es sind dies, wie zur d. a. Information bemerkt wird, zunächst Deutschland, Frankreich und Polen.

Zur d. a. Information und allfälligen Verwertung wird endlich noch folgendes beigelegt:

Die Finanzkommission der Konferenz von Stresa hat in ihrem Bericht auf die unausweichliche Notwendigkeit hingewiesen, die Volkswirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Ländern den gesunkenen Preisen und dem Ausbleiben eines ständigen Zustromes von Kapital, wie er früher stattfand, anzupassen. Sie hat ferner unter Hinweis auf die übermässige, insbesondere kurzfristige Verschuldung dieser Länder die Ansicht ausgesprochen, dass, bevor die notwendige Anpassung durchgeführt sei, neue Anleihen, die die Schuldenlast noch steigern würden, weder im Interesse der Darlehensgeber noch in jenem der Darlehensnehmer wären, da die Abtragung der Schulden hiedurch nur hinausgeschoben und noch weiter erschwert würde. Die Kommission hat aber ausdrücklich festgestellt, dass sich diese Bemerkungen auf die im Lausanner Protokoll vom 15. Juli 1932 vorgesehene österreichische Anleihe *nicht* beziehen. Die Kommission hat hiebei auch auf die vorerwähnte Empfehlung der Wirtschaftskommission zu Gunsten der von Oesterreich eingeleiteten wirtschaftlichen Verhandlungen Bezug genommen. Die Kommission hat hiemit, soweit es

überhaupt in ihrer Zuständigkeit lag, zugunsten der österreichischen Anleihe als einer res judicata Stellung genommen.

Eine weitere allfällige Mitteilung über die einschlägigen Erörterungen bei der Völkerbundversammlung bleibt vorbehalten. Inzwischen dienen die vorstehenden Ausführungen zur d. a. Information und Regelung der Sprache. Berichten über die Aufnahme, die die Ergebnisse von Stresa in dortigen Kreisen gefunden haben, wird mit Interesse entgegengesehen.

Für den Bundeskanzler:
Wildner

Anhang: Recommandations de la Commission financière

Parmi les recommandations qui découlent du présent rapport, nous avons tenu à dégager les principales. Plusieurs d'entre elles ne visent pas certains des pays considérés; mais, dans leur ensemble, elles expriment notre conception générale quant aux moyens propres à surmonter les difficultés actuelles.

Dans cet esprit, la Commission recommande:

Principes généraux.

- 1° Qu'un équilibre budgétaire effectif soit maintenu ou réalisé;
- 2° Que les banques centrales s'efforcent d'appliquer une politique de crédit rigoureuse;
- 3° Que la politique financière et économique soit inspirée du souci de favoriser l'adaptation de la vie nationale aux nouvelles conditions résultant de la baisse des prix et du retrait des capitaux.

Dettes à court terme.

- 4° Qu'en vue de permettre l'abolition des restrictions de change et l'assainissement indispensable dans les pays où les crédits à court terme sont immobilisés, des contacts directs soient établis entre créanciers et débiteurs en vue de parvenir, dans toute la mesure nécessaire, à des aménagements tenant compte, en particulier, de la valeur réelle des crédits immobilisés et de leur nature;
- 5° Que les pays débiteur, à l'effet de rétablir le minimum de crédit indispensable à la simple activité commerciale, procèdent aussitôt que possible au transfert progressif, par toutes méthodes appropriées, des capitaux étrangers à court terme, en tenant compte de la nature et de l'utilisation desdits capitaux;
- 6° Que les crédits étrangers à court terme, dans les pays où ils ont fait l'objet de mesures spéciales, puissent graduellement, mais aussi rapidement que possible, être utilisés à l'intérieur desdits pays avec la même liberté que les capitaux nationaux.

Dettes à long terme.

- 7° Que si, après avoir effectué les efforts d'ordre intérieur nécessaires pour exécuter ses engagements, et en raison des difficultés particulières résultant pour lui de la

crise économique présente, un débiteur (Etat, collectivité publique ou particulier) est amené à demander un certain aménagement de ses obligations contractuelles, il entre en rapport, directement et en temps utile, avec ses créanciers, seuls qualifiés pour lui consentir les aménagements qui s'avéreraient nécessaires;

8° Que, si des arrangements apparaissaient nécessaires, ils revêtent, en principe, un caractère provisoire tenant compte de la situation actuelle de la conjoncture mondiale;

9° Que le traitement des créanciers extérieurs, qui, normalement, doit être privilégié en raison des gages et garanties qu'ils détiennent, ne soit pas plus défavorable, tant en droit qu'en fait, que celui des créanciers nationaux.

Fonds de normalisation monétaire.

10° Que soient envisagées dès à présent les mesures assurant la constitution des ressources nécessaires, afin que les Etats de l'Europe centrale et orientale puissent trouver, au moment opportun, les concours financiers propres à leur permettre le réaffermissement ou l'assainissement définitif de leur situation monétaire, ainsi qu'à provoquer d'ores et déjà un sentiment de sécurité.

Il a été suggéré à cet égard de créer un fonds alimenté au moyen d'avances remboursables, fournies par tous les Etats adhérents, et qui consentirait, en cas de besoin, des prêts de durée raisonnable aux banques d'émission.

La Commission n'a pas cru possible d'examiner en détail les modalités de réalisation de cette proposition, qui n'a pas recueilli l'unanimité de ses membres, mais a paru à la plupart d'entre eux digne d'être retenue pour être soumise à la Commission d'étude pour l'Union européenne. Celle-ci aurait notamment à déterminer l'organisme chargé d'assurer la gestion du fonds, les lignes générales de cette gestion, le mode de calcul des contributions, ainsi que la façon dont elles pourraient être fournies.

Recommandations de la Commission économique et agricole

En résumé, la Commission économique et agricole recommande, tous les droits des Etats tiers étant réservés :

I.

1. En vue d'étendre et d'améliorer les relations commerciales des pays de l'Europe centrale et orientale, l'établissement d'une politique contractuelle rationnelle, par la négociation et la conclusion d'accords commerciaux de nature à permettre le développement normal des échanges dans les rapports desdits pays, soit entre eux soit avec les autres pays européens;
2. La suppression aussi rapide que possible des restrictions apportées au commerce des devises;

3. L'abolition progressive des restrictions apportées aux échanges; prohibitions, licences, protectionnisme indirect, contingents. En attendant l'abolition de ces restrictions:
 - a) Par voie autonome, l'élargissement des contingents trop restrictifs et l'abolition des contingents inutiles;
 - b) Par voie d'accords bilatéraux, l'aménagement et l'élargissement des contingents, de manière à maintenir ou à rétablir en général les courants commerciaux normaux;
 - c) En particulier pour les Etats de l'Europe centrale et orientale, l'assouplissement des méthodes d'application, de manière à atténuer, dans toute la mesure compatible avec les accords internationaux, les effets que le contingentement peut avoir sur leur développement économique;

II.

4. La conclusion, sur le modèle du projet annexé au présent rapport, d'une convention internationale tendant à la revalorisation des céréales de l'Europe centrale et orientale.
5. La mise en application, en ce qui concerne tout particulièrement le tabac, des recommandations faites par le „Comité spécial pour l'étude de l'extention de la préférence à des produits agricoles autres que les céréales“;
6. Le prompt achèvement des travaux entrepris par l'Organisation économique de la Société des Nations, en ce qui concerne les questions vétérinaires et la mise en œuvre des recommandations, auxquelles ces travaux pourraient aboutir.
7. La collaboration des Etats intéressés à une action concertée, destinée à assurer une meilleure organisation du commerce des céréales et du bois.

III.

8. La continuation des négociations commerciales entamées particulièrement par l'Autriche, dont l'exploration n'est pas de caractère surtout agricole, et la communication des résultats, qui seront obtenus dans ces négociations, à la Commission d'étude pour l'Union européenne.
9. L'amélioration du régime des transports par terre et par eau, notamment par la coopération technique des compagnies de transports et l'assouplissement de la réglementation du transit.
10. L'adoption d'un programme de travaux publics destinés à améliorer les conditions économiques de l'Europe centrale et orientale, et notamment l'écoulement des produits agricoles.
11. La mise en exécution aussi rapide que possible de la Convention internationale de 1931 sur l'établissement d'une société internationale de crédit agricole hypothécaire, et la poursuite des efforts de l'Institut international d'Agriculture en vue de la création d'une Banque internationale pour le crédit agricole à court terme.

Projet de convention pour la revalorisation des céréales de l'Europe Centrale et Orientale

Le projet prévoit:

- 1° La participation de tous les Etats européens ou presque tous¹ à l'œuvre de reconstruction des pays de l'Europe centrale et orientale;
- 2° Leur contribution pécuniaire à l'assainissement monétaire et financier et à l'amélioration des conditions agricoles de ces pays.

Les Etats soussignés :

...

Se référant à la résolution de la Conférence de Lausanne concernant les mesures propres à ranimer les échanges commerciaux des pays de l'Europe centrale et orientale, tant entre eux qu'avec les pays tiers, et à remédier aux difficultés qui résultent pour les pays agricoles de l'Europe centrale et orientale de la baisse des prix des céréales, étant entendu que les droits des pays tiers demeureraient réservés;

Désireux de contribuer à la reconstruction économique des pays de l'Europe centrale et orientale;

Considérant que l'avilissement des prix des céréales constitue un facteur essentiel de déséquilibre pour leur balance des comptes,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. – Les pays signataires, exportateurs de blé, d'orge fourragère, de maïs, de seigle, d'orge de brasserie et d'avoine, bénéficieront de facilités pour leurs exportations dans la limite d'un tonnage global égal à la moyenne de ces exportations durant les années 1929, 1930 et 1931, soit:

Groupe I.

- 16 millions de quintaux de blé,
- 15 millions de quintaux d'orge fourragère,
- 13.5 millions de quintaux de maïs.

Groupe II.

- 4 millions de quintaux de seigle,
- 3 millions de quintaux d'orge de brasserie,
- 1 million de quintaux d'avoine.

Article 2. – Pour l'application de l'article premier, il est prélevé sur le produit de la contribution générale des Etats adhérents, pour la constitution d'un fonds général de reconstruction économique et financière de l'Europe centrale et orientale, et à l'effet de favoriser la revalorisation des céréales, une somme globale annuelle de 75 millions de francs-or. La part contributive revenant à chacun des Etats sera réduite dans la mesure où auront effectivement joué les avantages que celui-ci aura accordés à des pays vendeurs, avantages résultant des traités bilatéraux pour

¹ Die letzten drei Worte sind im Originaltext als Fußnote gesetzt.

l'importation des céréales susmentionnées. Les sommes à déduire seront calculées en multipliant, pour chacune de ces céréales, le montant des avantages effectifs par les quantités importées sous le régime desdits traités.

L'Allemagne, en ce qui la concerne, s'acquittera de sa part contributive par les traités bilatéraux conclus ou à conclure avec des Etats bénéficiaires et qui auront pu être mis en vigueur.

Article 3. – En vue d'assurer l'exécution des dispositions qui précèdent, il sera constitué un Comité composé de représentants des pays adhérents à la présente convention; un délégué de chaque pays bénéficiaire, un délégué de chaque pays acheteur de céréales et deux représentants des pays européens non importateurs. Ce Comité pourra s'adjoindre, à titre consultatif, deux représentants des pays d'outre-mer.

Le siège du Comité est établi à Bâle auprès de la Banque des Règlements internationaux, sous réserve de l'assentiment de cet organisme. Ce Comité pourra faire appel à la collaboration des services techniques de la Société des Nations et de l'Institut international d'Agriculture.

Il aura notamment pour attribution:

1° De déterminer, en prenant pour base les chiffres fixés à l'article premier et en tenant compte des résultats de la récolte dans les pays bénéficiaires et des avantages effectifs obtenus par les pays vendeurs dans les accords bilatéraux, la part attribuée à chacun de ces pays sur la somme globale fixée à l'article 2. Lorsque les excédents exportables desdites céréales seront, pour l'ensemble des pays bénéficiaires, sans un rapport entre les diverses catégories de produits différents de celui qui résulte des tonnages fixés à l'article premier, pour les produits du premier groupe de céréales, le Comité pourra modifier en conséquence la répartition des quantités globales admises au bénéfice susénoncé.

Le même système sera appliqué au second groupe de céréales mentionné à l'article premier, quand les sommes à prélever sur le fonds pour le premier groupe de céréales de l'article premier atteindront 2 francs-or par quintal pour le blé, 1 fr. 50 pour l'orge et le maïs;

2° De consentir, éventuellement, au début de la campagne agricole, aux Etats bénéficiaires et dans la mesure où le permettront le montant des contingents individuels et le jeu des accords spéciaux en vigueur, des avances à valoir sur les sommes à revenir auxdits Etats au titre de leurs exportations de céréales;

3° De se tenir informé du jeu des accords conclus ou à conclure avec les Etats agricoles pour se rendre compte de leur portée effective par rapport à l'article 2;

4° De se tenir au courant de l'utilisation faite par les Etats agricoles des sommes qu'ils auront reçues.

Le Comité élaborera son règlement intérieur; ce règlement fixera les conditions d'application de la Convention et déterminera la procédure suivant laquelle les décisions du Comité seront prises.

Il fixera à l'unanimité les cas où les décisions doivent être prises à l'unanimité et sans appel.

Article 4. – Les controverses de toute nature qui pourraient surgir dans l'application des articles ci-dessus pourront être tranchées par le Comité lui-même, ou, en cas d'impossibilité, par un ou plusieurs arbitres qui seront désignés, dans chaque cas particulier, par le Comité lui-même. Il sera rédigé au préalable une liste des personnalités parmi lesquelles les arbitres devront être choisis. Elles devront appartenir à des nationalités différentes et, dans chaque cas particulier, la désignation portera sur des personnes appartenant à des nationalités différentes de celles des pays intéressés à la controverse.

Article 5. – En contre-partie des avantages ci-dessus indiqués, les pays bénéficiaires, désireux de contribuer pour leur part, en collaboration avec les autres pays, à la réalisation d'une politique commerciale libérale et d'une politique douanière modérée, s'engagent à reconnaître le concours qui leur est apporté pour leur redressement économique et financier, en accordant aux pays tributaires, par voie d'accords bilatéraux, des concessions adéquates, pour autant que les facilités qui leur sont consenties n'ont pas déjà fait l'objet de contre-parties.

Les avantages ci-dessus ne doivent en aucun cas porter atteinte aux droits que les Etats tiers tiennent de la clause de la nation la plus favorisée et s'étenderont à tous les Etats signataires.

Article 6. – La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de la Société des Nations. La Convention entrera en vigueur le quinzième jour après le dépôt du dernier instrument de ratification, lorsqu'elle aura été ratifiée par ... Etats ... dont ...

La présente Convention engagera chaque signataire seulement quand les traités bilatéraux prévus à l'article 2 auront pu être mis en vigueur.

Les Puissances signataires s'engagent à prendre toutes mesures utiles pour que la mise en vigueur intervienne dans le plus court délai.

Article 7. – La présente Convention demeurera en vigueur jusqu'au 31 octobre 1935.

Toutefois, comme elle fait face à une situation exceptionnelle, elle pourrait, d'un commun accord, prendre fin avant cette date, s'il était reconnu que le cours mondial avait atteint un cours rémunérateur.

Dans le cas où ce prix rémunérateur n'aurait pas été atteint six mois avant l'expiration de la présente Convention, les pays soussignés se concerteraient sur les mesures à prendre.

1242**Gesandter Egger an Generalsekretär Peter**

Telegramm Nr. 82 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA

Italien/Geheim/I/III

Z. 24668/13

Rom, 12. Oktober 1932

(0.45 → 8.00)

Herr Mussolini hat mich eben in längerer Audienz empfangen und richtete sofort die Frage an mich, ob die Anwesenheit von Göbbels und Göhring in Wien Unruhe erzeugt hätte, worauf ich erwiderte, dass es dank der umfassenden Vorkehrungen der Behörden gelungen sei, fast ausnahmslos die Ruhe aufrecht zu erhalten. Herr Mussolini bemerkte dann, der Nationalsozialismus in Deutschland passiere eben einen „delikat“en Moment und es wäre seiner Ansicht nach immerhin möglich, dass dessen „Streben nach Uebnahme der Macht in Deutschland in einer Mitwirkung an der Macht“ enden könnte. Er halte Herrn Hitler für ausserordentlich begabt, er hätte aber nicht in einer Ansprache sein eigenes Lebensalter mit dem des Reichspräsidenten vergleichen sollen, da ihm dies viele Kreise entfremdet habe. Die „Juden“ hätten das in der Welpresse ausgenützt, um gegen Hitler Propaganda zu machen, und ausserdem habe er, Mussolini, erfahren, dass die deutsche Judenschaft für das Zentrum stimmen und sogar zwei Kandidaten für dasselbe aufstellen werde.

Nachdem Herr Mussolini seine längeren Ausführungen über dieses Thema beendet hatte, liess ich mich im aufgetragenen Sinne vernehmen. Er war über die Message des Herrn Bundeskanzlers sichtlich erfreut und ersuchte mich, namentlich für die Glückwünsche zum Regierungsjubiläum zu danken. Er erklärte, dass er Herrn Bundeskanzler „sehr hoch schätze“ und gewiss immer eine für Oesterreich wohlwollende Politik machen werde. Da das Resultat von Stresa doch nur Empfehlungen sein könnten, so müsse er neuerlich bedauern, dass der Plan vom Jänner dieses Jahres, einen Zollverein zwischen Italien, Oesterreich, Ungarn und Jugoslawien zu gründen, an dem Widerstreben Oesterreichs beziehungsweise an dem Widerstande Deutschlands gescheitert sei. Er betrachte die Semmering-Akkorde nur als einen ganz kleinen Schritt und sei überzeugt, dass eine solche Zollunion für Oesterreich die grössten Vorteile bieten würde. Oesterreich solle seine eigene Politik machen. Man werde ja nach einem Versuch zu dritt oder zu viert sehen können, ob die Heranziehung Deutschlands vorteilhaft sein würde. Er habe mit Bedauern von der Haltung Deutschlands in der Anleihefrage Kenntnis erhalten und könne sich nicht genug wundern, dass der deutsche Gesandte in Wien sich „in die innere Politik in Oesterreich mit Briefen und Telephonaten einmische und davon auch noch Personen Mitteilung mache, die sich gar nicht weiter dafür interessieren.“ Er ermächtigte mich, Herrn Bundeskanzler zu melden, dass Konversation über das obige Projekt jederzeit wieder aufgenommen werden könnte.

Schliesslich erwähnte ich die Frage des Zuchtviehs, über die Herr Mussolini, wie er selbst sagte, bereits informiert worden sei. Er zeigte sehr viel Verständnis für den Umstand, dass eine solche Frage für Herrn Bundeskanzler innerpolitische Schwierigkeiten zur Folge haben könne, und versprach, dass unbedingt etwas geschehen werde, dass diese Sache, bei der es sich „doch nur um eine geringe Anzahl von Stücken handeln könne“, zufriedenstellend gelöst werde.

Ich benützte die anscheinend sehr günstige Disposition des Herrn Ministerpräsidenten, um ihm auch von der Blaha zu sprechen.

Er hörte meine Empfehlung mit grösstem Wohlwollen an und sagte mir, das Gnadengesuch solle unbedingt vor dem 1. November eingebracht werden, da er beabsichtige, aus Anlass des Jubiläums beim König eine grosse Amnestie und individuelle Begnadigungen zu beantragen. Dies allerdings nur, wenn alle Feierlichkeiten ohne Zwischenfall verlaufen sein würden, was leider nicht ganz sicher sei, weil die Anarchisten gerade diese Amnestie nicht wünschten und anscheinend auch einen Anschlag planen. Jedenfalls könne die Blaha, über deren Haltung er im Detail informiert sei, auf sein Wohlwollen rechnen.

1243

Bundeskanzler Dollfuß an alle österreichischen Gesandten und Geschäftsträger im Ausland

Zirkularerlass

AdR, NPA
Österreich 7/1
Z. 24453/13

Wien, 20. Oktober 1932

Das am 15. Juli l. J. in Genf unterzeichnete Anleiheprotokoll, das sogenannte „Lausanner Protokoll“, ist hauptsächlich wegen seines unvermeidlichen Zusammenhanges mit dem Genfer Protokoll No. 1 vom 4. Oktober 1922¹ bekanntermassen auf den schärfsten Widerspruch der nationalistischen Kreise in Oesterreich und im Deutschen Reiche gestossen. Die von diesen Kreisen gegen das gedachte Abkommen und gegen die hierfür verantwortliche Bundesregierung entfesselte Pressekampagne gipfelte in der beharrlichen Wiederholung der Behauptung, dass Oestereich mit der Annahme der „politischen“ Bindungen des Anleiheprotokolles eine „Aenderung des Kurses der österreichischen Aussenpolitik“ vorgenommen habe.

¹ Siehe ADÖ 4/707.

Ohne auf die Beweggründe und die Methoden dieser sowohl in Oesterreich wie hauptsächlich in Deutschland geführten Polemik näher einzugehen, muss festgestellt werden, dass, wie der überwiegende Teil der von Seiten der Gegner des Abkommens vorgebrachten sachlichen Bedenken durch die Bundesregierung zerstreut oder zumindest wesentlich gemildert werden konnte, die eben erwähnte Behauptung eines angeblichen „Kurswechsels“ in der österreichischen Aussenpolitik jeder Begründung entbehrt und seitens der Bundesregierung wiederholt auf das entschiedenste zurückgewiesen worden ist. Wenn die Bundesregierung die Verknüpfung der gegenwärtigen Anleiheaktion mit dem Genfer Protokoll I aus dem Jahre 1922 angenommen und sich für die parlamentarische Verabschiedung mit aller Energie und Ausdauer eingesetzt hat, so geschah dies ohne jeglichen Druck oder Ingerenz von aussen, in der Erkenntnis, dass die in Verhandlung stehende Anleihe nach der Ueberzeugung der Bundesregierung und der Finanzexperten des Völkerbundes eine unerlässliche Vorbedingung für die Stärkung der österreichischen Währung und die Wiederherstellung des Vertrauens darstellt und dass tatsächlich die Gewährung einer von den Gläubigerstaaten garantierten Anleihe nur auf der Grundlage des Genfer Protokolls I vom Jahre 1922 zu erzielen war.

Die Haltung, die die österreichische Bundesregierung in dieser für die allmähliche Ueberwindung der Wirtschaftskrise so wichtigen Frage eingenommen hat, war demnach ausschliesslich durch pflichtgemässe Sorge um die Rettung der österreichischen Wirtschaft und damit des Staates vor einem sonst unvermeidlichen Zusammenbruch bestimmt und hat mit irgendeinem aussenpolitischen Kurswechsel nichts zu tun.

Daraus, dass noch eine gewisse, von der in Rede stehenden Polemik gegen das Lausanner Protokoll herrührende Ueberempfindlichkeit auf Seite der intransigent national eingestellten Kreise der österreichischen und der deutschen Oeffentlichkeit fortbesteht, erklärt sich die Nervosität, mit der dieser Teil der deutschen Oeffentlichkeit auf Begebenheiten und Massnahmen reagiert, denen ebensowenig wie dem Lausanner Protokoll auch nur die geringste Absicht einer Umorientierung der österreichischen Aussenpolitik zugrunde liegt.

Falls Sie in Ihren Konversationen auf den angeblichen Kurswechsel in unserer Aussenpolitik angesprochen werden sollten, ersuche ich Sie unter entsprechender Verwertung vorstehender Ausführungen auf die Haltlosigkeit derartiger Behauptungen und Insinuationen nachdrücklichst hinzuweisen.

Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung.

Der Bundeskanzler
Dollfuss

1244

Gesandter Egger an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 84/Pol. (streng geheim)

AdR, Gesandtschaft Rom

Z. 24668/13

Rom, 30. Oktober 1932

Im Verfolge meines obzitierten ergebensten Berichtes¹ beehre ich mich, zu melden, dass der Herr Kabinettschef mich bereits gestern zu sich bitten liess. Er erklärte mir sofort, dass er den Inhalt unseres letzten „wichtigen“ Gespräches unverzüglich dem Herrn Ministerpräsidenten gemeldet habe. Herr Mussolini, dessen leitende Idee die wirtschaftliche Annäherung mit Oesterreich sei, habe sich hauptsächlich dafür interessiert, ob Herr Bundeskanzler gewillt seien, in eine Besprechung des Planes eines „Zollvereines zwischen Oesterreich, Italien und Ungarn“, wie ihn Graf Bethlen im Januar d. J. proponiert habe, einzutreten. Ich erwiderte Baron Aloysi, dass ich ihm bereits unlängst mitgeteilt habe, dass Herr Bundeskanzler bei den Ideen bleiben, welche die österreichischen Regierungen und die italienische Regierung bei der Vereinbarung des „Regimes“ geleitet hätten und deshalb in *erster* Linie an eine Diskutierung einer Erweiterung desselben dächten, was aber die Besprechung eines anderen Planes, den die italienische Regierung eventuell für besser hielte, nicht ausschliesse. Um Baron Aloysi genauer zu informieren, teilte ich ihm an der Hand einer Aufzeichnung noch einige Details der einschlägigen hohen Weisung mit, worauf er mich fragte, ob ich diese „wichtigen Dinge“ nicht mit dem kompetenten Herrn Unterstaatssekretär besprechen wolle, der zwar noch leidend sei, mich aber zu diesem Zwecke wohl empfangen werde.

Nachdem der Herr Kabinettschef persönlich mich bei Unterstaatssekretär Suvich angemeldet hatte, empfing mich Letzterer und liess sich vor Allem den Inhalt der seinerzeitigen Aeusserungen Herrn Mussolini's erzählen. Er bemerkte dann, er sei zwar über den Plan Graf Bethlen's nur im Allgemeinen informiert, da er damals nicht in Rom gewesen sei, *ihm* schiene aber die Idee eines „Zollvereines“ eine sehr glückliche. Wenn man das auch „noch nicht laut sagen dürfe“, so wären Besprechungen auf dieser Basis seiner Ansicht nach am aussichtsreichsten. Mit dem Funktionieren des „Regimes“ mit Ungarn sei man hier nicht sehr zufrieden. Ich erwiderte, dass man mit einer Erweiterung des „Regimes“ in viel einfacherer und rascherer Weise ungefähr dasselbe Resultat erreichen könnte, ohne ernstliche Widersprüche von anderer Seite befürchten zu müssen. Uebrigens sei ich in der Lage, ihm im Detail von jenen Eröffnungen Kenntnis zu geben, die ich beauftragt sei, dem Herrn Ministerpräsidenten zu machen.

¹ Gesandter Egger an Bundeskanzler Dollfuß. Bericht Nr. 83/Pol., Rom, 27. 10. 1932 – AdR, Gesandtschaft Rom.

Ich las ihm dann eine Gedächtnisaufzeichnung vor, die in Kopie im Anbuge mitfolgt und deren Inhalt er als „in hohem Grade interessant“ bezeichnete. Er ersuchte mich, ihm diese Aufzeichnung als Gedächtnisstütze zu überlassen und versprach, Herrn Mussolini von deren Inhalt im Detail Meldung zu erstatten. Nach einer längeren Diskussion, in der ich wiederholt die mir an die Hand gegebenen Argumente verwertete, bemerkte Herr Suvich schliesslich, dass er zwar persönlich der Ueberzeugung sei, dass *nur* eine „solution intégrale“ aus der „wirtschaftlichen Klemme“, in der sich alle befänden, heraushelfen könne, er werde aber über meine heutigen Mitteilungen seine Experten befragen, ob und wie durch eine Erweiterung des „Regimes“ der gleiche Zweck erreicht werden könnte und werde mich verständigen, wann er in der Lage sein werde, mir eine Antwort zu geben.

Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit

Egger

Anhang: Gedächtnisaufzeichnung

Le Chancelier Fédéral, dûment informé des ouvertures que Son Excellence le Chef du Gouvernement a bien voulu me faire à vive voix au sujet des relations commerciales entre l'Autriche et l'Italie et très touché de cette nouvelle preuve d'intérêt, m'a chargé de porter à la connaissance de Son Excellence les considérations suivantes:

Au mois de mars dernier M. Schüller a eu l'occasion d'exposer à Son Excellence Grandi dans une conversation, concernant le „régime“ dit „du Semmering“ que l'élargissement de ce „régime“ serait la manière la plus indiquée pour arriver à un rapprochement économique. Lors de cette conversation M. Schüller a soutenu la thèse qu'on pourrait aller beaucoup plus loin en s'accordant mutuellement – abstraction faite de quelques articles – les facilitations, prévues dans l'accord en question seulement pour certaines marchandises, d'une manière générale. De cette manière ce qui est exception aujourd'hui, deviendrait la règle demain, et on s'approcherait aussi loin que possible de l'échange libre des marchandises. Il paraissait alors que ces idées aient été sympathiques à Son Excellence Grandi.

Les avantages qui plaident en faveur de ce projet, sont, selon l'avis du Gouvernement Fédéral, les suivants:

- 1.) Le „régime“ et son élargissement ne rencontrent ni du point de vue de la clause de la nation la plus favorisée ni pour des raisons politiques les difficultés auxquelles se heurtent d'autres constructions. C'était aussi la raison principale qui avait amené l'Autriche et l'Italie à élaborer le „régime“ et de conclure d'accord sur l'exportation et les autres arrangements y relatifs. En effet, un tel „régime“ a été en vigueur entre l'Autriche et la Hongrie pendant une année et sera renouvelé maintenant sans avoir été contesté d'une manière sérieuse par d'autres Etats. Les déclarations faites à différentes reprises au sujet du „régime“ par les Gouvernements Autrichien et Italien en présence des délégués d'autres Etats, ne se sont

pas heurtées à des objections sérieuses. Il y a peu de temps, la Conférence de Stresa a même recommandé que l'Autriche continue aussi ces négociations. Il semble donc bien fondé de croire que sur ce chemin on peut s'attendre à moins de difficultés et objections que sur un autre chemin quel qu'il soit.

- 2.) Par le „régime“ on peut obtenir les mêmes résultats qu'avec l'établissement du libre échange complet des marchandises entre les deux pays. Ces résultats seront obtenus par le „régime“ sans devoir résoudre des questions techniques compliquées.
- 3.) Si l'Autriche pouvait obtenir en même temps de droits préférentiels pour certains importants articles d'exportation de la part de l'Allemagne, de la Pologne et de la France cela signifierait un sensible soulagement pour le marché italien qui ne devrait absorber, dans ces conditions, qu'une partie des surplus de l'exportation autrichienne qui pour le moment ne sont pas encore placés. Cela aurait aussi l'avantage que les Etats qui accordent à l'Autriche de droits préférentiels, c. à. d. des exceptions de la clause de la nation la plus favorisée, ne pourraient pas faire des objections contre un régime qui tient compte de la clause de la nation la plus favorisée. Le régime en s'étendant plus loin que certains droits préférentiels peut former le centre efficace et pratique pour une étroite union économique des Etats, entrant en ligne de compte. Vu que le „régime“ qui malheureusement était resté en suspens pendant longtemps est devenu un fait, on pourrait, sous peu, l'élargir dans le sens ci-dessus exposé. Le Chancelier Fédéral est prêt, en tout temps, à continuer ce chemin et serait très reconnaissant si le Gouvernement Royal acceptait cette manière de voir, ce que le Gouvernement Fédéral croit pouvoir supposer vu les conversations lors de la conclusion du „régime“ et les échanges d'idées, survenus depuis. Mais, si le Gouvernement Italien estimait un autre projet plus avantageux le Chancelier Fédéral serait toujours prêt à entrer en des conversations la-dessus. Tout en restant dans les idées que les Gouvernements Autrichiens, en plein accord avec le Gouvernement Royal, envisagent immuablement depuis si longtemps, le Chancelier Fédéral est convaincu que le moment est venu pour faire un pas décisif dans cette direction non seulement vu la nécessité urgente, créée par la situation économique de l'Autriche, mais aussi vu la possibilité offerte par la situation internationale actuelle.

1245

**Besprechung Legationsrat Hornbostel mit ungarischem
Legationssekretär Semsey am 4. November 1932 in Wien**

Amtserinnerung (streng geheim)

AdR, NPA

Ungarn/Geheim I/III

Z. 24883/13

Wien, 4. November 1932

Nach Anfrage durch den kgl. ung. Geschäftsträger sprach heute der ung. Leg. Sekr. Gf. Semsey, intimer Vertrauensmann des ung. Min.Präs. Gömbös, bei mir vor und teilte Folgendes mit:

Min.Präs. Gömbös habe Semsey vor ungefähr vier Tagen schriftlich beauftragt, auf vertraulichem Wege den H. BK. wissen zu lassen, dass er ihn gerne bald in privater Form (*nicht* Staatsbesuch) sprechen möchte. Gömbös schlug eine Jagdeinladung nach Király-Szállás (zwischen Raab und Tata; per Bahn bis Raab, dann Auto zu erreichen) vor.

Heute hat Semsey nun eine telefonische Urgenz seitens Gömbös' mit dem Beifügen erhalten, Semsey habe sich morgen nachmittags bei Gömbös zu melden, um ihm über die Durchführung seines Schrittes und die Antwort des H. BK zu berichten. Semsey fügte noch folgende Einzelheiten bei:

Gömbös habe seit jeher, selbst als er noch nicht in der Regierung als Honvédmínister war, Semsey gegenüber die Ansicht vertreten, dass Oesterreich u. Ungarn wirtschaftlich viel intimer kollaborieren müssten, als dies leider bisher geschehen sei. Gömbös sei ohne Zweifel bereits über den Gang der Handelsvertragsverhandlungen sehr ungehalten und möchte die Sache noch vor seiner Römerreise (15. November) bereinigt haben. Gömbös sei auch stets ein Anhänger der Auffassung gewesen, dass Italien in Südtirol sich uns gegenüber nicht korrekt benehme, und sei mit Mussolini soweit intim, dass er Mussolini Manches zu sagen vermöchte. – Die geplante Entrevue hätte nach Gömbös Auffassung ohne Zuziehung von Referenten zu geschehen.

Semsey meinte schliesslich, es wäre am vorteilhaftesten, wenn, zur Vermeidung von grossem Presselärm, die Tatsache der Zusammenkunft erst *nach* derselben der Öffentlichkeit bekanntgegeben würde.

1246

**Besprechung Bundeskanzler Dollfuß mit ungarischem
Ministerpräsidenten Gömbös am 6. und 7. November 1932
in Királyszállás**

Internes Informationspapier

AdR, NPA

Ungarn/Geheim I/III

Z. 24883

o. O., o. D.

Die Frage der wirtschaftlichen Annäherung an Italien

Anlässlich des im Februar l. J. erfolgten Besuches Graf Bethlen's in Rom hat Mussolini mit Bethlen die Frage einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn erörtert und erklärt, daß er Verhandlungen zu dritt über eine weitergehende wirtschaftliche Annäherung unter der Voraussetzung zustimmt, daß die österreichische und die ungarische Regierung ihm mitteilen, daß sie den Wunsch haben, solche Verhandlungen aufzunehmen. Sowohl wir als Ungarn haben dies auch Herrn Mussolini im Zusammenhange mit der Unterzeichnung des bekannten Regimes mitgeteilt.

Was die Art der Annäherung betrifft, war und ist unser Standpunkt der, daß das Regime ausgebaut werden sollte.

Bethlen hingegen vertrat die Idee eines zu erzielenden vollständigen wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Gestalt eines Zollvereines oder Zollunion der drei Staaten. Mussolini ging auf die Idee Bethlens unter der Voraussetzung ein, daß Deutschland hieran nicht Anstoß nehme und ließ uns durch Bethlen ersuchen, in *Deutschland* anzufühlen. Wir haben dies getan und von Deutschland die Antwort erhalten, daß es grundsätzlich nichts dagegen habe, wenn es *von allem Anfang an* an den Verhandlungen teilnehmen könne.

Wir haben, wie erwähnt, schon damals die Idee des Ausbaues des Regimes der italienischen Regierung gegenüber durch Egger und Sektionschef Schüller entwickeln lassen.

Die ganze Frage kam sodann infolge der Stellungnahme Deutschlands zum Stillstand.

Mussolini hat nun vor wenigen Wochen Herrn Egger gegenüber sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß wir damals, wegen der deutschen Einstellung, nicht weiter gekommen sind, wobei er seine Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme von Besprechungen über den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen durchleuchten ließ.

Daraufhin haben wir Egger Instruktionen in folgendem Sinne zugehen lassen:

Das Regime wird nun endlich in Kraft gesetzt. Man könnte sogleich an einen Ausbau desselben gehen, den wir wünschen. Wir wären für die Anberaumung eines Termines zur Durchführung solcher Verhandlungen dankbar.

Die Vorteile unserer Idee erblicken wir in folgenden Momenten:

1. Das Regime und sein Ausbau begegnen weder vom Standpunkte der Meistbegünstigung noch aus politischen Gründen jenen Schwierigkeiten, welche anderen Konstruktionen entgegenstehen. Dies war ja auch die leitende Idee, die zur Ausarbeitung und Vereinbarung des Regimes geführt hat. In der Tat ist ein solches zwischen Oesterreich und Ungarn ein Jahr lang in Kraft gestanden und wird jetzt erneuert, ohne daß es von anderen Staaten ernstlich angefochten worden wäre. Auch die Konferenz von Stresa hat erst vor Kurzem empfohlen, daß Oesterreich Verhandlungen dieser Art fortsetze, (was natürlich auch für Ungarn gilt). Es sind daher auf diesem Wege Reibungen und Widerstände weniger als auf irgend einem anderen zu befürchten.
2. Das Regime kann ganz die gleichen Wirkungen erzielen wie die vollständige Freigabe des gegenseitigen Verkehrs. Diese Wirkungen werden erzielt, ohne daß schwierige technische Fragen gelöst werden müßten.
3. Wenn Oesterreich gleichzeitig Vorzugszölle für einzelne wichtige Ausfuhrartikel, insbes. von Deutschland, Polen und Frankreich erlangen würde, wäre dies eine wesentliche Erleichterung für Italien, dessen Markt dann nur einen Teil der bisher nicht untergebrachten österreichischen Ausfuhrüberschüsse aufzunehmen hätte. Auch würden die Staaten, die Oesterreich Vorzugszölle gewähren, umso weniger Einspruch gegen dieses den Meistbegünstigungsklauseln angepaßte österreichisch-ungarisch-italienische Regime erheben können.

Schließlich ließen wir durch Egger erklären, daß wir jederzeit bereit sind, einen anderen Plan, falls die italienische Regierung einen solchen hätte und für besser hielte, zu besprechen.

Vergangenheit G[ömbös]s

G[ömbös] stammt aus Westungarn, ist zu Ende des Krieges Hauptmann gewesen, zugeteilt dem Generalstab, auf der italienischen Front, hat nach dem Zusammenbruche angeblich sehr enge Beziehungen zu der kroatischen Bewegung (Frankpartei) angeknüpft. In der Karolyi-Aera sowie während des Bolschewismus war er größtenteils ins Ausland geflüchtet, hat an der von Horthy geleiteten antibolschewikischen Bewegung von Szegedin aktiven Anteil genommen und ist mit Einführung des Horthy-Regimes zu einem der wichtigsten politischen Faktoren geworden.

Von allem Anfange an präsentierte er den extrem rechten Flügel in der nationalen Bewegung, spielte eine große Rolle bei Gründung der nationalchauvinistischen Vereine (Erwachende Ungarn), stand im Mittelpunkt größerer Affairen wie z. B. Beherbergung der Rathenau und Erzberger Mörder auf seinem Besitze in der Nähe von Budapest, nahm aktiven Anteil an der westungarischen Bewegung anläßlich der österreichischen Landnahme des Burgenlandes. Der Höhepunkt seines politischen Wirkens dürfte der von ihm geleitete bewaffnete Angriff auf den nach Budapest vorrückenden Exkönig Karl gewesen sein. Er ist für

die freie Königswahl und gegen den Legitimismus. Nachgesagt wird ihm, daß er trotzdem engere Beziehungen zu den beiden Erzherzögen Josef und Albrecht (Sohn Erzherzogs Friedrich) habe und bisweilen des einen oder anderen Kandidatur auf den Thron unterstützt hätte. Parlamentarisch trat er zuerst im Rahmen der Einheitspartei Graf Bethlens auf, verließ sodann die Partei wegen seiner rechtsradikalen Einstellung, vertrat eine Zeit lang die rechts extreme Opposition. Während dieser Periode war sein Einfluß ein wesentlich geringerer. Mit Rücksicht auf seine guten Beziehungen zu den Klein-Landwirten wurde er später von Graf Bethlen in die Regierung berufen und war mehrere Jahre Honvedminister.

Gegenwärtige Position G[ömbös]s:

G[ömbös] hat das Kabinett Graf Karolyi's kürzlich abgelöst. Charakteristisch, daß sein Kabinett lauter neue Leute und keine Aristokraten enthält. Im Gegensatz zur allgemeinen Auffassung, daß G[ömbös] nur einen von Graf Bethlen gewünschten Uebergang zu einem späteren Kabinett Bethlen bilde, lauten verlässliche Informationen dahin, daß G[ömbös] seine Politik von der Grafenclique abkehrt, auf eine breitere Basis stellt, *gegen* die von Graf Bethlen und seinen Anhängern repräsentierte Siebenbürgerclique auftritt und sich hauptsächlich auf die militärischen Kreise, die Klein-Landwirte-Bewegung und die streng national gesinnten Intellektuellen stützen will.

G[ömbös]s Beziehungen zu Oesterreich:

Er ist mit einer Oesterreicherin verheiratet, spricht vollkommen deutsch, stand Oesterreich während der Burgenlandkrise naturgemäß als Gegner gegenüber, ist aber immer für eine Annäherungspolitik der beiden Länder eingetreten. Ueberdies soll er sehr enge Beziehungen zu den höheren militärischen Kreisen im Deutschen Reiche haben.

Der Bundeskanzler steht der Idee des weiteren Ausbaues der österreichisch-italienischen Beziehungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, sehr sympathisch gegenüber.

Er kann jedoch die Besorgnis nicht unterdrücken, dass er infolge der in letzter Zeit wieder zu häufigeren Klagen Anlass gebenden Massnahmen, die die italienischen Lokalbehörden im Alto Adige getroffen habe – so namentlich kürzlich die Einführung des italienischen Religionsunterrichtes in diesem Gebiete – auf den lebhaften Widerstand bei weiten Kreisen Oesterreichs (national-gesinnten und Tirolern) stossen müsste. Da ihm hiedurch innerpolitisch beträchtliche Schwierigkeiten erwachsen würden, die ihm in der Verfolgung seiner ehrlichen Absicht, zu einem engen Verhältnis zu Italien zu gelangen behindern müssten, würde dem Bundeskanzler eine wesentliche Erleichterung für seine Politik Italien gegenüber geschaffen werden, wenn es möglich wäre, im Alto Adige eine sichtbare Erleichterung der Lage der dortigen deutschen Minderheiten platz greifen zu lassen.

1247

**Besprechung Bundeskanzler Dollfuß mit ungarischem
Ministerpräsidenten Gömbös am 6. und 7. November 1932
in Királysállás**

Amtserinnerung (streng geheim)

AdR, NPA

Ungarn/Geheim I/III

Z. 26615/13

o. O., [7. November 1932]

Der BK hatte noch am Abend des 6. Nov. ein Gespräch mit dem ung. Min.Präs. und dem ung. Finanzminister. In diesem trat der BK für die Proportion 100 : 150 im *Handelsvertrage* ein, der ungarischerseits zugestimmt wurde. Der BK empfahl nachdrücklich die Schaffung einer Einfuhrstelle für Holz in Ungarn, die ungar. Minister nahmen aber diesem Vorschlag gegenüber einen ablehnenden Standpunkt ein, ohne dass es zu einer endgiltigen Entscheidung darüber kam. Der BK legte das Projekt der *Regulierung des Neusiedlersees* dar. Die ungar. Minister waren wegen der Frage der Finanzierung des Projektes von dem Vorschlage nicht sehr entzückt, lehnten ihn aber nicht ab.

Am nächsten Tage (7. November) hatte der BK ein Gespräch unter vier Augen mit Min.Präs. Gömbös. Der BK führte aus, dass er zur Ueberzeugung gekommen wäre, dass wirtschaftlich am vorteilhaftesten für die beteiligten Gebiete der freie Verkehr zwischen allen Ländern des alten Römischen Reiches sei, man müsse sich aber im Klaren darüber sein, ob man politische oder wirtschaftliche Ziele anstrebe und nach aussen vertreten wolle. Eine Zollunion wirke nach aussen unzweifelhaft in erster Linie als eine politische Angelegenheit. Er halte eine solche Aktion nicht für möglich. Dagegen sei er der Ansicht, dass man auf wirtschaftlichem Gebiete durch Ausgestaltung des Regimes dem freien Verkehr möglichst nahekommen sollte und könnte.

Damit war H. Gömbös einverstanden.

Der BK wies darauf hin, dass seine Situation durch die Süd-Tiroler Frage sehr erschwert sei und dass es von grosser Bedeutung wäre, wenn der italienische Ministerpräsident diese Frage in freundlichem Sinne („mit Grazie“) behandeln würde.

Der ungar. Min.Präs. zeigte für diese Frage viel Verständnis und versprach darüber mit H. Mussolini zu reden.

Beide Herren waren der Ansicht, dass man im Hafen von Triest Verschiedenes zur Förderung des Verkehrs mit Oesterreich und mit Ungarn machen könnte.

Der ungar. Min.Präs. legte die ungar. Stellungnahme in der Wehrfrage dar. Beide Herren waren darüber einig, dass sie in der Abrüstungsfrage möglichst in einer Linie und in aussenpolitischen Fragen im Einvernehmen vorgehen wollen.

Schliesslich wurde beschlossen, dass V.K. Winkler nach Rückkehr H. Gömbös' aus Rom zur Fortsetzung u. Finalisierung der Handelsvertragsverhandlungen nach Budapest kommen wird.

1248

Nationalrat der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 104. Sitzung (Budgetdebatte)

Sten. Prot.

NR – IV. GP

Wien, 8. November 1932

Dr. Ellbogen: [...] In einer Rede in Graz hat der geehrte Herr Finanzminister auf Stresa hingewiesen und stolz erwähnt, daß doch diese unsere Politik nicht schlecht sein könne, weil man in Stresa das Beispiel, das Österreich mit dem Kontingentsystem gegeben hat, zur Nachahmung empfohlen habe. Ich bitte, Herr Finanzminister, diese Ihre Angabe muß eine gewisse Einschränkung erfahren. Man hat bloß Präferenzzölle in agrarischen Artikeln für die Südoststaaten zur Nachahmung empfohlen, weil man auf diesem Wege eine Förderung des balkanischen Agrarexports herbeiführen wollte. Es ist aber nicht gelungen, in Stresa die gleichen Präferenzzölle für österreichische Industrieprodukte durchzusetzen. Wie überhaupt Stresa genau so einen Bankrott der bürgerlichen internationalen Wirtschaftspolitik darstellt, wie die verschiedenen Genfer Abrüstungskonferenzen einen Bankrott der internationalen Friedenspolitik darstellen. (*Zustimmung links.*) Alle diese Bemühungen scheitern in letzter Linie an den privaten Interessen einzelner einflußreicher Industrieller. Wir können die Abrüstung nicht darum nicht herbeiführen, weil die französischen Politiker persönlich so einsichtslose oder schlechte Kerle wären, sondern darum, weil die französische Rüstungsindustrie ein enormes Interesse an dem Weiterbestand der Konflikte zwischen den einzelnen Staaten hat. Während der Tagung der Abrüstungskonferenz ist bekanntlich der japanisch-chinesische Konflikt ausgebrochen. Warum? Weil sämtliche Staaten, die die Abrüstung beschließen sollten, an irgendeiner Form der Waffenlieferungen nach Japan oder China beteiligt waren. So ist es auch hier. Es ist nicht zu erwarten, daß auf solchem Wege eine Besserung der Dinge herbeigeführt wird. Besuche sind möglich, aber man kann wohl im allgemeinen prophezeien, daß die meisten von ihnen scheitern werden. Dazu kommt endlich der gesamte agrarische Kurs, den diese Regierung treibt. Zwar verwahrt sich der Herr Bundeskanzler, der gewiß ein erfahrener Agrarpolitiker ist – und es ist den bäuerlichen Abgeordneten, soweit es das Großeigentum betrifft, gewiß zu diesem Bundeskanzler zu gratulieren –, immer dagegen, daß sein Kurs einseitig sei. Nichtsdestoweniger sehen wir, es sind nicht bloß Sozialdemokraten,

die das feststellen, sondern weit in bürgerliche Geschäfts- und Industriekreise hinein wird gegen diesen agrarischen Kurs mit Anführung einer ganzen Anzahl von Tatsachen und sachlichen Argumenten protestiert. Es ist doch kein Zufall, daß der Herr Bundeskanzler auf dieser letzten Industrietagung in so wenig freundlicher Weise aufgenommen wurde. Das ist kein Zufall, ebensowenig wie die Tatsache, daß die christlichsozialen Gewerbetreibenden jetzt in Scharen revoltieren und Ringstraßendemonstrationen gegen diesen agrarischen Kurs veranstalten.

Der Gipfelpunkt dieses hyperagrarischen Wahnsinns sind die Autarkiegedanken, die jetzt in Schwung gekommen sind, die in Deutschland unter dem Großagrarertum entstanden und von den Nationalsozialisten als Gipfel der Weisheit sozusagen in ihr Programm aufgenommen worden sind, aber auch mit der ganzen Unwissenheit und Verantwortungslosigkeit dieser Partei mit großem Lärm propagiert werden. Professor Wilhelm Röpke, bekanntlich ein bürgerlicher Gelehrter, hat über diese nationalsozialistische Propaganda für die Autarkie sich mit folgenden lebhaften Worten geäußert (*liest*): „Mit einer Anmaßung und mit einer sprachlichen und geistigen Zuchtlosigkeit wird dieses Programm der neuen Staatswirtschaft vertreten, die in der deutschen Geschichte unerhört sind.“ Und er weist nach, was für jeden Einsichtigen klar ist, daß diese Propagierung der Autarkie zur Vernichtung der deutschen Wirtschaft und vor allem der deutschen Weltgeltung in der Wirtschaft führen müßte. Denn sie bedeutet eine Schrumpfung des Wirtschaftsprozesses bis zur Vernichtung, bedeutet Preiserhöhungen auf allen Linien, bedeutet eine Verarmung des Gesamtvolkes. Ich sage das nicht darum, weil ich eine besondere Lust an theoretischen Erörterungen hätte, sondern weil diese Frage für uns Österreicher deshalb von praktischer Bedeutung ist, weil unter dem Titel der Autarkie bei uns die Gedanken der Donauföderation propagiert werden. Freilich, aus politischen Gründen und wiederum von Frankreich ausgehend, aber die Agenten dieser Propaganda bemühen sich, uns einzureden, daß dieser Donauraum die Fähigkeit zur Selbstversorgung, zur Autarkie habe. Es ist niemand unter uns, der die Beziehungen mit den Balkanstaaten hemmen wollte, im Gegenteil, sie sollen gefördert werden. Aber es ist eine uralte Erfahrung, daß Industriestaaten am stärksten von dem Außenhandelsverkehr mit Industriestaaten profitieren. Selbstverständliche soll getrachtet werden, die Agrarstaaten mit Industrieprodukten zu versorgen, aber das große industrielle Geschäft wird von Industriestaaten nur mit anderen Industriestaaten gemacht.

[...]

1249**Nationalrat der Republik Österreich**

Stenographisches Protokoll zur 105. Sitzung (Regierungserklärung)

Sten. Prot.

NR – IV. GP

Wien, 9. November 1932

Bundekanzler Dr. Dollfuss:

Der Nationalrat hat bekanntlich am 17. August l. J. im Laufe der Behandlung des am 15. Juli 1932 in Genf unterzeichneten Protokolls den Beschluß gefaßt, daß die Bundesregierung ihre Auffassung hinsichtlich der Tragweite des Artikels 9 des Protokolls vom 15. Juli 1932 den Regierungen der Signatarstaaten des Protokolls auf diplomatischem Wege mitteilen und erst nach Einlangen der diesbezüglichen Zustimmung dieser Staaten das österreichische Ratifikationsinstrument beim Völkerbundsekretariat in Genf hinterlegen werde. In Ausführung dieses Beschlusses hat die Bundesregierung den Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien Mitteilung von ihrer in der Nationalratssitzung vom 15. Juli 1932 vertretenen Interpretation gemacht. Die genannten Regierungen haben nun in den letzten Tagen ihre volle Zustimmung zur gegenständlichen Rechtsauffassung der Bundesregierung bekanntgegeben (*lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts*) und ausdrücklich festgestellt, daß die Bestimmungen des Artikels 9 des Protokolls vom 15. Juli 1932 sich nicht auf die Anwendung und Interpretation des Genfer Protokolls I vom 4. Oktober 1922¹ beziehen.

Damit ist der Standpunkt der Bundesregierung auch von allen Signatarstaaten des Anleiheprotokolls vom 15. Juli 1932 ausdrücklich anerkannt und dem Beschlusse des Nationalrates vom 17. August 1932, insofern er sich auf die Auslegung des Artikels 9 des Protokolls bezieht, vollständig Rechnung getragen worden. (*lebhafter Beifall rechts.*)

Die österreichische Ratifikationsurkunde wird daher in allernächster Zeit in Genf hinterlegt werden. (*Lebhafter, langanhaltender Beifall rechts.*)

¹ Siehe ADÖ 4/707.

1250

**Besprechung Bundeskanzler Dollfuß mit ungarischem
Gesandten Ambrozy am 16. November 1932 in Wien**

Amtserinnerung

AdR, NPA
Ungarn/Geheim I/III
(ohne Zahl)

Wien, 16. November 1932

Heute erschien der kgl. ungar. Gesandte Graf Ambrozy beim Herrn Bundeskanzler und machte ihm namens des kgl. ungar. Ministerpräsidenten nachstehende Mitteilung:

In Rom hat man mit grosser Freude von dem Zusammentreffen des BK mit dem kgl. ungar. Ministerpräsidenten sowie von dem Beschluss der beiden Staatsmänner Kenntnis genommen, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht zusammenzugehen. Den angeregten Zoll-Unionsplan mit Einbeziehung Oesterreichs haben die Italiener mit Freuden begrüsst mit dem Bemerken, dass sie zwar im Wesentlichen eine Zollunion anstreben, dass sie aber im Hinblick darauf, dass das Bekenntnis zur Zollunion eine politische Spitze enthält, eine Lösung gegenüber anderen Ländern finden wollen, die diese Spitze abbiegt.

Der kgl. ungar. Ministerpräsident würde Wert darauf legen, dass der Herr Bundeskanzler ehestens seinen Vertrauensmann designiere, damit dieser die Verhandlungen mit dem Vertrauensmann des kgl. ungar. Ministerpräsidenten unverzüglich aufnehmen könne.

Die Italiener haben auch den Vorschlag des Herr Ministerpräsidenten Gömbös angenommen, den Hafen von Triest im Wege gewisser Tarifbegünstigungen Oesterreich und Ungarn in erhöhtem Masse zur Verfügung zu stellen.

Italien und Ungarn begrüssen mit Freude die auf ein Zusammenarbeiten der christlichsozialen Partei mit den Heimwehren gerichtete Entwicklung der Politik des Herrn Bundeskanzlers und werden diese Entwicklung gerne fördern, einerseits im Wege des italienischen Gesandten in Wien, anderseits mit Einbeziehung des ungarischen Ministerpräsidenten.

1251

Gesandter Kohlruss an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 55/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Österreich 11/20
Z. 24989/13

Rom, 17. November 1932

Noch bevor ich in die Möglichkeit versetzt worden war, beim Herrn Kardinalstaatssekretär nach meiner Rückkehr vom Urlaube in Audienz zu erscheinen, sah ich Eminenz Pacelli gleich am Vormittage nach meiner Ankunft in Rom bei der durch Seine Heiligkeit im Beisein des Heiligen Kollegiums und des Diplomatischen Korps vorgenommenen Eröffnung der neuen Pinakothek.

Bei dem sich daran anschliessenden Rundgang sprach mich der Herr Kardinalstaatssekretär an und erkundigte sich lebhaft nach der Stellungnahme zu dem Konkordatsentwurf.

Ich teilte ihm meine persönliche Ansicht mit, dass in circa zwei Wochen wahrscheinlich mit dem nächsten fälligen Kurier die erwartete Antwort eintreffen werde.

Schon bei dieser Gelegenheit und insbesondere bei meiner tags darauf erfolgten und den folgenden Vorsprachen verwies der Herr Kardinalstaatssekretär darauf, dass unsere Stellungnahme über ein Jahr ausständig und bereits im heurigen Frühjahr in baldige Aussicht gestellt worden sei, wobei er darauf hinwies, dass in der Zwischenzeit vor kurzem im Verlauf von bloss drei Wochen ein Konkordat mit der badischen Regierung verhandelt und unterzeichnet worden sei, das demnächst seine parlamentarische Behandlung finden werde.

Mit dem Hinweis auf diese Expedivität, die durch Verhandlungen mit Delegierten mit allen Vollmachten möglich ist, plaidierte der Herr Kardinalstaatssekretär dafür, dass nach der nunmehr bevorstehenden schriftlichen Bekanntgabe unserer Stellungnahme zu dem Konkordatsentwurf die Verhandlungen in der Folge mündlich fortgesetzt werden, zu welchem Zwecke die Bundesregierung sodann die Entsendung eines mit allen Vollmachten ausgestatteten Spezial-Bevollmächtigten in Aussicht nehmen möge.

Ich habe mit der vorstehenden Berichterstattung bis zum Eintreffen des Kuriers zuwarten zu sollen geglaubt und halte mich nunmehr, da die erwarteten Instrumente nicht herabgelangt sind, verpflichtet, diese Meldungen zu erstatten; selbstverständlich habe ich dem Herrn Kardinalstaatssekretär die Gründe der bisherigen Verzögerung, die in der konstanten Inanspruchnahme der Bundesregierung mit akutesten Fragen innerpolitischer und insbesondere wirtschaftspolitischer Natur liegen, auseinandergesetzt.

Genehmigen, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Kohlross

1252

Generalsekretär Peter an Gesandte Marek (Prag), Ploennies (Belgrad), Grünberger (Paris), Frank (Berlin), Hoffinger (Warschau), Franckenstein (London), Egger (Rom) und Geschäftsträger Eckhardt (Bukarest)

Zirkularerlass

AdR, NPA
Ungarn I/III
Z. 24981/13

Wien, 22. November 1932

Im Zuge unserer Verhandlungen mit Ungarn zum Zwecke der Erneuerung des am 15. Juli l. J. abgelaufenen Handelsvertrages hat sich die Notwendigkeit ergeben, dass Vizekanzler Ing. Winkler als Vorsitzender des wirtschaftlichen Ministerkomitees die gegenwärtig in Budapest schwebenden Verhandlungen persönlich leite. Auf Wunsch des Herrn Vizekanzlers hat sich der Herr Bundeskanzler, der bekanntlich zugleich Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ist, am 20. ds. M. in Begleitung des Herrn Bundesministers für Handel und Verkehr zu einer Besprechung mit der österreichischen Handelsvertragsdelegation nach Budapest begeben. Bei diesem Anlasse haben die genannten Regierungsmitglieder naturgemäss dem Herrn ungarischen Ministerpräsidenten ihre Aufwartung gemacht und auf die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen bezügliche wichtige Einzelfragen zur Entscheidung gebracht.

Die Einbeziehung des Regierungschefs in schwebende Handelsvertragsverhandlungen, die im Auslande geführt werden, kann vielleicht in der Öffentlichkeit mit Recht als ein Novum angesehen werden, das sich jedoch ohne weiteres aus der Tatsache erklärt, dass Oesterreich das grösste Interesse daran hat, aus der seit Ablauf des Vertrages bestehenden Methode kurzfristiger und immer wieder zu verlängernder Provisorien mit Ungarn herauszukommen und die den Abschluss eines regelrechten auf lange Dauer hinaus geltenden Handelsvertrages abzielenden Verhandlungen wirksam vorzutreiben. Neben der dadurch erzielten erheblichen Beschleunigung ist es bei der gegenwärtigen Konstellation der Bundesregierung wesentlich, dass die Entscheidungen, die immerhin für einzelne Gruppen der österreichischen Wirtschaftsinteressenten von weitgehender Bedeutung sind, durch

die zuständigen höchsten verantwortlichen Faktoren rasch und einervernehmlich getroffen werden.

Aus diesem wenige Stunden währenden Besuche des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Handelsministers in Budapest hat ein Teil der Oeffentlichkeit des In- und Auslandes trotz durchaus wahrheitsgemässer rechtzeitiger Verlautbarung der Reise und deren Ursachen weitgehende Bestrebungen der Bundesregierung, die angeblich Zollunionspläne mit Ungarn und Italien zum Ziele hätten, herauslesen zu sollen geglaubt. An diesen Kombinationen ist selbstverständlich kein wahres Wort.

Um Sie in die Lage zu versetzen, dortige amtliche sowie massgebende private Kreise über den tatsächlichen Sachverhalt aufzuklären, beehre ich mich, Ihnen Nachstehendes zur geeignet erscheinenden Verwertung in Ihren Gesprächen mitzuteilen: Unsere Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn, welche unter teilweiser Aufrechterhaltung des dem vorhergehenden Handelsvertrage zugrundeliegenden bekannten Regimes geführt werden, bilden einen Teil der seitens der Bundesregierung in Anpassung an die von ihr seit geraumer Zeit verfolgten und erst kürzlich von der Konferenz in Stresa gutgeheissenen und geförderten Politik, mit unseren wichtigsten Einfuhr- und Ausfuhrländern unsere wirtschaftlichen Beziehungen unter Anwendung verschiedener, jeweils zweckmässig erscheinender Methoden ehestens neu zu regeln. Dem von uns verfolgten Ziele der möglichsten Ausgleichung unseres Importes und Exportes mit den einzelnen Auslandsstaaten Rechnung tragend, wurde den gegenwärtigen Verhandlungen mit Ungarn das Prinzip zugrunde gelegt, die Einfuhr und Ausfuhr in einem bestimmten Verhältnisse zueinander (Export aus Ungarn zu Import nach Ungarn = 100–150) festzulegen, wobei es im Wesentlichen darauf ankommt dieses Verhältnis womöglich durch Entwicklung unserer Ausfuhr und nicht durch Verringerung des Handelsvolumens zu erreichen. Die in Rede stehenden Verhandlungen sind durch die eingangs erwähnten, in Budapest erfolgten Besprechungen von Regierung zu Regierung in aussichtsreicher Weise gediehen und dem Abschlusse nahegebracht worden.

In den nächsten Tagen werden die bereits vor wenigen Wochen in Wien begonnenen Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, bei denen auch Vorzugszölle besprochen werden, ihre Fortsetzung finden. Unmittelbar darauf werden in Paris Besprechungen geführt werden, die die Bereinigung von Fragen zum Ziele haben, die durch das französische seitens gehandhabte strenge Kontingentsystem und die Clearing-Schwierigkeiten entstanden sind. Schliesslich steht Oesterreich auch mit der Tschechoslovakei in Verhandlung zwecks Herstellung eines möglichst freien Verkehrs. Mit Deutschland sind Verhandlungen über Vorzugszölle für Anfang Dezember vereinbart.

Wie aus vorstehenden kurzen Angaben ersehen werden kann, verfolgt die österreichische Bundesregierung durch diese nach mehreren Richtungen hin und nach verschiedenen Methoden gleichzeitig entwickelte Handelsvertragspolitik das *jedes politischen Nebengedankens bare Hauptziel*, der heimischen Wirtschaft die durch die Krise und die bekannten Begleiterscheinungen derselben in katastrophaler Weise

verschütteten Ausfuhrwege für die österreichische Produktion nach Möglichkeit freizumachen.

Was schliesslich die Einbeziehung Italiens in die eingangs erwähnten phantasiereichen Kombinationen, die gegenwärtig die Oeffentlichkeit beschäftigen, anbelangt, so ist zu bemerken, dass das bereits vor über einem Jahre beschlossene Regime Italien gegenüber dieser Tage u. zw. am 5. ds. M. in Kraft getreten ist. Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Der Generalsekretär:
Peter

1253

Generalsekretär Peter an Gesandten Egger (Rom)

Erlass (geheim)

AdR, NPA
Ungarn I/III
Z. 24981/13

Wien, 22. November 1932

[...]

Wie Sie dem zuliegenden Zirkularerlasse¹ entnehmen wollen, hat die plötzliche Einbeziehung des Herrn Bundeskanzlers sowie des Herrn Bundesmin. für Handel und Verkehr in die in Budapest abgeführten Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn in der europäischen Oeffentlichkeit großes Aufsehen erregt und insbesondere bei den Vertretern der kleinen Ententestaaten sowie Polens phantasiereiche Kombinationen über angebliche österreichisch-ungarisch-italienische Zollunionspläne ausgelöst. Vor allem scheint der Herr jugoslav. Gesandte aus dem zeitlichen Zusammenfallen einzelner Begebenheiten (Reise des ungar. Ministerpräsidenten nach Rom, wobei falsche Gerüchte behaupten, daß Bundesminister für Handel und Verkehr Jakoncig den Römer Verhandlungen Herrn Gömbös' beigewohnt habe; einzelne vielleicht etwas weitgehende Aeusserungen ungar. amtlicher Faktoren über die Ergebnisse dieser Reise; die feierliche Begehung des 20. Geburtstages des ehemaligen Erzherzogs Otto durch die österr. und die ungarischen legitimistischen Kreise im Zusammenhalt mit angeblichen nach Rom weisenden Heiratsabsichten des ehemaligen Erzherzogs usw.) überaus weitgehende Schlüsse auf das Bestehen großzügiger wirtschaftlicher und politischer Projekte Italiens gegenüber Oester-

¹ ADÖ 8/1252.

reich und Ungarn gezogen zu haben. H. Nestarini hat sich gestern abds. wohl zur mündlichen Berichterstattung nach Belgrad begeben.

Demgegenüber läßt sich der tatsächliche Sachverhalt darauf reduzieren, daß, wie Ihnen ja bekannt, die kürzlich italienischerseits wieder aufgenommene Anregung hinsichtlich einer wirtschaftlichen Annäherung Italiens an Oesterreich und Ungarn auch bei der österreichischen Bundesregierung eine günstige Aufnahme findet. Es ist uns auch aus einer Mitteilung, die der hiesige kgl. ung. Gesandte im Auftrage des Herrn kgl. ung. Ministerpräsidenten dem Herrn Bundeskanzler dieser Tage gemacht hat, bekannt, daß Herr Gömbös auf Grund einer vorherigen Fühlungnahme mit Bundeskanzler Dr. Dollfuss den Italien und Ungarn ebenso wie uns interessierenden wirtschaftlichen Fragenkomplex in Rom erörtert hat. Hiebei habe Herr Mussolini gesagt, daß Italien zwar im Wesentlichen eine Zollunion mit Oesterreich und Ungarn anstreben würde, daß aber mit Rücksicht darauf, daß eine Zollunion stets eine politische Spitze enthalte, eine Lösung gefunden werden müßte, welche diese Spitze gegenüber anderen Ländern abzubiegen vermöchte. Gegenständliche Verhandlungen wurden italienischer- und ungarischerseits angeregt. Weiters hat Herr Gömbös der italienischen Regierung gegenüber auf das Interesse Oesterreichs und Ungarns an einer stärkeren Auswertung des Hafens von Triest hingewiesen und Herr Mussolini habe den Vorschlag des ungarischen Ministerpräsidenten angenommen, den Hafen von Triest im Wege gewisser Tarifbegünstigungen Oesterreich und Ungarn in erhöhtem Maße nutzbar zu machen.¹

Die im vorstehenden Absatze enthaltenen Angaben dienen naturgemäß ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information u. Verwertung in Ihren vertraulichen Gesprächen mit der kgl. ital. Rgg.

1254

Nationalrat der Republik Österreich

Protokoll zur 55. Sitzung des Hauptausschusses¹

Parlamentsarchiv,
HA-NR-IV. GP

Wien, 30. November 1932

[...] Bundeskanzler Dr. Dollfuss kommt auf seine in der Oeffentlichkeit besprochenen Reisen zurück und erklärt, dass alle daran geknüpften Kombinationen, insbesondere über Zollunionspläne den Tatsachen durchaus nicht entsprechen.

¹ ADÖ 8/1250.

¹ Vgl. dazu den Hauptausschussbericht des sozialdemokratischen Parlamentsklubs – AdR, Parteiarchiv SDAP.

[...] Am Schlusse der Sitzung kommt Präsident Dr. Renner auf die Erklärung des Bundeskanzlers zurück. Der Hauptausschuss nahm mit Mehrheit zur Kenntnis, dass alle an die Reisen des Bundeskanzlers in der letzten Zeit geknüpften Kombinationen, insbesondere über Zollunionspläne den Tatsachen nicht entsprechen.

1255

Aufzeichnung Gesandter Egger

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 25485/13

Rom, 4. Dezember 1932

Bundesminister Rintelen traf Donnerstag den 1. Dezember mit dem Abendschnellzug in Rom ein, ohne dass die Gesandtschaft von seinem Kommen verständigt worden wäre.

Freitag den 2. d. M. Vormittag telefonierte der Rektor der Anima, Minister Rintelen wünsche um $\frac{1}{2}$ 2 Uhr im „Grand Hôtel“ zu wissen, wann er dem Gesandten einen Besuch machen könne. Eine sofortige persönliche Vorsprache im Hotel ergab, dass der Herr Bundesminister in Begleitung Herrn Castiglione's und eines Generales Wagner angekommen sei. Da er momentan nicht zu Hause war, wurde er im Hotel um $\frac{1}{2}$ 2 Uhr wunschgemäß telefonisch angerufen. Er erklärte, nach $\frac{1}{2}$ 6 Uhr auf die Gesandtschaft kommen zu wollen. Die Einladungen zum Essen am Abend oder am nächsten Tage zu Mittag lehnte er ab, weil er schon anderweitig vergeben sei.

Wie ich von Msgr. Hudal hörte, hatte Herr Castiglione Vormittag den Herrn Minister telefonisch bei ihm angesagt, woselbst er aber nur wegen einer Audienz beim Papste vorsprach und erklärte, auf dem Wege nach Nizza zu sein. Prälat Hudal habe ihn mit diesem Anliegen an den kompetenten Herrn österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhle gewiesen.

Nach 6 Uhr erschien Minister Rintelen in Begleitung „seines Freundes“, Generals Wagner, auf der Gesandtschaft und erklärte vor Allem, auch dieser Besuch sei ein „rein privater“. Er reise „incognito“ und habe deshalb auch die Gesandtschaft von seiner Ankunft nicht verständigt. Er wolle „der Bundesregierung und dem Herrn Bundeskanzler keine Schwierigkeiten machen, denn wenn er nicht privat reisen würde, könnte man wieder an dritten Orten dahinter etwas wittern, weil seine Reise dem Besuche Herrn Gömbös' in Rom und dem des Herrn Bundeskanzlers in Budapest zeitlich zu nahe sei“. Das Gespräch drehte sich dann durch längere Zeit um allgemeine Themen, wie namentlich die letzte Zeitungskampagne wegen der angeblichen Zollvereinspläne zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn. Schliesslich

fragte der Herr Minister, ob Herr Gömbös hier nicht irgendwelche „konkrete Pläne besprochen habe“. Ich erwiderte, dass mir der Herr ungarische Gesandte nur *sehr* wenig gesagt habe, dass er aber als Hauptsache die Gründung der gemischten Kommission bezeichnet habe, deren Zweck, da aus den Zeitungen nicht klar ersichtlich, ich ihm erklärte. Es wäre aber meiner Ansicht nach nur begreiflich, wenn damals auch die prinzipielle Frage einer Intensivierung des Warenaustausches zwischen den drei Ländern berührt worden wäre, denn es liege auf der Hand, dass speziell wir unsere Industrieprodukte leichter nach Ungarn und Italien, als nach Deutschland senden könnten. Man müsse nur einen Weg finden, um die Empfindlichkeit Dritter nicht zu verletzen, zu denen ich leider auch Deutschland rechnen müsse.

Als ich dem Herrn Bundesminister die Dienste des Amtes im Allgemeinen anbot, erwiderte er, er benötige nichts. Von Herrn Mussolini werde er empfangen werden, was „schon in Wien gemacht worden sei“. Dann kam das Gespräch auf das Regime und den Clearingvertrag und schliesslich, auf seine Frage, auch auf die Aenderung in der Einstellung Italiens weiland Bundeskanzler Schober gegenüber anlässlich seines Besuches und nach der Zoll-Union.

Als ich Minister Rintelen einlud, Sonntag Mittag auf der Gesandtschaft zu essen, sagte er, er müsse Samstag Abend abfahren, weil sein wirkliches Reiseziel Nizza sei. Ich fragte ihn, mit welchem Zuge er reise, um auf die Bahn zu kommen, was er mit Rücksicht „auf eventuelles Aufsehen“ ablehnte. Daraufhin meinte ich, es würde mich doch sehr interessieren, was er mit dem Duce gesprochen haben werde. Woraufhin er sagte, er werde erst um 6 Uhr abends empfangen werden und er würde mich gerne über seine Konversation informieren. Er würde zu diesem Zwecke wieder auf die Gesandtschaft kommen. Ich lehnte das ab und erklärte, ich würde ihn im „Grand Hôtel“ ab ½ 7 Uhr erwarten, was er schliesslich annahm. Samstag um 7 Uhr kam der Herr Bundesminister von Herrn Mussolini zurück, wohin er laut Auskunft des Portiers sich mit Herrn Castiglione begeben hatte. Er war glänzender Laune, erzählte, dass er „nur kurz“ beim Regierungschef gewesen sei, der „über Oesterreich genauestens informiert sei und sich sehr für dasselbe interessiere“. Politische Themen habe er nicht angeschnitten, da er dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Vizekanzler nicht vorgreifen habe wollen. Beim Papst sei er ¾ Stunden gewesen und ebenso lang beim Kardinalstaatssekretär. Als ich ihn fragte, ob er den italienischen Unterrichtsminister gesehen habe, bejahte er dies, er habe aber ein von demselben ihm zu Ehren geplantes Déjeuner abgesagt wegen der Papstaudienz. Auf mein Anbot, irgendwelche Aeusserungen Herrn Mussolini's die „für den Herrn Bundeskanzler von Interesse sein könnten“, geheim nach Wien zu leiten, erklärte er nochmals, er habe nichts mitzuteilen, denn sein Besuch beim Herrn Regierungschef sei „ein rein privater gewesen und eigentlich nur deshalb notwendig, weil er nicht *nur* zum Papste gehen konnte, wenn er schon in Rom sei“.

Bundesminister Rintelen reiste abends nach Nizza in einem von der Bahn über ein direktes Ersuchschreiben der Gesandtschaft an die Generaldirektion der Bahnen reservierten Coupé.

Herr Castiglione zeigte sich nie und auch Minister Rintelen erwähnte mir gegenüber nicht, dass er da und mit ihm sei.

Egger

1256

Nationalrat der Republik Österreich

Protokoll zur 58. Sitzung des Hauptausschusses

Parlamentsarchiv,
HA-NR-IV. GP

Wien, 10. Januar 1933

[...] Der Bundeskanzler gab sodann Aufklärungen über die in der Oeffentlichkeit behandelte Frage der Durchfuhr von Waffensendungen, die über die Fabrik Hirtenberg durchgeführt werden sollen. Er stellte hiebei fest: Die Hirtenberger Patronenfabrik hat als Grossaktionärin der Schweizerischen Waffenfabrik Solothurn das in Rede stehende Material im Auftrage letzterer zur Instandsetzung eingeführt, von der Absicht geleitet, dadurch auch der ihr nahestehenden Waffenfabrik Steyr-Solothurn Arbeit zu beschaffen.

Zu diesem Zwecke hatte sich die Hirtenberger Fabrik an das Bundesministerium für Finanzen gewendet. Dieses ist bei Behandlung dieses Ansuchens zum Schlusse gelangt, dass nach dem Friedensvertrage, bezw. nach dem in Durchführung desselben im Jahre 1928 votierten Kriegsgerätegesetze eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Vornahme von Reparaturarbeiten bei den in Rede stehenden Waren sowie bezüglich der Durchfuhr in unsere freie Verfügungsgewalt fällt. Das Bundesministerium für Finanzen hat daher keinen Anstand genommen – brauchte hiezu auch nicht die Zustimmung des Bundeskanzleramtes einzuholen – den von der Hirtenberger Fabrik beantragten Vormerk-Verkehr für Reparaturzwecke der uns heute beschäftigenden Waren zuzugestehen. Formell wurde die Bewilligung vom Zolloberamte in Wien gegeben. [...]

1257

Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 3/Pol.

AdR, NPA

Mitteleuropa/Geheim/Wirtschaft

Z. 20157/13

Prag, 11. Januar 1933

Gelegentlich einer Unterredung mit Herrn Dr. Krofta, die einen als privat zu bezeichnenden Charakter trug, sagte dieser, man traue in Prag den Italienern nicht, die alles daran setzen, um den französischen Einfluß in Mitteleuropa zu verdrängen, um hier selbst die erste Rolle zu spielen. In dieser Hinsicht scheine ihnen die Tschechoslowakei im Wege zu stehen, die sie als Exponenten Frankreichs in Mitteleuropa betrachten. Das scheinbar freundschaftliche Bestreben Italiens mit der Tschechoslowakei in einen regen Austausch der kulturellen Beziehungen zu kommen, was an und für sich sehr zu begrüßen wäre, sei aber doch nur auf die Absicht zurückzuführen, den Franzosen auch in kultureller Hinsicht in der Tschechoslowakei den Boden abzugraben. Die verschiedenen von Frankreich in Prag ins Leben gerufenen Kulturinstitute seien den Italienern ein Dorn im Auge und das italienische Kulturinstitut in Prag habe keinen anderen Zweck als den französischen Instituten Konkurrenz zu machen. In diesen Rahmen falle z. B. auch der gegenwärtige Besuch des ehemaligen italienischen Korporationsministers Giuseppe Bottai, der morgen in Prag einen gewiß an sich sehr interessanten Vortrag über die Entwicklung des Korporationsgedankens in Italien halten wird und der sich in der heutigen „Prager Presse“ ausführlich interviewen läßt. (Herr Dr. Beneš veranstaltet morgen zu Ehren Bottai's ein Déjeuner und auch auf der italienischen Gesandtschaft finden anlässlich der Anwesenheit des ehemaligen Ministers gesellige Veranstaltungen statt).

Oesterreich sollte sich, nach Ansicht Dr. Krofta's vor der italienischen Expansion ein wenig in Acht nehmen, denn nicht Oesterreich würde nach den Absichten Italiens in Mitteleuropa die erste Rolle spielen, sondern Ungarn und Oesterreich müßte sein Mitgenommenwerden [sic] jedenfalls mit dem definitiven Verzicht auf den Anschluß bezahlen.

Uebrigens dürfte es mit der Revision der Grenzen, d. h. mit der Durchführung größerer territorialer Verschiebungen, den Italienern nicht so ernst sein, wie es den Anschein hat. Dies gehe vielleicht schon aus einer Aeußerung hervor, die Herr Gesandter Rocco – übrigens ein sehr gemäßigter Herr – Herrn Dr. Beneš gegenüber gemacht habe, wonach Herr Mussolini nie von einer Revision der Grenzen, sondern stets nur von einer Revision der Friedensverträge spreche.

Ich warf hier ein, daß der Revisionsgedanke scheinbar doch an Verbreitung gewinne und selbst in Frankreich auf Verständnis stosse.

Mit diesen Argumenten, entgegnete Herr Dr. Krofta, arbeite Herr von Masirevich, der erst unlängst ihm gegenüber triumphierend erklärte, die Revision sei auf dem Marsche. Diese Behauptung müsse geleugnet werden; der Revisionsgedanke habe Nahrung erhalten durch die Ernennung Herrn Pierre Cot's zum Unterstaatssekretär in Frankreich, an dessen Amtsführung die Freunde der Revision grosse Hoffnungen knüpfen. Man werde sich täuschen. Pierre Cot habe, solange er oppositioneller Abgeordneter war, die Politik eines Kronprinzen gemacht. Er habe Ungarn bereist und wurde dort im revisionistischen Sinne beeinflusst. Die Ungarn glaubten, in ihm einen Freund ihrer Bestrebungen gewonnen zu haben. Herr Cot war in Polen und habe den Korridor bereist. Als er nach Paris zurückkam, habe er erklärt, daß er nunmehr überzeugt sei, der Korridor sei mit Recht polnisches Gebiet und müsse es bleiben. Gerade im Hinblick auf diese Gerüchte um Pierre Cot und die damit zusammenhängenden Hoffnungen auf eine Abkehr Frankreichs von seiner traditionellen Politik, habe der französische Ministerpräsident Paul-Boncour erst vor Kurzem spontan und offiziell Herrn Dr. Beneš wissen lassen, daß dieser überzeugt sein möge, Frankreich werde keine Dummheiten machen und sich gegen jede Aenderung der territorialen Klauseln der Friedensverträge stellen. Wenn dies schon ein Paul-Boncour erklärt, was würde erst ein Tardieu dazu sagen. Im übrigen sei es ja nur verständlich, wenn in einem so großen Staate wie Frankreich es auch Leute oder Parteien gibt, die aus Opposition oder aus anderen Gründen einer Revision das Wort reden. Daß es in Frankreich Journalisten gibt, die zu beeinflussen sind, sei wohl bekannt (Dr. Krofta machte hiebei die Gebärde des Geldzählens). Dies alles habe keine reelle Bedeutung, umsoweniger als es wohl kein Mittel gebe, irgendeinen Staat zu zwingen, Teile seines Gebietes im friedlichen Wege abzutreten. Nicht einmal der Völkerbund brächte dies zu Wege, da er auch dort, wo sichtlich Unrecht geschieht (Japan), nichts auszurichten vermag. Geschweige denn in Europa, wo sich die Staaten, um die es sich handelt, in keiner Weise gegen die Friedensverträge vergangen hätten und daher auch nicht „gestraft“ werden können. Weder Polen noch die Tschechoslowakei, noch Jugoslawien oder Rumänien würden sich zwingen lassen, von den ihnen durch die Friedensverträge zugesprochenen Gebiete etwas abzutrennen und man müsse in Europa davon überzeugt sein, daß ein solcher Versuch den Krieg bedeuten würde. Davon scheinen sogar auch die deutschen Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei nunmehr überzeugt zu sein, wenn man der gestrigen Rede ihres Führers Jung während der Budgetdebatte Glauben schenken könne, der eine staatsfeindliche Politik seiner Partei negierte und zugegeben habe, daß der Versuch der Vereinigung aller Deutschen in einem Dritten Reiche, Deutschland in einen Krieg mit 15 anderen Staaten verwickeln müßte. Wenn Jung vielleicht auch in Anbetracht des ihm drohenden Hochverratsprozesses so gesprochen habe, so sei die von ihm ausgesprochene Ansicht sicherlich die Ueberzeugung der weitaus überwiegenden Mehrheit unter den Deutschen des Landes. Vor wenigen Tagen habe ein deutscher Politiker Herrn Krofta gesagt, daß im Falle einer Abstimmung sicherlich 90 % aller Deutschen in der Tschechoslowakei für

das Verbleiben im Staate stimmen würden, obzwar sie diesen Staat nicht als ihren Staat betrachten können und, wie Dr. Krofta selbst zugeben müsse, in mancher Hinsicht Anlaß zu berechtigten Klagen haben.

Ich brachte hierauf nochmals die Sprache auf Italien, indem ich sagte, daß meines Erachtens für den europäischen Frieden die Bereinigung des französisch-italienischen Verhältnisses von großer Bedeutung sei und Herrn Dr. Krofta fragte, ob er mir hierüber etwas sagen könne. Gewiß, meinte Herr Dr. Krofta, hänge sehr viel von der Entwicklung der französisch-italienischen Beziehungen ab, und die Tschechoslowakei würde aufatmen, wenn dieses Verhältnis endlich geklärt und in freundschaftliche Bahnen gelenkt werden würde. Ob man sich in dieser Richtung von der Mission Herrn Jouvenel's viel versprechen dürfe, möchte Dr. Krofta bezweifeln. Herr Jouvenel sei wohl nach der Charakteristik, die Herr Osusky von ihm geliefert habe, kaum der richtige Mann dafür; er sei unbeständig und inkonsequent und verleugne unter Umständen seine Worte und Taten. Uebrigens sei das Amt eines Botschafters oder überhaupt Diplomaten nicht so einfach, daß man es ad hoc irgend wem anvertrauen könnte, der sich nicht schon durch seine besonderen Eigenschaften oder durch seine Routine und Erfahrung das unerläßliche Vertrauen erworben habe.

Auf die Revisionspropaganda und die damit angeblich verbundene Kriegsgefahr zurückkommend, meinte Herr Dr. Krofta, daß es Herr von Masirevich leugne, es könnten Gebietsabtretungen nur durch einen Krieg zu erzielen sein. Der Herr ungarische Gesandte habe ihm unlängst auseinandergesetzt, welch' großer Wert auch in dieser Hinsicht gerade einer richtigen Propaganda zukomme, der ja auch der tschechoslowakische Staat sein Entstehen zu verdanken hätte. Diese These müsse gerade in Bezug auf den tschechoslowakischen Staat geleugnet werden. Propaganda könne nie Staaten schaffen; auch für die Tschechoslowakei seien die wahren Befreier nicht die Propagandisten im Auslande gewesen, sondern die Herren Clam-Martinitz, Seidler und jene, die die verfehlte österreichische Politik noch während des Krieges und zu Ende desselben gemacht haben. Er sei überzeugt, daß, wenn man noch unter Kaiser Karl anders mit den Tschechen verfahren wäre, wenn sich der Kaiser hätte in Prag zum König krönen lassen, das ganze tschechische Volk Masaryk als Narren bezeichnet hätte, und nie von Oesterreich fortgegangen wäre; noch heute wären wir beisammen. Einen sehr großen Teil der Schuld am Zerfall hätten natürlich auch die Magyaren, die nie für eine vernünftige Nationalitätenpolitik zu haben gewesen wären. Mit den Deutschen in Oesterreich hätte man sich schließlich noch verständigen können. (Diese Einstellung des Historikers Krofta scheint mir recht interessant zu sein, da er entgegen der offiziellen Version nicht den „Befreiern und Gründern des Staates“ Masaryk und Beneš die ausschlagende Rolle bei der Staatswerdung zuschreibt.)

Herr Dr. Krofta schloß unsere lange Unterhaltung mit der Konstatierung, daß, wenn die Revisionspropaganda von der Tschechoslowakei auch nicht gefürchtet werde, sie doch lebhaft zu bedauern sei, besonders weil eine Großmacht, Italien, dahinter

stehe. Dadurch werde die gesamte europäische Öffentlichkeit beunruhigt und es sei unmöglich, unter diesen Umständen zu dem so wünschenswerten Einvernehmen auf wirtschaftlichem Gebiete zu kommen. Ein solches Einvernehmen würde insbesondere auch die Tschechoslowakei sehr begrüßen und Dr. Krofta sei überzeugt, daß, wenn sich der Frieden durch kleine Grenzkorrekturen (nicht größere Gebietsabtretungen!) erkaufen ließe, schließlich und endlich das ganze tschechoslowakische Volk dafür zu haben wäre. Leider sei das nicht zu machen, weil man wisse, daß sich Ungarn nicht mit solchen kleinen Grenzkorrekturen begnügen würde und Kaschau etc. werden sie nie bekommen. Daher bleiben die Aussichten für die Zukunft, wenn nicht ein Wunder geschieht, auch weiterhin höchst unerfreulich.

1258

Besprechung Legationsrat Hornbostel mit französischem Legationsrat de Montbas am 16. Januar 1933 in Wien

Amtserinnerung

AdR, NL Hornbostel
Z. 20239/13

Wien, 16. Januar 1933

Wie der französische Legationsrat Comte de Montbas streng vertraulich Legationsrat Hornbostel mitgeteilt hat, dürften auf Grund der zwischen den Vertretern der Kleinen Entente und dem französischen Gesandten einerseits und den respektiven Militärattachés andererseits abgeführten Besprechungen folgende Fragen im Laufe des morgigen Diplomatenempfanges an den Herrn Bundeskanzler gestellt werden:

1.) Ob der Herr Bundeskanzler geneigt wäre, eine Erklärung darüber abzugeben, wohin die Waffen wieder ausgeführt werden sollen und für wen sie bestimmt sind? (Montbas erzählte, daß den Militärattachés im Heeresministerium versichert worden sei, daß die Waffen für Südamerika und China bestimmt seien, was Montbas als eine gelinde „Bauernfängerei“ zu empfinden scheint.)

2.) Ob der Herr Bundeskanzler erklären wolle, daß sich ein ähnlicher Fall wie der Hirtenberger in Hinkunft nicht wiederholen werde.

Hiezu berührte Montbas das ganze juristische Problem. Die Kleine Entente und Clauzel bestreiten die Analogie mit Tschechoslowakei-Jugoslawien (Art. 322 St. Germain). Ferner glauben sie, eine Verletzung des Art. 134 darin zu erblicken, daß die Adjustierung in Hirtenberg bezw. Steyr also außerhalb der einzigen genehmigten Waffenfabrik erfolgen solle. Sie erblicken ferner in der Adjustierung eine „Erzeugung“.

3.) Ob der Herr Bundeskanzler mit Rücksicht auf die speziell in der sozialistischen Presse, unter anderen im „Populaire“ verbreitete Nachricht, wonach ein Teil der

Waffen der Heimwehr bzw. illegalen Verbänden in Oesterreich zugeführt werden solle, zu erklären bereit sei, *daß von den Waffen kein einziger Teil für Oesterreich selbst zur offiziellen oder inoffiziellen Aufrüstung bestimmt ist.*

1259

Besprechung Bundeskanzler Dollfuß mit Apostolischem Nuntius Sibia am 17. Januar 1933 in Wien

Amtserinnerung

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z. 20281/13

Wien, 17. Januar 1933

Anläßlich seines heutigen Besuches beim Herrn Bundeskanzler ist der Herr Apostolische Nuntius neuerlich auf das Konkordat zu sprechen gekommen. Er wiederholte seine Anregung, daß auch unsererseits beim Vatikan unser Interesse an einer möglichst baldigen Beantwortung unseres letzten Exposés in vielfältiger Weise kundgegeben werde. Darauf wurde ihm geantwortet, daß bereits schriftlich eine diesbezügliche Weisung an Gesandten Kohlruss ergangen sei.

Auch der Herr Bundeskanzler führte aus, daß die Bundesregierung auf eine möglichstste Beschleunigung der Verhandlungen Wert lege, da schließlich doch in absehbarer Zeit die Möglichkeit eines Eintrittes der großdeutschen Partei in die Regierung bestehe, wodurch naturgemäß die Aussichten für eine rasche und günstige Lösung des Verhandlungs-Komplexes verschlechtert würden. Dem Herrn Apostolischen Nuntius wurde auch angedeutet, daß nach unseren Informationen wohl kaum eine ausführliche meritorische und punktweise Beantwortung unseres Exposés erfolgen dürfte, ferner daß dem Heiligen Stuhl einige Stellen unklar zu sein scheinen u. eine Einladung zu mündlichen Verhandlungen in Rom zu gewärtigen sei. Der Herr Bundeskanzler drückte seine dahingehenden Absichten aus, nach Eintreffen der Antwort bzw. der Einladung des Vatikans zu mündlichen Verhandlungen die gesetzliche Materie ganz genau durch nach Rom zu entsendende zuständige Referenten behandeln zu lassen und erst in einem weiteren Stadium ein Mitglied der Regierung, z. B. Dr. Schuschnigg, mit der Finalisierung des Konkordats zu betrauen.

1260

**Besprechung Legationsrat Hornbostel mit französischem
Legationsrat de Montbas am 18. Januar 1933 in Wien**

Amtserinnerung

AdR, NL Hornbostel
(ohne Zahl)

Wien, 18. Januar 1933

Botschaftssekretär Vicomte de Montbas hat den Unterfertigten heute nachmittags neuerlich aufgesucht und ihm mit dem Anheimgehen, davon dem Herrn Bundeskanzler Meldung zu erstatten, Nachstehendes mitgeteilt:

1. Graf Clauzel habe ebenso wie seine Kollegen der Kleinen Entente die gestrigen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers, die zweifellos einen beträchtlichen Fortschritt bedeuten, ihren Regierungen einberichtet. Mit diesen Meldungen haben sich Informationen gekreuzt, die Graf Clauzel heute mittags über Paris insbes. aus Prag erhalten habe. Diese besagen u. a. daß Herr Beneš über die Hirtenberger Affaire äußerst aufgebracht sei. Herr Beneš, der bereits kürzlich dem französischen Gesandten M. Noel zugesagt habe, daß die Tschechoslowakei sich an der österreichischen Anleihe beteiligen werde, habe nunmehr darauf hingewiesen, daß ihm parlamentarisch nach der Hirtenberger Sache kaum möglich sein werde, die Teilnahme der Tschechoslowakei durchzusetzen.
2. Montbas erklärte weiters, daß die betroffenen Regierungen, u. a. auch die französische, zum Entschlusse gekommen seien, die Hirtenberger Angelegenheit in Genf anhängig zu machen.
3. Gerade mit Rücksicht auf die vorstehend erwähnte Befassung des Völkerbundes hielten es Graf Clauzel wie auch Sir Eric Phipps für sehr wünschenswert, wenn die Bundesregierung im Verfolge der seinerzeitigen Schober-Erklärung vom März 1930 einen neuerlichen Bericht an den Völkerbundrat in dem Sinne richten würde, daß die Hirtenberger Waffensendung in keiner Weise zur Aufrüstung in Oesterreich dienen werde.

[Antwort von österreichischer Seite:]

ad 1): „Wie ich bereits wiederholt erklärt habe, sind die Waffen von einer italienischen Firma an eine österreichische Firma zwecks Instandsetzung gesandt worden. Für Oesterreich handelt es sich um eine Durchfuhr. Abgesehen von einem kleinen Teil, der Oesterreich bereits verlassen hat, liegen die unter zollamtlichem Vormerk stehenden Waren noch hier, zur endgiltigen, mit dem italienischen Absender erfolgreichen, Disponierung.

Keinesfalls sollen die Waren in Oesterreich bleiben oder für österreichische Zwecke verwendet werden.

Da wir nach dem Friedensvertrag das Recht haben, die Durchfuhr in der nach den Umständen sich ergebenden Weise zu gestatten, sehen wir *keine* Veranlassung, im

vorhinein zu erklären, dass sich ähnliche Fälle wie die gegenwärtigen in Hinkunft nicht ergeben können.“

ad 2): Zur Behauptung, dass die Durchfuhr von Waffenmaterial durch Oesterreich in der Relation Tschechoslowakei-Jugoslavien mit Rücksicht auf Artikel 322 von St.-Germain statthaft, jede andere aber verboten wäre, ist zu bemerken:

Artikel 322 (siehe beiliegender Text) bezieht sich auf den *Handelsverkehr* nach *Triest* und der *Adria*, somit nicht nach Jugoslavien. Ferner ist der Artikel 322 schon deshalb niemals in Anwendung gekommen, da das im Artikel 324 vorgesehene technische Uebereinkommen zur Durchführung des Artikels 322 niemals angebahnt worden, geschweige denn zustandegekommen ist.

— · —

Artikel 322.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit, die der freie Verkehr mit der *Adria* für den tschecho-slowakischen Staat hat, erkennt Oesterreich dem tschecho-slowakischen Staate das Recht zu, seine Züge über die auf österreichischem Gebiete gelegenen Teilstrecken folgender Linien zu führen:

1. von Preßburg (Bratislava) nach Fiume über Oedenburg (Sopron), Steinamanger (Szombathely) und Mura-Keresztur und Abzweigung von Mura-Keresztur nach Pragerhof;
2. von Buweis (Budějovice) nach Triest über Linz, Sankt Michael, Klagenfurt und Aßling und Abzweigung von Klagenfurt nach Tarvis.

Auf Verlangen des einen oder anderen Vertragsteiles können die Linien, auf denen obiges Recht ausgeübt wird, zeitweilig oder dauernd durch ein Abkommen zwischen der tschecho-slowakischen Eisenbahnverwaltung und der Verwaltung jener Eisenbahnen, auf denen das Durchzugsrecht ausgeübt werden würde, abgeändert werden.

Artikel 134.

Die Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial aller Art nach Oesterreich ist formell untersagt.

Dasselbe gilt für die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsgerät aller Art mit der Bestimmung für das Ausland und für deren Ausfuhr.

Artikel 90.

Oesterreich verpflichtet sich, die volle Gültigkeit der Friedensverträge und der Zusatzabkommen anzuerkennen, welche von den alliierten und assoziierten Mächten mit den Mächten abgeschlossen sind oder abgeschlossen werden, die an der Seite der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gekämpft haben, den Bestimmungen, die über die Gebiete des ehemaligen deutschen Kaiserreiches, Ungarn, des Königreiches Bulgarien und des Ottomanischen Kaiserreiches getroffen sind oder getroffen werden, zuzustimmen und die neuen Staaten in den Grenzen anzuerkennen, die auf diese Weise für sie festgesetzt werden.

1261

Gesandter Buchberger an Legationsrat HornbostelSchreiben (geheim)¹

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 20367/13

Stockholm, 18. Januar 1933

Dein freundliches Schreiben von 4. ds. Mts.² habe ich dankend erhalten. Bei Absendung meines Schreibens vom 29. v. Mts. war mir die Haltung der in Rede stehenden Partei Frankreichs bereits bekannt. Doch beweist diese Haltung nur, dass politische Gründe immer schwerer wiegen als solche der Solidarität. Zwingende aussenpolitische Rücksichten haben die bewusste französische Partei eben veranlasst, ihr Votum für den Regierungsvorschlag abzugeben. Aehnliche zwingende Gründe aussenpolitischer Natur sind in Schweden nicht vorhanden, sodass subversive Einflüsse hier leichter durchdringen konnten. Wie Du aus meinem heutigen Bericht entnimmst, bin ich bei meiner neuen Démarche dem Minister des Aeussern energisch an den Leib gerückt, um bei den neuen Göttern die Stelle zu fühlen, wo sie sterblich sind. Der Minister des Aeussern bestätigte mir auch meine Vermutung, dass staatsfinanzielle Rücksichten für den ablehnenden Beschluss nicht die ausschlaggebenden waren. Die neue sozialistische Regierung hat hier ein derart phantastisches Budget eingebracht, indem sie 300 Millionen Schwedenkronen staatlicher Mittel durch Anleihen für öffentliche Arbeiten zur Ueberwindung der Depression und der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stellen will, sodass bei dieser Grosszügigkeit eine Staatsgarantie von 6 Mill. S., i. e. zirka 4 Mill. Schwedenkronen durchaus tragbar gewesen wäre. Wären also zwingende politische Gründe vorhanden oder wollte die Regierung diese geltend machen, hätte sie wohl dem Reichstag einen solchen Vorschlag unterbreitet. Eine ähnliche Haltung würde sie wohl auch eingenommen haben, wenn zwingende Gründe anderer Natur, die ich ja hier nicht näher auszuführen brauche, für sie in Frage kommen würden. Im Laufe meines Gespräches mit dem Herrn Minister des Aeussern habe ich auch die Debatte in der französischen Kammer berührt und gesprächsweise erwähnt, dass die französischen

¹ Vgl. im Vorfeld dazu Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Franckenstein (London). Telegramm Nr. 13 (Chiffre), Wien, 30. 9. 1932 – AdR Gesandtschaft London: „Wollen Sie intervenieren, damit dortige Regierung ihre in Genf weilenden Delegierten anweist, bei spanischem, dänischem, schwedischem und tschechoslowakischem Delegierten auf Beteiligung ihrer Regierungen an unserer Anleihe hinzuwirken.“

² Legationsrat Hornbostel an Gesandten Buchberger (Stockholm). Schreiben, Wien, 4. 1. 1933 – AdR NPA Österreich 8/IV, Z. 20 042/13.

Sozialisten geschlossen für die Anleihe gestimmt haben. Der Minister stellte sich überrascht und zeigte die gleiche Haltung, als ich ihm sagte, dass im Grunde genommen alle Parteien in Oesterreich das Gelingen der Anleiheaktion wünschen, weil dieses zur Gesundung unserer Lage notwendig sei. Exzellenz Sandler ging jedoch nicht weiter auf dieses Thema ein.

Bei dem mir persönlich näher bekannten Baron Hamilton sprach ich auch von diesen interessanten Symptomen, der mir allerdings versicherte, dass derartige Rücksichten gar keine Rolle gespielt hätten. Seine Argumentation, die vermutlich dem bisherigen Beschluss der schwedischen Regierung zu Grunde gelegen ist, wirst Du aus meinem Bericht bereits entnommen haben.

Der hiesige französische Gesandte ist unentwegt der Ansicht, dass die bewussten Einflüsse hier im gegenteiligen Sinne am Werke waren und eine Aenderung wohl nur erzielt werden könnte, wenn von dieser Seite aus in dem Sinne eingewirkt würde. Dass dies nicht möglich, ist mir natürlich bekannt, volle Klarheit über die eigentlichen Hintergründe wird man also auch hier nicht gewinnen können. Schweden scheint sich von der heissen politischen Zone Mitteleuropas, in die es durch die erste Anleihebeteiligung gezogen wurde, wieder retirieren zu wollen, um seinem alten Grundsatz prinzipieller Neutralität am Kontinent treu zu bleiben. An Versuchen einer gegenteiligen Beeinflussung lasse ich es meinerseits nicht fehlen. Meine Einwirkungsmöglichkeiten gehen aber bei der derzeitigen Konstruktion dieser Gesandtschaft über den Aussenminister leider nicht hinaus, wodurch natürlich alles erschwert ist.

Der französische Gesandte, mit dem ich kürzlich ein langes Gespräch hatte, sagte mir, er habe es schwer gehabt, auf die Sache beim hiesigen Aussenministerium zurückzukommen, da das französische Parlament erst am 30. v. Mts. abgestimmt habe. Bei Erneuerung seiner Démarche hätte man ihm natürlich mit Recht vorhalten können, dass Frankreich ja auch noch nicht eine Entscheidung getroffen habe. Auffallend war mir, dass er hinzufügte, mit der Anleihe seien wir nicht gerettet, sondern es müsse wirtschaftlich mehr geschehen. Ich entgegnete ihm, dass wir uns darüber vollkommen klar seien, die Wiederherstellung des Vertrauens durch die Anleihe aber die notwendige Voraussetzung sei, um dem von der Bundesregierung bereits in Angriff genommenen Versuch der Erweiterung unseres Absatzgebietes Erfolg zu verschaffen. Im weiteren Verlauf des Gespräches, das sich mit der chaotischen Wirtschaftslage Mitteleuropas befasste, gab der französische Minister zu, dass die heutigen Zustände sehr unerfreuliche seien und er sich nur glücklich schätze, der französischen Regierung nicht anzugehören, um auf Mittel und Wege einer Aenderung sinn zu müssen. Es ist jedenfalls bezeichnend, dass sich die französische Diplomatie bereits über vieles klar geworden ist, was sie bisher standhaft geleugnet hat. Noch vor einem Jahre wäre es nicht möglich gewesen, von dem hiesigen Franzosen solche Worte zu hören.

Viel Hoffnung, dass die neuerliche Ueberprüfung unseres Ersuchens durch die schwedische Regierung zu einem günstigen Erfolg führen wird, habe ich zwar

nicht, aber bekanntlich hofft man, so lange man lebt!
Indem ich also meinen amtlichen Bericht mit diesen persönlichen Zeilen ergänzen wollte, verbleibe ich in alter Freundschaft

Dein aufrichtiger
Buchberger

1262

Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 8/Pol.

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 20332/13

Prag, 18. Januar 1933

Ich habe mich sofort nach Erhalt des oben zitierten Erlasses¹ mit dem Kabinett des Aussenministers ins Einvernehmen gesetzt, um, trotz der ausgegebenen Parole, dass Herr Dr. Beneš vor seiner Abreise nach Genf keine Besuche mehr empfängt, eine dringende Unterredung zu erwirken. Der Chef des Kabinetts lehnte zuerst die Vermittlung ab, da er den strikten Auftrag habe, keine Besuche mehr zuzulassen, als ich aber darauf bestand, mit Herrn Dr. Beneš zumindest telefonisch sprechen zu können, liess mich dieser dennoch kommen.

Wir hatten somit gestern eine längere Unterredung, deren Resultat ich bereits kurz dem Herrn Generalsekretär telefonisch andeuten konnte.

An der Hand der mir mit dem oben genannten Erlasse gütigst zur Verfügung gestellten Argumente, suchte ich Herrn Dr. Beneš zu überzeugen, dass die Beteiligung der Tschechoslowakei an der österreichischen Anleihe nicht nur für uns von grossem Werte wäre, sondern dass sie auch im Interesse der Garantiemächte wünschenswert und notwendig sei. Herr Dr. Beneš notierte sich meine Argumente und musste ihnen im Grossen Ganzen zustimmen, erklärte aber schliesslich, dass ihm trotz alledem die gegenwärtige Situation nicht gestatte, den Antrag auf Beteiligung der Tschechoslowakei an der österreichischen Anleihe vor den Ministerrat oder das Parlament zu bringen.

Seiner Gewohnheit entsprechend, hielt er mir dann einen längeren Vortrag über seine persönliche Stellungnahme und die objektive Situation, dessen Gedankengang der folgende war:

¹ Bundeskanzler Dollfuß an Gesandten Marek (Prag), Erlass. Wien, 14. 1. 1933 – AdR, Österreich 8/IV, Z. 104 289/14 B.

Was der Aussenminister Herrn Bundeskanzler in Genf und Lausanne versprochen, dass er sich für die Beteiligung der Tschechoslowakei an der österreichischen Anleihe einsetzen wolle, sei wahr und es liege auch ganz in der Linie seiner traditionellen Politik. Die Einflussnahme Frankreichs und Englands auf seine Entschliessungen sei gar nicht notwendig gewesen, da er von allem Anfang an entschlossen gewesen sei, sich an der österreichischen Anleihe zu beteiligen.

Hierauf wiederholte Dr. Beneš im Grossen Ganzen das, was er mir anlässlich meines ersten Einschreitens in der Angelegenheit schon im Juli des vergangenen Jahres ausgeführt hatte (siehe meinen Bericht vom 25. Juli 1932, Zl.86/Pol.)². Er sei bei den Verhandlungen in Lausanne und Genf absichtlich nicht in den Vordergrund getreten und habe sich aus taktischen Gründen für Oesterreich diesmal nicht so exponiert, wie im Jahre 1923, und zwar sei er der Ansicht gewesen, dass ein Hervortreten seinerseits ein Fehler wäre. Dr. Beneš wollte uns dadurch die Situation erleichtern, weil es für uns aus innerpolitischen Gründen immer leichter sei mit Frankreich und England zu tun zu haben, als mit der Tschechoslowakei. Deshalb habe er in Lausanne die Franzosen, Engländer und Italiener gebeten, ihn beiseite zu lassen, dies umsomehr, als die Frage des ersten Genfer Protokolls gestellt worden war und er nicht wollte, dass man in Oesterreich sage, die Tschechoslowakei dränge Oesterreich in eine bestimmte Situation hinein.

Schon *Herriot* habe ihm gesagt, dass er nicht in der Lage sein werde, die österreichische Anleihe in Paris durchzusetzen, wenn sich die Tschechoslowakei nicht auch daran beteilige. Dasselbe liess Herr *Boncour* Herrn Dr. Beneš sagen, dem er aber leider schon antworten musste, dass er gegenwärtig keine Erklärung in dieser Richtung abgeben könne.

Es sei Dr. Beneš sehr gut bekannt, dass einzelne kleinere Staaten, die Schweiz, Belgien etc. ihre Beteiligungen an der österreichischen Anleihe an die Teilnahme der Tschechoslowakei knüpfen. Ebenso werde es viele Leute in Frankreich geben, die stutzig würden, wenn sich die Tschechoslowakei nicht an der österreichischen Anleihe beteilige und die darin ein Zeichen des Misstrauens sehen werden.

Mit Bedauern müsse Herr Dr. Beneš konstatieren, dass die Beziehungen zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei schon seit ungefähr einem Jahre nicht ganz so seien, wie sie sein sollten; auch wirtschaftlich nicht. Er könne es zwar begreifen, dass sich Oesterreich auf die tschechoslowakischen Exportüberschüsse berufe, doch könne wohl kein Staat, auch die Tschechoslowakei nicht, allen anderen Staaten gegenüber aktiv sein. Es gebe eben in der Wirtschaft eine gewisse Struktur, mit der man rechnen müsse. Er bemerke in Oesterreich eine systematische Tendenz, ebenso wie in Ungarn, die Wirtschaftsbeziehungen mit der Tschechoslowakei einzuschränken und nicht auszubauen. Es schaue so aus, als ob man in Wien und Budapest der Meinung wäre, lange werde es die Tschechoslowakei doch nicht aushalten und sie werde unbedingt nachgeben müssen. Demgegenüber könne der

² ADÖ 8/1238.

Minister nur sagen, dass er zwar nicht wissen könne, ob die Tschechoslowakei die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Krise aushalten werde, doch das Eine wisse er bestimmt, dass es die Tschechoslowakei, bildlich gesprochen, um eine Viertelstunde länger aushalten werde, als Ungarn und Oesterreich. Dies gehe aus der ganzen Struktur des Staates, aus der Beschaffenheit seiner Bevölkerung und aus vielem anderen mit Sicherheit hervor.

In Oesterreich werde z. B. damit gerechnet, dass man zuerst mit allen anderen Staaten Präferenzverträge werde machen können und dass man die Tschechoslowakei in eine Situation werde hineinmanövrieren, in die sie sich dann werde fügen müssen; das sei naiv. In Prag wisse man genau, was man machen könne und bis wohin man werde gehen können und darnach werde man handeln. Viel richtiger wäre es, nach der Anschauung Herrn Dr. Beneš's, wenn wir uns mit einander so schnell als möglich wirtschaftlich einigen und unsere Verhandlungen zu Ende führen würden.

Das Bewusstsein, dass Oesterreich der Tschechoslowakei gegenüber so eingestellt sei, wie eben geschildert, erzeuge eben in den politischen und wirtschaftlichen Kreisen des Landes eine gewisse Stimmung, die beileibe keine Feindschaft sei, aber eben eine Stimmung, mit der man auch rechnen müsse, wenn man an die Beteiligung an der Anleihe denke.

Auch *politisch* sei die Situation nicht besser. Es sei ganz überflüssig gewesen, dass gerade jetzt die Geschichte mit den Hirtenberger Waffen geschehen sei. Er halte die Sache, trotz meiner Herrn Dr. Krofta gegenüber gegebenen Aufklärungen, für sehr ernst, obwohl er sich bemüht habe, die tschechischen Zeitungen zu besänftigen und auch in seiner Budgetrede nicht über die Waffenaffaire gesprochen habe. Er sei auch deshalb sehr beunruhigt, weil er nicht wissen könne, was alles schon etwa früher in dieser Richtung geschehen sei. Die österreichische Regierung hätte diese Waffentransporte nie dulden dürfen und die Berufung darauf, dass die Regierung davon nicht gewusst, scheine ihm nicht ganz stichhältig zu sein, denn zum Schlusse habe das österreichische Kabinett doch von den Dingen Kenntnis gehabt.

Dieser Vorfall hindere den Aussenminister absolut daran, gerade jetzt mit einer Beteiligung an der österreichischen Anleihe vor das Parlament zu treten.

Er habe erwogen, ob er den Vorfall dazu benützen solle, den ganzen Fragekomplex in Genf zur Sprache zu bringen; darüber sei er sich noch nicht im klaren. Jedenfalls werde die Sache auf der Abrüstungskonferenz automatisch zur Sprache kommen, es werde und müsse dort darüber gesprochen werden. In Oesterreich werde man erst erkennen, wie unzeitgemäss diese Affaire eben jetzt gewesen sei, wo man die Gleichberechtigung und sonst noch manches andere durchsetzen wolle. Jedenfalls werde der Minister, wenn vielleicht auch nicht öffentlich, so doch in Einzelgesprächen, mit allen massgebenden Vertretern über die Hirtenberger Affaire sprechen und erst dann sehen, was sich mit der Anleihe machen liesse. Derzeit, so unterstreiche er nochmals, könne er aber weder im Ministerrate noch im Parlament die Frage der österreichischen Anleihe vorlegen, weil dies jedenfalls bei den Sozialdemokraten und einem grossen Teil der Agrarier einen Sturm hervorrufen würde und zumindest

diese Parteien mit der grössten Entschiedenheit gegen die Beteiligung auftreten würden. Gegen ihre Stimmen könnte Herr Dr. Beneš die tschechoslowakische Beteiligung nicht durchsetzen.

Als Herr *Boncour* nach Prag die gegenständliche Anfrage wegen der tschechoslowakischen Beteiligung gerichtet hatte, hätte ihm Herr Dr. Beneš sagen lassen, er möge, wenn er es für das eigene Parlament brauche, in den Ausschüssen etc. erklären, man werde in Prag alles machen, um die Beteiligung der Tschechoslowakei durchzusetzen. In die Zeitungen möge er dies aber nicht geben. Kaum habe Herr Dr. Beneš Herrn *Boncour* diese Erklärung abgegeben, sei die Hirtenberger Affaire aufgefliegen und der Minister frage mich jetzt selbst, was er nun machen soll.

Wie die Situation heute liege, könne mir der Minister nur ganz offen und ehrlich das Eine erklären: er könne nichts Positives versprechen und könne sich insbesondere nicht für die Regierung verpflichten, doch ändere er persönlich seine Linie nicht, er wolle das den Franzosen gegebene Wort halten, doch müsse dafür die Situation geeignet sein. Das sei sie momentan nicht. Ausserdem möchte er, dass die Hirtenberger Waffenfrage in irgendeiner Weise liquidiert werde. Bis jetzt wisse man nicht, was mit den Waffen geschehen soll, man wisse nicht, wieviel davon nach Ungarn gekommen seien und welcher Teil in Oesterreich bleiben soll. Als ich demgegenüber in grossen Zügen das wiederholte, was ich auftragsgemäss schon vor einigen Tagen im Aussenamte erklärt hatte (mein Bericht Zl. 7/Pol. vom 16. ds. Mts.)³, meinte Herr Dr. Beneš, dass dies doch nur im Grossen Ganzen Ausreden seien, die die Wirklichkeit decken sollen und dass er die österreichische Regierung als mitschuldig – schon wegen ihrer Passivität – betrachte.

Auf die Anleihe zurückkommend, möchte uns Herr Dr. Beneš folgendes raten: Wir sollen uns über die Hirtenberger Waffenaffaire in Genf mit den Franzosen und Engländern aussprechen und wenn diese Herrn Dr. Beneš erklären würden, dass sie die Affaire als befriedigend beigelegt erachten, dann werde er es zu Haus versuchen, die Anleihe durchzusetzen. Dies wäre seines Erachtens auch der für uns gangbarste Weg, bei dem wir nicht direkt mit der Tschechoslowakei zu tun hätten.

Auf meine Frage, ob Dr. Beneš in Genf im Besitze der entsprechenden Vollmacht sein werde, um für den von ihm vorgesehenen Fall sofort die Beteiligung der Tschechoslowakei an der österreichischen Anleihe erklären zu können, antwortete Herr Dr. Beneš, dass dies nicht der Fall sein werde, er müsste erst von Genf aus nach Prag berichten. Er sei Freitag, den 20. ds. Mts. bereits in Genf.

Im Verlaufe einer unserer letzten Unterhaltungen, kam Herr Dr. Beneš auch auf die Anschlussfrage zu sprechen und meinte, er sei froh, dass der Anschluss aufgehört habe ein rein tschechoslowakisches Interesse zu sein. *Vertraulich* wolle er mir mitteilen, dass es gerade die Italiener waren, die ihn Dr. Beneš in Lausanne beschuldigt hätten, er kümmere sich gar nicht um das Protokoll, dessen Zustandekommen ja

³ Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß. Bericht Nr. 7/Pol., Prag, 16. 1. 1933 – AdR, Gesandtschaft Prag.

sehr wichtig sei. Dr. Beneš habe den Italienern damals geantwortet, dass ihn das Protokoll nicht interessiere und die Italiener mögen machen was sie wollen. Die Sache stehe einmal, seit dem Haager Urteil, ganz anders, als früher. Heute sei der Anschluss eine europäische Frage geworden und das müsse auch in Deutschland und Oesterreich erkannt werden. Man könne also nicht mehr damit operieren, dass der oder jener Staat für den Anschluss sei und einem solchen zustimmen würde; wenn man dadurch falsche Hoffnungen in Oesterreich und in Deutschland erwecken sollte, so wäre dies eine bewusste Täuschung der Oeffentlichkeit. Durch diese Verallgemeinerung sei das tschechoslowakische Interesse an der Anschlussfrage *taktisch* (aber nicht sachlich) sehr verringert und Beneš habe es nicht mehr nötig, mit Antianschlussargumenten zu arbeiten. Dies wollte er mir nur sagen, weil es sein Wunsch sei, dass in unseren gegenseitigen Beziehungen volle Offenheit herrsche. Er selbst wolle sich jetzt mehr oder weniger auf die Kleine Entente zurückziehen und der damit zusammenhängenden Politik seine volle Aufmerksamkeit zuwenden. Diese letzte Bemerkung scheint mir die in meinem ergebenen Berichte vom 9. ds. Mts., Zl. 4/Pol.⁴ wiedergegebene Anschauung zu bestätigen, dass ein gewisses Misstrauen gegenüber der französischen Politik tatsächlich besteht und Herrn Beneš auch aus diesem Gesichtspunkte ein möglichst enger Zusammenschluss der Kleinen Ententestaaten zu einem international zu handhabenden, einheitlichen Instrument in Anlehnung an Polen ratsam erscheint.

Genehmigen, Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommene Ergebenheit.
Marek

1263

Besprechung Legationsrat Hornbostel mit ungarischem Gesandten Nelky am 27. Januar 1933 in Wien

Amtserinnerung

AdR, NL Hornbostel
(ohne Zahl)

Wien, 27. Januar 1933

Der kgl. ungarische Gesandte Nelky, den ich heute mittag in Privatgesellschaft traf, teilte mir folgendes mit dem Ersuchen um Informierung des Herrn Bundeskanzlers mit.

Er habe heute von seiner Regierung die telegraphische Information erhalten, dass Frankreich und England tatsächlich die Absicht hätten, innerhalb der kürzesten

⁴ Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß. Bericht Nr. 4/Pol., Prag, 9. 1. 1933 – AdR, Österreich 8/IV, Z. 20165/13.

Frist in Budapest, Wien und Rom Vorstellungen wegen der Hirtenberger Sache zu erheben.

Die ungarische Regierung sei entschlossen im Falle eines solchen Schrittes der genannten beiden Mächte darauf zu antworten, „dass Ungarn über die ganze Angelegenheit nicht authentisch informiert sei und damit nichts zu tun habe.“

1264

Bundeskanzler Dollfuß an Reichskanzler Hitler

Telegramm

Das Braunbuch¹

Wien, 31. Januar 1933
(17.00)

Wollen Sie, Herr Reichskanzler, für die freundliche Mitteilung Ihrer Berufung an die Spitze der Reichsregierung meinen aufrichtigsten Dank entgegennehmen. Indem ich Ihnen namens Österreichs auch für die ausgesprochenen Wohlfahrtswünsche herzlichst danke, erwidere ich diese mit dem innigen Wunsche für das Wohlergehen des gesamten deutschen Volkes.

1265

Gesandter Wildner an die österreichische Gesandtschaft in London

Erlass

AdR

Gesandtschaft London
Z. 111 631/14a

Wien, 1. Februar 1933

Die Gesandtschaft erhält anbei eine Aufzeichnung (Beilage A) der am 28. v. M. durch die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Grossbritanniens an den Herrn Bundeskanzler in der Hirtenberger Waffenangelegenheit gestellten Fragen in deutscher Uebersetzung. Der Wortlaut der von den genannten beiden Vertretern gestellten Fragen weist lediglich geringfügige Abweichungen voneinander auf. Weiters folgen die auf diese Fragen heute schriftlich erteilten Antworten des Herrn

¹ Das Braunbuch. Hakenkreuz gegen Österreich, ed. Bundeskanzleramt, Büro des Bundesministers für Sicherheitswesen (Wien 1933) 1.

Bundeskanzlers (Beilage B) in französischer Fassung zu d. a. Kenntnisnahme und Regelung der Sprache mit.
Für den Bundeskanzler

Wildner

Beilage A: An den Herrn Bundeskanzler gestellte Fragen in der Hirtenbergangelegenheit

- 1.) Wurde die Beförderung der Sendung mit der Bewilligung und mit Wissen der österreichischen Regierung durchgeführt?
- 2.) Zahl und Spezifizierung der beförderten Waffen?
- 3.) Ursprungsort der Sendung und Name des Absenders?
- 4.) Name des Empfängers, eingeschlagener Beförderungsweg und bezahlte Preise.
Ist es wahr, daß die Waffen für Ungarn bestimmt waren?
- 5.) War beabsichtigt, daß die Waffen oder Teile derselben in Hirtenberg und in den Steyr-Werken wieder in Stand gesetzt werden sollten und wenn dem so ist, wie war dies vereinbar mit der Tatsache, daß diesen Fabriken verboten ist, sich mit Kriegsmaterial zu beschäftigen?
- 6.) Wo befinden sich jetzt die Waffen?

Beilage B: Réponses¹

¹ Im NL Hornbostel findet sich ein Konzept in deutscher Sprache zu den Antworten des Bundeskanzlers, das in Punkt 2 abweicht:

„1. Die Beförderung der Sendung wurde mit Genehmigung (authorisation) der zuständigen Finanzbehörden durchgeführt. (Die Bundesregierung als solche hat von der Sendung keine Kenntnis gehabt).

2. Aus den Frachtdokumenten im Zusammenhalte mit der stichprobenweise erfolgten zollämtlichen Ueberprüfung der Kisten kann entnommen werden, daß sich die Sendungen auf 99.992 (aus italienischerseits erbeuteten Beständen der ehemaligen österr.-ungar. Armee stammenden) Gewehre und 1000 (ebensolche) automatische Gewehre belaufen.

3. Comm. Giuseppe Cortese in Brescia, aufgegeben in Brescia.

4. Empfänger ist die Hirtenberger Patronen-Fabrik bzw. die Steyr-Solothurn A.G. in Steyr. Der Beförderungsweg ist: Brescia – San Candido – Lienz – Enzesfeld bzw. Steyr. Der bezahlte Frachtsatz war der für Waffen festgesetzte. Bei dem auf die vorliegende Sendung angewendeten Vormerk-Verkehr war die Frage, für wen die Ware, die nicht in Oesterreich zu verbleiben hat, bestimmt ist, vollkommen irrelevant. Für die österreichischen Finanzbehörden hat nur festgestanden, daß die Waffen in der Durchfuhr zur Wiederausfuhr gelangen müssen. Aus den Frachtpapieren und den sonstigen Geleiturkunden der Sendungen konnte nicht geschlossen werden, daß die Waffen für Ungarn bestimmt waren.

5. Es war beabsichtigt, an den Waffen, die in dem Zustande, in welchem sie nach Oesterreich gelangten, durchaus verwendbar waren, Arbeiten vorzunehmen, die sich auf Entrosten und Verlängerung des Laderaumes beschränken, also auf unwesentliche Manipulations-Arbeiten wie sie jeder Mechaniker ohne Verwendung von masch[ineller] Einrichtung vornehmen könnte.

Mit den Bestimmungen des Friedensvertrages ist die Durchführung solcher Ausbesserungsarbeiten durchaus vereinbar, denn die Uebernahme dieser Ausbesserungsarbeiten entsprang rein kommerziellen Erwägungen und die Arbeiten selbst erfordern keinerlei Einrichtung (outillage),

ad 1°) Le transport a été effectué avec l'autorisation des autorités compétentes des finances. Ni le Chancelier ni le Gouvernement Fédéral n'en avaient en connaissance.

ad 2°) Il s'agit d'environ 50.000 fusils et de 200 fusils automatiques environ provenant de matériel de l'ancienne armée austro-hongroise capturé par l'Italie.

ad 3°) Comm. Giuseppe Cortese à Brescia, lieu d'origine Brescia.

ad 4°) Destinataire: Hirtenberger Patronenfabrik A. G. respectivement Steyr-Sothurn A. G. à Steyr. Itinéraire suivi par l'envoi: Brescia – San Candido – Lienz – Enzesfeld respectivement Steyr. Le prix payé était celui qui est fixé par le tarif pour le transport d'armes. La question de savoir, à qui la marchandise qui ne doit pas demeurer en Autriche, est destinée n'a aucune importance pour le régime d'admission temporaire appliqué à l'envoi en question. Pour les autorités autrichiennes des finances il était seulement manifeste que les armes en transit doivent être réexportées. Les autorités ignorant que ces armes aient été destinées à l'Hongrie.

ad 5°) On avait l'intention de soumettre les armes qui, dans l'état dans lequel elles ont atteint l'Autriche, étaient parfaitement utilisables à des travaux qui se bornent à les dérouiller et à prolonger la chambre, par conséquent à des manipulations peu importantes telles que chaque mécanicien serait en état de les effectuer sans avoir recours à des machines spéciales. L'exécution de pareils travaux de réparation s'accorde parfaitement avec les dispositions du Traité de St. Germain, étant donné que l'entreprise de ces travaux était basée sur des considérations purement commerciales et que les travaux mêmes n'exigent aucun outillage défendu par le Traité.

ad 6°) Les armes se trouvent en partie à Hirtenberg, en partie à Steyr.“

Anhang I: Französische Verbalnote (Übersetzung) vom 28. Januar 1933

Um die Angelegenheit der den österreichischen Werken in Hirtenberg und in Steyr gesendeten Waffen aufzuklären, hat die französische Regierung ihren Vertretern in Wien, Budapest und in Rom den Auftrag erteilt die Regierungen, bei welchen sie akkreditiert sind, um alle diesbezüglich notwendigen Auskünfte zu ersuchen.

Indem er sich auf die ersten Erklärungen bezieht, die die österreichische Regierung im Gegenstande bereits abgegeben hat, beehrt sich der Geschäftsträger Frankreichs, auftrags seiner Regierung, Seine Exzellenz den Bundeskanzler zu bitten, ihm alle ihm in dieser Angelegenheit zur Verfügung stehenden Aufklärungen geben zu wollen, namentlich über nachstehende Punkte:

1. Ist es zutreffend, dass ein internationaler Waffentransport mit der Bestimmung nach oder mit Provenienz aus Oesterreich auf österreichischem Territorium mit der Bewilligung oder der Kenntnis der Bundesregierung durchgeführt worden wäre?
2. Anzahl und Einzelheiten der gesendeten Waren.

die nach dem Friedensvertrage verboten ist.

6. Die Waffen befinden sich zum Teil in Hirtenberg, zum Teil in Steyr.

3. Ausgangspunkt der Sendung und Name des Absenders.
4. Name des Empfängers, Route, die die Sendung genommen hat und bezahlter Preis. Trifft es im besonderen zu, dass die Waffen für Ungarn bestimmt gewesen wären?
5. Waren die Waffen bestimmt, in den Werken von Hirtenberg oder von Steyr eine Veränderung (transformation) zu erfahren oder haben sie eine solche erfahren? Wie vereinbart sich bejahendenfalls diese Veränderung mit der Tatsache, dass diese Werke keinen Teil des einzigen staatlichen Werkes bilden, welches allein ermächtigt ist, sich mit Kriegsmaterial zu befassen?
6. Wo befinden sich gegenwärtig die Waffen?

Die französische Regierung würde den grössten Wert darauf legen, sobald als möglich die Antwort der österreichischen Regierung auf diese verschiedenen Fragen zu erhalten.

Anhang II: Britische Verbalnote (Übersetzung) vom 28. Januar 1933

Seiner Majestät Minister beehrt sich, in Befolgung von ihm durch Seine Majestät Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten erteilten Instruktionen, Seine Exzellenz den Bundeskanzler in Kenntnis zu setzen, dass angesichts der Tatsache, dass die Hirtenberger Waffenangelegenheit, von der in der Mitteilung der Amtlichen Nachrichtenstelle vom 9. I. Mts. Erwähnung getan wurde, demnächst in Genf zur Sprache gebracht werden könnte, Seiner Majestät Regierung dankbar wäre, wenn sie mit jedweder Information, die der österreichischen Regierung zur Verfügung steht, versehen werden könnte. Im besonderen wird eine Auskunft über folgende Punkte gewünscht:

1. Wurde die Beförderung der Sendung mit der Bewilligung und mit Wissen der österreichischen Regierung durchgeführt?
2. Zahl und Spezifizierung der beförderten Waffen.
3. Ursprungsort der Sendung und Name des Absenders.
4. Name des Empfängers, eingeschlagener Beförderungsweg und bezahlte Preise. Ist es wahr, dass die Waffen für Ungarn bestimmt waren?
5. War beabsichtigt, dass die Waffen oder Teile derselben in Hirtenberg und in den Steyrwerken wieder in Stand gesetzt werden sollten und wenn dem so ist, wie war dies vereinbar mit der Tatsache, dass diesen Fabriken verboten ist, sich mit Kriegsmaterial zu beschäftigen?
6. Wo befinden sich jetzt die Waffen.

Anfragen im obigen Sinne werden auch bei der italienischen und der ungarischen Regierung durch die respektiven Vertreter Seiner Majestät in Rom und in Budapest durchgeführt.

Sir Eric Phipps wäre dankbar, wenn er so rasch wie möglich Antworten auf diese Fragen erhalten könnte.

1266

**Besprechung Sektionschef Schüller mit italienischem
Ministerpräsidenten Mussolini am 4. Februar 1933 in Rom¹**

Aufzeichnung

AdR,
NL Wildner

o. O., o. D.

Gesandter Dr. Schüller erklärte Herrn Mussolini gegenüber:

Der Herr Bundeskanzler hat mich beauftragt, seinen Dank für die bei verschiedenen Anlässen schon bewiesenen guten Intentionen E. E. zu übermitteln. Die Wirtschaftskrise habe gezeigt, daß Oesterreich unbedingt eine Erweiterung seines Wirtschaftsraumes braucht. Hiebei spiele das Verhältnis zu Italien für Oesterreich eine große Rolle. Das seit dem November etablierte Begünstigungsregime funktionierte glatt und könne bedeutende Wirkungen üben. Es sollte in Etappen ausgebaut werden. Oesterreich verlange hiebei keine neuen finanziellen Opfer seitens Italiens. Es wolle stufenweise zum freien Verkehre gelangen. Es sei zuzugeben, daß dieses wirtschaftlich für Oesterreich wichtiger ist als für den Großstaat Italien. Auf ähnliche Weise könne auch eine wirtschaftliche Annäherung mit Ungarn und eventuell mit Jugoslawien herbeigeführt werden, während von anderen Staaten Oesterreich einseitige Vorzugszölle zu erlangen bemüht sei. Der Ausbau des Regimes werde naturgemäß bei den Interessenten mancherlei Schwierigkeiten begegnen, die nur überwunden werden können, wenn die Regierungen entschlossen sind, diesen Weg zu gehen. Angriffe dritter Staaten auf das Regime seien nicht ernstlich zu befürchten.

Die österreichische Regierung wünsche, die Devisenbeschränkungen im Handel mit Italien zu beseitigen.

Auf politischem Gebiete ergeben sich Schwierigkeiten aus dem Verhältnis zu den Anschlußparteien.

Der Herr Bundeskanzler wäre sehr dankbar, wenn auf kulturellem Gebiete im Alto Adige, dessen Bevölkerung friedlichen Geistes sei, Erleichterungen, insbesondere im deutschen Sprachunterricht, gewährt werden könnten.

Herr Mussolini erwiderte hierauf:

Er habe lebhaftes Sympathie für den Herrn Bundeskanzler, der mit Takt und Energie regiere. In einer so schwierigen Zeit habe der Bundeskanzler viel zustandegebracht. Auch die Haltung in der Frage der Hirtenberger Waffen, in der Oesterreich von der Kleinen Entente bedroht wurde, sei in gutem Sinne bemerkenswert. Er freue sich über unseren Vorschlag, die Devisenbeschränkungen zu beseitigen, denn er

¹ Vgl. DDI, Settima Serie, Volume 13/68.

glaube nicht an die Autarkie und diese Beschränkungen müssen fallen, wenn der Weltverkehr wieder in Gang kommen soll.

Meine Darlegungen über die handelspolitischen Fragen seien überzeugend und er stimme ihnen vollständig zu. Er selbst war, sei und werde sein auch für eine Zollunion mit Oesterreich und Ungarn und er glaube, daß mit der Zeit auch eine solche mit SHS möglich wäre. Mit Zollunionen hätte man aber Schwierigkeiten, weil sie nun einmal mit Mißtrauen betrachtet werden. Er sei deshalb mit unserem Vorschlage einverstanden, das bestehende Begünstigungsregime auszubauen. Er fragte, wie ich mir die Durchführung denke und würde es für günstig halten, wenn man vor der Weltwirtschaftskonferenz zu etwas käme.

Ich legte darauf dar, daß man in der nächsten Etappe für möglichst viele Waren des gegenseitigen Verkehres begünstigte Kontingente festsetzen und in einer späteren Etappe dann die Kontingente nur für gewisse Waren aufrecht erhalten, im übrigen aber die Begünstigungen ohne Kontingente gewähren sollte. Vor der Weltwirtschaftskonferenz könnte man sich hierüber einigen und sogleich die notwendigen inneren Vorbereitungen für die Bestimmung der Kontingente der einzelnen Waren treffen. Nach der Konferenz könnte man dann die Verhandlung durchführen.

Mussolini sagte, der Plan scheine ihm sehr gut und es solle so gemacht werden. Auf eine Weltwirtschaftskonferenz sollte man im Sinne der Wiederherstellung des Handelsverkehrs und gegen den falschen Autarkismus wirken. Ich möge dem Herrn Bundeskanzler den Ausdruck seiner Sympathie überbringen.

Schüller

1267

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter

Telegramm Nr. 22 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NL Hornbostel
(ohne Zahl)

Rom, 12. Februar 1933
(23.40 → 13. II. → 8.00)

[...]¹

Er² hatte von Rücksendung der 10.000 Gewehre bereits durch italienischen Gesandten und teilweisem Inhalt Demarche in Wien durch Zeitungsnachricht aus Genf Kenntnis. Er bemerkte, er wisse nicht, welche Aufnahme Demarche seitens Herrn Bundeskanzlers gefunden habe, es stünden sich aber zwei Ansichten gegenüber und

¹ Egger hatte im Auftrage des Ballhausplatzes bei Suvich dringend um eine Unterredung gebeten und wurde vom italienischen Unterstaatssekretär am 11. 2. empfangen.

² Suvich.

Italien sei „anderer Ansicht“ als London und Paris. Als der englische Botschafter seinerzeit bei ihm in derselben Angelegenheit vorgesprochen habe, habe er ihm geantwortet, daß er

„I° nur aus Liebenswürdigkeit antworte,

II° daß Oesterreich *voll* im Rechte sei, da keine Bestimmung des Friedensvertrages ihm verbiete, Waffen transitieren zu lassen oder mit Maschinen, die auch zu anderen Zwecken dienen können, zu reparieren, und

III° daß es im Interesse [des] Friedens besser wäre, sich, statt mit einer solchen Sendung, mit den Zuständen in Jugoslawien zu befassen, das allen Meldungen zufolge, „die er dem Botschafter gezeigt habe“, offen den Krieg für das kommende Frühjahr vorbereite“.

Dem französischen Botschafter gegenüber, der an demselben Tage bei ihm erschienen sei und bedauert habe, eine solche Anfrage stellen zu müssen, habe er nur drauf gesagt, daß Oesterreich im Rechte sei.

Das Forum zur Interpretation der Friedensverträge sei, soviel er wisse, Haag. Eine sofortige Rücksendung *aller* Waffen wäre seiner Ansicht nach eine Anerkennung eines nicht geklärten Standpunktes und könnte falsch interpretiert werden. Die Demarche finde er in der Form sehr hart und eine Art Ultimatum. London und Paris hätten anders gesprochen, wenn die Verhandlungen wegen der Anleihe schon beendet wären. Das Ganze sehe einer „Erpressung“ sehr ähnlich. Er begreife aber *vollkommen* die Wichtigkeit dieser Anleihe für Oesterreich und werde mir nach Besprechung mit den kompetenten Stellen ehestens eine Antwort geben.

1268

Besprechung Bundeskanzler Dollfuß mit italienischem Gesandten Preziosi am 14. Februar 1933 in Wien¹

Amtsvermerk

AdR, NL Hornbostel
(ohne Zahl)

Wien, 14. Februar 1933

Heute erschien der kgl. italienische Gesandte Preziosi beim Herrn Bundeskanzler und teilte ihm im Auftrage des kgl. italienischen Ministerpräsidenten Nachstehendes mit:

Herr Mussolini hat den Gesandten telegrafisch beauftragt, den Herrn Bundeskanzler um Ueberlassung einer Abschrift der vom französischen Gesandten in der Hirtenberger Waffenangelegenheit am vorigen Samstag übergebenen Note zu ersuchen.

¹ Siehe dazu auch DDI, Settima Serie, Volume 13/78, 86, 100.

Herr Mussolini beabsichtigt, nach Empfang dieser Abschrift bei der englischen Regierung in London einen freundschaftlichen Schritt unternehmen zu lassen. Sobald dieser Schritt erfolgt sein werde, wird Herr Mussolini mit Bezug auf die ihm vom Gesandten Egger im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers am Sonntag gemachten Mitteilung sogleich seine Antwort hinsichtlich der zurück zu instradierenden Waffmengen und bezüglich der Art und Weise wie der Rücktransport erfolgen soll, dem Herrn Bundeskanzler zukommen lassen.

Die kgl. italienische Regierung ist der Meinung, dass der Rücktransport der Waffen nicht auf einmal in Massen bewerkstelligt werden sollte.

Der Herr Bundeskanzler ersuchte Herrn Preziosi, dem kgl. italienischen Ministerpräsidenten seinen aufrichtigsten Dank für die vorstehenden Mitteilungen zu übermitteln. Eine Abschrift der französischen Note wurde dem italienischen Gesandten sofort eingehändigt.

Ich war bei der ganzen Unterredung zugegen.

1269

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter

Telegramm Nr. 23 (Chiffre, streng geheim)¹

AdR, NL Hornbostel
(ohne Zahl)

Rom, 15. Februar 1933
(20.30 → 16. II. → 8.00)

Unterstaatssekretär liess mich heute zu sich bitten und sagte mir, er habe Ministerpräsidenten von meinen letzten Mitteilungen detaillierte Meldung erstattet. Da man hier Ton englisch-französischer Demarche in Wien „inadmissible“ finde, sei beabsichtigt, einen „freundschaftlichen“ Schritt in London zu unternehmen. Herr Grandi habe von dem Bevorstehen desselben englisches Ministerium des Aeussern bereits verständigt. Obwohl [der] Text [der] Note, die Unterstaatssekretär morgen englischem Botschafter übergeben werde, noch nicht ganz festgestellt sei, wolle er mir Hauptinhalt derselben skizzieren.

Man werde England auf [die] „Ungehörigkeit“ [des] Tones [der] Note aufmerksam machen und beifügen, dass Italien deren Standpunkt nicht teile. Kein Staat habe das Recht, einseitig Friedensverträge zu interpretieren, dafür gebe es ein kompetentes Forum, und das Verlangen nach Schritten einer Regierung auf Grund einer subjektiven Rechtsanschauung sei unzulässig. Weiters werde detailliert ausgeführt werden, dass Waffensendung behufs Reparaturperspektive Untersuchung eben so ein Transit sei, wie die Sendungen von der Tschechoslowakei nach Jugoslawien. Ferner werde man

¹ Siehe dazu ADÖ 8/1267.

London vor Augen führen, dass England „über Betreiben Frankreichs, das jeden Grund habe, Italien momentan nicht zu verstimmen,“ das politische Spiel Dr. Beneš' und der Kleinen Entente spiele, was mit seiner Würde ebenso unvereinbar sei, wie die Verbindung mit der Anleihe mit seiner „Grossmut“.

Schliesslich werde man auch darauf verweisen, dass im Falle der Zerstörung der Waffen dem Privatauftraggeber nach Millionen Lire zu bemessende Ersatzansprüche erwachsen würden und dass ein Rücktransport logischerweise nicht in vierzehn Tagen sondern nur nach fachmännischer Untersuchung der Waffen nach und nach erfolgen könne.

Unterstaatssekretär schloss damit, dass er versicherte, man wolle hier „gewiss Oesterreich keine Schwierigkeiten machen,“ aber die sofortige Rücksendung *aller* Waffen erscheine aus vielen Gründen inopportun. Einige Kisten seien übrigens in Verona schon eingelangt.

1270

Besprechungen Bundeskanzler Dollfuß mit italienischem Gesandten Preziosi am 20. und 21. Februar 1933 in Wien

Amtserinnerung

AdR, NL Hornbostel
(ohne Zahl)

Wien, 20. und 21. Februar 1933

[Gespräch vom 20. Februar:]

Der italienische Gesandte Preziosi ist heute nach Ansage beim H. Bundeskanzler erschienen und hat ihm folgende Mitteilungen über den italienischen Schritt in London bezüglich der Hirtenberger Waffenangelegenheit gemacht:

Aus der Lektüre der Instruktion Herrn Mussolini's an Herrn Grandi – analoge Mitteilungen wären von Herrn Suvich, dem englischen Botschafter in Rom, gemacht worden – sind folgende Punkte zu entnehmen:

Die italien. Auffassung von der französ.-engl. Note vom 11. Februar an Oesterreich geht dahin, dass sie den Charakter eines Ultimatums trage und in gar keinem Verhältnis zu der Bedeutung der Angelegenheit stehe. Die juristische Kernfrage sei die, ob Oesterreich durch Bewilligung des Reparaturverkehrs den Friedensvertrag verletzt habe oder nicht. Hinsichtlich der behaupteten Sendungen nach Ungarn, so sei dies eine Tatfrage und die Beweispflicht obliege nicht der österr. Bundesregierung, sondern denjenigen, die diese Behauptung aufstellen. Für die Interpretation der Verträge bestehe ein eigenes Forum und die Auffassung Englands und Frankreichs allein könne daher für Oesterreich nicht verpflichtend (impegnativa) sein. Nach italienischer Auffassung stehe die österr. Aktion (azione austriaca) durchaus

im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, da ausschliesslich die *endgiltige* Einfuhr von Rüstungsmaterial verboten sei. Die unter Kontrolle der Mächte zur Friedensproduktion übergeführten ehemaligen Kriegsindustrien Hirtenberg und Steyr seien heute als kommerzielle Unternehmungen aufzufassen, denen jede kommerzielle Betätigung, so auch die Reparatur von Waffen gestattet werden müsse.

Punkt 6 der Instruktionen an Herrn Grandi, dessen besondere Wichtigkeit von Herrn Preziosi wiederholt hervorgehoben wurde, besagt, dass die italien. Regierung darauf vertraut, dass die britische Regierung der österr. Bundesregierung zubilligen wird, die zwischen einem privaten italienischen Auftraggeber und den in Rede stehenden österr. Privatfirmen abgeschlossenen Verträge, deren Sinn entsprechend zu erfüllen [ist] und zuzugeben sein wird, dass die Waffen sukzessive (*man mano*) nach Reparatur (*ricalibrazione*) nach Italien zurückgesendet werden; so sei bereits auch ein kleiner Teil zum Rücktransport nach Italien gelangt, ca. ein Waggon.

Die italien. Instruktion klingt dahin aus, dass Herr Mussolini in der Verbindung zwischen der Hirtenberger Affaire und der österr. Anleiheaktion ein Erpressungsmanöver (*manovra di pressione*) erblicke und so wie bisher bereit sei mit der britischen Regierung hinsichtlich der Interpretation der Bestimmungen der Friedensverträge freundschaftlich zu kollaborieren.

Herr Preziosi ersuchte den H. Bundeskanzler diese Mitteilung als streng vertraulich zu betrachten. H. Bundeskanzler bat Herrn Preziosi Herrn Mussolini seinen wärmsten Dank für die überaus freundschaftliche Unterstützung in dieser Angelegenheit zum Ausdrucke zu bringen.

[Gespräch vom 21. Februar]

Der Herr italienische Gesandte Preziosi hat nach Ankündigung seines Besuches noch am späten gestrigen Abend heute früh 9 Uhr 15 beim Bundeskanzler vorgesprochen und ihm, an Hand eines ihm gestern abend zugekommenen Telegrammes Herrn Grandi's aus London, nachstehende Mitteilungen über das Ergebnis der italien. Demarche in London gemacht.

Herr Grandi habe mit Sir John Simon eine ausführliche Aussprache gehabt, die ergeben habe, dass die britische Regierung vollkommen die Berechtigung im Punkt 6 der italien. Instruktion (Note) anerkenne (d. i. Anerkennung der Berechtigung des Reparaturverkehrs und die *fristlose* allmähliche Rücksendung der reparierten Waffen nach Italien). Ferner erklärte Simon das englische Verlangen nach eidesstattlicher Bekräftigung der Erklärungen über die Rücksendung der Waffen fallen lassen und sich damit begnügen zu wollen, dass die erfolgte Rücksendung durch Vorweisung der Frachtbriefe platzgreife. Weiters wird an der gestellten Frist von 14 Tagen nicht festgehalten und keinerlei Frist gesetzt. Simon erklärte sich bereit, auch in Paris im Sinne vorstehender Abänderungen der Haltung der beiden Mächte zu intervenieren. Schliesslich teilte Simon mit, dass er von diesem Gespräche Gesandten Phipps in Wien informieren werde.

1271

**Interne Bemerkungen Bundeskanzleramt/Auswärtige
Angelegenheiten**

AdR, NL Hornbostel
(ohne Zahl)

o.O., o. D.¹

I. Die Bundesregierung hält an ihrem zu wiederholten Malen dargelegten Rechtsstandpunkt bezüglich der Berechtigung Oesterreichs zur Zulassung eines Reparaturverkehrs mit Waffen, wie er bei der in Rede stehenden Hirtenberger Angelegenheit vorliegt, fest und muss sich grundsätzlich das Recht vorbehalten, der Interpretation von Bestimmungen der Verträge durch die Vertragspartner auch ihrerseits ihre Interpretation dieser Bestimmungen entgegenzustellen und gegebenenfalls vor dem zuständigen Forum zu vertreten.

Die Bundesregierung ist jedoch, ihren mehrfach gegebenen Versprechungen gemäss, im Interesse der Beschwichtigung der im Zusammenhange mit der Hirtenberger Angelegenheit von manchen Seiten laut gewordenen Befürchtungen auch weiterhin gerne bereit, ihren ganzen Einfluss im Sinne einer befriedigenden Liquidierung der Angelegenheit bei den interessierten Teilnehmern an diesem kommerziellen Geschäft aufzuwenden und zu versuchen, eine Beschleunigung des Rücktransportes der Waffensendungen in das Ursprungsland zu erzielen.

Diesen bisher aufgewandten Bemühungen der Bundesregierung ist es auch zuzuschreiben, dass nach den der Bundesregg. vorliegenden Meldungen bisher ... (Anzahl der bis zur Absendung der Note nach Italien rückgesendeten Waffen) Oesterreich über die österr.-italienische Grenze bei ... (allenfalls Grenzort angeben!) verlassen haben.

Wenn die Bundesregg. auch bisher die freundliche Intervention der Regg. der franz. Republik u. S. M. des Königs im Ver. Königreiche in der Erwartung, dass hiedurch der auch von Seiten der Bdesregg. gewünschten raschen Entspannung der Lage am Besten gedient würde, durch bereitwillige und offene Erteilung aller gewünschten Auskünfte honoriert hat, so ist sie doch nicht in der Lage, den gedachten beiden Regierungen in dieser in die ausschliessliche Kompetenz des Völkerbundes fallenden Frage das Recht zuzuerkennen, befristete Forderungen zu stellen und Sanktionen anzukündigen bzw. zu ergreifen. Die Bundesregg. vermag vielmehr in diesem Belange lediglich sich dem Entscheid des Völkerbundes im Rahmen des einschlägigen Verfahrens zu unterwerfen.

Die Bdesregg. beehrt sich schliesslich den Herren Vertretern d. franz. Republik u. S. M. des Königs im Ver. Königreiche mitzuteilen, dass sie vorliegende Mitteilungen gleichzeitig mit dem bisher erfolgten Schriftenwechsel im Gegenstande binnen 24 Stden zu veröffentlichen beschlossen hat.

¹ Jedenfalls nach dem 11. 2. 1933.

II. Den ihr am 11. d. M. überreichten gleichlautenden Aufzeichnungen der Herren Gesandten der frz. Republik u. S. M. des Königs im Ver. Kgr. hat die Bdesregg. entnommen, dass die Regierungen Frankreichs und Grossbritanniens in dem Reparaturverkehre mit Waffen, wie er im Falle der in Rede stehenden Hirtenberger Angelegenheit vorliegt, eine flagrante Verletzung der Art. 132 u. 134 des Vertrages v. St. Germain erblicken. Von dieser Auffassung ausgehend haben die gedachten Vertreter eine Reihe befristeter Forderungen gestellt.

Ohne hier auf die rechtliche Seite der Frage einzugehen, in welcher die Bdesregg. den gegenteiligen Standpunkt einnimmt und die daher der Entscheidung des hiezu zuständigen Forums in einem späteren Zeitpunkte überlassen bleiben könnte, beschränkt sich die Bdesregg. darauf, neuerlich festzustellen, dass die zuständigen österr. Finanzbehörden, ohne vorherige Kenntniss der Bdesregg., guten Glaubens die in Rede stehenden Sendungen zum Reparaturverkehr nach Oesterreich zugelassen haben, und ihre bereits gegebene Zusicherung zu wiederholen, im Interesse der Beschwichtigung der im Zusammenhange mit der Hirtenberger Angelegenheit von manchen Seiten laut gewordenen Befürchtungen ihren ganzen Einfluss im Sinne der Beschleunigung des Rücktransportes der Sendungen in das Ursprungsland durch die an dem kommerziellen Geschäft beteiligten Faktoren verwenden zu wollen.

Den in dieser Richtung bisher durch die Bdesregg. aufgewendeten Bemühungen ist es, zuzuschreiben, dass nach den der Bdesregg. vorliegenden Meldungen bisher ... Oesterreich über die österr.-italienische Grenze bei ... verlassen haben. Die Bdesregg. setzt ihre Bemühungen in dieser Hinsicht fort und ist gerne bereit, den Herren Vertretern der X.X. nach Abschluss dieser Rücktransporte eine weitere Mitteilung zugehen zu lassen.

Bemerkungen

1.) Die Antwort hätte im Laufe *der nächsten Tage* zu erfolgen. Ein Hinausschieben bis zum Ende und in die Nähe der 14-tägigen Frist würde schon angesichts des negativen Charakters der Antwort einen ungünstigen Eindruck machen u. Anlass zu Vermutungen über langwierige Verhandlungen mit den mitinteressierten Regierungen geben, ausserdem den psychologischen Eindruck des Refus abschwächen.

2.) Die Antwort kommt dem der Forderung der beiden Mächte zugrundeliegenden Wünsche politischer Natur nach Rücktransport der Waffen nach Italien praktisch weitgehend entgegen, lehnt jedoch jedes Eingehen auf die ultimativen Forderungen in kategorischer Weise ab.

3.) Die Folgen der *unausweichlichen* Ablehnung, auf die Forderungen einzeln einzugehen, können folgende sein:

a) die Mächte geben sich (mit einem allfälligen neuerlichen Rechtsprotest) damit zufrieden,

b) sie bringen nunmehr die Angelegenheit wirklich vor den V.B., was für sie aber alle die unerwünschten Folgen haben muss: Aufdeckung der Aufrüstungen in den

kl. Entente-Ländern durch Italien, Störung des an u. für sich lahmen Ganges der Abrüstungskonferenz, Verstärkung der politischen Spannung zwischen Frankreich u. Italien, Italien u. Jugoslawien, starken politischen Widerhall in Deutschland und den abgerüsteten Ländern inklus. Sowjetrussland für Oesterreichs Vorgehen und gegen die Friedensdiktate u. deren Verteidiger.

c.) Auswirkungen auf unsere Anleiheaktion. Es ist nicht anzunehmen, dass die faktische Liquidierung der Hirtenberger Angelegenheit im Sinne der Rücksendung der Waffen nach Italien bloss wegen unserer mannhaften Haltung im Prinzip die Mächte zu Repressalien in der Anleihesache, die ja in hohem Masse ihre eigenen Interessen tangiert (C.A., Zinsendienst, Währungsstabilität u. s. w.), veranlassen würde.

d.) die *innenpolitische* Wirkung für die Regg. Dollfuss wäre trotz rechthaberischen Triumphes der Soz.Dem. gewiss eine *sehr günstige*, da alle nationalen Kreise und alle rechtsgesinnten Elemente diese Haltung billigen müssten. Das Ausland, insbesondere Deutschland u. Italien, aber auch die revisionistisch eingestellten Elemente in den neutralen Ländern, würden unsere Haltung ohne Zweifel gutheissen.

e.) Schliesslich würde unsere Haltung die erste praktische Bekräftigung des von Deutschland mit Recht eingenommenen und bereits von Nadolny ausgesprochenen Standpunktes bedeuten, dass mit der Fünf-Mächtedeklaration über das Prinzip der Gleichberechtigung die Bestimmungen des militärischen Teiles der Friedensverträge eo ipso als bereits gefallen aufzufassen sind. Es wäre dies eine ganz beträchtliche Unterstützung des von Deutschland und uns Entwaffneten verfochten Gleichheitsprinzips.

4.) Es wäre zu erwägen, ob nicht unsere Antwort durch ein Demissionsanbot der Regierung, das vom H. Bdespräs. nicht angenommen würde (wodurch das Fortbestehen des Vertrauens gegenüber der Regierung und eine Solidarisierung des Staatsoberhauptes mit der Auffassung der Regg. in dieser hochpolitischen Angelegenheit zum Ausdruck käme), kräftig unterstrichen werden sollte. Es käme dadurch zum Ausdruck, dass Oesterr. der Grenze der passiven Duldsamkeit gegenüber den aus dem Versailler Geiste entspringenden Chikanen angelangt ist und seine eigene Souveränität verteidigt.

5.) Es wäre endlich durch die Abtlg. 15/V.R. das ganze Material über das Investigationsverfahren zusammenzustellen und auszugsweise zu unserer Orientierung der Vorgang detailliert zu schildern.

1272

Nationalrat der Republik ÖsterreichProtokoll zur 61. Sitzung des Hauptausschusses¹

Parlamentsarchiv,
HA-NR-IV. GP

Wien, 21. Februar 1933

Der Hauptausschuss hielt heute unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Renner eine mehrstündige Sitzung ab, in der Bundeskanzler Dr. Dollfuss einen eingehenden Bericht über die Hirtenberger Waffenaffäre erstattete.

Der Bundeskanzler gab einleitend eine Darstellung des Herganges², erwähnte die

¹ Vgl. dazu den Hauptausschussbericht des sozialdemokratischen Parlamentsklubs – AdR, Parteiarchiv SDAP sowie MRP, Abteilung VIII, Bd. 2: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. 26. Oktober 1932 bis 20. März 1933, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel (Wien 1982) Nr. 844.

² Im Redekonzept für Bundeskanzler Dollfuß in der Hauptausschusssitzung (AdR, NL Hornbostel) heißt es dazu wörtlich: „Nachdem ich am 10. v. M. dem Hauptausschuss über den damaligen Stand der Angelegenheit berichtet hatte, waren am Tage darauf die Vertreter der kleinen Entente und der französischen Regierung bei mir erschienen, um sich Informationen in der Angelegenheit zu erbitten. Es wurden weder Vorstellungen gemacht, noch ein Protest eingelegt. Auch juristische Fragen der Berechtigung Oesterreichs zur Vornahme der Reparaturen oder zur Durchfuhr von Rüstungsmaterial wurden nicht berührt. Ich gab den genannten Vertretern die gewünschten Informationen an der Hand der Erläuterungen, die ich bereits dem Hauptausschuss hinsichtlich der Herkunft der Waffen gab, wonach es sich um ein Geschäft zwischen einer italienischen Firma und der Hirtenberger Fabrik handle, hinsichtlich der Deklaration der Waffensendungen und hinsichtlich der Frage, weshalb die Sendungen nach Hirtenberg und nicht nach Steyr gegangen sind. Am 17. v. M. brachten gelegentlich des gewöhnlichen Diplomatenempfanges wiederum der französische Gesandte sowie der tschechoslowakische und der jugoslawische das Gespräch auf die Angelegenheit und wollten festgestellt wissen, wohin die Waffen wieder ausgeführt werden sollen und für wen sie bestimmt seien. Ich wiederholte den Herren, dass es sich um eine reine Durchfuhrfrage bzw. Reparaturverkehr handle und nahm keinen Anstand, ihnen zu erklären, dass ich versuchen werde zu erreichen, dass die Waffen nach Instandsetzung wieder nach Italien zurückbefördert werden. In diesem Sinne liess ich mich auch gegenüber dem englischen Gesandten vernehmen und habe auch nicht verfehlt, sodann eine zweckdienliche Veranlassung einzuleiten, wobei sich allerdings erwies, dass die schleunige Durchführung dieser Absicht bei dem privaten Charakter des Geschäftes auf Schwierigkeiten stösst. Inzwischen verdichteten sich die Nachrichten, dass gewisse Regierungen auf ein energisches Einschreiten drängten und es wurde dabei von diesen Seiten verlangt, dass die Angelegenheit beim Völkerbundrat anhängig gemacht werde. Tatsächlich wurde in Genf zu dieser Zeit diese Frage ausserhalb der formellen Besprechungen des Völkerbundesrates erörtert. Man kam aber von der formellen Befassung des Völkerbundesrates ab und am 28. v. M. sprachen bei mir gesondert der englische Gesandte und der französische Geschäftsträger vor und stellten mir unter Hinterlassung einer schriftlichen Note folgende Fragen“ (siehe ADÖ 8/1264, Anhang I und II). „Auf diese Fragen habe ich folgendes geantwortet“ (siehe ADÖ 8/1264). „Es wird auffallen, dass ich mich auf eine derartige Behandlung der Angelegenheit eingelassen habe. Bis dahin hatte sich das Auftreten Frankreichs und Englands auf eine blosser Auskunftseinholung beschränkt, wenngleich ich mir darüber klar

informativen Aussprachen unmittelbar nach Bekanntwerden der Waffenangelegenheit, teilte dann die in sechs Punkten gehaltene informative Anfrage Englands und Frankreichs sowie die darauf erfolgte Antwort der Bundesregierung mit. Bundeskanzler Dr. Dollfuss kam dann auf die französische und die englische Note vom 11. Februar zu sprechen und teilte über Ersuchen des Hauptausschusses deren Wortlaut mit.

Die Note hat folgenden Wortlaut:

„Bezugnehmend auf die Verbalnote vom 1. Februar, die der Herr Bundeskanzler in Angelegenheit der Waffenaffäre von Hirtenberg gerichtet hat³, beehrt sich der Gesandte im Auftrage seiner Regierung Herrn Dollfuss zur Kenntnis zu bringen, dass die Regierung davon Kenntnis genommen hat, dass die Waffen, die an die Fabriken von Hirtenberg und Steyr zweck Entrostung und Verlängerung des Laderaumes gesendet worden sind, aus Beständen der ehemaligen österreichisch-ungarische Armee stammten. Sie kann jedoch die von der österreichischen Regierung aufgestellte These nicht annehmen, nach welcher diese Waffen das Bundesgebiet im Transitweg durchfuhren, wo doch die auf sie bezüglichen Frachtbriefe einen österreichischen Bestimmungsort angaben. Der Regierung zufolge liegt eine flagrante Verletzung des Artikels 134 des Vertrages von Saint Germain und des Artikels 1 des österr. Gesetzes von 1928 in der Tatsache, dass Oesterreich Gewehre und automatische Gewehre, die verwendungsbereit sind, importiert. Selbst wenn die österreichische Regierung von der Einfuhr nicht vorher unterrichtet war, so ist ihre Verantwortlichkeit doch durch die Erteilung der Bewilligung zur Einfuhr gegeben.

Zu ihrem Bedauern kann die Regierung auch nicht den Gesichtspunkt annehmen, dass es mit dem Artikel 132 des Vertrages vereinbar ist, dass Ausbesserungen dieser Art durch Fabriken bewerkstelligt werden die nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Vertrages ausschliesslich kommerziellen Zwecken dienen. Unter diesen Umständen lädt die Regierung die österreichische Regierung ein, nachstehende Massnahmen zu ergreifen.

1. Gemäss ihren früheren Versprechungen wird die österreichische Regierung das erforderliche veranlassen müssen, um die Zusicherung einer vollkommenen

war, dass sie sich zu ihren Schritten veranlasst sahen, um eine Befassung des Völkerbundesrates hintanzuhalten, die von der kleinen Entente verlangt worden war. Bei der gegenwärtig in der Welt bestehenden aussenpolitischen Hochspannung hielt ich es aber für selbstverständlich, alles zu tun, um nicht nur den guten Glauben Oesterreichs in dieser Sache zu erweisen, sondern auch immer wieder dessen gute Absichten zur Beilegung eventueller Schwierigkeiten, in die es direkt oder indirekt hineingezogen wurde, zum Ausdruck zu bringen. Leider muss ich feststellen, dass diese guten Absichten nicht überall anerkannt und die publizistische Erörterung der Angelegenheit im In- und Auslande teilweise so geführt wurde, dass Oesterreich sogar als bewusster Friedensstörer erscheinen musste. Wenn bei diesen Erörterungen fortwährend die Durchfuhrfrage in den Vordergrund gestellt wurde, möchte ich hier nur gelegentlich bemerken, dass Österr. im Kriegsmaterialdurchfuhrverkehr eine besondere Rolle spielt.“

³ Siehe ADÖ 8/1265.

- Zurücksendung der in Hirtenberg und Steyr eingelagerten Waffen an den ursprünglichen Absender zu erhalten;
2. Im Falle dass diese Lösung auf eine Weigerung des Absenders stossen sollte, wird die österreichische Regierung an die Zerstörung der in Rede stehenden Waffen schreiten müssen;
 3. Die österreichische Regierung wird den Vertretern Frankreichs und Grossbritanniens Beweise für die Rücksendung der Waffen oder deren Zerstörung liefern müssen. In jedem der beiden Fälle werden eidliche Erklärungen von Seiten der Bundesbehörden abgegeben werden müssen.
 4. Die österreichische Regierung wird eine Untersuchung einleiten müssen, um festzustellen, ob ein Teil der Waffen über die österreichisch-ungarische Grenze gesendet worden ist. Die Ergebnisse dieser Erhebungen werden den Vertretern Frankreichs und Grossbritanniens mitgeteilt werden müssen. Bejahendenfalls wird die Zahl der dieser Art wieder ausgeführten Waffen angegeben werden müssen.
 5. Eine Frist von zwei Wochen von dem Datum der vorliegenden Mitteilung an gerechnet, ist für die vollständige Durchführung obiger Massnahmen festgesetzt.

Der Gesandte ist beauftragt worden, beizufügen, dass es wohl verstanden bleiben muss, dass diese Mitteilung keinerlei Abbruch dem Recht irgendeiner Regierung tun könnte, die Angelegenheit dem Völkerbundrate zu unterbreiten, wenn die Umstände diese Vorgangsweise notwendig erscheinen lassen sollten.“

Bundeskanzler Dr. Dollfuss erklärte in Besprechung dieser Noten, dass er den beiden Diplomaten den peinlichen Eindruck nicht verhehlt habe, den ihr Vorbringen auf ihn gemacht habe. Er sei aber immer noch bestrebt, die Angelegenheit in einer möglichst wenig aufsehererregenden Art zu regeln. Dies sei ihm durch die von anderer Seite gegen Oesterreich in der Oeffentlichkeit geführten Campagne verwehrt worden. Bei aller Würdigung der guten Absichten, von denen England und Frankreich bei der Behandlung der Angelegenheit geleitet waren, könne er nur bedauern, dass die Entwicklung der Angelegenheit zur Formulierung von Forderungen geführt habe, auf die er als Regierungschef eines um seine Freiheit besorgten Landes nicht einzugehen vermöge. Er halte nach wie vor an dem Rechtsstandpunkt fest, demzufolge es sich in der Sache um keine Verletzung des Friedensvertrages handle. Das Material solle nicht in Oesterreich bleiben, sondern österreichisches Gebiet wieder verlassen. Der Reparaturverkehr stelle sich als ein Durchfuhrverkehr dar, der im Friedensvertrag nirgends verboten sei. Die etwa vorgenommenen Reparaturen erfordern keinerlei Sondereinrichtungen und Maschinen, die Oesterreich nach dem Friedensvertrag nicht haben dürfe. Der Vormerkverkehr sei nach den geltenden Vorschriften eingeleitet worden und werde unter deren Beobachtung durchgeführt werden. Die österreichische Regierung werde den österreichischen Finanz- und anderen Behörden nicht eine besondere eidliche Bekräftigung ihrer einschlägigen Berichte zumuten, weil die Regierung wisse, dass die österreichischen Amtsstellen

immer unter Amtseid stehen und handeln. Im Bewusstsein unseres guten Rechtes werde er aber trotzdem weiterhin darauf bedacht sein, dass der Reparaturverkehr tunlichst beschleunigt abgewickelt werde.

Der Ministerrat habe heute Vormittag ihn ermächtigt, die Forderungen der französischen und der englischen Regierung abzulehnen und ihm die Art der Erledigung überlassen.

Beim heutigen Diplomatenempfang ergab es sich, dass der englische Gesandte beauftragt war, dem Bundeskanzler nachstehende Mitteilung zu machen;

Im englischen Parlament wird heute nachmittags eine Anfrage gestellt werden, ob bisher eine Regelung in der Hirtenberger Waffenfrage erzielt worden ist. Der britische Staatssekretär für Aeusseres Sir John Simon wird folgende Antwort auf die Anfrage erteilen: Der italienische Botschafter hat mich gestern bezüglich der kürzlich aus Italien gesendeten, an zwei österreichische Fabriken gerichteten Waffensendungen aufgesucht und mich informiert, dass die italienische Regierung ihrerseits bereit sei zuzustimmen, dass die in Frage stehenden Waffen, die nach Oesterreich gesendet wurden, um dort instand gesetzt zu werden, nach Italien zurückgesendet werden, nachdem der Vertrag über die Instandsetzung erfüllt sein wird. Der Botschafter hat mich weiters informiert, dass auch bereits Waffen zurückgesendet worden sind. Man ist sich darüber einig, dass die Rücksendung der übrigen Waffen bestätigt werden soll durch Zollzertifikate der österreichischen Behörden. Die Regierung Sr. Majestät hofft, dass die Frage durch allgemeine Zustimmung zu diesem Vorschlage erledigt sein wird. Der Text dieser Interpellationsbeantwortung wird auch der französischen Regierung bekanntgegeben.

Der englische Gesandte, hat nach dieser Eröffnung, der der französische Gesandte beiwohnte, dem Bundeskanzler auftrags seiner Regierung im Interesse einer gedeihlichen Erledigung dieser Angelegenheit die Hoffnung ausgesprochen, dass auch der Bundeskanzler der vorgeschlagenen Lösung zustimme.

Damit habe die Angelegenheit die Richtung genommen, in der sich der Bundeskanzler von Anfang an bewegt habe.

Der Bundeskanzler schloss seine Ausführungen: Nach der Entwicklung, die der heutige Tag gebracht hat, steht nun fest, dass 1.) unser Rechtsstandpunkt tatsächlich anerkannt wird,

2.) eidliche Erklärungen nicht mehr in Frage kommen. Was im Besonderen die Vorlage der Zolldokumente anlangt, möchte ich bemerken, dass wie es im internationalen Verkehr allgemein üblich ist, offizielle Mitteilungen der Bundesregierung, auch wenn sie durch Dokumente nicht belegt sind, voller Glaube beigemessen werden muss,

3.) dass von einer 14tägigen Frist nicht mehr gesprochen wird.

Bei dieser Sachlage werde ich die Noten überhaupt nicht beantworten.

An die Ausführungen des Bundeskanzlers schloss sich eine längere Debatte, in der die Abg. Dr. Bauer, Schmitz, Dr. Straffner, Seitz, Dr. Buresch, Neustädter-Stürmer, Kunschak, Renner sprachen.

Im Laufe der Debatte wurden folgende Anträge gestellt.

Antrag Dr. Straffner: „Der Hauptausschuss nimmt die Antwort des Bundeskanzlers in der Frage der Hirtenberger Waffenangelegenheit nicht zur Kenntnis, da die Antwort nach Ansicht des Hauptausschusses der Würde eines souveränen Staates nicht vollkommen entspricht.“

Antrag Dr. Buresch, Dewaty, Neustädter-Stürmer: „Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungen des Bundeskanzlers über die Erledigung der Hirtenberger Angelegenheit zur Kenntnis.“

Die sozialdemokratischen Abgeordneten stellen folgenden Antrag:

„1. Die Republik ist dadurch, dass die Bundesregierung die Erlaubnis zu der italienisch-ungarischen Waffenschiebung gegeben hat, in eine gefährliche aussenpolitische Krise geraten.

2. Diese Krise ist verschärft worden durch Fehler, die die Bundesregierung in der Behandlung dieser Angelegenheit begangen hat.

3. Dies hat dazu geführt, dass Grossbritannien und Frankreich an die Bundesregierung Forderungen gestellt haben, deren Erfüllung mit der Würde der Republik unvereinbar gewesen wäre.

4. Der Hauptausschuss stellt mit Genugtuung fest, dass nunmehr Aussicht besteht, diese Angelegenheit ohne demütigende Verletzung der Würde der Republik zu liquidieren.

5. Der Hauptausschuss stellt fest, dass nur eine Haltung strengster und gewissenhaftester politischer Neutralität gegenüber allen Bündnissen, Rüstungen und Konflikten der Nachbarstaaten die Republik vor ernststen Gefahren bewahren kann.“

Abg. Dr. Buresch stellt den Antrag, über Pkt. 4 und 5 des sozialdemokratischen Antrages gesondert abzustimmen und stellt ferner zu Pkt. 5 folgenden Abänderungsantrag: „Der Hauptausschuss bekennt sich nach wie vor zur Einhaltung strenger und gewissenhafter Neutralität gegenüber allen Bündnissen, Rüstungen und Konflikten der Nachbarstaaten, die die Republik Oesterreich vor ernststen Gefahren bewahren kann.“

Bei der Abstimmung wird der Antrag Dr. Buresch, Dewaty, Neustädter mit Mehrheit angenommen.

Die Punkte 1 bis 3 des sozialdemokratischen Antrages werden abgelehnt, Pkt. 4 dieses Antrages wird einstimmig angenommen, Pkt. 5 dieses Antrages abgelehnt und sodann der Abänderungsantrag Dr. Buresch zu diesem Teile einstimmig angenommen.

Der Antrag Dr. Straffner wird mit allen gegen die Stimme des Abg. Dr. Straffner abgelehnt.

1273**Gesandter Wildner an Gesandten Franckenstein (London)**

Schriftliche Aufzeichnung einer telefonischen Mitteilung

AdR

Gesandtschaft London

London, 22. Februar 1933

Die anglo-französische Note hat in Wien einen Eindruck hervorgerufen, der de-saströs war.¹

Der Bundeskanzler hat den Ton der Note sofort releviert, aber schon damals gesagt, dass er die Angelegenheit in möglichst unauffälliger Weise regeln wolle. Dies erwies sich jedoch infolge der von anderer Seite eingeleiteten Kampagne als unmöglich. Uebrigens war ihm von Anfang an klar, dass er auf die Note nicht eingehen könne. Gen. Sekr. Peter habe erklärt, so etwas habe er seit 30 Jahren nicht gesehen.

Der Herr Bundeskanzler war ernstlich bemüht, die Rücksendung der Waffen zu beschleunigen. Der Höhepunkt der Krise trat gestern Vormittag ein, als der Ministerrat den Bundeskanzler ermächtigte, die Forderungen abzulehnen in der von ihm zu wählenden Form.

Beim gestrigen Diplomatenempfang wurde sodann die österreichische Antwortnote (Entwurf) dem französischen und dem englischen Gesandten gezeigt. Der englische Gesandte konnte jedoch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass in London etwas im Gange sei. Im Laufe des Nachmittags konnte er dann eine genaue Mitteilung über die Intervention des italienischen Botschafters in London machen. Dadurch hat sich die Situation wesentlich geändert und Sir Eric Phipps gab auch der Hoffnung Ausdruck, dass Oesterreich keine Antwort geben werde.

Gestern Nachmittag fand neuerlich ein stürmischer Ministerrat statt, der schliesslich eine Erledigung der Angelegenheit im Hauptausschuss ermöglichte.²

Die österreichische Regierung stellt fest, dass ihr Rechtsstandpunkt tatsächlich anerkannt wurde, dass eine eidliche Erklärung nicht mehr in Frage komme und dass den offiziellen Erklärungen der Regierung dem internationalen diplomatischen Gebrauch entsprechend voller Glauben zu schenken ist.

Die englischen und französischen Noten werden demnach überhaupt nicht beantwortet werden.

Der Hauptausschuss hat einstimmig den Beschluss gefasst, der Nichtbeantwortung der Noten zuzustimmen und hat zur Kenntnis genommen, dass die österreichische Regierung für eine möglichst rasche Rückstellung der Waffen nach erfolgter Reparatur sorgen werde. Der Hauptausschuss nahm ferner einstimmig eine Resolution

¹ Siehe ADÖ 8/1272.

² Vgl. MRP, Abteilung VIII, Bd. 2, Nr. 844 und ADÖ 8/1272.

an, die die absolute und strengste Neutralität Oesterreichs allen Nachbarstaaten gegenüber betont.

Der Kanzler ersucht, bei der Vorsprache bei Sir Robert Vansittart zum Ausdruck zu bringen, dass er mit Genugtuung die Haltung der englischen Regierung zur Kenntnis genommen habe und dass die österreichische Regierung dafür dankbar sei.

Ebenso anerkenne die österreichische Regierung dankbar die taktvolle Haltung des britischen Gesandten in Wien, Sir Eric Phipps.³

1274

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 73/Pol. (vertraulich)

AdR

Gesandtschaft London

London, 22. Februar 1933

Sir Robert Vansittart, den ich heute aufsuchte, sagte mir Folgendes:

Er habe mich gestern zu sich gebeten, um mit mir die Angelegenheit des Waffentransportes nach Oesterreich zu besprechen und einen freundschaftlichen Ausweg zu suchen, doch habe er mir dann abtelefonieren müssen, weil der Ministerpräsident ihn zu sich berief. Als er nach 1 Uhr ins Foreign Office zurückkehrte, fand er den Wortlaut einer Anfrage vor, die in der in Rede stehenden Angelegenheit im House of Commons am frühen Nachmittage an den Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten gerichtet werden sollte. Es galt nun einerseits mit der französischen und der italienischen Regierung das Einvernehmen zu pflegen, andererseits in initiativer Weise die Antwort Sir John Simons vorzubereiten und von seiner beabsichtigten Erwiderung im Unterhause Sir Eric Phipps in Kenntnis zu setzen, damit dieser die österreichische Regierung benachrichtigen könne, ehe sie ihre in Aussicht genommene ablehnende Antwort erteilen würde. Unter diesen Umständen habe er mich ersuchen müssen, erst heute bei ihm vorzusprechen.

Ich sagte Vansittart, ich sei von Ihnen, Herr Bundeskanzler, beauftragt worden, im Foreign Office zum Ausdruck zu bringen, dass Sie die in der Antwort Sir John Simons angekündigte Haltung der britischen Regierung mit Genugtuung zur Kenntnis genommen hätten und dass die österreichische Regierung das taktvolle Vorgehen des britischen Gesandten in Wien dankbar anerkenne (Vansittart war über diese

³ Siehe ADÖ 8/1274.

Mitteilung offensichtlich erfreut.) Ich müsse jedoch, so fuhr ich fort, mit allem Nachdruck darauf verweisen, welchen ungünstigen, ja katastrophalen Eindruck das Vorgehen der englischen und der französischen Regierung bei der österreichischen Regierung und in unserem Volke hervorgerufen habe und dass Herr Generalsekretär Peter, der eine so reiche Erfahrung in diplomatischen Angelegenheiten besitze, erklärt habe, Noten wie die von den beiden genannten Regierungen überreichten noch nie gesehen zu haben.¹

Vansittart erwiderte, er lege grössten Wert darauf, das Vorgehen der britischen Regierung aufzuklären. Sie habe es für dringend wünschenswert gehalten zu verhüten, dass die Waffentransportangelegenheit vor den Völkerbundrat komme, wo sie gewiss zu Konflikten Anlass gegeben und die anderen so wichtigen Arbeiten des Völkerbundes ungünstig beeinflusst hätte. Der Zwischenfall habe sich leider in dem Zeitpunkte ereignet, in welchem die britische Regierung unter scharfer Kritik seitens aller Parteien das österreichische Anleihegarantiesgesetz im Parlament vertreten und durchbringen musste. Auch aus diesem Grunde sei es sehr wichtig gewesen, eine rasche Erledigung des Zwischenfalles herbeizuführen und nur von diesem Motive geleitet, sei eine Frist in die Note aufgenommen worden. Es sei nicht möglich gewesen, die Erklärung der Beweggründe der englischen Regierung in dieser Note darzustellen, worauf ich erwiderte, wie bedauerlich es sei, dass diese nicht mündlich entsprechend dargelegt wurden. Vansittart erklärte sodann, es sei niemals die Absicht der britischen Regierung gewesen, eine eidliche Zusicherung der österreichischen Regierung bezüglich der Rücksendung der Waffen zu erlangen. Was ihr vorschwebte, sei gewesen, ein Affidavit seitens der österreichischen Zollbehörden zu bekommen.

Die britische Regierung bedaure aufrichtig, dass die Missverständnisse bezüglich der Befristung der Note und bezüglich des Charakters der abzugebenden Erklärung unterlaufen seien. Schon die Wahl des Ausdruckes „invite“ (die österreichische Regierung wird eingeladen) bewiese, dass ein Ultimatum selbstverständlich nie ins Auge gefasst worden sei. Durch die den Wünschen der britischen und der österreichischen Regierung zuwiderlaufende Veröffentlichung des Wortlautes der Note sei die Situation in bedauerlicher Weise verschärft worden. Vansittart deutete an, dass eine österreichische Indiskretion Italien gegenüber hierfür verantwortlich sei. Ich trat dieser Annahme mit der Bemerkung entgegen, dass Zeitungsnachrichten zufolge der Wortlaut der Note durch den Vizeminister Krofta in die Öffentlichkeit gelangt sei.

Zusammenfassend möchte ich hervorheben, dass die Aeusserungen Vansittarts ganz offenkundig den Charakter einer freundschaftlichen Entschuldigung hatten.

Da es mir nützlich erschien zu erfahren, wie die britische Regierung die Einfuhr der Waffen nach Oesterreich wirklich beurteile, bat ich Vansittart, mit dem ich seit meinen Jugendjahren befreundet bin, mir rein persönlich und unoffiziell den

¹ Siehe ADÖ 8/1273.

bezüglichen hiesigen Standpunkt zu sagen. Er erwiderte, es gebe in ganz Grossbritannien keinen Juristen, der nicht in der stattgefundenen Einfuhr von Waffen nach Oesterreich und ihrer Reparatur eine Verletzung des Art. 134 des Friedensvertrages von St. Germain erblicken würde. Er wisse, dass ich natürlich dieser Rechtsauffassung nicht zustimmen könne. Nach englischer Ansicht unterliege es jedoch keinem Zweifel, dass wir sowohl vor dem Völkerbunde wie vor dem Internationalen Gerichtshofe im Haag mit unserer These unterlegen wären. Durch die Ausfuhr der Waffen nach Ungarn – und ganz unoffiziell könne er mir sagen, dass seinen Informationen zufolge ein Teil der Waffen bereits nach Ungarn gelangt sei – hätte eine zweite Verletzung des Friedensvertrages stattgefunden.

Vansittart sagte schliesslich, dass die englische Regierung die einvernehmliche Beilegung dieses Zwischenfalles auch deshalb besonders begrüsse, weil einerseits Oesterreich sehr warme Sympathien entgegengebracht werden und andererseits in der so erregten und gespannten politischen Weltatmosphäre jede neue Reizung oder Verschärfung bedenklich sei.

Der deutsche Botschafter teilte mir mit, er habe von seiner Regierung den Auftrag bekommen, hier in inoffizieller Weise bekannt zugeben, welche grosse Entrüstung das schroffe Vorgehen Grossbritanniens und Frankreichs einem kleinen wehrlosen Staate gegenüber in Deutschland hervorgerufen habe. Hierdurch sei, was die internationale Situation betreffe, ein viel grösserer Schaden angerichtet worden als das stillschweigende Uebergehen einer eventuellen geringfügigen Uebertretung einer Friedensvertragsbestimmung verursacht hätte. Herr von Hoesch hat auf indirektem Wege diese Auffassung zur Kenntnis des Foreign Office gebracht. Ich werde ihn von dem Inhalte meines heutigen Gespräches mit Sir Robert Vansittart verständigen.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit

Der Gesandte

1275

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 77/Pol.

AdR

Gesandtschaft London

London, 23. Februar 1933

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses haben der Labourabgeordnete Mr. T. Williams und der liberale Abgeordnete Mr. Lambert an den Staatssekretär des Aeusseren Anfragen gerichtet, ob die Regierung bereit sei, die am 11. Februar

an die österreichische Regierung in der Hirtenberger Affäre gerichtete Note zu publizieren.

Sir John Simon wies in seiner Antwort darauf hin, dass er am Vortage bereits von der Fühlungnahme zwischen der italienischen und der britischen Regierung bezüglich der Möglichkeit der Behandlung der Hirtenberger Angelegenheit Mitteilung gemacht habe, sowie dass die britische Regierung hoffte, mit der allgemeinen Annahme dieser Vorschläge die Angelegenheit als geschlossen ansehen zu können, dass – wie er erfahre – die österreichische Regierung dieser Lösung zugestimmt habe; unter diesen Umständen sei es vorzuziehen, die Kontroverse nicht durch die Veröffentlichung einer vorhergegangenen diplomatischen Korrespondenz über die Angelegenheit wieder zu beleben.

Einen Abdruck der gegenständlichen Meldung beehre ich mich diesem Berichte anzuschliessen.

P.S. Sir Robert Vansittart, bei dem ich heute frühstückte, sagte mir, er habe verschiedene Zeitungsnachrichten gesehen, die behaupteten, die britische Regierung habe ihre Auffassung, dass die Waffentransporte nach Oesterreich den Bestimmungen des Friedensvertrages widersprächen, modifiziert. Er lege Wert darauf, zu erklären, dass dies nicht der Fall sei. Sollte eine Anfrage im britischen Parlament gestellt werden, so würde sich Sir John Simon in diesem Sinne äussern.

1276

Memorandum Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Österreich 7/1
(ohne Zahl)

o. O., o. D.

Zur Frage eines aussenpolitischen Kurswechsels

Einleitung: Zunächst muss festgestellt werden, dass Oesterreich überhaupt keinen „Kurs“ im landläufigen Sinne aufweist. Der Irrtum muss berichtigt werden, als mache Oesterreich seit dem Lausanner Protokoll einen „französischen“ Kurs mit. Tatsache ist vielmehr, dass Oesterreichs Aussenpolitik *nach wie vor* sich darauf beschränkt und, ins solange keine Konflagrationen in unserer Nachbarschaft ausbrechen, darauf beschränken *muss*, Oesterreich durch eine anpassungsfähige und elastische „Neutralität“ nach allen Richtungen hin am Leben zu erhalten, um wo möglich einen günstigen Zeitpunkt für die grundlegende Verbesserung seiner Lebensbedingungen abwarten zu können. Diesem politischen Grundsatz entsprach durchaus die „Lausanner“ Politik.

Bemerkungen:

A) politischer Natur:

1. Die politische Lage ausserhalb unserer Grenzen (Hochspannung zwischen Italien und Frankreich – Jugoslawien; militärische Vorbereitungen Jugoslawiens; Jugoslawiens innere Zerfallsymptome etc.) lassen es durchaus inopportun erscheinen, im gegenwärtigen Zeitpunkt, „uns vorzudrängen“, eine dezidierte „Farbe zu bekennen“, d. h. den Kopf noch weiter aus dem Fenster herauszustecken, wenn es eben jetzt draussen regnet (Wasser oder Kugeln!).
2. Vor einer weiteren Schwenkung unserer Politik in der Richtung zu Deutschland, und sei es auch nur um einige „Winkelgrade“, muss dringendst gewarnt werden. *Einige* „Winkelgrade“ bedeuten in der Relation zu Deutschland infolge unserer (grundfalschen) Einstellung zu Deutschland und dessen Politik uns gegenüber zumindest sofort 180 Grad. Wenn man überhaupt von dem Grundsatz ausgeht, Oesterreich als Staat zu erhalten, so darf man sich nicht verhehlen, dass Deutschland seit vielen Dezennien (zumindest seit den schlesischen Kriegen Maria Theresia's) uns gegenüber *nur das eine Ziel* verfolgt, Oesterreich als „unverlässlichen“ (weil nicht zureichend deutschnationalen) Körper aus dem Wege der deutschen imperialistischen Politik „nach Osten“ zu räumen, oder es zumindest zu paralysieren. Diesem Gedankengang und nur diesem entspringt die deutsche „Anschlusspolitik“, die eben nichts anderes bedeutet, als das nach dem Weltkrieg übriggebliebene, angeblich deutsch-bevölkerte und –„gesinnte“ *Sperrstück* zu verschlucken. Nur so erklärt sich die seit 1918 konsequent betriebene „Verelendungspolitik“, die Berlin Oesterreich gegenüber auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet betreibt. *Deutschland hat das Gegenteil eines Interesses* an der Erhaltung und Stärkung eines selbständigen Oesterreich. Das zur Schau gestellte *nationale Mäntelchen* für diese Politik entspricht der Rücksichtnahme auf den Zeitgeist, die deutsche Volksseele, und soll vor allem den eines eigenen National- und Staatsbewusstseins leider noch baren Oesterreicher „einfangen“, was ja zum grossen Teil auch gelungen ist. Oesterreich geht blind in diese Falle. Die durchaus unrichtige Fiktion, dass Oesterreich ein „deutsches“ Volk, ein „Brudervolk“ u. s. w. besiedelt, wird systematisch von den höchsten österreichischen Stellen seit 1918, da sie die Sozialdemokraten aus parteipolitischen Gründen schufen, aufrechterhalten. Sie steht im krassen Gegensatz zu den Tatsachen, 1.) dass das österreichische Volk, insbesondere in Wien und den Brennpunkten der Intelligenz, ein *Mischvolk* ist (mit sehr erheblichem slavischem, italienischem, jüdischem Rasseneinschlag, gar nicht zu reden davon, dass die deutsche Wurzel der österreichischen Urbevölkerung stark bestritten ist; man bedenke nur die zahllosen slavischen Namen im österreichischen öffentlichen Leben!) 2. dass die „Mission“ der Ostmark und später Oesterreichs ausschliesslich

die war, die *katholische*, westliche Kultur gegen den Orient zu verteidigen und sie nach dem Osten vorzutragen. Eine westliche Kulturmission und keine „deutsche“ allein, wie dies fast durchwegs im Dienste Berlins heute behauptet wird. Der Umstand, dass der sichtbare Träger der österreichischen Mission durch Jahrhunderte zugleich der Träger der deutschen Kaiserkrone war, mag zu dieser Geschichtsfälschung willkommenen Anlass geben. Die Tatsache aber, dass Oesterreichs Kulturmission keineswegs mit der Niederlegung der deutschen Kaiserkrone durch die österreichische Dynastie zu Ende war, sondern vielmehr gerade von 1804 an bis zum Zusammenbruch einen ihrer Höhepunkte erlebt hat, beweist nur, dass Oesterreichs Mission mit deutscher Kaiserkrone und deutscher Kultur *nicht* identifiziert werden kann. Oesterreichs Wert für die Welt – einst und jetzt – liegt gerade darin, dass dieses Land und dieses Volk Träger *mehrerer und verschiedener* Kulturen sind, die sich in ihm harmonisch zu einer Blüte vereint haben (deutsche, romanische, nord- und südslavische Kulturelemente), dass dieses Land und sein Volk *nicht national*, sondern *übernational* sind, allen zugänglich, verständlich und wesensnahe. An Deutschen hat die Welt genug, vielleicht zu viel! An Oesterreichern fehlt es ihr, sie würde den Untergang dieser „letzten Kulturmohikaner“ zu tiefst beklagen. Aus diesem Grunde ist es ein kapitaler logischer Denkmangel, wenn in Oesterreichs politischem Alltagsleben immer wieder das „nationale“ „Fühlen, Wollen und Schaffen“ in den Vordergrund gestellt wird.

3. Eine „Schwenkung“ nach Berlin würde auch der „Schaukelpolitik“ kein Ende bereiten, da Rom in dem Hauptpunkte entgegengesetzter Auffassung ist und den Anschluss niemals zulassen kann. Eine solche „Schwenkung“ würde daher nicht nur bei den Westmächten, sondern selbst in Rom die Befürchtung einer Wiederholung der unglückseligen Zollunionspolitik wachrufen müssen.
4. Der Zeitpunkt für eine „Schwenkung“ nach Berlin ist schliesslich auch mit Rücksicht auf das gegenwärtige Vorgehen der Reichsregierung gegen die *katholische Presse* (Einstellung der gesamten Zentrums Presse von 600 Blättern!) vom Gesichtspunkte der katholischen Politik Oesterreichs aus innerpolitischen Rücksichten sowie mit Rücksicht auf den Vatikan und auf die süddeutschen katholischen Staaten nicht angezeigt.

B) finanzpolitischer Natur:

Es bestünde die höchste Gefahr des „zwischen zwei Sesseln zum Sitzen-Kommens“. Wenn Paris und London ihre Geldquellen definitiv versperren, ja sogar den Schilling angreifen sollten, so dürfte selbst die ausgiebigste Hilfe von Berlin und Rom nicht ausreichen, um den gegenwärtigen, an sich kärglichen Zustand aufrechtzuerhalten. Ueberdies ist der Zweifel an der Bereitwilligkeit und an der Leistungsfähigkeit Berlins (und Roms) überaus berechtigt.

Das Einspringen Berlins würde selbstverständlich nicht nur an politische, sondern auch an wirtschaftliche Bedingungen geknüpft werden. Die wirtschaftliche

Haltung des Reichs Oesterreich gegenüber seit 1918 könnte uns hinreichend darüber belehren, wie sich solche Bedingungen auf unsere Wirtschaft auswirken würden.

Konklusion:

Die Haltung Frankreichs und Englands in der Hirtenberger Affaire hat ohne Zweifel das innen- wie aussenpolitische Ansehen der Regierung Dollfuss aufs Schwerste geschädigt. Eine Rehabilitierung hätte jedoch zweckmässig *nicht durch einen* unzeitgemässen und gefährlichen „Frontwechsel“ (soweit überhaupt von einer „Front“ gesprochen werden kann) zu erfolgen, sondern durch eine, der Würde des selbständigen Oesterreichs Rechnung tragende Liquidierung der Hirtenberger Affaire (Rücksendung aller Waffen in einzelnen Partien, nach Reparatur; mündliche Zurückweisung der übrigen Ansinnen (Ultimatum)).

Eine Sondierung Berlins hinsichtlich dessen Bereitwilligkeit und Leistungsmöglichkeit *im Rahmen der Lausanner Anleihe* (wenn auch ausserhalb des Protokolls!) kann gewiss erfolgen, zumal die Konjunktur hiefür politisch günstig ist. Es sollte aber versucht werden, *Berlin zu einem Anerbieten* zu bewegen und *nicht* einen Hilfsgang dahin zu unternehmen.